

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Digitale Reprints



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Hanno Hochmuth

Kiezgeschichte

Friedrichshain und Kreuzberg im geteilten Berlin

Zweite, durchgesehene Auflage

DOI: 10.14765/zzf.dok-2749

Digitaler Reprint der ursprünglich in der ZZF Schriftenreihe **Geschichte der Gegenwart** im
Wallstein Verlag im Jahr 2021 erschienenen Monografie:

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835330924-kiezgeschichte.html>

Copyright © 2024 - Dieser Text wird veröffentlicht unter der Lizenz Creative Commons BY-SA 4.0 International.
Eine Nutzung ist auch für kommerzielle Zwecke in Auszügen oder abgeänderter Form unter Angabe des
Autors bzw. der Autorin und der Quelle zulässig. Im Artikel enthaltene Abbildungen und andere Materialien
werden von dieser Lizenz nicht erfasst. Detaillierte Angaben zu dieser Lizenz finden Sie unter
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Hanno Hochmuth
Kiezgeschichte

GESCHICHTE DER GEGENWART
Herausgegeben von
Frank Bösch und Martin Sabrow
Band 16

Inhalt

Einleitung	9
Historische Grundlagen	45
Die Urbanisierung des Berliner Ostens	46
Von der Entstehung der Bezirke bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg.	60
Nachkriegszeit und Wiederaufbau	66
Nach dem Mauerbau	73

I. Wohnen

Wohnen als konstitutives Feld von Öffentlichkeit und Privatheit	85
Die Wohnung als privater Raum	87
Die Wohnung als Rückzugsraum	89
Die Wohnungsfrage in der Öffentlichkeit	90
Der öffentliche Wohnungsbau	91
Öffentliche Eingriffe in den Wohnbereich	93
Halböffentliche Räume	95
Vom langen »Reifeprozess« der Mietskaserne: Die Sorauer Straße	98
Private Interessen: Zur baulichen Erschließung der Sorauer Straße	98
Begrenzte Privatheit: Die Untersuchung der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission	101
Das Private wird öffentlich: Die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse	105
Öffentliche Privatheit: Die Fotoserie von Horst Luedeking.	109
Öffentlichkeit zum Schutze der Privatheit: Die Zeitschrift »Südost-Express«	114

Öffentlichkeit und Privatheit im Stadtwandel: Die Straße der Pariser Kommune	119
Im »Chicago von Berlin«: Die alte Fruchtstraße im Stralauer Viertel	119
Im Osten nichts Neues: Die Wohnungskommission der SAG . .	123
Momentaufnahmen: Die Nachkriegszeit in der Fruchtstraße . .	128
Offizielle Öffentlichkeit: Das Verlagsgebäude des »Neuen Deutschland«	136
Abriss, Neubau und privates Glück: »Die Legende von Paul und Paula«	141
 Kreuzberger Gegenöffentlichkeiten	 146
Kunst und Öffentlichkeit am Chamissoplatz	146
Geschichte und Öffentlichkeit: Die Geschichtswerkstatt und das Kreuzbergmuseum	154
Die Neuerfindung von Kreuzberg: Zur historischen Semantik von Urbanität	162
 Aneignungen des Kiezes in Friedrichshain	 169
Die »Kommune I Ost«	169
Schwarzwohner	173
Die Entdeckung des Kiezes	176
 Zwischenfazit I	 184

II. Kirchen

Kirche als konstitutives Feld von Öffentlichkeit und Privatheit	189
Kirche und Staat	191
Kirche als Teil der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik	194
Kirche als Ersatzöffentlichkeit in der DDR	196
Religion als Privatsache	199

Kirche und Kiezöffentlichkeit in Kreuzberg	201
Pfarrer Klaus Duntze und die »Kirche als konstruktiver Störenfried«	202
»Strategien für Kreuzberg«	209
St. Thomas im Häuserkampf	215
Kirche als Ersatzöffentlichkeit in Friedrichshain	222
Pfarrer Rainer Eppelmann und die Bluesmessen	224
Die Bluesmessen als Ersatzöffentlichkeit	230
Die Samariterkirche als Friedenskirche	236
Zwischenfazit II	241

III. Vergnügen

Vergnügen als konstitutives Feld von Öffentlichkeit und Privatheit	247
Öffentliches Vergnügen	250
Privates Vergnügen	252
Politisches Vergnügen	254
Kiezvergnügen: Die Kneipen der Fruchtstraße	260
Die Kneipen-Enqueten der SAG-Vergnügungskommission	261
Die soziale Topographie der Kneipen des Stralauer Viertels	266
Die Funktionen der Kneipen	270
Die Diversifizierung der Kreuzberger Kneipenkultur	275
Der »Leierkasten« und die Kreuzberger Bohème	276
»Kreuzberger Nächte sind lang«: Das Lied zum Mythos Kreuzberg	280
»In einem breiten Spectrum«: Das linke Kneipenkollektiv im MehringHof.	284

Festkultur zwischen Ost und West	291
Traditionelle Festkultur: Der Stralauer Fischzug	292
Sozialistische Festkultur: Das ND-Pressesfest	296
Alternative Festkultur: Das Chamissoplatzfest	304
Zwischenfazit III	313
Ausblick: Friedrichshain und Kreuzberg in der Transformation seit 1989/90	315
Radikale Aufholprozesse: Die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße	317
Bevölkerungsentwicklung und Strukturwandel	326
Bezirksfusion und Gentrifizierung	330
Der Streit um die Privatisierung des Spreeuferers	334
Zusammenfassung	343

Anhang

Ungedruckte Quellen	353
Gedruckte Quellen	354
Zeitungen und Zeitschriften	357
Online-Ressourcen	357
Filme und Fernsehsendungen	358
Zeitzeugengespräche	359
Forschungsliteratur	359
Abbildungsverzeichnis	387
Abkürzungsverzeichnis	388
Straßenregister	390
Dank	392

Einleitung

Der 1. Mai 1987 begann mit herrlichem Frühlingswetter. Es war »sonnig und warm, überall prangte frisches Grün. In der festlich geschmückten Karl-Marx-Allee ein Meer von leuchtend roten Mainelken, von Bannern im Rot der Arbeiterklasse und in den Farben unserer Republik. Und prächtig war auch die Stimmung im machtvollen Zug der über 650 000.«¹ So malte das *Neue Deutschland* die traditionelle Kundgebung zum Kampftag der Arbeiterklasse aus. Wie in jedem Jahr versammelten sich hunderttausende Berliner in den Straßen des Bezirks Friedrichshain und fädelten sich in drei Marschsäulen auf die Karl-Marx-Allee ein. Auf ihrem Weg zum Alexanderplatz trugen sie zahllose Fahnen und Transparente und marschierten an der großen, roten Ehrentribüne vorbei, auf der Erich Honecker (1912-1994) die Parade abnahm. Neben dem Staats- und Parteichef standen die Mitglieder und Kandidaten des SED-Politbüros, ranghohe sowjetische Militärs, Staatsgäste aus Äthiopien und Chile sowie verdienstvolle Werktätige und Veteranen der Arbeiterbewegung. Die »Kampfdemonstration« auf der Karl-Marx-Allee dauerte nicht weniger als viereinhalb Stunden und endete mit einem kräftigen Gewitter. Zum Abschluss marschierten bei strömendem Regen Kampfgruppen der Ost-Berliner Betriebe an der Tribüne vorbei, während aus den Lautsprechern die »Internationale« erklang.²

Die zentrale Mai-Kundgebung demonstrierte wie seit Jahrzehnten den Machtanspruch der SED und diente der Akklamation durch das Volk. Am 1. Mai 1987 kam jedoch etwas Besonderes hinzu: An diesem Tag begannen die Feierlichkeiten zur 750-Jahr-Feier Berlins. Stolz verwies die SED auf das Nikolai-Viertel und andere wiedererrichtete Bauten im Zentrum der »Hauptstadt der DDR«. Mit dem 1. Mai wurde ein dreitägiges Volksfest eingeleitet, das sich über ganz Ost-Berlin erstreckte. Zwischen dem Strausberger Platz und dem Alexanderplatz standen 64 Veranstaltungsbühnen, auf der Karl-Marx-Allee wurden Radrennen und Feuerwehrvorführungen veranstaltet. Im nahen Volkspark Friedrichshain präsentierten sich die Bezirke der DDR. Um 22 Uhr gab es im Friedrichshain schließlich ein spektakuläres Höhenfeuerwerk als Finale des Feiertags in Ost-Berlin.³

1 Neues Deutschland, 2. Mai 1987, S. 3.

2 Ebd., S. 1-3.

3 Siehe Berliner Zeitung, 25. April 1987, S. 14 f.; Berliner Zeitung, 2. Mai 1987, S. 7 f.

EINLEITUNG

Zum selben Zeitpunkt ereignete sich weniger als vier Kilometer entfernt ein ganz anderes Feuerwerk. In Kreuzberg ging am Görlitzer Bahnhof ein ganzer Bolle-Supermarkt in Flammen auf. Auf der anderen Seite der Berliner Mauer herrschte der Ausnahmezustand: Zahlreiche weitere Geschäfte wurden zerstört, die Feuerwehr wurde bei den Löscharbeiten massiv behindert, das traditionelle Mai-Fest auf dem Lausitzer Platz eskalierte zu einer Straßenschlacht.⁴ Der Bezirk Kreuzberg erlebte die schwersten Auseinandersetzungen seit der Zeit der West-Berliner Häuserkämpfe zu Beginn der 1980er Jahre. Schon den ganzen Tag über war die Stimmung angespannt gewesen, nachdem die West-Berliner Polizei ohne Durchsuchungsbefehl das Alternativzentrum im Mehringhof gestürmt und in den Büros von Volkszählungsgegnern zahlreiche Boykott-Flugblätter beschlagnahmt hatte.⁵ Hinzu kam der breite Protest gegen die angekündigte Aufhebung der Mietpreisbindung in West-Berlin und die Verärgerung über den Pomp, mit dem am Vorabend des 1. Mai im Internationalen Congress Centrum (ICC) die 750-Jahr-Feier im Westteil der Stadt eingeleitet wurde.⁶ Zudem stand der Berlin-Besuch von US-Präsident Ronald Reagan (1911-2004) am 12. Juni bevor⁷ und erhitzte bereits die Gemüter an jenem überaus warmen Maitag.⁸

Die West-Berliner Polizei war auf diese Situation nicht vorbereitet und den gewaltbereiten Demonstranten zunächst vollkommen unterlegen. Nach massiven Steinwurfattacken zog sie sich für Stunden aus Kreuzberg zurück und überließ den Autonomen das Feld. Im Laufe des Abends gesellten sich immer mehr Anwohner zu den Steinewerfern.⁹ Die massiven Plünderungen durch die Normalbevölkerung irritierten zahlreiche Beobachter der Kreuzberger Ereignisse.¹⁰ Die Bilanz der Nacht las sich

4 Siehe Die ZEIT, 8. Mai 1987, S. 12.

5 Siehe taz, 4. Mai 1987, S. 1 f.

6 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Mai 1987, S. 1 f.

7 Siehe Der SPIEGEL, 11. Mai 1987, S. 57-64, hier S. 57.

8 Die taz zog auch das Wetter als einen der Gründe für die Kreuzberger Mai-Randale heran: »Der 1. Mai war der erste schwüle Tag, leicht verhangen, trübe, aber warm schon um 8 Uhr früh, mittags dann ein Gewitter. Um 14 Uhr kracht der erste kleine Wolkenbruch der Saison runter. Dunst. Es liegt was in der Luft.« taz, 4. Mai 1987, S. 3.

9 Der SPIEGEL beschrieb »eine in diesem Ausmaß nie beobachtete Allianz zwischen schwarzem Block und bürgerlicher Unzufriedenheit. Deutsche und Türken fraternisierten beim Einsacken von Diebesgut [...]«. Der SPIEGEL, 11. Mai 1987, S. 57-64, hier S. 64.

10 Viele Zeitungen beschrieben die verbreitete Arbeits- und Perspektivlosigkeit in Kreuzberg als Grund für die Zerstörungen und Plünderungen. Zu den sozialen Hintergründen siehe ebd., die taz, 5. Mai 1987, S. 1 f., sowie die Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Mai 1987, S. 6, aber auch die Berliner Zeitung, 25. Juni 1987,

EINLEITUNG

verheerend.¹¹ Der 1. Mai 1987 in Kreuzberg stand für die bis dahin größten Straßenunruhen in der Geschichte West-Berlins.

Unterschiedlicher hätten die beiden Veranstaltungen in Friedrichshain und Kreuzberg kaum sein können, die an diesem 1. Mai gleichzeitig in Ost und West stattfanden: auf der einen Seite die durchgeplante Selbstinszenierung einer diktatorischen Staatsmacht, auf der anderen Seite die eruptive Herausforderung eines demokratisch legitimierten staatlichen Gewaltmonopols. Die Maifeier in Friedrichshain war Teil einer staatlichen Großveranstaltung, die sich über die gesamte DDR erstreckte. Die Kreuzberger Maikrawalle waren dagegen ein lokales Ereignis, das jedoch große überregionale Aufmerksamkeit erregte. Gemein war beiden Demonstrationen, dass sie sich auf die Tradition des 1. Mai bezogen. Doch wie kam es, dass der »Tag der Arbeit« in den beiden benachbarten Arbeiterbezirken so unterschiedlich verlief und der öffentliche Raum so verschieden beansprucht wurde?

Friedrichshain und Kreuzberg hatten sich offenkundig weit auseinanderentwickelt, obwohl sich die beiden Bezirke in ihrer Struktur ursprünglich sehr ähnlich gewesen waren. So gehörten Friedrichshain und Kreuzberg bis 1945 gleichermaßen zum alten proletarischen Berliner Osten und bildeten gemeinsam das Armenhaus der sozialräumlich stark segregierten Reichshauptstadt.¹² Vor dem Krieg drängten sich hier jeweils über 300.000 Einwohner auf je zehn Quadratkilometern.¹³ Friedrichshain und Kreuzberg standen beispielhaft für das »steinerne Berlin« der Hochurbanisierungsphase.¹⁴ Seit der politischen Teilung der Stadt herrschten in Friedrichshain und Kreuzberg jedoch sehr unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen. Die Bezirke gehörten nunmehr den verschiedenen Seiten der städtischen, nationalen und globalen Systemkonkurrenz an. Friedrichshain lag im sowjetischen Sektor und bildete einen zentrumsnahen Bezirk im Ostteil Berlins, der Hauptstadt der DDR. Kreuzberg gehörte dagegen zum amerikanischen Sektor und war

S. 3. Dagegen argumentierte die *Berliner Morgenpost* vom 5. Mai 1987, es stelle die Dinge auf den Kopf, wenn man »kriminelle Gewaltakte, Brandstiftung und Plünderung mit der angeblich »ungelösten sozialen Frage« erklären« wolle.

11 36 Geschäfte wurden geplündert und zerstört, 35 Brände wurden gelegt, 193 Polizeibeamte und 60 weitere Personen wurden verletzt, 77 Polizeifahrzeuge, 16 Feuerwehrautos und ein Rettungswagen wurden beschädigt und etwa 20 Privatwagen gingen in Flammen auf. Siehe Die ZEIT, 8. Mai 1987, S. 12.

12 Vgl. W. Gensch/H. Liesigk/H. Michaelis, *Der Berliner Osten*, Berlin 1930.

13 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, hg. v. Hans-Jürgen Mende/Kurt Wernicke, Berlin 2003, S. 53.

14 Werner Hegemann, 1930. *Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt*, Braunschweig 1992⁴ (original 1930).

durch die Teilung in eine eigentümliche Randlage gerückt, da der Bezirk seit 1961 an zwei Seiten von der Berliner Mauer umschlossen wurde. Das schnitt Kreuzberg von seinem alten wirtschaftlichen Umfeld ab und führte hier zu einer gesellschaftlichen Situation, die sich deutlich von Friedrichshain unterschied. Der 1. Mai 1987 markierte den dramatischen Höhepunkt dieser Auseinanderentwicklung.

Umso erklärungsbedürftiger ist es, wie rasch sich Friedrichshain und Kreuzberg seit 1989/90 wieder angenähert haben. Die beiden alten Arbeiterbezirke sind heute gleichermaßen durch ein alternatives Milieu geprägt, das zu einem Gutteil das Image der zwei Stadtteile ausmacht. Sie teilen ähnliche aktuelle Herausforderungen: Hierzu gehören die umfassende Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz und die damit verbundene Gentrifizierung der Altbauviertel. Auf beiden Seiten der Spree regt sich ein gemeinsamer Widerstand gegen die Privatisierung und bauliche Erschließung des öffentlichen Raumes durch private Großinvestoren. Am deutlichsten wird das an der Initiative »Mediaspree versenken!«, die sich gegen die beidseitige Bebauung des Spreeufers durch große Medienkonzerne richtete, oder am breiten Widerstand gegen die Entfernung originaler Mauersegmente an der East Side Gallery zum Bau eines privaten Loft-Hochhauses.

Auch politisch und administrativ sind Friedrichshain und Kreuzberg in den letzten Jahren zusammengewachsen. Im Zuge der Berliner Bezirksreform von 2001 wurden sie zu einem gemeinsamen Verwaltungsbezirk zusammengelegt (siehe Karte im Vorsatz). Die beiden Stadtteile bilden zudem den Bundestagswahlkreis 84, in dem seit 2002 vier Mal in Folge der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele (geb. 1939) das Direktmandat für den Deutschen Bundestag gewann, wobei sich das Wahlverhalten im einstigen Ost- und im einstigen Westteil nur unwesentlich voneinander unterschied.¹⁵ Der fusionierte Ost-West-Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg steht somit im Kleinen für das Zusammenwachsen der gesamten Stadt.

Wie in ganz Berlin ist dieser Vereinigungsprozess längst nicht abgeschlossen. Es gibt durchaus noch kulturelle Unterschiede und mentale Animositäten zwischen Friedrichshain und Kreuzberg. Dies gilt vor allem für die alteingesessenen Bewohner: Die Erstbezieher der Karl-Marx-Allee haben mit der etablierten linksalternativen Szene oder der türkischen Community in Kreuzberg nicht viel gemein. Und in ganz

¹⁵ Zum Bundestagswahlkreis 84 gehört außerdem noch der östliche Teil von Prenzlauer Berg. Zu den Wahlergebnissen im Bundestagswahlkreis 84 siehe <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html> (29.4.2020). Zu Hans-Christian Ströbele vgl. neuerdings Stefan Reinecke, Ströbele. Die Biographie, Berlin 2016.

anderer Weise pflegen auch die jungen Bewohner, die heute mehrheitlich aus der gesamten Bundesrepublik und darüber hinaus stammen, den Gegensatz zwischen den beiden Stadtteilen. Das prägnanteste Beispiel hierfür ist die Wasser- und Gemüseschlacht zwischen Friedrichshain und Kreuzberg, bei der sich Bewohner aus beiden Bezirkshälften mit Wasserpistolen, Farbbeuteln und faulen Tomaten bekriegen. Schauplatz des wiederholt ausgetragenen Scharmützels ist die Oberbaumbrücke, die als einzige Straßenverbindung zwischen Friedrichshain und Kreuzberg als Symbol der Einheit dient und daher das Wappen des Fusionsbezirks schmückt. Die vornehmlich jungen Krieger betrachten die Bezirksfusion als »Zwangsvereinigung« und versuchen, die jeweils andere Hälfte von der Brücke zurückzudrängen. Das Ereignis erscheint zwar recht martialisch und wird stets von der Polizei und einem großen Medienaufgebot begleitet. Es lässt sich jedoch auf keinen Fall mit den gewalttätigen Kra- wallen am 1. Mai vergleichen, die seit 1990 in beiden Stadtteilen ausge- tragen wurden. Die Wasserschlacht ist weder Ausdruck eines ernsthaften Gegensatzes zwischen Friedrichshain und Kreuzberg noch ein Indiz für die viel beschworene »Mauer in den Köpfen«, sondern vielmehr ein spie- lerischer Umgang mit lokalen städtischen Identitäten, die längst nicht mehr sehr unterschiedlich sind. Aus den beiden Arbeiterbezirken ist ein gemeinsamer Alternativbezirk geworden.

Das vorliegende Buch geht der Frage nach, wie sich Friedrichshain und Kreuzberg während der Teilung auseinanderentwickelt haben. Gefragt wird aber auch, was die beiden Stadtteile weiterhin verbunden hat und wieso die Zeit der Teilung inzwischen fast schon wie eine kurze Epi- sode erscheint. Um die getrennten und doch verschlungenen Pfade der beiden Bezirke in den Blick zu nehmen, bedarf es einer vergleichenden Methode, die gleichermaßen nach Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Verflechtungen sucht. Dieser integrierte Untersuchungsansatz soll im Folgenden kurz umrissen werden, bevor die erkenntnisleitenden Fragen entwickelt und die konkreten Untersuchungsfelder eingegrenzt werden. Im Anschluss werden die Quellen, der Forschungsstand und der Aufbau dieser Studie vorgestellt.

Eine geteilte Geschichte

Wie zeitweilig getrennte Zwillinge bilden Friedrichshain und Kreuzberg eine Art historische Versuchsanordnung. Sie eignen sich fast idealtypisch für einen historischen Vergleich, der nach Gemeinsamkeiten und Gegensätzen fragt. Dabei erscheinen die Unterschiede evident: Wäh-

EINLEITUNG

rend in Friedrichshain die SED-Diktatur herrschte, galten in Kreuzberg grundsätzliche demokratische Freiheiten. Dieser fundamentale politische Systemunterschied bildet das historische Fundament der folgenden Untersuchung. Im Gegensatz zu einer konventionellen Kontrastgeschichte der beiden deutschen Staaten versucht diese Studie aber, über eine einfache Gegenüberstellung der politisch gegensätzlich verfassten Bezirke hinauszugehen, um nicht nur längst bekannte Erkenntnisse und normative Geschichtsbilder fortzuschreiben.¹⁶ Die Nachkriegsgeschichte Friedrichshains und Kreuzbergs erschöpft sich nicht im Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur. So konnte das repressive Herrschaftssystem im Osten auf partielle Akzeptanz treffen, während sich die demokratisch gewählte Staatsgewalt in West-Berlin mitunter unfähig erwies, mit den Kreuzberger Bürgern in einen friedlichen Dialog zu treten. Der 1. Mai 1987 ist hierfür ein gutes Beispiel.

Eine vergleichende Untersuchung Friedrichshains und Kreuzbergs muss auch nach Gemeinsamkeiten zwischen den zwei Bezirken fragen. Als alte Arbeiterbezirke des Berliner Ostens teilten sie eine ähnliche historische Ausgangslage. Die einfache Sozialstruktur, die marode Bausubstanz und das vergleichbare Ausmaß der enormen Kriegszerstörungen führten auch nach 1945 zu ähnlichen Problemlagen. Die vorliegende Studie folgt daher dem Ansatz einer blockübergreifenden parallelen Problemgeschichte.¹⁷ Das Ziel der Untersuchung ist eine in zweierlei Hinsicht *geteilte* Geschichte, die die Nachkriegsgeschichte Friedrichshains und Kreuzbergs sowohl nach Aspekten der politischen Teilung (im Sinne einer *divided history*) als auch nach geteilten gesellschaftlichen Herausforderungen (im Sinne einer *shared history*) befragt.¹⁸

Die Antworten, die beide Stadtgesellschaften auf die vorhandenen Problemlagen fanden, bestanden nicht vollkommen unabhängig voneinander, sondern wurden gegenseitig wahrgenommen. Auch nach der

16 Zum Konzept einer deutsch-deutschen Kontrastgeschichte vgl. Horst Möller, Demokratie und Diktatur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007) B. 3, S. 3-7.

17 Vgl. hierzu die Beiträge in Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Schwalbach 2006.

18 Der Ansatz der geteilten Geschichte geht zurück auf die globalhistorischen Überlegungen von Sebastian Conrad und Shalini Randeria, *Einleitung. Geteilte Geschichte. Europa in einer postkolonialen Welt*, in: Dies. (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M. u. a. 2002, S. 7-49, hier S. 17. Frank Bösch hat den Ansatz auf die geteilte Geschichte von Ost- und Westdeutschland übertragen: Frank Bösch (Hg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000*, Göttingen 2015.

Teilung der Stadt blieben Friedrichshain und Kreuzberg aufeinander bezogen und miteinander verbunden – etwa durch den kleinen Grenzverkehr vor 1961 oder durch den grenzüberschreitenden Medienkonsum nach dem Mauerbau. Daher wird im Folgenden punktuell auch nach Verflechtungen zwischen Friedrichshain und Kreuzberg gefragt, wobei eigenständige Entwicklungen nicht in ein beziehungsgeschichtliches Korsett gezwängt werden sollen. Vergleich und Transfer werden zudem nicht als antagonistische Ansätze verstanden, die sich gegenseitig ausschließen.¹⁹ Der historische Vergleich der beiden Stadtbezirke soll vielmehr um eine verflechtungsgeschichtliche Dimension ergänzt werden.²⁰

Die spezielle Berliner Situation als Schaufenster der Systemkonkurrenz²¹ bietet die Möglichkeit, den Verflechtungen in der geteilten Metropole mit einer konkreten stadträumlichen Perspektive nachzugehen. Darum werden hier die beiden direkt gegenüberliegenden Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg miteinander verglichen und in Beziehung gesetzt. Dabei geht es weniger um die Selbst- und Fremdwahrnehmung im Sinne der spezifischen »Eigenlogik der Städte«.²² Aus einer solchen Perspektive hätte vielleicht manches dafür gesprochen, den Bezirk Prenzlauer Berg als Vergleichsfolie heranzuziehen.²³ Doch handelt es sich bei den Ähnlichkeiten Prenzlauer Bergs mit Kreuzberg vor allem um retrospektive Zuschreibungen, in denen die tatsächliche Verbreitung des quantitativ recht marginalen oppositionellen Milieus in Prenzlauer Berg überbewertet wird.²⁴ Dass solche Zuschreibungen durchaus wirkmächtig werden können, beweist die starke Gentrifizierung Prenzlauer Bergs

19 Die scharfen Debatten der 1990er Jahre zwischen Komparatisten und Transferforschern sollten inzwischen überwunden sein. Vgl. hierzu Matthias Middell, Kulturtransfer und Historische Komparatistik. Thesen zu ihrem Verhältnis, in: *Comparativ* 10 (2000) H. 1, S. 7-41; Hartmut Kaelble, Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt? In: *H-Soz-u-Kult*: 8.2.2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-02-002>.

20 Vgl. Michael Werner/Bénédicte Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *Histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 607-636.

21 Vgl. Michael Lemke (Hg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg*, Köln u. a. 2006.

22 Vgl. Helmuth Berking/Martina Löw (Hg.), *Die Eigenlogik der Städte*, Frankfurt a. M. 2008.

23 Vgl. etwa Thomas Mergel, Zweifach am Rande. Die Dissidenten vom Prenzlauer Berg, in: Martin Sabrow (Hg.), *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2009, Potsdam 2010*, S. 107-117. Zu Prenzlauer Berg vgl. neuerdings auch Dirk Moldt, *Kleine Prenzlauer Berg-Geschichte*, Berlin 2015.

24 Vgl. etwa Krista Tebbe, *Kreuzberg – Prenzlauer Berg. Annähernd alles über Kultur*, Berlin 1990.

nach 1990, die nicht zuletzt der symbolischen Aufwertung des Bezirks als Heimat der regimekritischen Künstlerbohème folgte.²⁵ Das vorliegende Buch befasst sich jedoch nicht mit dem Mythos der bekannten Bezirke, sondern mit gesellschaftlichen Entwicklungen, parallelen Problemlagen und konkreten Verflechtungen zweier unmittelbar benachbarter Bezirke.

Der lokale Zuschnitt des Untersuchungsgegenstands bietet den Vorteil, dass sich am konkreten Beispiel Friedrichshains und Kreuzbergs einige Fragen der deutschen Nachkriegsgeschichte genauer untersuchen lassen als im großen Maßstab der beiden deutschen Staaten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf konkrete Akteure, lokale Abgrenzungen und punktuelle Transfers. Dabei sind Friedrichshain und Kreuzberg keine kleinen Untersuchungseinheiten; beide Bezirke entsprechen hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl einer deutschen Großstadt.²⁶ Um einen detaillierten Blick auf die Geschichte Friedrichshains und Kreuzbergs zu werfen, werden im Folgenden nicht durchweg die ganzen Stadtbezirke beschrieben. Vielmehr begibt sich die Darstellung teilweise auf die Ebene einzelner Häuser, Straßen und »Kieze« und nimmt somit eine mikrogeschichtliche Perspektive ein.

Diese *Kiezgeschichte* verfolgt einen narrativen Ansatz, der anstelle eines streng systematischen Vergleichs einzelne Fallbeispiele aus Friedrichshain und Kreuzberg erzählt und anschließend miteinander in Verbindung setzt. Dabei geht die Untersuchung über eine reine Lokalgeschichte Friedrichshains und Kreuzbergs hinaus, wenngleich auch dieser Ansatz seine Berechtigung hätte, da es bislang noch keine vergleichende Lokalstudie zu den beiden Bezirken gibt. Die *Kiezgeschichte* vereint in sich mehrere Bedeutungsebenen: Sie beschreibt nicht allein die Geschichte der beiden Berliner »Kieze« Friedrichshain und Kreuzberg, sondern zeigt auch, wie der »Kiez« in den 1970er und 1980er Jahren in West und Ost neu erfunden wurde und als historisierender Ausdruck einer neuen Urbanität schließlich selbst Geschichte machte, indem er zum kraftvollen, attraktiven Label der wiederentdeckten Berliner Altbausubstanz wurde und somit zu ihrem Erhalt beitrug.

Darüber hinaus lenkt der Begriff der *Kiezgeschichte* den Blick auf die innere Diversität von Friedrichshain und Kreuzberg, denn die beiden Bezirke bildeten keine homogenen, in sich geschlossenen Stadtteile. Die großflächig erhaltenen Altbauquartiere im Osten der beiden Bezirke wiesen eine andere städtebauliche und soziale Struktur auf als die im Krieg

25 Zur Gentrifizierung in Prenzlauer Berg vgl. Hartmut Häußermann/André Holm/Daniela Zunzer, Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg, Opladen 2002.

26 So lebten 1987 in Friedrichshain 116.955 und in Kreuzberg 140.938 Einwohner.

stark zerstörten und später neu bebauten westlicheren Gebiete. Zudem müssen Friedrichshain und Kreuzberg jeweils stadträumlich verortet werden. Die moderne Stadtforschung fragt nach dem Ort des konkreten städtischen Raumes im topographischen Gefüge der gesamten Stadt.²⁷ Für Friedrichshain und Kreuzberg bedeutet das, dass die beiden Bezirke nicht nur miteinander in Beziehung gesetzt werden müssen, sondern ebenso mit den übrigen Bezirken der jeweiligen Stadthälfte. Friedrichshain etwa ist nicht zu verstehen ohne den fließenden Übergang zum Bezirk Mitte im Zentrum von Ost-Berlin. Kreuzberg wiederum muss in Verbindung gesehen werden mit dem angrenzenden Bezirk Neukölln, wo mit der Gropiusstadt in den 1960er/70er Jahren eine moderne Großsiedlung errichtet wurde, die Teile der Kreuzberger Bevölkerung aufnahm. Erst die gesamtstädtischen Relationen geben den Blick frei auf sozialräumliche Segregationsmuster und erklären somit bestimmte lokale Besonderheiten in Friedrichshain und Kreuzberg.

Der Blick auf das Besondere verbindet sich wiederum mit übergreifenden Fragen der deutschen Zeitgeschichte nach 1945. Die vorliegende *Kiezgeschichte* von Friedrichshain und Kreuzberg soll einen Beitrag zu einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte in Gestalt einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« leisten, wie sie von Christoph Kleßmann konzipiert wurde.²⁸ Am Beispiel der beiden Berliner Bezirke, die durch die Mauer getrennt wurden, wird danach gefragt, wie sich die beiden deutschen Teilgesellschaften entwickelten, welche Antworten sie auf parallele Problemlagen fanden und in welchem Maße Ost und West

27 Vgl. Rolf Lindner, Urban Anthropology, in: Helmut Berking/Martina Löw (Hg.), *Die Wirklichkeit der Städte*, Baden-Baden 2005, S. 55-66, hier S. 58f.

28 Die Begriffsgeschichte der »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« ist nicht leicht zu rekonstruieren. Bernd Faulenbach notiert, er habe die Begriffsbildung von Christoph Kleßmann erstmals in den frühen 1990er Jahren auf einer Tagung gehört. Vgl. Bernd Faulenbach (Hg.), *Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte? Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten*, Essen 2005. Nachweislich findet sich der Begriff »asymmetrisch verflochtene Beziehungsgeschichte« erstmals in der Einleitung eines von Christoph Kleßmann mitherausgegebenen Sammelbandes: Christoph Kleßmann (Hg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999. Programmatisch entwickelt Kleßmann den Ansatz in: Christoph Kleßmann, *Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55 (2005) H. 18-19, S. 3-II. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Konrad H. Jarausch mit seinem Konzept einer pluralen Sequenzanalyse: Konrad H. Jarausch, »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004) H. 1, S. 10-30, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4538>.

miteinander verflochten blieben. Im kleinen Maßstab sollen somit größere Fragen gestellt werden.

Aus diesen Fragen leitet sich auch der primäre Untersuchungszeitraum ab, der vor allem die Zeit der Teilung Berlins von 1961 bis 1989/90 umfasst. Da jedoch die gemeinsame Vorgeschichte von Friedrichshain und Kreuzberg die historische Grundlage für den Vergleich der getrennten Bezirke bildet und viele gemeinsame Herausforderungen nach sich zog, reicht der zeitliche Fokus dieser Studie punktuell bis ins späte 19. Jahrhundert zurück. Auf diese Weise soll zudem gezeigt werden, dass Berlin auch schon vor dem Kalten Krieg *geteilt* war, vor allem was die weit zurückreichende sozialräumliche Teilung zwischen dem bürgerlichen Westen und dem überwiegend kleinbürgerlich-proletarischen Osten der Stadt anbelangt, zu dem sowohl Friedrichshain als auch Kreuzberg gehörten. Doch auch die soziale Zweiklassengesellschaft innerhalb der gründerzeitlichen Mietskasernen der beiden Altbauviertel gehörte zu dem in vielfacher Hinsicht *geteilten Berlin*, auf das der Titel dieses Buches anspielt.

Bemerkenswert ist, dass sich in den Jahren seit 1989/90 nicht nur die politische Teilung des Kalten Krieges, sondern auch jene sozialräumliche Teilung Berlins weitgehend aufgelöst hat, die die Stadt über weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt hatte. Am Ende dieses Buchs steht daher ein Ausblick auf die jüngste Zeitgeschichte seit der Wiedervereinigung Berlins, in dem beschrieben wird, wie Friedrichshain und Kreuzberg wieder zusammengewachsen sind und wie sich die alten sozialräumlichen Muster im Zuge der wachsenden Gentrifizierung der Altbaugebiete tendenziell umgekehrt haben. Dieser langfristige historische Wandel lässt sich nur erfassen, wenn der Untersuchungszeitraum nicht an den traditionellen historisch-politischen Zäsuren haltmacht. Die vorliegende Studie nimmt daher zum Teil das gesamte 20. Jahrhundert in den Blick, ohne dabei jedoch den Anspruch auf eine umfassende Darstellung zu erheben. So spielt etwa die Zeit des Nationalsozialismus nur dann eine Rolle, wenn dies für die konkrete historische Stadtentwicklung von Friedrichshain und Kreuzberg bedeutsam ist.

Öffentlichkeit und Privatheit

Einer vergleichenden Untersuchung Friedrichshains und Kreuzbergs müssen ausgewählte ordnende Fragestellungen zugrunde liegen. Eine besonders gewinnbringende Perspektive verspricht der Blick auf den historischen Wandel und das Wechselverhältnis von Öffentlichkeit und

Privatheit. Zum einen bildet die Frage nach Öffentlichkeit und Privatheit eine neue und unverbrauchte Perspektive auf die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte.²⁹ Zum anderen erlaubt sie einen genuin stadthistorischen Zugriff auf die Geschichte Berlins. Friedrichshain und Kreuzberg werden als urbane Räume betrachtet und auf ihren städtischen Charakter hin untersucht. Damit wird der geschichtswissenschaftliche Ansatz dieser Studie um eine stadtsoziologische Perspektive erweitert, die im Folgenden vorgestellt werden soll.

Die grundlegende Begriffsbildung zur Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit in der modernen Großstadt stammt von Hans Paul Bahrtd (1918-1994). Der Göttinger Soziologe bezeichnet Öffentlichkeit und Privatheit als die Grundprinzipien städtischer Sozierung.³⁰ Dabei bezieht sich Bahrtd auf die ökonomische Definition Max Webers (1864-1920), der die Stadt über ihren Marktcharakter definiert hat.³¹ Die flüchtigen und dennoch nach strengen Regeln verlaufenden Kontakte auf Märkten zwischen einander beinahe unbekanntem Individuen bei gleichzeitig möglicher Ausklammerung der jeweiligen Sozialgefüge bilden für Bahrtd die früheste Form von Öffentlichkeit.³² Darauf aufbauend entwickelt Bahrtd eine griffige Grundformel des städtischen Lebens. So definiert er die Stadt als:

»Ansiedlung, in der das gesamte, also auch das alltägliche Leben die Tendenz zeigt, sich zu polarisieren, d. h. entweder im sozialen Aggregatzustand der Öffentlichkeit oder in dem der Privatheit stattzufinden. Es bilden sich eine öffentliche und eine private Sphäre, die in engem Wechselverhältnis stehen, ohne daß die Polarität verloren geht. Die Lebensbereiche, die weder als ›öffentlich‹ noch als ›privat‹ charakterisiert werden können, verlieren hingegen an Bedeutung. Je stärker Polarität und Wechselbeziehung zwischen öffentlicher und privater

29 Vgl. Paul Nolte, Öffentlichkeit und Privatheit. Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Merkur 60 (2006), S. 499-512.

30 Vgl. Hans Paul Bahrtd, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Opladen 1998 (original 1961), S. 106.

31 Nach Weber sollten alle diejenigen Ansiedlungen als Stadt gelten, in denen die »ortsansässige Bevölkerung einen ökonomisch wesentlichen Teil ihres Alltagsbedarfs auf dem öffentlichen Markt befriedigt, und zwar zu einem wesentlichen Teil durch Erzeugnisse, welche die ortsansässige und die Bevölkerung des nächsten Umlandes für den Absatz auf dem Markt erzeugt oder sonst erworben hat«. Kennzeichen der Stadt ist für Weber also der Markt. Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Halbband, Tübingen 1956⁴ (original 1921/22), S. 732.

32 Vgl. Bahrtd, Die moderne Großstadt, S. 83.

Sphäre sich ausprägen, desto ›städtischer‹ ist, soziologisch gesehen, das Leben einer Ansiedlung.«³³

Indem Bahrdt die Dualität und das Wechselverhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellt, definiert er die Stadt unabhängig von ihrem Rechtsstatus und ihrer Größe. Die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung von Öffentlichkeit sieht Bahrdt in der unvollständigen sozialen Integration der Stadtbewohner. Im Gegensatz zur lückenlosen und vorstrukturierten Sozialverfassung des Dorfes biete die Stadt erst die nötige Freiheit für die Entfaltung von Öffentlichkeit. Die lückenhafte Integration in der Stadt ist für Bahrdt jedoch nur eine negative Voraussetzung für die Entstehung von Öffentlichkeit. Diese bilde sich erst dann, wenn durch spezifische Stilisierungen des Verhaltens die Distanz zwischen den Bewohnern überwunden wird und Kommunikation und Kontakte zustande kommen. Zur Stilisierung des Verhaltens zählt Bahrdt vor allem die Repräsentation als Form der Selbstdarstellung, in der ein Subjekt sich selbst sichtbar macht und hierdurch Kommunikation und Integration ermöglicht, etwa durch spezifische Formen von Geselligkeit, Kleidung und Architektur. Das öffentliche Spiel mit den Repräsentationen habe zu einem Bewusstsein verschiedener sozialer Verhaltensweisen und damit zu einem Bewusstsein gesellschaftlicher Veränderbarkeit geführt. Aller Fortschritt kommt für Bahrdt daher aus der Stadt.³⁴

Komplementär zur Öffentlichkeit ist die Privatsphäre. Sie bildet für Bahrdt den notwendigen Rückzugsraum in einer unvollständig integrierten Gesellschaft. Die Stadt erweckt also das Bedürfnis zur Privatheit, ist aber gleichzeitig die Voraussetzung für eine Form von Privatheit, die es in der sozial stark kontrollierten dörflichen Gesellschaft so nicht gibt. Erst eine entfaltete Privatheit schafft individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, kultiviert Persönlichkeit und führt zu einer seelischen Differenziertheit, wobei die zwischenmenschliche Distanz immer wieder behauptet werden muss. Ähnlich wie Georg Simmel (1858-1918) beschreibt Bahrdt die Bewohner der Großstadt damit als gleichermaßen individualistisch und distanziert.³⁵ Analog zur entwickelten Öffentlichkeit bezieht die Gesellschaft aus der entfaltenen Privatheit ihre Dynamik. Öffentlichkeit

33 Ebd., S. 83 f.

34 Ebd., S. 86-95.

35 Vgl. Georg Simmel, *Die Gross-Städte und das Geistesleben*, in: Ders., *Das Individuum und die Freiheit*, Frankfurt a. M. 1993 (original 1903), S. 192-204. Vgl. außerdem Louis Wirth, *Urbanism As A Way of Life*, in: *American Journal of Sociology* 44 (1938), S. 1-24.

und Privatheit setzen einander voraus. Daraus folgt für Bahrtdt jedoch auch: Verkommt das eine, denaturiert das andere.³⁶ So problematisiert Bahrtdt die »Unanschaulichkeit der modernen Städte« und die zunehmende Technisierung des Lebens. Straßen und Plätze könnten nicht mehr der Öffentlichkeit dienen, weil sie zu Röhrensystemen des fließenden Verkehrs degeneriert seien.³⁷

Bahrtdt zielte mit seinem 1961 veröffentlichten Buch auf eine Sensibilisierung für die Schwierigkeiten der funktional gegliederten modernen Großstadt im Wiederaufbau der deutschen Nachkriegszeit.³⁸ In der Tat wurde Bahrtdts Buch von Städteplanern und Architekten begierig aufgegriffen.³⁹ Es artikulierte frühzeitig das Unbehagen an der »Unwirtlichkeit der Städte«, das sich in den 1960er Jahren Bahn brach.⁴⁰ Zur selben Zeit erschien eine ganze Reihe wissenschaftlicher Auseinandersetzungen zum Komplex Öffentlichkeit und Privatheit.⁴¹ Sie reagierten nicht allein auf

36 Vgl. Bahrtdt, *Die moderne Großstadt*, S. 99-105.

37 Vgl. ebd., S. 160.

38 Es ging Hans Paul Bahrtdt dabei aber gerade nicht um eine Idealisierung der vor-modernen Lebensformen. Er argumentierte im Gegenteil: »Eines der Hauptziele des Büchleins ›Die moderne Großstadt‹ war, gegen die alles Denken einengende Übermacht dieser traditionellen Großstadtkritik Sturm zu laufen ...«. Die großen Planungsideen einer funktionalen Trennung und die Eigenheimphantasien waren für Bahrtdt eine Folge der Großstadtkritik, gegen die er mit seinem Buch polemisieren wollte. Vgl. Bahrtdt, *Die moderne Großstadt*, S. 28.

39 Wenngleich Hans Paul Bahrtdt bekundete, keine städtebaulichen Rezepte entwerfen zu wollen, verfasste er mit seinem späteren Buch »Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft«, Hamburg 1968, konkrete planungspolitische Vorschläge. Vgl. hierzu Ulfert Herlyn, Vorwort zur Neuauflage von Hans Paul Bahrtdt, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*. Opladen 1998, S. 13 f.

40 Wegweisend für die Kritik an der funktional differenzierten modernen Großstadt war das zeitgleich mit Bahrtdts Studie erschienene Buch »The Death and Life of Great American Cities« der amerikanischen Architekturkritikerin Jane Jacobs, das frühzeitig eine scharfe Polemik gegen die Trennung städtischer Funktionen formulierte: Jane Jacobs, *The Death and Life of Great American Cities*, New York 1961. Ebenso wichtig war im deutschen Kontext Alexander Mitscherlichs Pamphlet über die »Unwirtlichkeit unserer Städte«, das aus psychoanalytischer Sicht ein Umdenken von der gegliederten und aufgelockerten Stadt zu einer neuen Urbanität durch Dichte propagierte: Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Frankfurt a. M. 1965. Für die Rehabilitierung der Altstadt verwandte sich prominent der Berliner Verleger Wolf Jobst Siedler: Ders. und Elisabeth Niggemeyer, *Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum*, Berlin 1964.

41 Genannt sei hier nur Theodor Geigers Analyse der Nachkriegszeit, in der dieser die Massengesellschaft durch die neuzeitliche Trennung der öffentlichen und der privaten Daseinsphäre charakterisiert: Theodor Geiger, *Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit*, München 1963.

den urbanen Wandel, sondern vor allem auch auf die umfassende Medialisierung der Gesellschaft.⁴² Der wichtigste und einflussreichste Text war Jürgen Habermas' (geb. 1929) Habilitationsschrift zum »Strukturwandel der Öffentlichkeit«.⁴³ Das Buch bildet bis heute den fest etablierten Referenzpunkt jeglicher Analyse von Öffentlichkeit und Privatheit.⁴⁴ Habermas beschreibt die Herausbildung der bürgerlichen Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert, die der transformierten öffentlichen Gewalt des Staates gegenübertritt. Die moderne Öffentlichkeit gehört für Habermas zur bürgerlichen Gesellschaft, welche in sich noch einmal geteilt ist in eine kleinfamiliale private Sphäre und eine öffentliche Sphäre der bürgerlichen Privatleute. Letztere bilden das Publikum, das auf dem Wege des Raisonnements die öffentliche Gewalt des Staates hinterfragt. Habermas entwickelt sein Konzept historisch und beschreibt hierzu die Begriffsgeschichte von Öffentlichkeit und Privatheit.⁴⁵

Im Gegensatz zu Hans Paul Bahrtdt kommt die Stadt bei Habermas nur am Rande vor. Sie ist für ihn vor allem der Ort der literarischen Öffentlichkeit frühneuzeitlicher Salons und Kaffeehäuser, aus der sich dann die politische bürgerliche Öffentlichkeit entwickelt habe.⁴⁶ Beide Studien unterscheiden sich sowohl in ihrem räumlichen Bezug als auch dem formulierten Anspruch nach.⁴⁷ Gleichwohl gibt es deutliche Gemeinsamkeiten zwischen Bahrtdt und Habermas. Beide Soziologen argumentieren historisch und gehen von vergangenen Idealzuständen von Öffentlichkeit und Privatheit aus. Bahrtdt verortet den Idealtypus in der

42 Christina von Hodenberg führt die verstärkte Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit und Privatheit auf den Siegeszug des Fernsehens und die große Popularität der *Bild*-Zeitung in der Bundesrepublik zurück. Vgl. Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973*, Göttingen 2006, S. 31.

43 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1992 (original 1962).

44 Vgl. Manuel Wendelin, *Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität einer normativen Kategorie der Moderne*, Köln 2011, S. 204.

45 Vgl. Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, S. 54-90.

46 Vgl. ebd., S. 88 f.

47 So schreibt Hans Paul Bahrtdt im Vorwort zur Neuauflage seines Buches von 1969, sein Begriff der Öffentlichkeit sei »ungeschichtlicher« und »unphilosophischer« als der Öffentlichkeits-Begriff von Jürgen Habermas. Bahrtdt ging es in erster Linie um eine phänomenologische Beschreibung und Analyse von Möglichkeiten des menschlichen Verhaltens von Individuen unter bestimmten Bedingungen: »Das Erkenntnisinteresse im Hinblick auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit war in der ›Modernen Großstadt‹ von vornherein weniger anspruchsvoll. Es ging v. a. darum, typische Bauformen verschiedener geschichtlicher Perioden in Korrespondenz mit typischen menschlichen Verhaltensweisen zu sehen.« Vgl. Bahrtdt, *Die moderne Großstadt*, S. 31-33.

mittelalterlichen Bürgerstadt.⁴⁸ Habermas' Leitbild ist die Öffentlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft des 18. und frühen 19. Jahrhunderts.⁴⁹ Dagegen identifizieren beide in ihrer Gegenwart deutliche Verfallerscheinungen von Öffentlichkeit. Bahrtdt zählt hierzu unter anderem die Entstehung von Großbetrieben, welche weder privat noch öffentlich sind, sowie die Mediatisierung von Öffentlichkeit durch die Bürokratisierung im modernen Nationalstaat.⁵⁰ Habermas wiederum warnt vor der Medialisierung der Öffentlichkeit und beschreibt »unverkennbare Tendenzen des Verfalls der Öffentlichkeit« durch ihre zunehmende Entgrenzung: »Während sich die Sphäre immer großartiger erweitert, wird ihre Funktion immer kraftloser.«⁵¹ Hierfür macht Habermas vor allem die moderne »Kulturindustrie« verantwortlich. Im Kontext der linken Kulturkritik der Frankfurter Schule lassen sich durchaus Ähnlichkeiten zum konservativen Kulturpessimismus ausmachen,⁵² obgleich sich Habermas deutlich gegen die antiliberale Schule Carl Schmitts (1888-1985) wendet⁵³ und Bahrtdt vehement gegen die traditionelle Großstadtkritik argumentiert.⁵⁴ Beide Bücher sind somit nicht nur grundlegende und nach wie vor anregende Bestimmungen von Öffentlichkeit, sondern zugleich Ausdruck eines spezifischen Diskurses der 1960er Jahre. Sie müssen als kritische Interventionen auf Grundlage zeitspezifischer Verfallsdiagnosen historisiert werden.

48 Vgl. ebd., S. 106.

49 Vgl. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 269 ff.

50 Vgl. Bahrtdt, Die moderne Großstadt, S. 132-164. In seinem Vorwort zur Neuauflage von Bahrtdts »Moderner Großstadt« problematisiert auch Ulfert Herlyn Verfallerscheinungen von Öffentlichkeit. Für ihn sind »in neuerer Zeit nun allerdings Entwicklungen eingetreten, die wieder verstärkt Zweifel nähren, ob mit diesen Kategorien die Stadtgesellschaft unserer Tage noch adäquat entschlüsselt werden kann. Zu denken ist da besonders an die Diffusion des Urbanen infolge von unüberschaubaren Auflösungserscheinungen der Städte, der Aushöhlung der klassischen Funktion der Innenstadt als traditionelles Feld städtischer Kommunikation, der sozialstrukturellen Verschiebungen und Verkümmern von Fähigkeiten zum interpersonalem Diskurs, an Entlokalisierungstendenzen der Öffentlichkeit durch Prozesse der ökonomischen Globalisierung und an die zunehmende Raumunabhängigkeit moderner Kommunikations- und Informationstechnologien, über deren raumstrukturelle Wirkungen noch viele Unklarheiten bestehen.« Herlyn, Vorwort zu Bahrtdt, S. 25f.

51 Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 57.

52 Vgl. Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik Deutschland der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 330; Nolte, Öffentlichkeit und Privatheit, S. 505.

53 Vgl. Wendelin, Medialisierung der Öffentlichkeit, S. 205.

54 Vgl. Bahrtdt, Die moderne Großstadt, S. 55-80.

Das 20. Jahrhundert ist gekennzeichnet von einer unvergleichlichen Expansion von Privatheit. Damit ging einerseits die neuartige Vorstellung von einem Recht auf Privatheit einher, dessen Schutz als öffentliche Aufgabe verstanden wurde. Andererseits waren staatliche Eingriffe in die Privatsphäre ein entscheidendes Charakteristikum des 20. Jahrhunderts – bis hin zur totalen Zerstörung von Privatheit.⁵⁵ In der zweiten Jahrhunderthälfte identifizierten prominente Soziologen einen Rückzug ins Private, nicht zuletzt als Reaktion auf die radikalen Eingriffe ins Privatleben durch den Nationalsozialismus. Helmut Schelsky (1912-1984) beschrieb in den 1950er Jahren eine »skeptische Generation«, die sich bewusst aus der Öffentlichkeit zurückzog.⁵⁶ Hans Paul Bahrdt bewertete das »stille Glück im Winkel« als Denaturierung der Privatsphäre und als Gefahr für die Öffentlichkeit.⁵⁷ Am prominentesten warnte Richard Sennett (geb. 1943) vor der »Tyrannei der Intimität«, indem er eine Radikalisierung des Privaten und einen komplementären Verfall von Öffentlichkeit diagnostizierte.⁵⁸ Auch hier überwog also ein deutlich kulturkritischer Gestus.

Die Verkürzungen und Auslassungen in den sozialwissenschaftlichen Analysen von Öffentlichkeit und Privatheit wurden in der Forschung breit diskutiert und führten zu zahlreichen Weiterentwicklungen. So entfalteten Oskar Negt (geb. 1934) und Alexander Kluge (geb. 1932) das Konzept einer proletarischen (Gegen-)Öffentlichkeit, da städtische Unterschichten bei Habermas weitgehend ausgeblendet werden.⁵⁹ Die feministische Theorie der 1960er und 70er Jahre hinterfragte das traditionelle Verständnis einer getrennten öffentlichen und privaten Sphäre und propagierte stattdessen, dass auch und gerade das Private bzw. das Persönliche politisch sei.⁶⁰ Nancy Fraser (geb. 1947) problematisierte die

55 Vgl. Nolte, Öffentlichkeit und Privatheit, S. 510-512.

56 Vgl. Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957.

57 Vgl. Bahrdt, Die moderne Großstadt, S. 105 und 140.

58 Vgl. Richard Sennett, The Fall of Public Man, New York 1977.

59 Vgl. Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt a.M. 1972. Habermas ging nur insofern auf die historischen Unterschichten ein, als er den Verfall der bürgerlichen Öffentlichkeit mit deren Übernahme durch die Besitzlosen erklärte. Die Okkupation der politischen Öffentlichkeit durch die Masse der Nichteigentümer habe zu jener Verschränkung von Staat und Gesellschaft geführt, die der Öffentlichkeit ihre alte Basis entzog, ohne ihr eine neue zu geben. Vgl. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 269 f., sowie hierzu Wendelin, Medialisierung der Öffentlichkeit, S. 217 f.

60 Vgl. Ilse Lenz, Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Wiesbaden 2010².

Auslassung von Frauen in den klassischen Interpretationen der bürgerlichen Öffentlichkeit und plädierte für ein Konzept verschiedener vertikaler Teilöffentlichkeiten.⁶¹ Trotz der unüberschaubaren Literatur zum Thema, die seit der Übersetzung von Habermas' »Strukturwandel der Öffentlichkeit« ins Englische⁶² noch weit umfassender geworden ist,⁶³ fehlt es bislang jedoch an Untersuchungen zu der Frage, wie sich Öffentlichkeit und Privatheit im 20. Jahrhundert weiterentwickelt haben.⁶⁴

Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts überhaupt Öffentlichkeit und Privatheit geben konnte. Handelte es sich hier nicht lediglich um inszenierte Scheinöffentlichkeiten?⁶⁵ Büßte die Öffentlichkeit gegenüber den übermächtigen politischen Gesellschaftskonstruktionen nicht ihre unabhängige Gestaltungskraft ein?⁶⁶ Und zerstörte der totalitäre Gestaltungswille der diktatorischen Regime nicht weitgehend die Privatsphäre?⁶⁷ Bezogen auf den hier zu untersuchenden DDR-Stadtbezirk Friedrichshain ließe sich daher fragen, wie weit der Ansatz von Öffentlichkeit und Privatheit überhaupt trägt. Dagegen plädieren Gábor T. Rittersporn, Jan C. Behrends und Malte Rolf in ihren Überlegungen zu Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs dafür, den »aus der Forschung zu westlichen Gesellschaften stammenden Begriff [der Öffentlichkeit, Anm. d. Verf.] produktiv zu machen, indem man ihn aus dem normativen Kontext löst und für eine breitere Semantik behutsam öffnet. Dann kann es gelingen, durch diese Perspektive neue Frageschneisen für die

61 Vgl. Nancy Fraser, *Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy*, in: Craig Calhoun (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/London 1992, S. 109-142.

62 Jürgen Habermas, *The Structural Transformation of the Public Sphere. An Inquiry into a Category of Bourgeois Society*, Cambridge 1989.

63 Vgl. John Michael Roberts/Nick Crossley, *Introduction*, in: Dies. (Hg.), *After Habermas. New Perspectives on the Public Sphere*, Oxford 2004, S. 1-27, hier S. 2; Matthew G. Specter, *Habermas. An Intellectual Biography*, Cambridge, New York 2010, S. 1-26.

64 Vgl. Nolte, *Öffentlichkeit und Privatheit*, S. 500.

65 So argumentiert Bahrtdt: »[...] in einem gesellschaftlichen System, in dem keine Privatsphäre geduldet wird, z. B. in einer totalitären Ordnung, findet, falls die herrschende Gruppe ihren Willen durchsetzen kann, auch eine Denaturierung der Öffentlichkeit statt. Sie verwandelt sich in eine Scheinöffentlichkeit.« Bahrtdt, *Die moderne Großstadt*, S. 102.

66 Vgl. Arnd Bauerkämper, *Die Sozialgeschichte der DDR*, München 2005, S. 3.

67 Diese Frage untersucht gegenwärtig ein Forschungsprojekt zur Geschichte des Privaten im Nationalsozialismus, das am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin durchgeführt wird.

historische Analyse des Staatssozialismus zu gewinnen.«⁶⁸ Die Autoren konstatieren, dass auch in staatssozialistischen Diktaturen eine Vielzahl differenter öffentlicher Räume und Sphären existierten. Interessant sei dabei nicht nur die Untersuchung der residualen (Gegen-)Öffentlichkeiten der kleinen oppositionellen Minderheit,⁶⁹ sondern vor allem die Frage nach der fragmentierten Öffentlichkeit innerhalb der vom Regime gesetzten Grenzen. »Grundsätzlich stellte auch jede staatlich geschaffene Organisation, Struktur oder Vereinigung eine Form von Öffentlichkeit dar [...]. Letztlich kann jeder Ort, an dem das Regime es seinen Bürgern erlaubte, sich zu versammeln, als eine öffentliche Sphäre verstanden werden, Straßen ebenso wie Plätze, Kinos und Sportstadien ebenso wie Badeanstalten und Geschäfte.«⁷⁰ In zentralistischen Diktaturen gewinnen gerade die regionalen und lokalen Öffentlichkeiten als Sozialräume, in denen eigene Erfahrungen gemacht werden konnten, an Gewicht.⁷¹

Die vorliegende Studie wählt genau diese lokale Ebene, um das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im Ost-West-Vergleich zu untersuchen. Voraussetzung eines solchen Zugangs ist die Abkehr vom emphatischen Begriff einer Öffentlichkeit, die als gesellschaftlicher Akteur verstanden wird und einen stark normativen Charakter besitzt.⁷²

68 Gábor T. Rittersporn/Jan C. Behrends/Malte Rolf, Von Sphären, Räumen und Schichten. Gab es eine sowjetische Ordnung von Öffentlichkeit? Einige Überlegungen aus komparativer Perspektive, in: Gábor T. Rittersporn u.a. (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures, Frankfurt a.M. u.a. 2003, S. 389-421, hier S. 390.

69 Diesbezüglich konstatieren Rittersporn, Behrends und Rolf, dass die Reichweite von Gegenöffentlichkeiten im Staatssozialismus oft überschätzt, ihre extreme Staatsbezogenheit hingegen unterschätzt worden sei: »Sie waren durchdrungen mit den Symbolen, Themen und Träumen des offiziellen Kanons.« Ebd., S. 409-411.

70 Gábor T. Rittersporn/Jan C. Behrends/Malte Rolf, Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Ein erster Blick aus komparativer Perspektive, in: Gábor T. Rittersporn u.a. (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures, Frankfurt a.M. u.a. 2003, S. 7-21, hier S. 9.

71 Vgl. Adelheid von Saldern, Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland. Vergleichsaspekte, Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 442-475, hier S. 444.

72 So spricht Habermas selbst davon, dass das Modell der (hellenischen) Öffentlichkeit bis heute eine eigentümlich normative Kraft besitze. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 57. Nolte deutet dagegen an, dass sich die Semantik von »öffentlich« in den letzten Jahrzehnten von dem Feld der emphatischen

Hier wird vielmehr dafür plädiert, Öffentlichkeit als öffentlichen Raum zu verstehen und diesen zu pluralisieren, wie dies Jörg Requate vorgeschlagen hat.⁷³ Das schließt sehr verschiedene Bedeutungsschichten mit ein. Öffentlicher Raum wird im Folgenden sehr unterschiedlich verstanden: a) als *inklusive* Raum, der für alle frei zugänglich ist, b) als *kommunaler bzw. staatlicher* Raum, der öffentlichem Recht untersteht, sowie c) als *kommunikativer* Raum, wozu sowohl kleinere Teilöffentlichkeiten als auch die massenmediale Öffentlichkeit gehören. Analog dazu werden private Räume verstanden als: a) Räume mit *exklusivem* Zugang, b) Räume *privaten Eigentums* im rechtlichen Sinne und c) Räume, die der persönlichen Entfaltung, der Intimität und dem Rückzug aus der Öffentlichkeit dienen.⁷⁴ Hierbei handelte es sich stets um *contested spaces*, um deren Grenzen die historischen Akteure miteinander rangen.

Eine solche Pluralisierung und Verräumlichung von Öffentlichkeit und Privatheit führt unweigerlich zu einem pragmatischen Begriffsverständnis, denn »nur ein hinreichend flexibler Begriff von Öffentlichkeit bleibt sowohl im zeitlichen Verlauf als auch in der vergleichenden Perspektive auf unterschiedliche Staaten operationabel.«⁷⁵ Die vorliegende Studie strebt weder eine Begriffsgeschichte an,⁷⁶ noch geht es um eine Historisierung sozialwissenschaftlicher Theorien⁷⁷ oder um eine eigene

Öffentlichkeit, der aufklärerischen öffentlichen Meinung, in die Richtung eines bloßen Synonyms von »staatlich« verschoben habe. Vgl. Nolte, Öffentlichkeit und Privatheit, S. 504.

73 Wegweisend hierfür: Jörg Requate, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstand historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 5-32. Hilfreich für ein solches Verständnis ist die englische Übersetzung des Öffentlichkeitsbegriffs als *public sphere*.

74 Habermas verweist selbst auf die Mannigfaltigkeit konkurrierender sprachlicher Bedeutungen von »öffentlich« und »Öffentlichkeit«. Anstelle einer eindeutigen Definition plädiert er jedoch dafür, die Begrifflichkeiten jeweils historisch zu verorten. Er verdeutlicht dies unter anderem am römisch-rechtlichen Gegensatz von Publicus und Privatus, der im Mittelalter nicht bestanden habe. Vgl. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 54-57. Auch Bahrtdt interpretiert die liberale Trennung zwischen öffentlichem und privatem Recht als ein Resultat der Ausbildung einer öffentlichen und privaten Sphäre. Vgl. Bahrtdt, Die moderne Großstadt, S. 105.

75 Rittersporn/Behrends/Rolf, Von Sphären, Räumen und Schichten, S. 392.

76 Für den Begriff der Öffentlichkeit immer noch maßgeblich, wenn auch nur bis zum 19. Jahrhundert: Lucian Hölscher, Öffentlichkeit, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. v. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 413-467.

77 Hierfür beispielhaft: Wendelin, Medialisierung der Öffentlichkeit.

Theoriebildung von Öffentlichkeit und Privatheit.⁷⁸ Die beiden Kategorien dienen vielmehr als hermeneutischer Schlüssel für die Nachkriegsgeschichte von Friedrichshain und Kreuzberg. Um hieraus einen analytischen Gewinn zu ziehen, wählt die Untersuchung ein möglichst offenes Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit.

Zugleich bedarf es einer Abgrenzung zu benachbarten Begriffen, die zum Teil synonym mit Öffentlichkeit und Privatheit verwendet werden. So bedeutet der Begriff der »Republik« in seinem römischen Ursprung zwar die »öffentliche Sache«. Dennoch ist Öffentlichkeit im modernen Verständnis weder mit dem »Staat« noch mit der »Demokratie« gleichzusetzen, da die Ursprünge der modernen Öffentlichkeit eher im Spannungsverhältnis zur Politik liegen.⁷⁹ Im alltäglichen Sprachgebrauch wird Öffentlichkeit zudem oft mit »Gesellschaft« verwechselt. Hierbei handelt es sich jedoch um ein umfassendes Sozialsystem, unter dessen Dach sich die ganze Vielfalt spezieller Sozialbeziehungen organisiert,⁸⁰ und weniger um eine räumliche Sphäre, als die Öffentlichkeit hier verstanden werden soll.⁸¹ Auch im Hinblick auf »Privatheit« gibt es konkurrierende Begriffsangebote: Die Geschichtswissenschaft interessiert sich seit einiger Zeit verstärkt für die Geschichte der »Subjektivität«. Dabei stehen jedoch die Sinnkonstruktionen der historischen Akteure im Vordergrund. »Intimität« wird von Richard Sennett tendenziell synonym mit »Privatheit« verwendet, beschränkt sich jedoch vor allem auf den Aspekt des Rückzugs ins Private und die moderne Ich-Bezogenheit.⁸² Damit eng verknüpft ist der Begriff der »Individualität«.⁸³ Er weist viele Berührungspunkte zur »Privatheit« auf, entbehrt jedoch der räumlichen Dimension, die für den hier gewählten stadthistorischen Zugang entscheidend ist.

78 Vgl. Friedhelm Neidhardt, Öffentlichkeit, öffentliche Bewegungen, soziale Bewegungen, in: Ders. (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Bewegungen, soziale Bewegungen, Opladen 1994, S. 7-41; Volker Gerhardt, Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins, München 2012.

79 Vgl. Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 163.

80 Vgl. Paul Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 14.

81 Beiden Begriffen ist gemein, dass sie in ihrer idealtypischen Prägung als Antipoden des »Staates« verstanden wurden. Heute hat sich dieser Gegensatz jedoch teilweise aufgelöst.

82 Vgl. Sennett, The Fall of Public Man.

83 Vgl. Moritz Föllmer, Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall, Cambridge 2013.

Die binäre Konstruktion von Öffentlichkeit und Privatheit ist vielfach kritisiert worden.⁸⁴ Sie bietet jedoch den Vorteil, dass in der historischen Analyse die jeweils andere Sphäre immer mitgedacht werden muss. Dabei müssen die Grenzen des Zugangs reflektiert werden: *Erstens* suggeriert die Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit eine Totalität, die dazu einlädt, die gesamte historische Lebenswirklichkeit entweder dem einen oder dem anderen Pol zuzuordnen. Überlappungszonen geraten dabei tendenziell ebenso aus dem Blick wie Bereiche, die weder als öffentlich noch als privat charakterisiert werden können. Dies gilt etwa für die Grenzanlagen der Berliner Mauer, die Friedrichshain und Kreuzberg von 1961 bis 1989 trennten. *Zweitens* ist das soziologische Begriffspaar von Öffentlichkeit und Privatheit relativ statisch. Umso wichtiger ist es, im Folgenden nach dem historischen Wandel und gegenseitigen Verschränkungen von Öffentlichkeit und Privatheit zu fragen. Trotz eines dezidiert pluralen und verräumlichten Verständnisses von Öffentlichkeit und Privatheit ist es *drittens* nicht leicht, der inhärenten Normativität der beiden Begriffe zu entgehen, die tendenziell einen gesellschaftlichen Idealzustand beschreiben, dessen Abgleich mit der historischen Wirklichkeit müßig erscheint und nicht das Ziel dieser Studie ist. Normative Fallstricke lauern auch dann, wenn von der »Entfaltung« oder dem »Verfall« von Öffentlichkeit und Privatheit die Rede ist, wobei für die Analyse des historischen Wandels auf solche Prozessbegriffe nicht verzichtet werden kann. Dies verweist *viertens* auf den Doppelcharakter von Öffentlichkeit und Privatheit als Quellen- und als Analysebegriffe, die sich nicht immer klar voneinander trennen lassen. So muss etwa beim Begriff der »Gegenöffentlichkeit« stets mitgedacht werden, dass es sich hierbei um einen zeitgenössischen Kampfbegriff handelte, der für die historische Analyse gleichwohl unerlässlich ist. *Fünftens* wohnt dem Analysepaar von Öffentlichkeit und Privatheit eine grundsätzliche Asymmetrie inne: Während sich Öffentlichkeit buchstäblich öffentlich niederschlug und in zahlreichen Quellen fassen lässt, ist Privatheit schon vom Prinzip her eine tendenziell unsichtbare Kategorie, die sich dem historischen Zugriff vielfach entzieht. Deshalb lässt sich der Begriff der Öffentlichkeit oft leichter operationalisieren als der Begriff der Privatheit; indes machen

84 So etwa Ingrid Oswald/Viktor Voronkov, Licht an, Licht aus! »Öffentlichkeit« in der (post-)sowjetischen Gesellschaft, in: Gábor T. Rittersporn u. a. (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen parteistaatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures, Frankfurt a. M. u. a. 2003, S. 37-61, hier S. 55.

erst beide Begriffe zusammen das analytische Potential des hier gewählten Ansatzes aus.

Für das Verständnis der Stadtgeschichte sind Öffentlichkeit und Privatheit Schlüsselbegriffe von großer Tragweite.⁸⁵ Sie bieten einen multiperspektivischen Zugang zur Zeitgeschichte Friedrichshains und Kreuzbergs. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt dieser Untersuchung: Welche Formen von Öffentlichkeit und Privatheit gab es in Friedrichshain und Kreuzberg und welche Vorstellungen verbanden die Bewohner der beiden Bezirke jeweils damit? Wie funktionierten Öffentlichkeit und Privatheit im Wandel von der Arbeiter- zur Alternativkultur und wie veränderte sich das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im konkreten urbanen Raum? Lässt sich in Friedrichshain und Kreuzberg eher ein Verfall oder eine Expansion von Öffentlichkeit und Privatheit feststellen? Wo waren die Dynamiken von Öffentlichkeit und Privatheit ursächlich für die Stadtentwicklung und wo resultierten sie eher aus den Stadtentwicklungsprozessen? Welche Wechselverhältnisse von Öffentlichkeit und Privatheit gab es in Friedrichshain und Kreuzberg und inwieweit folgten diese eher gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen oder vielmehr konkreten stadträumlichen Voraussetzungen und Entwicklungen? Markieren Öffentlichkeit und Privatheit in Friedrichshain und Kreuzberg einen historischen Sonderfall oder bilden sie eher ein Brennglas, in dem sich allgemeine Tendenzen besonders anschaulich bündeln?

Das Buch geht diesen Fragen anhand von drei ausgewählten lebensweltlichen Dimensionen der Nachkriegsgeschichte Friedrichshains und Kreuzbergs nach: Am Beispiel des *Wohnens* in der Mietskaserne wird erstens der zentrale urbane Raum von privater Lebensführung und öffentlicher Intervention untersucht. Ein zweites Feld bildet die evangelische *Kirche* als Motor und Dach neuer Gegenöffentlichkeiten. Drittens wird am Beispiel des *Vergnügens* in Friedrichshain und Kreuzberg ein neues Untersuchungsfeld der zeithistorischen Forschung erschlossen, das den Massenkonsum als Schlüsselbegriff des 20. Jahrhunderts mit einschließt. In allen drei Fällen handelt es sich um konstitutive Felder von Öffentlichkeit und Privatheit, in denen das Wechselverhältnis zwischen den beiden Sphären auf besondere Weise ausgehandelt wurde.

Erstens bildete die Wohnungsfrage ein zentrales Spannungsfeld zwischen privaten Lebensformen und individuellen Ansprüchen auf der einen Seite und öffentlichen Angeboten und Interventionen auf der

85 Vgl. Hartmut Häußermann/Walter Siebel, *Stadtsoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 55-66.

anderen Seite. Am Beispiel von zwei Straßenbiographien wird der Frage nach dem historischen Wechselverhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit auf einer konkreten stadträumlichen Ebene nachgegangen. Hierfür werden die Sorauer Straße in Kreuzberg sowie die Straße der Pariser Kommune (zuvor Fruchtstraße) in Friedrichshain genauer untersucht. Anschließend wird auf alternative Wohnformen und Sphären von Öffentlichkeit in beiden Stadteilen geschaut. Da diese sich vor allem in den alten »Mietskasernen« herausbildeten, wird der Fokus auf die Altbauviertel in Friedrichshain und Kreuzberg gelegt.

Zweitens wird das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit bei kirchlichen Interventionen zu gesellschaftlichen Fragen untersucht. Die beiden Fallbeispiele hierfür bilden die Marthagemeinde in Kreuzberg und die Samaritergemeinde in Friedrichshain, deren Pfarrer in den 1970er und 80er Jahren zu prägenden Akteuren neuer Öffentlichkeiten wurden, die von den Kirchen ausgingen. So entwickelte sich die Marthakirche zu einem Zentrum der Debatte um die zeitgenössische Stadtentwicklungspolitik in Kreuzberg, während in der Friedrichshainer Samariterkirche die oppositionellen Bluesmessen veranstaltet wurden. Es geht in der Untersuchung um die säkulare Transformation religiöser Räume von Orten der gemeinschaftlichen Praxis eines privaten Glaubens zu lokalen Zentren einer politisierten Öffentlichkeit.

Drittens bildete die großstädtische Vergnügungskultur eine wichtige Schnittstelle öffentlicher Angebote und privater Bedürfnisse. An Orten des urbanen Vergnügens wurden Öffentlichkeit und Privatheit konstituiert und thematisiert. Hier »erlernten« die Großstädter das Verhalten in den beiden Sphären, so dass die Vergnügungskultur in starkem Maße zur »inneren« Urbanisierung beitrug. Am Beispiel von Kneipen werden zunächst traditionelle Orte des urbanen Vergnügens und ihr historischer Gestalt- und Funktionswandel untersucht, bevor anhand von Straßen- und Volksfesten in Friedrichshain und Kreuzberg nach der Transformation des öffentlichen Vergnügens in der zweiten Jahrhunderthälfte gefragt wird.

Diese Auswahl ist begrenzt. Neben den drei genannten Untersuchungsfeldern hätten weitere lebensweltliche Dimensionen von Öffentlichkeit und Privatheit in den Blick genommen werden können. Wichtig wäre etwa das Feld der Arbeit, anhand dessen sich die soziokulturelle Transformation der beiden Arbeiterbezirke zu alternativen Szenevierteln gut untersuchen ließe, jedoch weniger das Spannungsverhältnis zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre, um das es in dieser Untersuchung geht. Lohnend erschiene auch der Sozialstaat als Institution, die im 20. Jahrhundert einen unvergleichlich hohen Einfluss auf

das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit ausübte.⁸⁶ Doch wäre für eine Untersuchung der Wohlfahrtsstaatlichkeit eher eine überregionale als eine lokalgeschichtliche Perspektive zu wählen, da zwar die Armen- und Sozialfürsorge kommunal organisiert war, die maßgebliche Sozialgesetzgebung aber von staatlichen Instanzen ausging. Angesichts der signifikanten Migrationsgeschichte Kreuzbergs wäre auch ein Blick auf migrantische Öffentlichkeiten und Privatheiten interessant, doch bestand hierfür zwischen Kreuzberg und Friedrichshain eine zu große Asymmetrie, als dass sich dieses Untersuchungsfeld für einen Vergleich zwischen den beiden Bezirken angeboten hätte. Dasselbe gilt schließlich auch für die publizistischen sowie für die parlamentarischen Öffentlichkeiten auf kommunaler Ebene, die in der vorliegenden Studie ebenfalls kaum thematisiert werden, weil der staatssozialistische Ost-Bezirk und der freiheitlich-demokratische West-Bezirk in politischer Hinsicht zu unterschiedlich verfasst waren und ein historischer Vergleich, der nur auf die evidenten Unterschiede politischer Meinungs- und Entscheidungsbildung in Friedrichshain und Kreuzberg abheben würde, müßig erscheint.

Zu den Quellen

Die historischen Quellen, auf denen dieses Buch basiert, sind sehr heterogen. Es gibt keinen dezidierten Zugang über ein bestimmtes Quellenkorpus, wie dies bei anderen Studien zum Thema Öffentlichkeit oft der Fall ist. Vielmehr werden im Folgenden sehr unterschiedliche Quellen herangezogen, um die Nachkriegsgeschichte Friedrichshains und Kreuzbergs in einer methodischen Breite zu untersuchen, die verschiedene Aspekte des öffentlichen wie privaten Lebens erschließt. Dabei unterliegen die Quellen zur Geschichte Friedrichshains und Kreuzbergs teilweise gegenläufigen Asymmetrien. Während die meisten Aktenbestände des Ost-Berliner Magistrats und des Rats des Bezirks Friedrichshain im Berliner Landesarchiv aufgrund der weitgehenden Freigabe der staatlichen Akten der DDR bis einschließlich 1989/90 zugänglich sind, besteht für Kreuzberg wegen des Bundesarchivgesetzes im Regelfall eine Sperrfrist von 30 Jahren, so dass jüngere Aktenbestände zu Senatsplanungen, Hausbesetzungen etc. nur eingeschränkt eingesehen werden können. Genau umgekehrt gestaltet sich die Situation im Archiv des Kreuzbergmuseums, das 2001 im Zuge der Fusion auch zahlreiche Archivalien des Friedrichs-

⁸⁶ Vgl. Nolte, Öffentlichkeit und Privatheit, S. 502.

ZU DEN QUELLEN

hainer Bezirksmuseums und -archivs übernommen hat. Diese sind im Gegensatz zu den Kreuzberger Unterlagen erst ansatzweise erschlossen. Hinzu kommt, dass aufgrund der freieren politischen Verfasstheit in Kreuzberg wesentlich mehr Quellen hinterlassen und archiviert wurden, vor allem auch von nichtstaatlichen Akteuren.⁸⁷

Neben zeitgenössischen Adressbüchern und Sozialstudien bilden Berliner Tages- und Lokalzeitungen ein wichtiges Quellenkorpus dieser Studie. Dabei erweist es sich als sehr hilfreich, dass das *Neue Deutschland*, die *Berliner Zeitung* und die *Neue Zeit* inzwischen vollständig digitalisiert wurden und im DDR-Pressportal der Berliner Staatsbibliothek online zur Verfügung stehen.⁸⁸ Dies ermöglicht quantifizierende Zugriffe im Sinne einer historischen Semantik, bei der der Bedeutungswandel von Begriffen nicht nur auf klassische hermeneutische Weise untersucht wird, sondern auch neue computerlinguistische Werkzeuge eingesetzt werden können, um Worthäufigkeiten und -verlaufsformen zu analysieren. Ebenso wichtig ist die öffentliche Visualisierung der Stadt, die ein bedeutsames Element von Stadtentwicklungsprozessen und Aneignungspraktiken darstellt. Die in diesem Buch abgebildeten Fotos von Häuserfronten, Wohnungseinrichtungen und Alltagsszenen in Friedrichshain und Kreuzberg dienen daher nicht nur der Illustration, sondern werden im Sinne der Visual History als historische Quelle erschlossen und kritisch analysiert.⁸⁹ Um die Frage von künstlerischer Konstruktion und historischer Rekonstruktion geht es auch bei den Spielfilmen, die hier diskutiert werden. So werden die Filme »Die Legende von Paul und Paula« (1973) und »Berlin Chamissoplatz« (1980) nicht nur als fiktionale Darstellungen, sondern gleichermaßen als öffentliche Interventionen im städtebaulichen Diskurs sowie als künstlerische Manifestationen privater Lebensentwürfe betrachtet.

Auch die gebaute Stadt selbst wird im Folgenden als Quelle verstanden. Das bauliche Ensemble ist ein wichtiger Bestandteil der materiellen Kultur, die zahlreiche Bedeutungsebenen umfasst und als historische

87 Hierzu gehören zahlreiche Plakate, Sanierungsunterlagen, Hausalben usw. aus dem Archiv des Kreuzbergmuseums, das im April 2013 in »FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum« umbenannt wurde. Siehe die Homepage des Bezirksmuseums und -archivs Friedrichshain-Kreuzberg: <http://www.fhxb-museum.de> (14.4.2016).

88 Siehe die Homepage des DDR-Pressportals der Staatsbibliothek zu Berlin: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/> (13.4.2016) sowie die Webseite des begleitenden Forschungsprojekts am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam: <https://pressegeschichte.docupedia.de/wiki> (29.4.2020).

89 Vgl. Gerhard Paul, Visual History, Version: 3.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 13.3.2014, http://docupedia.de/zg/Visual_History_Version_3.0_Gerhard_Paul?old_id=108511; exemplarisch: Sonja Häder. Schülerkindheit in Ost-Berlin. Sozialisation unter den Bedingungen der Diktatur (1945-1958), Köln u. a. 1998.

Quelle ernst genommen werden soll.⁹⁰ Hierzu zählen auch die Repräsentationen der gebauten Stadt: Karten und Stadtpläne visualisieren Friedrichshain und Kreuzberg und dienten den Zeitgenossen, sich ein Bild von ihrer Stadt zu machen.⁹¹ Zu den verwendeten Quellen zählen auch Eingaben von Bürgern an die Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) des Bezirks Friedrichshain, die im Landesarchiv Berlin in Form von Eingabenanalysen erhalten sind. Eine wichtige Quelle bilden schließlich die Zeitzeugengespräche, die für dieses Buch mit ausgewählten historischen Akteuren aus Friedrichshain und Kreuzberg geführt wurden. Dabei handelt es sich in erster Linie um ergänzende Expertengespräche, die als Hintergrundinformation verwendet werden, mitunter aber auch in die Darstellung einfließen.

Bevor im Folgenden der Forschungsstand skizziert werden soll, sei kurz darauf hingewiesen, dass die Grenze zwischen den verwendeten Quellen und der herangezogenen Forschungsliteratur oft fließend ist.⁹² Ältere Sozialstudien, Heimatbücher usw. sind zum Teil immer noch grundlegende Werke zur Lokalgeschichte der beiden Bezirke. Viele jüngere Darstellungen zur Geschichte Friedrichshains und Kreuzbergs stammen wiederum von den historischen Akteuren selbst und besitzen daher auch einen Quellencharakter. In Ermangelung einer anderweitigen Quellenüberlieferung bzw. neuerer Forschungen zur Geschichte der beiden Bezirke bilden die Selbstdarstellungen der Akteure jedoch vielfach eine unverzichtbare Grundlage dieser Studie.

Zum Forschungsstand

Das Ziel dieser Monographie ist eine integrierte deutsche Nachkriegsgeschichte im kleinen Maßstab. In gesamtdeutscher Perspektive handelt es sich hierbei immer noch um ein Desiderat. Zwar gibt es erste Überblickswerke zur deutsch-deutschen Geschichte nach 1945,⁹³ doch

90 Vgl. Andreas Ludwig, Materielle Kultur, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 30.5.2011, http://docupedia.de/zg/Materielle_Kultur?oldid=84634.

91 Vgl. Andreas Matschenz (Bearb.), Stadtpläne von Berlin. Geschichte vermessen, Berlin 2006; Jan-Henrik Friedrichs, Mapping Kreuzberg. Karten als Quelle der Bewegungsgeschichte, in: WerkstattGeschichte 24 (2015) H. 70, S. 89-102.

92 Die im Anhang vorgenommene Trennung zwischen publizierten Quellen und sekundärer Forschungsliteratur erscheint insofern teilweise künstlich, dient aber der besseren Übersicht.

93 So etwa Peter Bender, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996; Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.

erfüllen diese nicht den gesellschafts- und verflechtungsgeschichtlichen Anspruch, der von Christoph Kleßmann und Konrad H. Jarausch programmatisch formuliert wurde.⁹⁴ In jüngerer Zeit erschienen allerdings einige Sammelbände, die auf systematisch vergleichende Weise gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven auf die »Geteilte Geschichte«⁹⁵ Ost- und Westdeutschlands entwickeln oder anhand von Fallbeispielen nach asymmetrischen Verflechtungen⁹⁶ zwischen der DDR und der Bundesrepublik fragen. Dabei wird die Relevanz einer sowohl vergleichenden als auch verflochtenen Perspektive auf die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte inzwischen auch von ehemaligen Skeptikern hervorgehoben.⁹⁷

Auch für die Nachkriegsgeschichte Berlins gibt es noch keine Gesamtdarstellung, die Ost- und West-Berlin gleichermaßen berücksichtigt und miteinander in Beziehung setzt. Das zweibändige Standardwerk zur Geschichte Berlins, das 1987 unter Leitung von Wolfgang Ribbe von der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben wurde, enthält umfassende politik- und sozialgeschichtlich ausgerichtete Darstellungen zu den einzelnen Epochen, deckt die Nachkriegszeit jedoch nur unzureichend ab, zumal der entsprechende Band noch vor dem Umbruch von 1989 verfasst wurde.⁹⁸ Von Ribbe liegen ebenso wie von Bernd Stöver und Arnt Cobbers kleinere Überblickstexte zur Geschichte Berlins vor, die jedoch allesamt mit dem darstellerischen Problem umgehen müssen, auf wenigen Seiten auch der nationalen und weltgeschichtlichen Bedeutung der deutschen Hauptstadt im 20. Jahrhundert gerecht werden zu müssen, und daher zu einem eher politikhistorischen Ansatz neigen, der die eigentliche Stadtgeschichte Berlins bisweilen aus dem Blick verliert.⁹⁹

Für einzelne Zeitabschnitte und Aspekte der Nachkriegszeit liegen indes einige vergleichende Studien vor. Michael Lemke beschreibt das geteilte Berlin in der Zeit »vor der Mauer« als »kulturell und alltagspolitisch

94 Vgl. Kleßmann, Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte; Jarausch, »Die Teile als Ganzes erkennen«.

95 Vgl. Bösch, Geteilte Geschichte.

96 Vgl. Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Koetzing (Hg.), Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013.

97 Vgl. Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker, Die DDR als Chance. Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung, in: Ulrich Mählert (Hg.), Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 23-70.

98 Wolfgang Ribbe (Hg.), Geschichte Berlins, 2 Bde., Berlin 1987/1988; dazu das Ost-Berliner Pendant: Laurenz Demps/Ingo Materna, Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Berlin (Ost) 1987.

99 Vgl. Wolfgang Ribbe/Jürgen Schmädeke, Kleine Berlin-Geschichte, Berlin 1994³; Arnt Cobbers, Kleine Berlin-Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Berlin 2005; Bernd Stöver, Geschichte Berlins, München 2010.

EINLEITUNG

determinierte Verflechtungsgesellschaft«, die gegenüber verschiedenen politischen Einflüssen und konfrontativen Zuspitzungen zu Hochzeiten des Kalten Krieges eine weitgehende Resistenz, beachtliche Stabilität und Flexibilität entwickelt habe.¹⁰⁰ Die 750-Jahr-Feier Berlins am Ende der Teilungszeit wird von Krijn Thijs beschrieben, der die Stadtjubiläen von 1937 und von 1987 in Ost- und West-Berlin vergleicht und dabei zahlreiche Querbezüge deutlich macht.¹⁰¹ Zur »doppelten« und miteinander verwobenen Stadtentwicklung im geteilten Berlin liegen inzwischen mehrere Publikationen vor.¹⁰² Beide Stadthälften werden zudem von Hartmut Häußermann und Andreas Kapphan aus stadtsoziologischer Perspektive verglichen, wobei Fragen nach der Persistenz und dem Wandel sozialräumlicher Ordnungen im Vordergrund stehen und die fundierten Beschreibungen der historischen Grundlagen vor allem als Hintergrund zur Analyse der Segregationsprozesse nach 1990 dienen.¹⁰³

In jüngerer Zeit mehren sich Darstellungen, die gezielt auf eine Seite der Stadt fokussieren.¹⁰⁴ Wilfried Rott hat eine sehr informierte Geschichte der »Insel« West-Berlin vorgelegt, die viel von seiner eigenen Zeitzeugenschaft profitiert.¹⁰⁵ Rott interessieren vor allem die Regierenden Bürgermeister und ihre Wesenszüge, der West-Berliner »Filz« und seine strukturellen Ursachen, die (Hoch-)Kulturlandschaft und ihre

¹⁰⁰ Michael Lemke, *Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961*, Köln u. a. 2011, S. 20. Zur Rolle Berlins im Kalten Krieg vgl. auch mehrere Beiträge in Katharina Hochmuth (Hg.), *Krieg der Welten. Zur Geschichte des Kalten Krieges*, Berlin 2017.

¹⁰¹ Krijn Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987*, Köln u. a. 2008. Zu nennen wären auch noch die komparativen Arbeiten von Melanie Arndt, *Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948-1961*, Köln u. a. 2009; Frank Roggenbuch, *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008; Burghard Ciesla, *Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin*, Köln u. a. 2006; Heiner Stahl, *Jugendradio im Kalten Ätherkrieg. Berlin als eine Klanglandschaft des Pop (1962-1973)*, Berlin 2010.

¹⁰² Vgl. v. a. Stephanie Warnke, *Stein gegen Stein. Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950-1970*, Frankfurt a. M./New York 2009; Günter Schlusche u. a. (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*, Berlin 2014.

¹⁰³ Hartmut Häußermann/Andreas Kapphan, *Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*, Opladen 2000.

¹⁰⁴ Einen Überblick gibt David E. Barclay, *Kein neuer Mythos. Das letzte Jahrzehnt West-Berlins*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (2015) B. 46, S. 37-42.

¹⁰⁵ Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990*, München 2009. Ähnliches gilt für Hermann Rudolphs *Geschichte Berlins seit 1990: Hermann Rudolph, Berlin – Wiedergeburt einer Stadt. Mauerfall, Ringen um die Hauptstadt, Aufstieg zur Metropole*, Berlin 2014.

kreativen Köpfe sowie Probleme und Statusfragen im Verhältnis zu den Alliierten, zur Bundesrepublik und zur DDR. Gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven auf die Geschichte West-Berlins entwickelt ein Themenheft der »Zeithistorischen Forschungen«, das nach dem besonderen historischen Ort der Teilstadt als Sonderfall, Brennglas und Labor fragt, aber auch die erstaunliche Konjunktur West-Berlins in neueren Ausstellungen und Bildbänden betrachtet.¹⁰⁶ Die Alltagsgeschichte West-Berlins ist zudem Gegenstand einer bisweilen recht nostalgischen Erinnerungsliteratur, die im Abstand von zwanzig Jahren seit der Wiedervereinigung der Stadt erschienen ist und häufig von zeitgenössischen Protagonisten selbst verfasst wurde.¹⁰⁷ Für die östliche Stadthälfte gibt es bislang keine vergleichbaren Gesamtdarstellungen, wohl aber zahlreiche Studien, die Einzelaspekte der DDR-Geschichte am Beispiel Ost-Berlins untersuchen.¹⁰⁸ Diese Arbeiten sind jedoch stärker allgemeineren Fragestellungen zur DDR-Geschichte verpflichtet als der Berliner Stadtgeschichte im Besonderen.

Im Gegensatz zu anderen Grenzgebieten an der deutsch-deutschen Grenze¹⁰⁹ bzw. an der Berliner Mauer¹¹⁰ existieren zu Friedrichshain und Kreuzberg noch keine vergleichenden Detailstudien. Für den Fusionsbezirk liegt allerdings ein gemeinsames Bezirkslexikon vor, das in einer umfassenden historischen Einführung die Grundzüge der stadtge-

106 Stefanie Eisenhuth/Hanno Hochmuth/Martin Sabrow (Hg.), *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 11 (2014) H. 2: West-Berlin; <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2014>.

107 So etwa Jenny Schon (Hg.), *Wo sich Gott und die Welt traf. West-Berlin. Zeitzeugen erinnern sich an die ersten Jahre nach dem Mauerbau*, Vechta 2011; Ulrike Sterblich, *Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt. Eine Kindheit in Berlin (West)*, Reinbek bei Hamburg 2012; Wolfgang Müller, *Subkultur Westberlin 1979-1989. Freizeit*, Hamburg 2013; Barbara und Kai Sichtermann, *Das ist unser Haus. Eine Geschichte der Hausbesetzung, Berlin* 2017.

108 Vgl. etwa Häder, *Schülerkindheit in Ost-Berlin*; Thomas Klein, »Frieden und Gerechtigkeit!«, *Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre*, Köln u. a. 2007; Danuta Kneip, *Berufliche Diskriminierung und politische Dissidenz in der Honecker-DDR*, Köln 2009.

109 Als Mikrogeschichte einer deutsch-deutschen Grenzregion ist Edith Scheffers Lokalstudie zu den beiden angrenzenden Kleinstädten Sonneberg (Ost) und Neustadt bei Coburg (West) hervorzuheben. Vgl. Edith Scheffer, *Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain*, Oxford 2011.

110 Aus ethnologischer Perspektive: Falk Blask (Hg.), *Geteilte Nachbarschaft. Erkundungen im ehemaligen Grenzgebiet Treptow und Neukölln*, Berlin 1999. Von Annett Gröschner stammt eine Untersuchung der Gleimstraße, die von 1961-1989 zwischen Prenzlauer Berg und Wedding geteilt war. Vgl. Annett Gröschner (Hg.), *Grenzgänger, Wunderheiler, Pflastersteine. Die Geschichte der Gleimstraße in Berlin*, Berlin 1998.

EINLEITUNG

schichtlichen Entwicklung vorstellt.¹¹¹ Hervorzuheben ist Jens Doblens aufwendig recherchierte Geschichte der Homosexualität in Kreuzberg und Friedrichshain, die aus einer Ausstellung des Kreuzbergmuseums hervorgegangen ist.¹¹² Dessen Leiter Martin Düspohl hat eine populäre Gesamtdarstellung der Geschichte Kreuzbergs veröffentlicht, die einen besonderen Fokus auf die lange Migrationsgeschichte des Stadtteils legt.¹¹³ Barbara Lang geht aus ethnologischer Perspektive dem Mythos Kreuzberg nach und beschreibt vor allem die symbolischen Grundlagen der gegenwärtigen Gentrifizierung.¹¹⁴ Zahlreiche Veröffentlichungen beschäftigen sich mit der Sanierungsgeschichte einzelner Straßen und Plätze.¹¹⁵ Diese stammen häufig von den beteiligten Akteuren selbst, die die historischen Darstellungen nutzten, um den eigenen Argumenten in den Stadtentwicklungsdebatten Autorität zu verleihen.¹¹⁶

Im Gegensatz zu Kreuzberg gibt es wesentlich weniger Darstellungen zur Geschichte Friedrichshains.¹¹⁷ Bis 1989 dominierten für Friedrichshain Arbeitergeschichten und Autobiographien, die vor allem das einfa-

111 Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg.

112 Jens Dobler, *Von anderen Ufern. Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Kreuzberg und Friedrichshain*, Berlin 2003.

113 Martin Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, Berlin 2009, insbesondere S. 108-148.

114 Barbara Lang, *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils (1961-1995)*, Frankfurt a.M. u.a. 1998. Den städtebaulichen Wandel und die Kreuzberger Protestkultur untersuchen zudem: Carla MacDougall, *In the Shadow of the Wall. Urban Space and Everyday life in Berlin Kreuzberg*, in: Timothy Brown/Lorena Anton (Hg.), *Between the Avant-Garde and the Everyday. Subversive Politics in Europe from 1957 to the Present*, New York/Oxford 2011, S. 154-173; Belinda Davis, *The City as Theater of Protest. West Berlin and West Germany, 1962-1983*, in: Gyan Prakash/Kevin M. Kruse (Hg.), *The Spaces of the Modern City. Imaginaries, Politics and Everyday Life*, Princeton 2008, S. 247-274.

115 Siehe etwa Alf Bremer u. a., *Kreuzberg Chamissoplatz. Geschichte eines Berliner Sanierungsgebietes*, Berlin 2007; Andrea Gerischer/Kerstin Jablonka, *Geschichte von Orten im Wrangelkiez. Eine Ausstellung in Schaufenstern*, Berlin 2008.

116 Paradigmatisch hierfür Dieter Hoffmann-Axthelm, *Straßenschlachtung. Geschichte, Abriß und gebrochenes Weiterleben der Admiralstraße*, Berlin 1984. Weitere Publikationen zur Geschichte Kreuzbergs erschienen im Kontext der West-Berliner Geschichtswerkstatt und fokussierten vor allem auf die Geschichte des Nationalsozialismus im Bezirk. Vgl. etwa Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen*, Berlin 1991.

117 Zuletzt erschien immerhin ein Pendant zur »Kleinen Kreuzberggeschichte«: Vgl. Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013. Im Vorwort bezieht sich die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann explizit auf das Friedrichshainer Heimatbuch von 1930. Vgl. Gensch/Liesigk/Michaelis, *Der Berliner Osten*.

che Alltagsleben im proletarischen Berliner Osten beschreiben.¹¹⁸ Nach der Wiedervereinigung erschienen einige detailreiche Heimatgeschichten, die zum Teil den ganzen Bezirk Friedrichshain umfassen¹¹⁹ oder einzelne Stadtteile betrachten.¹²⁰ Weitere Studien begeben sich auf die Ebene einzelner Straßen, wie etwa Annett Gröschners bemerkenswert dichte Beschreibung der Friedrichshainer Fruchtstraße.¹²¹ Andere Orte werden eher im Kontext mit bestimmten historischen Ereignissen dargestellt, die im Bezirk Friedrichshain stattgefunden haben. Zu nennen wären etwa die für diese Untersuchung grundlegenden Arbeiten von Dirk Moldt zu den Bluesmessen in der Samariterkirche oder die Literatur zur Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße im Jahre 1990.¹²²

Zum Thema Öffentlichkeit und Privatheit in der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte gibt es kaum vergleichende geschichtswissenschaftliche Literatur. Der Hauptgrund hierfür kann darin vermutet werden, dass die Öffentlichkeit in der DDR nicht dem verbreiteten normativen Verständnis dieser Kategorie entsprach und mögliche Studien zu diesem Thema im Prinzip als gegenstandslos erachtet wurden. Dagegen hat Jörg Requate deutlich gemacht, dass durchaus gewinnbringend nach Öffentlichkeit in der DDR gefragt werden kann.¹²³ Am Beispiel der DDR-Fernsehsendung »Prisma« hat Requate gezeigt, wie die Zuschauer über Zuschriften an die Redaktion diverse Probleme öffentlich machten und auf diese Weise eine unintendierte Ersatzöffentlichkeit in der DDR

118 Siehe etwa John Stave, *Stube und Küche. Erlebtes und Erlesenes*, Berlin (Ost) 1987; Waldemar Brust, *Koppenstraße 60. Eine Berliner Kindheit in der Weimarer Zeit. Episoden aus dem Berlin der 20er und 30er Jahre*, Berlin (Ost) 1987.

119 Siehe Jan Feustel, *Verschwundenes Friedrichshain. Bauten und Denkmale im Berliner Osten*, Berlin 2001; Wanja Abramowski, *Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain von Berlin bis 1920*, Berlin 2000; Kerima Bouali/Maren Schulze, *Bewegte Zeiten. Friedrichshain zwischen 1920 und heute*, Berlin 2000.

120 Siehe etwa Wanja Abramowski, *Boxhagen – zwischen Aufruhr und Langeweile. Eine Stadtteilgeschichte*, Berlin 2003; Martin Wiebel, *East Side Story. Biographie eines Berliner Stadtteils*, Berlin 2004.

121 Annett Gröschner/Arwed Messmer, *Berlin, Fruchtstraße am 27. März 1952, Ostfildern 2012*. Auf eine Straße schaut auch Lothar Uebel, *Spreewasser, Fabrikschlote und Dampfloks. Die Mühlenstraße am Friedrichshainer Spreeufer*, Berlin 2009. Zu nennen wäre hier schließlich auch die umfangreiche Literatur zur Geschichte der Stalinallee (seit 1961 Karl-Marx-Allee), z. B. Herbert Nicolaus/Alexander Obeth, *Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße*, Berlin 1997.

122 Dirk Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979-1986. Eine Jugendveranstaltung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in ihrer Zeit*, Berlin 2008; Susan Arndt u. a. (Hg.), *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz*, Berlin 1992.

123 Vgl. Requate, *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*.

entstand.¹²⁴ Michael Meyen hat sich mit den medialen Öffentlichkeiten in der DDR beschäftigt und darüber hinaus empirische Untersuchungen zur asymmetrisch verflochtenen deutsch-deutschen Mediengeschichte vorgelegt.¹²⁵ Zur Geschichte der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik gibt es eine umfangreiche Literatur, wobei der Schwerpunkt auf der Medienöffentlichkeit liegt.¹²⁶ Im Gegensatz dazu gibt es deutlich weniger historische Studien zur Geschichte der Privatheit in der deutschen Nachkriegszeit.¹²⁷ Hervorzuheben ist allerdings Paul Betts' originelle Geschichte des Privaten in der DDR, die sich von der Überwachung des Privatlebens durch die Stasi bis hin zur privaten Fotografie erstreckt.¹²⁸

Zur Geschichte des Wohnens im 20. Jahrhundert hat Adelheid von Saldern mehrere grundlegende Darstellungen veröffentlicht.¹²⁹ Zur Geschichte des Berliner Mietshauses haben Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers drei dokumentengesättigte Bände herausgegeben, die vom 18. Jahrhundert bis in die 1980er Jahre reichen und bis heute als Standardwerk gelten können.¹³⁰ Sven Reichardt hat sich in seiner viel beachteten Studie zum linksalternativen Milieu auch mit alternativen Wohnformen und Hausbesetzungen in West-Berlin befasst,¹³¹ die Bart van der Steen im transnationalen Vergleich untersucht hat.¹³² Reinhild Kreis hat sich jüngst mit den sogenannten Instandbesetzungen in West-Berlin beschäf-

124 Ähnliches zeigte Ina Merkel, *Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation. Briefe an das DDR-Fernsehen*, Köln u. a. 1998.

125 Michael Meyen, *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin 2003; Ders., *Kollektive Ausreise? Zur Reichweite ost- und west-deutscher Fernsehprogramme in der DDR*, in: *Publizistik* 47 (2002) H. 2, S. 200-230. Vgl. hierzu jüngst auch Franziska Kuschel, *Schwarz Hörer, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien*, Göttingen 2016.

126 Beispielhaft: von Hodenberg, *Konsens und Krise*.

127 Eine Ausnahme bildet der explorative Band von Daniel Fulda u. a. (Hg.), *Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg*, Göttingen 2010.

128 Paul Betts, *Within Walls. Private Life in the German Democratic Republic*, Oxford 2010.

129 Immer noch am umfassendsten und weit über die Wohnsituation von Arbeitern hinausgehend: Adelheid von Saldern, *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995.

130 Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, *Das Berliner Mietshaus*, 3 Bde., München 1980/1984/1989.

131 Sven Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Frankfurt a. M. 2014, hier v. a. S. 498-572.

132 Bart van der Steen, *Die internationalen Verbindungen der Hausbesetzerbewegung in den 70er und 80er Jahren*, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.), *Deutsche Zeitgeschichte – transnational*, Göttingen 2015, S. 203-220.

tigt.¹³³ Zu den Hausbesetzungen im Westen liegt seit neuestem zudem ein Zeitzeugenband von Barbara und Kai Sichtermann vor, die selber aus der West-Berliner Hausbesetzerbewegung stammen, sich aber auch dem Phänomen des »Schwarzwohnens« in der DDR widmen.¹³⁴ Hiermit hat sich vor allem Udo Grashoff intensiv befasst und damit wichtige Grundlagenarbeit zur Geschichte halblegaler Wohnformen im Osten geleistet, auf der die vorliegende Untersuchung aufbauen kann.¹³⁵

Die Literatur zur Geschichte der Kirchen in der deutschen Nachkriegszeit konzentrierte sich lange auf die Säkularisierungsprozesse nach 1945, wobei sich in jüngerer Zeit Deutungen durchsetzen, die im Gegensatz hierzu auf die Persistenz religiöser Überzeugungen und Gemeinschaft hinweisen und die zivilgesellschaftliche Neuausrichtung der Kirchen betonen.¹³⁶ Frank Bösch und Lucian Hölscher beschäftigen sich in einem jüngeren Band zur Transformation der Kirche in der Nachkriegszeit mit neuen Aktionsfeldern der christlichen Kirchen.¹³⁷ Dabei wird ein topologischer Ansatz verfolgt und nach neuen Räumen gefragt, die die Kirchen eingenommen bzw. angeboten haben. Die Geschichte der Kirchen in Friedrichshain und Kreuzberg wurde vor allem von den Pfarrern der jeweiligen Gemeinden geschrieben, die oft selbst wichtige Akteure der dargestellten historischen Entwicklungen waren.¹³⁸ Darüber hinaus gibt

133 Vgl. Reinhild Kreis, Heimwerken als Protest. Instandbesetzer und Wohnungsbaupolitik in West-Berlin während der 1980er-Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 14 (2017) H. 1, S. 41-67, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2017/id=5449>.

134 Vgl. Sichtermann, *Das ist unser Haus*.

135 Udo Grashoff, *Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlösung in der DDR*, Göttingen 2011. Das Leben in den ostdeutschen Plattenbauten am anderen Ende der Skala des Wohnens in der DDR wurde von Christine Hannemann untersucht, spielt in der vorliegenden Studie jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Vgl. Christine Hannemann, *Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR*, Wiesbaden 1995.

136 Allgemein zur Geschichte der Kirchen in Deutschland seit 1945 vgl. v. a. Thomas Großbölting, *Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945*, Göttingen 2013. Zur DDR vgl. weiterhin Detlef Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, Stuttgart 1994.

137 Frank Bösch/Lucian Hölscher (Hg.), *Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren*, Göttingen 2013.

138 Wichtig für diese Arbeit v. a. Klaus Duntze, *Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen. Eine Untersuchung zum Verhältnis von kirchlicher Arbeit und Stadtentwicklung in Berlin (West) von 1968 bis 1985 unter besonderer Berücksichtigung des Bezirks Kreuzberg*, Frankfurt a. M. u. a. 1992.

es Überblickswerke zu den Kirchengemeinden und -gebäuden in Friedrichshain und Kreuzberg.¹³⁹

Im Gegensatz zur großstädtischen Vergnügungskultur um die Jahrhundertwende¹⁴⁰ ist die Geschichte des Vergnügens in der jüngeren deutschen Zeitgeschichte erst in einigen Ansätzen erforscht. Hier müssen vor allem die Arbeiten von Kaspar Maase hervorgehoben werden, der sich umfassend mit der Geschichte der Populärkultur auseinandergesetzt hat.¹⁴¹ Im deutsch-deutschen Vergleich hat sich Uta G. Poiger mit den popkulturellen Verflechtungen der Nachkriegszeit beschäftigt, wobei sie zeigen konnte, dass es zunächst noch auf beiden Seiten kulturkritische Ressentiments gegenüber der amerikanischen Populärkultur gab, diese im Westen jedoch im Zuge der marktwirtschaftlichen Erschließung jugendlicher Konsumentenschichten rasch an Bedeutung verloren.¹⁴² Zum Vergnügen in der DDR haben Ulrike Häußer und Marcus Merkel einen explorativen Sammelband veröffentlicht, der ein neues Feld der DDR-Alltagsgeschichte erschließt.¹⁴³ Für Kreuzberg sind vor allem die Arbeiten von Lothar Uebel zu erwähnen, der sich jedoch stärker mit der Vergnügungskultur in der ersten Jahrhunderthälfte befasst hat.¹⁴⁴ Hierzu liegen auch für den Bezirk Friedrichshain erste Untersuchungen vor.¹⁴⁵

139 Jan Feustel, Turmkreuze über Hinterhäusern. Kirchen im Bezirk Friedrichshain, Berlin 1999; Marina Wesner, Kreuzberg und seine Gotteshäuser. Kirchen, Moscheen, Synagogen, Tempel, Berlin 2007.

140 Vgl. hierzu inzwischen Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011; Paul Nolte (Hg.), Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte, Inszenierungen, Netzwerke (1880-1930), Köln u. a. 2016; Daniel Morat u. a., Weltstadtvergnügen. Berlin 1880-1930, Göttingen 2016.

141 Kaspar Maase, Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970, Frankfurt a. M. 1997.

142 Uta G. Poiger, Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley 2000.

143 Ulrike Häußer/Marcus Merkel (Hg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009.

144 Lothar Uebel, Viel Vergnügen. Die Geschichte der Vergnügungsstätten rund um den Kreuzberg und die Hasenheide, Berlin 1985.

145 Hanno Hochmuth/Johanna Niedbalski, Kiezvergnügen in der Metropole. Zur sozialen Topographie des Vergnügens im Berliner Osten, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 105-136.

Zum Aufbau des Buches

Der Ansatz einer integrierten deutschen Stadtgeschichte ist ein anspruchsvolles Vorhaben. Eine ebenso vergleichende wie verflochtene Geschichte zweier Stadtbezirke ist schwer zu schreiben, will man nicht fortlaufend zwischen beiden Seiten hin und her springen. Aus darstellerischen Gründen ist es daher sinnvoller, anhand exemplarischer Fallstudien eine Parallelgeschichte von Friedrichshain und Kreuzberg zu erzählen, ohne die Studie streng vergleichend zu organisieren. Zunächst werden jedoch die allgemeinen historischen Grundlagen der Stadtentwicklung in Friedrichshain und Kreuzberg dargestellt, die elementar für das Verständnis der jüngeren Zeitgeschichte sind. Dabei beschreibt das historische Einführungskapitel eingehend die Phase der Urbanisierung des Berliner Ostens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der die beiden Altstadtbezirke ihre bis heute prägende städtebauliche Gestalt erhielten. Anschließend werden die Gründung der beiden Bezirke 1920, die Zeit in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus sowie die Zerstörung im Zweiten Weltkrieg beschrieben. Der Schwerpunkt des Einführungskapitels liegt auf der unmittelbaren Nachkriegszeit und dem Wiederaufbau in den beiden Stadtteilen, die nunmehr gegensätzlichen politischen Systemen angehörten. Abschließend wird auf den Mauerbau 1961 und dessen konkrete Folgen für Friedrichshain und Kreuzberg eingegangen, wobei insbesondere nach dem sozialen Wandel in Ost und West gefragt wird.

Der Hauptteil dieses Buches ist in drei Teile gegliedert, die sich mit der Geschichte des Wohnens, der Kirche und des Vergnügens in Friedrichshain und Kreuzberg nach 1961 befassen. Bei diesen drei lebensweltlichen Dimensionen handelt es sich um konstitutive Felder von Öffentlichkeit und Privatheit, in denen das Wechselverhältnis zwischen den beiden Sphären auf besondere Weise ausgehandelt wurde. Jeder der Teile ist gleich aufgebaut und geht zunächst in übergreifender Perspektive auf das jeweilige Wechselverhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im allgemeinen historischen Kontext der deutschen Geschichte vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Im Anschluss werden jeweils mehrere lokale Fallstudien vorgestellt, die entweder in Friedrichshain oder in Kreuzberg verortet sind. Auf dieser Grundlage wird abschließend in jedem Teil nach Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Verflechtungen gefragt.

Das abschließende Kapitel zur Transformation wagt einen Ausblick in die Zeit nach dem Fall der Mauer. Dabei geht es grundsätzlich um den Wandel von Transfer- zu Transformationsprozessen zwischen Friedrichshain und Kreuzberg. Am Beispiel der Hausbesetzungen in der Mainzer

EINLEITUNG

Straße werden radikale Aufholprozesse im Ostteil in den Blick genommen, ehe kurz die Bevölkerungsentwicklung und der Strukturwandel seit 1990 dargestellt werden. Zum Schluss werden einige gegenwärtige Herausforderungen im 2001 gebildeten Fusionsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg beschrieben, wobei vor allem Fragen der Gentrifizierung und der Privatisierung des öffentlichen Raumes thematisiert werden. Damit soll das Buch einen Beitrag zum historischen Verständnis aktueller Konfliktlagen leisten, die in starkem Maße um das Spannungsverhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im urbanen Raum kreisen.

Historische Grundlagen

Friedrichshain und Kreuzberg teilten bis über 1945 hinaus eine ähnliche Geschichte. Beide Stadtteile entwickelten sich im Zuge der Urbanisierung aus dem Weichbild Berlins zum baulich hoch verdichteten kleinbürgerlich-proletarischen Berliner Osten. Dieser Prozess war zu Beginn des Ersten Weltkrieges weitgehend abgeschlossen. Nach dem Krieg erhielten die beiden Stadtteile ihren heutigen Namen und ihre territoriale Gestalt, die über das 20. Jahrhundert hinweg weitgehend unverändert blieb. Auch hinsichtlich der Bau- und Sozialstruktur überwogen bis zur Jahrhundertmitte die Kontinuitäten und die Gemeinsamkeiten. Einen zentralen Einschnitt markierte für beide Stadtteile der Zweite Weltkrieg, in dem sowohl Friedrichshain als auch Kreuzberg erhebliche Schäden erlitten. Obwohl sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch viele Herausforderungen glichen, beschritten Friedrichshain und Kreuzberg nach 1945 sowohl im Wiederaufbau als auch in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung unterschiedliche Pfade. Diese Divergenz wurde durch den Mauerbau und den damit resultierenden sozialräumlichen Wandel deutlich verstärkt. Damit endete vorerst die gemeinsame Geschichte von Friedrichshain und Kreuzberg, die im folgenden Kapitel vorgestellt werden soll.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem Prozess der Urbanisierung.¹ Im Mittelpunkt stehen hierbei die Stadtentwicklung, urbane Infrastrukturen und sozialräumliche Muster. Dagegen geht es weniger um die politische Geschichte und wichtige Ereignisse in Friedrichshain und Kreuzberg. Der Urbanisierungsprozess verlief hier besonders dynamisch. Wie anderswo in Deutschland ging die Urbanisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in eine postfordistische Phase über, die mit der politischen Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenfiel. Es ist daher besonders spannend, wie die beiden unterschiedlichen Systeme auf die neuen Herausforderungen reagierten. Die gesellschaftlichen Rah-

1 Allgemein zur Urbanisierung in Deutschland siehe weiterhin Jürgen Reulecke, *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1985; Horst Matzerath, *Urbanisierung in Preußen 1815-1914*, Stuttgart 1985; Clemens Zimmermann, *Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung*, Frankfurt a. M. 1996. Im Zuge der Kritik an der klassischen Modernisierungstheorie ist auch der Urbanisierungsbegriff Gegenstand von Debatten geworden. Vgl. hierzu das Themenheft von Christoph Bernhardt (Hg.), *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 42 (2012) H. 2: *Urbanisierung im 20. Jahrhundert*. Inspirierend zur Urbanisierung von Chicago vgl. William J. Cronon, *Nature's Metropolis. Chicago and the Great West*, New York 1991.

menbedingungen bildeten eine wichtige Grundlage für die Ausprägung von Öffentlichkeit und Privatheit. Das Kapitel beschreibt daher die stadthistorischen Grundlagen für die darauffolgenden Kapitel, in denen das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit anhand ausgewählter Lebensbereiche untersucht wird.

Die Urbanisierung des Berliner Ostens

Topographisch liegen Friedrichshain und Kreuzberg größtenteils im eiszeitlich geprägten Berlin-Warschauer Urstromtal. Es ist an dieser Stelle nur 4 bis 5 Kilometer breit und liegt etwa 33-38 Meter über Normalnull.² In der Mitte des Urstromtals verläuft die Spree in nordwestlicher Richtung. Jenseits der flachen Spreeebene liegen die beiden flachwelligen und fruchtbaren Grundmoränenflächen des Barnim und des Teltow, die sich auf moderate Höhen von 55-60 Metern über Normalnull emporheben.³ In der Tallage zwischen diesen beiden Hängen haben sich die beiden Bezirke entwickelt.⁴

Für die Zeit vor 1920 kann eigentlich nicht von Friedrichshain und Kreuzberg gesprochen werden, denn die beiden Verwaltungsbezirke entstanden erst durch das Groß-Berlin-Gesetz. Die historischen Vorläufer Friedrichshains waren das Stralauer Viertel und Teile der Königstadt im Westen sowie die Kolonien Boxhagen und Friedrichsberg und das Dorf Stralau im östlichen Teil des Bezirks. Kreuzberg entstand aus der südlichen Friedrichstadt im Norden, der Tempelhofer Vorstadt im Süden sowie der Luisenstadt im Osten des Bezirks. Allen Vorläuferstrukturen ist gemein, dass es sich, mit Ausnahme des alten Fischerdorfs auf der Halbinsel Stralau, um keine selbständigen Siedlungskerne handelte.⁵ Im Gegensatz zu den meisten anderen Berliner Bezirken, die aus vormals selbständigen Städten oder Gemeinden hervorgegangen sind, waren die Stadtteile, aus denen Friedrichshain und Kreuzberg gebildet wurden, keine mittelalterlichen Siedlungen, sondern erst das Resultat des Wachstums der Stadt Berlin. Abgesehen von der südlichen Friedrichstadt

2 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 15.

3 Vgl. Abramowski, Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain, S. 7. Am Kreuzberger Mehringdamm wird das Gefälle für Seifenkisten-Rennen genutzt.

4 Einen ungefähren Eindruck, wie die Geländetopographie Friedrichshains und Kreuzbergs im unverbauten Zustand ausgesehen haben könnte, vermittelt das ländliche Randowbruch in der östlichen Uckermark.

5 Zum Fischerdorf Stralau siehe Abramowski, Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain, S. 13-16.

handelte es sich um unplanmäßige vorstädtische Siedlungen, die zum größten Teil auf das 17. und 18. Jahrhundert zurückgingen.⁶

Einige der östlichen Vorstadtsiedlungen wurden von Berlin bereits eingemeindet, noch ehe sie baulich erschlossen wurden. Dies gilt vor allem für das Köpenicker Feld (die spätere Luisenstadt) und für die Stralauer Vorstadt (das spätere Stralauer Viertel). Beide Gebiete wurden bereits durch die barocke Akzisemauer von 1734/36 eingefasst, als sie noch fast ausschließlich landwirtschaftlich genutzt wurden.⁷ Die verhältnismäßig fruchtbaren Böden und regelmäßig überfluteten Ebenen des Urstromtals auf beiden Seiten der Spree dienten Berliner Bürgern als Feldmark.⁸ Im 18. Jahrhundert legten hugenottische Familien hier ausgedehnte Blumen-gärtnerereien an, in denen sie Hyazinthen und andere Schmuckpflanzen anbauten.⁹ Die bekanntesten Gärten gehörten der Familie Bouché in der Stralauer Vorstadt. An den Hängen zum Barnim und zum Teltow wurde bis zum strengen Winter von 1739/40 großflächig Wein angebaut. Außerdem wurde die Höhenlage der beiden Hochebenen zum Bau von Windmühlen genutzt.¹⁰ Das Gebiet bildete das landwirtschaftlich geprägte Hinterland von Berlin.

Im 18. Jahrhundert nutzten einige wohlhabende Berliner Familien die Gegend südlich und östlich der Residenz als Sommerfrische. Dabei wurden die errichteten Anwesen meist nur temporär bewohnt. Zahlreiche Gastwirtschaften lockten zudem die einfache Berliner Bevölkerung hinaus ins Grüne. Oben auf dem Tempelhofer Berg (dem späteren Kreuzberg) gab es seit 1829 den Vergnügungspark »Tivoli«, der eine Achterbahn und einen weiten Ausblick auf Berlin bot.¹¹ Unweit davon befand sich das bekannte Gartenlokal »Dustreter Keller«, benannt nach einer Schlucht, in der seit Jahrhunderten Wein gelagert wurde.¹² Auf der Halbinsel Stralau wurde nachweislich seit 1574 der Stralauer Fischzug gefeiert, der

- 6 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 16. Menschliche Besiedlungsreste reichen bis in die Zeit des 9. Jahrtausends v. Chr. zurück.
- 7 Vgl. Hasso Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. XI-XXIX, hier S. XIII f.
- 8 Vgl. Abramowski, *Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain*, S. 7-12.
- 9 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 29.
- 10 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), *Denkmale in Berlin: Bezirk Friedrichshain*, Berlin 1996, S. 16 f.
- 11 Vgl. Heinrich Kaak, *Kreuzberg (Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke Bd. 2)*, Berlin 1988, S. 54.
- 12 Hier hatte Friedrich-Ludwig Jahn während der napoleonischen Besetzung Berlins geheime Treffen abgehalten. Heute befindet sich anstelle der aufgeschütteten Schlucht der Chamissoplatz.

sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einem der bedeutendsten Berliner Volksfeste entwickelte und jährlich zehntausende Berliner nach Stralau zog.¹³ Auch der junge Karl Marx (1818-1883) verbrachte während seines Studiums 1837 einige Monate auf Stralau, um außerhalb von Berlin von einer Lungenkrankheit zu genesen.¹⁴ Die Gegend diente noch als Refugium der wachsenden preußischen Hauptstadt.

Entlang der Spree setzte jedoch bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert die industrielle Revolution ein.¹⁵ An beiden Ufern siedelten sich nun Kattunfabriken, Bleichen und Färbereien an.¹⁶ Nachdem die Textilindustrie aufgrund der Kontinentalsperre zwischenzeitlich einbrach, folgten Maschinenbauanstalten und Eisengießereien.¹⁷ Die erste deutsche Dampfmaschine wurde 1815 in der Maschinenbauanstalt von Georg Christian Freund in der Krautstraße gebaut.¹⁸ Viele Handwerker zogen in die Stralauer Vorstadt und in die Luisenstadt, wobei die Wohn- und Arbeitswelt meist eng miteinander verknüpft waren.¹⁹ Parallel dazu wurden hier mehrere Armenhäuser, Hospitäler und Friedhöfe angelegt. Dies gab bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den sozialräumlichen Charakter vor, den der Berliner Osten für anderthalb Jahrhunderte annehmen sollte.²⁰ Begünstigt wurde diese Tendenz durch die vorherrschende westliche Windrichtung. Während die wohlhabenderen Schichten sich vornehmlich im Westen Berlins niederließen, wo die Luft noch unverbraucht war, entstanden im Osten die einfachen Quartiere in der Nähe der Fabriken mit ihren stinkenden Schornsteinen.²¹ Hinzu kam, dass sich die Residenzstadt Berlin bereits seit dem 17. Jahrhundert vor allem nach Westen ausgerichtet hatte, wo der Adel und später die erfolgreichen Industriellen ihre Häuser auf dem Weg nach Potsdam und

13 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 18.

14 Vgl. Norbert Podewin, Marx und Engels grüßen aus ... Friedrichshain. Berliner Geschichte und Geschichten einer Traditionsgegend, Berlin 2010, S. 7-20.

15 Zur Frühgeschichte der Industrialisierung in Berlin siehe Wolfram Fischer, Berlin. Die preußische Hauptstadt auf dem Weg zur Industriestadt, in: Industrie- und Handelskammer von Berlin (Hg.), Berlin und seine Wirtschaft, Berlin 1987, S. 59-78.

16 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 25.

17 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), Denkmale in Berlin, S. 18; Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 52.

18 Vgl. Dirk Moldt, Friedrichshain – mehr als ein Bezirk?, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), Kleine Friedrichshaingeschichte, Berlin 2013, S. 9-31, hier S. 14.

19 Vgl. Abramowski, Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain, S. 31.

20 Ebd.

21 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 43.

Charlottenburg errichtet hatten.²² Dort waren mit Friedrichswerder, der Dorotheenstadt und der Friedrichstadt systematisch angelegte Vorstädte entstanden. Im Osten dagegen herrschte städtebaulicher Wildwuchs. Hier überwogen die Schattenseiten der Industrialisierung.

Im Zuge der Märzrevolution von 1848 kam es auch im Berliner Osten zu heftigen Auseinandersetzungen.²³ Auf der Großen Frankfurter Straße wurden mehrere Barrikaden errichtet und Straßenkämpfe ausgetragen. Die 311 Revolutionäre, die bei den Kämpfen mit der Preußischen Armee umgekommen waren, wurden auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain beigesetzt.²⁴ Die Parkanlage war erst kurz zuvor als »Tiergarten des Ostens« angelegt und nach Friedrich II. von Preußen benannt worden.²⁵ Auf dem Gelände des Parks entstand von 1868 bis 1874 auch das erste städtische Krankenhaus Berlins.²⁶ Seine neuartige Pavillonarchitektur sollte die Ausbreitung von ansteckenden Infektionen verhindern und bildete das Vorbild einer ganzen Reihe von städtischen Krankenhäusern, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Osten Berlins errichtet wurden.²⁷ Zuvor war am Mariannenplatz südlich der Spree bereits die Central-Diakonissen-Anstalt Bethanien (1845 bis 1847) eröffnet worden, wo unter anderem der junge Theodor Fontane (1819-1898) als Apotheker tätig war.²⁸ Das imposante neogotische Gebäude galt lange Zeit als das Wahrzeichen der Luisenstadt, stand jedoch zunächst noch allein auf weiter Flur. Die Krankenhäuser dienten als vorgelagerte Infrastruktureinrichtungen zur Versorgung Berlins. Hierzu zählten auch die englischen Gaswerke, die 1826 am Hellweg bzw. 1838 an der Holzmarktstraße entstanden,²⁹ sowie das erste Berliner Wasserwerk, das 1856

22 Vgl. Häußermann/Kapchan, Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt, S. 25-28.

23 Zur Märzrevolution in Berlin vgl. Rüdiger Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, insb. S. 157-182 zu den Barrikadenkämpfen und zum Sozialprofil der Revolutionäre.

24 Vgl. Kurt Laser, Der Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2011.

25 Vgl. Ralph-Jürgen Lischke, Der Volkspark Friedrichshain, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), Kleine Friedrichshaingeschichte, Berlin 2013, S. 46-61.

26 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), Denkmale in Berlin, S. 28.

27 So entstanden in der Tempelhofer Vorstadt etwa das St.-Gertrauden-Krankenhaus in der Wartenburgstraße (1873) sowie das Urban-Krankenhaus am Landwehrkanal (1890). Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 42.

28 Vgl. Hasso Spode, Das Krankenhaus der Diakonissen-Anstalt Bethanien zu Berlin. Mariannenplatz 1-3, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 301-325.

29 Die ersten städtischen Gasanstalten entstanden 1847 jeweils unmittelbar daneben. Vgl. Hilmar Bärthel, Anlagen und Bauten der Gasversorgung sowie der

am Stralauer Tor angelegt wurde.³⁰ Die privaten und öffentlichen Infrastruktureinrichtungen bildeten nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Urbanisierung Berlins, sondern beförderten auch die Entwicklung seiner damaligen Vorstädte.

Von entscheidender Bedeutung für die Urbanisierung war die verkehrstechnische Erschließung. Von 1845 bis 1850 wurde der alte Floßgraben zum Landwehrkanal ausgebaut und ermöglichte so eine Umfahrung der Spree und des Mühlendamms.³¹ 1848 bis 1852 folgte der Luisenstädtische Kanal, dessen Errichtung nicht zuletzt den unzufriedenen revolutionären Arbeitern Beschäftigung verschaffen sollte.³² Beide Kanäle dienten zunächst vor allem der Trockenlegung und baulichen Erschließung der Luisenstadt. Erst später wurden sie zu leistungsfähigen Verkehrsstraßen mit Hafenanlagen ausgebaut.³³ Der wichtigste Motor der Urbanisierung war die Eisenbahn. 1841 eröffnete am Westrand der Friedrichstadt die Berlin-Anhalter Bahn, deren Endbahnhof vier Jahrzehnte später eine 34 Meter hohe und 60 Meter breite Empfangshalle erhielt.³⁴ 1842 folgte im Stralauer Viertel der Bahnhof der Berlin-Frankfurter Bahn, der später in Schlesischer Bahnhof umbenannt wurde und bis heute viermal seinen Namen wechseln sollte.³⁵ Später kamen noch die Königliche Ostbahn (1867) und die Berlin-Görlitzer Bahn (1868) hinzu. Zunächst wurden die Bahnhöfe durch eine ebenerdige Verbindungsbahn verbunden. Diese erwies sich jedoch zusehends als Verkehrshindernis, so dass bis 1872 eine neue Ringbahn errichtet wurde, die das heutige Bezirksområde jedoch nur am Rande tangierte. 1882 wurde schließlich die Stadtbahn eröffnet, die

Stadtentwässerung, in: Berlin und seine Bauten, Teil X, Bd. A (2): Stadttechnik, Petersberg 2006, S. 21-37 u. 111-121; Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), Denkmale in Berlin, S. 21.

- 30 Vgl. Hilmar Bärthel, Wasser für Berlin. Die Geschichte der Wasserversorgung, Berlin 1997.
- 31 Bis 1894 konnte die Spree aufgrund des Mühlendamms nicht durchgehend befahren werden.
- 32 Vgl. Klaus Duntze, Der Luisenstädtische Kanal, Berlin 2011, insb. S. 61-85.
- 33 1896 wurde der Landwehrkanal verbreitert und der Urbanhafen angelegt. 1913 folgte an der Spree der Osthafen. Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 41.
- 34 Vgl. Christine Roik-Bogner, Der Anhalter Bahnhof. Askanischer Platz 6-7, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 52-69.
- 35 Dabei markieren die Namenswechsel die unterschiedlichen Abschnitte der deutschen Geschichte: So hieß der Bahnhof seit 1881 Schlesischer Bahnhof, seit 1950 Ostbahnhof, seit 1987 Hauptbahnhof und seit 1998 wieder Ostbahnhof. Vgl. Laurenz Demps, Der Schlesische Bahnhof in Berlin. Ein Kapitel preußischer Eisenbahngeschichte, Berlin 1991.

auf einer 12 Kilometer langen Trasse quer durch die Innenstadt führte und den Schlesischen Bahnhof zu einem zentralen Durchgangsbahnhof machte.³⁶

Die Bahnlinien transportierten zahllose Personen und Güter in die aufstrebende Metropole und beförderten so die weitere wirtschaftliche Erschließung des Berliner Ostens. Die dominanten Gleisanlagen konnten die Stadtentwicklung jedoch auch behindern. So wurde das östliche Stralauer Viertel durch die Bahntrassen vollkommen zerschnitten. Die öffentliche Straßenplanung musste sich den privaten Bahnanlagen unterordnen. Deutlich wird dies auch am Beispiel der Yorckstraße, die aufgrund der Anhalter und Potsdamer Bahn nach Süden verschwenkt werden musste und bis heute von dutzenden Eisenbahnbrücken überquert wird. Der nach James Hobrecht (1825-1902) benannte Straßenverlaufplan von 1862 hatte an dieser Stelle eigentlich eine gerade verlaufende Fortsetzung des »Generalszugs« vorgesehen, doch musste dieser Teil der repräsentativen Ringstraße entsprechend abgeändert werden, da die privaten Bahngesellschaften bereits bauliche Tatsachen geschaffen hatten.³⁷ Insgesamt erwies sich der Hobrechtplan jedoch als maßgeblich für das gesamte Straßensystem, das in den folgenden Jahrzehnten um die Berliner Kernstadt herum angelegt wurde.³⁸ Dabei orientierte sich Hobrecht aus Kostengründen an existierenden Handelsstraßen und Feldwegen und sah zwischen den Straßen große Blöcke vor. Der Hobrechtplan wurde somit zu einer wichtigen Grundlage für die Bebauung fast der gesamten Umgebung Berlins.³⁹

Die entscheidende Voraussetzung für die dichte bauliche Gestalt des Berliner Ostens bildete jedoch die marktliberale Berliner Bauordnung von 1853. Sie gab kaum einschränkende Vorschriften für die Ausnutzung von Grund und Boden vor.⁴⁰ Die Innenhöfe mussten lediglich 5,34 Meter im Quadrat groß sein, um das Wenden einer Feuerspritze zu ermöglichen. Dies schuf die rechtliche Grundlage für die maximale Verdichtung der Baublöcke, nachdem die Separation der Grundstücke zu einer beispiellosen Spekulation von Bauland geführt hatte.⁴¹ Weitere

36 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 39 f.

37 Der »Generalszug« ist der repräsentative Straßenzug von der Gneisenaustraße über die Yorckstraße und die Bülowstraße bis hin zur Tauentzienstraße. Siehe Hegemann, *Das steinerne Berlin*, S. 226-228.

38 Vgl. Wolfgang Ribbe, James Hobrecht, in: Wolfgang Ribbe/Wolfgang Schäche (Hg.), *Baumeister, Architekten, Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins*, Berlin 1987, S. 219-234.

39 Siehe Hegemann, *Das steinerne Berlin*, S. 207-233.

40 Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XVII.

41 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 28.

Grenzen fielen: Das Weichbild Berlins wurde 1841 und 1861 neu festgelegt, womit weite Teile der späteren Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg zum Stadtgebiet kamen.⁴² Die alte Stadtmauer, die mitten durch die Luisenstadt und das Stralauer Viertel verlief, wurde von 1866 bis 1869 abgetragen, nachdem sie ihre alte Funktion als Akzisemauer und Desertionshindernis eingebüßt und nur noch die bauliche Erschließung des früheren Umlandes behindert hatte.⁴³ Allerorten schossen nun Häuser aus dem Boden. Wohn- und Gewerbebauten verdrängten die vorherige landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung des Berliner Ostens. Die angehende Reichshauptstadt erlebte seit etwa 1863 einen unvergleichlichen Bebauungsschub. Der zweite Bauboom folgte in den 1880er Jahren nach dem zwischenzeitlichen Einbruch durch den Gründerkrach von 1873.⁴⁴ Kurz vor dem Ersten Weltkrieg waren die späteren Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg vollständig bebaut.⁴⁵ Um drei Viertel des alten Stadtzentrums legte sich ein »Mietskasernengürtel«, der von einer dichten Blockrandbebauung geprägt war.⁴⁶ Berlin erhielt seine Gestalt als »steinerne Stadt«.⁴⁷

Die Mietskasernen reagierten auf die Migration von Millionen Menschen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts nach Berlin zogen. Private Bauherren – zunächst oft einfache Handwerker, später verstärkt Terraingesellschaften – spekulierten angesichts des beispiellosen Bevölkerungszustroms auf eine riesige Nachfrage.⁴⁸ Allein die Luisenstadt wuchs in den 1860er Jahren jährlich um rund 10.000 Einwohner. 1871 lebten hier bereits 178.743 Menschen, zur Jahrhundertwende waren es 306.512.⁴⁹ Weniger als die Hälfte der Bewohner des Stralauer Viertels war bereits in Berlin geboren.⁵⁰ Die Mehrheit kam aus den ländlichen Provinzen

42 Ebd., S. 32.

43 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XIV.

44 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 34.

45 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), Denkmale in Berlin, S. 15.

46 Vgl. Johann Friedrich Geist/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus, Bd. 2: 1862-1945. Eine dokumentarische Geschichte von »Meyer's Hof« in der Ackerstraße 132-133, der Entstehung der Berliner Mietshausquartiere und der Reichshauptstadt zwischen Gründung und Untergang, München 1984. Das Stadtzentrum selbst entwickelte sich seit den 1880er Jahren zur City. Im Zuge dieses City-Bildungsprozesses wurden in der Innenstadt repräsentative Bauten von Behörden und Unternehmen errichtet und die ärmere Bevölkerung aus den Altstadtquartieren verdrängt. Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 20.

47 Hegemann, Das steinerne Berlin.

48 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 45.

49 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 35.

50 Angabe für 1880. Vgl. Abramowski, Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain, S. 34.

Preußens, vor allem aus Brandenburg, Ostpreußen und nicht zuletzt aus Schlesien.⁵¹ Hinzu kamen viele Polen, die sich insbesondere rund um den Schlesischen Bahnhof niederließen.⁵² Der Berliner Osten diente als Auffangbecken von hunderttausenden Männern und Frauen,⁵³ die in der jungen Reichshauptstadt nach Arbeit, Freiheit und bescheidenem Wohlstand suchten.⁵⁴ Wer es geschafft hatte, zog meist weiter Richtung Westen in die bürgerlichen Stadtteile. Die meisten blieben jedoch in den einfachen Wohnvierteln des Berliner Ostens hängen, der sich sozialräumlich weit über den geographischen Osten im engeren Sinne hinaus erstreckte und die Gegend von der Luisenstadt über das Stralauer Viertel bis hin zur Königsstadt (heute Prenzlauer Berg) umfasste. Diese Viertel wiesen in sich eine hohe Binnenmobilität auf.⁵⁵ Zweimal im Jahr, wenn am 1. April und am 1. Oktober die Mietverträge ausliefen, zogen bis zu 40 Prozent der lokalen Bevölkerung um, weil sie sich die vorgesehenen Mietsteigerungen nicht leisten konnten und eine günstigere Bleibe suchen mussten.⁵⁶ Der stetige Wandel bildete die Konstante des Berliner Ostens.⁵⁷

- 51 Siehe H. Schwabe, *Die königliche Haupt- und Residenzstadt Berlin in ihren Bevölkerungs-, Berufs- und Wohnungsverhältnissen. Resultate der Volkszählung und Volksbeschreibung vom 1.12.1871*, Berlin 1874.
- 52 Für viele Menschen, insbesondere für jüdische Emigranten aus Osteuropa, war der Schlesische Bahnhof zudem eine wichtige Durchgangsstation auf dem Weg nach Amerika. Er galt seit den 1880er Jahren als der »Auswandererbahnhof« schlechthin. Vgl. Demps, *Der Schlesische Bahnhof in Berlin*, S. 211; Karl Schlögel, *Das Russische Berlin. Ostbahnhof Europas*, Berlin 2007, S. 21-50.
- 53 Zur weiblichen Migration nach Berlin siehe Bettina Hitzer, *Im Netz der Liebe. Die protestantische Kirche und ihre Zuwanderer in der Metropole Berlin (1849-1914)*, Köln u. a. 2006.
- 54 Nicht alle fanden Unterkunft in den neu errichteten Mietskasernen. So gab es vor dem Kottbusser und vor dem Landsberger Tor selbstgezimmerter Barackensiedlungen von Obdachlosen, die 1872 auf Befehl des Berliner Polizeipräsidenten Madai abgerissen wurden. Die Bewohner wurden in das Polizeipräsidium oder in das Arbeitshaus bzw. in das Obdachlosenasyll am Alexanderplatz eingewiesen. Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 58 f.
- 55 Zu den unterschiedlichen Migrationsbewegungen vgl. Dieter Langewiesche, *Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innenstädtische Mobilität in Deutschland 1880-1914*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 64 (1977), S. 1-40.
- 56 Vgl. Thomas Mergel, *Das Kaiserreich als Migrationsgesellschaft*, in: Sven Oliver Müller (Hg.), *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, S. 374-391. Dabei blieben sie jedoch zumeist innerhalb des Quartiers wohnen. Wohnungsmobilität war oft mit Quartierssesshaftigkeit verknüpft. Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 78 f.
- 57 Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XI.

Die Sozialstruktur des Berliner Ostens war überwiegend kleinbürgerlich-proletarisch geprägt. Lediglich die Tempelhofer Vorstadt wies einen eher mittelständischen Charakter auf, nicht zuletzt wegen der vielen Offiziere, die rund um die fünf Kasernen in der Nähe des Tempelhofer Feldes wohnten.⁵⁸ In der Luisenstadt wie im Stralauer Viertel lebten dagegen vor allem gelernte und ungelernte Handwerker und Arbeiter, kleine Ladenbesitzer und Gastwirte, Subalternbeamte und Büroarbeiter, Dienstleute und Zugehfrauen, Invaliden und Witwen, Prostituierte und Zuhälter sowie zahllose Kinder.⁵⁹ Heinrich Zille (1858-1929), der selbst in der Andreasstraße nahe dem Schlesischen Bahnhof aufgewachsen war, hielt dieses Milieu in seinen Grafiken fest und formulierte kritisch: »Man kann einen Menschen genauso gut mit einer Wohnung erschlagen wie mit einer Axt«. ⁶⁰ Angesichts niedriger Einkommen, knappen Wohnraums und anhaltenden Bevölkerungswachstums blieb den meisten Menschen jedoch keine Wahl. Um die eigene Miete zahlen zu können, mussten viele Mieter zudem Schlafgänger aufnehmen, die sich keine eigene Wohnung leisten konnten. Das Leben im Berliner Osten war geprägt von Hunger, Krankheiten, Kinderreichtum, Kriminalität und Mietschulden.⁶¹ Es handelte sich aus heutiger Sicht um »Problemviertel«.

Die katastrophalen Wohnverhältnisse in der Stralauer Vorstadt führten am 25. Juli 1872 zum so genannten Blumenstraßenkrawall, nachdem in dieser Straße eine Wohnung zwangsgeräumt worden war.⁶² Vergleichbare Unruhen blieben jedoch eher die Ausnahme.⁶³ Das mag auch daran gelegen haben, dass die späteren Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg zur Zeit des Kaiserreichs keine reinen Arbeiterviertel waren, in denen die einfachen Schichten ausschließlich unter sich gelebt hätten.⁶⁴ Vielmehr

58 Bis zur Jahrhundertwende waren in der Tempelhofer Vorstadt fünf Regimenter stationiert: die 1. Garde-Dräger am Halleschen Tor, die 2. Garde-Dräger und die 2. Garde-Grenadiere an der Blücherstraße sowie die 4. Garde-Grenadiere und die Garde-Kürassiere an der Friesenstraße. Von der militärischen Nutzung des Gebiets zeugen noch heute die beiden ehemaligen Garnisionkirchen am Südsterne. Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 74.

59 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XVIII.

60 Zitiert in Heiner Pachmann, Stadtbezirk Friedrichshain, Berlin (Ost) 1988, S. 28.

61 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 38.

62 Vgl. Abramowski, Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain, S. 33; von Saldern, Häuserleben, S. 100 f.

63 Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XVIII.

64 Vgl. Rosmarie Beier, Leben in der Mietskaserne. Zum Alltag Berliner Unterschichtenfamilien in den Jahren 1900 bis 1920, in: Gesine Asmus (Hg.), Hinterhof, Keller und Mansarde. Einblicke in das Berliner Wohnungselend 1901-1920. Die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 244-270, hier S. 265.

wiesen die Mietskasernen innerhalb desselben Hauses in der Regel eine soziale Stratifikation auf.⁶⁵ Doch resultierte dies weniger in »gemütlichen Beziehungen zwischen den gleichgearteten und wenn auch noch so verschieden situierten Bewohnern«, wie es James Hobrecht beschworen hatte, sondern in klaren sozialräumlichen Distinktionen.⁶⁶ Während in den Seitenflügeln und Quergebäuden die einfachen Arbeiterfamilien in kleinen Stube- und Küchewohnungen lebten, wohnten in den großzügigeren Wohnungen im Vorderhaus durchaus bürgerliche Schichten.⁶⁷ Geschäftsleute, Ärzte, Juristen ließen sich in nächster Nähe zu ihrer Kundschaft nieder und bewohnten die Belle Etage im ersten Stock. Im Keller und unterm Dach lebten dagegen die Ärmsten der Armen. Die sozialräumliche Trennung zwischen Vorder- und Hinterhaus setzte sich somit zwischen den einzelnen Stockwerken fort.⁶⁸ Die Mietskaserne bildete das Spiegelbild der Klassengesellschaft des Deutschen Kaiserreichs.⁶⁹

Um die Jahrhundertwende gab es hinsichtlich der Berliner Wohnsituation erste zaghafte Verbesserungsansätze. Die neue Bauordnung von 1887 schrieb größere Höfe vor, und es entstanden erste Reform-Wohnungsbauten. 1898 gestaltete Alfred Messel (1853-1909) nördlich der Frankfurter Allee eine Wohnanlage, die auf der Pariser Weltausstellung mit einer Goldmedaille ausgezeichnet wurde.⁷⁰ Insgesamt überwog bei den Behörden jedoch die Ohnmacht gegenüber den Zuständen im Berliner Osten. Die Viertel auf beiden Seiten der Spree waren das Produkt

65 Adelheid von Saldern spricht von einer »relativen Segregation«. Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 70.

66 James Hobrecht hatte 1868 in idealisierender Weise die befriedende Wirkung der sozialen Mischung beschrieben: »In der Mietskaserne gehen die Kinder aus den Kellerwohnungen in die Freischule über denselben Hausflur wie diejenigen des Rats oder Kaufmanns auf dem Weg ins Gymnasium. Schusters Wilhelm aus der Mansarde und die alte bettlägerige Frau Schulz aus dem Hinterhaus, deren Tochter durch Nähen oder Putzarbeiten den notdürftigen Lebensunterhalt besorgt, werden in dem 1. Stockwerk bekannte Persönlichkeiten. Hier ein Teller Suppe zur Stärkung bei Krankheit, da ein Kleidungsstück, dort die wirksame Hilfe zur Erlangung freien Unterrichtes oder dergleichen, und alles das, was sich als das Resultat der gemütlichen Beziehungen zwischen den gleichgearteten und wenn auch noch so verschieden situierten Bewohnern herausstellt [...]«, zitiert in Hegemann, Das steinerne Berlin, S. 232.

67 Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt, S. 35.

68 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 50.

69 Vgl. Beier, Leben in der Mietskaserne, S. 265.

70 Zu den Reform-Wohnungsbauten in den späteren Bezirken Friedrichshain und Kreuzberg zählten im weiteren Sinne auch der Helenenhof am Wühlischplatz (1904) und Riemers Hofgarten (1880-1899) an der Yorckstraße. Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 34 f.; Moldt, Friedrichshain, S. 11 f.

privater Unternehmer. Die kommunale Selbstverwaltung Berlins wurde von den Hausbesitzern dominiert und verfügte gegenüber dem preußischen Staat nur über verhältnismäßig schwache Kompetenzen. Hinzu kam, dass die Stadtviertel des Berliner Ostens keine eigene kommunale Interessenvertretung besaßen, obwohl sie jeweils ebenso viele Einwohner aufwiesen wie etwa die selbständige Stadt Charlottenburg westlich von Berlin.⁷¹ Unter diesen Bedingungen war eine aktive Stadtplanung kaum möglich. Sie beschränkte sich weitgehend auf eine Anpassungsplanung und Leistungsverwaltung.⁷²

Zu den nachträglich angelegten städtischen Infrastruktureinrichtungen des Berliner Ostens zählten die Schulen, die von den Stadtbauräten Hermann Blankenstein (1829-1910) und Ludwig Hoffmann (1852-1932) errichtet wurden.⁷³ Neue und leistungsfähigere Brücken wurden über die Spree gespannt, um die Verbindung zwischen der Luisenstadt und dem Stralauer Viertel zu verbessern.⁷⁴ Über die 1896 fertiggestellte Oberbaumbrücke⁷⁵ fuhr seit 1902 die erste Berliner Hochbahn auf der Stammstrecke zwischen der Warschauer Brücke und dem Potsdamer Platz.⁷⁶ Zur Verbesserung der problematischen hygienischen Situation trugen vor allem drei Einrichtungen bei: Der Bau der unterirdischen Kanalisation schuf die Voraussetzung, dass die städtischen Abwässer aus dem Stadtbild verschwanden.⁷⁷ Auf Initiative Rudolf Virchows (1821-1902) wurde in den 1880er Jahren der Zentralvieh- und Schlachthof angelegt, der die gesamte Fleischverarbeitung Berlins auf einen Ort

71 Vgl. Abramowski, Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain, S. 4 f.

72 Vgl. Ingrid Thienel, Verstädterung, städtische Infrastruktur und Stadtplanung. Berlin zwischen 1850 und 1914, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte 4 (1977), S. 55-84.

73 Hermann Blankenstein war von 1872-1896 Stadtbaurat von Berlin und plante zahlreiche öffentliche Gebäude, u. a. die Markthallen. Von 1896-1924 folgte auf ihn Ludwig Hoffmann, der u. a. die Volksbadeanstalt in der Kreuzberger Baerwaldstraße errichtet hat. Vgl. die jeweiligen Beiträge in Wolfgang Ribbe/Wolfgang Schäche (Hg.), Baumeister, Architekten, Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins, Berlin 1987.

74 Neben der Oberbaumbrücke verband seit 1909 die neue Brommybrücke die späteren Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg. Reste der 1945 gesprengten Brückenanlage sind noch heute zu sehen. Vgl. Feustel, Verschwundenes Friedrichshain, S. 54-56.

75 Vgl. Marina Heimann, Die Oberbaumbrücke im Wandel der Zeit, Berlin 2007.

76 Die Berliner Hoch- und Untergrundgesellschaft war zunächst jedoch noch ein privates Unternehmen von Siemens. Vgl. Jürgen Meyer-Kronthaler/Klaus Kurpjuweit, Berliner U-Bahn – In Fahrt seit hundert Jahren, Berlin 2001.

77 1876 wurde das erste Abwasserpumpwerk am Halleschen Ufer eröffnet. Vgl. Hilmar Bärthel, Geklärt! 125 Jahre Berliner Stadtentwässerung, Berlin 2003.

konzentrierte.⁷⁸ Von 1886 bis 1892 wurden schließlich 14 städtische Markthallen eröffnet, die die alten Wochenmärkte ablösten und eine wichtige Versorgungsfunktion übernahmen.⁷⁹ Im späteren Kreuzberger Bezirksgebiet entstanden allein drei Markthallen,⁸⁰ im Stralauer Viertel eröffnete 1888 die zweitgrößte Markthalle Berlins, die sich komplett im Inneren eines Häuserblocks verbarg.⁸¹

Die Durchdringung von Wohnen und Gewerbe war typisch für die bauliche Struktur des Berliner Ostens. Diese später so genannte »Kreuzberger Mischung« fand sich in weiten Teilen der Luisenstadt, aber auch im Stralauer Viertel.⁸² Mittelständische Gewerbebetriebe produzierten in Fabriketagen, die sich auf dem zweiten oder dritten Hof der Mietskasernen befanden.⁸³ Beispielhaft für diese Struktur war das so genannte Exportviertel in der luisenstädtischen Ritterstraße, in dem hochwertige Artikel produziert und global vermarktet wurden.⁸⁴ Aus einigen Gewerbebetrieben entwickelten sich Großkonzerne. So ging die Telegraphen-Bau-Anstalt Siemens & Halske 1847 aus einem bescheidenen Hinterhof-Betrieb in der Schöneberger Straße 33 hervor, ehe das Unternehmen zur Jahrhundertwende aus der Friedrichstadt in die eigens errichtete Siemensstadt im Nordwesten Berlins zog.⁸⁵ Insbesondere die

78 Der Zentralvieh- und Schlachthof wurde auf einem städtischen Gelände errichtet, das 1920 zunächst zu Friedrichshain gehörte, 1938 aber dem Bezirk Prenzlauer Berg zugeschlagen wurde. Vgl. Susanne Schindler-Reinisch (Hg.), Berlin-Central-Viehhof. Eine Stadt in der Stadt, Berlin 1996.

79 Vgl. Thorsten Knoll, Berliner Markthallen, Berlin 1994.

80 Alle drei Kreuzberger Markthallen sind trotz teilweise starker Zerstörung im Zweiten Weltkrieg noch erhalten: die Markthalle VII in der Dresdener Straße/Legien-damm, die so genannte Eisenbahnhalle (IX) in der Eisenbahnstraße/Pücklerstraße sowie die Markthalle XI am Marheinekeplatz. Vgl. hierzu Agnes Lanwer, Die Marheineke-Markthalle. Marheinekeplatz, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 474-487.

81 Die Markthalle VIII wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Vgl. Feustel, Verschwundenes Friedrichshain, S. 39-41.

82 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 14. Zur Erfindung des Begriffs der »Kreuzberger Mischung« siehe S. 162 ff.

83 Vgl. Karl-Heinz Fiebig/Dieter Hoffmann-Axthelm/Eberhard Knödler-Bunte (Hg.), Kreuzberger Mischung. Die innerstädtische Verflechtung von Architektur, Kultur und Gewerbe, Katalog zur Ausstellung zum Berichtsjahr 1984 zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1987, 16.9.-28.10.1984, Berlin 1984.

84 Vgl. Agnes Lanwer, Exportviertel Ritterstraße. Der »Ritterhof« – ein Gewerbehof. Ritterstraße 11, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 251-264.

85 Vgl. Jochen Boberg u. a. (Hg.), Exerzierfeld der Moderne. Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert, München 1984, S. 148-155.

Luisenstadt war ein bedeutender Berliner Wirtschaftsstandort, auch wenn es hier aufgrund der industriellen Randwanderungen nur wenige Großbetriebe gab.⁸⁶ Im späteren Bezirk Friedrichshain fanden sich dagegen mehrere große Produktionsstätten. Hierzu zählten das Gasgeräte-, Beleuchtungs- und Rüstungsunternehmen von Julius Pintsch (1815-1884) am Stralauer Platz, die Flaschenfabrik in Stralau und die Knorr-Bremse am Bahnhof Rummelsburg (Ostkreuz).⁸⁷ Einen wichtigen Wirtschaftszweig auf beiden Seiten der Spree bildeten schließlich die rund ein Dutzend Großbrauereien, die sich bevorzugt an den Hängen des Barnim bzw. des Teltow niederließen und seit den 1880er Jahren in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden.⁸⁸ Zu den größten Standorten gehörten das Böhmisches Brauhaus an der Landsberger Allee sowie die Schultheiss-Brauerei auf dem Kreuzberg.⁸⁹ Im Berliner Osten wurde das meiste Bier der Reichshauptstadt produziert und auch getrunken.⁹⁰

Der Massenkonsum wurde immer wichtiger und entfaltete durch die Einbeziehung der städtischen Unterschichten seit der Jahrhundertwende sein emanzipatorisches Potential.⁹¹ Die großen Warenhausketten eröffneten nun Filialen in der Luisenstadt bzw. im Stralauer Viertel. 1894 eröffnete Wertheim sein erstes Kaufhaus am Moritzplatz,⁹² 1901 folgte Jandorf an der Großen Frankfurter Straße/Andreasstraße.⁹³ Unweit davon befand sich das Rosetheater, das mit seinen populären Inszenierungen ein großes Publikum aus dem kleinbürgerlich-proletarischen Milieu an sich binden konnte.⁹⁴ Zur großstädtischen Unterhaltungsindustrie gehörten auch die Presse und die populäre Literatur, die in der südlichen

86 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 31; Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XVIII.

87 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), Denkmale in Berlin, S. 19.

88 Die dortigen Lehmböden und unterirdischen Grundwasserreservoirs begünstigten die Produktion und Lagerung der industriell hergestellten Biere vornehmlich Pilsener Brauart. Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 16 u. 28.

89 Vgl. Hasso Spode, Die Schultheiss-Brauerei auf dem Kreuzberg. Methfesselstraße 28-48, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 399-417.

90 Vgl. Jan Feustel, Gebraut und gesoffen. Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain, in: Berlinische Monatsschrift 8 (1999) H. 3, S. 96-98.

91 Vgl. Maase, Grenzenloses Vergnügen.

92 Vgl. Gabriele Silbereisen, Die ersten Warenhausgründungen der Firma Wertheim in der Luisenstadt. Oranienstraße 53/54, Moritzplatz, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 265-276.

93 Vgl. Feustel, Verschwundenes Friedrichshain, S. 42-44.

94 Vgl. Michael Baumgarten/Ruth Freydank (Hg.), Das Rose-Theater. Ein Volkstheater im Berliner Osten 1906-1944, Berlin 1991.

Friedrichstadt produziert und vertrieben wurden.⁹⁵ Seit etwa 1880 hatte sich rund um die Kochstraße das so genannte Zeitungsviertel herausgebildet. Hier führten Rudolf Mosse (1843-1920), August Scherl (1849-1921) und Leopold Ullstein (1826-1899) ihre großen Verlagshäuser.⁹⁶ Auch der sozialdemokratische *Vorwärts* wurde in der nahen Lindenstraße gedruckt. Dort befand sich zugleich die Zentrale Geschäftsstelle der SPD, die im Berliner Osten ihre treueste Wählerschaft besaß.⁹⁷ In den großen Festsälen des Stralauer Viertels hörten tausende Anhänger die führenden Politiker der Arbeiterbewegung wie Friedrich Engels (1820-1895), Wilhelm Liebknecht (1826-1900), August Bebel (1840-1913) und Paul Singer (1844-1911).⁹⁸ Der Reichstagswahlkreis IV, der sich von der östlichen Luisenstadt über das Stralauer Viertel bis ins östliche Königsviertel erstreckte, war seit 1877 fest in sozialdemokratischer Hand. Das preußische Dreiklassenwahlrecht verhinderte bis 1918 jedoch eine entsprechende Repräsentation auf kommunaler Ebene.⁹⁹

Der Erste Weltkrieg traf den Berliner Osten hart. Die dicht bevölkerten Quartiere des Stralauer Viertels und der Luisenstadt konnten nicht mehr ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden. Der Osthafen als zentraler Umschlagpunkt der Lebensmittellieferungen für die Reichshauptstadt musste wegen Diebstahlsgefahr Tag und Nacht bewacht werden. Mit der schlechten Versorgungslage breiteten sich Krankheiten wie Tuberkulose, Ruhr und Cholera aus. Im »Kohlrübenwinter« von 1917 konnten die Schulen nicht mehr geheizt werden.¹⁰⁰ Die Lage spitzte sich auch politisch immer weiter zu. Nach den Streiks im Januar 1918 wurden mehrere Betriebe im Stralauer Viertel und in der Luisenstadt unter militärisches Kommando gestellt. Während der Novemberrevolution und des Spartakusaufstandes war das Zeitungsviertel heftig umkämpft. Am 11. Januar 1919 belagerten die Freikorps-Verbände unter Führung

95 Zur Berliner Presselandschaft um 1900 siehe v. a. Peter Fritzsche, *Reading Berlin 1900*, Cambridge, MA/London 1996, S. 51-86.

96 Vgl. Agnes Lanwer, *Das Berliner Zeitungsviertel – Mosse, Scherl, Ullstein*, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 183-206.

97 Zuvor war die Zentrale Geschäftsstelle der SPD in der Katzbachstraße 9, später in der Kreuzbergstraße 30 untergebracht. Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 12.

98 Vgl. Podewin, *Marx und Engels grüßen aus Friedrichshain*.

99 Vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 76. Die preußischen Kommunalwahlrechte ermöglichten nur eine einseitige Interessenvertretung. So mussten in Berlin 50% der Stadtverordneten über Haus- und Grundbesitz verfügen. Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 67.

100 Vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 78 f.

von Gustav Noske (1868-1946) das *Vorwärts*-Gebäude und eroberten es schließlich mit Hilfe von Artillerie und Flammenwerfern.¹⁰¹ Der Erste Weltkrieg und die Revolution endeten in Berlin mit heftigen Straßenkämpfen,¹⁰² schufen aber auch die Voraussetzungen für eine grundsätzliche Neuordnung des Berliner Ostens.

Von der Entstehung der Bezirke bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg

Die Revolution ermöglichte erstmals freie und gleiche demokratische Wahlen und eine kommunale Selbstverwaltung im Berliner Osten. Die Befürworter einer Einheitsgemeinde nutzten die Gunst der Stunde und setzten sich gegen die Vertreter der bürgerlichen Berliner Vorortgemeinden durch, die den steigenden politischen Einfluss der unteren Schichten auf das städtische Gemeinwesen zu verhindern suchten. Am 27. April 1920 verabschiedete die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung mit knapper Mehrheit das Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin. Das so genannte Groß-Berlin-Gesetz trat zum 1. Oktober 1920 in Kraft. Durch die Zusammenlegung von acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken entstand über Nacht die neue Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Während sich die Bevölkerungszahl dadurch verdoppelte, vergrößerte sich die Fläche Berlins schlagartig auf das 13-fache.¹⁰³ Groß-Berlin wurde in 20 Verwaltungsbezirke eingeteilt, die jeweils über eine eigenständige kommunale Selbstverwaltung mit einem eigenen Bezirksbürgermeister verfügten.¹⁰⁴

Friedrichshain und Kreuzberg gehörten zu den sechs Kernbezirken, die zuvor das Gebiet von Alt-Berlin ausgemacht hatten. Die Bezirke erhielten die Nummern V und VI, wobei sich diese Ziffern anders als etwa in Paris nie als Bezeichnungen für die Bezirke durchsetzten. Auch die neuen Namen mussten erst mühsam popularisiert werden. Im Gegensatz zu den meisten anderen Berliner Bezirken wurden Friedrichshain und Kreuzberg nicht nach älteren Siedlungen benannt, sondern nach stadtbekanntem markanten Orten, die den neu gebildeten Bezirken ein

¹⁰¹ Vgl. Demps/Materna, *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, S. 542-561.

¹⁰² 33 Opfer der Straßenkämpfe im November und Dezember 1918 liegen auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain. Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 15.

¹⁰³ Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 44.

¹⁰⁴ Vgl. Abramowski, *Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain*, S. 6.

positives Image verleihen sollten.¹⁰⁵ In beiden Fällen handelte es sich um bestehende Parkanlagen, die abseits des übrigen Häusermeers lagen: zum einen um den Volkspark Friedrichshain, zum anderen um den Kreuzberg im Viktoriapark, der seinen Namen dem Eisernen Kreuz auf dem 1821 errichteten Nationaldenkmal verdankte.¹⁰⁶ Die Grenzen der neuen Bezirke wurden am grünen Tisch festgelegt.¹⁰⁷ Sie bildeten mehr oder weniger willkürliche Zusammenschlüsse von heterogenen Siedlungsräumen.¹⁰⁸ Im Hinblick auf Ausdehnung und Bevölkerung waren sich die beiden neuen Kunstgebilde Friedrichshain und Kreuzberg jedoch recht ähnlich. In Friedrichshain lebten 1920 nicht weniger als 326.062 Einwohner auf einer Fläche von 910 Hektar. Kreuzberg besaß eine Fläche von 1068 Hektar und zählte 366.299 Einwohner. Damit waren die beiden Bezirke die am dichtesten besiedelten Bezirke Groß-Berlins.¹⁰⁹

Auch die Sozial- und Beschäftigungsstruktur von Friedrichshain und Kreuzberg ähnelte sich, wobei in Kreuzberg die Zahl der Beamten und Selbständigen höher war. In beiden Bezirken dominierten Lohnarbeiterfamilien. Arbeiter und Hausgewerbetreibende machten 1925 in Friedrichshain 55,4 Prozent und in Kreuzberg 46,0 Prozent aus.¹¹⁰ Entgegen dem allgemeinen Tertiarisierungstrend^{III} in Berlin waren in Kreuzberg 60,5 Prozent in Industrie und Handwerk beschäftigt, in Friedrichshain sogar 63,4 Prozent.¹¹² Entsprechend hart wurden die Bezirke von den

105 Ebd., S. 4.

106 Allerdings hieß der neue Bezirk bis 1921 Hallesches Tor. Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. II.

107 Friedrichshain grenzte an die Bezirke Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg, Lichtenberg und Treptow. Kreuzberg grenzte seinerseits an Friedrichshain, Mitte, Tiergarten, Schöneberg, Tempelhof, Neukölln und Treptow.

108 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XI.

109 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 44.

110 Die Berufszählung von 1925 ergab für die beiden Bezirke die folgende Verteilung der Erwerbstätigen nach der sozialen Stellung im Beruf. Friedrichshain: Arbeiter (einschließlich Hausgewerbetreibende) 55,4%, Beamte und Angestellte 22,0%, Selbständige 11,6%, berufslose Selbständige 7,8%, Hausangestellte 1,9% und mithelfende Familienangehörige 1,3%. Kreuzberg: Arbeiter (einschließlich Hausgewerbetreibende) 46,0%, Beamte und Angestellte 27,4%, Selbständige 13,6%, berufslose Selbständige 9,0%, Hausangestellte 2,9% und mithelfende Familienangehörige 1,1%. Vgl. Berthold Grzywatz, Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit. Eine historisch-statistische Untersuchung, Berlin 1988, S. 356.

111 Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt, S. 51f.

112 Vgl. Grzywatz, Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit, S. 110 u. 140. In Kreuzberg waren allein 20.000 Personen im Zeitungs-, Verlags- und Druckereigewerbe beschäftigt. Vgl. hierzu Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXII.

Wirtschaftskrisen der Weimarer Republik getroffen. 1932 war jeder vierte Einwohner Friedrichshains von Sozialhilfe abhängig.¹¹³ In Kreuzberg war 1933 ein Drittel der Bevölkerung arbeitslos.¹¹⁴ Einkommensstärkere Schichten verarmten oder zogen nach Westen.¹¹⁵ Kreuzberg verlor seinen traditionellen Charakter als Militärstandort.¹¹⁶ Gegenüber der Vorkriegszeit homogenisierte sich die Sozialstruktur, so dass jetzt tatsächlich weitgehend von Arbeiterbezirken die Rede sein konnte.¹¹⁷ Herrschaftliche Wohnungen aus der Gründerzeit wurden aufgeteilt und in billigere Kleinwohnungen umgewandelt. Neue Wohnungen wurden dagegen kaum gebaut.¹¹⁸ Der soziale Wohnungsbau der Weimarer Zeit erfasste fast ausschließlich andere Berliner Bezirke. Friedrichshain und Kreuzberg waren bereits vollständig bebaut.

Gestaltungsspielraum gab es nur noch unter der Erde. In den 1920er Jahren wurde das Berliner U-Bahn-System massiv ausgebaut. Alle neuen Strecken führten durch Friedrichshain oder Kreuzberg und banden die Arbeiterviertel besser ans Zentrum an. 1926 wurde die Nord-Süd-Bahn zwischen Grenzallee/Kreuzberg und Seestraße eingeweiht.¹¹⁹ 1930 folgten die zweite Nord-Süd-Linie zwischen Boddinstraße und Gesundbrunnen¹²⁰ sowie die Linie zwischen Alexanderplatz und Friedrichsfelde.¹²¹ Dabei diente der Ausbau der U-Bahn nicht zuletzt als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Die Verkehrsinfrastruktur wurde nunmehr als öffentliche Aufgabe verstanden und nach und nach kommunalisiert. 1929 entstand so die Ber-

113 Vgl. Abramowski, Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain, S. 4.

114 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXII.

115 Ebd. sowie Kaak, Kreuzberg, S. 84.

116 Die militärischen Einrichtungen und Flächen wurden im Zuge der Bestimmungen des Versailler Vertrags umgenutzt. So wurde etwa die 1. Garde-Dragonerkaserne am Halleschen Tor zum Finanzamt Kreuzberg umgewandelt. Vgl. Eva Brückner, Kaserne des 1. Garde-Dragoner-Regiments. Mehringdamm 20-30, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 431-448.

117 Berthold Grzywatz spricht von Arbeiterbezirken, wenn der Lohnabhängigenanteil mehr als 50% beträgt. Wenn die Arbeiterquote, wie im Fall von Kreuzberg, knapp unter der Hälfte liegt, spricht er von »annähernden« Arbeiterbezirken. Vgl. Grzywatz, Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit, S. 354f. Zu den Proletarisierungsprozessen in Arbeitervierteln während der Weimarer Republik allgemein siehe von Saldern, Häuserleben, S. 141.

118 So kamen in Friedrichshain während der gesamten Weimarer Zeit nur 900 neue Wohnungen hinzu. Vgl. Bouali/Schulze, Bewegte Zeiten, S. 11.

119 Ehem. Linie C, heute U6 und tlw. U7.

120 Ehem. Linie D, heute U8. Hierbei wurde der obsolet gewordene Luisenstädtische Kanal mit dem Aushub des U-Bahn-Baus zugeschüttet und in einen öffentlichen Park umgewandelt. Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 47.

121 Ehem. Linie E, heute U5.

liner Verkehrsgesellschaft (BVG), die auch die vielen vormals privaten Bus- und Straßenbahnlinien umfasste, die durch Friedrichshain und Kreuzberg führten. Neu war auch die direkte Anbindung der U-Bahn an die großen Warenhäuser. Das 1929 errichtete »Karstadt« am Hermannplatz galt mit seinen zwei Türmen und sieben Stockwerken als das modernste Warenhaus Europas.¹²² Zur konsumgesellschaftlichen Erschließung der Arbeitermassen zählte auch die »Plaza« am Küstriner Platz, die 1929 als weltgrößtes Varieté mit 3000 Sitzplätzen im Gebäude des alten Ostbahnhofs eröffnet wurde. Hier führten Stars wie Claire Waldoff (1884-1957) und Oscar Sabo (1881-1969) Revuen aus dem Westen der Stadt auf und brachten so etwas vom Glanz der »Goldenen Zwanziger« auch in den Berliner Osten.¹²³

Licht und Schatten lagen dicht beieinander. Insbesondere Friedrichshain hatte ein »Imageproblem«. Dem heruntergekommenen Stralauer Viertel hing der Ruf an, das Zentrum der Berliner Unterwelt zu sein, in dem kriminelle Ringvereine mehr zu sagen hätten als die Polizei.¹²⁴ Der Postzustellbezirk O 17 rund um den Schlesischen Bahnhof stand als Chiffre für das »Dunkle Berlin«.¹²⁵ Der Friedrichshainer Bürgermeister Paul Mielitz (1881-1959) wehrte sich gegen die öffentliche Ächtung seines Bezirks.¹²⁶ Der Ruf des Berliner Ostens als zweites Chicago sei vor allem der Sensationslust der Medien geschuldet, die den Osten als fremde Stadt stilisierten. Mielitz betonte dagegen, dass dieses »fremde« Berlin ein Stück altes Berlin sei und die Gegend noch vor einem halben Jahrhundert als Wohngegend des soliden Kleinbürgertums gedient habe. Das Kriegs- und Nachkriegselend hätte jedoch zu einer vollen Zerreißung der Hausgemeinschaft geführt. »Die Mietskaserne ist heute kein homogenes Ganzes mehr, sie ist zerrissen von allen nur denkbaren politischen Stimmungen unserer aufgewühlten Zeit.«¹²⁷

In den 1920er Jahren waren Friedrichshain und Kreuzberg Schauplatz zahlreicher politischer Straßenkämpfe und Saalschlachten.¹²⁸ Der sozial-

122 Vgl. Uebel, *Viel Vergnügen*, S. 148 f.

123 Vgl. Hochmuth/Niedbalski, *Kiezvergnügen in der Metropole*, S. 131-134.

124 Vgl. Jan Feustel, *Raub und Mord im Kiez. Historische Friedrichshainer Kriminalfälle*, Begleitmaterial zur Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain, Berlin 1996.

125 Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 9.

126 Zur Biographie von Paul Mielitz siehe Moldt, *Friedrichshain*, S. 16.

127 Paul Mielitz, *Eine soziale Studie über den Osten Berlins*. Ein Rundfunkvortrag von Bürgermeister P. Mielitz, in: *Heimatkalender für den Bezirk Friedrichshain 1932*, Berlin 1932, S. 18-28, hier S. 20.

128 Zu den Straßenkämpfen als »Verteidigung des Kiezes« vgl. Eve Rosenhaft, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933*, Cambridge 1983.

demokratische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der kommunistische Rotfrontkämpferbund lieferten sich heftige Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen SA, die in der Kreuzberger Hedemannstraße eine Kaserne betrieb.¹²⁹ Insgesamt überwog in Friedrichshain und Kreuzberg eher das linke Spektrum. Straßen wie die »Nostitz-« und die »Naunynritze« in Kreuzberg waren berühmte Hochburgen der KPD.¹³⁰ Der Bezirk Friedrichshain galt traditionell als »Roter Osten«, was sich auch in den Ergebnissen der Reichstagswahlen abbildete, bei denen die NSDAP verhältnismäßig schwach abschnitt.¹³¹ 1930 kam in der Großen Frankfurter Straße 62 der SA-Mann Horst Wessel (1907-1930) ums Leben. Obwohl es sich um eine private Auseinandersetzung im Zuhältermilieu handelte, wurde Wessel von den Nationalsozialisten zum Märtyrer stilisiert.¹³² Am 27. September 1933 benannten die neuen Machthaber den Bezirk Friedrichshain in »Horst-Wessel-Stadt« um.¹³³ Auch das Krankenhaus Friedrichshain, in dem der SA-Mann an seinen Verletzungen gestorben war, erhielt den Namen Horst Wessel und diente fortan als nationalsozialistische Kultstätte, zu der sämtliche Schulkinder der Umgebung geführt wurden. Auf diese Weise demonstrierten die Nationalsozialisten ihren Triumph im Roten Osten.

Unmittelbar nach ihrer Machtübernahme errichteten die Nationalsozialisten auch in Friedrichshain und Kreuzberg ihre Gewaltherrschaft. SA-Sturm-Lokale wie das »Keglerheim«¹³⁴ oder das »Yorckschlösschen« fungierten als »wilde Konzentrationslager«.¹³⁵ An der Prinz-Albrecht-Straße im nördlichen Kreuzberg entstand die Terrorzentrale des »Dritten Reichs«. Hier waren die Führung der Gestapo, der SS und des Sicherheitsdienstes untergebracht, die 1939 zum Reichssicherheitshauptamt

129 In der Hedemannstraße befand sich auch die NSDAP-Gauleitung von Berlin. Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XXIII.

130 Zur Nostitzstraße vgl. Lothar Uebel, *Nostitzritze. Eine Straße in Kreuzberg. Sozialgeschichte(n)*, Berlin 1992.

131 Selbst bei den Reichstagswahlen im März 1933 kamen SPD und KPD in Friedrichshain zusammen noch auf 57,4 %, die NSDAP dagegen nur auf 28,9 %. Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 25. Zu den fast vergleichbaren Zahlen in Kreuzberg vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 102.

132 Vgl. Daniel Siemens, *Horst Wessel – Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten*, München 2009.

133 Vgl. Norbert Podewin, *Als Friedrichshain vor 80 Jahren umbenannt wurde*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 85-88, hier S. 88.

134 Dabei handelte es sich um eine Kneipe in der Petersburger Straße. Vgl. Pachmann, *Stadtbezirk Friedrichshain*, S. 12.

135 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 50.

zusammengefasst wurden.¹³⁶ In den Kellerräumen des ehemaligen Hotels Prinz-Albrecht und der angrenzenden Kunstgewerbeschule befand sich das berüchtigte Hausgefängnis, in dem viele Regimegegner verhört und zu Tode gefoltert wurden. Der politische Widerstand im Berliner Osten wurde gewaltsam gebrochen.¹³⁷ Gleichzeitig setzte auch in Friedrichshain und Kreuzberg die systematische Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung ein, die in beiden Bezirken etwa zwei Prozent der Einwohner ausmachte.¹³⁸ In der Pogromnacht 1938 wurden die Synagogen in der Lindenstraße und am Kottbusser Ufer zerstört.¹³⁹ Über 2800 Friedrichshainer und Kreuzberger Juden wurden in den folgenden Jahren deportiert.¹⁴⁰

Teile der Bevölkerung profitierten von der Zwangsräumung der so genannten »Judenwohnungen«.¹⁴¹ Auf diese Weise versuchten die Nationalsozialisten, dem nach wie vor erheblichen Wohnungsdefizit in Friedrichshain und Kreuzberg zu begegnen. Neue Wohnungen wurden dagegen kaum gebaut. Der Bezirk Friedrichshain wuchs 1938 lediglich durch die Eingemeindung der Gebiete Friedrichsberg und Boxhagen, die seit 1912 zur Stadt Lichtenberg und seit 1920 zum gleichnamigen Bezirk gehört hatten.¹⁴² Dies erfolgte auf zentrale Anweisung. Die kommunale Selbstverwaltung der Bezirke war dem »Führerprinzip« untergeordnet worden. Durch verschiedene Maßnahmen versuchte das neue Regime, den Berliner Osten für sich einzunehmen. Der Spielbetrieb in der »Plaza« wurde durch die Organisation »Kraft durch Freude« übernommen.¹⁴³

136 Vgl. Armin Triebel, Orte der Verfolgung und Unterdrückung. Prinz-Albrecht-Straße, Wilhelmstraße, Hedemannstraße, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 117-152.

137 Zu den prominentesten Opfern aus dem Friedrichshainer Widerstand gehörte der Ringer und Olympiateilnehmer Werner Seelenbinder (1904-1944), der in der Glatzer Straße 6 wohnte. Vgl. Podewin, *Marx und Engels grüßen aus Friedrichshain*, S. 172-186.

138 In ganz Berlin waren 1933 etwa 160.000 Menschen als Mitglieder in den jüdischen Gemeinden eingeschrieben. Dies entsprach etwa 3,7 % der Berliner Gesamtbevölkerung von 4,3 Mio. Einwohnern. Vgl. Bill Rebiger, *Das jüdische Berlin. Kultur, Religion und Alltag gestern und heute*, Berlin 2007, S. 26-30.

139 Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XXIV.

140 1945 lebten nur noch 313 bzw. 290 Juden in Friedrichshain bzw. Kreuzberg. Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 51.

141 Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 19.

142 Außerdem wurden die Bezirksgrenze zu Mitte begradigt und der Zentralschlacht- und Viehhof an den Bezirk Prenzlauer Berg abgetreten. Vgl. Abramowski, *Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain*, S. 5.

143 Vgl. Jens Schnauber, *Die Arisierung der Scala und Plaza. Varieté und Dresdner Bank in der NS-Zeit*, Berlin 2002, S. 54.

Gegen 1936 herrschte in Friedrichshain und Kreuzberg annähernd Vollbeschäftigung. Hierzu trugen neben der einsetzenden Konjunktur auch Arbeitsmaßnahmen wie der Bau der neuen Nord-Süd-S-Bahn von 1936 bis 1939 bei.¹⁴⁴ Vor allem aber boomte die Kreuzberger Rüstungsindustrie.¹⁴⁵

Im Krieg gab es in Friedrichshain und Kreuzberg zahlreiche Zwangsarbeiterlager.¹⁴⁶ Allein 3000 von insgesamt 7500 Beschäftigten in der Knorr-Bremse waren ausländische Zwangsarbeiter.¹⁴⁷ Diese errichteten 1941 auch die beiden großen Flak-Bunker im Volkspark Friedrichshain, die der umliegenden Bevölkerung vor den einsetzenden Bombenangriffen Schutz bieten sollten.¹⁴⁸ Seit November 1943 flogen britische und amerikanische Bomber verstärkt Angriffe auf die Reichshauptstadt. Der schwerste Bombenangriff ereignete sich am 3. Februar 1945 und hinterließ in Berlin 119.057 Ausgebombte.¹⁴⁹ Am 21. April 1945 durchbrachen die Sturmkolonnen der 5. Sowjetischen Stoßarmee die Sperranlagen am Frankfurter Tor und kämpften sich unter starken Verlusten in Richtung Stadtzentrum.¹⁵⁰ In Kreuzberg sprengten SS-Einheiten das Karstadt-Kaufhaus am Hermannplatz und die Kottbusser Brücke.¹⁵¹ Am 2. Mai kapitulierten schließlich die deutschen Truppen in Berlin. Die NS-Diktatur hinterließ auch in Friedrichshain und Kreuzberg ein Trümmerfeld.

Nachkriegszeit und Wiederaufbau

Friedrichshain und Kreuzberg gehörten zu den am stärksten zerstörten Bezirken Berlins. In Friedrichshain waren 45,5 Prozent der Gebäude total zerstört oder schwer beschädigt, in Kreuzberg waren es etwa 40 Prozent.¹⁵² Dabei war das Ausmaß der Zerstörung jeweils sehr ungleich ver-

¹⁴⁴ Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 106 f.

¹⁴⁵ Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXIV.

¹⁴⁶ Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 52.

¹⁴⁷ Vgl. Bouali/Schulze, Bewegte Zeiten, S. 33.

¹⁴⁸ Vgl. Lischke, Der Volkspark Friedrichshain, S. 48.

¹⁴⁹ Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXV.

¹⁵⁰ Zur Chronologie des Jahres 1945 in Friedrichshain vgl. Walter Mohr, Ausgangspunkt Chaos. Neubeginn in Friedrichshain, Begleitmaterial zur Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain, Berlin 1995.

¹⁵¹ Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 117.

¹⁵² In Friedrichshain waren 27,0 % der Gebäude total zerstört, 18,5 % schwer beschädigt, 12,9 % wieder herstellbar und 41,0 % leicht oder unbeschädigt. In Kreuzberg waren 26,0 % total zerstört, 13,9 % schwer beschädigt, 15,1 % wieder herstellbar und 43,8 % leicht oder unbeschädigt. Siehe Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 52.

teilt. In beiden Bezirken waren die westlichen, zentrumsnäheren Gebiete viel stärker betroffen als die Viertel im Osten.¹⁵³ In Friedrichshain lag vor allem das alte Stralauer Viertel in Schutt und Asche; rund 800 Fabrikgebäude waren zerstört. In Kreuzberg waren die südliche Friedrichstadt und die westliche Luisenstadt fast vollständig verwüstet; zwei Drittel der Betriebe waren zerstört; die Hochbahn sowie die Gas-, Strom- und Wasserversorgung waren schwer beschädigt.¹⁵⁴ Die gesamte städtische Infrastruktur lag in Trümmern.

Beide Bezirke verloren gegenüber der Vorkriegszeit fast die Hälfte ihrer Bevölkerung. So wurden in Friedrichshain 1946 nur noch 193.115 Einwohner gezählt und in Kreuzberg 204.867.¹⁵⁵ Aufgrund der großen Flüchtlingsströme stiegen die Zahlen zwischenzeitlich jedoch wieder an. Viele Vertriebene aus dem Osten kamen nach Friedrichshain und Kreuzberg und wurden in Privatwohnungen oder in Flüchtlingslagern einquartiert.¹⁵⁶ Hierfür dienten ehemalige Zwangsarbeiterbaracken und Bunkeranlagen. So wurden allein im so genannten Fichtebunker über 500 Flüchtlinge untergebracht.¹⁵⁷ Von den übrigen Bewohnern wurden die Neuankömmlinge vor allem als Konkurrenten um Lebensmittel, Wohnraum und Arbeitsplätze wahrgenommen.¹⁵⁸ Im Kältewinter 1946/47 spitzte sich die Lage dramatisch zu. Es herrschte eine hohe Säuglingssterblichkeit.¹⁵⁹ Zahlreiche Menschen litten an Tuberkulose und Unterernährung.¹⁶⁰ Auf Hamsterfahrten ins Umland wurden Kartoffeläcker geplündert, auf den Schwarzmärkten tauschten die Berliner ihre Habe gegen Lebensmittel ein,¹⁶¹ die Jugendkriminalität schnellte hoch.¹⁶² Trotz aller Anstrengungen der Besatzungsmächte, das alltägliche

153 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 108.

154 Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XXVI; Kaak, *Kreuzberg*, S. 118.

155 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 53.

156 Vgl. in diesem Kontext die Beiträge in Henrik Bispinck/Katharina Hochmuth (Hg.), *Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung*, Berlin 2014.

157 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 109.

158 Ebd.

159 Vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 120.

160 Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 42.

161 Vgl. Malte Zierenberg, *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950*, Göttingen 2008.

162 Berüchtigt war die so genannte Gladow-Bande, die während der Blockade-Zeit von der Friedrichshainer Schreinerstraße aus Raubüberfälle in der gesamten Stadt organisierte. Vgl. Annett Gröschner/Grischa Meyer, *Das Fallbeil. Gladows Gang. Eine Berliner Blockadezeitung (Sonderheft Theater der Zeit)*, Berlin 1999.

und auch das kulturelle Leben wieder in Gang zu bringen, herrschten in Berlin zunächst Hunger, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit.

Die Situation glich sich zunächst in allen Besatzungszonen. Friedrichshain gehörte gemäß den Bestimmungen der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam zum sowjetischen Sektor. In Kreuzberg übernahmen am 4. Juli 1945 die USA die Kontrolle. Diese eher zufällige Aufteilung hatte einschneidende Folgen. Mit der politischen Spaltung Berlins seit 1948 schlugen die beiden Bezirke unterschiedliche Pfade ein. Während in Kreuzberg die Eigentumsverhältnisse weitgehend unangetastet blieben, wurden in Friedrichshain die großen Industrieunternehmen wie die Knorr-Bremse oder die Osram-Werke enteignet und in Sowjetische Aktiengesellschaften bzw. später in Volkseigene Betriebe (VEB) umgewandelt.¹⁶³ Die Mietshäuser wurden unter kommunale Wohnverwaltung gestellt,¹⁶⁴ wobei die 1941 arisierten Häuser sowie die Immobilien von Westflüchtlingen in Volkseigentum überführt wurden.¹⁶⁵ Die Enteignungen und der radikale Umbau zu einer sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) veranlassten viele Ostdeutsche, in den Westen zu gehen. Während der Hochphase der Stalinisierung Mitte 1952 verließen monatlich etwa 15.000 Menschen die DDR in Richtung West-Berlin. Auch in Kreuzberg, das durch seine Lage direkt an der Sektorengrenze für viele die erste Station darstellte, wurden zahlreiche Flüchtlinge aus dem Osten temporär aufgenommen. In der Cuvrystraße und am Askanischen Platz richtete das Deutsche Rote Kreuz Flüchtlingsheime ein.¹⁶⁶ Kreuzberg wurde zu einer wichtigen Anlaufstelle für die ostdeutsche Fluchtbewegung.¹⁶⁷

Friedrichshain und Kreuzberg bildeten aufgrund ihrer Grenzlage besonders exponierte Schaufenster der Systemkonkurrenz.¹⁶⁸ Zehn Kreuz-

163 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 54.

164 Privates Eigentum in Gestalt von Wohnungen wurde zwar nicht vollständig abgeschafft, aber vom volkseigenen Grundstückseigentum, also dem Bodenbesitz, getrennt. Vgl. Warnke, Stein gegen Stein, S. 90.

165 Seit 1959 war die Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) ein Volkseigener Betrieb (VEB). Vgl. Bouali/Schulze, Bewegte Zeiten, S. 47.

166 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 109 f.

167 Dies galt auch für die Zeit nach dem Mauerbau, als 1963 Rainer Hildebrandt (1914-2004) in der Friedrichstraße in Kreuzberg in unmittelbarer Nähe zum Checkpoint Charlie sein Mauermuseum errichtete, das zugleich als wichtige Anlaufstelle für West-Berliner Fluchthelfer diente. Vgl. Hanno Hochmuth, Contested Legacies. Cold War Memory Sites in Berlin, in: Konrad H. Jarausch/Andreas Etges/Christian Ostermann (Hg.), The Cold War. History, Memory, Representation, Berlin/Boston 2017, S. 283-299, hier S. 293.

168 Vgl. hierzu vor allem Lemke (Hg.), Schaufenster der Systemkonkurrenz sowie Lemke, Vor der Mauer.

berger Grenzkinos propagierten die freiheitlichen Werte und konsumgesellschaftlichen Errungenschaften des Westens. Sie waren vor allem auf den Besuch der Friedrichshainer Nachbarn ausgerichtet, zogen aber auch Besucher aus ganz Ost-Berlin und der gesamten DDR an.¹⁶⁹ Die große Attraktivität der Kreuzberger Grenzkinos lag in dem reichhaltigen Angebot an publikumswirksamen Unterhaltungsfilmen zu ermäßigten Preisen. Hier konnten die Ost-Berliner Kinos nicht mithalten. Sie wiesen mehrheitlich einen maroden Zustand auf und besaßen eine überalterte Kinotechnik, die zumeist noch aus Vorkriegszeiten stammte.¹⁷⁰ Trotz der politischen Teilung blieben beide Stadthälften auf vielfache Weise aufeinander bezogen und miteinander verflochten. Michael Lemke spricht für das geteilte Berlin vor dem Mauerbau sogar von einer »Verflechtungsgesellschaft«.¹⁷¹

Friedrichshain und Kreuzberg teilten zudem die gleichen Herausforderungen im Wiederaufbau. Tausende Trümmerfrauen sammelten die Steine der zerstörten Häuser auf und klopften den Putz ab, damit sie wiederverwendet werden konnten.¹⁷² Freiwillige Helfer qualifizierten sich bei Entrümmerungseinsätzen für die Verlosung neuer Wohnungen.¹⁷³ Im Volkspark Friedrichshain wurden 1 Mio. Kubikmeter Schutt zu zwei Trümmerbergen aufgeschüttet, die die beiden notdürftig gesprengten

169 Zu den Kreuzberger Grenzkinos vgl. ausführlicher Hanno Hochmuth, Eine Brücke zwischen Ost und West. Friedrichshain und Kreuzberg als Verflechtungsraum, in: Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Koetzing (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, S. 195-208; Gerischer/Jablonka, *Geschichte von Orten im Wrangelkiez*, S. 33-35; FHXB Materialien zu den Grenzkinos in Kreuzberg.

170 Vgl. Lemke, *Vor der Mauer*, S. 483-509.

171 Michael Lemke betont, »dass sich bis 1961 aufgrund der historisch gewachsenen Verflechtungen in Berlin und aktueller besonderer Beziehungen in Kultur und Alltag Merkmale für eine systemübergreifende ›gemischte‹ Gesellschaft herausbildeten, die auf der Grundlage relativer Offenheit bzw. Systemdurchlässigkeit durch einen mehrdimensionalen Austausch innerhalb (und trotz) des Kalten Krieges zustande kamen«. Im Mauerbau sieht Lemke nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die zunehmende alltägliche Verflechtung des politisch geteilten Berlins. Vgl. Lemke, *Vor der Mauer*, S. 20.

172 An die Trümmerfrauen erinnert an der Grenze von Kreuzberg zu Neukölln ein Denkmal in der Hasenheide. Vgl. Nicole Kramer, *Ikone des Wiederaufbaus. Die »Trümmerfrau« in der bundesdeutschen Erinnerungskultur*, in: Jörg Arnold/Dietmar Süß/Malte Thießen (Hg.), *Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa*, Göttingen 2009, S. 259-276. Zu Trümmerfrauen in Friedrichshain vgl. Angela Arnold, *Bruchstücke. Trümmerbahn und Trümmerfrauen*, Berlin 1999.

173 Für 100 geleistete Halbschichten gab es ein Los. Vgl. Jana Braun/Artur Schneider, *Die Karl-Marx-Allee*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 89-100, hier S. 95; Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 48; Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 98.

Flak-Bunker unter sich begraben.¹⁷⁴ Der Wiederaufbau wurde in beide Bezirkswappen aufgenommen. So hielt der Berliner Bär auf dem neuen Wappen von Friedrichshain einen Spaten in der Hand.¹⁷⁵ Die Parallelen im Wiederaufbau waren jedoch noch weit grundsätzlicherer Natur. In Ost und West wurde der Wohnungsbau als öffentliche Aufgabe betrachtet und zu einem großen Teil vom Staat finanziert.¹⁷⁶ »In beiden Teilen der Stadt wurden die bis dahin wirksamen Mächte und Märkte außer Kraft gesetzt. Der staatliche Einfluss auf die räumliche und bauliche Entwicklung war in beiden Teilen groß, die städtebaulichen Konzepte der unmittelbaren Nachkriegszeit waren sehr ähnlich.«¹⁷⁷

In Friedrichshain diente die Stalinallee als Exempel des städtebaulichen Aufbruchs und Wohnungsbaus in Ost-Berlin.¹⁷⁸ Die vormalige Frankfurter Allee war die historische Magistrale des Berliner Ostens und stand nunmehr im Mittelpunkt der Aufbaubemühungen. Da hier beim Vorrücken der Roten Armee fast alle Gebäude zerstört worden waren, konnten die Städteplaner einen kompletten Neuanfang wagen. Dabei griffen sie auf die städtebaulichen Ideale der Zwischenkriegszeit zurück, die eine aufgelockerte und funktional gegliederte Stadt vorsahen. Hans Scharoun (1893-1972) entwarf die »Wohnzelle Friedrichshain«, die ihren Bewohnern »Licht, Luft und Sonne« bieten sollte.¹⁷⁹ Zur Ausführung gelangten 1949 jedoch nur zwei Laubenganghäuser im Stile der klassischen Moderne, ehe Walter Ulbricht (1893-1973) dem »formalistischen Bauhausstil« den Kampf ansagte.¹⁸⁰ Stattdessen sollten an der Stalinallee nunmehr Wohngebäude entstehen, die den »Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus« entsprachen. Sie sollten dem Inhalt nach demokratisch, der Form nach jedoch national sein.¹⁸¹ In diesem Sinne gestaltete Hermann Henselmann (1905-1995) bereits 1950 das Hochhaus an der Weberwiese, das klassizistische Architekturelemente Schinkels übernahm und mit dem

174 Vgl. Pachmann, Stadtbezirk Friedrichshain, S. 14 f.

175 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 13.

176 80 % der insgesamt 547.000 neuen Wohnungen, die von 1949-1987 in West-Berlin entstanden, erhielten eine öffentliche Förderung. Bei 40 % handelte es sich um Sozialwohnungen. Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt, S. 76.

177 Ebd. S. 57.

178 Vgl. zur Stalinallee und ihrer medialen Inszenierung v. a. Warnke, Stein gegen Stein, S. 94-119.

179 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), Denkmale in Berlin, S. 37-40.

180 Die beiden Laubenganghäuser entstanden in der (heutigen) Karl-Marx-Allee Nr. 102-104 sowie 126-128. Vgl. Braun/Schneider, Die Karl-Marx-Allee, S. 93; Podewin, Marx und Engels grüßen aus Friedrichshain, S. 212.

181 Vgl. Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999, S. 37 f.

sowjetischen »Zuckerbäckerstil« der Moskauer Prachtstraßen verband.¹⁸² 1952 wurden die ersten Wohnungen in der Stalinallee übergeben. 1958 war die Bebauung im Friedrichshainer Bauabschnitt weitgehend abgeschlossen.¹⁸³ Die Straße diente in doppelter Hinsicht der Demonstration. Zum einen sollten die hochwertigen und großzügig geschnittenen Wohnungen die Überlegenheit des Sozialismus verdeutlichen. Sie verfügten über Badezimmer, Zentralheizung, Aufzüge und Müllschlucker.¹⁸⁴ Zum anderen bildete der sozialistische Boulevard die zentrale Feststraße von Ost-Berlin, auf der die SED ihre jährlichen Großdemonstrationen von der Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung im Januar über den 1. Mai bis hin zum DDR-Nationalfeiertag am 7. Oktober veranstaltete.¹⁸⁵

Am 16./17. Juni 1953 nahm auf der Baustelle der Stalinallee jedoch eine Demonstration ihren Ausgangspunkt, die sich gegen die faktische Alleinherrschaft der SED wandte und diese fast ins Wanken brachte.¹⁸⁶ Auf dem Strausberger Platz versammelten sich die unzufriedenen Bauarbeiter der Stalinallee, um gegen die zwischenzeitlich beschlossenen Normerhöhungen zu protestieren. Zahlreiche Ost-Berliner schlossen sich ihnen an und forderten politische Freiheit und eine Überwindung der Teilung, ehe sowjetische Panzer den Aufstand blutig niederschlugen. Nur zögerlich entstalinisierte sich die SED-Führung in den Folgejahren. So wurde die Stalinallee erst am 13. November 1961 in Karl-Marx-Allee umbenannt.¹⁸⁷ Der sprichwörtliche Denkmalsturz, bei dem über Nacht auch das monumentale Stalin-Denkmal verschwand, erfolgte erst, nachdem Stalins Leichnam in Moskau aus dem Mausoleum am Roten Platz entfernt worden war.¹⁸⁸

182 Für diese Synthese von preußischem Klassizismus und sowjetischem Neoklassizismus stehen auch die beiden Turmbauten am Frankfurter Tor, die den Französischen und den Deutschen Dom am Gendarmenmarkt zitierten, sowie die Deutsche Sporthalle, die 1951 für die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten errichtet wurde, jedoch bereits 1971 abgerissen werden musste. Vgl. Feustel, *Verschwundenes Friedrichshain*, S. 81-83.

183 1959-1960 wurde die Stalinallee Richtung Alexanderplatz verlängert. Dies geschah bereits im Stile des typisierten industriellen komplexen Wohnungsbaus. Vgl. Engler, *Die Ostdeutschen*, S. 53-74.

184 Vgl. Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 98.

185 Vgl. Pachmann, *Stadtbezirk Friedrichshain*, S. 17.

186 Zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 in Berlin vgl. Jens Schöne, *Volksaufstand. Der 17. Juni 1953 in Berlin und der DDR*, Berlin 2013.

187 Vgl. Feustel, *Verschwundenes Friedrichshain*, S. 78-80.

188 Vgl. Podewin, *Marx und Engels grüßen aus Friedrichshain*, S. 243.

Das West-Berliner Pendant zur Stalinallee war das Hansaviertel im Bezirk Tiergarten.¹⁸⁹ In Kreuzberg gab es dagegen keine vergleichbar prestigeträchtigen Anstrengungen im Wiederaufbau. Die Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit waren in Kreuzberg besonders hoch.¹⁹⁰ 1950 wurde aus Mitteln des Marshall-Plans ein erstes Notstandsprogramm initiiert.¹⁹¹ Doch erst 1954 setzte der Wiederaufbau in Kreuzberg zögernd ein.¹⁹² Wie bei der »Wohnzelle Friedrichshain« folgten die Planungen dem Leitbild der funktional gegliederten Stadt.¹⁹³ In Anlehnung an die Charta von Athen und den sozialen Wohnungsbau der Weimarer Republik betrachteten die Stadtplaner die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs als Chance, um das »steinerne Berlin« radikal zu verändern. Die Neubaupläne sahen eine Auflösung des Straßenraums und der alten Blockrandbebauung vor.¹⁹⁴ Die neuen Bauten sollten in lockerer Zeilenbauweise fernab von Gewerbe- und Verkehrsflächen angelegt werden. In diesem Sinne entstand 1956 die Otto-Suhr-Siedlung mit 2300 Wohnungen rund um die Oranien- und Alexandrinenstraße (»Neue Wohnstadt am Waldeckpark«). Unweit davon folgte 1959 das Spring-Projekt mit 2000 neuen Wohneinheiten in der Lobeck-, Ritter-, Prinzen- und Wassertorstraße.¹⁹⁵ Öffentliche Bauten propagierten die Ideale des Westens. So entstand 1954 auf Grundlage einer großzügigen Millionenspende aus den USA die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) am Halleschen Tor, die als moderne Freihandbibliothek gleichermaßen der Re-Education als auch der Erinnerung an die Berliner Luftbrücke dienen sollte.¹⁹⁶

189 Ebd., S. 232-238; Greg Castillo, *The Nylon Curtain. Architectural Unification in Divided Berlin*, in: Philip Broadbent/Sabine Hake (Hg.), *Berlin Divided City, 1945-1989*, New York/Oxford 2010, S. 46-55; Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 119-141.

190 Ende 1949 gab es in Kreuzberg 21.000 Arbeitslose. Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 112.

191 Ebd., S. 112.

192 Grundsätzlich lässt sich erst für die 1950er Jahre berechtigt von einem Wiederaufbau in West-Berlin sprechen. Vgl. Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 14. Bis Ende der 1940er Jahre dominierte auf beiden Seiten der Stadt vielmehr eine Wohnungsverteilungspolitik. Vgl. Clara Oberle, *From Warfare to Welfare. Postwar Homelessness, Dislocation, and the Birth of the Welfare State in Europe: The Case of Berlin 1945-1949*, in: *Hygiea Internationalis: Journal for the History of Public Health* 9 (2010), S. 279-310.

193 Vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 125.

194 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 114.

195 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 58.

196 Vgl. Hasso Spode, *Die Amerika-Gedenkbibliothek. Blücherplatz 1*, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 488-498; Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 79-84.

Das Leitbild des Wiederaufbaus war die autogerechte Stadt. Seit 1955/56 plante der West-Berliner Senat ein innerstädtisches Autobahnnetz, das ungeachtet der aktuellen politischen Konfliktlagen beide Stadthälften berücksichtigte und miteinander verbinden sollte.¹⁹⁷ Andere Verkehrswege erwiesen sich dagegen als obsolet. So wurde der im Krieg stark beschädigte Anhalter Bahnhof 1952 stillgelegt und 1960 weitgehend abgerissen. Das Gelände sollte privatwirtschaftlich erschlossen werden. Hierbei war die Immobilien-Unternehmerin Siegfried Kressmann-Zschach (1929-1990) die treibende Kraft. In der für West-Berlin typischen Verschmelzung privater und öffentlicher Interessen erfuhr sie Unterstützung von ihrem Ehemann Willy Kressmann (1907-1986), dem charismatischen Bürgermeister von Kreuzberg in den Jahren 1949 bis 1962.¹⁹⁸ Kressmann erkannte wie kaum ein anderer Lokalpolitiker seiner Zeit die Bedeutung der medialen Öffentlichkeit und setzte sich mithilfe von Presse und Fernsehen wirksam in Szene.¹⁹⁹ Dabei verfolgte er eine frühe Form der Entspannungspolitik gegenüber der DDR. Gleichwohl spitzte sich die Situation zwischen Ost- und West-Berlin immer weiter zu, bis am 13. August 1961 die Mauer gebaut wurde.

Nach dem Mauerbau

Durch den Mauerbau waren Friedrichshain und Kreuzberg zunächst hermetisch voneinander abgeschnitten. Auf einer Länge von zwei Kilometern bildete die Spree die hoch gesicherte Grenze zwischen den beiden Bezirken.²⁰⁰ Die Berliner Mauer verlief hier entlang der Mühlenstraße und der Stralauer Allee, doch gehörte der gesamte Fluss bis zum Kreuzberger Ufer zum Hoheitsgebiet der DDR. Kreuzberg wurde durch die Mauer auf einer Länge von insgesamt 8,7 km geradezu eingeschlossen. Wie eine Halbinsel ragte der östliche Teil des Bezirks nach Ost-Berlin.²⁰¹ Die Parklandschaft und das Engelbecken des ehemaligen Luisenstädtischen Kanals wurden aufgefüllt, eingeebnet und zu einem an dieser Stelle besonders breiten Todesstreifen umgewandelt.²⁰² Dabei reichte die Außenmauer nach West-Berlin bis auf den Bürgersteig des Bethaniendamms, da der gesamte Straßenraum hier noch komplett zum

197 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 114.

198 Vgl. Rott, *Die Insel*, S. 314 f.

199 Ebd., S. 116.

200 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 13.

201 Vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 10.

202 Vgl. Duntze, *Der Luisenstädtische Kanal*, S. 291-297.

Ost-Berliner Bezirk Mitte gehörte. West-Berliner Beamte hatten zu diesen Kreuzberger Häusern keinen Zugang.²⁰³ Auch dies gehörte zu den Merkwürdigkeiten einer Staatsgrenze, die mitten durch ein existierendes städtisches Ensemble gelegt wurde.

Die Mauer unterbrach alle traditionellen Verkehrsverbindungen zwischen Friedrichshain und Kreuzberg. Den einzigen Grenzübergang von Kreuzberg nach Ost-Berlin bildete zunächst der so genannte Checkpoint Charlie an der Friedrichstraße. Allerdings diente der Grenzübergang, der durch die Panzerkonfrontation im Oktober 1961 zu einem Symbol des Kalten Krieges wurde, ausschließlich als Durchlass für alliierte Militärs, Diplomaten und ausländische Reisende.²⁰⁴ Mit den Passierscheinabkommen von 1963 bis 1966 wurden an der Heinrich-Heine-Straße und an der Oberbaumbrücke zwei weitere Kreuzberger Grenzübergangsstellen (GÜSt) eingerichtet, die auch der West-Berliner Bevölkerung zur Verfügung standen. Der ständige Übergang für die Bürger West-Berlins wurde jedoch erst 1972 dauerhaft geregelt.²⁰⁵ Seit Mitte der 1970er Jahre durften schließlich auch ausgewählte Personenkreise aus der DDR, vor allem Rentner, über die Kreuzberger Grenzübergangsstellen nach West-Berlin einreisen. Insgesamt blieb die Oberbaumbrücke, die nur noch zu Fuß passiert werden konnte, jedoch weiterhin ein Nadelöhr zwischen Ost und West.

Zahlreiche Menschen versuchten, schwimmend von Friedrichshain nach Kreuzberg zu gelangen. Dabei erwies sich die Spree in mindestens 13 Fällen als tödliche Grenze.²⁰⁶ Am 9. Oktober 1961 ertrank Udo Düllick (1936-1961) bei dem Versuch, das Kreuzberger Ufer zu erreichen. Mehrere Mauerflüchtlinge wurden in der Spree von den DDR-Grenztruppen erschossen. Besonders tragisch war der Unfalltod von insgesamt fünf Kreuzberger Kindern, die in den 1960er und 1970er Jahren beim Spielen am Gröbenufer (heute May-Ayim-Ufer) ins Wasser gefallen waren. Während die DDR-Grenztruppen den Kindern nicht zur Hilfe eilten, musste die West-Berliner Polizei erst die Genehmigung der DDR einholen, um Rettungskräfte im DDR-Hoheitsgebiet einzusetzen. Nachdem 1975 abermals ein türkischer Junge auf diese Weise ums Leben gekom-

203 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 120.

204 Vgl. Konrad H. Jarausch, *Checkpoint Charlie*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung*, München 2011, S. 181-195. 1963 eröffnete direkt am Checkpoint Charlie das Mauermuseum von Rainer Hildebrandt, das an dem prominenten Ort Geschichten der Repression und der Flucht aus der DDR darstellte.

205 Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XXVI.

206 Vgl. Hans-Hermann Hertle/Maria Nooke u.a., *Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch*, Berlin 2009.

men war, kam es am Gröbenufer zu einer spontanen Demonstration von ca. 2000 größtenteils türkischen Bewohnern gegen das SED-Regime. Erst im Anschluss daran wurden zwischen Ost und West Vereinbarungen zur Rettung aus den Spreegewässern getroffen und das Gröbenufer besser abgesichert.²⁰⁷

Für die Bevölkerung auf beiden Seiten der Spree brachten die Jahrzehnte nach dem Mauerbau einen beträchtlichen Wandel mit sich. Sowohl Friedrichshain als auch Kreuzberg erfuhren einen signifikanten Bevölkerungsverlust. Während in Friedrichshain 1961 noch 152.655 Menschen lebten, waren es 1990 nur noch 107.844. Im selben Zeitraum sank in Kreuzberg die Einwohnerzahl von 191.898 auf 153.916.²⁰⁸ Viele Bewohner zogen in die Neubauviertel in den angrenzenden Stadtbezirken. Lichtenberg wuchs auf Kosten von Friedrichshain.²⁰⁹ Aus Kreuzberg zog es zahlreiche Menschen in die neu errichtete Gropiusstadt im Nachbarbezirk Neukölln, weil sie mit der maroden Bausubstanz unzufrieden waren.²¹⁰ Zurück blieben in Friedrichshain und Kreuzberg vor allem die Alten und die Armen – die prekären »A« sozialräumlicher Segregation, wobei dieser Vorgang in Kreuzberg deutlich schroffer verlief.²¹¹

Kreuzberg erlebte nach dem Mauerbau zudem einen signifikanten Zuzug von ausländischen Gastarbeitern, die die fehlenden Arbeitskräfte aus Ost-Berlin ersetzen sollten und vor allem in der Elektro- und Textilbranche angestellt wurden. Lebten 1960 lediglich 225 Menschen mit ausländischem Pass in Kreuzberg, waren es 1970 bereits 39.000.²¹² Davon kamen etwa zwei Drittel aus der Türkei.²¹³ Eine vergleichbare Arbeitsmigration gab es in Friedrichshain nicht. Hier arbeiteten nur einige hundert Vertragsarbeiter aus Vietnam, Angola und Mosambik in ausgewählten Großbetrieben.²¹⁴ Im Gegensatz zu Kreuzberg veränderten sie jedoch

207 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 120 f.

208 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 15.

209 Ebd., S. 54.

210 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 123.

211 Vgl. Häußermann/Kapphan, *Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt*, S. 71-88.

212 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 60.

213 Vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 22. Dabei waren die ersten türkischen Gastarbeiter entgegen anders lautender Klischees meist weiblich, gut ausgebildet und städtisch. Die so genannten »Heiratsmigrantinnen« folgten erst nach dem Anwerbestopp von 1973. 1975 verordnete der Senat eine »Zuzugssperre« für Kreuzberg. Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 147 f.

214 Hierzu gab es eine Ausstellung des Bezirksmuseums Friedrichshain-Kreuzberg: »... ein jeder nach seiner Façon«? 300 Jahre Zuwanderung nach Friedrichshain-Kreuzberg. 30. April 2005 bis 17. Oktober 2010.

nicht das Stadtbild, sondern wurden in Arbeiterwohnheimen von der Ost-Berliner Bevölkerung abgeschottet.²¹⁵

Die Wirtschaftsstruktur im Ostteil blieb sehr traditionell geprägt. Friedrichshain besaß mehr als 20 große Industriebetriebe, die seit den 1960er Jahren allesamt in Volkseigentum überführt waren. Damit war der Bezirk ein wichtiger Industriestandort für Ost-Berlin. Die größten Produktionsstätten waren das Glühlampenwerk NARVA, das Berliner Bremsenwerk, das Glaswerk Stralau, die Druckerei des *Neuen Deutschland*, der VEB Meßelektronik, der VEB Berliner Vergaser- und Filterbau sowie das Reichsbahnausbesserungswerk in der Revaler Straße.²¹⁶ Dabei profitierte Friedrichshain von seiner Lage zwischen dem Ost-Berliner Zentrum und den Außenbezirken sowie von den bestehenden Verkehrsanbindungen. Der Osthafen, der Ostbahnhof und der Container-Bahnhof an der Frankfurter Allee besaßen eine überregionale Bedeutung.²¹⁷ Ein Großteil der Friedrichshainer Bevölkerung war im Bezirk selbst beschäftigt. Allein bei NARVA arbeiteten rund 6000 Menschen. Friedrichshain stand paradigmatisch für die arbeitsexensive Industrieproduktion in der DDR.

Kreuzberg erlebte dagegen einen deutlichen Absturz als Industriestandort. Die ehemaligen Standortvorteile Kreuzbergs wandelten sich in Nachteile.²¹⁸ Der Bezirk lag nicht mehr direkt an den wichtigsten Verkehrswegen mitten im Zentrum von Berlin, sondern befand sich nunmehr in der West-Berliner Peripherie. Vor allem die grenznahen Gebiete Kreuzbergs verödeten. Die lokale Bedarfsdeckung unterlag endgültig der industriellen Großproduktion außerhalb Kreuzbergs, und die letzten Fachkräfte wurden durch die Reste der West-Berliner Großindustrie abgeworben, während klassische Qualifikationen durch die Maschinerisierung entwertet wurden.²¹⁹ Die Kreuzberger Bekleidungsindustrie, das Druckgewerbe und die Chemiebranche wurden mit Subventionen und

215 Vgl. Dennis Kuck, »Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat«? Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 271-281.

216 Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 69.

217 Vgl. Pachmann, *Stadtbezirk Friedrichshain*, S. 22-27.

218 Vgl. Kaak, *Kreuzberg*, S. 31.

219 Vgl. Dieter Hoffmann-Axthelm, *Geschichte und Eigenart der Kreuzberger Mischung*, in: Karl-Heinz Fiebig/Dieter Hoffmann-Axthelm/Eberhard Knödler-Bunte (Hg.), *Kreuzberger Mischung. Die innerstädtische Verflechtung von Architektur, Kultur und Gewerbe*, Katalog zur Ausstellung zum Berichtsjahr 1984 zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1987, 16.9.-28.10.1984, Berlin 1984, S. 9-20, hier S. 19 f.

Gehaltszulagen wie der so genannten »Zitterprämie« für Angestellte am Leben gehalten.²²⁰ Wie ganz West-Berlin diente Kreuzberg als verlängerte Werkbank der westdeutschen Industrieproduktion, ohne dass nennenswerte Investitionen erfolgten.²²¹ Dagegen wurde der öffentliche Beschäftigungssektor umfangreich ausgebaut.²²² Gleichwohl halbierte sich von 1952 bis 1970 die Zahl der Arbeitsplätze im Bezirk.²²³ 1986 herrschte in Kreuzberg eine Arbeitslosenquote von 24,4 Prozent.²²⁴ Der Mauerbau hatte den einstigen Berliner »Wirtschaftsgiganten« buchstäblich an den Rand gedrängt.²²⁵

Umso wichtiger war der Wohnungsbau. Dem Erhalt und der Kapazitätsauslastung der privaten West-Berliner Bauwirtschaft wurden in der Inselstadt höchste Priorität beigemessen,²²⁶ während in Friedrichshain 1972 die letzten noch privaten Baubetriebe verstaatlicht und in volkseigene Baukombinate umgewandelt wurden.²²⁷ Die Wohnungspolitik in West und Ost glich sich jedoch darin, dass Sanierung in der Regel Abriss und Neubau bedeutete. Auf beiden Seiten arbeiteten die Stadtplaner an großzügigen städtebaulichen Lösungen, die die erhaltene gründerzeitliche Altbausubstanz ersetzen sollten. Dabei wurde die traditionelle Blockstruktur aufgelöst und mit modernen Baumaterialien und -verfahren experimentiert. So entstand 1968 bis 1970 am Volkspark Friedrichshain das Bauensemble um den Leninplatz nach dem Vorbild moderner westeuropäischer Architektur, in dessen Mitte ein 19 m hohes Lenin-Denkmal aufgestellt wurde.²²⁸ 1971 bis 1973 folgten an der Straße der Pariser Kommune drei 21-stöckige Punkthochhäuser und zwei elfgeschossige P2-Wohnscheiben. Die 2500 neuen Wohnungen ersetzen die alten Mietskasernen der Fruchtstraße und sollten einen Beitrag zur »Lösung der Wohnungsfrage« darstellen, die auf dem VIII. Parteitag der SED 1973 als oberstes Gebot formuliert wurde.²²⁹ Hier entstand bis 1974 zudem das neue Verlagsgebäude des *Neuen Deutschland* als Pendant zum

220 Vgl. Rott, Die Insel, S. 188.

221 Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt, S. 75.

222 Allein 7800 Menschen waren 1986 beim Bezirk Kreuzberg angestellt. Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 32.

223 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXVI.

224 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 21.

225 Ebd., S. 31 und 120.

226 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 122.

227 Vgl. Bouali/Schulze, Bewegte Zeiten, S. 69.

228 Vgl. Podewin, Marx und Engels grüßen aus Friedrichshain, S. 254-256.

229 Vgl. Bouali/Schulze, Bewegte Zeiten, S. 66.

1966 fertiggestellten Springer-Verlagshochhaus auf der anderen Seite der Mauer.²³⁰

In Kreuzberg gestaltete Werner Düttmann (1921-1983) nach Entwürfen Hans Scharouns den Mehringplatz um. Dabei wurden von 1969 bis 1975 das barocke Rondell stark verändert und die Lindenstraße, die Wilhelmstraße und der Mehringdamm autogerecht umgeleitet.²³¹ Von 1969 bis 1974 entstand am Kottbusser Tor das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ). Der monumentale Bau mit 295 neuen Wohnungen, Ladenzeile und Parkhaus wurde vom West-Berliner Senat gegen den Willen der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung durchgesetzt und von einer privaten Investorengruppe errichtet.²³² Dafür wurde ein Teil der Admiralstraße abgerissen und die historische Dresdener Straße abgeriegelt.²³³ Das NKZ galt schon vor seiner Fertigstellung als Symbol für einen fehlgeleiteten Städtebau.²³⁴ Die gesamte Nordseite des Gebäudes besaß keine Fenster, weil hier die Südtangente des geplanten Autobahnnetzes entlangführen sollte, an dem der Senat trotz des Mauerbaus festhielt. Für den Autobahnbau sollten ganze Straßenzüge der historischen Luisenstadt weichen. Die Tage der gründerzeitlichen Mietskasernen schienen ohnehin gezählt. Das erste Stadterneuerungsprogramm des Senats von 1963 sah vor, dass allein in Kreuzberg insgesamt 16.000 Wohneinheiten abgerissen werden sollten.²³⁵ Die Entmietung und der Ankauf durch Wohnungsbaugesellschaften, die als Sanierungsträger im Auftrag des Senats auftraten, dauerten im Schnitt jedoch 13 Jahre, in denen in den Häusern keinerlei Investitionen mehr vorgenommen wurden.²³⁶ Die Sanierungserwartung versetzte die Mietskasernen in einen Wartestand. Es wurden nur noch befristete Mietverträge vergeben, vornehmlich an Studenten und Türken, die das Interesse an günstigen Mieten teilten. Ganze Straßenzüge verfielen und wurden von den amerikanischen Besatzungstruppen für Nahkampf-Übungen genutzt.²³⁷

230 Zum bereits 1959 begonnenen Bau des Springer-Verlagsgebäudes und den begleitenden Debatten in Ost und West vgl. Warnke, Stein gegen Stein, S. 161-180. Ausführlicher hierzu siehe S. 136-141 im vorliegenden Buch.

231 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXVII.

232 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 124 f.; Warnke, Stein gegen Stein, S. 259-263. Das Parkhaus wurde im Rahmen der Internationalen Bauausstellung 1984/87 in eine Kindertagesstätte umgebaut.

233 Vgl. Hoffmann-Axthelm, Straßenschlachtung.

234 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 125.

235 Vgl. MacDougall, In the Shadow of the Wall, S. 161 f.

236 Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt, S. 78.

237 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 125 u. 137.

Während sich die radikale Erneuerung der Stadt im Bezirk Wedding fast unbemerkt vollzog, regte sich in Kreuzberg jedoch Widerstand gegen die so genannte »Kahlschlagsanierung«. Eine kritische Öffentlichkeit aus Anwohnern, Stadtplanern und Kirchenvertretern wandte sich seit Anfang der 1970er Jahre gegen die Sanierungspläne des Senats. Der wichtigste Impuls kam jedoch von den Hausbesetzern, die nach Amsterdamer und Frankfurter Vorbild leerstehende Häuser in Kreuzberg okkupierten.²³⁸ Die Geschichte der Kreuzberger Hausbesetzungen begann 1971 mit der Besetzung des ehemaligen Schwesternwohnhauses der Diakonissen-Anstalt Bethanien. Die Kreuzberger Band »Ton Steine Scherben« schrieb mit dem »Rauch-Haus-Song« den »Soundtrack« für die Besetzung des Gebäudes, das zu einem Jugendzentrum umgewandelt wurde.²³⁹ 1979 folgte die zweite Welle der Hausbesetzungen in Kreuzberg. Diesmal wurden leerstehende Wohnhäuser besetzt, die für den Abriss vorgesehen waren. Die Besetzer wollten den billigen Wohnraum erhalten und setzten die verfallenen Wohnungen selbst instand. So entstand der Begriff »Instandbesetzungen«, der nicht zuletzt zur Legitimation der Besetzungen gegenüber den untätigen Eigentümern und Behörden diente.²⁴⁰ 1981 eskalierte jedoch die Situation. Der neue CDU-Senat ließ zahlreiche besetzte Häuser durch die Polizei räumen. Es kam zum Kreuzberger »Häuserkampf«, der zu einer Spaltung der Hausbesetzerbewegung führte. Während die »Instandbesetzer« eher verhandlungsbereit waren, verweigerten die »Autonomen« jeglichen Kompromiss mit den Behörden.²⁴¹ Auf dem Höhepunkt der Bewegung waren in Kreuzberg etwa 80 Häuser besetzt.²⁴² Erst 1984 wurde die Situation durch die Legalisierung einiger Besetzerprojekte vorerst befriedet. Manche Hausbesetzer wurden nunmehr Hausbesitzer.

Mit den Hausbesetzungen ging eine Abkehr vom modernen Städtebau der Nachkriegszeit einher. Der Einsturz der West-Berliner Kongresshalle 1980 wurde von kritischen Beobachtern als Fanal für die mangelnde Qualität der Neubauten gesehen.²⁴³ An die Stelle von Scharouns Idealen der funktional gegliederten Stadt trat die Rückbesinnung auf die alte Stadtstruktur.²⁴⁴ Der Begriff der »Kreuzberger Mischung« wurde

238 Vgl. van der Steen, Die internationalen Verbindungen der Hausbesetzerbewegung in den 70er und 80er Jahren, S. 203-220.

239 Warnke, Stein gegen Stein, S. 262.

240 Vgl. MacDougall, In the Shadow of the Wall, S. 169.

241 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 141.

242 In ganz West-Berlin waren 1981 insgesamt 169 Häuser besetzt. Vgl. ebd.

243 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 28.

244 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXVIII.

erfunden, um die urbane Dichte und funktionale Verflechtung der gründerzeitlichen Bausubstanz zu rehabilitieren und gegen den Abriss zu verteidigen.²⁴⁵ Symbolisch für die Aufwertung der Vergangenheit stand der detailgetreue Wiederaufbau des im Krieg zerstörten Kunstgewerbemuseums, das 1981 als Martin-Gropius-Bau mit einer spektakulären Preußen-Ausstellung wiedereröffnet wurde.²⁴⁶ Die 1982 vom Senat verabschiedeten »Zwölf Grundsätze der behutsamen Stadtentwicklung« verlangten den Erhalt der baulichen Eigenart Kreuzbergs, offene Entscheidungsfindungsprozesse und die konsequente Beteiligung der von der Sanierung Betroffenen durch intensive Mieterberatung und -befragung.²⁴⁷ Das sichtbarste Resultat der städtebaulichen Wende war die Internationale Bauausstellung (IBA) von 1984 bis 1987.²⁴⁸ Hierfür wurden vom Senat drei Gebiete in Kreuzberg ausgewählt: In der im Krieg zerstörten südlichen Friedrichstadt entstanden postmoderne Neubauviertel unter Berücksichtigung der alten Baufluchtlinien und der »Berliner Traufhöhe«.²⁴⁹ In der historischen Luisenstadt und in »SO 36«²⁵⁰ wurden dagegen über 400 Projekte zum Erhalt der alten Bausubstanz umgesetzt. 1987 schloss die IBA mit einer großen Ausstellung im ehemaligen Merkurkaufhaus in der Lindenstraße.²⁵¹ Zu diesem Zeitpunkt gab es in Kreuzberg 85.000 Wohnungen, von denen gut ein Drittel nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war.²⁵² Insgesamt dominierte in Kreuzberg jedoch weiterhin das Antlitz des alten Berlin.

Auch in Friedrichshain wandelte sich die Sanierungspraxis. Waren noch in den 1970er Jahren zahlreiche Altbauten rund um den Ostbahnhof abgerissen worden, wurden in den 1980er Jahren zunehmend auch die Altbauquartiere saniert, um die Wohnungssituation schneller zu verbessern. Insgesamt wurden in Friedrichshain ca. 15.000 Altbauwohnungen saniert, wobei die Bewohner dabei aus Kostengründen meist

245 Zur Erfindung des Begriffs der »Kreuzberger Mischung« siehe S. 166 f.

246 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 37.

247 Im einzelnen unter Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 143 f.

248 Vgl. Idee, Prozess, Ergebnis. Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Martin-Gropius-Bau zum Berichtsjahr 1984 der Internationalen Bauausstellung Berlin 1987, 15.9.-16.12.1984, hg. v. Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1984.

249 Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXVIII.

250 »SO 36« stand für den alten Postzustellbezirk Südost 36 und entwickelte sich in den 1970er zur Chiffre für das östliche Kreuzberg, während die westlichen Gebiete des Bezirks zum Postzustellbezirk 61 zusammengefasst wurden. Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 12 u. 129 f.

251 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 145.

252 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 24 f.

darin wohnen blieben.²⁵³ Bei den Neubauten im Bezirk wurde der alten Stadt- und Straßenstruktur wieder Beachtung geschenkt. So entstanden von 1985 bis 1987 am Bersarinplatz fünf neue Wohngebäude, die an den historischen Platzverlauf angepasst wurden und neue Ecklösungen aufwiesen.²⁵⁴ Die Häuser waren das Werk von Baukombinaten aus Magdeburg und Rostock, die ihre Kapazitäten an die Hauptstadt der DDR abgeben mussten.²⁵⁵ Gleichwohl fehlte es an Arbeitskräften und Material.²⁵⁶ Ende 1989 gab es in Friedrichshain nur 66.950 Wohnungen – kaum mehr als 1946.²⁵⁷ Die Neubauprogramme konzentrierten sich vor allem auf die Außenbezirke Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf. In Friedrichshain stammten noch 63,8 Prozent der Wohnungen aus der Jahrhundertwende. 27 Prozent hatten weder Bad noch Dusche.²⁵⁸ Die Kapazitäten reichten nicht aus, um diese umfassend zu modernisieren. Die Friedrichshainer Altbauquartiere verfielen und überdauerten so die Zeit.

In den alten Mietskasernen existierte ein ganz besonderes Milieu. Es setzte sich in Friedrichshain vor allem aus drei Gruppen zusammen. Hierzu gehörten die ungewollt dort Lebenden, z. B. Alte, ungeplant Zuwandernde, Ausreiseträger; die freiwillig Zugezogenen, für die der Altbau als Wohnform attraktiver war; und schließlich die »Übergangsbewölkerung« wie Studenten und Familien im Wartestand auf Neubawohnungen. Diese Bewohnergruppen der Altbaugebiete bildeten eine sehr heterogene Bevölkerungsmischung, die sich nach Einkommen, Qualifikation und Lebensstil sehr unterschied.²⁵⁹ Dem entsprach in Kreuzberg ein spezifisches Sozietop, das der Friedrichshainer Nischengesellschaft nicht unähnlich war. Zahlreiche junge Männer aus dem Bundesgebiet zogen nach Kreuzberg, um dem Dienst bei der Bundeswehr zu entgehen. Rentner, Gastarbeiter und Studenten wohnten Tür an Tür. »Das Hobrechtsche Konzept der durchmischten Mietskaserne war in veränderter Form wiederauferstanden.«²⁶⁰ Insbesondere die Studenten prägten seit Mitte der 1970er Jahre den Bezirk und experimentierten mit neuen Wohn- und Lebensformen. Es entstanden selbstverwaltete

253 Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 76.

254 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), *Denkmale in Berlin*, S. 44 f.

255 Vgl. Pachmann, *Stadtbezirk Friedrichshain*, S. 29.

256 Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 76.

257 1946 wurden in Friedrichshain 65.334 Wohnungen gezählt. Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 57.

258 Ebd.

259 Vgl. Häußermann/Kapchan, *Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt*, S. 71 f.

260 Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XXVII.

Betriebe und Kulturzentren wie der MehringHof und das Kerngehäuse. Mit der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) zog das linksalternative Milieu 1979 in die Kommunalpolitik ein. 1985 errang die AL bereits zwölf Mandate in der Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV).²⁶¹ In den 1980er Jahren blieb der Bezirk von einer hohen Arbeitslosigkeit geprägt. Jeder siebte Bewohner erhielt Sozialhilfe.²⁶² Die angespannte Situation in Kreuzberg eskalierte am 1. Mai 1987, während in Friedrichshain die Fortschritte des Sozialismus inszeniert wurden.

Der Kontrast der Maifeier von 1987 zeigt, wie stark sich die Zwillingsbezirke kurz vor dem Mauerfall voneinander entfernt hatten. Doch erscheint der beschriebene Gegensatz in langer historischer Perspektive wie eine kurze Episode. Friedrichshain und Kreuzberg teilten die längste Zeit eine sehr ähnliche Geschichte. Sie waren das Ergebnis eines dynamischen Urbanisierungsprozesses und bildeten gemeinsam den kleinbürgerlich-proletarischen Berliner Osten. Öffentlichkeit und Privatheit konnten sich hier angesichts fehlender kommunaler Selbstbestimmung und katastrophaler Wohnverhältnisse nur bedingt entfalten. In den 1920er Jahren hatte der Urbanisierungsprozess im Berliner Osten seinen Höhepunkt erreicht. Zu diesem Zeitpunkt waren sich Friedrichshain und Kreuzberg am ähnlichsten. Kriegszerstörung und politische Teilung fielen anschließend zusammen mit dem Ende der Urbanisierung im klassischen Sinne. Die Bezirke teilten dabei zahlreiche gesellschaftliche Herausforderungen und Entwicklungen. Die Krise der modernen Großstadt führte schließlich zu einer neuen Urbanität, die beide Bezirke heute prägt. Dies ist nicht zuletzt neuen Ausformungen und Wechselverhältnissen von Öffentlichkeit und Privatheit geschuldet, die im Mittelpunkt der folgenden drei Untersuchungsteile stehen.

²⁶¹ Die anderen Sitze verteilten sich auf die CDU (18 Mandate) und auf die SPD (15), auf deren Kosten sich die AL in der BVV von Kreuzberg weitgehend etabliert hatte. Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 22 f.

²⁶² Vgl. Spode, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, S. XXVIII.

I. Wohnen

Wohnen als konstitutives Feld von Öffentlichkeit und Privatheit

»Die Geschichte des privaten Lebens ist zunächst einmal die Geschichte des Raums, in dem es sich abspielt.«¹ Dies ist in allererster Linie die Wohnung.² Die Wohnung ist jedoch mehr als nur ein physischer Raum, sondern vielmehr ein sozialer Raum. Pierre Bourdieu unterscheidet zwischen dem physischen und dem sozialen Raum, wobei sich Letzterer im physischen Raum niederschlägt. Dadurch wird der physische Raum angeeignet und der soziale Raum reifiziert.³ Nicht der umbaute Raum an sich, sondern sein Sozialcharakter vermag es also, Deutungsmuster und Handeln der Menschen zu beeinflussen.⁴ Die Wohnung als sozialer Raum wird meist als privater Raum verstanden, während die Straßen, Quartiere und die Stadt den öffentlichen Raum bilden. Daher gilt die Wohnung als Keimzelle der Privatheit.

Der rein private Sozialcharakter der Wohnung entspricht ganz dem Leitbild der bürgerlichen Sphärentrennung von Öffentlichkeit und Privatheit aus dem 19. Jahrhundert. Privates Leben ist jedoch keine anthropologische Konstante, sondern eine geschichtliche Wirklichkeit, die von den einzelnen Gesellschaften in unterschiedlicher Weise konstruiert wurde.⁵ »Das Bedürfnis nach Intimität und Privatheit entwickelte sich in den einzelnen Klassen und Schichten historisch gesehen [...] in ungleichzeitiger Weise. In einer Zeit, in der das Bürgertum sowie die gehobenen Facharbeiterfamilien an solche Bedürfnisse bereits gewöhnt waren, lebte die untere Arbeiterschicht in einer völlig anderen Alltagswelt.«⁶ Auch für die Bewohner von Friedrichshain und Kreuzberg war Privatheit lange Zeit keine gesellschaftliche Norm. Das »Recht auf Privatheit« wurde erst

1 So begründet Antoine Prost die Untersuchung historischer Wohnformen in dem von ihm verfassten Abschnitt des von Georges Duby und Philippe Ariès herausgegebenen fünfbändigen Werks zur Geschichte des privaten Lebens: Antoine Prost, Grenzen und Zonen des Privaten, in: Philippe Ariès/Georges Duby (Hg.), Geschichte des privaten Lebens. Band 5: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 1993, S. 15-151, hier S. 63.

2 Andere Räume und Orte des privaten Lebens sind etwa die Familie, das Wochenendgrundstück, der Urlaubsort, aber auch das Auto. Vgl. Betts, Within Walls, S. 3.

3 Vgl. Pierre Bourdieu, Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum, in: Martin Wentz (Hg.), Stadt-Räume, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 25-34, hier S. 26.

4 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 17.

5 Vgl. Prost, Geschichte des privaten Lebens, S. 17.

6 von Saldern, Häuserleben, S. 83.

im 20. Jahrhundert formuliert.⁷ Privatheit als Quellenbegriff ist also nur bedingt eine historische Kategorie.

Es ist daher sinnvoller, Privatheit als Kategorie der Historie zu verwenden und auf historisch-analytische Weise nach den Entstehungsbedingungen, den Bedeutungszuschreibungen und Praxen von Privatheit und Privatisierungsprozessen im Bereich des Wohnens zu fragen.⁸ Hierbei geht es nicht um den müßigen Abgleich von Norm und Wirklichkeit, sondern vielmehr darum, einen hermeneutischen Schlüssel zur Analyse historischer Wohnverhältnisse zu gewinnen. Dabei ist die Frage nach Privatheit untrennbar mit der Frage nach Öffentlichkeit verknüpft.⁹ Privates Leben zog und zieht seinen Sinn aus der Differenz zum öffentlichen Leben.¹⁰ Der Bereich des Wohnens erwies sich als konstitutiv für die Entstehung und das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. Die Wohnungsfrage schuf Öffentlichkeit und führte im 20. Jahrhundert zu zahlreichen öffentlichen Interventionen zur Verbesserung der Wohnsituation. Der öffentliche Raum wirkte somit stark auf den privaten Raum zurück. Im Folgenden sollen mit Blick auf das gesamte 20. Jahrhundert zunächst mehrere Dimensionen von Öffentlichkeit und Privatheit im Bereich des Wohnens diskutiert werden. Dabei werden im historischen Wandel auch die Wechselbeziehungen zwischen den Sphären in den Blick genommen. Zuletzt werden schließlich einige hybride Räume vorgestellt, die sowohl öffentlich als auch privat waren.

7 Zwar geht das »Recht auf Privatheit« als Begriff bereits auf einen Artikel von Samuel Warren und Louis Brandeis aus dem Jahre 1890 zurück. Siehe Samuel D. Warren/Louis D. Brandeis, *Right to Privacy*, in: *Harvard Law Review* 4 (1890-1891) H. 5, S. 193-220. Aber erst 1965 wurde das »right to privacy« von US-amerikanischen Gerichten festgehalten. Vgl. Betts, *Within Walls*, S. 7.

8 Dies geschieht in Anlehnung an Kurt Imhofs Überlegungen zum Begriff der Öffentlichkeit, bei denen er zwischen der historischen und der hermeneutischen Kategorie unterscheidet. Vgl. Kurt Imhof, »Öffentlichkeit« als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 46 (1996), S. 3-25, hier S. 4 f.

9 Zur untrennbaren Aufeinanderbezogenheit von Öffentlichkeit und Privatheit vgl. Norberto Bobbio, *The Great Dichotomy: Public/Private*, in: Norberto Bobbio, *Democracy and Dictatorship. The Nature and Limits of State Power*, Minneapolis 1989, S. 1-21; Jeff Weintraub, *The Theory and Politics of the Public/Private Distinction*, in: Jeff Weintraub/Krishan Kumar (Hg.), *Public and Private in Thought and Practice. Perspectives on a Grand Dichotomy*, Chicago/London 1997, S. 1-42.

10 Vgl. Prost, *Geschichte des privaten Lebens*, S. 17.

Die Wohnung als privater Raum

Die Trennung der öffentlichen von der privaten Sphäre ist ein Kennzeichen des »bürgerlichen« Jahrhunderts. Es war das Bürgertum, das im 19. Jahrhundert eine »Mauer« um seinen Intimhaushalt errichtete.¹¹ Die bürgerliche Wohnung wurde zu einem privaten Raum, zu dem nur wenige Zugang erhielten – abgesehen vom Dienstpersonal, das ständig in der Wohnung lebte und arbeitete. Besuch wurde ausschließlich in eigens hierfür vorgesehenen Räumen empfangen. Kaffeehäuser und Klubs bildeten dagegen den öffentlichen Raum. Dieser Raum, in dem die Privatleute die bürgerliche Öffentlichkeit konstituierten, war strikt von der privaten Wohnung getrennt.¹²

Die historische Forschung hat dieses Bild in mehrfacher Hinsicht problematisiert. Zwei Punkte seien hier hervorgehoben. Zum einen wurde auf die geschlechtergeschichtliche Dimension der getrennten Sphären verwiesen.¹³ »Die begriffliche Dichotomisierung, die Privatheit und Öffentlichkeit trennte, war eng mit der Polarisierung der Geschlechtscharaktere im Entstehungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft verbunden. Frauen standen für das Private, Männer für das Öffentliche.«¹⁴ Viele Frauen waren viel stärker auf den Wohnbereich angewiesen und fixiert als Männer. Die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit war insofern eine domestizierende Norm, die historisch jedoch nur begrenzt Gültigkeit beanspruchen konnte. Für viele Frauen stellte die Wohnung auch den Arbeitsplatz dar, der für sie somit keineswegs von der privaten Sphäre getrennt war.¹⁵ Zudem gab es Frauen, die an prominenter Stelle in der Öffentlichkeit in Erscheinung traten, doch blieb der öffentliche Handlungsrahmen für Frauen während des 19. Jahrhunderts insgesamt deutlich begrenzt. Dies änderte sich erst im 20. Jahrhundert.¹⁶ Die feministische Formel »The personal is the political« richtete sich schließlich

11 Ebd., S. 17. Dies geschah in deutlicher Abgrenzung von der Repräsentation des Intimen durch den Adel, wobei die adligen Stadtpalais bereits den Rückzug vom Hofe und ins Private andeuteten.

12 Vgl. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit.

13 Vgl. Belinda Davis, Reconsidering Habermas, Gender and the Public Sphere. The Case of Wilhelmine Germany, in: Geoff Eley (Hg.), Society, Culture, and the State in Germany, 1870-1930, Ann Arbor 1994, S. 397-426.

14 Adelheid von Saldern, Stadt und Öffentlichkeit in urbanisierten Gesellschaften. Neue Zugänge zu einem alten Thema, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 30 (2000) H. 2, S. 3-15, hier S. 8.

15 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 26 f.

16 Vgl. von Saldern, Stadt und Öffentlichkeit, S. 8.

fundamental gegen das bürgerliche Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit.

Zum anderen war Privatheit lange ein Klassenprivileg.¹⁷ Die Sphären-trennung von Öffentlichkeit und Privatheit galt im 19. Jahrhundert nicht für unterbürgerliche Schichten.¹⁸ Arbeiterfamilien verfügten zumeist nicht über den Raum zur Ausbildung einer eigenen Privatsphäre und waren ungleich stärker auf eine nachbarschaftliche Durchdringung und gegenseitige Unterstützung angewiesen. Die Wohnungen waren meist überbelegt und wurden häufig gewechselt. Einer privaten Aneignung waren daher deutliche Grenzen gesetzt.¹⁹ Für die Arbeiterbewegung stellten die Wohnungsverhältnisse im Gegensatz zu den Produktionsverhältnissen lange Zeit kein vorrangiges Problem dar.²⁰ Kommunalpolitik und Quartierspolitik blieben randständige Themen, da sie als Nebeneffekt der kapitalistischen Gesellschaft verstanden wurden, welche nur durch eine Revolution beseitigt werden könne.²¹ Die SPD beschäftigte sich erst um die Jahrhundertwende stärker mit Wohnungsfragen.²² Gleichzeitig wurde es Facharbeitern zunehmend möglich, eine differenzierte Wohnkultur in ihren Wohnungen zu entwickeln, wozu auch die Abschließbarkeit der Wohnung nach außen hin gehörte. »Wohnen wurde privater und individueller, wenngleich noch lange nicht in der Weise wie beim Bürgertum.«²³ Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde die Trennung des Privaten vom Öffentlichen nach und nach für alle Schichten der Bevölkerung zu einem strukturierenden Element ihres Alltags. Die Geschichte der Ausbreitung des privaten Lebens lässt sich insofern auch als Geschichte einer Demokratisierung beschreiben.²⁴

17 Vgl. Prost, *Geschichte des privaten Lebens*, S. 21.

18 Vgl. Hans J. Teuteberg/Clemens Wischermann, *Wohnalltag in Deutschland 1850-1914. Bilder, Daten, Dokumente*, Münster 1985, S. 245.

19 Adelheid von Saldern versteht unter Aneignung: »In kognitiver und affektiver Auseinandersetzung des Menschen mit dem Raum wird dieser so gedeutet und umgedeutet, dass soziale Identifizierung und kommunikatives Handeln möglich werden.« Von Saldern, *Stadt und Öffentlichkeit*, S. 8.

20 Vgl. ebd., S. 4.

21 Vgl. Teuteberg/Wischermann, *Wohnalltag in Deutschland*, S. 369.

22 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 109.

23 Ebd., S. 85. Dabei waren die Übergänge zum kleinbürgerlichen Wohnen fließend. Auch Facharbeiter legten zunehmend Wert auf eine repräsentative Garnitur. Hierzu zählten i. d.R. Sofa, Sessel, Tisch, Kommode, Spiegel.

24 Vgl. Prost, *Geschichte des privaten Lebens*, S. 21. Dies gilt schließlich auch für die Entfaltung der Privatsphäre innerhalb der Familie durch den Zuwachs von Wohnraum.

Die Wohnung als Rückzugsraum

Die Entwicklung von Öffentlichkeit und Privatheit im 20. Jahrhundert verlief nicht ungebrochen. So setzte sich die Sphärentrennung in ländlichen Gebieten erst deutlich später durch, wobei die Übernahme urbaner Lebensformen und Suburbanisierungsprozesse eine wichtige Rolle spielten. Deutliche Einschnitte ergaben sich auch aus den Kriegen. In der Notgesellschaft nach 1945 entfiel für viele Menschen die Privatheit im Wohnbereich. Ein großer Teil des Wohnraumes war zerstört oder stark beschädigt. Ausgebombte und Flüchtlinge mussten mitunter für viele Jahre aufgenommen werden. Nicht zuletzt in Reaktion auf diese Erfahrungen leiteten die 1950er Jahre einen Rückzug ins Private ein.²⁵ Hierbei spielten auch die oftmals traumatischen Kriegserfahrungen eine entscheidende Rolle. Michael Geyer spricht von einem »gekränkten Staatsbürgertum«, das sich in einer ausgeprägten Distanz zum Staat zeigte.²⁶ Zeitgenössische Beobachter wie Helmut Schelsky diagnostizierten, dass das Private zum Refugium gegen die Übermacht der Gesellschaft werde.²⁷ Die Konzentration auf das häusliche Leben in der Bundesrepublik wurde vielfach als apolitischer und konsumorientierter Zeitgeist kritisiert.²⁸ Mit der Aufwertung des familiären Beisammenseins ginge, so die Befürchtung, ein geringeres gesellschaftliches Engagement und eine stärkere Distanz gegenüber den Nachbarn einher.²⁹ Der Rückzug ins Private wurde in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft daher vielfach als Verfall von Öffentlichkeit gedeutet.³⁰

Auch in der DDR spielte die Privatsphäre eine wichtige Rolle. Ihre besondere Bedeutung errang die Privatheit in der DDR nicht trotz, sondern gerade wegen der Diktatur, wie Paul Betts betont: »In einer Welt, in der alle sozialen Beziehungen streng überwacht wurden, diente die Privatsphäre vielen Menschen als letzter Überrest von Individualität, abweichender Meinung und alternativer Identitätsbildung.«³¹ Neben

25 Adelheid von Saldern erklärt den Rückzug ins Private überdies mit den fortschreitenden Individualisierungsprozessen, dem Mangel an öffentlichen Gemeinschaftsräumen und den größeren Dispositionsspielräumen, die sich aus dem wirtschaftlichen Aufschwung ergaben. Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 292-296.

26 Vgl. Michael Geyer, *Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen*, in: Klaus Naumann (Hg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 267-318, hier S. 289.

27 Vgl. Schelsky, *Die skeptische Generation*, S. 383.

28 Vgl. Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 88 f.

29 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 296.

30 So etwa bei Bahrdt, *Die moderne Großstadt*, S. 105 und 140.

31 Vgl. Betts, *Die Politik des Privaten*, S. 291.

der Datsche erwies sich dabei die Wohnung als besonders zentral. Hier konnte Religiosität gelebt oder eine gehobene soziale Herkunft demonstriert werden.³² Günter Gaus (1929-2004) hat die DDR Anfang der 1980er Jahre als »Nischengesellschaft« beschrieben.³³ Seine Ortsbestimmung im Geiste der Détente hob die gesellschaftlichen Spielräume innerhalb der SED-Diktatur hervor und entwarf so ein differenzierteres Bild der DDR. Das Eskapismus-Modell besitzt jedoch auch seine Schwächen, denn zum einen ragten Staat und Partei tief und untrennbar in die privaten Räume hinein.³⁴ Und zum anderen politisierten die DDR-Bürger ihr Privatleben selbst, indem sie ihre privaten Ansprüche öffentlich geltend machten. Betts versteht die Privatheit in der DDR daher nicht nur als schweigsamen Rückzug, sondern als soziale Praxis.³⁵ Es war die ostdeutsche Variante des Slogans »The personal is the political«, dass insbesondere Frauen die Versprechen des Staates für Gleichheit und Wohlstand beim Wort nahmen. Gerade dies verstärkte letztlich die Legitimationskrise der SED, die in der Ära Honecker vor allem über ihre sozialpolitischen Leistungen im Bereich der Wohnungspolitik Zustimmung erringen wollte.³⁶

Die Wohnungsfrage in der Öffentlichkeit

Die Vergleichsfolie sämtlicher Wohnungspolitik im 20. Jahrhundert war der privatwirtschaftlich organisierte Wohnungsbau des 19. Jahrhunderts. Im deutschen Kaiserreich gab es so gut wie keinen öffentlich finanzierten Wohnungsbau. Zwischen 1866 und 1914 bauten die deutschen Kommunen lediglich 6000 Wohnungen, die sich auf insgesamt 38 Städte verteilten.³⁷ Wohnungen wurden fast ausschließlich von privater Hand errichtet und dienten vorrangig der Kapitalverwertung.³⁸ Wer ein Mietshaus errichtete, spekulierte auf den Gewinn. Daher versuchten die Bauherren in der Regel, so viele Wohnungen wie möglich in einem Gebäude unterzubringen. Dies führte zu einer hohen Bebauungs- und Behausungsdichte, der kaum gesetzliche Grenzen gesetzt wurden, da die beschränk-

32 Ebd.

33 Günter Gaus, *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*, Hamburg 1983, S. 156-233.

34 Vgl. Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR, 1949-1989*, Oxford 1995, S. 69.

35 Vgl. Betts, *Within Walls*, S. 15f.

36 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 327.

37 Ebd., S. 66.

38 Vgl. Teuteberg/Wischermann, *Wohnalltag in Deutschland*, S. 248.

te kommunale Selbstverwaltung von den privaten Wohnungsbesitzern dominiert wurde.³⁹ Daher bestimmten vor allem privatwirtschaftliche Interessen die politische Öffentlichkeit der Städte des Kaiserreichs.

Um die Jahrhundertwende führten die katastrophalen Wohnbedingungen in der Folge des rein gewinnorientierten Wohnungsbaus jedoch zu einer breiteren öffentlichen Diskussion sowie zu öffentlichen Protesten auf der Straße.⁴⁰ Der Reformwohnungsbau versuchte, auf Grundlage der bestehenden Verhältnisse alternative Wohnformen zu etablieren. Dabei dominierten zwei Hauptrichtungen: Die Idee der Gartenstadt propagierte die Versöhnung von Stadt und Land durch vorstädtische Siedlungen im Grünen.⁴¹ Baugenossenschaften wiederum experimentierten auf Initiative sozialreformerisch eingestellter bürgerlicher Philanthropen mit neuen öffentlichen Trägerformen durch die Landesversicherungsanstalten der Bismarckschen Rentenversicherung.⁴² Die Kritik am zeitgenössischen Wohnungswesen, insbesondere an der Berliner Mietskaserne, blieb jedoch noch weitgehend beschränkt auf bestimmte Teilöffentlichkeiten von Sozialreformern, Wohnungsinspektionen und Verwaltungsexperten.⁴³

Der öffentliche Wohnungsbau

In der Weimarer Republik wurde der Wohnungsbau erstmals in der deutschen Geschichte zu einer öffentlichen Aufgabe erklärt und als Postulat in die Reichsverfassung aufgenommen.⁴⁴ Die Stadtpolitik wurde nunmehr nicht nur viel stärker öffentlich verhandelt,⁴⁵ sie fand auch ihren steinernen Ausdruck im sozialen, d. h. öffentlich geförderten Wohnungsbau, der zu einem Markenzeichen des neuen Staates wurde. »Die wichtigsten gebauten Zeugnisse der Weimarer Republik sind weder

39 Vgl. von Saldern, *Stadt und Öffentlichkeit*, S. 4.

40 Vgl. Thomas Lindenberger, *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914*, Bonn 1995.

41 Vgl. Marynel Ryan Van Zee, *Form and Reform. The Garden City of Hellerau-between Company Town and Model Town*, in: Marcelo J. Borges/Susana B. Torres (Hg.), *Company Towns. Labor, Space, and Power Relations across Time and Continents*, New York 2012, S. 41-68.

42 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 54-57.

43 Vgl. Ralph Jessen, *Polizei, Wohlfahrt und die Anfänge des modernen Sozialstaats in Preußen während des Kaiserreichs*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 157-180, hier S. 170 f.; von Saldern, *Stadt und Öffentlichkeit*, S. 5.

44 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 120.

45 Vgl. von Saldern, *Stadt und Öffentlichkeit*, S. 5.

repräsentative noch zivilgesellschaftliche, sondern soziale Räume.«⁴⁶ Die staatstragende SPD neigte nunmehr weniger zur Revolution der Produktionsverhältnisse, sondern stärker zu konkreten sozialreformerischen Vorhaben und förderte explizit den sozialen Wohnungsbau. Dabei konnten sich in erster Linie Angestellte und gehobene Facharbeiter die neuen Wohnungen leisten, weniger jedoch einfache Arbeiter, die zumeist in den alten gründerzeitlichen Arbeiterquartieren wohnen blieben.⁴⁷ Insofern war der soziale Wohnungsbau durchaus selektiv und verstärkte oftmals Segregationstendenzen.

Der Anteil der öffentlichen Förderung am Wohnungsbau in den verschiedenen politischen Systemen des 20. Jahrhunderts schwankte beträchtlich. In der Weimarer Republik wurden 80 bis 90 Prozent der insgesamt 2,5 Mio. neuen Wohnungen mit öffentlichen Mitteln errichtet. Dabei spielten die Kommunen und Wohnungsbaugenossenschaften eine entscheidende Rolle.⁴⁸ Im Nationalsozialismus wurden die Kommunen und Genossenschaften weitgehend entmachtet bzw. gleichgeschaltet. Nur noch etwa ein Drittel der 1,6 Mio. zwischen 1933 und 1939 neu errichteten Wohnungen erhielt öffentliche Förderungen in Form von Reichsbaudarlehen, Reichsbürgschaften oder Steuerbefreiungen.⁴⁹ In der frühen Bundesrepublik stieg der öffentlich geförderte Anteil noch einmal deutlich, wobei vor allem der Eigenheimbau der Mittelschichten gefördert wurde.⁵⁰ Etwa die Hälfte der bis 1960 errichteten 5 Mio. neuen Wohnungen wurde aus öffentlichen Mitteln subventioniert.⁵¹ Nach dem so genannten »Lücke-Plan« von 1960 ging der Staatsanteil im Wohnungsbau systematisch zurück.⁵² 1970 betrug er in der Bundesrepublik nur noch 7,4 Prozent.⁵³ Gänzlich anders gestaltete sich dagegen die Situation in West-Berlin. Dort war die Bauwirtschaft zwar wie in

46 Hartmut Häußermann, *Topographien der Macht. Der öffentliche Raum im Wandel der Gesellschaftssysteme im Zentrum Berlins*, in: Andreas R. Hoffmann/Anna Veronika Wendland (Hg.), *Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900-1939. Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallinn und Triest*, Stuttgart 2002, S. 81-93, hier S. 86.

47 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 130.

48 Vgl. ebd., S. 120-122.

49 Vgl. ebd., S. 196.

50 Vgl. Dagmar Hilpert, *Wohlfahrtsstaat der Mittelschichten? Sozialpolitik und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1975)*, Göttingen 2012, S. 271-298.

51 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 265.

52 Der »Lücke-Plan« sah die Freigabe der Mieten, die Abschaffung der Wohnraumbewirtschaftung, eine Änderung des Mieterschutzes sowie regelmäßige Mieterhöhungen auch für Sozialwohnungen vor. Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 351.

53 Ebd., S. 352.

der Bundesrepublik privatwirtschaftlich organisiert; eine West-Berliner Besonderheit war jedoch der niedrige Anteil privater Investoren und die breite öffentliche Förderung der privaten Bauwirtschaft.⁵⁴ So erreichte der öffentlich geförderte Wohnungsbau eine Spitzenquote von etwa 80 Prozent.⁵⁵ Im Hinblick auf die umfangreiche öffentliche Förderung ähnelte die Situation in West-Berlin durchaus derjenigen in der DDR.⁵⁶ Hier avancierte mit Ausnahme der genossenschaftlichen Wohnanlagen der Staat zum Hauptträger des Wohnungsbaus. Der Wohnungsbestand blieb zum Teil privates Eigentum, wurde aber treuhändisch verwaltet.⁵⁷ Bis 1990 entstanden in der DDR 2,1 Mio. neue Wohnungen mit öffentlichen Mitteln. Darüber hinaus wurden die Mieten mithilfe des Staatshaushalts in einem hohem Maße subventioniert.⁵⁸ Da das SED-Regime seit den 1970er Jahren seine Legitimität vor allem aus der von Erich Honecker angekündigten »Lösung der Wohnungsfrage« zu gewinnen suchte, erreichte der öffentliche Wohnungsbau in der DDR ein unvergleichliches Ausmaß, allerdings auf Kosten einer ruinösen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Öffentliche Eingriffe in den Wohnbereich

Die öffentliche Förderung des Wohnens hatte ihren Preis. Dies gilt nicht nur für die Kosten auf Seiten der öffentlichen Hand, sondern auch für die öffentlichen Eingriffe in das Privatleben. Diese Interventionen konnten sehr verschiedene Gestalt annehmen. In der Weimarer Republik ging der soziale Wohnungsbau mit der Erziehung zum modernen Wohnen einher. Zahlreiche Ratgeber propagierten eine Modernisierung der Haushaltsführung, schlichtes und funktionales Mobiliar und den Verzicht auf Kitsch. Damit einher gingen fest vorgegebene Grundrisse in den neuen Wohnungen, deren kleine Küchen nicht mehr als Schlaf- oder Aufenthaltsräume genutzt werden konnten.⁵⁹ »Geleitet von den Prinzipien einer zu vereinheitlichenden ›Fortschritts-Gesellschaft‹ und von

54 Vgl. Warnke, Stein gegen Stein, S. 37.

55 Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt, S. 76.

56 So urteilt Wilfried Rott: »Schleichend vollzog sich in West-Berlin eine ›Veröffentlichung‹ der Wirtschaft und Gesellschaft, die sozialistische, staatswirtschaftliche Züge besaß, wobei das städtische Engagement zum Großteil aus der Not geboren war.« Rott, Die Insel, S. 318.

57 Vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 14.

58 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 314.

59 Beispielhaft steht hierfür die so genannte »Frankfurter Küche« mit einer Fläche von nur 6 m². Ebd., S. 179.

den neuartigen Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Wissen und Macht forderten die Reformpioniere, darunter viele Architekten, ein fordistisch geprägtes, das heißt ein sozialrationalisiertes Alltagsverhalten der Menschen nicht nur im öffentlichen, sondern eben auch im privaten Raum, das schließlich mit jenem in Fabriken und Büros korrespondieren sollte.«⁶⁰ In der Weimarer Republik setzte somit eine Pädagogisierung des Wohnens ein, die sich auch in den späteren Systemen fortsetzte.

Der Nationalsozialismus etablierte die Sanierungspolitik zu einem neuartigen Steuerungsinstrument, mit dem traditionell »rote« Arbeiterquartiere beherrschbar gemacht werden sollten. So erfolgte die seit 1933 einsetzende Sanierung von innerstädtischen Wohngebieten vor allem nach Grundsätzen der »Hygienisierung« und bevölkerungspolitischen Zielsetzungen.⁶¹ Die Altstädte sollten demographisch neu geordnet werden. Hierzu dienten unter anderem Straßendurchbrüche und Blockentkernungen sowie der gewaltsame Bevölkerungsaustausch durch die Deportation von jüdischen Bewohnern.⁶² Eine unmittelbare Überwachung des privaten Wohnbereichs erfolgte durch das System der Blockwarte.⁶³ In der DDR wurde diese Form der öffentlichen Durchdringung der Privatsphäre durch die Institution des so genannten Hausvertrauensmanns fortgesetzt. Dieser trug Besucher in das Hausbuch ein, verteilte die Lebensmittelmarken, führte politische Schulungen durch und trug den staatlichen Behörden Informationen zu.⁶⁴ Mit der systematischen Überwachung zahlloser Wohnungen durch das Ministerium für Staatssicherheit erreichte die Penetration des Privatlebens in der DDR ein riesiges Ausmaß, wobei die gewonnenen Informationen in der Regel nicht öffentlich wurden, sondern der Staatsgewalt als Herrschaftswissen zum eigenen Machterhalt dienten.⁶⁵

Eine weitere Form der öffentlichen Intervention in den privaten Wohnbereich, die sich quer durch das 20. Jahrhundert zog, bildete die Wohnungszwangswirtschaft. Hierdurch sollten die Hauswirte an der Ausnutzung von Mangelsituationen gehindert und die Konsumenten

60 Vgl. von Saldern, *Stadt und Öffentlichkeit*, S. 7.

61 Am Beispiel der Berliner Innenstadt vgl. hierzu Benedikt Goebel, *Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 2003.

62 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 199-202.

63 Ebd., S. 229 f.

64 Vgl. Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 90.

65 Zur Überwachung des Wohnbereichs durch die Stasi vgl. Betts, *Within Walls*, S. 21-50.

vor unreglementierten Marktmechanismen geschützt werden.⁶⁶ Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wohnungsnot in der Weimarer Republik bildeten sich Steuerungsinstrumente wie Mieterschutzgesetze und eine öffentliche Wohnraumbewirtschaftung heraus. Eine zweite wichtige Phase der Wohnungszwangswirtschaft setzte angesichts der Zerstörung zahlreichen Wohnraums nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Mieten wurden festgesetzt, Wohnungen wurden zugewiesen und Flüchtlinge sowie Ausgebombte wurden von den Behörden zwangsweise in Privatwohnungen einquartiert.⁶⁷ Während diese Politik in der Bundesrepublik mit dem »Lücke-Plan« weitgehend abgeschafft wurde, blieben in der DDR die Grundzüge der öffentlichen Wohnraumbewirtschaftung bis zuletzt bestehen. Die Wohnungszuweisung durch die Abteilungen für Wohnungspolitik der Räte der Stadtbezirke und Kreise bildete nicht zuletzt ein zentrales herrschaftspolitisches Steuerungsinstrument zur Förderung systemloyaler Personengruppen und junger Familien.⁶⁸

Halböffentliche Räume

Die beschriebenen Wechselbeziehungen machen deutlich, dass sich Öffentlichkeit und Privatheit keinesfalls immer klar voneinander trennen lassen. Die private Wohnqualität wurde öffentlich verhandelt. Die Öffentlichkeit wiederum griff auf vielfältige Weise in das private Leben ein. Darüber hinaus gab es schließlich Räume, die sich nicht eindeutig zuordnen lassen. Diese hybriden Räume befanden sich an der Schnittstelle zwischen der Stadt als öffentlichem Raum und der Wohnung als privatem Raum. Sie lassen sich als halböffentliche bzw. halbprivate Räume bezeichnen.

Zu den halböffentlichen Räumen gehörten die Salons der bürgerlichen Wohnung. Diese Empfangsräume bildeten eine Übergangszone zwischen dem eigentlichen Privatbereich und dem Dasein in der Öffentlichkeit.⁶⁹ Hier repräsentierte sich der männliche Haushaltsvorstand, gegebenenfalls mit seiner Familie, gegenüber ausgewählten Besuchern.⁷⁰ Der Salon

66 Vgl. Karl Christian Führer, *Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960*, Stuttgart 1995, S. 393.

67 Ebd.

68 Vgl. Wilhelm Hinrichs, *Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR. Verteilungskriterien und Zugangswege*, Berlin 1992, S. 21; Grashoff, *Schwarzwohnen*, S. 13.

69 Vgl. Prost, *Geschichte des privaten Lebens*, S. 18.

70 Besonders großzügige bürgerliche Wohnungen wiesen auch Damensalons auf.

befand sich daher meist im repräsentativsten Teil der Wohnung, wurde jedoch nur überaus selten betreten. Das eigentliche Familienleben spielte sich in den hinteren Teilen der Wohnung ab, zu denen in der Regel kein Fremder Zugang erhielt.⁷¹ Um die Jahrhundertwende übernahmen auch kleinbürgerliche Milieus und Facharbeiterhaushalte diesen Standard. So beengt sie auch wohnten, leisteten sie sich zunehmend eine »gute Stube«, die sie im Alltag ebenfalls kaum nutzten. Die »gute Stube« orientierte sich an der reich dekorierten Einrichtung bürgerlicher Salons. Sie entsprach dem Wunsch nach Repräsentation, diente aber auch der Abgrenzung zur »Kultur der Armut« einfacher Arbeiterschichten.⁷²

Höfe und Hausflure bildeten Außenwohnräume mit einer lebendigen Öffentlichkeitskultur.⁷³ Zumindest in den alten Arbeiterquartieren entstand hier eine Art Quartiersöffentlichkeit, die für viele Bewohner einen stärkeren Bezugspunkt darstellte als die eigene Wohnung.⁷⁴ »Aus (den) beengten Verhältnissen heraus erwachsen intensive Kommunikationsformen, bestehend aus Hilfsbereitschaft, Nachbarschaft und Solidarität, aber auch aus Hass, Neid, Klatsch und Kontrolle.«⁷⁵ Die Quartiersöffentlichkeit sollte also nicht aus sozialromantischer Perspektive verklärt werden. Zudem war sie nur für bestimmte Personen zugänglich, die zu diesem halböffentlichen Raum gehörten. Wenn etwa Franz Hessel (1880-1941) als Flaneur durch das Weimarer Berlin das Treiben auf den Hinterhöfen erkundete, konnte er das nur an der Seite der Portiersfrau wagen.⁷⁶ An der Schnittstelle zwischen Öffentlichkeit und Privatheit fanden sich schließlich die zahlreichen Kneipen und Cafés, die für viele (meist männliche) Besucher eine Art verlängertes Wohnzimmer darstellten, in dem sie der häuslichen Enge entfliehen konnten.⁷⁷ Mit dem modernen Wohnungsbau und den Sanierungen des 20. Jahrhunderts veränderten sich jene halböffentlichen Räume. Die funktionale Zuord-

71 Klassisch hierzu die Beschreibung von Friedrich Engels aus dem Jahr 1893: »Hier in Berlin hat man das ›Berliner Zimmer‹ erfunden mit kaum einer Spur von Fenster, und darin verbringen die Berliner den größten Teil ihrer Zeit.« Zitiert in: Geist/Kürvers, Das Berliner Mietshaus, Bd. 2, S. 350.

72 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 85.

73 Vgl. von Saldern, Stadt und Öffentlichkeit, S. 9.

74 Eine besondere Form der Quartiersöffentlichkeiten bildeten die »Kinderöffentlichkeiten« der spielenden Kinder auf der Straße, die häufig eine wichtige politische Sozialisationsfunktion innehatten. Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 15 und 91.

75 Vgl. ebd., S. 75.

76 Siehe Franz Hessel, Ein Flaneur in Berlin, Berlin 1984 (original 1929), S. 8f.

77 Vgl. Prost, Geschichte des privaten Lebens, S. 117. Detaillierter zu den Kneipen siehe S. 260-275 im vorliegenden Buch.

nung wurde eindeutiger, Nachbarschaftsstrukturen wandelten sich, die Kneipendichte sank. Gleichzeitig eroberten die audiovisuellen Medien die Haushalte. Damit drang die Öffentlichkeit verstärkt ins Private, führte aber gleichzeitig zu einer weiteren Privatisierung der Familie.⁷⁸

In den folgenden Fallbeispielen sollen einzelne Aspekte der Entwicklung und des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit in Friedrichshain und Kreuzberg untersucht werden. Dabei begeben sich die Fallstudien auf die Mikroebene einzelner Straßen, Plätze, Häuser und Wohnungen. Das hat den großen Vorteil, dass konkrete Orte und Akteure in den Blick geraten und der historische Wandel langfristig untersucht werden kann. Dabei besteht bewusst keine Symmetrie zwischen den ausgewählten Straßen in Ost und West. Die Orte sollen und können zudem nicht den Anspruch erheben, repräsentativ für den jeweiligen Stadtbezirk zu stehen. Vielmehr ist die Auswahl geleitet von einzelnen Fragestellungen, Themenschwerpunkten und Quellenfunden. So wird danach gefragt, wie sich Bewohner von Friedrichshain und Kreuzberg ihre Wohnung als privaten Raum angeeignet haben und inwieweit die Wohnung als privater Rückzugsraum genutzt werden konnte. Umgekehrt wird untersucht, wie Wohnungsfragen öffentlich verhandelt wurden und die Bewohner auf öffentliche Interventionen in die Privatsphäre reagierten. Die grundlegende Fragestellung ist, wie sich der Bereich des Wohnens auf das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in Friedrichshain und Kreuzberg auswirkte und welche neuen öffentlichen und privaten Räume im Untersuchungszeitraum entstanden.

⁷⁸ Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 178 f.

Vom langen »Reifeprozess« der Mietskaserne: Die Sorauer Straße

Wie kommt es, dass ausgerechnet das bauliche Ensemble der Berliner Mietskaserne seit den 1970er Jahren zu einem Laboratorium neuer Öffentlichkeiten und privater Lebensstile wurde und dadurch eine »urbane Renaissance« erfuhr, die in der gegenwärtigen Gentrifizierung zahlreicher Berliner Altbauviertel gipfelt? Dieser Frage soll im Folgenden am Beispiel der Sorauer Straße in Berlin-Kreuzberg nachgegangen werden.¹ In mehreren quellenbasierten Zeitschnitten, die die Entstehungsgeschichte, das Wohnungselend und schließlich den starken Wandel der Wohnkultur seit den 1970er Jahren untersuchen, wird der Versuch unternommen, eine ausschnittshafte Straßenbiographie zu erzählen.

Private Interessen: Zur baulichen Erschließung der Sorauer Straße

Die Sorauer Straße liegt im östlichen Kreuzberg, der ehemaligen äußeren Luisenstadt jenseits des Luisenstädtischen Kanals. Sie ist auf den ersten Blick eine recht gewöhnliche Straße aus der Gründerzeit, aber sie ist außergewöhnlich gut dokumentiert. Dies beginnt schon mit der Baugeschichte. 1871/72 erwarb der gelernte Handschuhmacher Emil Paul Haberkern (1837-ca. 1916) mehrere zusammenhängende Parzellen von zusammen mehr als fünf Hektar Größe im Gebiet zwischen dem 1868 eröffneten Görlitzer Bahnhof und der 1867 bis 1869 abgetragenen Akzissiemauer.² Es war sein Plan, als Bauunternehmer im großen Stil am Bauboom infolge der Reichsgründung teilzuhaben. Zu diesem Zweck plante er vor allem kleinere Wohnungen, da diese in der Zeit des massenhaften

1 Das nachfolgende Kapitel basiert in Teilen auf: Hanno Hochmuth, Vom langen Wandel der Mietskaserne. Öffentlichkeit und Privatheit in Berlin-Kreuzberg, in: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte/Annuaire suisse d'histoire économique et sociale 28 (2014), S. 239-258.

2 Vgl. Hartwig Schmidt, Haberkerns Hof. Berliner Mietskasernenbau 1872-1875, in: Gerd Peschken/Dieter Radicke/Tilman J. Heinisch (Hg.), Festschrift für Ernst Heinrich, dem Bauforscher, Baugeschichtler und Hochschullehrer zum 75. Geburtstag dargebracht, Berlin 1974, S. 75-111, hier S. 81-86; Raimund Thörnig, Mietskasernenbau in SO 36. Beispiel: »Haberkerns Hof«, in: Verein SO 36 (Hg.), »... außer man tut es! Kreuzberg – abgeschrieben – auferstanden, Bd. 1, Berlin 1989, S. 10 f.

Zustroms einfacher Leute, die in der neugegründeten Reichshauptstadt nach Arbeit suchten, am meisten Profit versprochen.

Das Problem war nur, dass die Baublöcke aufgrund des gültigen Straßenplanes – also des Hobrechtplans von 1862 – ausgesprochen groß waren. Die Parzellen waren fast 200 Meter tief und ließen sich somit nur schlecht für den Wohnungsbau verwerten, ohne eine Vielzahl von Hinterhöfen anzulegen.³ Haberkern versuchte, dieses Problem durch eine *private* Erschließungsstraße in der Mitte des Baublocks zu lösen. Durch diese Maßnahme hätte er unter Preisgabe eines neuen Straßenstreifens immerhin 27 neue Parzellen gewonnen, die alle groß genug für den Bau von Vorder- und Hinterhäusern gewesen wären. Das Königliche Polizeipräsidium lehnte den Bau einer Privatstraße jedoch prinzipiell ab und schlug stattdessen die Anlage einer zusätzlichen *öffentlichen* Straße vor. Dies konnte sich Haberkern jedoch nicht leisten, da er in diesem Falle für die Regulierung, Pflasterung und Entwässerung sowie für den Unterhalt der Straße während der ersten fünf Jahre hätte aufkommen müssen. Das überstieg deutlich seine finanziellen Mittel.

Zwischenzeitlich hatte Haberkern indes erste Fakten geschaffen und bereits mit dem Bau eines über 90 m langen Quergebäudes begonnen, das auf die noch zu errichtende Erschließungsstraße ausgerichtet war. Da das Quergebäude jedoch inmitten des Blocks lag und keinen direkten Zugang zu einer öffentlichen Straße besaß, wurde der angefangene Bau durch das Polizeipräsidium gestoppt. Das brachte Haberkern in eine missliche Lage. Verzweifelt wandte er sich ans Preußische Handelsministerium sowie an das Innenministerium. Doch auch diese verwiesen ihn auf die gültige Bauordnung von 1853, die aus brandpolizeilichen Gründen einen direkten Straßenzugang verlangte.⁴ Es ging also nicht um die Lebensbedingungen der Bewohner, sondern um den Feuerschutz.

Mit einem Trick gelang es Haberkern schließlich doch noch, sein Quergebäude weiterzubauen: Er deklarierte das Quergebäude als verlängerten »Seitenflügel« der rechtwinklig angrenzenden Görlitzer Straße, von der es somit erschlossen werden konnte. Das Polizeipräsidium gab nach und genehmigte im Mai 1873 den Bau gleich mehrerer »Seitenflügel« von über 100 Metern Länge, die in ihrer Gleichförmigkeit zu den

3 Ein klassisches Beispiel hierfür bildete »Meyer's Hof« in der Ackerstraße 132, wo insgesamt sechs Quergebäude hintereinander angelegt wurden, die durch Höfe und Durchfahrten miteinander verbunden wurden. Vgl. Geist/Kürvers, Das Berliner Mietshaus, Bd. 2.

4 Vgl. Schmidt, Haberkerns Hof, S. 91-95. Das baupolizeilich geforderte Mindestmaß der Höfe maß 5,34 m im Quadrat, was das Wenden einer Feuerspritze ermöglichen sollte.

VOM LANGEN »REIFEPROZESS« DER MIETSKASERNE

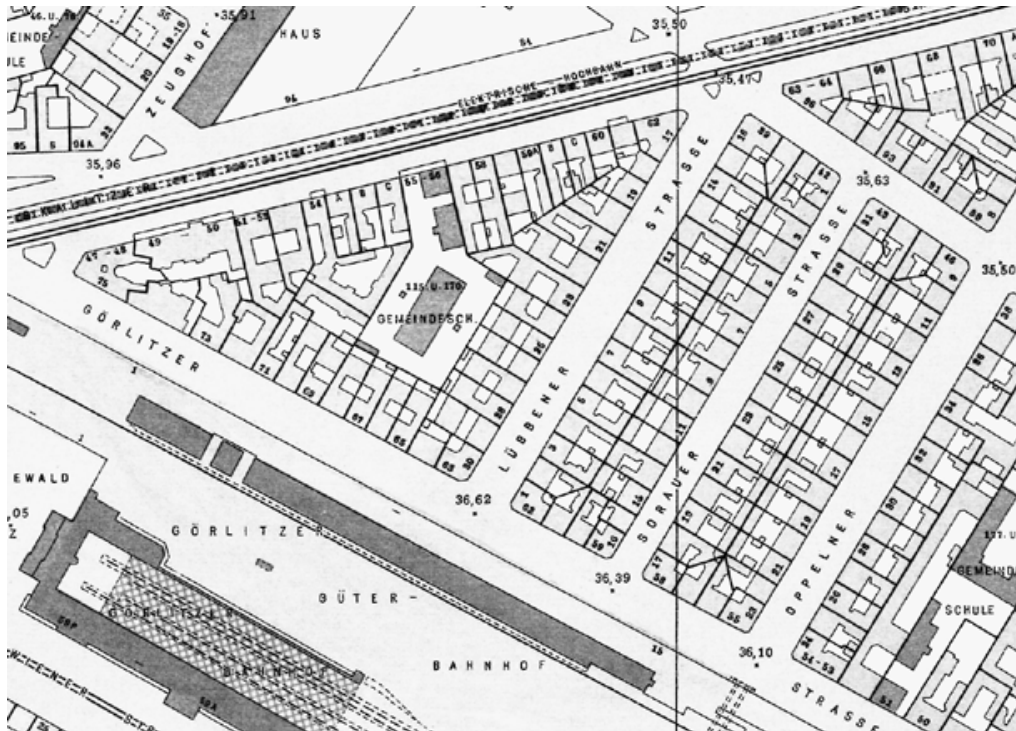


Abb. 1: Straubes Übersichtsplan von Berlin 1910 (Ausschnitt)

konsequentesten Umsetzungen der Berliner Mietskaserne gehören. Es entstanden insgesamt 230 nahezu identische Einzimmerwohnungen mit Stube und Küche, die jeweils 37 Quadratmeter groß waren.⁵ Schon im November desselben Jahres wurden die ersten Wohnungen bezogen. Doch zum selben Zeitpunkt musste Haberkern den größten Teil seines Bauerrains an die Rheinische Baugesellschaft verkaufen, nachdem er wie viele Bauunternehmer in den »Gründerkrach« von 1873 hineingezogen worden war.⁶ Der neue Eigentümer war hingegen liquide genug, um sogleich die Anlegung der zuvor geforderten öffentlichen Verbindungsstraße zu beantragen und die üblichen Auflagen hierfür zu übernehmen. Im September 1874 erhielt die neue Straße den Namen Sorauer Straße.⁷ Dabei bezog sich der Name, wie bei den umliegenden Straßen auch, auf die schlesische Heimat vieler Bewohner in dieser Gegend. Damit war die Straße jedoch noch nicht fertiggestellt. Die Vorderhäuser der Sorauer Straße wurden aufgrund der zwischenzeitlichen Baukrise erst in

⁵ Vgl. ebd., S. 95.

⁶ Gleichwohl setzte Haberkern seine Bautätigkeit in der Umgebung fort. Zwischen 1872 und 1875 baute er im Gebiet östlich des Görlitzer Bahnhofs insgesamt 75 Häuser; 43 Vorderhäuser, davon 14 mit Seitenflügel, und 32 Hinterhäuser. Vgl. Thörnig, Mietskasernenbau in SO 36, S. II.

⁷ Vgl. Schmidt, Haberkerns Hof, S. 100-102.

den Jahren 1880 bis 1884 errichtet.⁸ Im Gegensatz zu der üblichen sozialräumlichen Differenzierung innerhalb des Berliner Mietshauses wiesen die Vorderhäuser der Sorauer Straße keinen gehobeneren Standard auf. In ihrer äußerst bescheidenen Ausführung mit bis zu vier Stube-Küche-Wohnungen pro Etage unterschieden sie sich kaum von den zehn Jahre zuvor errichteten Haberkernschen Hinterhäusern, die nunmehr vom lang gezogenen »Seitenflügel« wieder zu echten Quergebäuden geworden waren.⁹ Die beiden Blöcke diesseits und jenseits der Sorauer Straße waren damit baulich in einer Weise erschlossen, die durch maximale Wohnungsdichte maximalen Profit versprach. Die Sorauer Straße wurde zu einem typischen Beispiel für das »steinerne Berlin« (Abb. 1).

Begrenzte Privatheit:

Die Untersuchung der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission

Die enge Bebauung bewog im Jahre 1893 die Berliner Arbeiter-Sanitätskommission dazu, die Sorauer Straße als Gegenstand für ihre Pionierstudie zu den Berliner Wohnungsverhältnissen auszuwählen.¹⁰ Dabei bewerteten die Betreiber der Studie die Sorauer Straße sogar als »eine bessere, nach neuer Bauordnung gebaute Arbeiterstraße«, um »den Vorwurf der tendenziösen Erhebung unmöglich zu machen«.¹¹ Vorbild für die Untersuchung war Karl Büchers (1847-1930) Wohnungsenquête in der Stadt Basel aus dem Jahre 1889.¹² Den konkreten Anlass bildete die Cholera-Epidemie, die 1892 in Hamburg ausgebrochen war, was u. a. auf

8 Dass die Hinterhäuser in der Sorauer Straße früher entstanden sind als die Vorderhäuser und im Volksmund spöttisch »Mücken« genannt wurden, wurde bereits 1927 als Kuriosität festgehalten. Siehe Fritz Kirchhoff, Rund um das Schlesische Tor. Ein Spaziergang vor sechzig Jahren, in: Katharina Altmann u. a. (Hg.), Die Luisenstadt. Ein Heimatbuch, Berlin u. a. 1927, S. 68-72, hier S. 72.

9 Vgl. Schmidt, Haberkerns Hof, S. 109.

10 Adolf Braun, Berliner Wohnungsverhältnisse. Denkschrift der Berliner-Arbeiter-Sanitätskommission, Berlin 1893.

11 Ebd., S. 45.

12 Siehe Karl Bücher, Die Wohnungsenquête in der Stadt Basel vom 1. bis zum 19. Februar 1889, Basel 1891. Vgl. hierzu Barbara Koller, »Gesundes Wohnen«. Ein Konstrukt zur Vermittlung bürgerlicher Werte und Verhaltensnormen und seine praktische Umsetzung in der Deutschschweiz 1880-1940, Zürich 1995; Dies., Die Bedeutung der Wohnungsensquenzen bei der Institutionalisierung der städtischen Wohnungsaufsicht in der Schweiz, in: Hansjörg Siegenthaler (Hg.), Wissenschaft und Wohlfahrt. Moderne Wissenschaft und ihre Träger in der Formation des schweizerischen Wohlfahrtsstaates während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Zürich 1997, S. 175-202.

die katastrophalen Wohnverhältnisse in der Hansestadt zurückgeführt wurde.¹³ Angesichts der weit verbreiteten Furcht, die Seuche könnte auch Berlin erreichen, wollte die sozialdemokratisch ausgerichtete Arbeiter-Sanitätskommission darauf aufmerksam machen, dass die Berliner Wohnverhältnisse nicht minder problematisch waren. Hierfür führte sie am Sonntag, dem 26. Februar 1893, eine aufwendige Erhebung durch, in der die Wohnverhältnisse in 783 von insgesamt 805 Wohnungen in der Sorauer Straße ermittelt werden konnten. Die Ergebnisse wurden in einer Publikation des Berliner Sozialdemokraten Adolf Braun (1862-1929) festgehalten und eingehend erläutert.¹⁴

Demnach wohnten in den 31 Häusern der 225 m langen Sorauer Straße damals nicht weniger als 3383 Menschen. Die meisten von ihnen lebten in einer der insgesamt 665 Stube-Küche-Wohnungen, für die sie eine Jahresmiete von durchschnittlich 225-250 Mark aufbringen mussten. In diesen Stube-Küche-Wohnungen ergab sich eine wesentlich höhere Belegungsdichte als in den wenigen geräumigeren Wohnungen. So musste in der Regel auch die Küche als Schlafraum genutzt werden. In 30 Prozent der Wohnungen fanden sich überdies Schlafgänger, wobei diese überwiegend in den ohnehin beengten Wohnungen anzutreffen waren und sich die Betten in zwei von drei Fällen mit Kindern teilen mussten.¹⁵ Bei etwa einem Viertel der Wohnungen kamen auf ein Klosett mehr als zehn Personen. Zudem wurde festgestellt, dass den Bewohnern der Sorauer Straße in 70 Prozent der Wohnungen weniger Kubikmeter Raum zur Verfügung standen als den Insassen in Berlin-Plötzensee, deren Gefängniszellen mindestens 28 m³ aufweisen mussten.¹⁶

Die sozialdemokratische Studie endet mit dem Appell für eine umfassende Wohnungsuntersuchung und einem Plädoyer für eine Verbesserung der Wohnungssituation, wozu es freilich einer anderen Wirtschaftsordnung bedürfe.¹⁷ Dabei prangert die Studie angesichts der grassierenden Seuchengefahr in erster Linie die mangelnde Hygiene in den proletarischen Wohnverhältnissen an. Am Rande thematisiert die

13 Zur Cholera-Epidemie in Hamburg vgl. Richard J. Evans, *Death in Hamburg, Society and Politics in the Cholera Years 1830-1910*, London 1987, S. 285-402.

14 Siehe hierzu wie auch im folgenden Braun, *Berliner Wohnungsverhältnisse*, S. 48-61.

15 Zum Schlafgängerwesen vgl. Teuteberg/Wischermann, *Wohnalltag in Deutschland*, S. 246 f.

16 Außerdem enthält die Studie der Arbeiter-Sanitätskommission noch Angaben zur Raumhöhe, über die bisherige Verweildauer in der Wohnung, die Entfernung zum Arbeitsplatz sowie über eklatante Wohnungsmängel, die von den Befragten deutlich gemacht wurden.

17 Siehe Braun, *Berliner Wohnungsverhältnisse*, S. 69.

Studie jedoch auch die durch das Wohnungselend begrenzte Privatheit. Insbesondere der Vergleich mit den Gefängniszellen von Plötzensee lässt sich als kritischer Verweis auf die limitierte Privatsphäre in der Sorauer Straße lesen. Bei einer solchen Interpretation ist allerdings Vorsicht geboten. Zum einen ist das Recht auf Privatheit eine normative Kategorie, die erst im 20. Jahrhundert formuliert wurde.¹⁸ Zum anderen zielten die deutsche Sozialdemokratie und die ihr nahestehende Arbeiter-Sanitätskommission stärker auf die Ausbildung einer kritischen proletarischen Gegenöffentlichkeit als auf die Entfaltung von Privatheit. Die Wohnungsfrage galt nur als Nebeneffekt der kapitalistischen Gesellschaft.¹⁹ So ging es den Herausgebern der Studie nicht vorrangig um die Privatsphäre der Bewohner der Sorauer Straße. Im Text heißt es lediglich, es verstehe sich von selbst, dass Schlafburschen »selbst bei größter Rücksichtnahme in beschränkten Wohnungen störend und beengend auf die Häuslichkeit einwirken«.²⁰ Die Studie der Arbeiter-Sanitätskommission verrät insofern wenig über das zeitgenössische Verständnis von Privatheit, erlaubt jedoch einen Einblick in die privaten Wohnverhältnisse, wie sie 1893 nicht nur in der Sorauer Straße herrschten.

Die Studie der Arbeiter-Sanitätskommission gibt auch darüber Auskunft, wer 1893 in der Sorauer Straße wohnte. Auf den Fragekarten wurden 771 Berufsangaben gemacht: Es dominierten 259 Arbeiter, gefolgt von 70 Tischlern, 37 Maurern, 24 Schlossern, 16 Schuhmachern, 15 Zimmerleuten – also neben zahlreichen wohl meist ungelerten Arbeitern auch viele traditionelle Handwerkerberufe.²¹ Das entspricht der kleinbürgerlich-proletarischen Sozialstruktur der Luisenstadt um die Jahrhundertwende.²² Die Zahlen der Arbeiter-Sanitätskommission können durch Angaben der Berliner Adressbücher ergänzt werden.²³

18 Vgl. Betts, *Within Walls*, S. 7.

19 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 109.

20 Braun, *Berliner Wohnungsverhältnisse*, S. 54.

21 Ebd., S. 49.

22 Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XVIII.

23 Vgl. <http://www.zlb.de/besondere-angebote/berliner-adressbuecher.html> (14.4.2016). Nicht nur für Genealogen, die über das alphabetische Einwohnerverzeichnis Familiengeschichten rekonstruieren können, sind die Berliner Adressbücher eine hervorragende und vielfach genutzte Quelle, sondern auch für Sozialhistoriker, die über die Berufsangaben hinter den Namenseinträgen im Straßenverzeichnis Aufschlüsse über die Bevölkerungsdichte und die Sozialstruktur der jeweiligen Straße erhalten. Gleichwohl müssen auch für die scheinbar vollständigen und objektiven Einträge in den Adressbüchern verschiedene Einschränkungen geltend gemacht werden. Zunächst einmal gehorchen die Adressbücher nicht wissenschaftlichen Kriterien, sondern wurden lediglich als Gebrauchslektüre herausgegeben, um Personen und Institutionen in der Millionenstadt leichter auffindig zu machen.

Auf Grundlage einer stichprobenartigen Längsschnittanalyse der Adressbucheinträge in den Jahren 1893, 1908, 1923 und 1938 lässt sich eine deutliche Tendenz ablesen: Offenbar stieg die Zahl der Mietparteien in der Sorauer Straße bis Mitte des 20. Jahrhunderts kontinuierlich an.²⁴ Im Adressbuch von 1938 lassen sich mit Abstand die meisten Einträge finden. Das lässt sich nicht nur auf den Anstieg der Haushalte und das gleichzeitige Sinken der durchschnittlichen Haushaltsgröße der stärker urbanisierten Bewohner zurückführen.²⁵ Die entscheidende Ursache für den Bewohneranstieg dürfte darin zu suchen sein, dass die Vermieter die ohnehin schon klein geschnittenen Wohnungen in noch kleinere Wohneinheiten geteilt haben, sei es, weil sie für die größeren Wohnungen in dieser Gegend nicht genügend zahlungskräftige Mieter fanden oder weil sie sich durch eine vergrößerte Zahl an Kleinstwohnungen mehr Profit versprachen. Auch für die Sorauer Straße gilt, dass die Wohnungsdichte im Berliner Osten ihren Höhepunkt erst in den 1920er und 1930er Jahren erreichte.²⁶

Dass die Sorauer Straße im ersten Jahrhundertdrittel ein Massenquartier für Wohnungssuchende wurde, legt noch eine andere Beobachtung nahe, die sich in den Adressbüchern machen lässt. Während die Zahl der Mietparteien stieg, verringerte sich die Zahl der eingetragenen Gewerbebetriebe in der Straße deutlich. Gab es 1893 noch in fast jedem Haus einen Laden, so verzeichnen die späteren Adressbücher nur noch vereinzelt Gewerbeeinheiten. Offenbar hatten die Hauseigentümer auch die ursprünglichen Gewerbeflächen in Wohnungen aufgeteilt. Die Sorauer Straße war also gerade kein Beispiel für die später so genannte »Kreuzberger Mischung« von Wohnen und Gewerbe innerhalb desselben Gebäudekomplexes. Vielmehr war die Sorauer Straße zu Beginn des

Zudem wurden grundsätzlich nicht alle Bewohner einer Straße in den Adressbüchern geführt. Erfasst wurden weder Familienangehörige, noch Hausangestellte, Untermieter und Schlafgänger. Lediglich die zumeist männlichen Haushaltsvorstände erscheinen in den Adressbüchern. Wenn man nun die Adressbucheinträge von 1893 zu allen 31 Häusern der Sorauer Straße zusammenzählt, ergibt sich die Zahl von lediglich 212 Mietern, also im Durchschnitt gerade einmal knapp sieben Mietparteien pro Haus. Dieser Wert steht in Kontrast zu der genannten Zahl von 805 Mietparteien, die die Arbeiter-Sanitätskommission im gleichen Jahr in der Sorauer Straße ermittelt hat.

24 Demnach stieg die Zahl der aufgelisteten Mietparteien in der Sorauer Straße bereits zum Jahre 1908 auf 602 Adressbucheinträge. 15 Jahre später waren es dann 692 Einträge, 1938 schließlich 766 Einträge. Das bezieht sich wohlgerneht auf die Zahl der Haushalte und nicht auf die Gesamtbewohnerschaft, die deutlich höher angesetzt werden muss.

25 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 127.

26 Vgl. Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XXII.

20. Jahrhunderts eine äußerst dicht besiedelte Wohnstraße, in der fast jeder Laden, jedes Dachgeschoss und jeder Keller bewohnt waren.

Das Private wird öffentlich: Die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse

Aus einer Kellerwohnung der Sorauer Straße stammt auch ein vielfach reproduziertes Foto von 1908, das in der Zeitschrift der Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker (dem historischen Vorläufer der Allgemeinen Ortskrankenkasse – AOK) veröffentlicht wurde, um aus Sicht der Krankenkasse den Zusammenhang von Wohnverhältnissen und Krankheit deutlich zu machen.²⁷ Wie schon bei der Untersuchung der Arbeiter-Sanitätskommission 15 Jahre zuvor handelte es sich also um den Fall einer öffentlichen Problematisierung des privaten Wohnungselends. Die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse zielte auf die »Beseitigung des Kasernensystems mit seinen gesundheitlichen, sozialen und moralischen Schädigungen, weil wir die Mietskasernen an sich als unhygienisch und unsanitär betrachten und durch sie der Verbreitung der Infektionskrankheiten bei dem unvermeidlichen Zusammenkommen vieler Menschen Tür und Tor offen stehen«.²⁸ Auch der Krankenkasse ging es also vor allem um die Hygiene, wobei die Grenze zwischen dem Aufdecken von Missständen und der Beratung und Kontrolle der Bewohner stets fließend war.²⁹ Doch steckte in der regelmäßig von der Wohnungs-Enquete erhobenen Forderung, jeder Person solle ein eigenes Bett zur Verfügung stehen, auch ein Plädoyer für mehr Privatheit. Dies war der Krankenkasse nicht zuletzt deshalb wichtig, weil eine privatere Schlafsituation eine kontrolliertere Sexualität versprach.³⁰

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, veröffentlichte die Ortskrankenkasse von 1902 bis 1920 umfangreiches statistisches Material über den Zusammenhang von Wohnungselend und Krankheit. Ergänzt wurden diese durch die Schilderungen einiger besonders drastischer

27 Vgl. Geist/Kürvers, *Das Berliner Mietshaus*, Bd. 2, S. 452-466.

28 *Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1909*. Im Auftrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, bearbeitet von Albert Kohn, Berlin 1910, S. 4.

29 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 425.

30 Vgl. Teuteberg/Wischermann, *Wohnalltag in Deutschland*, S. 247.

Fälle, die mehrfach auch aus der Sorauer Straße stammten.³¹ Seit 1904 wurden der Zeitschrift zudem großformatige Fotos beigelegt, die das Wohnungselend illustrieren sollten. Hierfür beauftragte die Ortskrankenkasse das Fotostudio Heinrich Lichte & Co., das erkrankte Kassenmitglieder aufsuchte und in ihrer Wohnung fotografierte.³² Dabei stellten die sorgsam inszenierten Fotos immer auch eine gewisse Verletzung der Privatsphäre dar. Zugleich bieten sie jedoch einzigartige Einblicke in die privaten Räume städtischer Unterschichten, die nur auf diese Weise bildhaft überliefert sind.

Das ausgewählte Foto (Abb. 2) wurde 1908 in einer Kellerwohnung in der Sorauer Straße 27 aufgenommen.³³ Es handelte sich um eine typische Stube-Küche-Wohnung. Zu sehen ist ein kleiner Raum (ein weiteres Foto zeigt noch die kleine Küche). An den Wänden und an der Decke lassen sich dunkle Flächen ausmachen; die Wohnung ist vollkommen verräuchert, wie die knappe Bilderläuterung der Ortskrankenkasse erklärt. Das Mobiliar ist einfache Massenware und reduziert den Raum auf einen schmalen Durchgang. Auf der linken Bildseite steht ein einzelnes Bett (in der Küche steht ein weiteres). Eine Truhe und das dunkle Fenster sind mit Spitze dekoriert. Die beiden hervorstehenden Hirschköpfe an der Wand dienen der individuellen Aneignung der Wohnung und verraten einen kleinbürgerlichen Geschmack.³⁴ Dazu passt der Umstand,

31 So beschrieb die Wohnungs-Enquete aus dem Jahre 1909 eine Kellerwohnung in der Sorauer Str. 29: »Die aus sechs Personen bestehende Familie bewohnt eine Stube und eine Küche. Die Höhe der Räume beträgt 2,50 Meter, davon liegt 1,50 Meter unter der Erde. Der Blick durch die Fenster fällt auf eine trostlose Mauer, auch sind nur wenige Quadratmeter Licht sichtbar. An Möbeln war in der Stube nur ein Kinderwagen und ein Tisch vorhanden, die Betten lagen lose auf der Erde; Bettgestelle waren nicht vorhanden, ebenso fehlten alle Küchenmöbel.« Aus: Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1909, S. 45.

32 Sämtliche Fotos sind abgebildet in: Gesine Asmus (Hg.), Hinterhof, Keller und Mansarde. Einblicke in das Berliner Wohnungselend 1901-1920. Die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, Reinbek bei Hamburg 1982.

33 Das Foto befindet sich im Anhang von: Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1908. Im Auftrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, bearbeitet von Albert Kohn, Berlin 1909. Von dieser 2,60 Meter hohen Kellerwohnung befanden sich 1,95 Meter unter dem Straßenniveau, was auf die besondere Baugeschichte der Sorauer Straße zurückzuführen ist. Das Bodenniveau der Straße lag zwei Meter oberhalb der zuerst entstandenen Hinterhäuser. Daher musste das Gelände aufgeschüttet werden, und die ehemaligen Parterrewohnungen der Haberkernschen Hinterhäuser wurden zu dunklen Kellerwohnungen. Vgl. Gerischer/Jablonka, Geschichte von Orten im Wrangelkiez, S. 14f.

34 Vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 25.



Blitzlicht-Aufnahme

Heinr. Lichte & Co., Phot., Berlin SW 48

Sorauer Straße 27

Kellerwohnung. Durch eine alte, schlechte Tür gelangt man in die dürftig möblierte Wohnung. Die getünchten Wände dieser Stube sind vollständig verräuchert. Raumhöhe 2,60 m, wovon 1,95 m unter dem Straßen-Niveau liegen. Fensterhöhe 1,15 m.

Abb. 2: Kellerwohnung in der Sorauer Straße 27 (1908), Foto: Heinrich Lichte

dass die meisten Mitglieder der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker dem kleinbürgerlichen Milieu angehörten, was wohl auch für das erkrankte Kassenmitglied aus der Sorauer Straße gilt, das zusammen mit seiner Frau auf diesem Foto festgehalten wurde.

Das Paar befindet sich im Bildhintergrund. Der Mann liegt im Bett und hält sich die Hand an den Mund. Dies mag für die zeitgenössische Fotografiepraxis ungewöhnlich wirken, bildet jedoch genau die Intention der Krankenkasse, dessen Fotograf die Krankheit des Kassenmitgliedes vor dem prekären Wohnumfeld inszenieren sollte. Auch deshalb blieb der Mann vermutlich im Bett liegen. Die Frau weist ebenfalls ein körperliches Leiden auf. Ihre rechte Hand ist notdürftig verbunden und wird demonstrativ nach oben gehalten. Ihr Arbeitsrock und das Kopftuch mögen als Indiz für eine ländliche Herkunft dienen, machen jedoch vor allem deutlich, dass die private Wohnung der Frau als Arbeitsplatz

diente.³⁵ Ihre Schürze weist deutlich Arbeitsspuren auf und erscheint wenig repräsentabel, während die sorgsam in Szene gerückte Schiebermütze und die am Schrank aufgehängte Lederjacke des Mannes *ihn* als den öffentlichen Repräsentanten innerhalb der ehelichen Gemeinschaft identifizieren.

Das Bild lässt sich also nicht nur als fotografische Inszenierung des zeitgenössischen Wohnungselends lesen. Es ist zugleich ein bildhaftes Zeugnis für das damalige Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit, das sich in der Rollenverteilung von Mann und Frau zeigt. Auch wenn der Mann krank ist, behält er für den Fotografen selbst im Bett die Ausgehweste an, während die Frau neben der Pflege des Kranken die häusliche Tätigkeit im privaten Bereich übernimmt.³⁶ Diese traditionelle Geschlechtskodierung von Öffentlichkeit und Privatheit wurde auf dem Bild in Szene gesetzt, und zwar vermutlich von den Eheleuten selbst, denen es trotz ihrer misslichen Lage um die Wahrung des öffentlichen Selbstbildes ging. Der Besuch des Fotografen, der mit seinem Magnesiumblitzlicht die eigenen vier Wände für einen kurzen Moment aus der Dunkelheit holte und an die Öffentlichkeit brachte, war für die beiden Bewohner sicher eine Ausnahmesituation, die sie jedoch nicht vollkommen unvorbereitet traf. Selbst ihre äußerst private Wohnsituation wies durchaus halböffentliche Elemente auf, die nach außen repräsentieren sollten. Das Dekor der Wohnung enthielt Zugeständnisse an den Geschmack der Nachbarn, Bekannten und Verwandten. Es ging um das bürgerliche Verständnis von öffentlicher Repräsentation im Privaten, das trotz aller Not sorgfältig imitiert wurde.³⁷

Abgesehen von den öffentlichen Interventionen der Arbeiter-Sanitätskommission und der Wohnungs-Enquete und den Spuren, die diese hinterlassen haben, fällt es nicht leicht, zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Sorauer Straße Formen von Öffentlichkeit zu identifizieren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es sie nicht gegeben hat. Vielmehr dürfte es wie in anderen Vierteln des Berliner Ostens auch in der Sorauer Straße

35 Vor allem für Arbeiterfrauen galt, dass die inner- und außerhäuslichen Arbeitsleistungen die Basis der familiären »Notökonomie« bildeten und den Zusammenhalt der Familie garantierten, die dessen ungeachtet jedoch hierarchisch-patriarchalisch organisiert war. Vgl. hierzu Karen Hagemann, *Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990, S. 43.

36 Vgl. Beier, *Leben in der Mietskaserne*, S. 251.

37 Das war der typisch kleinbürgerliche Lebensentwurf, der sich deutlich von der proletarischen Wohnkultur unterschied. Diese verzichtete weitgehend auf die häusliche Statusinszenierung nach außen, wobei auch hier die Grenzen fließend waren. Ebd., S. 244 u. 249.

regelmäßig Hoffeste der Mieter gegeben haben.³⁸ Allerdings bildeten diese eher halböffentliche Räume, in die kein Fremder ohne weiteres eindringen konnte. Die sozialen Milieus blieben recht stark unter sich. Eine Durchdringung gab es nur an spezifischen öffentlichen Orten, vor allem im Rahmen des »Kiezvergnügens«.³⁹

Öffentliche Privatheit: Die Fotoserie von Horst Luedeking

Im Gegensatz zu weiten Teilen Kreuzbergs wurde die Sorauer Straße im Zweiten Weltkrieg kaum zerstört. Wie viele Straßen wurde sie in der Nachkriegszeit jedoch dem Verfall überlassen und sollte perspektivisch durch einen großflächigen sozialen Wohnungsbau ersetzt werden. Bis dahin unterblieben oft selbst die nötigsten Modernisierungen. Die Situation verschärfte sich, als 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde und insbesondere der Osten Kreuzbergs endgültig ins Abseits geriet. Ökonomische Verwertungsinteressen spielten einstweilen nur noch eine nachrangige Rolle. Bis zur geplanten Sanierung, die zunächst einen vollständigen Abriss bedeutete, waren nur noch Zwischennutzungen vorgesehen.

Wer diese Zwischennutzer waren, zeigen die Aufnahmen, die der Fotograf Horst Luedeking (geb. 1949) von Bewohnern der Sorauer Straße machte (Abb. 3-5). Luedeking studierte zu diesem Zeitpunkt an der Essener Folkwang-Schule und kam nach Kreuzberg, um im Rahmen eines Studienprojekts eine Fotoreportage zu machen. Einer seiner Freunde wohnte in der Sorauer Straße 13.⁴⁰ Hier machte Luedeking 1971 insgesamt 25 großformatige Bilder von den damaligen Bewohnern, die er vor dem Hintergrund ihrer Wohnungseinrichtung fotografierte.⁴¹ Damit griff er nicht die ähnlich anmutenden Fotos der Wohnungs-Enquete auf, die erst Anfang der 1980er wiederentdeckt wurden, sondern schloss an eine Bildtradition an, die bis auf die bürgerlichen Familienporträts des

38 Siehe Mielitz, *Eine soziale Studie über den Osten Berlins*, S. 20; Brust, *Koppenstraße 60*, S. 52.

39 Zum »Kiezvergnügen« siehe S. 260-274.

40 1984 gewann Horst Luedeking einen weiteren Fotowettbewerb des Kunstamts Kreuzberg. Er hat jedoch nie in Kreuzberg gelebt. Vgl. Ellen Röhner/Erik Steffen (Hg.), *Stillstand und Bewegung. Menschen in Kreuzberg. Fotografien aus den 70ern und 80ern*, Berlin 2012.

41 Die Fotos sind im Besitz des Archivs des Museums Friedrichshain-Kreuzberg: FHXB Fotoserie Horst Luedeking. Sie sind teilweise abgebildet in: Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 130 f.

VOM LANGEN »REIFEPROZESS« DER MIETSKASERNE



ÖFFENTLICHE PRIVATHEIT



Abb. 3-5: Bewohner der Sorauer Straße 13 (1971), Fotos: Horst Luedeking

Biedermeier zurück geht.⁴² August Sanders (1876-1964) Fotoserie »Menschen des 20. Jahrhunderts« etablierte in den 1920er Jahren das fotografische Portrait, bei dem namentlich nicht gekennzeichnete Personen nach ihrer gesellschaftlichen Stellung, Berufszugehörigkeit und ihrem Lebensraum typisiert wurden.⁴³ In den 1970er und 1980er Jahren experimentierten zahlreiche Fotokünstler in Ost und West mit diesem Genre und

42 Vgl. Betts, *Within Walls*, S. 210.

43 Vgl. Agneta Jilek, *Dokumentarische Fotografie und visuelle Soziologie*. Christian Borcherts »Familienporträts« aus der DDR der 1980er-Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10 (2013) H. 2, S. 321-330, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jilek-2-2013>. Speziell zu August Sander vgl. Gabriele Conrath-Scholl/Susanne Lange, »Einen Spiegel der Zeit schaffen«. August Sanders »Menschen des 20. Jahrhunderts«, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004) H. 1, S. 271-278, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2004/id=4436>.

suchten in den Wohnungen nach Reflexionen ihrer Bewohner.⁴⁴ Dabei überwog meist ein soziologischer Blick.⁴⁵ So auch bei Horst Luedeking.

Luedekings Bilder zeigen – pointiert gesagt – Alte, Alternative und Ausländer, also die drei prekären »A«, die seit den 1960er Jahren die Sozialstruktur Kreuzbergs dominierten, nachdem immer mehr Facharbeiter und Betriebe den Bezirk verlassen hatten.⁴⁶ Dies belegt auch eine zeitgenössische Untersuchung des Instituts für Wohnungsbau und Stadtteilplanung der Technischen Universität Berlin, in der es heißt: »Hauptsächlich leben in diesem Gebiet alte Menschen, kinderreiche und einkommensschwache Familien, darunter ein großer Teil Ausländer, Alleinstehende, Studenten, besondere Problemgruppen wie Haftentlassene und Familien aus Obdachlosenheimen.«⁴⁷ Übrig geblieben waren die alten Bewohner wie in Abb. 3, die aufgrund ihrer eingeschränkten Mittel und Mobilität nicht mehr wegziehen konnten oder wollten. Hinzu kamen vornehmlich junge Menschen aus Westdeutschland, die in erster Linie an günstigem Wohnraum interessiert waren, und schließlich zahlreiche Arbeitsmigranten aus Süd- und Südosteuropa, die auf Grundlage entsprechender Anwerbeabkommen nach West-Berlin kamen, um dort nach dem Mauerbau den schlagartigen Verlust der Arbeitskräfte aus Ost-Berlin zu kompensieren. Auch diese neuen, zumeist türkischen Bewohner kamen vor allem wegen des freistehenden und bezahlbaren Wohnraums nach Kreuzberg und galten vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Einwanderungspolitik allenfalls als temporäre Mieter. Abb. 4 verdeutlicht, wie Gastarbeiterfamilien sich im Privaten als bürgerliche Kleinfamilie inszenieren, während die jungen Leute in Abb. 5 diese Muster demonstrativ hinter sich lassen wollen, indem der Gegensatz von traditionell öffentlich-männlicher und privat-weiblicher Repräsentation aufgehoben wird. Traditionelle und alternative Vorstellungen von Öffentlichkeit und Privatheit bestanden nebeneinander und machten die Heterogenität Kreuzbergs in den 1970er Jahren deutlich.

44 In der Bundesrepublik v. a. Herlinde Koelbl, *Das deutsche Wohnzimmer*, Luzern/Frankfurt a. M. 1980. In der DDR v. a. Christian Borchert. Vgl. hierzu Jilek, *Dokumentarische Fotografie und visuelle Soziologie. Die Familienporträts von Christian Borchert* stehen online unter: <https://www.slub-dresden.de/sammlungen/deutsche-fotothek/fotografen/borchert> (14.4.2016).

45 Vgl. Betts, *Within Walls*, S. 209-218; Heino R. Möller, *Innenräume/Außenwelten. Studien zur Darstellung der bürgerlichen Privatheit in Kunst und Warenwerbung*, Gießen 1981.

46 Vgl. Häußermann/Kapphan, *Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt*, S. 80.

47 FHXB Lfd. Nr. 41, *Östliche Wrangelstraße, Blöcke 130/131 (Haberkerblöcke) Planung, Sanierung, Bewohnerbeteiligung* (1978-1982).

Die Fotos zeigen nicht nur den signifikanten demographischen Wandel in Kreuzberg, sondern auch den Gewinn an Wohnraum. Die Bevölkerungszahl in Kreuzberg hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit halbiert.⁴⁸ Freilich gab es in vielen Ecken noch Wohnraumknappheit und Wohnungsnot. Die Fotos machen jedoch deutlich, dass den Bewohnern der Sorauer Straße inzwischen weit mehr Raum zur Verfügung stand, als es die Dokumente der Arbeiter-Sanitätskommission und der Wohnungs-Enquete demonstrierten. Von der Überbelegung der ersten Jahrhunderthälfte herrschte kaum mehr eine Spur. Die Entdichtung eröffnete Platz für neue öffentliche und private Räume.

Insbesondere im Hinblick auf die jungen, alternativen Leute, die auf den Fotos abgebildet sind, wird deutlich, dass sie den großzügigen Wohnraum als privaten Freiraum nutzten.⁴⁹ So kündeten die Fotos von einer starken Individualisierung der Lebensentwürfe. Sie zeigen eine spartanische Einrichtung und eine esoterische Religiosität. Die Fotos sind zugleich aber auch Ausdruck eines öffentlichen Nonkonformismus. Hierfür stehen die langen Haare, der offenkundige Drogenkonsum und die freimütig zur Schau gestellte Nacktheit. Die jungen Bewohner hatten offenbar kein Problem damit, ihr dezidiert antibürgerliches Privatleben gegenüber dem Fotografen potentiell öffentlich zu machen, sondern verstanden es als politisches Statement. Die Bilder zeigen eine ostentative Privatheit.

»Stadtluft macht frei« galt auch für die vielen jungen Frauen und Männer, die aus der sozialen Kontrolle der westdeutschen Provinz flohen, um in West-Berlin die Chance zur Selbstentfaltung zu ergreifen. »Ein großes Wohnungsangebot, niedrige Mieten, fehlende Wehrpflicht, eine vielfältige Subkultur von studentischen Gruppen über Künstler-, Hausbesetzer-, Autonom- und Punkszene machten West-Berlin im Vergleich zum ›satten‹ Westdeutschland attraktiv.«⁵⁰ Hierin zeigt sich beispielhaft das urbane Wechselspiel von Öffentlichkeit und Privatheit, das durch das Leben in der Großstadt ermöglicht wurde. Die unvollständige soziale Integration in der Großstadt West-Berlin bildete die negative Voraussetzung für die Kultivierung privater Lebensentwürfe und neue, partizipative Öffentlichkeiten, die nicht zuletzt darauf zielten, die gewonnenen privaten Freiräume im erschwinglichen Wohnraum zu erhalten.

48 Vgl. Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 52 f.

49 Vermutlich haben die Bewohner der in Abb. 5 abgebildeten Wohnung Wände rausgerissen und den Wohnraum so vergrößert.

50 Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt, S. 73.

Öffentlichkeit zum Schutze der Privatheit: Die Zeitschrift »Südost-Express«

Ein Beispiel für den öffentlichen Schutz der Privatheit entstand wenig später ebenfalls in der Sorauer Straße. Hier besaß die Bürgerinitiative SO 36 ihr Büro. Die Bürgerinitiative war 1977 aus dem Protest gegen den Abriss der Feuerwache in der Reichenberger Straße hervorgegangen. Im Gegensatz zum gleichnamigen Verein SO 36 machte die Bürgerinitiative SO 36 viel stärker Front gegen den Senat und beteiligte sich auch selbst an Hausbesetzungen.⁵¹ Seit 1977 gab die Bürgerinitiative den *Südost-Express* heraus.⁵² Es handelte sich dabei bis Anfang der 1990er Jahre um eine der wichtigsten Zeitschriften der Kreuzberger Hausbesetzer- und Instandsetzungsbewegung, in der Mieterinitiativen vorgestellt und besonders rücksichtslose Vermieter angeprangert wurden. Den Herausgebern ging es darum, eine Ersatzöffentlichkeit zu schaffen, in der die Probleme vor Ort offen angesprochen werden konnten. Im Editorial der Null-Nummer des *Südost-Express* vom Dezember 1977 heißt es programmatisch:

»Wir sind Leute aus dem Südosten, wir treffen uns jeden Dienstag im Laden Sorauer Str. 28. Jeder kann und soll uns besuchen – jeder, der das Gefühl hat, daß alles, was uns hier auf den Nägeln brennt, was uns hier interessiert, was uns Spaß macht und was uns ärgert – daß das nirgendwo zu lesen ist. Im Augenblick läuft hier im Südosten eine ganze Menge – Senat und Bezirk wollen hier eingreifen: Wir sind alle davon betroffen – müssen aber feststellen, daß kein Mensch weiß, was läuft. Und die es wissen, erzählen uns nichts. Deshalb wollen wir mit Ihnen ins Gespräch kommen. Sie sollen Artikel schreiben. Sie sollen zu Wort kommen! Sie sollen sagen, wie unsere Gegend wieder zu

51 Vgl. MacDougall, *In the Shadow of the Wall*, S. 169.

52 Die Idee für eine Stadtteilzeitung stammte ursprünglich von Dieter Kramer, der die SPD vergeblich hierzu aufgefordert hatte. 1977 wurde der Vorschlag, eine eigene Zeitung für SO 36 zu gründen, von der Projektgruppe 67 im Rahmen der »Strategien für Kreuzberg« eingereicht und von der Bürgerinitiative SO 36 aufgegriffen. Finanziert wurde die monatlich mit etwa 2000 Exemplaren erscheinende Zeitung über den Verkauf, Inserate von Gewerbetreibenden und ehrenamtliche Redaktions- und Vertriebsarbeit. 1979 traf der *Südost-Express* nach längeren internen Auseinandersetzungen eine Wahlaussage zugunsten von AL und SEW, über die die erste Redaktion zerbrach. In der Folgezeit professionalisierte sich der *Südost-Express* deutlich und bildete seit 1984 eine Zeitung für ganz Kreuzberg. Zum *Südost-Express* vgl. Verein SO 36 (Hg.), »... außer man tut es!« Kreuzberg – abgeschrieben – auferstanden, Bd. 1, Berlin 1989, S. 106 f.

einem Stadtteil gemacht werden kann, worauf man stolz ist. Deshalb diese Zeitung, deshalb die Bürgerinitiative SO 36!«⁵³

Die Zeitschrift sollte als Forum für die Interessen der Mieter dienen und all jenes zur Sprache bringen, was die anderen Zeitungen vermeintlich verschwiegen.⁵⁴ Die Herausgeber des *Südost-Express* gaben sich betont überparteilich und argumentierten, allein die Interessen der Mieter zu vertreten. Im Zentrum stand dabei die kritische Begleitung der zeitgenössischen Modernisierungspraxis. Diese bedeutete Ende der 1970er Jahre zwar nicht mehr zwangsläufig den Abriss der gesamten gründerzeitlichen Bausubstanz. Doch war auch die partielle Entkernung der Baublöcke durch den großzügigen Abriss der Hinterhäuser alles andere als unumstritten. Insbesondere die günstigen Wohnungen in den Quergebäuden des Blockkerns wurden durch die Herausgeber des *Südost-Express* vehement verteidigt. Ihre Zeitschrift sollte in erster Linie eine Gegenöffentlichkeit zum Schutze der Privatheit darstellen, die sich in den Freiräumen der alten Mietskasernen herausgebildet hatte.

Die Bedrohung ihrer privaten Freiräume sahen die Herausgeber der Zeitschrift vor allem in den Interessen der Hauseigentümer und öffentlichen Sanierungsträger. In ihrer Polemik gegen diese Interessen bezogen sich die Zeitungsmacher dezidiert auf die Vorgeschichte des Häuserblockes und schlossen so einen großen historischen Bogen zu den Anfängen der Sorauer Straße. In der fiktiven Titelgeschichte der Erstausgabe des *Südost-Express* konstatieren die Herausgeber: »Haber kern, der bauernschlaue Spekulant aus der Gründerzeit unseres Südostens, würde es sicher nicht schwer haben, sich heute zurecht zu finden.«⁵⁵ Nicht nur sehe es in der Sorauer Straße noch fast genau so aus wie vor hundert Jahren. Auch die Spekulantenverhältnisse seien noch ähnlich. Als Haberkerns geistige Erben werden anonyme Gesellschaften identifiziert, die mit der ausgelobten Modernisierung vor allem Geschäfte machen möchten. Wie das funktioniert, wird mit einfachen Worten beschrieben: »Haber kerns Erben machen natürlich ihren Reibach. Sie kaufen die Häuser relativ billig, der Senat zahlt eine anständige Entschädigung für den Abriss [...] und mit nur 15 % Eigenkapital sind sie am Ball. Den Rest zahlt der Senat aus dem berühmten ZIP-Topf (Zukunftsinvestitionsprogramm). Und schon nach 7 Jahren sind die Häuser »abgelöst«, d. h. sie

53 Südost-Express, Dezember 1977, S. 1.

54 So wurde das *Kreuzberger Echo* im *Südost-Express* als »Zentralorgan des Bezirksamts« und die *KIZ* als ein »Jubelblättchen für die SPD« bezeichnet.

55 Südost-Express, Dezember 1977, S. 1f.

unterliegen dann den üblichen Althausbedingungen.«⁵⁶ Die Herausgeber des *Südost-Express* befürchteten, dass die Mieten anschließend unerschwinglich werden und damit zu einer Verdrängung der einkommensschwachen Bewohner führen würden.

Bemerkenswert an der Argumentation des *Südost-Express* ist nicht nur diese auf lange Sicht durchaus zutreffende Prognose, sondern auch das ausgebildete lokalhistorische Bewusstsein, das in der Haberkern-Geschichte zum Ausdruck kommt. Wie auch mit dem Namen der Zeitschrift, der auf den alten Postzustellbezirk »SO 36« Bezug nahm, verwiesen die Herausgeber damit auf die Geschichte des Häuserblocks.⁵⁷ Dabei ging es ihnen nicht um eine romantisierende Verklärung der lokalen Vergangenheit. So wird Haberkern als rücksichtsloser Spekulant bezeichnet. Vielmehr ging es der Bürgerinitiative um die Ausbildung eines geschichtlichen Bewusstseins zur Aneignung des Quartiers, das die Bürgerinitiative durch die geplante Sanierung gefährdet sah und durch den Aufbau einer demokratischen Öffentlichkeitskultur bewahren wollte.⁵⁸ Für das aufkeimende historische Interesse am eigenen Kiez steht ebenfalls der Spielfilm »Die Kinder aus No. 67 oder: Heil Hitler, ich hätt gern 'n paar Pferdeäpfel« von Usch Barthelmeß-Weller (geb. 1940), der 1979/80 in der Sorauer Straße gedreht wurde und in stark idealisierender Form den Widerstand zweier Arbeiterjungen gegen den nationalsozialistischen Machtwechsel 1933 im Kiez inszeniert.⁵⁹ Die Sorauer Straße eignete sich hierfür in doppelter Hinsicht. Einerseits bildete ihr maroder Zustand eine ideale Filmkulisse. Andererseits gab ihre ungewisse Zukunft Anlass zur Selbsthistorisierung.

Der soziostrukturelle und der geschichtskulturelle Wandel gingen in Kreuzberg seit den 1970er Jahren Hand in Hand. Der Rückgriff auf die widerständige Kiezgeschichte versprach Orientierung in Zeiten der Krise.⁶⁰ Er verband sich stark mit gegenwärtigen Interessen und lokalem Stadtteilengagement, welches sein öffentliches Podium in Zeitschriften wie dem *Südost-Express* und in der Bürgerinitiative SO 36 fand und 1984/87 schließlich in der Internationalen Bauausstellung IBA Alt mün-

56 Ebd.

57 Zur Begriffsgeschichte von »SO 36« siehe S. 165 f. im vorliegenden Buch.

58 Zur Aneignung der Altbauquartiere durch Geschichtswerkstätten vgl. von Saldern, Häuserleben, S. 397.

59 »Die Kinder aus No. 67 oder: Heil Hitler, ich hätt gern n' paar Pferdeäpfel«, Bundesrepublik Deutschland 1980, 103 min., Regie und Drehbuch: Usch Barthelmeß-Weller/Werner Meyer.

60 Beispielhaft für die Historisierung Kreuzbergs aus der Perspektive widerständigen Verhaltens durch die Jahrhunderte hinweg ist der Reiseführer von Joachim Berger, Kreuzberger Wanderbuch. Wege ins widerborstige Berlin, Berlin 1984.

dete, die eine behutsame Stadterneuerung etablierte. Dabei ging es um mehr als lediglich um die Bewahrung billigen Wohnraums, wie Carla MacDougall betont: »Resistance to urban renewal [...] was also about culturally and socially reviving an informal network of communication that relied on family-owned corner stores and corner pubs, back courtyards, and storefront meeting places. For the opponents of urban renewal, the Kreuberger Mix's blend of spheres (private and public), and of the new and the old (industrial trades and alternative collectives), provided one important solution for a revitalization of Kreuzberg.«⁶¹ Damit einher ging eine Abkehr von den geplanten Großprojekten. Die Stadtautobahn, die über den ehemaligen Görlitzer Bahnhof direkt an der Sorauer Straße entlanggeführt hätte, wurde nicht gebaut. Stattdessen wurde die marode gründerzeitliche Altbausubstanz nach langen und äußerst konfliktreichen Auseinandersetzungen konserviert.

So wurde die Sorauer Straße in den 1980er und 1990er Jahren weitgehend saniert und verkehrsberuhigt. Und auch die Bewohner sind ruhiger geworden. In einem Fotoprojekt von Lucas Nagel aus dem Jahre 2002, das an die Aufnahmen von 1971 anknüpft, ist zu sehen, wie Bewohner der Sorauer Straße 13 es sich inzwischen in ausgebauten Dachböden und auf begrünten Dachterrassen gemütlich machen.⁶² Dabei legen sie weiterhin viel Wert auf ihre individuelle Wohnungseinrichtung und zeigen einen legeren Habitus. Sie erscheinen jedoch im Schnitt deutlich älter und wohlhabender. Auf den neuen Bildern fehlen dagegen die alternativen Bewohner von 1971, deren Hausgemeinschaft im weiteren Verlauf nicht zuletzt am ausgiebigen Drogenkonsum zerbrach.⁶³ Es fehlen auch die alten Menschen, die längst verstorben sind, sowie die Migrantenfamilien, die inzwischen aus dem Kiez verdrängt werden bzw. andere Wohnlagen bevorzugen.

Die Gegend zwischen der Sorauer Straße und dem Schlesischen Tor erlebt seit etwa der Jahrtausendwende einen beschleunigten Wandel. In einer zweiten Welle erschließen junge urbane Pioniere das Terrain und eröffnen Clubs, Cafés und Kneipen. Doch es ist absehbar, dass sie bereits von zahlungskräftigeren urbanen Eliten und Touristen abgelöst werden, die durch das neu gewonnene Flair angelockt werden. Dieser Prozess, dessen soziologische Beschreibung inzwischen zu einem Kampfbegriff

61 MacDougall, *In the Shadow of the Wall*, S. 167.

62 Die Fotos gehören zur Sammlung des FHXB Museums Friedrichshain-Kreuzberg und liegen im dortigen Archiv.

63 Dies ergab 2002 eine Zusammenführung der alten Bewohner der Sorauer Straße 13, die Horst Luedeking 1971 fotografiert hatte, durch das Museum Friedrichshain-Kreuzberg. Gespräch mit Martin Düspohl (4.6.2014).

geworden ist, hat seine Ursprünge jedoch weit früher. Voraussetzung für die gegenwärtige Gentrifizierung und die damit verbundenen Herausforderungen ist die öffentliche wie private Aneignung sowie die symbolische und materielle Aufwertung der gründerzeitlichen Altbausubstanz seit den 1970er Jahren. Dabei gerät oft in Vergessenheit, dass es sich bei diesen Altbauten die längste Zeit um städtische Elendsquartiere handelte. Dies galt auch für die Sorauer Straße. Sie steht damit paradigmatisch für den langen und vielfach gebrochenen »Reifeprozess« der Berliner Mietskaserne, deren heutige Anziehungskraft kritisch historisiert werden muss.

Öffentlichkeit und Privatheit im Stadtwandel: Die Straße der Pariser Kommune

Als Pendant zur Sorauer Straße in Kreuzberg müsste in Friedrichshain eigentlich eine kleine Wohnstraße untersucht werden, die in ihrer ursprünglichen Bausubstanz ebenfalls weitgehend erhalten geblieben ist. Im Folgenden soll jedoch die Geschichte der Straße der Pariser Kommune (bis 1971 Fruchtstraße) in Friedrichshain erzählt werden – nicht nur weil sie außergewöhnlich gut dokumentiert ist, sondern vor allem weil sich hier eine divergente Entwicklung zeigt. Öffentlichkeit und Privatheit haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Straße der Pariser Kommune anders entfaltet als in der Sorauer Straße, obwohl beide Straßen in vieler Hinsicht eine ähnliche Vorgeschichte aufweisen. Während sich in den erhaltenen Altbauten der Sorauer Straße seit den 1970er Jahren nonkonforme Lebensstile ausbreiten konnten, unterlag die Straße der Pariser Kommune einem grundlegenden städtebaulichen Wandel, in dem die Nischen für alternative Privaträume verschwanden und die Straße ins Zentrum der offiziellen parteistaatlichen Öffentlichkeit rückte.

Im »Chicago von Berlin«: Die alte Fruchtstraße im Stralauer Viertel

Die Straße der Pariser Kommune liegt im westlichen Friedrichshain, dem alten Stralauer Viertel. Sie verläuft auf einer Länge von knapp einem Kilometer in nord-südlicher Richtung von der Palisadenstraße/Weidenweg über die Karl-Marx-Allee hinweg bis hinunter zur Mühlenstraße an der Spree. Heute wird die Straße der Pariser Kommune von 21-geschossigen Plattenbauten aus DDR-Zeiten dominiert. Nur am nordwestlichen Ende haben einige Altbauten den Zweiten Weltkrieg und die Flächensanierung der 1970er Jahre überdauert und erinnern vage an die Zeit, in der fast die ganze Straße mit insgesamt 73 fünfstöckigen Mietskasernen bebaut war. Die meisten Mietskasernen waren in den 1870er Jahren errichtet worden. Sie wiesen einen sehr einfachen Standard auf und besaßen tiefe Hinterhöfe mit kleinen Stube- und Küche-Wohnungen und zahlreichen Gewerbebetrieben. (Abb. 6)

Nur der alte Name Fruchtstraße erinnerte noch daran, dass die Gegend bis Mitte des 19. Jahrhunderts von Blumenbeeten und Kaffeegärten

geprägt war.¹ Im Zuge der dynamischen Industrialisierung und Urbanisierung Berlins mussten die Gärten jedoch den Menschen weichen, die in der jungen Reichshauptstadt eine Bleibe suchten. 1871 entstanden an der Fruchtstraße ausgedehnte Barackenstädte (»Barackia«). Auf Befehl des Polizeipräsidiiums wurden die Bretterbuden jedoch bereits im August 1872 geräumt und abgerissen.² Es folgten typische Mietshäuser, die in erster Linie von Zugereisten bewohnt wurden. Die Geschichte der Fruchtstraße ist eng verbunden mit dem großen Bahnhof am südlichen Ende der Straße. 1842 als Frankfurter Bahnhof der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn errichtet und 1882 in Schlesischer Bahnhof umbenannt,³ entwickelte sich der Bahnhof zum wichtigsten Ankunfts-ort von Millionen Menschen, die in Berlin Arbeit und ein bescheidenes Glück suchten.⁴ Der Bahnhof »war die Kanüle, durch die der Berliner Osten mit all den Hoffnungen, Ideen, Ängsten, Vorstellungen, Gewohnheiten, Freundlichkeiten, Bosheiten oder auch Gleichgültigkeiten der Menschen injiziert wurde, die hier ankamen.«⁵

Viele Neuankömmlinge ließen sich gleich in der Nähe des Bahnhofs nieder. Sie bestimmten bis in die 1920er Jahre das Sozialprofil der Fruchtstraße, das sich durch die Analyse der Berufsangaben in den Berliner Adressbüchern rekonstruieren lässt.⁶ 1925 stellten Arbeiterhaushalte mit 55,4 Prozent den größten Anteil. Beamte (meist einfache Post- und Bahnbeamte) und Angestellte machten 27 Prozent der Bewohner aus, während Selbständige auf 15,2 Prozent kamen. Zu den häufigsten Berufen in der Fruchtstraße gehörten (ungelernte) Arbeiter und Arbeiterinnen (153), Kaufmänner/kaufmännische Angestellte (66), Tischler (41), Näherinnen (39), Postbeamte (30) und schließlich Gastwirte (22). Die größte Gruppe markierten allerdings 176 Witwen ohne Berufsangabe, die das Berliner Adressbuch sieben Jahre nach dem Ersten Weltkrieg für

1 Vgl. Lothar Uebel, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher. Zur Geschichte des ehemaligen Küstriner Bahnhofs, Berlin 2011, S. 12. Bis 1820 hieß die Straße noch Bullenwinkel bzw. Bullengasse. Vgl. Dirk Moldt, Das Viertel um den heutigen Ostbahnhof, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), Kleine Friedrichshaingeschichte, Berlin 2013, S. 137-145, hier S. 139.

2 Vgl. ebd., S. 140.

3 Vgl. Laurenz Demps, Der Ostbahnhof, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), Kleine Friedrichshaingeschichte, Berlin 2013, S. 127-134, hier S. 127.

4 Vgl. Demps, Der Schlesische Bahnhof in Berlin, S. 211; Karl Schlögel, Das Russische Berlin. Ostbahnhof Europas, Berlin 2007, S. 21-50.

5 Vgl. Moldt, Friedrichshain, S. 11.

6 <https://digital.zlb.de/viewer/berliner-adress-telefon-branchenbuecher/> (14.4.2016). Hierbei enthielten für das Stichjahr 1925 nur 1092 der insgesamt 1327 ausgewiesenen Mietparteien eine Berufsangabe, wobei es sich allerdings um Selbstangaben der Bewohner handelte.

IM »CHICAGO VON BERLIN«

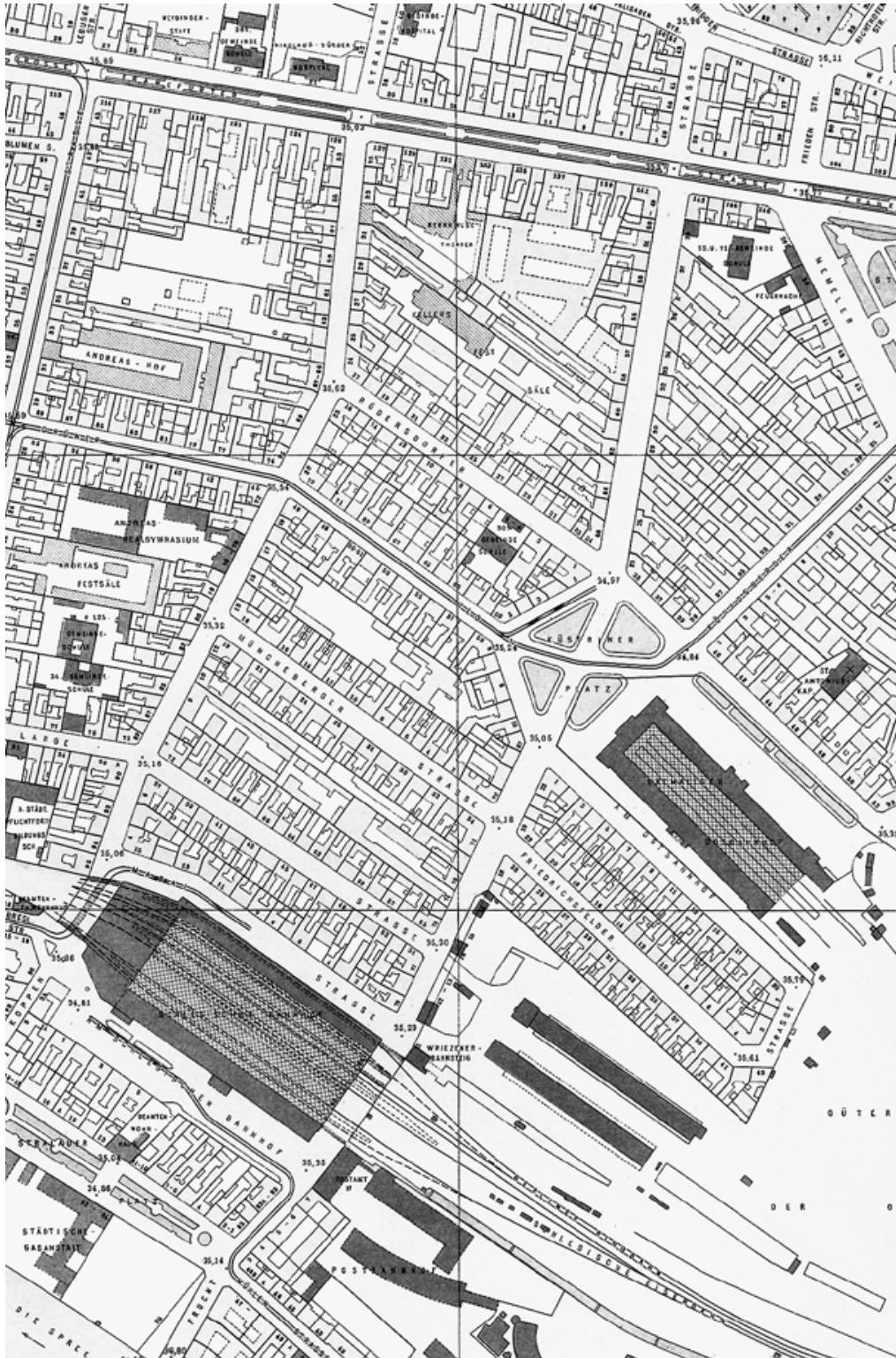


Abb. 6: Straubes Übersichtsplan von Berlin 1910 (Ausschnitt). Die Fruchtstraße verlief in nord-südlicher Richtung vom Spreuer über die Mühlenerstraße, den Küstriner Platz, die Große Frankfurter Straße bis zur Friedenstraße (im Kartenausschnitt von links unten bis rechts oben).

die Fruchtstraße ausweist. Damit entsprach die Fruchtstraße sehr genau dem kleinbürgerlich-proletarischen Sozialprofil des gesamten Bezirks Friedrichshain.⁷ Im Vergleich mit den westlichen Stadtbezirken bestätigt sich hier das Bild einer stark segregierten Reichshauptstadt, in der Klassenunterschiede manifeste räumliche Gestalt annahmen.⁸ In der Nahtsicht widersprechen die Zahlen dagegen dem Bild von Friedrichshain als einem »reinen« Arbeiterbezirk. Der Osten Berlins wies durchaus eine soziale Mischung auf, die allerdings vor allem untere und mittlere Schichten umfasste.

Die Fruchtstraße und ihre Umgebung genossen in Berlin den zweifelhaften Ruf, das »Chicago von Berlin«⁹ zu sein. In der angrenzenden Langen Straße lebten sowohl Wilhelm Voigt (1849-1922), der 1906 als falscher »Hauptmann von Köpenick« Berühmtheit errang, als auch der Massenmörder Carl Großmann (1863-1922), der mehrere junge Frauen ermordet hatte, ehe er 1921 gefasst wurde.¹⁰ Das ganze Stralauer Viertel galt als Zentrum der Prostitution. Der Schlesische Bahnhof wurde auch »Drei-Groschen-Bahnhof« genannt, weil dort und in den umliegenden Kneipen sehr preiswert Bekanntschaften gemacht werden konnten.¹¹ Zahlreiche Kleinkriminelle bevölkerten die Straßen und Kneipen des Stralauer Viertels. Seinen schlechten Ruf verdankte die Gegend jedoch vor allem den so genannten Ringvereinen. Diese waren syndikatähnliche Zusammenschlüsse von Dieben, Einbrechern, Betrügern, Straßenräubern, Zuhältern, Rauschgifthändlern, Falschspielern und Schutzgelderpressern, die sich als Spar-, Sport- oder Gesangsvereine tarnten

- 7 Für den ganzen Bezirk Friedrichshain ergab die Berufszählung von 1925 die folgende Verteilung der Erwerbstätigen nach der sozialen Stellung im Beruf: Arbeiter 55,4% (einschließlich Hausgewerbetreibende), Beamte und Angestellte 22,0%, Selbständige 11,6%, berufslose Selbständige 7,8%, Hausangestellte 1,9% und mithelfende Familienangehörige 1,3%. Vgl. Grzywatz, Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit, S. 356.
- 8 Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt, S. 35.
- 9 Gegen diesen häufig verwendeten Vergleich verwahrte sich 1932 der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister Paul Mielitz ganz entschieden. Der Ruf des Ostens als zweites Chicago sei vor allem der Sensationslust der Medien geschuldet. Siehe Mielitz, Eine soziale Studie über den Osten Berlins, S. 22.
- 10 Großmann gestand drei Morde. Schätzungen gehen aber von bis zu 100 Morden aus, nicht zuletzt, da zwischen 1918 und 1921 rund um den Schlesischen Bahnhof allein 23 zerstückelte Frauenleichen gefunden wurden. Vgl. Feustel, Raub und Mord im Kiez, S. 12-16.
- 11 Vgl. Willy Proeger (alias »Weka«), Stätten der Berliner Prostitution. Von den Elends-Absteigequartieren am Schlesischen Bahnhof und Alexanderplatz zur Luxus-Prostitution der Friedrichstraße und des Kurfürstendamms. Eine Reportage, Berlin 1930.

und große Teile des Vergnügungsgewerbes beherrschten.¹² Besonderes Aufsehen erregte am 29. Dezember 1928 die brutale Auseinandersetzung zwischen 20 Hamburger Maurern und Zimmerleuten und 150 schwerbewaffneten Mitgliedern der Ringvereinigung »Immertreu« im Zunftlokal Nabur in der Breslauer Straße 1, bei der mehrere Personen ums Leben kamen.¹³ Zeitungsberichte aus dem Jahr 1928 behaupteten, 30 Prozent der 46.000 Bewohner des Viertels seien vorbestraft. Zudem würden hier 12.000 Menschen illegal leben, von denen sogar 80 Prozent vorbestraft seien.¹⁴ Das Stralauer Viertel galt als Zentrum der Kriminalität.

Im Osten nichts Neues: Die Wohnungskommission der SAG

Der schlechte Ruf veranlasste die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG), die 1911 von dem evangelischen Pfarrer Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969) gegründet wurde, sich inmitten des Stralauer Viertels niederzulassen.¹⁵ Im Gegensatz zur Arbeiter-Sanitätskommission und zur Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse, die in der Sorauer Straße tätig geworden waren, zielte die SAG nicht auf die öffentliche Anprangerung der miserablen Wohnverhältnisse im Berliner Osten. Das Ziel der SAG war vielmehr, im Sinne der inneren Mission christlich-evangelikale Maßstäbe des Zusammenlebens zu verbreiten und die ungebildeten Arbeiterinnen und Arbeiter des Berliner Ostens zu kultivieren, indem vor allem den jugendlichen proletarischen Bewohnern Angebote gemacht wurden, die ein »sittliches Gemeinschaftsleben« erlaubten. Hierfür wurde das Leben im Stralauer Viertel eingehend studiert. Ähnlich wie die Arbeiter-Sanitätskommission und die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse führte die SAG daher breit angelegte empirische Untersuchungen durch, die sich mit wichtigen Lebensbereichen der ansässigen Bevölkerung befassten.

12 Zu den Ringvereinen siehe Uebel, Spreewasser, Fabrikschlote und Dampfloks, S. 84, sowie Feustel, Raub und Mord im Kiez, S. 17-21.

13 Vgl. ebd. Siehe zudem Stave, Stube und Küche, S. 5-13.

14 Wiedergegeben in Moldt, Das Viertel um den heutigen Ostbahnhof, S. 137.

15 Zur SAG vgl. v. a. Rolf Lindner (Hg.), »Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land«. Die Settlementbewegung in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, Berlin 1997; Ders., Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 97-111; Christa Stache (Bearb.), Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969). Begleitbuch zu einer Ausstellung des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin anlässlich seines 100. Geburtstags, Berlin 1985. Zur SAG siehe auch S. 261-266 im vorliegenden Buch.

Einen besonderen Einblick in die damaligen Wohnverhältnisse gewähren die Untersuchungen der Wohnungskommission der SAG, die von 1927 bis 1930 eine aufwendige Befragung von Bewohnern des Stralauer Viertels durchführte. Hierfür gingen Mitglieder der Wohnungskommission von Tür zu Tür, befragten die Bewohner und trugen die Antworten in einen umfangreichen Fragebogen ein, der Fragen zu den Familien- und zu den Wohnverhältnissen enthielt. Etwa 600 Fragebögen wurden ausgefüllt, davon 123 Bögen in der Fruchtstraße.¹⁶ Allein in der Fruchtstraße dürften Mitte der 1920er Jahre jedoch etwa 4000 Menschen gewohnt haben.¹⁷ Die mangelnde Repräsentativität der Befragung wurde bereits von den Mitgliedern der Wohnungskommission problematisiert.¹⁸ Hinzu kam, dass es sich bei den Fragestellern hauptsächlich um Studentinnen und Studenten handelte, die zumeist einem ganz anderen Milieu entstammten als die überwiegend kleinbürgerlich-proletarische Bevölkerung des Stralauer Viertels. Die Kontaktaufnahme

- 16 Die Fragebögen befinden sich heute im Nachlass Friedrich Siegmund-Schultzes im Evangelischen Zentralarchiv Berlin: EZA 626 II 30/1-6.
- 17 Zählt man die Adressbucheinträge des Jahres 1925, kommt man auf 1327 Mietparteien, die in diesen Häusern lebten. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von drei Personen dürften in der Fruchtstraße insgesamt etwa 4000 Menschen gewohnt haben, wenn man den Friedrichshainer Durchschnitt anlegt. Im Bezirk Friedrichshain wurden bei der 1925 durchgeführten Volkszählung 108.900 Haushalte gezählt, in denen insgesamt etwa 330.000 Menschen lebten. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Haushaltsgröße von drei Personen. Siehe Mielitz, Eine soziale Studie über den Osten Berlins, S. 18-28. Im kinderreichen proletarischen Osten Berlins überrascht diese geringe Personenzahl je Haushalt. Zu beachten ist jedoch die große Zahl von Witwen, die der Erste Weltkrieg hinterlassen hatte.
- 18 So heißt es in einem Brief von Fr. W. Flor (der Name lässt sich nur unsicher entziffern) an Friedrich Siegmund-Schultze, dass das Material unbedingt noch erweitert werden müsse, weil sonst die einzelnen Gruppen so klein würden, dass kaum noch Typisches daraus zu ersehen sei. Die Verfasserin beklagt die allgemeine Lückenhaftigkeit und mangelnde Sorgfalt beim Ausfüllen der Bögen (obwohl einfache Dinge von den Befragern noch ergänzt wurden), die sie auf den häufigen Wechsel der Mitarbeiter und deren unzureichende Einarbeitung zurückführt. Viele Fehler seien zufällig, z. B. dass bei einer Familie zwei Bögen ausgefüllt wurden, wobei dann z. T. sehr unterschiedliche Angaben gemacht worden seien. Letztlich bekundet die Verfasserin grundsätzliche Zweifel am Sinn des Unterfangens, sieht den Wert aber woanders: »Ich muss aber besonders noch einmal sagen, dass in den Fragebogen, wie überhaupt in dem zusammengetragenen Material, eine ungeheure Zeit und Arbeit steckt, die vielleicht bei der Auswertung nicht im Verhältnis zum Erfolg steht. Doch ist mir immer wieder von verschiedenen Mitarbeitern gesagt worden, dass sie zwar Sinn und Zweck der Arbeit als Forschungsarbeit nicht ganz einsehen könnten, dass ihnen aber gerade diese Arbeit besonders wertvoll gewesen wäre, weil sie ihnen, wie keine andere, Einblick in die Lebensverhältnisse des Ostens gegeben hätte. In dieser Hinsicht hat sie bestimmt einen ungeheuren Wert gehabt.« EZA 626 II 20/13.

dürfte sich in vielen Fällen schwierig gestaltet haben. Wichtig war daher die Vermittlung durch Vertrauenspersonen, die selber aus dem Viertel stammten und den Respekt der Bewohner genossen. So gelang es auf Betreiben des Vorstehers der Wohlfahrtskommission der SAG, des Arbeiters P. Welte, immerhin die Hälfte der Bewohner des Hauses Fruchtstraße 60 aufzunehmen.¹⁹ Von den 58 Mietparteien, die im Berliner Adressbuch des Jahres 1930 verzeichnet sind,²⁰ wurden 29 Fragebögen erfasst. Die Ergebnisse der Fragebögen wurden intern ausgewertet und Friedrich Siegmund-Schultze am 27. Februar 1930 schriftlich mitgeteilt.²¹ Mit einer Ausnahme sind auch die Fragebögen selbst erhalten und erlauben einen unmittelbaren Zugriff auf das empirische Material.²² Durch die zeithistorische Re-Analyse der sozialwissenschaftlichen Daten lässt sich ein detaillierter Einblick in die Familien- und Wohnverhältnisse eines gewöhnlichen Friedrichshainer Mietshauses zum Ende der Weimarer Republik gewinnen.

Bei den 29 befragten Mietparteien aus der Fruchtstraße 60 handelte es sich um vier alleinstehende Personen und um 25 Familien. Es dominierten einfache, ungelernte Arbeiter und Handwerker: Elf Männer waren als Arbeiter tätig, die anderen als Tischler, Holzbildhauer, Eisendreher, Schlosser, Schleifer, Polierer, Portier, Kutscher, Chauffeur, Kammerjäger sowie als kaufmännischer Angestellter, Wachtmeister oder als Molkereiberitzer. Elf Frauen arbeiteten ebenfalls außer Haus als Arbeiterin, Putzfrau, Lederstopferin, Buchhalterin, Magistratsangestellte, Friseurin oder als Händlerin. Die übrigen Frauen arbeiteten in Heimarbeit bzw. als Hausfrauen. Doch damit war das Arbeitskräftepotential noch nicht erschöpft: In sechs Familien arbeitete ein Kind mit, in drei Familien zwei Kinder und in zwei Familien sogar drei Kinder, wobei die Kinderzahl pro Familie zwischen ein und vier Kindern variierte. Die Kindersterblich-

19 Dabei handelte es sich kaum zufällig um ein Haus in der unmittelbaren Nachbarschaft der Geschäftsstelle der SAG, die seit 1916 ihren Sitz in der Fruchtstraße 62/63 hatte. Die Hälfte der befragten Familien hatte daher bereits Kontakt zur SAG, was die Befragung erleichtert haben dürfte. EZA 626 II 20/4. Darüber hinaus hat ein weiterer Mitarbeiter der SAG-Wohnungskommission den Versuch unternommen, im Haus Koppenstraße 31 eine vergleichbar umfassende Erhebung wie im Haus Fruchtstraße 60 durchzuführen. Bei beiden Häusern handelte es sich im Prinzip um das gleiche Grundstück, das sich einmal quer durch den Häuserblock zog. EZA 626 II 20/13.

20 Berliner Adressbuch 1930, S. 303, online unter: http://digital.zlb.de/viewer/image/10089470_1930/5487 (14.4.2016).

21 Die handschriftliche Auswertung zur Fruchtstraße 60 stammt wahrscheinlich von Luise Lehmann und ist im Nachlass Friedrich Siegmund-Schultze erhalten. EZA 626 II 20/4.

22 EZA 626 II 30/1-6.

keit war nach wie vor hoch. In zehn Familien war mindestens ein Kind gestorben, wobei in zwei Familien sogar sieben bzw. acht Kinder das Säuglingsalter nicht überlebt hatten.²³ Darüber hinaus war in zehn Familien mindestens ein Familienmitglied an Tuberkulose erkrankt. Hiervon wohnten acht Parteien in den Hinterhäusern.

Von den befragten Mietparteien lebten 13 im Vorderhaus, drei im 1. Hof (vermutlich in einer Art Remise), acht im Quergebäude und fünf im 2. Hof. Zehn Familien verfügten über zwei Zimmer und eine Küche, 14 nur über Stube und Küche, wobei in fast allen Fällen die Küche auch als Wohnraum und zum Teil als Schlafstelle genutzt wurde. Fünf der Befragten besaßen lediglich ein einziges Zimmer mit einem Küchenanteil. Es überwogen also die für den Berliner Osten typischen Klein- und Kleinstwohnungen. Gleichwohl vermieteten neun Familien ein Zimmer; eine Familie nahm sogar zwei Schlafburschen auf. 19 Familien besaßen so viele Betten wie Menschen, neun Familien hingegen ein Bett zu wenig. Keine der Wohnungen verfügte über ein Innen-WC. Das Bad befand sich entweder auf dem Treppenabsatz oder auf dem Hof, wo es im Durchschnitt von neun anderen Parteien mitgenutzt wurde. Alle Stuben waren beheizbar und besaßen ein bis zwei Fenster. Allerdings hatten fünf Hinterhauswohnungen keine Sonne; in eine Wohnung traf nur im Hochsommer direktes Sonnenlicht. In sechs Wohnungen herrschte große Feuchtigkeit. Die Zustände in der Fruchtstraße waren damit weit entfernt von den Idealen »Licht, Luft und Sonne«, mit denen im sozialen Wohnungsbau zur selben Zeit anderswo in Berlin experimentiert wurde.²⁴

Die Fragebögen geben darüber hinaus Auskunft über die Migrationsgeschichte der Bewohner des Hauses Fruchtstraße 60. Zwar besaßen alle Befragten die deutsche Staatsbürgerschaft,²⁵ doch nur in fünf Familien

23 Hierbei handelte es sich allerdings um die beiden ältesten, bereits verwitweten Bewohnerinnen. Zwei Kinder waren überdies im Ersten Weltkrieg gefallen.

24 Zum sozialen Wohnungsbau in Berlin während der Weimarer Republik vgl. Jörg Haspel/Annemarie Jaeggi, *Siedlungen der Berliner Moderne*, München 2007. Als beispielgebend galt die Hufeisensiedlung in Berlin-Britz. Vgl. hierzu Thilo Hilpert, *Hufeisensiedlung Britz 1926-1980. Ein alternativer Siedlungsbau der 20er Jahre als Studienobjekt*, Berlin 1980; Annemarie Jaeggi, *Die Berliner Hufeisensiedlung von Bruno Taut. Architektur im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft*, in: Annemarie Jaeggi/Klaus Gereon Beuckes (Hg.), *Festschrift für Johannes Langner*, Münster 1997, S. 273-296; Udo Gößwald/Barbara Hoffmann (Hg.), *Das Ende der Idylle? Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung in Britz vor und nach 1933*, Berlin 2013.

25 Das ist insofern bemerkenswert, als insbesondere in der Gegend um den Schlesi-schen Bahnhof zahlreiche Polen lebten. Vgl. Annett Gröschner, »Heute prima rote Rüben«. Auf der Fruchtstraße am 27. März 1952, in: Florian Ebner/Ursula Müller (Hg.), *So weit kein Auge reicht. Berliner Panoramafotografien aus den Jahren*

waren Mann und Frau bereits in Berlin geboren. Die meisten Paare lernten sich erst in Berlin kennen, nachdem sie in die Reichshauptstadt gezogen waren. In zehn Fällen kamen die Männer als Ledige nach Berlin, entweder mit den Eltern, zur Lehre oder als Soldat. In acht Fällen kam die Mutter als Mädchen nach Berlin, entweder mit den Eltern oder als Dienstmädchen »in Stellung«. Als Grund für den Weg nach Berlin wird in fast allen Fällen die Hoffnung auf bessere Arbeit angegeben. Die meisten Menschen stammten aus Schlesien und aus Ostpreußen. 16 Familien kamen vom Lande, und es gab keine Familie, in der nicht mindestens ein Großelternpaar auf dem Lande lebte. Neun Familien hatten bereits zuvor im Stralauer Viertel gewohnt. Bemerkenswert ist jedoch die geringe Fluktuation der Bewohner. Die befragten Mieter wohnten durchschnittlich seit 15 Jahren in der Fruchtstraße 60. Nur fünf Mieter wohnten seit weniger als zehn Jahren in dem Haus. Acht Mieter waren dagegen schon vor dem Ersten Weltkrieg in das Haus gezogen, zwei davon bereits 1883 bzw. 1893. Eine Familie, die zuvor zehnmal die Wohnung gewechselt hatte, ehe sie in die Fruchtstraße 60 zog, bildete eher die Ausnahme. Gegenüber dem ständigen Wohnungswechsel im Kaiserreich verweilten die Menschen nun länger in ihren Wohnungen.

Insgesamt waren die Wohnverhältnisse im Berliner Osten jedoch nach wie vor prekär. Die Untersuchung der SAG ergibt ein ähnliches Bild wie 37 Jahre zuvor die Studie der Arbeiter-Sanitätskommission in der Sorauer Straße. Geteilte Wohnungen, ein ausgeprägtes Schlafgängersystem und eine gemeinschaftliche Toilettennutzung begrenzten die Privatheit der Bewohner. Wohnküchen und Heimarbeit führten zu ständigen Überlagerungen der öffentlichen und der privaten Sphäre. Obwohl sich die kommunalen Behörden inzwischen der Wohnungsfrage annahmen und andernorts Wohnungen bauten, in denen die Küche nicht mehr als Schlafstätte gebraucht werden konnte, war von diesen Reformen im Berliner Osten noch nichts zu spüren. Dabei stellt sich die Frage, wie weit das Bedürfnis nach neuen Wohnformen, die mehr Privatheit erlaubten, im Stralauer Viertel überhaupt verbreitet war. So erschien die Wohnzu-

1949-1952. Aufgenommen vom Fotografen Tiedemann. Rekonstruiert und interpretiert von Arwed Messmer, Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Berlinischen Galerie vom 2. November 2008 bis 22. Februar 2009, Berlin 2008, S. 128-136, hier S. 130. Darüber hinaus gab es hier eine chinesische Kolonie. Hier lebten in den 1920er und 1930er Jahren etwa 200 Chinesen in einfachsten Verhältnissen. Es waren ehemalige Heizer, Seeleute, Artisten oder Händler, die sich nun als Wäscher, Hausierer oder Kleinhändler eine bescheidene Existenz aufzubauen suchten, indem sie mit importierten Spezialwaren wie Porzellanvasen, Specksteinfiguren oder Schmuck handelten. Vgl. Dagmar Yu-Dembki, Chinesen in Berlin, Berlin 2007, S. 20-26.

friedenheit in der Fruchtstraße 60 relativ hoch. 18 Parteien machten die Angabe, dass das Haus im Ganzen einen guten Eindruck mache. Wiederholt wird betont, dass das Haus, das damals schon über 50 Jahre alt war, erst kurz zuvor instandgesetzt worden sei und einen neuen Anstrich erhalten habe. Den Bewohnern war offenbar wichtig, wie sich das Haus nach außen präsentierte – und dementsprechend präsentierten sie es selbst. Die öffentliche Erscheinung des Hauses steht somit in scharfem Kontrast zu den Mängelberichten aus den einzelnen Wohnungen. Deren Feuchtigkeit nahmen die Bewohner allerdings weitgehend hin, ohne in den Befragungen Forderungen nach einem anderen Wohnumfeld zu artikulieren. Sie kannten es schlichtweg nicht anders. Wohnküchen, Gemeinschaftstoiletten und Schlafgänger waren ihnen seit Jahrzehnten vertraut. Im Erwartungshorizont der überwiegend proletarischen Bewohner des Berliner Ostens hatte der Wunsch nach Privatheit noch keinen festen Platz.

Momentaufnahmen: Die Nachkriegszeit in der Fruchtstraße

An den Lebensbedingungen in der Fruchtstraße änderte sich auch während der Zeit des Nationalsozialismus nicht viel. Einen großen Einschnitt markierte hingegen der Zweite Weltkrieg. 1945 lagen weite Teile der Fruchtstraße in Trümmern. Zwar waren nur zwei Häuser total zerstört und fünf Gebäude schwerstbeschädigt, doch hinter den Vorderhäusern erstreckten sich ausgedehnte Trümmerlandschaften. Besonders stark war die Zerstörung in der Mitte der Fruchtstraße am Küstriner Platz.²⁶ Die Deutsche Wehrmacht hatte den Platz im April 1945 zur Festung ausgebaut, um die Reichshauptstadt vor der Roten Armee zu verteidigen. Auf dem Platz wurden Flakgeschütze aufgestellt, die auf die Bahngelände im Osten gerichtet wurden. Der alte Ostbahnhof am Küstriner Platz, der seit 1929 als Groß-Varieté »Plaza« gedient hatte, wurde zur Kaserne, Befehlsstelle und zum Lazarett umgewandelt. In den letzten Kriegstagen kam es in dem Gebäude zu heftigen Kämpfen zwischen deutschen Verbänden und der Roten Armee. Nachdem sowjetische Soldaten der 5. Stoßarmee der Belorussischen Armee das Gebäude besetzt hatten, versuchte das SS-Sturmbatallion Muchalla, es noch einmal zurückzuerobern, woraufhin die Rote Armee schwere Artillerie einsetzte. Dabei

²⁶ Vgl. Gröschner, »Heute prima rote Rüben«, S. 129 u. 133.

brannte der alte Ostbahnhof vollständig aus, und der Küstriner Platz wurde erheblich zerstört.²⁷

Ein Foto aus der unmittelbaren Nachkriegszeit dokumentiert diesen Zustand auf eindruckliche Weise. Das Bild stammt von Otto Donath (1898-1971), einem Berliner Bildreporter, von dem zahlreiche ähnliche Bilder überliefert sind.²⁸ Donath war während des Zweiten Weltkrieges Fotograf in der Propaganda-Kompanie 689. Von 1945 bis Mitte der 1950er Jahre arbeitete er als freier Fotograf für den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) sowie für verschiedene Ost-Berliner Zeitungen und Zeitschriften, etwa für die *Tägliche Rundschau* und die *Neue Berliner Illustrierte* (NBI). In diesem Zusammenhang dürfte auch das folgende Foto entstanden sein (Abb. 7).

Unter Berücksichtigung des Blickwinkels und historischer Karten lässt sich relativ genau bestimmen, dass das Bild in der Fruchtstraße 65 aufgenommen wurde. In der Bildmitte mündet die Fruchtstraße auf den Küstriner Platz, der bereits von den Trümmern geräumt ist. Dahinter sieht man die ausgebrannte Ruine des alten Ostbahnhofs, dessen Dachkonstruktion in sich zusammengefallen ist. Auf dem Küstriner Platz ist ein einzelner Baum zu erkennen. Es handelt sich um die Platane, die heute noch an dieser Stelle steht.²⁹ Der Baum wirft einen kurzen Schatten. Die Sonne steht direkt im Süden. Es ist Mittagszeit. Die Platane ist jedoch noch kahl. Auch die Menschen sind noch dick angezogen. Vermutlich wurde das Bild also an einem der ersten sonnigen Frühlingstage im März oder April 1947 aufgenommen.³⁰

Im Bildvordergrund ist eine Frau mit einem etwa vierjährigen Kind zu erkennen. Wahrscheinlich handelt es sich um Mutter und Tochter, die als Allegorie des Neubeginns inszeniert werden. Das sorgsam komponierte Bild rückt das Mädchen in den Mittelpunkt, dessen lockiges blondes Haar in der Frühlingssonne glänzt. Die harten Winter 1945/46 und 1946/47

27 Zum Kriegsende am Küstriner Platz vgl. Uebel, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher, S. 63 f.

28 Einige Bilder Otto Donaths sind abgedruckt in Peter Kroh/Frank Schumann, Berlin nach dem Krieg. Unbekannte Bilddokumente, Berlin 2010.

29 Der etwa 150 Jahre alte Baum hat als einziges Relikt des alten Küstriner Platzes die Zeiten überdauert. Vgl. Uebel, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher, S. 11.

30 Im Landesarchiv Berlin ist unter der Signatur LArch F Rep. 290 64-87 ein Bild aus der gleichen Fotoserie Otto Donaths überliefert, das dasselbe Motiv zeigt. Das Foto aus dem Landesarchiv wird auf der Rückseite des Abzugs handschriftlich auf das Jahr 1945 datiert. Vieles spricht jedoch dafür, dass das Bild erst 1947 entstanden ist, wie das Bild aus dem Bundesarchiv datiert ist, da das Foto offensichtlich nicht vom Ende der Kampfhandlungen im Mai 1945 stammt, sondern zeigt, wie die Menschen sich in den Ruinen eingerichtet haben.



Abb. 7: Offene Wohnung am Küstriner Platz (1947), Foto: Otto Donath

scheinen überwunden. Der Blick der Mutter ruht auf dem spielenden Kind, mit dem sich die Hoffnung auf ein neues Leben verbindet. Das kleine Glück ist die klare Botschaft des Bildes. Das Foto besitzt jedoch auch einen dokumentarischen Wert und erzählt vom Leben in der Fruchtstraße nach dem Krieg. Am auffälligsten ist, dass die Wand zur Straße fehlt und der Blick ungehindert nach draußen dringt. Auch beim Nachbarhaus auf der anderen Straßenseite ist die Fassade eingestürzt. Nur die Grundmauern stehen noch und rahmen einen Trümmerberg. Trotz der offenkundigen

Zerstörung leben jedoch noch Menschen in den Ruinen. Obwohl die abgebildete Wohnung abrupt in einem Abgrund endet, bleibt der Frau mit dem Kind vermutlich keine andere Wahl, als in den Trümmern zu wohnen und das Beste aus der Situation zu machen. Sie hat sich und ihr Kind, so gut es geht, hübsch gemacht und die Haare unter einem Tuch verborgen. Zwei Wäscheleinen sind quer über den Raum gespannt, ein Wasserkübel dient als provisorische Spüle und drei notdürftig aus Dielen zusammengesammelte Kästen werden genutzt, um etwas Gemüse anzupflanzen. Nicht nur im Tiergarten, sondern auch in der Fruchtstraße gehen die Bewohner der Subsistenzwirtschaft nach, um ihr Überleben zu sichern. Zaghafte Triebe zeigen sich bereits gegen das grelle Sonnenlicht, das durch die zerstörte Wand in die offene Wohnung dringt. Die Wohnung wird zur Anbaufläche und ist für jedermann einsehbar.

An Privatheit war hier kaum zu denken. Es fehlte die Membran zwischen drinnen und draußen. In der Trümmerlandschaft von Berlin ließ sich nur schwer bestimmen, wo der öffentliche Raum endet und wo der private Raum beginnt. Die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit mussten neu ausgehandelt und errichtet werden. Im öffentlichen Straßenraum wurden die Trümmer rasch beseitigt, wie der Blick auf den Küstriner Platz zeigt. Die mediale Öffentlichkeit war befreit vom Nationalsozialismus und wurde zur Arena konkurrierender politischer Zukunftsvorstellungen. In allen vier Sektoren erschienen von den Alliierten lizenzierte Tageszeitungen. Bildreporter wie Otto Donath zogen durch die Ruinen und hielten die Atmosphäre des Neubeginns für die Zeitungen fest. Doch während die Öffentlichkeit aufblühte, war die Privatsphäre der meisten Menschen deutlich begrenzt. In der Wohnungsnot herrschte Zwangswirtschaft. Ausgebombte Personen erhielten Wohnraum in unzerstörten Wohnungen zugewiesen und mussten oft über Jahre in Privatwohnungen aufgenommen werden.³¹ Bekannte und fremde Menschen lebten dicht an dicht zusammen. Andere, wie die Frau auf dem Foto, mussten in den Ruinen wohnen bleiben. Offene Wohnungen wurden notdürftig mit Decken oder Bretterwänden gegen Wind und Kälte geschützt. Das abgebildete Foto mag als kleines privates Glück erscheinen, doch zeugt es vor allem von der begrenzten Privatheit im Berlin der frühen Nachkriegszeit.

Fünf Jahre später hielt der Fotograf Fritz Tiedemann (1915-2001) genau den umgekehrten Blickwinkel fest. Im Auftrag des Magistrats von Groß-Berlin dokumentierte er am 27. März 1952 den Bauzustand aller Häuser auf der Westseite der Fruchtstraße, so auch das Haus Nr. 65, in dem

³¹ Vgl. Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt, S. 393.

die Frau mit dem Kind fotografiert worden war. Arwed Messmer hat die 32 überlieferten Einzelbilder in der Architektursammlung der Berlinischen Galerie wiederentdeckt und digital zu einem großformatigen Straßenpanorama montiert, das das Erscheinungsbild der Fruchtstraße zu Beginn der 1950er Jahre auf einer Länge von 650 Metern wiedergibt.³² Mit seinen Fotos schuf Fritz Tiedemann unwillkürlich ein »visuelles Gedächtnis des Alltags und der Lebensbedingungen dieser Jahre«, wie Annett Gröschner in ihrem begleitenden Essay beschreibt.³³

Das Haus Fruchtstraße 65 (Abb. 8) weist noch immer deutliche Kriegsschädigungen auf. Die Fassade ist übersät mit Einschusslöchern, die von den Straßenkämpfen am Küstriner Platz herrühren. An einigen Stellen ist der Putz komplett abgefallen und gibt den Blick auf das darunter liegende Mauerwerk frei. Von den früheren Stuckelementen prangen nur noch wenige an der Häuserwand. Viele Fenster sind nur notdürftig aus mehreren kleineren Scheiben zusammengesetzt oder mit Pappen zugeklebt worden. Das gesamte vierte Obergeschoss fehlt; aus dem eingezogenen Flachdach ragen nur noch die übrig gebliebenen Kaminzüge deutlich hervor. Auf der linken Seite fehlt überdies ein Teil des dritten Stockwerks. Es dürfte sich genau um jene Stelle handeln, an der wenige Jahre zuvor die Frau mit dem Kind aufgenommen wurde. Inzwischen hat das zweite Obergeschoss, zu dem sich 1947 noch ein Abgrund geöffnet hatte, ein provisorisches Dach erhalten, und die offene Wohnung im dritten Geschoss scheint notdürftig mit einer neuen Seitenwand versehen worden zu sein. Im Nachbarhaus Nr. 66 zeigen die Fotos jedoch auch weiterhin noch offene Wohnungen, in denen das Mobiliar von der Straße aus deutlich zu sehen ist.

Im Erdgeschoss sind die großen Schaufenster des ehemaligen Ladengeschäfts zugemauert und durch zwei kleinere Fenster ersetzt worden, die durch Scherengitter gesichert werden. Es ist unklar, was sich hier hinter verbirgt. Nebenan gibt es weiterhin ein Kellergeschäft, in dem Lebensmittel verkauft werden, wie ein verblichener Schriftzug auf der Fassade verrät. Auf einer Tafel steht mit weißer Kreide das Angebot des Tages

32 Die Bilder wurden 2008 zuerst in der Berlinischen Galerie vorgestellt. Vgl. den Ausstellungskatalog: Florian Ebner/Ursula Müller (Hg.), *So weit kein Auge reicht. Berliner Panoramafotografien aus den Jahren 1949-1952*. Aufgenommen vom Fotografen Tiedemann. Rekonstruiert und interpretiert von Arwed Messmer, Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Berlinischen Galerie vom 2. November 2008 bis 22. Februar 2009, Berlin 2008. Die Bilder zur Fruchtstraße wurden 2012 in einer separaten Ausstellung im ehemaligen ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz 1 gezeigt. Vgl. den dazugehörigen Bildband von Annett Gröschner/Arwed Messmer, *Berlin, Fruchtstraße am 27. März 1952*, Ostfildern 2012.

33 Vgl. ebd., S. 8.

MOMENTAUFNAHMEN



Abb. 8: Fruchtstraße 65/66 (1952), Foto: Fritz Tiedemann, bearbeitet von Arwed Messmer (2008)

geschrieben: »Essig, Senf, Sauerkohl, trockenes Mehl, Prima rote Rüben und Erbsen«. Auf einem Handwagen vor dem Geschäft sind leere Obst- und Gemüsekästen aufgereiht. Zwei weitere Schilder fallen ins Auge. Das eine wirbt für den Zahnarzt Fritz Schläden, der weiterhin in der Fruchtstraße 65 praktiziert, das andere für das Groß-Varieté »Plaza« am Küstriner Platz, das zu diesem Zeitpunkt bereits abgerissen ist.

Die Momentaufnahme aus dem Jahr 1952 zeigt die Fruchtstraße in einem transitorischen Zustand. Der Verfall der maroden Bausubstanz aus dem Kaiserreich wurde durch den Krieg dramatisch beschleunigt. Viele Wohnungen waren unbewohnbar, zahlreiche Geschäfte waren geschlossen. Zugleich ging das alltägliche Leben in Form von vielen Provisorien weiter. Die Fruchtstraße bildete eine Gemengelage von notdürftigen Zwischennutzungen in einer überkommenen Struktur. Wenig davon erscheint allein typisch für den Ostteil der Stadt. Lediglich die drei Konsum-Verkaufsstellen, über denen politische Losungen für die Annahme der Stalin-Note vom 10. März 1952 werben, verraten, dass sich die Fruchtstraße in der DDR befindet.³⁴ Es bleibt unsichtbar, dass die

34 Auf den Losungen stand »Das deutsche Volk will keinen Bruderkrieg. Wir fordern den Abschluss eines Friedensvertrages!« Vgl. Gröschner, »Heute prima rote Rüben«, S. 133.

meisten Häuser zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im Privatbesitz waren, sondern bereits von der Vereinigung volkseigener Grundstücksverwaltungen Groß-Berlin verwaltet wurden.³⁵

An den Gebäuden der Fruchtstraße war bislang kaum etwas grundsätzlich instandgesetzt worden, denn die Häuser sollten in absehbarer Zeit abgerissen werden. Das war vermutlich der Grund für die fotografische Bestandsaufnahme.³⁶ Lediglich das Haus Nr. 52 war bereits renoviert worden und hatte eine neue Fassade aus Rauputz erhalten, weil es direkt an die Stalinallee grenzte, deren erster Grundstein zwei Monate zuvor gelegt worden war. Der Erdgeschosssockel des Blocks C-Süd wurde gerade aufgemauert, als Fritz Tiedemann die Fruchtstraße dokumentierte (Abb. 9).³⁷ Während der Bau der Stalinallee ansonsten öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt wurde, sollten Tiedemanns Fotos lediglich den Ist-Zustand für die vorläufige Zwischennutzung der Fruchtstraße festhalten. Sie waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. In der Vorstellung der SED lag die Zukunft nicht in den alten Mietskasernen der Fruchtstraße, sondern in den Arbeiterpalästen der Stalinallee.³⁸

Die Bauten der Stalinallee sind oft als öffentliche Demonstration des gesellschaftlichen Überlegenheitsanspruches der SED beschrieben worden.³⁹ Aus einer alltagsgeschichtlichen Perspektive bedeuteten sie jedoch auch einen Zugewinn an Privatheit. Zwar wurden in den Neubauten der Stalinallee viele Gemeinschaftsräume eingerichtet und von den Bewohnern die Mitwirkung an zahlreichen politischen Aktivitäten eingefordert. Die funktional geschnittenen Wohnungen der Stalinallee boten jedoch einen Komfort, der dem Gros der Bewohner, die sich nicht allein aus SED-Funktionären zusammensetzten, bis dahin unbekannt war. Auch viele einfache Arbeiter kamen erstmals in den Genuss einer eigenen

35 Vgl. ebd., S. 134.

36 Vgl. ebd., S. 135.

37 Im Bildhintergrund sieht man rechts neben der weißen Leiter unscharf das Stalin-Denkmal in etwa 400 Metern Entfernung.

38 Zufälligerweise fotografierte am 27. März 1952, also genau am selben Tag, an dem Fritz Tiedemann seine Fotos von der Fruchtstraße aufnahm, auch der Pressefotograf Horst Schettle die Baustelle am Block C-Süd der Stalinallee. Die Aufnahmen sind erhalten in einem Fotoalbum im Archiv des FHXB Museums und ausschnitthaft im Museum Digital einzusehen: <https://nat.museum-digital.de/index.php?t=objekt&xoges=462222&cachesLoaded=true> (29.4.2020).

39 Vgl. u. a. Thilo Köhler, *Unser die Straße – unser der Sieg. Die Stalinallee, Berlin 1993*; Wolfgang Ribbe, *Die Stalinallee als historisch-politischer Ort (1950-1955)*, in: Helmut Engel/Wolfgang Ribbe (Hg.), *Karl-Marx-Allee. Magistrale in Berlin*, Berlin 1996, S. 105-139, hier S. 117-122; Nicolaus/Obeth, *Die Stalinallee*, S. 49 f.

MOMENTAUFNAHMEN



Abb. 9: Fruchtstraße 52, Ausschnitt (1952), Foto: Fritz Tiedemann, bearbeitet von Arwed Messmer (2008)

Wohnung ohne Mitmieter und gravierende Wohnungsmängel.⁴⁰ Im Gegensatz zu den 80 Jahre alten, maroden Mietskasernen der Fruchtstraße boten die neuen Wohnungen in der Stalinallee den physischen Raum, der eine Privatsphäre für viele Menschen überhaupt erst zuließ, die jedoch vielfach kontrolliert war. Die Analogie zum Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion erschöpft sich nicht allein in dem architektonischen »Zuckerbäckerstil«, der in der Stalinallee adaptiert wurde. Auch

⁴⁰ Hierzu gehörte auch mein Vater, der durch freiwillige Arbeitsschichten als Steine-abklopfer und Aufbauhelfer das Anrecht auf ein Los im Auswahlverfahren für die Stalinallee erworben hatte. Auf diese Weise gelangte er 1953 zu seiner ersten eigenen Wohnung in der Stalinallee 110. Voraussetzung für die Teilnahme am Losverfahren waren 100 freiwillig geleistete Halbschichten zu je drei Arbeitsstunden, die in Aufbaukarten eingetragen wurden. Allein im Januar 1952 arbeiteten 45.000 Aufbauhelferinnen und -helfer auf der Baustelle der Stalinallee. Bis zum Jahresende leisteten sie über vier Millionen Stunden (mehr oder minder) freiwilliger Aufbauarbeit. Vgl. Nicolaus/Obeth, *Die Stalinallee*, S. 171-178; Braun/Schneider, *Die Karl-Marx-Allee*, S. 95.

in Bezug auf die Privatsphäre setzten die Bauten neue Maßstäbe. »Es entstand erstmals die sozial-räumliche Voraussetzung für die Entstehung eines Ortes, der der Einsicht von Nachbarn, zufälligen Besuchern und anderen als den engsten Familienmitgliedern verschlossen war.«⁴¹ Die öffentliche Vorzeigestraße diente auch der Entfaltung von Privatheit.

Offizielle Öffentlichkeit: Das Verlagsgebäude des »Neuen Deutschland«

1952 gab es noch eine weitere Großbaustelle in der Fruchtstraße. Am Küstriner Platz entstand ein neues Druckgebäude für das *Neue Deutschland* (ND).⁴² Die Produktion der 1946 gegründeten SED-Tageszeitung war zuvor über mehrere Standorte in der Stadt verteilt gewesen.⁴³ Dringend wurde ein großes Grundstück benötigt, das eine moderne Rotationsmaschine aufnehmen konnte.⁴⁴ 1952 kam es zum Abschluss eines langjährigen Pachtvertrages mit der Deutschen Reichsbahn, der das Gelände des alten Ostbahnhofs weiterhin gehörte.⁴⁵ Dessen Ruinen wur-

41 So Ingrid Oswald und Viktor Voronkov zum Wohnungsbauprogramm der 1950er Jahre in der Sowjetunion, das für einen Teil der Bevölkerung den Zwang aufhob, in den so genannten »Komunalkas« mit familienfremden Menschen zusammen in einer Wohnung zu wohnen. Vgl. Oswald/Voronkov, Licht an, Licht aus! »Öffentlichkeit« in der (post-)sowjetischen Gesellschaft, S. 49.

42 Zur Geschichte des *Neuen Deutschland* vgl. v.a. Burghard Ciesla/Dirk Külow, Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung »Neues Deutschland«, Berlin 2009; Burghard Ciesla, Zur Geschichte des »Neuen Deutschland«, in: Presse in der DDR. Beiträge und Materialien, hg. v. der Staatsbibliothek zu Berlin und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung, veröffentlicht am 29.3.2012. Der Beitrag findet sich online unter: http://pressegeschichte.docupedia.de/wiki/Neues_Deutschland_Version_1.0_Burghard_Ciesla (14.4.2016).

43 Der größte Teil der Redaktion saß seit Juni 1946 in der ehemaligen Brauerei auf dem Pfefferberg in Prenzlauer Berg, während die Druckerei noch bis 1948 in der Zimmerstraße lag. 1949/50 zog die Redaktion dann in die Mauerstraße um, während der Verlag und die Druckerei am Senefelderplatz verblieben. Außerdem gab es noch Druckereistandorte in der Saarbrücker Straße und in Treptow. Vgl. Ciesla/Külow, Zwischen den Zeilen, S. 34-40 sowie 78.

44 1950 wurde hierfür noch die Schaffung eines zusammenhängenden Medienkomplexes am Dönhoffplatz am Rande des alten Berliner Zeitungsviertels favorisiert. Diese Pläne wurden aber aus Kostengründen aufgegeben. Vgl. ebd. S. 70-77.

45 Der alte Ostbahnhof am Küstriner Platz wurde 1867 fertiggestellt und verband Berlin mit Königsberg. Mit der Eröffnung der Stadtbahn und dem Ausbau des Schlesischen Bahnhofs (des heutigen Ostbahnhofs) 1882 wurde der Personenverkehr im alten Ostbahnhof eingestellt. Nur das Restaurant mit dem Festsaal wurde zunächst weiterbetrieben. Außerdem wurde der Bahnhof von 1884 bis 1886 als Versuchsstation für Captivballons der Preußischen Armee genutzt. Danach diente er

den 1952 endgültig abgetragen, nachdem das Gebäude nach dem Krieg noch einmal provisorisch als Spielstätte der »Plaza« gedient hatte. Am 1. Januar 1953 wurde an derselben Stelle die neue Rotationsdruckerei des ND dem Betrieb übergeben. Die unmittelbare Nähe zur Stalinallee hatte eine symbolische Dimension und sollte die enge Verbindung des ND mit dem nationalen Aufbauprogramm zum Ausdruck bringen.⁴⁶ Das alte Bahnhofsgelände war auch deshalb geeignet, weil die Druckerei über ein verbliebenes Bahngleis direkt mit Papier beliefert werden konnte. Die neue Rotationsmaschine stammte aus der Sowjetunion. Das ND erschien daher von nun an im *Prawda*-Format und verkündete die »Wahrheit« der führenden Partei.⁴⁷

Doch die SED wollte noch höher hinaus. Vor dem Druckereigebäude sollte bereits in den 1950er Jahren ein repräsentatives Redaktionshochhaus im Stil der Stalinallee entstehen, bis die Planungen 1952/53 aus Kostengründen zurückgestellt wurden.⁴⁸ 1959 nahm der damalige ND-Chefredakteur Hermann Axen (1916-1992) den Gedanken jedoch wieder auf. Zum einen sollten sämtliche Produktionsprozesse der Zeitung nach jahrelangen Provisorien endlich in einem Gebäudekomplex konzentriert werden. Zum anderen galt es, eine ideologische Herausforderung anzunehmen: Am 25. Mai 1959 hatte Axel Cäsar Springer (1912-1985) an der Kreuzberger Kochstraße den Grundstein für sein neues Verlagshochhaus gelegt. Das Gebäude entstand direkt an der Sektorengrenze und sollte mit seiner goldenen Fassade für jedermann weithin sichtbar den »goldenen Westen« repräsentieren.⁴⁹ Diese architektonische Provokation des erklärten DDR-Gegners Springer wollte die SED nicht unbeantwortet lassen. Am Küstriner Platz sollte ein neues Redaktions- und Verwaltungsgebäude des *Neuen Deutschland* mit 15 Stockwerken entstehen.⁵⁰ Das Hochhaus wäre seinerseits bis weit nach West-Berlin sichtbar gewesen.

als Lagerhalle des Roten Kreuzes und als Quartier für Witwen von Bahnbeamten. Nach jahrzehntelangem Leerstand wurde das Bahnhofsgebäude 1929 zum Groß-Variété »Plaza« umgebaut. Zur Geschichte des Gebäudes vgl. detailliert Uebel, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher.

46 Vgl. Ciesla/Külow, *Zwischen den Zeilen*, S. 76.

47 Vgl. Uebel, *Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher*, S. 66.

48 Vgl. Moldt, *Das Viertel um den heutigen Ostbahnhof*, S. 142.

49 Zum Bau des Springer-Verlagshauses und dessen Bedeutung in der Systemkonkurrenz vgl. Stephanie Warnke-De Nobili, *Jerusalem Straße/Ecke Kochstraße. Anmerkungen zur Lage von Axel Springers West-Berliner Verlagshochhaus*, in: Günter Schlusche u. a. (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*, Berlin 2014, S. 16-23.

50 Vgl. Ciesla/Külow, *Zwischen den Zeilen*, S. 131-133.

Durch den Mauerbau verzögerten sich die Planungen jedoch und wurden erst Mitte 1963 wieder aufgenommen. Die Hochhausvariante wurde aus ökonomischen Gründen fallengelassen. Stattdessen sollte nun ein moderner Typenbau entstehen, in dem alle Betriebszweige des ND in einem modernen Pressekombinat untergebracht werden sollten.⁵¹ Nachdem im Juni 1968 das alte Druckereigebäude am Küstriner Platz abgerissen worden war, wurde am 6. Januar 1969 der Grundstein für den Neubau des Gebäudekomplexes mit Verlag, Redaktion, Setzerei und Druckerei des ND gelegt. Im März 1972 bezogen die ersten der etwa 800 Mitarbeiter den Neubau. Das Gebäude bestand aus einem siebenstöckigen Redaktions- und Verwaltungsgebäude am Küstriner Platz, zwei Zwischentrakten mit Großraumbüros, Bild- und Textarchiv, Kantinensaal sowie den daran anschließenden Produktionshallen I und II. Der Stahlbetonskelettbau der zweiten Produktionshalle hatte die Größe eines Fußballfeldes und besaß Stützspannweiten von 24 Metern. Hier standen die drei großen Druckmaschinen, die im Offset-Verfahren 150.000 Exemplare pro Stunde produzieren konnten. Die Kommunikation innerhalb des ND-Gebäudes lief über eine Rohrpostanlage, die das Haus zudem mit dem Berliner Verlag am Alexanderplatz verband. Die Kommunikation zu den dezentralen Druckstandorten des ND in Rostock, Halle, Erfurt und Dresden erfolgte über eine Bildfunkanlage auf dem Dach des ND-Gebäudes. Ende der 1980er Jahre wurde eine Gesamtauflage von 1,1 Mio. ND-Ausgaben gedruckt. Im ND-Gebäude wurden zudem noch die *Wochenpost*, die *Junge Welt*, die *Neue Deutsche Bauernzeitung*, die *Einheit* und andere Zeitschriften produziert.⁵²

Damit befand sich in der Fruchtstraße eines der wichtigsten Zentren der parteistaatlichen Öffentlichkeit in der DDR. Bereits 1950 hatte Chefredakteur Rudolf Herrnstadt (1903-1966) programmatisch klargemacht, welche Aufgaben dem ND zukommen sollten: »Das Parteiorgan wird nicht herausgegeben, um Menschen zu unterhalten oder um Geld zu verdienen. Es wird herausgegeben, um Politik zu machen, um einen politischen Kampf zu führen.«⁵³ Seit 1950 saß der ND-Chefredakteur im SED-Politbüro und war verantwortlich für die »Übersetzung der Beschlüsse der Partei auf die Massen«.⁵⁴ Zwar kam es nach dem Mauerbau zu Reformexperimenten: Seit dem 3. Januar 1965 erschien das ND mit modernem blauen Titel und versuchte, stärker als bisher eine »Tribüne der ganzen Gesellschaft« zu sein. Doch mit dem berüchtigten II. Plenum

⁵¹ Vgl. ebd., S. 168.

⁵² Vgl. Uebel, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher, S. 70f.

⁵³ Zitiert in Ciesla, Zur Geschichte des »Neuen Deutschland«.

⁵⁴ Vgl. ebd.

des ZK («Kahlschlagplenum») im Dezember 1965 war diese kurze Tauwetterperiode wieder zu Ende. Spielräume gab es anschließend nur noch in den Ressorts Wissenschaft, Kultur und Sport. Unter der Leitung von Joachim Herrmann (1928-1992) in der Ära Honecker erstarrte das ND in den 1970er und 1980er Jahren schließlich weitgehend zum propagandistischen Verkündungsorgan, dem es zunehmend an Realitätsbezug fehlte.⁵⁵

Als Zentrum der offiziellen Öffentlichkeit wirkte das ND auch auf das Stralauer Viertel zurück. Die alte Fruchtstraße erschien nicht mehr angemessen für das neue ND-Gebäude. Am 5. April 1971 wurde die Fruchtstraße in Straße der Pariser Kommune umbenannt. Den Anlass bildete der 100. Jahrestag des Aufstandes in Frankreich.⁵⁶ Ein Jahr später, zum 24. März 1972, erfolgte im Zuge der feierlichen Übergabe des neuen ND-Gebäudes die Umbenennung des Küstriner Platzes in Franz-Mehring-Platz.⁵⁷ Die Redaktionsadresse sollte lieber den Namen des Historikers und Publizisten der deutschen Arbeiterbewegung tragen als den Namen einer nunmehr polnischen Stadt.⁵⁸ Bei den Umbenennungen wurde die Bedeutung der Gegend rund um die frühere Fruchtstraße für die Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstands hervorgehoben.⁵⁹ Die SED knüpfte auf diese Weise bewusst an die proletarischen Traditionen des alten Stralauer Viertels an.

55 Vgl. Ciesla/Külow, *Zwischen den Zeilen*. Aus dezidiert totalitarismustheoretischer Sicht vgl. auch Gunther Holzweissig, *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Medien-geschichte der DDR*, Köln u. a. 2002.

56 Zur feierlichen Umbenennung waren etwa 3000 Menschen gekommen. Oberbürgermeister Herbert Fechner erinnerte daran, dass die Straße Schauplatz von bedeutenden Kämpfen der Arbeiterklasse gewesen sei. Mitglieder der Kampfgruppen enthüllten unter den Klängen der »Internationale« das neue Straßenschild. Siehe *Neues Deutschland*, 6. April 1971, S. 8.

57 Im ND hieß es hierzu kurz: »Hunderte Berliner Werktätige und Einwohner des Stadtbezirks Friedrichshain wohnten am Freitagnachmittag der Umbenennung des Küstriner Platzes in Franz-Mehring-Platz bei. Bezirksbürgermeister Hans Höding würdigte das Wirken des Politikers und Journalisten Franz Mehring, des Mitbegründers der KPD, der auf das engste mit dem revolutionären Kampf der Arbeiter verbunden war. Heute säumen den traditionsreichen einstigen Stell- und Demonstrationsplatz der KPD moderne neue Wohnhochhäuser.« *Neues Deutschland*, 25. März 1972, Seite 8.

58 Die Umbenennung stand im Kontext einer ganzen Reihe von Straßennamensänderungen zu Beginn der 1970er Jahre, bei denen Straßen, die den Namen von Städten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten trugen, Namen von Vorkämpfern der Arbeiterbewegung oder von antifaschistischen Widerstandskämpfern erhielten. Vgl. Daniela Guhr, *Berlin Prenzlauer Berg – Straßen und Plätze. Mit der Geschichte leben*, Berlin 1991, S. 22.

59 Siehe etwa *Neues Deutschland*, 22. April 1971, S. 12.

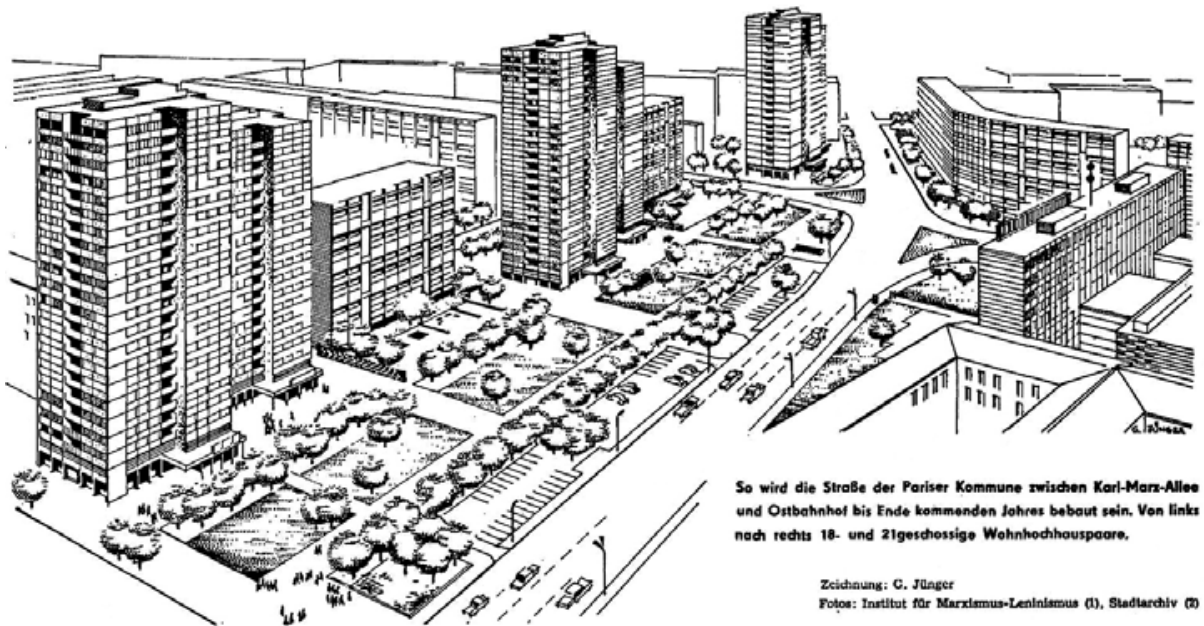


Abb. 10: Ansicht zur Neugestaltung der Straße der Pariser Kommune (1971). Das neue ND-Gebäude befindet sich ganz rechts im Bild.

Zugleich veränderte sich der Stadtraum rund um das ND-Gebäude grundlegend. Von 1971 bis 1973 entstanden an der Straße der Pariser Kommune drei 21-stöckige Punkthochhäuser und zwei elfgeschossige P₂-Wohnscheiben (Abb. 10). Die 2500 neuen Wohnungen sollten einen Beitrag zur »Lösung der Wohnungsfrage« darstellen, die auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 als oberstes Gebot formuliert wurde und an der sich die Partei messen lassen wollte. Das ND diente insbesondere auch dazu, die Fortschritte in der Wohnungsfrage öffentlich zu proklamieren. Entsprechend wichtig war das unmittelbare Umfeld der Zeitungszentrale. Auf die neuen Wohnhäuser folgten soziale Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten, Polytechnische Oberschulen, Turnhallen und eine Kaufhalle.⁶⁰ Die Neugestaltung der Straße der Pariser Kommune hatte jedoch noch einen weiteren Zweck: Nahe der Berliner Mauer gelegen, sollte die neue bauliche Übersichtlichkeit auch der besseren Überwachung im Vorfeld der nahegelegenen Staatsgrenze dienen.⁶¹ Hierfür mussten die alten Mietskasernen weichen. Einen Monat nach der Übergabe des ND-Gebäudes wurde das Haus in der Fruchtstraße 60 (nunmehr Straße der Pariser Kommune 26), in dem die SAG ihre Wohnungs-

⁶⁰ Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 66.

⁶¹ Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 23.

umfrage durchgeführt hatte, vom VEB Kombinat Tiefbau gesprengt. Von der alten Fruchtstraße blieben nur sieben Häuser stehen.⁶²

Abriss, Neubau und privates Glück:
»Die Legende von Paul und Paula«

Die Sprengung der Mietskasernen bildet eines der einprägsamsten Motive des DEFA-Films »Die Legende von Paul und Paula«.⁶³ Sowohl am Anfang als auch im Abspann des Spielfilms sieht man die alten Häuser des Stralauer Viertels in sich zusammenfallen. Der Film von Heiner Carow (1929-1997) wurde im Juni und Juli 1972 in der Singerstraße gedreht, die am Franz-Mehring-Platz auf die Straße der Pariser Kommune stößt. Im Hintergrund ist mehrfach das neue ND-Gebäude zu sehen. Nach seiner Uraufführung am 14. März 1974 im nahegelegenen Kino »Kosmos« auf der Karl-Marx-Allee zog der Film über 3 Mio. Zuschauer in der DDR an.⁶⁴ Neben der Hauptdarstellerin Angelica Domröse (geb. 1941) und der Musik der Puhdys verdankte sich der Publikumserfolg vor allem der dargestellten sexuellen Freizügigkeit sowie der Offenheit, mit der gesellschaftliche Probleme angesprochen wurden. Der Film war zugleich Resultat und Ausdruck der veränderten Kulturpolitik und der kurzen gesellschaftlichen Aufbruchstimmung in der frühen Ära Honecker.⁶⁵

Erzählt wird die tragikomische Liebesgeschichte eines ungleichen Paares. Paula (Angelica Domröse) lebt in einem verfallenen Altbau in der Singerstraße, auf dessen Hinterhof sich noch ein altes Flohokino befindet.⁶⁶ Sie hat jedoch nicht die Zeit, um sich die Kinofilme anzuschauen, sondern muss vor dem Haus mühevoll die aufgetürmten Kohlebriketts auflesen, um ihre unsanierte Wohnung warm zu bekommen. Als alleinerziehende Mutter und Kassiererin in einer Kaufhalle teilt sie die

62 Vgl. Gröschner, »Heute prima rote Rüben«, S. 135 f.

63 »Die Legende von Paul und Paula«, DDR 1973, 105 min, Regie: Heiner Carow, Drehbuch: Ulrich Plenzdorf.

64 Vgl. Warnke, Stein gegen Stein, S. 271. 1975 wurde der Film erstmals auch in der Bundesrepublik gezeigt.

65 Nach Angelica Domröses öffentlichem Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns, mit der das kulturpolitische Tauwetter der frühen Honecker-Zeit endete, wurde der Film jedoch für einige Zeit verboten. Vgl. Stefan Zahlmann, Die Legende von Paul und Paula, in: Heinz B. Heller/Matthias Steinle (Hg.), Filmgenres – Komödie, Stuttgart 2005, S. 360-364, hier S. 361.

66 Das dargestellte Kino »Elektra-Lichtspiele« befand sich von 1907 bis 1960 tatsächlich in der Warschauer Straße. In der Singerstraße hat es nie ein Kino gegeben.

Doppelbelastung vieler ostdeutscher Frauen.⁶⁷ Paul (Winfried Glatzeder) ist dagegen ein junger aufstrebender Funktionär im Ministerium für Außenhandel, der in einem neu errichteten elfstöckigen Zeilenhochhaus auf der anderen Straßenseite eine moderne Wohnung bezogen hat. Seine Ehe mit der ungebildeten Tochter einer alten Schaustellerfamilie verläuft indes glücklos. In einer Diskothek lernen sich Paul und Paula kennen und beginnen eine leidenschaftliche Affäre. Doch schon bald zieht sich Paul zurück, da er seine Karriere nicht wegen einer Scheidung aufs Spiel setzen möchte. Paula entscheidet sich aus Verzweiflung, eine Beziehung mit einem älteren Reifenhändler (Fred Delmare) einzugehen, der sie schon lange verehrt und ihr Sicherheit und Wohlstand bieten kann. Endlich bekennt sich Paul zu ihr und kann sie zurückerobern. Beide bekommen ein gemeinsames Kind, dessen Geburt Paula nicht überlebt. Während Paul mit den Kindern in seiner Neubauwohnung weiterlebt, stirbt Paula so wie das alte Mietskasernenviertel um sie herum.⁶⁸

Der Film dokumentiert nicht nur den städtebaulichen Umbruch im Osten Berlins. Paul und Paula verkörpern auch den sozialen Wandel, der damit einherging. Als alleinerziehende Mutter gehört Paula ebenso wie die vielen alten Menschen, die in ihrem Haus wohnen, zum prekären Milieu, das in den alten Mietskasernen verblieben war. Als Funktionär besitzt Paul mit seiner Familie dagegen das Privileg, bereits in einem der neuen Plattenbauten zu leben, denen die Zukunft gehören soll. Der Film thematisierte somit auf recht unverblümmte Weise Phänomene sozialräumlicher Ungleichheit in der DDR.⁶⁹ Er lässt sich zugleich als Kritik an dem städtebaulichen Wandel lesen, der sich seit den 1970er Jahren in vielen ostdeutschen Altbauvierteln vollzog, wie Stephanie Warnke argumentiert: »Der Film Heiner Carows drückte [...] zum ersten Mal so deutlich in den Medien der DDR das Unbehagen über den Abriss ganzer Stadtteile aus.«⁷⁰ Dabei handelte es sich nicht nur um eine Beschreibung von Übergangsproblemen. Auch im Ostteil der Stadt lässt sich schon zu Beginn der 1970er Jahre eine (zaghafte) Abkehr von den radikalen Modernisierungseuphorien der Nachkriegszeit erkennen. Hier gibt es

67 Vgl. hierzu Leonore Ansorg/Renate Hürtgen, *The Myth of Female Emancipation. Contradictions in Women's Lives*, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Dictatorship as Experience. Towards a Socio-cultural History of the GDR*, New York 1999, S. 163-176, hier S. 169.

68 Vgl. Gröschner, »Heute prima rote Rüben«, S. 135.

69 Zur sozialen Ungleichheit in der DDR vgl. Jens Gieseke, *Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus – eine Skizze*, in: *Zeithistorische Forschungen* 10 (2013) H. 2, S. 171-198, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2013/id=4493>.

70 Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 272.

bemerkenswerte Parallelen in der Entwicklung von Friedrichshain und Kreuzberg.

Die Beseitigung der alten Mietskasernen, deren Abriss lange Zeit gesamtgesellschaftlicher Konsens war, wurde von einigen Menschen nunmehr als Verlust empfunden. Dies geschah nicht nur, weil die neuen Bauten nicht hielten, was sie versprachen, sondern auch, weil sich durch die Entdichtung in den Altbauten inzwischen neue Lebensentwürfe entwickelt hatten, die mehr Individualität versprachen. Dies ist das zentrale Thema des Films. Die Formen der Häuser werden mit den gegensätzlichen Lebensentwürfen von Paul und Paula verknüpft.⁷¹ Während Paul sein individuelles Glück (zunächst) ganz und gar der Verantwortung gegenüber dem Kollektiv unterordnet, verlangt Paula vom Leben mehr als immer nur »schlafen, arbeiten und wieder schlafen«. Sie sucht nach ihrem individuellen Glück und lebt es in ihrer Wohnung aus. Der Höhepunkt des Films ist die »Flower-Power«-Szene in Paulas mit Blumen übersättem Bett, in der sie Paul kulinarisch verführt und ihn mit auf eine Traumreise zu ihren Vorfahren nimmt, die als Flussschiffer auf der Elbe und der Spree unterwegs waren. Das Streben nach dem privaten Glück, so die Botschaft des Films, ist legitim.⁷² Paradoxe Weise findet es sich eher in den verschwindenden Altbauten als in den raumgreifenden neuen Zeilenhochhäusern, die als Sinnbild für den sozialen Anpassungsdruck in der Gesellschaft der DDR der 1970er Jahre inszeniert werden.⁷³

Das Streben nach dem privaten Glück hat für Paula letztlich harte Konsequenzen. Sie stirbt, weil sie das Kind von Paul austragen möchte, obwohl ihr das besondere körperliche Risiko bewusst ist, das eine erneute Entbindung für sie birgt.⁷⁴ Das ostdeutsche Publikum nahm diesen Lebensentwurf jedoch begeistert auf. Als Kunstfigur bot Paula ein hohes Identifikationspotential. Literatur, Kunst und Film, in denen das Recht auf persönliche Entfaltung im Privaten öffentlich thematisiert wurde, spielten in der DDR eine ganz besondere Rolle. »Eine Gesellschaft, in der viele Themen mit Tabus belegt waren und in der man zahlreiche Dinge nicht öffentlich artikulieren konnte, produzierte ihre eigenen Helden und Kulte: Sie manifestierten sich in der Überhöhung einzelner Romane und Gedichte, in der Verehrung von Schriftstellern, Sängern, Theater- und Musikensembles, die jeweils ein spezifisches Publikum

⁷¹ Vgl. ebd., S. 269.

⁷² Vgl. Zahlmann, Die Legende von Paul und Paula, S. 363.

⁷³ Vgl. Warnke, Stein gegen Stein, S. 267.

⁷⁴ Paulas Filmtod entspricht geradezu idealtypisch der feministischen Filmtheorie von Laura Mulvey, *Visual and other Pleasures*, Bloomington 1989, S. 14-26.

ansprachen.«⁷⁵ Der Film »Die Legende von Paul und Paula« war in der DDR besonders populär, weil er öffentlich die soziale Ungleichheit im Staatssozialismus thematisierte, frühzeitig Unbehagen an der radikalen Sanierungspolitik artikulierte und nicht zuletzt den Anspruch auf individuelles Glück im Privaten formulierte.

Bis heute ist »Die Legende von Paul und Paula« einer der populärsten DEFA-Spielfilme überhaupt. Er ist zugleich ein Zeitdokument für den radikalen städtebaulichen Wandel, der dem ehemaligen Stralauer Viertel seine heutige Gestalt gegeben hat. Die Straße der Pariser Kommune hat mit der alten Fruchtstraße nur noch wenig gemein. Sie wird bis heute dominiert von den Plattenbauten der 1970er Jahre. Und doch hat sich in der Straße der Pariser Kommune in den zweieinhalb Jahrzehnten seit dem Mauerfall einiges verändert. Das *Neue Deutschland* ist 2005 nach einem langen Rechtsstreit wieder zurück in das angestammte Verlags- haus am Franz-Mehring-Platz gezogen – nun allerdings als einer von vielen weiteren Mietern, zu denen u. a. die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Werkstätten der drei Berliner Opernhäuser gehören.⁷⁶ Neben dem Verlagsgebäude eröffnete 2007 in einem sechsstöckigen Plattenbau das so genannte »Ostel«, ein Jugendhostel, das zum größten Teil mit DDR-Originalmobiliar eingerichtet ist und »eine Zeitreise zurück ins Ost-Berlin der 70er und 80er Jahre« verspricht.⁷⁷ Das »Ostel« ist eine der prägnantesten Ausformungen der retrospektiven Aneignung und Vermarktung der DDR, die gemeinhin als »Ostalgie«⁷⁸ bezeichnet wird und sich inzwischen verstärkt an internationale Touristen richtet, denen der Retro-Chique des DDR-Designs gefällt. Großen Zuspruch bei der stetig wachsenden Zahl der Berlin-Besucher genießt auch das »Berghain«, das sich in einem ehemaligen Heizkraftwerk hinter dem ND-Gebäude befindet und zu den bekanntesten Techno-Clubs Berlins gehört.⁷⁹ Auch der alte Postbahnhof am Ostbahnhof wird inzwischen als Veranstaltungsort

75 Rittersporn/Behrends/Rolf, Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs, S. 18.

76 Zwischenzeitlich saß das ND von 1995-2005 im ehemaligen Kraftwerksgebäude am Berliner Osthafen. Vgl. Ciesla/Külow, Zwischen den Zeilen, S. 221; Uebel, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher, S. 77.

77 So die Eigenwerbung auf der Homepage des »Ostel«: <https://www.ostel.eu> (14.4.2016).

78 Zum Phänomen der »Ostalgie« vgl. Thomas Ahbe, »Ostalgie« als eine Laien-Praxis in Ostdeutschland. Ursachen, psychische und politische Dimensionen, in: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001, S. 781-802.

79 Der Name des Clubs leitet sich aus dem Bezirksnamen Friedrichshain-Kreuzberg ab. Siehe die Homepage: <http://www.berghain.de> (14.4.2016).

genutzt. Das Postgelände am südlichen Ende der Straße der Pariser Kommune ist zur Party-Location geworden.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass genau an diesem Ort vor 1989 massenweise die Privatsphäre der DDR-Bürger verletzt wurde. Im Postamt O 17 kam seit 1950 das Gros der »Westpakete« an, für deren Kontrolle die Abteilung M/4 des Ministeriums für Staatssicherheit zuständig war. Zugleich wurden im Postamt O 17 Briefe und Pakete, die in den Westen adressiert waren, geöffnet und gelesen.⁸⁰ Hier zeigt sich noch einmal deutlich, wie stark die SED-Diktatur in die Privatsphäre der Bürger eingriff. Die Straße der Pariser Kommune war somit ein Ort, der beispielhaft für das staatssozialistische Verständnis von Öffentlichkeit und Privatheit steht. Die gelenkte Medienöffentlichkeit im ND-Gebäude auf der einen Seite und die Paketkontrollen im Postamt O 17 auf der anderen Seite bildeten gewissermaßen die beiden Pole dieser diktatorischen Herrschaftspraxis. Die Ausprägungen und Vorstellungen von Öffentlichkeit und Privatheit unterlagen jedoch nicht nur den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen, sondern waren ebenso abhängig von der lokalen stadträumlichen Struktur. Wohnungselend, Kriegszerstörung und Stadtsanierung haben die Straße nachhaltig geprägt und das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in Friedrichshain zu einem großen Maße mitbestimmt.

80 Allein zwischen 1984 und 1989 wurden hier 32 Mio. DM aus den Paketen entnommen und dem DDR-Staatshaushalt zugeführt. Vgl. Detlef Krenz, Postamt O 17. Von der »Brief-Annahme-Expedition« zum Postzentrum am Ostbahnhof, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 135f.

Kreuzberger Gegenöffentlichkeiten

Kunst und Öffentlichkeit am Chamissoplatz

Der Film »Berlin Chamissoplatz« mag als Pendant zur »Legende von Paul und Paula« gesehen werden.¹ Auch er erzählt die Liebesgeschichte eines ungleichen Paares vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Sanierungspraxis. Der Spielfilm von Rudolf Thome (geb. 1939) wurde im Sommer 1980 am Chamissoplatz in Kreuzberg gedreht, kurz nachdem die Gegend zum Sanierungsgebiet erklärt worden war.² Er beginnt mit einem 360-Grad-Schwenk über den Chamissoplatz, bei dem sich die Kamera mithilfe eines Krans von den Dächern Berlins bis hinunter auf die Ebene der Straße schraubt. Dabei sieht man die gründerzeitlichen Fassaden der Häuser am Chamissoplatz, die den Krieg überstanden haben, aber inzwischen einen verfallenen Eindruck machen. Von zahlreichen Fenstern hängen Transparente, die das Sanierungsgeschehen in West-Berlin und die Protesthochburgen in der Bundesrepublik kommentieren (»Gorleben soll leben«). Auf der Straße findet das Chamissoplatzfest statt, mit dem der Mieterladen am Chamissoplatz über die geplante Sanierung im Kiez aufklären möchte.³

Dies ist der Rahmen für eine zurückhaltend inszenierte Liebesgeschichte: Anna (Sabine Bach) studiert Soziologie und engagiert sich im Mieterladen. Sie wohnt in einer einfachen Hinterhauswohnung mit Außenklo.⁴ Martin (Hanns Zischler) ist fast 20 Jahre älter und arbeitet in einem Architektenbüro, das mit der Sanierung am Chamissoplatz beauftragt ist. Er lebt getrennt von Frau und Kind in einer großen bürgerlichen Wohnung in Charlottenburg. Beide lernen sich bei einem Interview kennen, das Anna für den Mieterladen mit dem Architekten führt. Dabei tauschen sie phrasenhaft ihre unterschiedlichen Positionen aus. Während er lebenswerten Wohnraum schaffen und dafür das

1 »Berlin Chamissoplatz«, Bundesrepublik Deutschland 1980, 112 min, Regie: Rudolf Thome, Drehbuch: Rudolf Thome und Jochen Brunow.

2 Grundlegend zur Sanierungsgeschichte des Chamissoplatzes: Bremer u. a., Kreuzberg Chamissoplatz. Allgemein zur Geschichte des Platzes: Lothar Uebel, Am Berg gebaut. Über hundert Jahre Chamissokiez, Berlin 1994; Karin Dittmar, Eine »Insel« im Großstadtmeer Berlin: Der Chamissoplatz, in: Ellen Röhner (Hg.), Mit den Augen des Fremden. Adelbert von Chamisso – Dichter, Naturwissenschaftler, Weltreisender, Berlin 2004, S. 209-223.

3 Zum tatsächlichen Mieterladen am Chamissoplatz siehe S. 304 ff.

4 Bei dem Haus handelt es sich um die Arndtstraße 15.

Blockinnere entkernen möchte, agitiert sie für die Instandsetzung der Seitenflügel und Quergebäude. Bald nimmt sie wieder Kontakt mit ihm auf, um konkret zu erfahren, ob auch ihr Hinterhaus abgerissen werden soll. Martin fühlt sich zu ihr hingezogen und bietet seine Mitarbeit an. Als er im Mieterladen vertrauliche Informationen zur geplanten Sanierung preisgibt, schneidet Annas Freund Jörg die Aussagen heimlich mit, woraufhin sich Anna von ihm trennt und eine Beziehung mit Martin eingeht. Dieser bricht völlig aus seiner Routine aus, fährt mit ihr nach Italien und bekennt seine Liebe mit einer Botschaft auf der gegenüberliegenden Brandmauer. Als Martins vertrauliche Informationen schließlich in der Zeitung des Mieterladens abgedruckt werden, schüttet er Jörg Rotwein ins Gesicht, setzt sich in sein Auto und fährt davon. Anna leiht sich jedoch einen Wagen und eilt ihm hinterher. Die Liebesgeschichte schließt mit einem offenen Ende.⁵

Rudolf Thomes Film ist in erster Linie eine moderne Beziehungsgeschichte, die von der französischen Filmkunst Jean-Luc Godards und Jacques Rivettes inspiriert wurde und auf ein sehr unterschiedliches Kritikerecho stieß.⁶ Der Regisseur gab selbst zu, dass es ihm bei dem Film vor allem um eine »Liebesgeschichte in einer ganz präzisen Umgebung« gegangen sei.⁷ Das Sanierungsgeschehen am Chamissoplatz bildete für Thome nur eine Hintergrundfolie. Dennoch besitzt der Film in mehrfacher Hinsicht einen dokumentarischen Wert. Thome, der damals selbst am Chamissoplatz wohnte, hielt den Zustand des Sanierungsgebiets und die darum kreisenden Debatten in einem besonderen historischen Moment fest. Ein Jahr zuvor war der Chamissoplatz im Zuge der vierten Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten vom 25. Oktober 1979 als Sanierungsgebiet ausgewiesen worden.⁸ Als Sanierungsträger bestimmte der Senat die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GEWOBAG), die zu 81 Prozent im Besitz des Landes Berlin war und seit 1975 durch den Ankauf zahlreicher Mietshäuser am

5 Zum Film aus rein filmwissenschaftlicher Sicht vgl. Rüdiger Tomczak, *Zu Berlin Chamissoplatz* (1980), in: Ulrich Kriest (Hg.), *Formen der Liebe. Die Filme von Rudolf Thome*, Marburg 2010, S. 119-122.

6 Vgl. Hans C. Blumenberg, *Eine Liebe in Deutschland. Die Radikalität der Gefühle*, in: *Die ZEIT*, 19. Dezember 1980, S. 29 f. Bei der Premiere auf den Hofer Filmtagen am 1. November 1980 gab es Buh-Rufe. 1982 erhielt der Film dagegen den Gildefilmpreis in Silber von der Gilde deutscher Filmkunsttheater.

7 Im Interview zum Presseheft gab es keinen einzigen Hinweis zum Setting des Films im Sanierungsgebiet. Vgl. die Webseite von Rudolf Thome: <http://www.moana.de/FilmeDeutsch/DCh/DChIv.html> (14.4.2016).

8 Vgl. Bremer u. a., *Kreuzberg Chamissoplatz*, S. 42.

Chamissoplatz aktiv geworden war.⁹ Das Neuordnungskonzept sah den vollständigen Abriss der Seitenflügel und Quergebäude (etwa 30 Prozent der Bausubstanz) vor. Dies führte zu der erhitzten öffentlichen Debatte, die in dem Film eingefangen wird.¹⁰ Vor allem der 1978 gegründete Mieterverein setzte sich als offiziell anerkannter Vertreter der Bewohner gegen den Abriss der Seitenflügel und Quergebäude ein und forderte stattdessen eine Instandsetzung der Häuser. Der bezahlbare Wohnraum sollte in Abstimmung mit den Mietern erhalten bleiben.¹¹

Um seine Ziele zu erreichen, wollte der Mieterverein eine Gegenöffentlichkeit schaffen. Der Film zeigt die Maßnahmen, die der Verein hierfür auch in Wirklichkeit unternahm. In der Willibald-Alexis-Straße wurde ein Mieterladen eingerichtet, der als Anlaufstelle für alle Aktivitäten diente.¹² Eine eigene Stadtteilzeitung *Unter Mietern* sollte ein Gegengewicht zur Informationspolitik von Senat und Sanierungsträger bilden. Und ein Mieterfest sollte über die Aktivitäten des Mietervereins berichten und die Bewohner mobilisieren. Hierfür scheuten die Aktivisten vor den etablierten Medien zurück – im Film meiden sie den Kontakt zur »Abendschau« des SFB. Stattdessen sollten der Senat, der Sanierungsträger und die beteiligten Bauunternehmen öffentlich vorgeführt werden. In einer der Schlüsselszenen des Films äußert Anna ihr Befremden, dass Martins Aussagen heimlich mitgeschnitten wurden, um sie anschließend zu veröffentlichen. Ihr Freund Jörg weist ihre Empörung zurück: »Die beknackten Spielregeln der bürgerlichen Öffentlichkeit waren doch für uns noch nie Maßstab [...]. Wir können doch nicht darauf verzichten, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, nur weil Du diesem Architekten ein bisschen zu tief in die Augen geschaut hast!«¹³

Der Film »Berlin Chamissoplatz« verhandelt das Verhältnis von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit, das im Zuge von Oskar Negts und Alexander Kluges Kritik am Begriff der bürgerlichen Öffentlichkeit ein Leitthema des linksalternativen Milieus der 1970er Jahre war.¹⁴ »Unter Gegenöffentlichkeit verstand man eine Öffnung der Demokratie und eine zunächst insbesondere auf die lokale Ebene bezogene Meinungsvielfalt, eine aktionistische und emanzipative Strategie der Selbstmobilisierung sowie eine Aufhebung des Sender-Empfänger-Modells durch die kollektiv und in Selbstorganisation hergestellten Alternativmedien«,

9 Vgl. ebd., S. 24; Uebel, *Am Berg gebaut*, S. 27.

10 Vgl. Bremer u. a., *Kreuzberg Chamissoplatz*, S. 38 und 104.

11 Vgl. ebd., S. 48.

12 Vgl. Uebel, *Am Berg gebaut*, S. 27.

13 Filmzitat, »Berlin Chamissoplatz«, 0:36:30.

14 Vgl. Negt/Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung*.

wie Sven Reichardt definiert.¹⁵ Der Film spitzt die Auseinandersetzung um die Gegenöffentlichkeit mit den Mitteln der Kunst zu – ohne selbst dezidiert Partei zu ergreifen.

Damit stand der Film nicht allein. Gerade am Chamissoplatz wurde seit den ausgehenden 1970er Jahren intensiv mit Kunstformen experimentiert, die einen öffentlichen Beitrag zur Sanierungsproblematik darstellen sollten und sich hierin vielfach als Gegenöffentlichkeit verstanden. Dies knüpfte an die Tradition des Chamissoplatzes an, der bereits ein Jahrzehnt zuvor als »Berliner Montmartre« bezeichnet wurde, weil sich hier gut ein Dutzend Künstler niedergelassen hatten.¹⁶ Im Zentrum dieser (Selbst-)Zuschreibung stand der Berliner Maler-Poet Kurt Mühlenhaupt (1921-2006), dessen naiv-expressionistische Kunst das urbane Leben in Kreuzberg thematisierte.¹⁷ Mühlenhaupt war 1970 mit seinem Atelier an den Chamissoplatz gezogen und verkörperte wie kein anderer die so genannte »Kreuzberger Bohème« der 1960er/70er Jahre.¹⁸

Um 1980 brachte jedoch eine neue Generation ihre Kunst an den Chamissoplatz. Viele kamen aus Westdeutschland, nicht zuletzt, um dem Wehrdienst zu entgehen, und fanden in den leerstehenden Geschäften günstige Voraussetzungen, um Kunst und Handwerk lokal zu etablieren.¹⁹ Hierzu gehörte auch Werner Tammen (geb. 1953), der 1973 aus Wilhelmshaven nach West-Berlin gekommen war, um an der Pädagogischen Hochschule Deutsch und Geschichte zu studieren.²⁰ Gemeinsam mit dem Zeichner und Karikaturisten Ernst Volland (geb. 1946), der ebenfalls aus Wilhelmshaven kam, verkaufte er bereits während des Studiums politische Plakate an den bundesdeutschen Universitäten. Ein weiterer Freund aus Wilhelmshaven wohnte am Chamissoplatz und hatte erfahren, dass im Haus Nr. 6 eine alte Bäckerei frei wurde. So entstand der Gedanke, in den vorderen Geschäftsräumen einen Plattenladen für

15 Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 221.

16 Gespräch mit Hugo Hoffmann (9.5.2015). Hoffmann (geb. 1947) gründete 1972 in der Neuenburger Straße 17 das Atelier-Handpresse, das gleichzeitig als Lesebühne, Museum, Ideenschmiede, Bildergalerie und Künstlertreffpunkt diente und bis heute existiert. Vgl. Hugo Hoffmann/Kunstamt Kreuzberg (Hg.), *Die unmögliche Art Bücher zu machen. 25 Jahre Atelier-Handpresse*, Katalog zur Ausstellung im Kreuzbergmuseum vom 15. Februar bis zum 13. April 1998, Berlin 1998, S. 8.

17 Vgl. Ulrike Schwartzkopff-Lorenz, *Kurt Mühlenhaupt – eine Künstlermonographie*, Dissertation: Freie Universität Berlin 2008, v. a. S. 39.

18 Vgl. Lang, *Mythos Kreuzberg*, S. 114-119, sowie Stiftung Stadtmuseum Berlin (Hg.), *Maler der Liebe. Kurt Mühlenhaupt zum 80. Geburtstag*, Katalog zur Ausstellung vom 26. August bis 4. November 2001, Berlin 2001. Zur »Kreuzberger Bohème« siehe auch S. 276-280 im vorliegenden Buch.

19 Vgl. Bremer u. a., *Kreuzberg Chamissoplatz*, S. 72.

20 Gespräch mit Werner Tammen (12.5.2015).

den DKP-nahen pläne-Verlag einzurichten, während hinten in der alten Backstube Veranstaltungen stattfinden sollten. Im Sommer 1979 lud Werner Tammen zu seiner ersten Ausstellung ein, die politische Karikaturen von Pelle Igel (1905-1982), einem alten Antifaschisten, zeigte.²¹ Dies war der Beginn der Galerie am Chamissoplatz, die in den 1980er Jahren Kultstatus errang (Abb. 11).

Die Galerie zeigte ein ganz anderes Programm als die wenigen anderen Galerien, die es zuvor in Kreuzberg gab.²² Im Gegensatz zur »Zinke« in der Oranienstraße, die durch Lesungen von Günter Grass Bekanntheit errungen hatte, zeigte die Galerie am Chamissoplatz nicht den poetischen Realismus der »Kreuzberger Bohème«,²³ sondern vor allem satirische Ausstellungen mit Comics, Karikaturen und Cartoons. »Wir waren die ersten in ganz Deutschland, die Satire ausstellten«, betont Werner Tammen.²⁴ Zu den ausgestellten Künstlern gehörten der spätere *stern*-Karikaturist Gerhard Haderer (geb. 1951), der österreichische Karikaturist Manfred Deix (geb. 1949), der Berliner Maler Michael Sowa (geb. 1945) sowie der Comic-Zeichner Gerhard Seyfried (geb. 1948), dessen Kreuzberger Bilderbögen über viele Jahre hinweg die Wahlplakate der Berliner Grünen schmückten. Als Tammen die »Werner«-Comics von Wilhelm Feldmann alias Brösel (geb. 1950) ausstellte, besuchten innerhalb von sieben Wochen mehr als 20.000 Menschen die kleine Galerie am Chamissoplatz, darunter zahlreiche Motorradrocker. Die Satire ging so weit, dass Tammen zusammen mit Ernst Volland und Wolfgang Krolow den französischen Künstler Blaise Vincent erfand, um dem West-Berliner Kunstbetrieb einen Spiegel vorzuhalten. Große Teile der Berliner Presse fielen darauf herein. Die Kunstfigur wurde irgendwann so erfolgreich, dass ihre Erfinder den Geist, den sie gerufen hatten, nicht mehr los wurden und es einige Mühe bereitete, den eigenen Schwindel aufzuklären.²⁵

21 Vgl. Hans W. Korfmann, Geld hat mich nie interessiert. Portrait des Galeristen Werner Tammen, in: Kreuzberger Chronik, Ausgabe 144, Februar 2013, <http://www.kreuzberger-chronik.de/chroniken/2013/februar/mensch.html> (23.6.2015).

22 Gespräch mit Werner Tammen (12.5.2015).

23 Im Gegensatz zur abstrakten Malerei, die in den Galerien Charlottenburgs ausgestellt wurde, dominierte seit den 1960er/70er Jahren in Kreuzberg eine Malerei und Druckgraphik, die die Widersprüche der alltäglichen Wirklichkeit auf realistische Weise künstlerisch umsetzte. Vgl. Schwartzkopff-Lorenz, Kurt Mühlenhaupt, S. 39.

24 Zitiert in: Korfmann, Geld hat mich nie interessiert.

25 Vgl. Hans W. Korfmann, Ich mach's auch umsonst. Portrait des Künstlers Ernst Volland, in: Kreuzberger Chronik, Ausgabe 145, März 2013, <http://www.kreuzberger-chronik.de/chroniken/2013/maerz/mensch.html> (23.6.2015).



Abb. 11: Galerie am Chamissoplatz (1980er Jahre), Foto: Werner Tammen

Die anarchische Kunst lehnte sich an die unkonventionellen Aktionsformen der »Spontis« an. In dem verzweigten politischen Spektrum der West-Berliner Linken²⁶ stand Tammen jedoch den so genannten »ADS-en« (Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten – ADS) nahe, ehe er später in die SPD eintrat.²⁷ Es war für Tammen eine politische Entscheidung, die Galerie in Kreuzberg und nicht etwa im bürgerlichen Charlottenburg aufzumachen.²⁸ Über das Programm der Galerie, die bis 1987 als Kollektiv geführt wurde, gab es lange Konzeptdiskussionen im Plenum. So wurden etwa grundsätzliche Debatten darüber geführt, ob die Ausstellungskataloge von Unternehmen vorfinanziert werden sollten. Die Galerie am Chamissoplatz verstand sich als neue Bewegung, die auf die aktuellen politischen Ereignisse reagierte, vor allem auf die Hausbesetzungen in Kreuzberg.²⁹

Im Frühjahr 1981 waren auch am Chamissoplatz und in den umliegenden Straßen rund ein Dutzend Häuser besetzt.³⁰ Der Streit zwischen

26 Zur Bandbreite des linken Spektrums vgl. für die Bundesrepublik Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 10-14.

27 Die Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS) war die studentische Organisation der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW).

28 Gespräch mit Werner Tammen (12.5.2015).

29 Ebd.

30 Vgl. Uebel, *Am Berg gebaut*, S. 28. Insgesamt wurden im Zeitraum 1980-83 am Chamissoplatz 17 Häuser besetzt. Acht davon wurden später legalisiert, die übrigen

KREUZBERGER GEGENÖFFENTLICHKEITEN

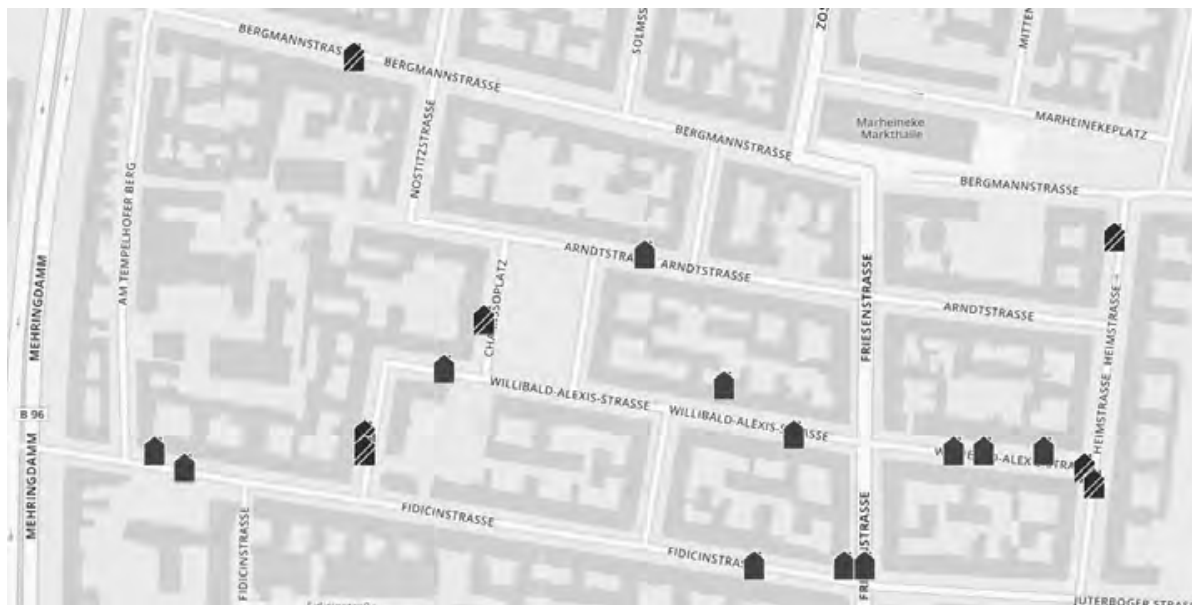


Abb. 12: Karte der besetzten Häuser am Chamissoplatz im Jahr 1981. Der Chamissoplatz befindet sich in der Kartenmitte. Die durchgestrichenen Häuser wurden im Laufe des Jahres 1981 geräumt.

der GEWO BAG und den Bewohnern des Viertels hatte sich zugespitzt. Der großflächige Leerstand von Wohnungen in Sanierungserwartung hatte dazu geführt, dass wie auch in anderen Teilen Kreuzbergs und Schönebergs ganze Häuser besetzt wurden, um sie vor dem Abriss oder der befürchteten »Luxusmodernisierung« zu bewahren. Die Besetzer ignorierten private Eigentumsrechte und suchten billigen bzw. kostenfreien Wohnraum, was zu zahlreichen gewaltsamen Räumungen durch die Polizei führte. Auch am Chamissoplatz tobte der West-Berliner Häuserkampf (Abb. 12).

Die Galerie am Chamissoplatz lag im Brennpunkt des Geschehens und griff die Thematik auf künstlerische Weise auf. So zeigte die Galerie zwei Fotoausstellungen von Wolfgang Krolow (1950-2019), der der Hausbesetzerbewegung einige ihrer visuellen Ikonen gab. Aufgewachsen bei Kaiserslautern, hatte Krolow zunächst Bildhauerei in Mannheim studiert, ehe er 1972 nach Berlin ging, um an der Hochschule der Künste Grafik-Design zu studieren. Bereits während des Studiums arbeitete er als Fotojournalist für linke Printmedien. Seit 1977 lebte er am Chamissoplatz und hielt das Leben im Kiez mit seiner Kamera fest. Seine erfolgreichen Fotobücher »Kinder in Kreuzberg« (1979), das »Instandbesetzer

geräumt oder freiwillig verlassen. Vgl. Bremer u. a., Kreuzberg Chamissoplatz, S. 62 (mit Karte).



Abb. 13: Akrobatin in der Fidicinstraße (1988), Foto: Wolfgang Krolow

Bilderbuch« (1981) und »Seiltänze« (1982) machten Krolow über die Grenzen des Bezirks hinaus bekannt.³¹ Sie wurden Ausdruck eines West-Berliner Lebensgefühls in den 1980er Jahren und vielfach in Zeitschriften, Magazinen, Katalogen und als Postkarten veröffentlicht.³² Krolows Kreuzberg-Bilder trugen nicht nur zur Politisierung, sondern auch zu einer neuartigen Ästhetisierung des alten Arbeiterbezirks bei (Abb. 13).

Die politische Kunst diente der Selbstverständigung der Hausbesetzerbewegung. Sie kreierte eine Gegenöffentlichkeit im Hinterhof. Im Falle der Galerie am Chamissoplatz ist dies wörtlich zu verstehen, denn in der alten Backstube auf dem Hof fanden begleitend zu den Ausstellungen von Wolfgang Krolow politische Diskussionsveranstaltungen statt, auf denen über die Sanierungspolitik des Senats gestritten wurde. Eine Zeit lang gab es in der Backstube jedes Wochenende Programm: Die Autoren der Satirezeitschrift *Titanic* lasen aus ihren Texten vor, der Schauspieler

³¹ Siehe Wolfgang Krolow, *Kinder in Kreuzberg*, Text: Erika Runge, Berlin 1979²; Ders., *Instandbesetzer Bilderbuch*, mit einem Vorwort von Peter-Paul Zahl, Berlin 1981²; Ders./Werner Orlovsky/Rolf Hosfeld/Peter-Paul Zahl, *Seiltänze. Ein Fotobuch aus Kreuzberg*, Berlin 1982.

³² Zur Biographie Wolfgang Krolows vgl. einführend Röhner/Steffen, *Stillstand und Bewegung*, S. 108.

Uwe Müller führte Hörspiele von Heiner Müller (1929-1995) auf³³ und der Kabarettist und Wortakrobat Martin Buchholz (geb. 1942) stellte sich erstmals einem größeren Publikum vor.³⁴ Mit ihren satirischen Ausstellungen und dem begleitenden Veranstaltungsprogramm entwickelte sich die Galerie am Chamissoplatz zu einem wichtigen Experimentierfeld einer künstlerischen Gegenöffentlichkeit, die sich dezidiert als eine solche verstand. Wenn Kunst aus dem Knast gezeigt wurde, verband sich hiermit eine politische Botschaft, die sich gegen die »herrschenden Strukturen« richtete. Ihr Publikum fand die Galerie jedoch auch weit bis ins »bürgerliche Lager«. Um zu existieren, musste die Galerie die Kunstwerke verkaufen – und verkaufte dadurch die politischen Ideale in den Augen mancher Aktivisten gleich mit. Im Zuge der Professionalisierung des Galeriebetriebs kam es nach und nach zum Bruch mit den radikaleren Vertretern des Mieterrats, die der Galerie vorwarfen, inzwischen selber ein Teil des »Mainstreams« geworden zu sein.³⁵

Geschichte und Öffentlichkeit: Die Geschichtswerkstatt und das Kreuzbergmuseum

1983 machte Werner Tammen eine eher ungewöhnliche Ausstellung. Anlässlich des 50. Jahrestags der nationalsozialistischen »Machtergreifung« zeigte er zusammen mit Krista Tebbe (geb. 1948), der Leiterin des Kunstamts Kreuzberg, die Ausstellung »So politisch war ick nich ...« zum Jugendalltag in Kreuzberg um 1933.³⁶ Gemeinsam mit dem Lokalhistoriker Lothar Uebel (geb. 1951) hatte Tammen die Geschichte von

33 Vgl. Hans W. Korfmann, Wir haben nichts verdient, wie haben alle nur überlebt. Portrait des Schauspielers Uwe Müller, in: Kreuzberger Chronik, Ausgabe 146, April 2013, <http://www.kreuzberger-chronik.de/chroniken/2013/april/mensch.html> (23.6.2015). Werner Tammen interessierte sich auch für Bildende Künstler aus der DDR und stellte sie seit 1988 am Chamissoplatz aus. Gespräch mit Werner Tammen (12.5.2015).

34 Ebd.

35 Vgl. Korfmann, Geld hat mich nie interessiert. 1990/91 verließ die Galerie von Werner Tammen den Chamissoplatz und zog in die nah gelegene Fidicinstraße.

36 Parallel dazu gab es im Kunstamt Kreuzberg eine Ausstellung mit dem Titel »Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich«. Gemeinsam zu beiden Ausstellungen erschien eine Begleitpublikation: Kunstamt Kreuzberg/Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e. V./Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz (Hg.), Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, Katalog zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 29. September 1983 im Kunstamt Kreuzberg und zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 10. September 1983 in der Galerie am Chamissoplatz, Berlin 1983.

wilden Cliques in Kreuzberg untersucht, in denen sich Arbeiterjugendliche selbst zusammengeschlossen hatten.³⁷ Dabei verfolgten sie den Weg der überwiegend antifaschistisch orientierten Cliques von der Weimarer Republik bis in die Zeit des Nationalsozialismus, in der die meisten der Gruppen zerschlagen wurden. Hierfür recherchierten Tammen und Uebel nicht nur seltenes Fotomaterial, sondern führten gemeinsam mit einigen Mitstreitern zahlreiche Zeitzeugengespräche, die in der Ausstellung und in der aus Lotto-Mitteln finanzierten Begleitpublikation umfassend wiedergegeben wurden.

Durch den Oral History-Ansatz sollten die Erinnerungen der noch lebenden Zeitzeugen festgehalten werden. Die Ausstellung diente jedoch auch dem Zweck, die Leute aus dem Kiez zu aktivieren und zusammenzubringen. Zum ersten Mal kamen auch ältere Bewohner in die Galerie am Chamissoplatz und trugen dazu bei, eine »rein linke Nische« zu öffnen.³⁸ Vor allem aber verknüpfte sich mit der historischen Widerstandsthematik die Hoffnung auf eine gesellschaftliche Sensibilisierung und politische Mobilisierung in der Gegenwart. So heißt es im Vorwort zur Begleitpublikation, immer wieder hätten sie bei den Gesprächen die Frage gestellt: »Habt ihr nicht gemerkt, wohin das führen würde? Nicht als historische Frage, sondern um eine andere beantworten zu können: Ob wir fähig zum Widerstand gewesen wären und sein werden.«³⁹

Die Programmatik, auf Grundlage von Zeitzeugenerinnerungen Alltagsgeschichte und Widerstand zu untersuchen und dies mit politischem Engagement in der Gegenwart zu verbinden, stammte maßgeblich von der Berliner Geschichtswerkstatt,⁴⁰ die 1981 nur unweit entfernt im

37 Vgl. Werner Tammen/Lothar Uebel, Edelhirsch, Edelweiß und Ostpiraten. Wilde Cliques in Kreuzberg, in: Kunstamt Kreuzberg/Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e. V./Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz (Hg.), Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, Katalog zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 29. September 1983 im Kunstamt Kreuzberg und zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 10. September 1983 in der Galerie am Chamissoplatz, Berlin 1983, S. 78-85.

38 Gespräch mit Werner Tammen (12.5.2015).

39 Krista Tebbe/Werner Tammen, Vorwort, in: Kunstamt Kreuzberg/Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e. V./Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz (Hg.), Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, Katalog zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 29. September 1983 im Kunstamt Kreuzberg und zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 10. September 1983 in der Galerie am Chamissoplatz, Berlin 1983, S. 7.

40 Zur Geschichte der Berliner Geschichtswerkstatt vgl. v. a. Gisela Wenzel, »Grabe, wo Du stehst«. Zwei Jahrzehnte Berliner Geschichtswerkstatt, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hg.), Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Bewegung! Stillstand. Aufbruch?, Hamburg 2004, S. 45-58; Jenny

Kreuzberger MehringHof gegründet worden war.⁴¹ Zu den etwa 80 Gründungsmitgliedern gehörten viele Studenten, die von den Universitäten enttäuscht waren, sowie Lehrer, Soziologen, Sozialarbeiter, Künstler und einige Historiker. Viele waren engagiert in den Neuen Sozialen Bewegungen und standen der Hausbesetzerszene nahe.⁴² Die Berliner Geschichtswerkstatt, der rasch viele weitere Geschichtswerkstätten in der Bundesrepublik folgten, war Teil des neuen historischen Interesses, das sich um 1980 gleichermaßen im linken wie im rechten politischen Meinungsspektrum Bahn brach.⁴³ Im Gegensatz zur konservativen Geschichtspolitik Helmut Kohls (1930-2017), der aus der Geschichte wieder verstärkt eine affirmative nationale Identität abzuleiten versuchte und damit Befürchtungen einer geschichtspolitischen »Normalisierung« auslöste, setzte die neue linke »Geschichtsbewegung« auf Traditionskritik und Fragmentarisierung.⁴⁴ Sie grenzte sich gleichermaßen vom nationalstaatlichen Geschichtsbegriff und von der Vereinskultur traditioneller Heimatvereine ab⁴⁵ und versuchte der etablierten akademischen Geschichtsschreibung an den Universitäten eine »Geschichte von unten« entgegenzusetzen.⁴⁶ Als Vorbilder dienten der Geschichtswerkstatt hierfür die britischen »history workshops«, der linke Zürcher Buchhändler Theo Pinkus (1909-1991) sowie der schwedische Schriftsteller Sven

Wüstenberg, Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb. The Berliner Geschichtswerkstatt. A Case Study in Activist Memory Politics, in: *German Studies Review* 32 (2009), S. 590-618.

- 41 Die Gründungsversammlung fand am 23. Januar 1981 statt. Zur offiziellen Gründung der Berliner Geschichtswerkstatt e. V. kam es aus vereinsrechtlichen Gründen erst am 25. Mai 1981. 1983 zog die Berliner Geschichtswerkstatt in einen Laden in der Schöneberger Goltzstraße, um sichtbarer und zugänglicher zu sein als im MehringHof (zum MehringHof siehe S. 284-290). Dort hat sie bis heute ihren Sitz. Vgl. Wüstenberg, Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb, S. 594f. und 600f.
- 42 Vgl. ebd., S. 593.
- 43 Zur Geschichte der Geschichtswerkstätten in Deutschland dominieren die Erinnerungen der ehemaligen Beteiligten selbst: Vgl. einführend: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, *Geschichtswerkstätten. Aus wissenschaftlicher Perspektive vgl. bislang v. a. Etta Grotrian, Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren*, in: Wolfgang Hardtwig/Alexander Schug (Hg.), *History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt*, Stuttgart 2009, S. 243-253.
- 44 Vgl. Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, S. 113.
- 45 Vgl. Wenzel, »Grabe, wo Du stehst«, S. 45.
- 46 Auf besondere Kritik stieß hierbei die historische Sozialwissenschaft der »Bielefelder Schule«, deren maßgebliche Vertreter ihrerseits scharf gegen die so genannten »Barfußhistoriker« der Geschichtswerkstätten polemisierten. Vgl. Thomas Lindenberg/Michael Wildt, *Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39 (1989), S. 393-411.

Lindquist (geb. 1932), der das populäre Motto »Grabe, wo Du stehst« geprägt hatte.⁴⁷ Wichtige methodisch-konzeptionelle Impulse gingen überdies von den alltagsgeschichtlichen Forschungen Alf Lüdtkes (geb. 1943) und Lutz Niethammers (geb. 1939) sowie vom amerikanischen Oral History-Ansatz aus.⁴⁸ Die Mitglieder der Geschichtswerkstatt führten zahllose Zeitzeugengespräche, um die Berliner Alltags-, Lokal- und Frauengeschichte zu rekonstruieren. Dabei variierten die Themen von der Geschichte der Industrialisierung über die Wohnverhältnisse der einfachen Leute in der Weimarer Republik bis hin zur Geschichte der Nachkriegszeit. Das zentrale Thema der Berliner Geschichtswerkstatt war jedoch die Geschichte des Nationalsozialismus.⁴⁹

Der 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme brachte 1983 einen enormen Aufschwung für die Berliner Geschichtswerkstatt. Der Berliner Senat hatte den anstehenden Jahrestag trotz des gewandelten geschichtspolitischen Klimas außer Acht gelassen und lagerte seine Verantwortung für das Gedenken bereitwillig aus. Neben anderen Initiativen – wie etwa Werner Tammens Ausstellung in der Galerie am Chamissoplatz – erhielt die Berliner Geschichtswerkstatt beträchtliche staatliche Mittel für das dezentrale Projekt »Spurensicherung«, das die Geschichte des Widerstands und des Alltags unter der NS-Herrschaft in mehreren Stadtvierteln untersuchte und in drei viel beachteten Ausstellungen mündete.⁵⁰ Rückblickend bilanzierte der linksalternative Berliner Kulturrat e. V.,⁵¹ der die freien Initiativen zum 50. Jahrestag von 1933 koordiniert hatte: »Dokumente und alte Zeitungen wurden gesammelt, Rundgänge durchgeführt, Fotoalben, Akten und private Nachlässe durchstöbert, Zeitzeugen befragt. Auf diese Weise ist die politische Kultur und Gegenöffentlichkeit in dieser Stadt um eine wesentliche Komponente reicher geworden.«⁵²

In der Tat ging es der Berliner Geschichtswerkstatt dezidiert darum, eine alternative Öffentlichkeit zu schaffen.⁵³ »They felt a need to create a Gegenöffentlichkeit (counter public) and then wrestle definitional pow-

47 Anregungen gab es auch von den Ost-Berliner Vertretern der kulturwissenschaftlichen Richtung der Alltagsgeschichte um Dietrich Mühlberg. Vgl. Wenzel, »Grabe, wo Du stehst«, S. 48 u. 52.

48 Vgl. Wüstenberg, Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb, S. 595.

49 Vgl. Wenzel, »Grabe, wo Du stehst«, S. 46.

50 Vgl. Lindenberger/Wildt, Radikale Pluralität, S. 396.

51 Zum Berliner Kulturrat vgl. Thijs, Drei Geschichten, eine Stadt, S. 166.

52 Berliner Kulturrat e. V. (Hg.), 750 Jahre Berlin. Guter (Kultur)Rat ist gar nicht so teuer, Berlin 1984, S. 16.

53 Maren Büttner, »Wer das Gestern versteht – kann das Morgen verändern!« Deutsche Geschichtswerkstätten gestern und heute, in: Sabine Horn/Michael Sauer

er over the past (and thus the future) away from the establishment«, wie Jenny Wüstenberg urteilt.⁵⁴ Es ging also nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die Zukunft. (Lokal-)Geschichte galt als gefährlich für das Establishment, wenn man nur die richtigen Fragen stellte. Sie war kein Selbstzweck, sondern sollte politisches Engagement vor Ort auslösen, Einsichten für gegenwärtige Auseinandersetzungen liefern und die ansässigen Menschen motivieren, politisch zu denken. Geschichte sollte zeigen, dass die Gesellschaft demokratisch verändert werden kann.⁵⁵ Durch das »Nachspüren verborgener Widerstandspotentiale« wurden historische Kämpfe in die Gegenwart verlagert.⁵⁶ Zugleich ging es der Berliner Geschichtswerkstatt darum, Zeugnisse der gegenwärtigen Auseinandersetzungen für die zukünftige historische Forschung zu sichern. So wurden im unabhängigen Archiv der Geschichtswerkstatt auch Dokumente der Hausbesetzerszene aufbewahrt.⁵⁷ Die neue Geschichtsbewegung begann frühzeitig, sich selbst zu dokumentieren.

Das Selbstverständnis einer »öffentlichen Wissenschaft« führte zu neuen Darstellungsformen der Geschichtsvermittlung. Hierzu gehörten Theateraufführungen, Videos, Stadtführungen und mobile Ausstellungen.⁵⁸ So diente ein ausrangierter Doppeldeckerbus als »Mobiles Museum«, um Ausstellungen direkt am historischen Ort zeigen zu können.⁵⁹ Im Juni 1984 richtete die Berliner Geschichtswerkstatt ein großes Geschichtsfest aus, zu dem mehr als 700 Teilnehmer in den Kreuzberger Mehringhof kamen. Das Fest diente nicht nur der Vernetzung der zahlreichen bundesdeutschen Initiativen, die sich ein Jahr zuvor zum Dachverband Geschichtswerkstatt e. V. zusammengeschlossen hatten.⁶⁰ Die vielen Workshops, Stadtführungen, Theateraufführungen, Musik-

(Hg.), *Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen*, Göttingen 2009, S. 112-120, hier S. 115.

54 Wüstenberg, *Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb*, S. 594.

55 Vgl. ebd., S. 596.

56 Vgl. Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*, S. 114.

57 Vgl. Wüstenberg, *Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb*, S. 595.

58 Vgl. Büttner, *Deutsche Geschichtswerkstätten gestern und heute*, S. 115. Die Ausstellungen der Berliner Geschichtswerkstatt wurden 1988 als Teil des deutsch-deutschen Kulturaustauschs, der zwischen Erich Honecker und Eberhard Diepgen vereinbart worden war, sogar in Ost-Berlin gezeigt. Vgl. Wüstenberg, *Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb*, S. 608.

59 1987 zeigte die Geschichtswerkstatt im »Mobilen Museum« Götz Alys Ausstellung über die »Euthanasie-Aktion T4« direkt am historischen Ort in der Tiergartenstraße 4. Vgl. Wenzel, »Grabe, wo Du stehst«, S. 51.

60 Vgl. Peter Schöttler, *Die Geschichtswerkstatt e. V. Zu einem Versuch, basisdemokratische Geschichtsinitiativen und -forschungen zu vernetzen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 420-424.

vorstellungen und Ausstellungen sollten auch dazu beitragen, die Arbeit der Geschichtswerkstätten der Öffentlichkeit vorzustellen und neue Mitstreiter zu gewinnen. Das Berliner Geschichtsfest markierte den Höhepunkt der Geschichtswerkstättenbewegung in Deutschland.⁶¹

Im Rahmen des Geschichtsfests fand auch die erste historische Dampferfahrt der Berliner Geschichtswerkstatt statt.⁶² Hieraus entwickelte sich 1984 die so genannte »Dampfergruppe«. Die Mitglieder um Jürgen Karwelat (geb. 1951) charterten einen Ausflugsdampfer der Reederei Riedel und führten die ersten historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff durch. Ausgehend von der Kottbusser Brücke in Kreuzberg verlief die Strecke im Wesentlichen den Landwehrkanal rauf und runter, da die Spree zu einem Großteil zu Ost-Berlin gehörte. Der Landwehrkanal passte indes gut zum Konzept der Geschichtswerkstatt, da sich entlang seiner Ufer die Geschichte der Industrialisierung und Urbanisierung Berlins sowie die Lebens- und Wohnverhältnisse der einfachen Berliner besonders anschaulich erzählen ließen.⁶³ Hierfür unternahmen die Mitglieder der Dampfergruppe während des Winterhalbjahrs umfangreiche Recherchen und verfassten dicke Mappen mit historischen Informationen.⁶⁴ Im Sommer fuhren dann jedes zweite Wochenende die Dampfer. Das Format sprach sich schnell herum. Die Berliner *Abendschau* berichtete über die häufig ausverkauften Fahrten. Anzeigen in der *Zitty* und in der *Berliner Morgenpost* lockten immer weitere Fahrgäste auf die Schiffe, die begierig die Broschüren zur Route auf dem Landwehrkanal kauften.⁶⁵ Die Dampferfahrten avancierten somit nicht nur zur

61 Vgl. Wüstenberg, *Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb*, S. 593.

62 Zu den historischen Dampferfahrten der Geschichtswerkstatt vgl. Hanno Hochmuth, *Vom alternativen Stadtrundgang zur kommerziellen Videobustour. Historische Authentizität im Berliner Geschichtstourismus*, in: Christoph Bernhardt/Martin Sabrow/Achim Saupe (Hg.), *Gebaute Geschichte. Historische Authentizität im Stadtraum*, Göttingen 2017, S. 285-300, hier 291-294.

63 Ein lebendiges Bild von den Historischen Dampferfahrten der Geschichtswerkstatt bietet ein Radiofeature auf RIAS Berlin vom 13.10.1984. Das Feature ist vollständig transkribiert und abgedruckt in: Hanno Hochmuth, *Theorie und Alltag. Detlev Peukert und die Geschichtswerkstätten*, in: *Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus* 31 (2015), S. 159-174.

64 Gespräche mit Christa Jancik (23.5.2014) und Susanne Köstering (5.6.2014). Beide waren seit 1984 Mitglieder der Dampfergruppe der Berliner Geschichtswerkstatt.

65 Siehe Jürgen Karwelat, *Passagen. Geschichte am Landwehrkanal*, Berlin 1984; Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Landgang in Berlin. Stadtgeschichte an Landwehrkanal und Spree*, Berlin 1987; Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Neue Passagen. Stadtgeschichte am Landwehrkanal*, Berlin 1996.

wichtigsten Einnahmequelle,⁶⁶ sondern bildeten rasch das öffentliche Aushängeschild der Berliner Geschichtswerkstatt. Auf unkonventionelle und öffentlichkeitswirksame Weise gelang es der Geschichtswerkstatt so, »ihre« Geschichte zu vermitteln und in den Stadtraum zu tragen.

Die historischen Dampferfahrten der Berliner Geschichtswerkstatt waren Teil eines linken Geschichtstourismus, der sich in West-Berlin zu Beginn der 1980er Jahre fest etablierte. Hierzu gehörten etwa die historischen Stadtwanderbücher von Joachim Berger,⁶⁷ die die lokalen Widerstandstraditionen bis ins Mittelalter verfolgten,⁶⁸ und die alternativen Stadtführungen des Vereins StattReisen,⁶⁹ der 1981/83 schrittweise aus der älteren Weddinger Geschichtswerkstatt hervorgegangen war.⁷⁰ Zu den Mitbegründern von StattReisen gehörte unter anderem

- 66 Die Einnahmen aus den Dampferfahrten finanzierten im Wesentlichen das Ladenlokal in der Goltzstraße und bildeten eine wichtige Rückfalloption für den Verein. Dies war nicht unumstritten. Die Mitglieder der Geschichtswerkstatt sollten nicht in finanzielle Abhängigkeit von Dampfertouren geraten. Vielmehr sollte weiterhin der Spaß an der historischen »Aufklärung« im Mittelpunkt stehen. Die beiden Mitglieder der Dampfergruppe, die auf den Fahrten arbeitsteilig die Kasse und die Stadtführung übernahmen, erhielten lediglich eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 10 DM pro Stunde. Gespräch mit Thomas Lindenberger (3.6.2014).
- 67 Joachim Berger war ein Lehrer mit Berufsverbot, der sich auf das Verfassen historischer Stadtführer verlegte.
- 68 Im Vorwort seines Kreuzberg-Wanderbuchs schrieb Berger: »Schon immer hatten Unterschichten und Randgruppen ihre eigene Kultur. Eine besondere Lebensweise, widrige Verhältnisse zu meistern. Und immer hat diese Kultur einen rebellischen Zug besessen, indem sie dem Druck der Oberen Widerstand von unten entgegensetzte.« Berger, Kreuzberger Wanderbuch, S. 13.
- 69 Der Name StattReisen (mit Doppel-T) verwies in dreifacher Hinsicht auf den alternativen Charakter der Stadtführungen: Anstatt in die Ferne zu verreisen, sollten Berliner die eigene Stadt untersuchen. Anstatt mit dem Bus vorbeizurauschen, sollten Touristen die Stadt zu Fuß erkunden. Anstatt der Haupt- und Staatsgeschichte sollten auf kritische Weise soziale Zusammenhänge und eine »Geschichte von unten« vermittelt werden. Der von Winfried Ripp konzipierte Rundgang »Hallo, Roter Wedding« reagierte auf die Abrisspolitik im Wedding und erkundete das Vorleben der Häuser und die kommunistische Vorgeschichte des Wedding. Zu den Stationen gehörten u. a. das ehemalige Obdachlosenasyl »Wiesenburg«, das alte AEG-Betriebsgelände, ehemalige Nazi-Folterstätten, besetzte Häuser sowie die Überreste des einstigen Kurbetriebes und der späteren Vergnügungs- und Kinomeile an der Badstraße. Es ging um die kritische Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart. Dabei diente die Geschichte des Widerstands als Vorbild für aktuelle Konflikte mit der Staatsgewalt. Gespräch mit Jörg Zintgraf (4.6.2014). Vgl. Hochmuth, Vom alternativen Stadtrundgang zur kommerziellen Videobustour, S. 287-291.
- 70 Die Weddinger Geschichtswerkstatt entstand 1979, also bereits zwei Jahre vor der Berliner Geschichtswerkstatt. Vgl. Wüstenberg, Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb, S. 597.

Martin Düspohl (geb. 1957).⁷¹ Zum Abschluss seines Studiums der Erziehungswissenschaften und Soziologie an der Freien Universität Berlin verfasste er 1983 eine Diplomarbeit über die Kreuzberger Heimatausstellung.⁷² Darin beschrieb er nicht nur die wechselvolle Geschichte des traditionellen alten Kreuzberger Heimatkabinetts, das nach Jahren der Wanderschaft zwischen vielen verschiedenen Orten des Bezirks 1977 in einem Depot des Kunstamts Kreuzberg verstaubt worden war.⁷³ Düspohl entwarf zugleich ein Konzept für eine zukünftige Ausstellung, die vor allem die lange Migrationsgeschichte des Bezirks von den Hugenotten des 17. Jahrhunderts bis zu den türkischen »Gastarbeitern« der 1960er/70er Jahre in den Mittelpunkt rückte.⁷⁴ Doch dem Bezirk fehlten die Gelder für die Errichtung eines neuen, auf Dauer angelegten Museums.

Das änderte sich 1989, als die SPD mit der Alternativen Liste (AL) in West-Berlin eine Regierung bildete. In den Koalitionsverhandlungen hatte der Juniorpartner durchgesetzt, dass die Berliner Bezirke Museumsleiter bekamen. Das Kunstamt Kreuzberg ernannte Martin Düspohl zum Leiter des »Kreuzbergmuseums zur Stadtentwicklung und Sozialgeschichte«, das nun auch ein eigenes Haus in einer alten Druckerei in der Adalbertstraße erhielt.⁷⁵ Düspohl verfügte zwar über keinerlei Ausstattung, keinen Strom, kein Licht und keinen Etat, konnte aber auf sein Ausstellungskonzept und die engen Kontakte zur Berliner Ge-

71 Martin Düspohl war zunächst Mitglied der Weddinger Geschichtswerkstatt und von 1987-1990 geschäftsführender Vorstand von StattReisen e. V.

72 Martin Düspohl, Die »Kreuzberger Heimatausstellung«. Bildungsarbeit im stadtgeschichtlichen Museum, Diplomarbeit: Freie Universität Berlin 1983.

73 Die Kreuzberger Heimatausstellung war 1951 eingerichtet worden und konnte »vornehmlich ein Bild von dem ›heilen‹, ›schönen‹ Kreuzberg und seinen ›bedeutenden‹ kulturgeschichtlichen Traditionen (Architektur, Kunst) vermitteln, kaum aber von den ›dunklen‹ Seiten seiner Geschichte (soziales Elend, Nazipolitik usw.).« Ebd. S. 83.

74 Darin griff Martin Düspohl das Konzept für ein Kreuzberg-Museum für Stadtentwicklung und Sozialgeschichte auf, das Krista Tebbe, die Leiterin des Kunstamts Kreuzberg, 1978 verfasst hatte. Im gleichen Jahr wurde auch ein gleichnamiger Verein gegründet. Vgl. hierzu Martin Düspohl, Archiv »Kreuzberg-Museum für Stadtentwicklung und Sozialgeschichte«, in: Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (Hg.), Berliner Heimatmuseen. Zwölf Wege in die Stadtgeschichte, Berlin 1989, S. 14-21. Düspohl arbeitete von 1983-1990 selbst für das Kunstamt als Geschäftsführer des Kunsthauses Ballhaus Naunynstraße.

75 Zur Geschichte des Kreuzbergmuseums vgl. Sophie Perl, Berlin's Bezirksmuseen. Traces of Alternative History Work in Two Neighborhood Institutions, Masterarbeit: Freie Universität Berlin 2012, S. 28-43; Christiane Theiselmann, Stadtgeschichte neu erlebt. Die Berliner Heimatmuseen, Berlin 1997, S. 35-39; Katrin Hiller von Gaertringen/Hans Georg Hiller von Gaertringen, Eine Geschichte der Berliner Museen in 227 Häusern, Berlin/München 2014, S. 347 f.

schichtswerkstatt zurückgreifen.⁷⁶ 1991 eröffnete das Kreuzbergmuseum mit einer Ausstellung der Geschichtswerkstatt zum jüdischen Leben in Kreuzberg.⁷⁷ Ein Jahr später folgte die erste eigene Ausstellung, die gemeinsam mit den Bewohnern die 150-jährige Geschichte der Kreuzberger Adalbertstraße präsentierte und dabei die unterschiedlichsten sozialen Gruppen, die in dem Viertel lebten, zusammenbrachte.⁷⁸

Das Museum entwickelte sich zunehmend zu einer Art Nachbarschaftszentrum. Es schuf nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit für die Alltags- und Migrationsgeschichte des Bezirks, sondern konstituierte selbst eine eigene Öffentlichkeit im Kiez. Dabei ging es auch stets darum, eine kritische Position in aktuellen Debatten zur Einwanderungspolitik und Stadtentwicklung zu beziehen. Dies verband sich mit dem Stolz auf das Erreichte. Die Hausbesetzerbewegung der 1980er Jahre wurde umfassend gewürdigt und diente als lebendiger Beweis, dass man aktiv Einfluss auf den Lauf der Geschichte nehmen kann. So hieß die Dauerausstellung des Kreuzbergmuseums zur Sanierungsgeschichte am Kottbusser Tor schließlich: »Geschichte wird gemacht«.⁷⁹

Die Neuerfindung von Kreuzberg: Zur historischen Semantik von Urbanität

In Kreuzberg wurden nicht nur Häuser besetzt, sondern auch Begriffe. Diese semantischen Besetzungen nahmen unterschiedliche Formen an. Begriffe erhielten neue Bedeutungen, Gegenbegriffe wurden geprägt, Neologismen wurden gebildet. Auch Begriffe wurden also »gemacht«. Die klassische Begriffsgeschichte sieht die Neuartigkeit einer Prägung als entscheidendes Moment an, das einen Begriff historisch auffällig und als Index geschichtlichen Wandels nutzbar macht.⁸⁰ Begriffsgeschichte bildet damit einen der zentralen Zugänge, um politischen und gesellschaft-

76 Gespräch mit Martin Düspohl (4.6.2014).

77 Vgl. den dazugehörigen Ausstellungskatalog: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen*, Berlin 1991.

78 Vgl. Andrea Bergler/Monica Geyler. »150 Jahre Adalbertstraße« (in Berlin Kreuzberg). Eine topographische Geschichtsausstellung, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2 (1992), S. 26-29.

79 Die Parole geht auf die Band »Fehlfarben« zurück, die 1982 in ihrem Hit »Es geht voran« sang: »Keine Atempause. Geschichte wird gemacht«. Das Lied entwickelte sich rasch zu einem Lieblingssong der Hausbesetzerbewegung.

80 Einführend zur Begriffsgeschichte siehe: Kathrin Kollmeier, Version: 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 29.10.2012, http://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte_und_Historische_Semantik_Version_2.0_Kathrin_Kollmeier.

lichen Wandel historisch zu erforschen. Begriffe sind jedoch nicht nur Indikatoren der von ihnen erfassten Zusammenhänge, sondern auch deren Faktoren.⁸¹ Sie können ihrerseits die historische Entwicklung beeinflussen, indem sie gesellschaftliche Bestrebungen verdichten und somit handlungsleitend werden. Dies gilt in besonderem Maße für historische Umbruchphasen, die Zeiten erhöhter Selbstverständigungsprozesse sind, wie Reinhart Koselleck betont: »Der semantische Kampf, um politische oder soziale Positionen zu definieren und kraft der Definition aufrecht zu erhalten, gehört [...] zu allen Krisenzeiten.«⁸²

Neuere Forschungen zur Historischen Semantik fokussieren anstelle wort-isolierender Betrachtungen auf Begriffsfelder und semantische Netze und entwickeln hierfür auch transnationale Perspektiven.⁸³ Zugleich gerät das 20. Jahrhundert inzwischen stärker in das Blickfeld historisch-semantischer Überlegungen und Analysen.⁸⁴ Dabei liegt der Schwerpunkt jedoch weiterhin auf Leitbegriffen der politisch-sozialen Sprache von gesamtgesellschaftlicher Verbreitung und Relevanz. Historisch-semantische Zugänge richten sich bislang dagegen weniger auf die lokale Ebene. Doch was verrät der Wandel der Begriffe über den sozialen und städtebaulichen Wandel in Kreuzberg? Und welche Bedeutung hatten die Begriffe für Stadtentwicklungsprozesse? Diesen Fragen soll im Folgenden anhand einzelner Begriffe aus den 1970er und 1980er Jahren nachgegangen werden, die von der Kreuzberger Gegenöffentlichkeit geprägt wurden. Damit wird zugleich das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit in den Blick genommen, da es sich bei den Begriffsprägungen um öffentliche Selbstverständigungsprozesse zu Fragen des Wohnens in Kreuzberg handelte.

»Sanierung« war einer der wichtigsten städtebaulichen Leitbegriffe der 1960er Jahre. Das erste Stadterneuerungsprogramm des West-Berliner Senats von 1963 sah vor, dass allein in Kreuzberg insgesamt 16.000

81 Vgl. dazu klassisch: Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1979, S. 120.

82 Ebd., S. 113. Reinhart Koselleck hat dies mit den *Geschichtlichen Grundbegriffen* insbesondere für die so genannte »Sattelzeit« (1750-1850) anhand der Veränderung grundlegender Schlüsselbegriffe der politisch-sozialen Sprache untersucht.

83 Vgl. Kollmeier, *Begriffsgeschichte und Historische Semantik*.

84 Christian Geulen hat vorgeschlagen, den semantischen Wandel im 20. Jahrhundert anhand der Prozesse der Verwissenschaftlichung, der Popularisierung, der Verräumlichung und der Verflüssigung von Begriffen und Semantiken zu untersuchen. Vgl. Christian Geulen, *Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 7 (2010) H. 1, S. 79-97, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Geulen-1-2010>.

Wohneinheiten saniert werden sollten.⁸⁵ Im Gegensatz zum heutigen Verständnis bedeutete »Sanierung« damals jedoch Abriss und Neubau. Damit ist der Begriff ein gutes Beispiel für den historischen Bedeutungswandel von Begriffen.⁸⁶ Dass »Sanierung« heute stärker den Erhalt und die Erneuerung bestehender Bausubstanz meint, hat nicht zuletzt etwas mit der erfolgreichen Setzung von Gegenbegriffen zu tun. So kam in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre der Begriff »Kahlschlagsanierung« auf. Das Attribut »Kahlschlag« sollte dem Begriff »Sanierung« seine kaschierende Unbestimmtheit nehmen. Es betonte den Abriss als Resultat der Sanierungsplanungen, und weniger die geplanten Neubauten, die an die Stelle der alten Bausubstanz treten sollten. Damit wurde der Begriff »Kahlschlagsanierung« zu einem Schlagwort im Kontext der wachsenden Kritik am modernen Städtebau. Zu diesem Begriffsfeld gehörten die »Unwirtlichkeit unserer Städte« (Mitscherlich) und die »gemordete Stadt« (Siedler).⁸⁷ Der Begriff »Kahlschlagsanierung« diente somit der Delegitimation der zeitgenössischen Sanierungspraxis.

In den 1970er Jahren zeigten sich erste Veränderungen im Umgang mit den Bauten und Begrifflichkeiten. Ein Teil der alten Bausubstanz sollte nunmehr auch zukünftig erhalten bleiben. Damit einher gingen neue Begriffe. Statt »Sanierung« hieß es nun vermehrt »Modernisierung«. Doch auch dieser Begriff war in Kreuzberg nicht unumstritten, da er in der Regel die Erneuerung der Vorderhäuser, aber den Abriss der Hinterhäuser bedeutete, die vielen als günstige Wohnlage galten.⁸⁸ So formierte sich Widerstand gegen die »Entkernung« des Häuserblocks. In diesen und ähnlichen Naturmetaphern wurde auf die quasi »organische« Beschaffenheit und »lebenswichtige« Funktion des Blockinneren verwiesen. Einer der prominentesten Kritiker der »Entkernung« war der Kreuzberger Städteplaner Dieter Hoffmann-Axthelm (geb. 1940):

»Die Sanierung, die Tag für Tag mein Viertel zerstört, ist ein Krieg gegen den Blockkern, sie ist der Krieg der Planung gegen das, was sich ihren Zugriffweisen entzieht. Konsequenterweise hinterlässt die Sanierung am Ende ein Viertel ohne Herz, ein Wohngebiet, in dem niemand mehr zuhause ist.«⁸⁹

85 Vgl. MacDougall, *In the Shadow of the Wall*, S. 161f.

86 Vgl. hierzu Koselleck, *Vergangene Zukunft*, S. 115f.

87 Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*; Siedler/Niggemeyer, *Die gemordete Stadt*. Zum historischen Kontext der Kritik siehe auch S. 21.

88 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 365.

89 Dieter Hoffmann-Axthelm, *Kreuzberger Ausschabung*, in: *Bauwelt* 71 (1980), S. 29-33.

»Kahlschlagsanierung« und »Entkernung« bildeten Gegenbegriffe, die zur Rechtfertigung des Widerstands gegen die Sanierungs- und Modernisierungspraxis des West-Berliner Senats dienten. Wie oben beschrieben, mündete dieser Widerstand seit 1979 in der Besetzung von leerstehenden Häusern, die anstelle des geplanten Abrisses auf eigene Faust instandgesetzt werden sollten. Die Bürgerinitiative SO 36 prägte hierfür den Neologismus »Instandbesetzung«.⁹⁰ Anders als noch »Kahlschlagsanierung« diente der Begriff nicht mehr der Delegitimierung fremder Interessen, sondern vielmehr der Legitimation des eigenen illegalen Handelns. Die »Instandbesetzer« wollten auf diese Weise zum Ausdruck bringen, dass sie die Häuser besetzt und damit private Eigentumsrechte bewusst verletzt hatten, um sich selbst produktiv um deren Erhalt zu kümmern. Damit grenzten sie sich sowohl von den staatlichen Instandsetzungsprogrammen als auch von den autonomen Hausbesetzern ab, denen es bei der Besetzung zuvorderst um einen politischen Akt im Kampf gegen Eigentümerinteressen ging. Der Begriff »Instandbesetzung« betonte die Gestaltbarkeit der Verhältnisse. Im Gegensatz zu den utopischen gesellschaftspolitischen Vorstellungen der »68er« richtete sich der Erwartungshorizont der »Instandbesetzer« jedoch auf sehr konkrete Projekte, die einen Straßennamen und eine Hausnummer hatten.⁹¹

Ein wichtiger Protagonist der sprachlichen Aneignung von Kreuzberg war die Bürgerinitiative SO 36, die mit der Wahl ihres Namens eine aktive Identitätspolitik betrieb.⁹² »SO 36« stand ursprünglich für den Postzustellbezirk Südost 36, der das östliche Kreuzberg (die ehemalige äußere Luisenstadt jenseits des Kanals) umfasste. Die westlichen zwei Drittel wurden Anfang der 1960er Jahre zum Postbezirk 61 zusammengefasst.⁹³ Die Unterscheidung zwischen dem »proletarischen Kreuzberg 36« und dem »bürgerlichen Kreuzberg 61« hat sich zum Teil bis heute erhalten. Ende der 1960er Jahre hörte »SO 36« jedoch auf, ein Makel zu sein. Im Sommer 1969 veranstaltete die Emmaus-Gemeinde ein Straßenfest unter dem Motto »Viele reden über Kreuzberg – wir leben hier«. Dabei wurde eine selbstgemachte Anstecknadel mit Grundriss des Stadtteils und der Aufschrift »I like 36« als positives Identifikationszeichen verkauft.⁹⁴

90 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 138.

91 Vgl. Kreis, Heimwerken als Protest.

92 Zur Bürgerinitiative SO 36 siehe auch S. 114 u. 212 f.

93 Die neue postalische Einteilung des West-Berliner Senat fasste die ehem. Zustellbezirke SW 11, SW 29, SW 61 und SW 68 zur neuen Postleitzahl 1000 Berlin 61 zusammen. Vgl. Kaak, Kreuzberg, 129 f.

94 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 122.

Die Bürgerinitiative und der gleichnamige Verein SO 36 etablierten das Postkürzel zehn Jahre später als populäres Label. 1978 eröffnete in der Kreuzberger Oranienstraße zudem das »SO 36« – ein kollektiv organisierter Club, in dem vor allem Punkmusik und New Wave gespielt wurden.⁹⁵ »SO 36« stand nicht mehr für den alten proletarischen Osten, sondern für eine neue Gegenöffentlichkeit und alternative Kultur. Als Raumbe-griff versprach er vor allem Zugehörigkeit zu einer politisch, sozial und wirtschaftlich randständigen Bevölkerung, die sich selbst jedoch als kul-turelle Avantgarde wahrnahm.

Noch deutlicher wird die Aufwertung des alten Arbeiterbezirks an der Umdeutung des »Kiezes«. So etablierte sich seit den 1970er Jahren der »Kiez« als Begriff für zusammengehörige alte Wohnquartiere, die zu-meist nach ihren Hauptstraßen benannt wurden – etwa als »Graefe-Kiez« oder als »Chamisso-Kiez«.⁹⁶ Das Bemerkenswerte daran ist, dass es sich hierbei nicht um historische Bezeichnungen handelte, sondern um histo-risierende Zuschreibungen.⁹⁷ Der moderne »Kiez« ist nicht zu verwech-seln mit dem historischen »Kietz«, der eine Dienstsiedlung zu einer Burg im slawischen Siedlungsgebiet östlich der Elbe bezeichnete.⁹⁸ Vermut-lich über den Umweg des Hamburger Vergnügungs-»Kiezes« St. Pauli kam der Begriff zurück an die Spree und bezeichnete fortan ein relativ geschlossenes Altbauviertel. Im Gegensatz zu den wertneutralen Be-zeichnungen »Viertel« und »Quartier« stand »Kiez« seit Mitte der 1970er Jahre für die urbanen Qualitäten der Jahrhundertwende: für Dichte, Kleinhandel und Populärkultur gepaart mit Solidarität, Nachbarschaft und Gemeinschaft. Der »Kiez« versprach somit eine Urbanität, wie es sie in dieser harmonischen Form nie gegeben hatte. Als nostalgischer Ge-genbegriff wandte er sich gegen die »Modernisierung« der Altbauviertel.

Eine vollständige semantische Innovation war schließlich die »Kreuz-berger Mischung«. Der Begriff geht auf Pfarrer Klaus Duntze zurück, der ihn 1975 bei der Werkbundtagung in Bethanien in seinem Vortrag »Zum Wohnwert alter Stadtquartiere« einführte, um die enge Verzahnung von

95 Beim »SO 36« handelte es sich um ein altes Kino, das 1977 von drei Rockmusikfans gepachtet und zur Konzerthalle umgebaut wurde. Eröffnet wurde der Club mit dem »Mauerbaufestival« am 13. August 1978 in ironischer Anlehnung an Joseph Beuys' Forderung von 1964, die Mauer um 5 cm zu erhöhen. Zur Geschichte des Clubs »SO 36« vgl. Müller, Subkultur Westberlin, S. 107, sowie neuerdings Sub Opus 36 e. V. (Hg.), SO 36 – 1978 bis heute, Berlin 2016.

96 Vgl. Uebel, Am Berg gebaut, S. 28. Lothar Uebel definiert den »neuen« Kiez als ein »geschlossenes, städtisches Wohngebiet mit unverwechselbarer Atmosphäre, das als eine Art Heimat von seinen Bewohnern geschätzt wird.«

97 Zuvor war in den Berliner Altbauvierteln eher vom »Dreh« die Rede.

98 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 14 f.

Wohnen und Arbeiten bzw. von Wohn- und Gewerbebauten im selben Häuserblock zu beschreiben.⁹⁹ Diese bauliche Struktur ist zwar weitaus älter als der Bezirk Kreuzberg und auch für andere ältere Teile Berlins charakteristisch.¹⁰⁰ In der zeitgenössischen Debatte um die »richtige« Stadtentwicklung, die sich in starkem Maße auf Kreuzberg konzentrierte, avancierte die »Kreuzberger Mischung« jedoch zu einem historischen Vorbild. Der Begriff »wurde zum positiven Leitmotiv und Schlagwort der Kreuzberger Stadterneuerung«, wie Duntze später bilanzierte.¹⁰¹ Dabei ging es nicht nur um die Verteidigung des Blockkerns mit seinen alten Gewerbebauten, der als »das Herz der Kreuzberger Mischung« bezeichnet wurde.¹⁰² Im umfassenderen Sinne stand die »Kreuzberger Mischung« vielmehr für Urbanität durch Heterogenität und Dichte. Der Neologismus wurde zum Gegenbegriff der »Entdichtung« und »Funktionstrennung« des modernen Städtebaus der Nachkriegszeit. Dadurch wurde das »steinerne Berlin« der Gründerzeit rehabilitiert und vom einstigen Wohnungselend abgetrennt. So wurde die »Kreuzberger Mischung« schließlich auch auf die soziale Mischung in der Berliner Mietskaserne ausgedehnt, die im Hobrechtschen Sinne idealisiert wurde.¹⁰³

Als neuartige Raumbegriffe standen der »Kiez« und die »Kreuzberger Mischung« für eine neue Zeitwahrnehmung. Mit der Ablehnung des modernen Städtebaus ging eine deutliche Rückbesinnung auf die Vergangenheit einher. »Kiez« und »Kreuzberger Mischung« wurden zu lokalen Pathosformeln, die sich als überaus wirkmächtig erwiesen. Die »Kreuzberger Mischung« wurde nicht nur als Begriff erfunden, sondern in Gestalt der IBA 1984/87 städtebauliche Wirklichkeit. Hunderte Projekte schufen neue gewerbliche Nutzungsformen auf erhaltenen Hinterhöfen. Die Sprache wurde handlungsleitend. Die »Kreuzberger Mischung« materialisierte sich selbst.

Man könnte noch einen Schritt weiter gehen: Die sprachliche Neuerfindung Kreuzbergs schuf erst im letzten Jahrhundertdrittel eine spezifische Kreuzberger Identität. Noch lange nach der Gründung des Stadtbezirks hatten die alten Stadtteilidentitäten fortbestanden. 1927 fo-

99 Vgl. Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 31; Fiebig/Hoffmann-Axthelm/Knödler-Bunte, Kreuzberger Mischung. Zu Klaus Duntze siehe ausführlich S. 202-215.

100 Vgl. Kaak, Kreuzberg, S. 14.

101 Duntze, Der Luisenstädtische Kanal, S. 330.

102 Hoffmann-Axthelm, Kreuzberger Ausschabung.

103 Vgl. Hoffmann-Axthelm, Geschichte und Eigenart der Kreuzberger Mischung, S. 9-20.

kussierten Heimatbücher noch hauptsächlich auf die Luisenstadt.¹⁰⁴ Erst nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich der Begriff »Kreuzberg« in der Bevölkerung langsam durch. Seinen vollständigen Durchbruch erlangte er erst während der 1970er und 1980er Jahre, wie Hasso Spode konstatiert: »Damit hatte der Bezirk erstmals in seiner kurzen Geschichte eine eigenständige, die engen Grenzen der alten Quartiere und Kieze überschreitende Identität entwickelt. Deren Entstehung verdankte sich zwar auch gewachsenen Strukturen, weit mehr aber den abrupten politischen und sozialen Umbrüchen nach dem Zweiten Weltkrieg.«¹⁰⁵ Bei dieser Vergemeinschaftung spielten die städtebaulichen Auseinandersetzungen und ihre sprachliche Verfertigung eine zentrale Rolle.

104 Siehe Katharina Altmann u. a. (Hg.), *Die Luisenstadt. Ein Heimatbuch*, Berlin u. a. 1927.

105 Spode, *Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs*, S. XI.

Aneignungen des Kiezes in Friedrichshain

Die »Kommune 1 Ost«

Trotz des Mauerbaus wurden westliche Moden, Trends und Lebensstile im Osten weiterhin aufmerksam verfolgt und auf spezifische Weise angeeignet.¹ Dies galt auch für neue Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, mit denen seit den 1960er Jahren in West-Berlin experimentiert wurde. Besondere Aufmerksamkeit erregte 1967 die öffentlichkeitswirksame Gründung der »Kommune 1« durch Dieter Kunzelmann, Ulrich und Dagrun Enzensberger, Dorothea Ridder und Dagmar Seehuber in der Schöneberger Atelierwohnung von Uwe Johnson.² Nach diesem Vorbild gründeten 1969 zwei Ost-Berliner Paare die »Kommune 1 Ost« in der Friedrichshainer Samariterstraße 36. Auch sie versuchten, alternative Lebensformen in einem selbstbestimmten Wohnumfeld zu praktizieren. Erika Berthold (geb. 1950), eine der Friedrichshainer Kommunardinnen, erinnert sich:

»Es war nicht leicht, in Ost-Berlin eine große Wohnung zu finden. Franziska und Gert wohnten damals in Friedrichshagen in einem alten Bürgerhaus und tauschten diese Wohnung gegen eine nicht so nobel gelegene, aber einigermaßen geräumige Dreizimmerwohnung in Friedrichshain, in der Samariterstraße. Angeregt durch die Kommunen in West-Berlin, beschlossen wir, dort zusammenzuziehen. Im Frühsommer 1969 zogen wir ein. Jedes Paar bewohnte ein Zimmer. Dann gab es noch ein Kinderzimmer, eine Kammer und ein Bad, in dem, wie in allen Kommunen, das Klo ständig verstopft war, und eine große Küche. Uns kam das luxuriös vor.«³

Die Kommunarden waren auf die funktionale Offenheit von Wohnungsgrundrissen angewiesen.⁴ Deshalb suchten sie nach einer Altbauwohnung in Friedrichshain, die ähnliche Bedingungen bot wie Woh-

- 1 Das nachfolgende Kapitel basiert in Teilen auf: Hanno Hochmuth, Eine Brücke zwischen Ost und West. Friedrichshain und Kreuzberg als Verflechtungsraum, in: Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Koetzing (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013, S. 195-208.
- 2 Vgl. Warnke, *Stein gegen Stein*, S. 250.
- 3 Erika Berthold, Die Kommune 1 Ost, in: Ute Kätzel (Hg.), *Die 68erinnen. Portrait einer rebellischen Frauengeneration*, Berlin 2002, S. 221-237, hier S. 228.
- 4 Vgl. von Saldern, *Häuserleben*, S. 403.

nungen in Kreuzberg oder Schöneberg. Auch die Programmatik der westlichen Wohn- und Lebensformen wurde angeeignet. Wie ihre westlichen Vorbilder wollten die vier jungen Ost-Berliner dem »Eheknast« entkommen und erprobten die sexuelle Revolution. Das Private war auch hier das Politische. Es ging darum, die isolierte Lebensweise in der Kleinfamilie zu überwinden.⁵ Die Freizügigkeit scheiterte jedoch bald an verletzten Gefühlen. Ähnlich schwierig erwies sich eine gleichberechtigte Haushaltsführung, wie sich Erika Berthold erinnert:

»Im Alltag hatten wir die gleichen Probleme wie die Kommunen im Westen. Die Männer haben sich zu wenig im Haushalt und für die Kinder eingesetzt. Darüber wurden Protokolle geschrieben, und es gab Kommuneversammlungen, bei denen die Männer zu einem anderen Verhalten verdonnert wurden, was nicht lange gut ging.«⁶

Die geschilderten Konflikte der »Kommune 1 Ost« waren ähnlich wie in westlichen Kommunen. Die Bewohner waren es nicht. Bei den Friedrichshainer Kommunarden handelte es sich um Kinder der ostdeutschen Nomenklatura und um politische Dissidenten. Einer von ihnen war ein Sohn von Robert Havemann (1910-1982). Das Jahr zuvor hatten sie teilweise im Gefängnis verbracht, weil sie öffentlich gegen die Zerschlagung des Prager Frühlings demonstriert hatten. Die Gründung der Kommune war für sie daher vor allem eine Flucht ins Private, in einen gesellschaftlichen Rückzugsraum der ostdeutschen »Nischengesellschaft«. Zugleich stand die »Kommune 1 Ost« jedoch auch offen für die unterschiedlichsten Besucher. Nicht nur Wolf Biermann (geb. 1936) war ein häufiger Gast, auch Journalisten aus dem Westen kamen wiederholt zu Besuch, um über die Kommune zu berichten. Sie bekamen aber zu hören: »Ihr könnt kommen und Spaghetti essen, aber drüber schreiben is' nich'«, wie sich Erika Berthold erinnert, »[...] und wir haben uns auch nicht fotografieren lassen. Wir wollten unser schönes Kommuneleben nicht aufs Spiel setzen, bloß damit irgendeiner in *Konkret* einen Artikel schreibt.«⁷ Der Kontakt zu Besuchern aus dem Westen bot den Friedrichshainer Kommunarden persönliche Anknüpfungspunkte für die Aneignung westlicher Wohn- und Lebensformen. Die »Kommune 1 Ost« ist schon von der Wahl ihres Namens her ein Beispiel für Verflechtungsprozesse

5 Zur offenen partnerschaftlichen Programmatik von Kommunen und Wohngemeinschaften vgl. ebd., S. 404.

6 Berthold, *Die Kommune 1 Ost*, S. 229.

7 Ebd., S. 230.

zwischen den alternativen Milieus in Ost und West.⁸ Dabei handelte es sich in den 1960er Jahren jedoch noch um ein recht punktuell Phänomen.⁹ Die Kommune zog bald weiter in den Ost-Berliner Bezirk Mitte und löste sich bereits ein Jahr später wieder auf. Alternative Lebensformen wurden im Verlaufe der 1970er und 80er Jahre jedoch immer häufiger auch anderswo in Friedrichshain praktiziert.¹⁰ Die Vernachlässigung der Altbaugebiete in Friedrichshain bot vielen Bewohnern die Chance auf eine residuale Privatheit in einem spezifischen Milieu von Aussteigern und Zurückgelassenen, das sich aus den prekären »A« des Ostens zusammensetzte. Hierzu zählten vor allem Alte, Ausreiseantragsteller und Alleinerziehende.¹¹ Ähnlich wie im Westen betrachteten die ostdeutschen Verantwortlichen in Politik und Stadtplanung das Wohnen in den gründerzeitlichen Quartieren nur noch als temporäre Angelegenheit. Mit der großflächig geplanten Sanierung der Altbauviertel sollte sich auch die soziale Zusammensetzung ändern. Im Gegensatz zum Westen stießen die »Kahlschlagsanierung« und ihre sozialen Folgen in Ost-Berlin jedoch auf wenig Widerstand. Während in Kreuzberg eine kritische Gegenöffentlichkeit und eine höchst sichtbare Hausbesetzerszene entstanden, um die Altbauten und die hier gewonnenen privaten Freiräume gegen Sanierungsabsichten und Vermieterinteressen zu verteidigen, herrschten in Ost-Berlin schwierigere Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit.

So entwickelten sich Eingaben zum zentralen Mittel, um mit der kommunalen Wohnungsverwaltung in Kontakt zu treten. Paul Betts hat deutlich gemacht, dass das Eingabewesen in der DDR zu einer Art

8 Von einer »Diskursgemeinschaft Ost-West«, wie Ute Kätzel schreibt, kann jedoch nicht die Rede sein. Vgl. Ute Kätzel, *Kommune I Ost*, in: *Der Freitag*, 20. Dezember 2002, S. 8.

9 Es gab in Friedrichshain später noch weitere Versuche, Kommunen zu errichten. So beschreibt Udo Grashoff die »Kinderkommune«, die Uwe Kulisch Anfang der 1980er Jahre in der Mühsamstraße 63 errichtete. Dort hatte Kulisch eine Dreiraumwohnung besetzt, modernisiert und zwei Räume hinzugeschlagen. Ein weiteres Paar, ein Freund und eine Freundin zogen zu ihm und seiner Frau. Alle brachten Kinder mit, die eine »Kinderkommune« bildeten. Sie schliefen zusammen in einem Zimmer und wurden tagsüber gemeinsam betreut, anstatt in den Kindergarten zu gehen. Ziel war eine antiautoritäre Erziehung nach dem Modell des US-Psychologen Thomas Gordon. Die Kommunarden lehnten jegliche staatliche und elterliche Autorität ab. Die »Kinderkommune« in der Mühsamstraße zerfiel nach drei Jahren aufgrund privater Probleme. Vgl. Grashoff, *Schwarzwohnen*, S. III-III4.

10 Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 25.

11 Vgl. Häußermann/Kapphan, *Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt*, S. 69-72.

»Ersatzöffentlichkeit« wurde.¹² Die Bürger nutzten das Eingaberecht dazu, die Politisierung des Privatlebens zu ihren Gunsten auszulegen. Privatheit und materielles Wohlergehen wurden in den Eingaben zu Menschenrechten und zu einer Pflicht des Sozialismus aufgewertet. Das Beschwerdesystem wurde zu einem der wichtigsten Berührungspunkte von Staat und Bürgern, an dem die Grenzen der Privatheit von beiden Seiten vermessen und verhandelt wurden.¹³ »Es zeugt von einem weitgehenden Ineinandergreifen von öffentlichen und privaten Sphären, wenn über die kommunikativen Kanäle der Petitionen, Briefe und Beschwerden die Fragen der kleinen Sphäre in die Medien der großen Öffentlichkeit getragen werden.«¹⁴

Wie wichtig der Staat die Beschwerden nahm, zeigen die Eingabenanalysen des Bezirks Friedrichshain.¹⁵ Darin ging es den zuständigen kommunalen Stellen vor allem darum, dass die Eingaben möglichst vollständig erledigt wurden. Als Ursachen für die hohe Anzahl der Eingaben benannte der Stellvertretende Oberbürgermeister, Stadtrat und Leiter der Abteilung Wohnungspolitik, Alexander Mallickh, den seit 1960 verringerten Wohnungsneubau, den Abriss zur Schaffung der Baufreiheit und den »zunehmenden bautechnischen und moralischen Verschleiß der Altbausubstanz«.¹⁶ In einer weiteren Eingabenanalyse aus dem Jahre 1968 durch den Bereich Wohnungsverwaltung des Bezirks Friedrichshain werden die Schwerpunkte der Eingaben zusammengefasst. Demnach überwogen vor allem die Kritik an der Bauqualität und Plandisziplin, Hinweise auf Bauschäden, Reparaturwünsche, Reparaturstau, Hinweise auf Reserven und zur Entwicklung des Gemeinschaftslebens in der Hausordnung, aber auch die Kritik an der Leitungstätigkeit.¹⁷ Die Eingaben kritisierten auf diese Weise die öffentliche Wohnraumbewirtschaftung und wurden von der Wohnungsverwaltung durchaus ernst genommen; nur wurden sie in der Regel nicht öffentlich. Die Bürger traten jeweils als Einzelpersonen in Kontakt mit der Staatsmacht. Es kam zu keinem offenen Erfahrungsaustausch zwischen den Bürgern. Der Protest blieb weitgehend still.

12 Vgl. von Saldern, *Öffentlichkeiten in Diktaturen*, S. 455; Betts, *Die Politik des Privaten*, S. 304-306.

13 Vgl. ebd., S. 306.

14 Rittersporn/Behrends/Rolf, *Von Sphären, Räumen und Schichten*, S. 414.

15 LArch C Rep. 135-10 II: *Eingabenanalysen 1968-1969*.

16 Ebd.

17 Ebd.

Schwarzwohner

Weitgehend still erfolgten auch die illegalen Wohnungsbesetzungen in Friedrichshain. Das so genannte »Schwarzwohnen« war ein Akt der Selbsthilfe von Bürgern, die mit der staatlichen Wohnraumlentung unzufrieden waren.¹⁸ Wer in der DDR eine Wohnung beziehen wollte, benötigte eigentlich eine Wohnungszuweisung durch die jeweilige Abteilung für Wohnungspolitik des Rats des Stadtbezirks bzw. des Kreises. Auf diese Weise versuchten die Behörden, dem anhaltenden Wohnungsmangel zu begegnen, der im Grunde bis 1990 bestand. Gleichzeitig gab es jedoch einen beträchtlichen Leerstand, nicht zuletzt weil der Kommunalen Wohnungsverwaltung oft der Überblick über den freien Wohnungsbestand fehlte. Zahlreiche Bürger nutzten diese »Grauzone« aus und bezogen leerstehende Wohnungen, ohne eine Wohnungszuweisung zu haben. Dabei handelte es sich zumeist um junge Leute, die auf diese Weise die Selbständigkeit von ihren Eltern erreichen wollten. Das Schwarzwohnen war in der DDR der Ära Honecker ein durchaus verbreitetes Phänomen. Udo Grashoff schätzt, dass es in den 1980er Jahren allein in Ost-Berlin mehrere Tausend illegal bezogene Wohnungen gab.¹⁹

Die Hauptstadt der DDR bildete eine Hochburg des Schwarzwohnens. Das hing indirekt mit den groß angelegten Neubauprogrammen der 1970er und 1980er Jahre zusammen. Während in Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen ganze Stadtbezirke neu entstanden, sollten die gründerzeitlichen Altbauten nach und nach verschwinden. Der Abriss war jedoch teuer, und die Baukapazitäten waren knapp, so dass die alten Mietskasernen zum Teil noch lange stehen blieben. Es waren genau diese heruntergekommenen und leerstehenden Wohnungen, in die die Schwarzwohner einzogen; meist indem sie einfach die Tür aufbrachen. Anleitungen sprachen sich herum, wie man leerstehende Wohnungen besetzt.²⁰ Viele Schwarzwohner zahlten anschließend sogar Miete, um ihren Bezug nachträglich zu legalisieren.²¹ Häufig bekamen die Behörden die illegale Wohnungsbesetzung überhaupt nicht mit, zumal es nur wenig systematische Kontrollen gab. Wenn Wohnungsbesetzungen

18 Grundlegend für die folgende Darstellung des Schwarzwohnens in der DDR: Grashoff, Schwarzwohnen.

19 Vgl. ebd., S. 76.

20 Vgl. Moldt, Friedrichshain, S. 25.

21 Zu den Legalisierungsstrategien der Schwarzwohner zählten zudem eigenständig vorgenommene Reparaturarbeiten, Klagen über Behördenwillkür, Verweise auf eine systemkonforme Haltung, geringfügige Bestechungsgeschenke oder sogar die Drohung mit einem Ausreiseantrag. Vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 55-66.

auffielen, drohten in der Regel Geldstrafen, wobei das Schwarzwohnen lediglich als Ordnungswidrigkeit geahndet wurde. Es kam jedoch nicht zwangsläufig zur Räumung der besetzten Wohnung, da das Zivilgesetzbuch der DDR in Paragraph 123 vorschrieb, dass die Räumung einer Wohnung im Wege der Vollstreckung die Zuweisung anderen Wohnraums voraussetze. Dies schränkte die Handlungsoptionen der Behörden erheblich ein, so dass die Wohnungsbesetzungen häufig geduldet oder nachträglich legalisiert wurden.²²

In Friedrichshain und Prenzlauer Berg, wo mit Abstand der größte Wohnungsleerstand herrschte, gab es auch die meisten Wohnungsbesetzungen.²³ 1979 ergab eine punktuelle Untersuchung des Ost-Berliner Magistrats, dass in Friedrichshain ein Viertel aller leerstehenden Wohnungen unberechtigt bezogen worden war. Das waren insgesamt 534 Wohnungen.²⁴ 86 Prozent dieser Wohnungen mussten anschließend nicht geräumt werden.²⁵ Die Behörden reagierten auf das Schwarzwohnen in zunehmendem Maße mit pragmatischer Gleichgültigkeit. Dies kommt auch in dem folgenden Bericht des MfS über ein Haus in Friedrichshain zum Ausdruck:

»Die Praxis im Hause ist so, dass vorerst Bürger eine leerstehende Wohnung beziehen, sie renovieren und erst im Nachgang sich eine Zuweisung beschaffen und polizeilich anmelden. Die im Hause schon lange wohnenden Bürger sehen darin keine Ungesetzlichkeit, da Wohnraum wiedergewonnen wird, was die KWV nicht schafft.«²⁶

Die Wiedergewinnung von Wohnraum erinnert an die westlichen Hausbesetzungen der 1970er und 1980er Jahre. Die Wohnungsbesetzungen im Osten fielen in dieselbe Zeit und es handelte sich um ähnliche Häuser, die durch die zeitgenössische Sanierungspraxis dem Verfall anheimgefallen waren. Wie im Westen setzten die Schwarzwohner ihre Wohnungen

22 Vgl. ebd., S. 13-45.

23 Besonders viele Wohnungsbesetzungen gab es in der Friedrichshainer Simon-Dach-Straße. In der Hausnummer 11 gründeten die Besetzer Ende der 1980er Jahre sogar eine eigene Hausgemeinschaftsleitung (HGL). Indem sie sich dieses offiziellen Instruments bedienten, konnten sie vom Bezirk Gelder für Verschönerungsarbeiten am Haus und für Hoffeste akquirieren. Auf diese Weise fand im Herbst 1988 sogar ein staatlich bezuschusstes Punkkonzert statt. Anfang 1989 führte die Volkspolizei im selben Haus jedoch eine Hausdurchsuchung durch, bei der die Bewohner beleidigt, geschlagen und für mehrere Stunden festgenommen wurden. Vgl. Moldt, Friedrichshain, S. 26.

24 Vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 18.

25 Vgl. ebd., S. 36.

26 Zitiert in Grashoff, Schwarzwohnen, S. 72.

auf eigene Faust instand. Dies geschah jedoch meist ohne vergleichbare ethische und gesellschaftskritische Handlungsmaximen, wie Udo Grashoff betont: »Während die ›Instandbesetzer‹ in Westeuropa eine Sozialisierung von Privatbesitz anstrebten, praktizierten viele Schwarzwohner in der DDR eine partielle Privatisierung des ›Volkseigentums‹.«²⁷ Es ging den östlichen Schwarzwohnern viel stärker um die Gewinnung privater Räume. Deshalb überwog in der DDR auch die individuelle Besetzung von Wohnungen gegenüber der Besetzung von ganzen Häusern wie im Westen. Die Schwarzwohner trugen ihre Konflikte nicht mit den Eigentümern oder Politikern aus, sondern mit den kommunalen Wohnungsbehörden. Zwar entwickelten sie in den besetzten Wohnungen ebenfalls Formen einer alternativen Lebensweise, aber keine ausgesprochene Besetzerkultur.²⁸ Über Radioreportagen von SFBeat konnten sich junge Friedrichshainer ein lebendiges Bild von den Besetzungen in Kreuzberg machen.²⁹ Die spektakulären Ausdrucksformen der West-Berliner Hausbesetzerszene stießen in Ost-Berlin jedoch verbreitet auf Unverständnis. So meinte ein ehemaliger Schwarzwohner aus Prenzlauer Berg: »Wir lebten in besetzten Häusern und verstanden nicht, weshalb in Kreuzberg solch ein Trara mit Transparenten und Demonstrationen darum gemacht wurde.«³⁰

Im Vergleich zu den öffentlichen Hausbesetzungen in Kreuzberg verlief das Schwarzwohnen in Friedrichshain meist still. So wie die »Kommune 1 Ost« nicht an Öffentlichkeit interessiert war, blieben auch die Schwarzwohner überwiegend im Privaten, um die gewonnenen Freiräume nicht zu gefährden. Transparente oder Demonstrationen hätten in der DDR das Ende jeder Besetzung bedeutet. Sobald die Privatsphäre der Wohnung verlassen und der öffentliche Raum einbezogen wurde, schritt die Staatsmacht ein.³¹ In den eng gesetzten Grenzen der Wohnung war die Aneignung alternativer Wohn- und Lebensformen jedoch durchaus möglich. Auch in diesem Fall erwies sich die DDR als Diktatur der Grenzen, in der es durchaus soziale Handlungsfreiräume gab, die jedoch eng umrissen und kaum mit einander verbunden waren.³² In Friedrichshain

27 Ebd., S. 83.

28 Ebd., S. 186.

29 Gespräch mit Dirk Moldt (13.8.2014).

30 Zitiert in: Barbara Felsmann/Annett Gröschner, Durchgangszimmer Prenzlauer Berg. Eine Berliner Künstlersozialgeschichte in Selbstauskünften, Berlin 1999, S. 12.

31 Vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 187.

32 Vgl. Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln u. a. 1999, S. 13-44.

gab es Theater-, Maler-, Musiker-, Familien-, Nicaragua-, Umwelt-, Anarcho-, Frauen- und illegale Redaktionsgruppen, die aber meist getrennte Wege gingen. Es gab Gruppen, die das Gleiche machten, aber nie voneinander hörten, weil es keine übergreifende Gegenöffentlichkeit gab.³³ Diese Atomisierung gesellschaftlicher Potentiale hatte entscheidende Folgen für das Wechselverhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im Bereich des Wohnens. Während Wohnungsfragen in Kreuzberg ein breites öffentliches Thema waren, wurden sie in Friedrichshain eher individuell und im Privaten verhandelt.

Die Entdeckung des Kiezes

Parallel zu der inoffiziellen Aneignung gründerzeitlicher Wohnungen veränderte sich um 1980 auch die offizielle Wohnungspolitik in der DDR.³⁴ Ähnlich wie im Westen kam es zu einer Neubewertung der Altbausubstanz.³⁵ Dem ging ein radikaler Auffassungswandel voraus. Noch 1976 hatte der Ost-Berliner SED-Chef Konrad Naumann (1928-1992) den Abriss von 80.000 Altbauwohnungen bis 1990 verkündet, deren Substanz verschlissen sei.³⁶ Doch 1979 verhängte das Bauministerium der DDR einen allgemeinen Abrisstopp.³⁷ Die Altbauten sollten nicht mehr pauschal durch moderne Bauten in industrieller Plattenbauweise ersetzt werden. 1982 beschloss das Politbüro des ZK der SED die neuen »Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR«, die die 16 Grundsätze von 1950 endgültig ablösten. Im siebten Grundsatz hieß es: »Für das Wohlbefinden der Bürger wie für die Pflege des Stadtbildes und nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen ist von größter Bedeutung, die Erhaltung und Modernisierung der vorhandenen Bausubstanz als eine dem Neubau gleichrangige Aufgabe zu behandeln.«³⁸ Darin wird relativ offen angesprochen, dass sich die DDR einen kompletten Abriss der alten Bausubstanz zugunsten der Neubau-

33 Vgl. Moldt, Friedrichshain, S. 25.

34 Zur Wohnungspolitik der DDR vgl. Hannsjörg F. Buck, Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004.

35 Zum Wandel der Architekturauffassung in der späten DDR aus architekturhistorischer Sicht vgl. Florian Urban, Berlin, DDR – neo-historisch. Geschichte aus Fertigteilen, Berlin 2007.

36 Konrad Naumann, Weitreichende Perspektiven und große Aufgaben für Berlin. Bericht von der XII. SED-Bezirksdelegiertenkonferenz der Hauptstadt, in: Berliner Zeitung, 27. März 1976, S. 3-9, hier S. 4.

37 Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 34 vom 19.10.1979.

38 Neues Deutschland, 29./30. Mai 1982, S. 10.

programme nicht mehr leisten konnte. Die zweite Ölkrise von 1979 und die damit verbundene Drosselung der sowjetischen Erdölexporte zum Vorzugspreis hatten die DDR vor neue ökonomische Herausforderungen gestellt.³⁹ Die Neubewertung der Altbausubstanz war ein Resultat dieser Krise, basierte aber zugleich auf einem kulturellen Wandel der städtebaulichen Leitbilder, der Anfang der 1980er Jahre auch in der DDR angekommen war.

Im Stadtbild Ost-Berlins erfolgten nun zahlreiche Baumaßnahmen zur »komplexen Rekonstruktion«. So wurde die Modernisierung ganzer gründerzeitlicher Straßenzüge durch den Einsatz industrieller Vorfertigungsmethoden genannt. Ergänzt wurde die »komplexe Rekonstruktion« durch die Schließung von größtenteils kriegsbedingten Baulücken in Gestalt angepasster Typenbauten, bei denen die traditionelle Blockrandbebauung und Berliner Traufhöhe bewahrt wurden.⁴⁰ Nach dem Ost-Berliner Pilotvorhaben am Arnimplatz in Prenzlauer Berg (seit 1973) folgten in den 1980er Jahren auch mehrere Rekonstruktionsgebiete in Friedrichshain, so etwa am Bersarinplatz, im Palisadendreieck und auf beiden Seiten der östlichen Frankfurter Allee.⁴¹ 1987 bilanzierte der Friedrichshainer Bezirksbürgermeister Manfred Pagel (geb. 1929) stolz: »Von 1981 bis 1986 wurden [...] mehr als 14.000 Wohnungen neu gebaut, modernisiert oder rekonstruiert, annähernd 70 Prozent der Friedrichshainer Wohnungen verfügen jetzt über Bad oder Dusche.«⁴²

Das Baugeschehen in Ost-Berlin blieb auch im Westen der Stadt nicht unbeachtet. Insbesondere im Umfeld der »Altbau-IBA« in Kreuzberg wurde die »komplexe Rekonstruktion« aufmerksam verfolgt. Wiederholt besichtigten West-Berliner Experten die Baustellen in Ost-Berlin. Hierzu gehörte auch der spätere Senatsbaudirektor Hans Stimmann (geb. 1941). Im Auftrag der Internationalen Bauausstellung Berlin verfasste er 1985 eine Broschüre, in der er die Stadterneuerung in Ost-Berlin vom »sozialistischen Neuaufbau« zur »komplexen Rekonstruktion« darstellte.⁴³ Diese Beobachtung erfüllte ganz offensichtlich eine strategische Funktion. Die

39 Vgl. Frank Bösch, *Energy Diplomacy. Germany, the Soviet Union and the Oil Crisis*, in: *Historical Social Research* 39 (2014) H. 4, S. 165-185.

40 Eine zentrale Rolle spielte hierbei die Baudirektion Hauptstadt Berlin, die 1983 vom Bauministerium der DDR eingerichtet wurde. Deren Generaldirektor Erhardt Gißke (1924-1993) war schon für die Stalinallee, den Palast der Republik, das Sport- und Erholungszentrum und den neuen Friedrichstadtpalast verantwortlich.

41 Vgl. Bouali/Schulze, *Bewegte Zeiten*, S. 76; Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), *Denkmale in Berlin*, S. 44 f.

42 *Berliner Zeitung*, 27. Oktober 1987, S. 5.

43 Hans Stimmann, *Stadterneuerung in Ost-Berlin. Vom »sozialistischen Neuaufbau« zur »komplexen Rekonstruktion«*, Berlin 1985.

dargestellten Fortschritte in der DDR sollten helfen, die »behutsame Stadterneuerung« in West-Berlin weiter voranzubringen. Der Senat sollte durch die Beispiele aus Ost-Berlin animiert werden nachzuziehen. So schrieb Hardt-Waltherr Hämer (1922-2012),⁴⁴ der Leiter der »Altbau-IBA«, in seinem Vorwort zu Stimmanns Broschüre: »während sich hier [in West-Berlin, Anm. d. Verf.] keine genügend eindeutige politische Linie entwickelte, wird drüben ein gigantisches Erneuerungsprogramm unter starker wissenschaftlicher Begleitung zügig in die Tat umgesetzt, so daß große Teile der Ost-Berliner Altbauviertel inzwischen zur Baustelle geworden sind.«⁴⁵

Stimmann identifizierte nicht nur ökonomische Gründe für den städtebaulichen Wandel in Ost-Berlin.⁴⁶ Die Ursachen für die konzentrierten Baumaßnahmen lagen für ihn im zeitlichen Zusammentreffen von drei übergeordneten politischen Zielsetzungen:⁴⁷ *erstens* dem Ausbau Ost-Berlins zur Hauptstadt der DDR, *zweitens* der angestrebten Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 und *drittens* der anstehenden 750-Jahr-Feier 1987. Das waren allesamt Punkte, die den Westen Berlins ebenfalls betrafen.⁴⁸ Vor allem beschrieb er auch im Osten eine neue Wertschätzung des Historischen und zitierte Stimmen, die dem zuvor vorherrschenden Furor gegen das bauliche Erbe des Kapitalismus absagten⁴⁹ und statt-

44 Der Architekt und Hochschullehrer Hardt-Waltherr Hämer gilt als »Vater der behutsamen Stadterneuerung« in West-Berlin. 1968 hatte er im Modellvorhaben an der Putbusser Straße im Sanierungsgebiet Berlin-Wedding erstmalig nachgewiesen, dass die Erneuerung der Altbausubstanz günstiger sei als der Abriss und anschließende Neubau von Wohnungen. 1973-1978 konnte er diesen Ansatz im Pilotprojekt Block 118 am Klausenerplatz in Berlin-Charlottenburg erstmalig umsetzen. Auf dieser Grundlage wurde Hämer 1979 zum Planungsdirektor der Internationalen Bauausstellung Berlin ernannt und war verantwortlich für den Bereich der sogenannten IBA-Alt (1984/87) mit dem Schwerpunkt »Behutsame Stadterneuerung Kreuzberg«. Vgl. Rudolf Schilling, Behutsame Stadterneuerung, in: Manfred Sack (Hg.), Stadt im Kopf: Hardt-Waltherr Hämer, Berlin 2002, S. 179-215; Krijn Thijs, West-Berliner Visionen für eine neue Mitte. Die Internationale Bauausstellung, der »Zentrale Bereich« und die »Geschichtslandschaft« an der Mauer (1981-1985), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11 (2014) H. 2, S. 235-261, hier S. 237 f., <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2014/id=5097>.

45 Hardt-Waltherr Hämer, Vorwort, in: Hans Stimmann, Stadterneuerung in Ost-Berlin. Vom »sozialistischen Neuaufbau« zur »komplexen Rekonstruktion«, Berlin 1985, S. 2.

46 Siehe Stimmann, Stadterneuerung in Ost-Berlin, S. 10.

47 Ebd., S. 5.

48 Zur Konkurrenz und gegenseitigen Wahrnehmung Ost- und West-Berlins im Zuge der 750-Jahrfeier 1987 vgl. Thijs, Drei Geschichten, eine Stadt.

49 So etwa den DDR-Stararchitekten Hermann Henselmann (1905-1995), der schon in den 1960er Jahren gefordert habe, das stadtplanerische Nullpunkt-Denken aufzugeben. Siehe Stimmann, Stadterneuerung in Ost-Berlin, S. 10.

dessen eine »Veränderung bei Wahrung der historischen Kontinuität«⁵⁰ forderten. Die »komplexe Rekonstruktion« in Ost-Berlin galt Stimmann somit als Pendant zur »behutsamen Stadtentwicklung« im Westen.

An einigen Aspekten der »komplexen Rekonstruktion« äußerte Stimmann auch Kritik. Dies betraf etwa die mangelnde Mieterbeteiligung und Frage der Eigentumsverhältnisse. »Ohne Rücksicht auf die juristisch oft unangetasteten, faktisch jedoch nicht mehr wirksamen privaten Grundbesitzverhältnisse hob man den Charakter *halböffentlicher Einzelhöfe* und damit den Hausbezug durch die Anlage zahlreicher Blockdurchquerungen und die Neugestaltung der Blockinnenbereiche als *öffentliche Räume* auf [Hervorhebungen im Original, Anm. d. Verf.]«⁵¹ Die Entkernung der Baublöcke durch den Abriss der Hinterhäuser hatte also auch im Osten Folgen für das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit, denen der Traditionalist Stimmann wie in Kreuzberg eher ablehnend gegenüberstand.⁵² Schließlich machte er noch auf eine gewichtige Einschränkung aufmerksam: Die »komplexe Rekonstruktion« der gründerzeitlichen Bebauung in Ost-Berlin ging deutlich auf Kosten der anderen DDR-Bezirke. 26.000 Bauarbeiter anderer Bezirke arbeiteten 1985 in Berlin.⁵³ Doch auch die IBA in West-Berlin wäre ohne die beträchtlichen Bundesmittel nicht durchführbar gewesen. Auch hierin glich die Ost-Berliner Stadterneuerung der Entwicklung in West-Berlin.

Die Neubewertung der gründerzeitlichen Altbauten lässt sich auch in Ost-Berlin an einem begriffsgeschichtlichen Befund ablesen. So zeigte der Begriff »Kiez« seit Mitte der 1980er Jahre eine erstaunliche Konjunktur. Durch die Volltextsuche in der *Berliner Zeitung* lässt sich die Verwendung des Begriffs in der offiziellen Presse-Öffentlichkeit der DDR recht genau rekonstruieren.⁵⁴ Noch bis Mitte der 1980er Jahre kam es nur zu ganz vereinzelt Nennungen; seit 1985 tauchte der Kiez-Begriff jedoch verstärkt auf. 1987 stieg die Worthäufigkeit dann exponentiell an (Abb. 14).

50 Klaus Rasche, Gedanken zur Gründerzeitarchitektur, in: Architektur der DDR 11/1979, S. 701, zitiert in: Stimmann, Stadterneuerung in Ost-Berlin, S. 33. Rasche plädierte für ein neues Verhältnis zur gründerzeitlichen Architektur und argumentierte, der alte Untertanengeist könne in den Mietskasernen unter den Bedingungen der DDR nicht reproduziert werden, zumal sich die kämpferische Arbeiterklasse in eben jener Struktur herausgebildet habe.

51 Stimmann, Stadterneuerung in Ost-Berlin, S. 13.

52 Allerdings attestierte er den »jüngeren« Rekonstruktionsvorhaben seit Mitte der 1980er Jahren weniger erhebliche Eingriffe in die Blockinnenbereiche. Siehe ebd.

53 Ebd., S. 5.

54 Worthäufigkeitsanalyse im DDR-Pressportal, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/> (30.6.2015).

ANEIGNUNGEN DES KIEZES IN FRIEDRICHSHAIN

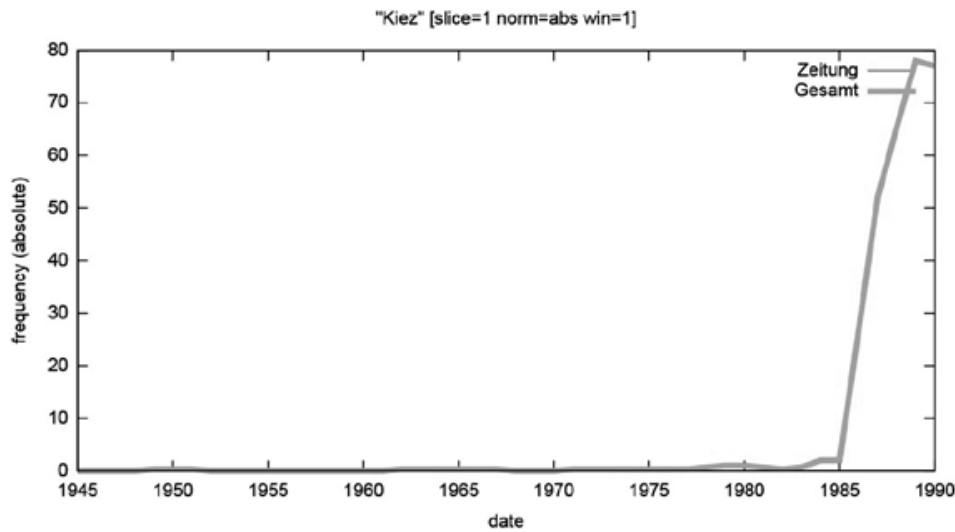


Abb. 14: Worthäufigkeit des Begriffs »Kiez« in der *Berliner Zeitung* (1945-1990)

Die deutliche Häufung des Kiez-Begriffs lässt sich in hohem Maße auf die 750-Jahr-Feier von 1987 zurückführen. In Ost-Berlin wurde hierfür mit der Husemannstraße in Prenzlauer Berg eine ganze Straße im Stil der Gründerzeit rekonstruiert. Doch allein mit dem Jubiläum kann die Konjunktur des Kiez-Begriffs nicht erklärt werden. Bei einer genaueren Analyse des Kontextes, in dem der Begriff jeweils gebraucht wurde, zeigt sich eine große Bandbreite von Verwendungen. Zum einen trat der Begriff im Zusammenhang mit Kindheitserinnerungen an bestimmte Berliner Altbauquartiere oder mit dem Verweis auf das Milieu von Heinrich Zille auf. In diesen Fällen handelte es sich um Rückübertragungen des Begriffs auf das alte proletarische Berlin. Zum anderen wurde der Begriff verwendet, wenn es um die Verschönerungen des Wohnumfeldes ging, für die mit dem Slogan »Unser Kiez soll schöner werden« eifrig geworben wurde. So diente der Begriff zur Mobilisierung der Bewohner in Bürgerbeteiligungskampagnen wie der »Goldenen Hausnummer«. Bisweilen wurde der Kiez-Begriff sogar auf die Neubaugebiete am Rande der Stadt übertragen, wenn es darum ging, dass hier eine vertrauensvolle Nachbarschaft entstehen sollte. Der Begriff war in seiner Bedeutung noch nicht klar festgelegt, hatte aber wie in Kreuzberg eine weitgehend positive Konnotation.

1987 verwendete erstmals auch Erich Honecker den Kiez-Begriff in einer offiziellen Rede. In seiner Festansprache beim Staatsakt der DDR im Palast der Republik zum 750-jährigen Bestehen von Berlin am 23. Oktober 1987 bekundete er: »Mit den Stadtbezirken Marzahn, Hohenschönhausen und

Hellersdorf erweiterte sich innerhalb eines Jahrzehnts der Kreis der traditionellen Berliner Stadtbezirke um die Größenordnung von Großstädten. Hunderttausende erhielten durch Neubau oder Rekonstruktion in ihrem vertrauten Kiez eine schöne Wohnung.«⁵⁵ Damit wurde die Rekonstruktion der Berliner Altbauviertel und die spezielle Bindung vieler Bewohner an ihren »Kiez« auch sprachlich anerkannt – wenngleich die Neubaugebiete in Honeckers Wohnungspolitik weiterhin den ersten Platz einnahmen. Die Wiederentdeckung des »Kiezes« bettete sich ein in die neue Geschichtspolitik von »Erbe und Tradition«, mit der die SED seit Mitte der 1970er Jahre versuchte, Legitimation über ein breiteres historisches Bewusstsein zu gewinnen, das nicht mehr ausschließlich sozialistisch bestimmt war.⁵⁶ Der »Kiez« aus der Kaiserzeit war hierfür eine geeignete Begrifflichkeit, weil er an proletarische Traditionen anknüpfte.⁵⁷

1987 trug auch das DDR-Fernsehen zur Popularisierung des Kiez-Begriffs bei. Von Oktober bis Dezember 1987 strahlte es die siebenteilige Fernsehserie »Kiezgeschichten« aus, in der eine Eberswalder Baubrigade ein Alt-Berliner Mietshaus rekonstruiert.⁵⁸ Dabei entspinnen sich allerlei humoristische Geschichten zwischen den Alten, die seit Jahrzehnten in dem Haus wohnen (dargestellt durch Marga Legal und Gerry Wolf), und den Jungen, die sich an den Kiez gewöhnt haben und dort wohnen bleiben wollen, auch wenn sie am Ende eine Neubauwohnung zugewiesen bekommen. Drehbuchautor Rolf Gumlich (geb. 1932), der selbst in einer Prenzlauer Berger Ladenwohnung lebte, erläuterte im Gespräch mit der *Berliner Zeitung* seinen Kiez-Begriff:

»Die Geschichten spielen überall in unserer Hauptstadt. Kiez steht stellvertretend für Berlin. Mit dem Begriff Kiez verbindet sich die Vorstellung von einem Winkel. Wir wollten aber neue Teile wie das Nikolaiviertel und auch ein Neubaugebiet mitspielen lassen. Von einer alten Straße im Stadtbezirk Mitte gehen wir aus, nennen sie Griseldastraße, eine Straße, die rekonstruiert wird. Also typisch für unsere Zeit.«⁵⁹

55 Neues Deutschland, 24. Oktober 1987, S. 3.

56 Zum Konzept von »Erbe und Tradition« in der DDR siehe Helmut Meier/Walter Schmidt (Hg.), *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker*, Berlin (Ost) 1988.

57 Zum Wandel des Geschichtsbildes in der DDR vgl. Martin Sabrow (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997; Raina Zimmering, *Mythen in der Politik der DDR*, Opladen 2000.

58 »Kiezgeschichten«, 7-teilige Serie des Fernsehens der DDR, Erstaussstrahlung am 23. Oktober 1987, Regie: Jens-Peter Proll, Drehbuch: Rolf Gumlich.

59 *Berliner Zeitung*, 28. Februar 1987, S. 10.

Ähnlich äußerte sich auch Regisseur Jens-Peter Proll: Ein Kiez »kann in jeder Stadt, jedem Dorf sein. Kiez bedeutet ganz einfach zu Hause sein.«⁶⁰ Beide arbeiteten also an einer möglichst positiven und inklusiven Deutung des Begriffs. Die Ausweitung des Kiez-Begriffs auf Neubaugebiet und Dörfer diene als Referenz an die Gesamtheit der Zuschauer in der DDR und war offenbar nötig, um den Begriff salonfähig zu machen. Die einzelnen Episoden der »Kiezgeschichten« machten aber klar, dass hier ein Berliner Altbauviertel gemeint war. Während es durch die Rekonstruktion baulich erhalten wurde, wurde es durch den positiv konnotierten Kiez-Begriff symbolisch aufgewertet.

Dass der Kiez-Begriff auch ganz anders gebraucht werden konnte, zeigte schließlich die fünfteilige Reportage »Kreuzberger Tage«, die vom 15. bis zum 22. November 1988 in der *Berliner Zeitung* erschien. Darin berichtete der West-Berlin-Korrespondent Axel Knack in düsteren Farben vom Leben in Kreuzberg SO 36, das als »Kiez zwischen Wut und Hoffnung« beschrieben wird.⁶¹ Die einzelnen Teile der Elendsreportage befassen sich mit Themen wie der Jugendarbeitslosigkeit, dem Drogenmilieu, Miethaien, Spiel- und Alkoholsucht, aber auch schon mit der beginnenden Gentrifizierung – freilich ohne dass bereits dieser Begriff fällt.⁶² In der Reportage wird der AL-Bezirksverordnete Volker Härtig zitiert, dass Kreuzberg dem West-Berliner Senat als »Endlager für den Berliner Sozialschrott« diene. Punks und Türken werden gleichermaßen exotisiert. Den Lesern der *Berliner Zeitung* wird das klare Bild vermittelt, dass Kreuzberg die Schattenseite West-Berlins darstelle: »Hier ist nicht Kudamm, hier ist Kiez«.⁶³

Auf diese Weise wird der Kiez-Begriff gegen seinen Entstehungskontext gewendet, denn es darf vermutet werden, dass er aus dem westlichen Sprachgebrauch in die DDR importiert wurde. Hierfür spricht die zeit-

60 *Berliner Zeitung*, 8. Dezember 1987, S. 7.

61 Axel Knack, Eine Adresse für Wut und Hoffnung. SO 36 zwischen Traum und Wirklichkeit, in: *Berliner Zeitung*, 15. November 1988, S. 4.

62 So heißt es im letzten Teil der Serie: »Ließ sich der gutsituierte Jung-Akademiker in der Vergangenheit mit dem vollklimatisierten Stadtrundfahrtenbus durch Kreuzberg kutschieren – Blick auf vermeintliche Exotik durch die Windschutzscheibe – hat er inzwischen diese Gegend immer mehr auch als ebenso exotischen Wohnsitz entdeckt. Tagsüber wird hart gemanagert, abends dann kann man gehoben ausflippen. Mit der Wohnraumerneuerung hinter alten Fassaden ging oftmals die Mietererneuerung einher. In jenen Kreisen ist Kreuzberg inzwischen nahezu ›schick‹. So sitzt inzwischen an manchem Stammtisch die neue Schickeria. Bei Kerzenschein und griechischem Wein.« Axel Knack, Die Schickeria sitzt am Stammtisch, Freizeitangebote im »Armenhaus der Stadt«, in: *Berliner Zeitung*, 22. November 1988, S. 4.

63 *Berliner Zeitung*, 15. November 1988, S. 4.

DIE ENTDECKUNG DES KIEZES

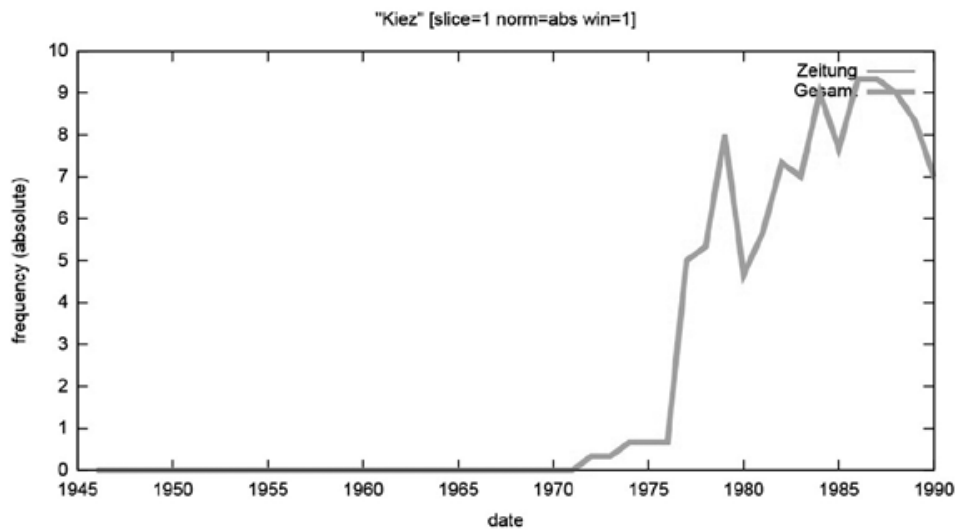


Abb. 15: Worthäufigkeit des Begriffs »Kiez« in der Wochenzeitung *Die ZEIT* (1946-1990)

liche Verzögerung, die sich aus vergleichenden Worthäufigkeitsanalysen ablesen lässt.⁶⁴ In West-Berlin und der Bundesrepublik hatte der Begriff bereits etwa zehn Jahre früher Konjunktur (Abb. 15). Dies korrespondierte im Westen mit der Wiederentdeckung der Altbauviertel, die seit Mitte der 1980er Jahre auch im Osten Berlins einsetzte und zu einer Konjunktur des Kiez-Begriffs führte. Doch während der Begriff in der DDR für Nachbarschaft und Heimatverbundenheit stehen sollte, wurden mit ihm im Hinblick auf den Westen die krassen Erscheinungsformen des kapitalistischen Wohnungselends denunziert. In der Phase des städtebaulichen Umbruchs in Ost und West waren beide Lesarten möglich und folgten den politischen Interessen der Systemkonkurrenz. Doch schon bald setzte sich die positive Konnotation endgültig durch. Nach der Wiedervereinigung der Stadt avancierte der Kiez-Begriff zum unumstrittenen Identifikationsangebot und attraktiven Label für die sanierten Altbauviertel in Ost und West.

64 Leider gibt es für die großen West-Berliner Tageszeitungen bislang kein vergleichbares Presseportal, das eine quantifizierende Worthäufigkeitsanalyse erlauben würde. Einen begrenzten Vergleich erlaubt die Worthäufigkeitsanalyse zum Begriff »Kiez« im Referenzkorpus der Wochenzeitung *Die ZEIT* im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache, <http://www.dwds.de> (16.4.2016).

Zwischenfazit I

Die Wohnverhältnisse in Friedrichshain und Kreuzberg glichen sich die längste Zeit ihrer Geschichte. Von der baulichen Erschließung der beiden Stadtteile im Kaiserreich bis in die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, der die Situation zusätzlich verschärfte, gab es im alten Berliner Osten nur in begrenztem Maße Privatheit im Sinne einer individuellen Rückzugsmöglichkeit im Wohnbereich. Dies war jedoch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein keine etablierte gesellschaftliche Norm in Friedrichshain und Kreuzberg. Selbst die öffentlichen Interventionen in Gestalt von sozialwissenschaftlichen Studien hoben vor allem auf Fragen der Hygiene und der Sittlichkeit ab, dokumentierten dabei aber auch die prekäre Privatheit der Bewohner. Nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg zielten die Wiederaufbauprogramme auf beiden Seiten der nunmehr gespaltenen Stadt auf eine möglichst vollständige Beseitigung der alten, überwiegend maroden Mietshäuser, die als Erbe des gründerzeitlichen Kapitalismus bewertet wurden. Die ersten Neubauten der Nachkriegszeit dienten nicht nur der öffentlichen Demonstration des Wiederaufbaus und gesellschaftlichen Gestaltungswillens in Ost und West, sondern boten ihren Bewohnern vermehrt – oft auch überhaupt zum ersten Mal – private Rückzugsmöglichkeiten, was mit einem generellen Rückzug ins Private angesichts der Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts einherging. Hierdurch entspannte sich die Situation in den alten gründerzeitlichen Mietshäusern. In dem Moment, in dem sie abgerissen werden sollten, boten die abgeschriebenen und vernachlässigten Häuser Rückzugsorte und Freiräume für weniger konforme Lebensentwürfe und alternative Wohnformen, die zugleich Ausdruck einer stärkeren Individualisierung in beiden Gesellschaften waren.

Während diese Räume der privaten Entfaltung in Kreuzberg öffentlich beansprucht, besetzt und gegen den geplanten Abriss verteidigt wurden, konnten sie in Friedrichshain nur im Stillen angeeignet werden, weil die parteistaatlich kontrollierte Öffentlichkeit keine alternative Öffentlichkeit wie in Kreuzberg zuließ. Dort entwickelte sich eine starke Gegenöffentlichkeit, die sich unter anderem auf dem Feld der politischen Kunst und der alltagsgeschichtlichen Erforschung des eigenen Wohngebiets etablierte und erfolgreich eigene Begriffe setzte, die Kreuzberg nachhaltig veränderten. In Friedrichshain, wo mit der SED-Zeitung *Neues Deutschland* ein wichtiges Instrument der offiziellen DDR-Öffentlichkeit seinen Sitz hatte, konnte keine vergleichbare kritische Gegenöffentlichkeit entstehen, wengleich vor allem im Bereich der Kunst auch kritische

ZWISCHENFAZIT I

Perspektiven auf die privaten Lebens- und Wohnverhältnisse öffentlich artikuliert wurden. Zudem entwickelten sich hier spezielle und gesellschaftlich eng begrenzte Ersatzöffentlichkeiten, in denen insbesondere die Wohnverhältnisse verhandelt und die öffentlichen Versprechen der SED zur Lösung der Wohnungsfrage beim Wort genommen wurden.

Die individuellen Ansprüche wuchsen nicht nur mit den Versprechen der SED, die zur Legitimation der eigenen Macht die Wohnungsfrage seit den 1970er Jahren ganz ins Zentrum der eigenen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik gerückt hatte, sondern auch durch den fortwährenden Vergleich mit dem Westen. Alternative Wohnformen und private Lebensentwürfe wurden aus West-Berlin übernommen. Auffällig ist zudem die parallele Wiederentdeckung und bauliche Instandsetzung der alten Miethäuser in Ost-Berlin. Inwiefern diese Entwicklung nicht allein ökonomischen Anforderungen und (geschichts-)politischen Interessen folgte, sondern die »behutsame Stadterneuerung« in Kreuzberg als städtebauliches Leitbild zum Vorbild nahm, muss offen bleiben. Zumindest übernahm die DDR den neuen Kreuzberger Kiez-Begriff, der die positive Neubewertung der alten Mietskasernenquartiere öffentlich zum Ausdruck brachte.

Doch die Verflechtungen zwischen Ost und West waren keine Einbahnstraße. So interessierten sich die Protagonisten der Internationalen Bauausstellung in Kreuzberg sehr für die »komplexe Rekonstruktion« im Osten der Stadt, um mit dem Verweis auf die DDR ihre eigene Position in West-Berlin zu stärken. Im Bereich des Wohnens lässt sich somit ein typisches Muster der asymmetrischen Verflechtungsgeschichte ausmachen. In den 1980er Jahren lieferten sich Ost und West ein Wettrennen um die Wiederentdeckung des historischen Bauerbes, das im Gegensatz zu den architektonischen Schaukämpfen der 1950er Jahre auf eine Konvergenz der städtebaulichen Vorstellungen hinauslief. Diese miteinander verflochtene Parallelentwicklung bildete nach 1990 eine wichtige Voraussetzung für die symbolische und materielle Aufwertung der gründerzeitlichen Altbausubstanz in beiden Hälften der Stadt. Die heutige Gentrifizierung Friedrichshains und Kreuzbergs geht also bis auf die Systemkonkurrenz zurück.

II. Kirchen

Kirche als konstitutives Feld von Öffentlichkeit und Privatheit

Berlin ist heute eine der am stärksten säkularisierten Großstädte der Welt. Das hat eine lange Tradition, die bis ins Kaiserreich zurückreicht. Nach 1945 erfuhr insbesondere der Ostteil der Stadt eine massive Entkirchlichung – ebenso wie die restliche DDR.¹ Doch auch im Westteil war die Kirchenzugehörigkeit stark rückläufig.² Dass den Kirchen in Friedrichshain und Kreuzberg im Folgenden ein eigener Untersuchungsteil gewidmet werden soll, ist daher ungewöhnlich und erklärungsbedürftig. Verglichen mit der zuvor diskutierten gesellschaftlichen Brisanz der Wohnungsfrage dürften die Kirchen auf den ersten Blick als ein eher randständiges Thema erscheinen. Kirche und Religion verraten jedoch viel über das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit. Die Kirchen als repräsentative Öffentlichkeit und die Religion als Sphäre privater Autonomie berühren gewissermaßen beide Pole.³ Sie bilden ein »kirchlich-religiöses Feld«, das für das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit konstitutiv ist und daher stets zusammengedacht werden sollte, zumal sich die Institution der christlichen Kirche mit der Glaubenspraxis der Religion in Deutschland stark überschneidet.⁴

Die Kirchen- und Religionsgeschichte steht in einem komplexen wechselseitigen Verhältnis zur allgemeinen Zeitgeschichte. Sie reagiert nicht nur auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, sondern wirkt umgekehrt auch aktiv auf diese ein, wie an den beiden hier ausgewählten Fallbeispielen dargestellt werden soll. Diese Verknüpfung von Kirchengeschichte und Gesamtgeschichte hat zu einer kaum überschaubaren religionssoziologischen und geschichtswissenschaftlichen Forschungsliteratur geführt. Zentral ist dabei die Auseinandersetzung mit dem Prozess der »Säkularisierung«. Aufbauend auf der Religionssoziologie Max

1 Vgl. hierzu immer noch grundlegend Detlef Pollack, Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 271-294.

2 Vgl. hierzu Thomas Großbölting, Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013, S. 176-179.

3 Vgl. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 62-67.

4 Vgl. Paul Nolte, Vorreiter oder Verlierer? Das religiös-kirchliche Feld in den Umbrüchen der westdeutschen Zivilgesellschaft seit den 1960er Jahren, in: Traugott Jähnichen/Wilhelm Damberg (Hg.), Neue Soziale Bewegungen als Herausforderung sozialkritischen Handelns, Stuttgart 2015, S. 49-72, hier S. 51.

Webers ging die klassische Säkularisierungstheorie davon aus, dass die Bedeutung von Kirche und Religion im Zuge der fortschreitenden gesellschaftlichen Modernisierung schwinde und Religiosität nur noch im Privatbereich eine residuale Rolle spiele.⁵

Die wachsende Skepsis gegenüber den klassischen Modernisierungstheorien verbunden mit einer Kritik am westlichen Eurozentrismus führte in der religionssoziologischen Forschung der letzten zwanzig Jahre jedoch zu einer grundlegenden Revision der Säkularisierungsthese.⁶ Mit Blick auf die bis heute anhaltende Religiosität und den Erfolg des evangelikalen Protestantismus in den USA und vielen anderen Ländern wurde der reziproke Zusammenhang von Säkularisierung und Modernisierung grundsätzlich in Frage gestellt.⁷ Abgesehen von Westeuropa kann von einem eindeutigen Bedeutungsverlust der Religion nicht die Rede sein.⁸ José Casanova identifizierte im weltweiten Vergleich sogar einen deutlichen Bedeutungszuwachs der »öffentlichen Religion«.⁹ Andere wiederum verwiesen auf eine deutliche Zunahme außerkirchlicher Frömmigkeit und privatisierter Religiosität.¹⁰

Die Säkularisierungsdebatte berührt somit im Kern die Frage nach Öffentlichkeit und Privatheit im kirchlich-religiösen Feld, auf deren historische Grundlagen in Deutschland im Folgenden einführend eingegangen werden soll, ehe anhand von zwei Fallbeispielen in Friedrichshain und Kreuzberg der Bedeutungswandel kirchlicher Öffentlichkeit in den 1970er/80er Jahren diskutiert wird. Dabei steht nicht die theologische Auseinandersetzung im Mittelpunkt, sondern das Spannungsverhältnis der kirchlichen zur städtischen bzw. gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die kirchliche Öffentlichkeit entfaltet sich in erster Linie auf der Ebene der Kirchengemeinden, wobei einige Friedrichshainer und Kreuzberger Gemeinden in ihrer öffentlichen Ausstrahlungskraft und historischen Bedeutung herausragten. Dies gilt insbesondere für Evan-

5 Vgl. hierzu einführend Karl Gabriel, *Jenseits von Säkularisierung und Wiederkehr der Götter*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 58 (2008) B 52, S. 9-15.

6 Vgl. ebd., S. 11. Die Kritik an der Säkularisierungsthese bezieht sich nicht nur auf das 20. Jahrhundert, sondern bezieht auch das 19. Jahrhundert mit ein. Vgl. hierzu Olaf Blaschke, *Das 19. Jahrhundert. Ein zweites Konfessionelles Zeitalter?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000) H. 1, S. 38-75.

7 Vgl. Paul Nolte, *Religion als zivilgesellschaftliche Ressource. Integration und Konflikt seit den 1950er-Jahren – das Beispiel Bundesrepublik*, in: Edmund Arens u. a. (Hg.), *Integration durch Religion? Geschichtliche Befunde, gesellschaftliche Analysen, rechtliche Perspektiven*, Zürich 2014, S. 133-153, hier S. 133.

8 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 9.

9 Vgl. José Casanova, *Public Religions in the Modern World*, Chicago 1994.

10 Vgl. Thomas Luckmann, *Die unsichtbare Religion*, Frankfurt a. M. 2005.

gelische Kirchengemeinden. Daher liegt der Fokus im Folgenden auch stärker auf der Evangelischen Kirche, zumal diese in Berlin bis heute auch zahlenmäßig eine wesentlich höhere Bedeutung besitzt.¹¹

Kirche und Staat

Soziologisch betrachtet ergibt sich der öffentliche Charakter der Kirche aus dem Wesen der Versammlungsöffentlichkeit, zu der sich die Kirchengemeinde formiert. Historisch gesehen handelte es sich dabei jedoch die längste Zeit nicht um eine unabhängige Öffentlichkeit, da über Jahrhunderte hinweg eine große Nähe zwischen Kirche und Staat herrschte. Seit dem Mittelalter sind die kirchliche und die staatliche Gewalt eng miteinander verzahnt. Der Kaiser rang mit dem Papst um das Recht zur Investitur. Geistliche Würdenträger waren zugleich mit weltlicher Macht ausgestattet. In der Reformation wurde diese Herrschaftspraxis scharf kritisiert, doch nun übernahmen die protestantischen Landesherren die Kirchenhoheit. Die anschließenden Religionskriege endeten mit dem Grundsatz »cuius regio, eius religio« und definierten somit die Konfession der Untertanen über die Glaubenszugehörigkeit des Landesherren. Das Ende des alten Reiches und die Reformen am Anfang des 19. Jahrhunderts führten zwar zu einer formalen Trennung von Kirche und Staat und nun auch in Süddeutschland zu einer weitgehenden Säkularisation kirchlichen Grundbesitzes.¹² Vor allem in den protestantischen Ländern blieb es jedoch bei einer »Allianz von Thron und Altar«, die auch für das Deutsche Reich von 1871 maßgeblich war, das unter starkem protestantischen Einfluss stand.¹³ Der Staat sicherte die äußere Existenz der Kirchen. Die Kirche wiederum diente dem inneren Zusammenhalt des Staates und übernahm zahlreiche öffentliche Aufgaben in der politischen Gemeinde, so etwa die Registrierung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen, die Integration Hinzugezogener sowie die Armenfür-

11 So besaß die Evangelische Kirche in Berlin 2012/13 mit 633.268 Gemeindemitgliedern und 187 Kirchengemeinden etwa doppelt so viele Mitglieder und dreimal so viele Gemeinden wie die Katholische Kirche, die 330.574 Mitglieder und 62 Gemeinden zählte. Siehe Statistisches Jahrbuch Berlin 2014, S. 162.

12 Vgl. Olaf Müller/Detlef Pollack/Gert Pickel, The Religious Landscape in Germany. Secularizing West – Secularized East, in: Detlef Pollack/Gert Pickel (Hg.), Social Significance of Religion in the Enlarged Europe. Secularization, Individualization and Pluralization, Abingdon 2012, S. 95-120, hier S. 96.

13 Vgl. Großbölting, Der verlorene Himmel, S. 46-50.

sorge.¹⁴ Die formale Trennung von Kirche und Staat, die in der Weimarer Reichsverfassung kodifiziert worden war, wurde von den Nationalsozialisten aufgehoben. Gegen den Widerstand der Bekennenden Kirche und einiger Landeskirchen wurde die Evangelische Kirche weitgehend gleichgeschaltet und eine Reichskirche geschaffen.¹⁵

Nach 1945 musste das Verhältnis zur Politik neu bestimmt werden, die Landeskirchen blieben jedoch maßgeblich und schlossen sich zur Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD, später EKD) zusammen.¹⁶ Im Westen knüpfte das Grundgesetz an die Weimarer Verfassung an und legte fest, dass es keine Staatskirche gebe.¹⁷ Gleichzeitig garantierte es die Religionsfreiheit. Die Religionsausübung wurde als öffentliche Angelegenheit aufgefasst, die der Staat zu gewährleisten habe. Die Kirchen wurden in der Bundesrepublik als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt und mit zahlreichen Privilegien ausgestattet. Diese betrafen unter anderem das Schulwesen und den karitativen Bereich, den konfessionellen Religionsunterricht, staatlich geschützte kirchliche Feiertage sowie die Militärseelsorge. Darüber hinaus wurden Kirchenvertreter in Rundfunkräte und politische Kommissionen entsandt. Das wichtigste Privileg war der Fortbestand des spezifisch deutschen Kirchensteuersystems, das über den automatischen Einzug der Kirchensteuer durch das Finanzamt den beiden großen Kirchen zu einer gesicherten finanziellen Basis verhalf und vor dem Hintergrund des »Wirtschaftswunders« zahlreiche Kirchenneubauten ermöglichte. Durch die gesetzlich fixierte Sonderrolle der Kirchen blieb es bei einer »hinkenden Trennung« von Kirche und Staat.¹⁸ Überdies bestand in der Bundesrepublik die »anstaatliche« Organisation der Kirchen fort, deren Hierarchie in gewisser Hinsicht den Staatsaufbau spiegelte.¹⁹

14 Vgl. Frank Bösch/Lucian Hölscher, *Jenseits der Kirche. Raum und Religion in der Moderne*, in: Dies. (Hg.), *Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren*, Göttingen 2013, S. 7-29, hier S. 16.

15 Dagegen bewahrte die Katholische Kirche durch das Konkordat von 1933 in höherem Maße ihre Unabhängigkeit. Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 45.

16 Für die Entwicklung der Kirchen und der Religion in der Bundesrepublik vgl. v. a. Großbölting, *Der verlorene Himmel*.

17 Hierfür wurde der Artikel 137 (1) der deutschen Verfassung vom 11.8.1919 in den Artikel 140 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 übernommen.

18 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 51 f.

19 Vgl. Nolte, *Vorreiter oder Verlierer*, S. 63.

Ganz anders gestaltete sich die Situation der Kirchen in der DDR.²⁰ Zwar garantierte die erste Verfassung der DDR formal die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie ungestörte Religionsausübung. Seit 1952 herrschte jedoch ein massiver Kirchenkampf. Dabei versuchte die SED, den öffentlichen Einfluss der Kirche auf die Jugend zurückzudrängen, indem sie den traditionellen kirchlichen Übergangsriten ins Erwachsenenalter die Jugendweihe entgegensetzte.²¹ Die 1950er Jahre waren geprägt von einer repressiven Religionspolitik und einem religionsfeindlichen Klima. Christen erfuhren systematische Benachteiligungen in Schule, Studium, Ausbildung und Beruf. Religion wurde als schädliches und überflüssiges Relikt der Klassengesellschaft stigmatisiert.²² Dies führte zu einer massiven und langfristigen Schwächung der Kirche, die frühere Säkularisierungstendenzen im Osten Deutschlands aufnahm und enorm beschleunigte.²³ Die politischen Sanktionen behinderten die Jugendarbeit und damit nachhaltig die Reproduktionsfähigkeit der Kirche, so dass der Abwärtstrend auch dann noch anhielt, als sich die kirchenfeindliche Politik der SED in den 1970er und 1980er Jahren abmilderte.²⁴ Innerhalb von 40 Jahren sank der Anteil der Protestanten in den ostdeutschen Kernlanden der Reformation von 80,5 Prozent (1949) auf 25 Prozent (1990). Gleichzeitig stieg der Anteil der konfessionslosen Bevölkerung in der DDR von 7 auf 70 Prozent.²⁵ Aus der Volkskirche wurde eine Minderheitskirche.²⁶

20 Zur Geschichte der evangelischen Kirche in der DDR immer noch maßgeblich: Detlef Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, Stuttgart 1994.

21 Innerhalb der SED hatten sich die militanten Atheisten gegenüber den Pragmatikern durchgesetzt. Vgl. ebd., S. 232.

22 Vgl. ebd., S. 373.

23 Bereits im 19. Jahrhundert hatte die Distanz der Arbeiterschaft zur Kirche eine innere Säkularisierung bewirkt, deren Ausmaß erst unter dem Druck des SED-Regimes sichtbar wurde. Vgl. Pollack, *Von der Volkskirche zur Minderheitskirche*, S. 281.

24 Vgl. ebd., S. 271 und 279. Zur Kirchenpolitik in der DDR vgl. auch Joachim Heise, *Kirchenpolitik von SED und Staat. Versuch einer Annäherung*, in: Günther Heydemann/Lothar Kettenacker (Hg.), *Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat*, Göttingen 1993, S. 126-154.

25 Zu den Zahlen vgl. detailliert Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft*, S. 373-424.

26 Vgl. Pollack, *Von der Volkskirche zur Minderheitskirche*, S. 271. Zur exzeptionellen Entkirchlichung Ostdeutschlands im europäischen Vergleich vgl. auch José Casanova, *The Religious Situation in Europe*, in: Hans Joas/Klaus Wiegandt (Hg.), *Secularization and the World Religions*, Liverpool 2009, S. 206-228, hier S. 207.

Kirche als Teil der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik

Die Kirchen verloren auch im Westen Deutschlands immer mehr Mitglieder, wenngleich hier der Mitgliederschwund mit durchschnittlich 0,4 Prozent pro Jahr nicht so dramatisch war wie in der DDR mit durchschnittlich 2,5 Prozent.²⁷ Nach 1945 hatte es in der Bundesrepublik zunächst einen »religiösen Frühling« gegeben, von dem die Kirchen lange zehrten.²⁸ Spätestens seit den 1960er Jahren setzte jedoch auch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft eine fortschreitende Entkirchlichung ein, die sich nicht nur an der schrumpfenden Zahl der Kirchenmitglieder festmachen lässt, sondern auch anhand weiterer Parameter zeigt. So nahm der sonntägliche Kirchgang ab, ebenso wie die Zahl der kirchlich geschlossenen Ehen und Taufen sowie der in kirchlichen Einrichtungen erzogenen Kinder.²⁹ Hierfür lassen sich mehrere Gründe identifizieren: Mit dem Ende der Hochmoderne lösten sich die vertrauten sozialen Milieus auf, wovon insbesondere auch die christlichen Kirchen betroffen waren. Religiös-konfessionelle Verankerungen erodierten und wurden im Generationswechsel nicht mehr ohne weiteres weitergegeben.³⁰ Hinzu kam ein zunehmender materieller Wohlstand, der die traditionelle Fürsorge- und Trostfunktion der Kirche teilweise obsolet werden ließ, sowie eine sichtliche Enttraditionalisierung der Gesellschaft, nicht zuletzt im Verhältnis von Stadt und Land.³¹ Schließlich muss der Bedeutungsverlust der Kirchen mit der Medienexpansion der 1950er und 1960er Jahre in Verbindung gesetzt werden. Zwar errangen die Kirchen eine neue mediale Präsenz,³² doch kann es insgesamt keinen Zweifel an der Entkirchlichung der bundesrepublikanischen Gesellschaft geben.³³

Genau dies führte jedoch zu einer »Neuerfindung« der Kirchen. Nicht ohne zahlreiche innere Konflikte wurden sie zum »Dach und Nährboden zivilgesellschaftlicher Milieukulturen.«³⁴ Aus der bloßen Karteimitgliedschaft der Volkskirche wurde eine engagierte Minderheit. Mit dieser

27 Vgl. Pollack, *Von der Volkskirche zur Minderheitskirche*, S. 275.

28 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 13.

29 Vgl. ebd., S. 176-179.

30 Vgl. Nolte, *Vorreiter oder Verlierer*, S. 54 u. 65.

31 Vgl. ebd., S. 59.

32 Vgl. Frank Bösch/Lucian Hölscher, *Die Kirchen im öffentlichen Diskurs*, in: Dies. (Hg.), *Kirche – Medien – Öffentlichkeit. Transformationen kirchlicher Selbst- und Fremddeutungen seit 1945*, Göttingen 2009, S. 7-32, hier S. 7.

33 Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 14 f.

34 Nolte, *Vorreiter oder Verlierer*, S. 60. Dabei transformierte sich die Kirche erfolgreicher als andere Organisationsformen der Hochmoderne wie Parteien oder Gewerkschaften. Vgl. Nolte, *Religion als zivilgesellschaftliche Ressource*, S. 136.

Transformation ging eine deutliche »Entstaatlichung« einher. Vor allem die protestantische Kirche gab ihre traditionell staatskirchlich-obrigkeitsstaatliche Position auf und wechselte zur tendenziell kritischen, protestaffinen Seite.³⁵ Ältere sozialprotestantische Strömungen gewannen nun gegenüber dem geschwächten traditionellen Staatsprotestantismus die Oberhand. Anstelle gesellschaftlicher Integration rückten seit den 1960er Jahren Dissens und Konflikt in den Mittelpunkt. Nicht zuletzt auf Grundlage der Auseinandersetzung um die eigene Vergangenheit im Nationalsozialismus³⁶ wurde die Kirche zu einem wichtigen Akteur der Zivilgesellschaft als Handlungsraum von Protest und Partizipation sowie Engagement und Selbstermächtigung jenseits von Markt und Staat. Die Kirche partizipierte jedoch nicht nur an der Zivilgesellschaft, sondern bildete in ihrem Inneren zivilgesellschaftliche Strukturen und Handlungsfelder aus.³⁷ Somit wurde die Kirche zu einem wichtigen Motor der Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik.

Wenn man unter Zivilgesellschaft einen Aushandlungsraum versteht, in dem die Bürger ihre Interessen (und die Interessen Dritter) gegenüber dem Staat vertreten, dann nähert sich der Begriff der Zivilgesellschaft dem Idealverständnis einer bürgerlichen Öffentlichkeit. Insofern brachte die neue »Staatsferne« der Kirchen eine neue Form von Öffentlichkeit in der Bundesrepublik hervor. In der Tat entdeckten die Kirchen in den 1960er Jahren einen spezifisch biblisch begründeten »Öffentlichkeitsauftrag«. »Öffentlichkeit wurde [...] zu einer semantisch schillernden, doch gerade darin politisch potenten Schlüsselkategorie kirchlicher Arbeit und kirchlichen Selbstverständnisses.«³⁸ Trotz rückläufiger Mitglieder- und Partizipationszahlen verloren die Kirchen kaum an öffentlicher Ausstrahlung und öffentlichem Einfluss.³⁹ Im Gegenteil: Die Kirche öffnete sich verstärkt der Gesellschaft. So wurde der Begriff der »Säkularisierung« im Sinne einer Öffnung zur Welt umgedeutet und meinte innerhalb der Kirche nicht mehr den Abfall der Menschen vom christlichen Glauben, sondern die Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden durch gesellschaftliches Engagement.⁴⁰

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. J. Franklin Williamson, *Memory with ›no clear answers‹. Volkstrauertag, Opfer des Faschismus, and the Politics of Publicly Mourning the War Dead in Germany, 1945-1972*, Dissertation: University of North Carolina, Chapel Hill 2013.

37 Vgl. Nolte, *Vorreiter oder Verlierer*, S. 52.

38 Bösch/Hölscher, *Die Kirchen im öffentlichen Diskurs*, S. 24.

39 Vgl. Nolte, *Religion als zivilgesellschaftliche Ressource*, S. 135.

40 Vgl. Bösch/Hölscher, *Die Kirchen im öffentlichen Diskurs*, S. 22 f.

Zugleich strebte die Kirche verstärkt in den öffentlichen Raum. Neue Formate und Räume wurden erschlossen. Die Kirche besetzte temporär offene Plätze, Messen und Fußballstadien, um das »Ghetto ihrer Selbstabschließung in der modernen säkularen Gesellschaft aufzubrechen«.⁴¹ Es entstanden neue Formen kirchlicher Öffentlichkeit. Hierzu zählten vor allem die Kirchentage, die nach einem zwischenzeitlichen Besucher- einbruch seit den späten 1970er Jahren zu »eventisierten« Großveranstaltungen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern avancierten,⁴² sowie die evangelischen Akademien und das neue Format der Fernsehgottesdienste.⁴³ Umgekehrt stellten die Kirchen ihre eigenen Räume einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung.⁴⁴ Das war im Prinzip nicht neu; bereits im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit wiesen Kirchenräume eine »Multifunktionalität« auf und dienten säkularen Praktiken wie Handel, Warenlagerung, Asyl oder Armenspeisung.⁴⁵ Neu war hingegen die dezidierte Öffnung kirchlicher Veranstaltungen und Räumlichkeiten gegenüber Nichtkirchenmitgliedern. Nunmehr fanden politische Diskussionsabende, Reisevorträge und Rockkonzerte in den Kirchen statt, die hierfür auch kommerziell vermietet wurden. »Als ›öffentliche‹ Kirchen gewannen die alten Volkskirchen so noch einmal eine neue politische und ideelle Rechtfertigung.«⁴⁶

Kirche als Ersatzöffentlichkeit in der DDR

Die Öffnung des Kirchenraums für nichtkirchliche Veranstaltungen war auch eine wichtige Funktion der Kirchen in der DDR. Während der öffentliche Raum den Kirchen die längste Zeit weitgehend verschlossen

41 Vgl. Bösch/Hölscher, *Jenseits der Kirche*, S. 7.

42 Vgl. Thomas Mittmann, *Kirche im performativen Wandel. Die Entwicklung der Katholikentage und der Evangelischen Kirchentage in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Frank Bösch/Lucian Hölscher (Hg.), *Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren*, Göttingen 2013, S. 107-148, hier v. a. S. 138-140.

43 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 160-168; Ronald Funke, *Mediale Kirchenräume. Katholische und evangelische Fernsehgottesdienste seit den 1950er Jahren*, in: Frank Bösch/Lucian Hölscher (Hg.), *Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren*, Göttingen 2013, S. 201-238.

44 Dies wurde begünstigt durch eine Umgestaltung der Innenräume, v. a. durch die Auflösung frontaler Kommunikationsformen im Zuge der Demokratisierung des Gemeindeverständnisses. Vgl. Bösch/Hölscher, *Die Kirchen im öffentlichen Diskurs*, S. 25.

45 Vgl. Bösch/Hölscher, *Jenseits der Kirche*, S. 14.

46 Bösch/Hölscher, *Die Kirchen im öffentlichen Diskurs*, S. 25.

blieb, bildeten die Kirchen in der DDR einen einzigartigen gesellschaftlichen Freiraum. Immerhin gab es in Ostdeutschland konfessionsübergreifend rund 10.000 Kirchenbauten, von denen bis 1978 nur rund 60 Kirchen abgerissen wurden.⁴⁷ Noch viel entscheidender war jedoch, dass die Kirchen in der DDR ihre institutionelle Autonomie weitgehend wahren und somit einen Rest von Zivilgesellschaft erhalten konnten. Als einzige nichtstaatliche Organisation besaßen sie eigene Ausbildungsstätten, eigene Finanzierungsmöglichkeiten und eigenständige Entscheidungsorgane.⁴⁸ Die Kirchen boten eine symbolträchtige Versammlungsfreiheit, eine residuale Publikationsfreiheit und mit ihren Synoden ein wichtiges Diskussionsforum.⁴⁹ »Die ›stillgelegte Gesellschaft‹ fand in der Kirche ein Ersatzfeld für unabhängige zivilgesellschaftliche [...] Aktivitäten, die außerhalb der Kirche vom SED-Staat nicht geduldet wurden.«⁵⁰ Auf diese Weise bildeten die Kirchen in der DDR eine Art Ersatzöffentlichkeit, die nicht nur für Kirchenmitglieder attraktiv war.⁵¹ Oppositionelle Gruppen wanderten in die Kirche, auch wenn ihr Handeln eigentlich nicht religiös motiviert war.⁵² So organisierten seit den späten 1970er Jahren zahlreiche Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen ihre Oppositionsarbeit unter dem Dach der Kirche.⁵³ Dabei handelte es sich jedoch nicht um

47 Darunter waren aber einige prominente Bauten wie die Potsdamer Garnisonkirche oder die Leipziger Universitätskirche. In der Ära Honecker wurden im Rahmen der Altstadtanierung und mit erheblicher finanzieller Unterstützung aus dem Westen sogar 50 Kirchen neuerrichtet oder wiederaufgebaut. Vgl. Bösch/Hölscher, *Jenseits der Kirche*, S. 22 f.

48 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 237.

49 Vgl. Friedrich Wilhelm Graf, *Die evangelischen Kirchen als kritische Institution und Brücke zwischen Ost und West*, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 221-237.

50 Ehrhart Neubert, *Die »Reproduktion von Kirche in der DDR«*. Ein bilanzierender Rückblick, in: *Gerbergasse 18*, 18 (2013) H. 4, S. 3-8, hier S. 6.

51 Zur Rolle der Kirchen als alternative Öffentlichkeit in der DDR vgl. Michael Haspel, *Die evangelischen Kirchen in der DDR. Zur Institutionalisierung einer öffentlichen Sphäre zwischen System und Lebenswelt*, in: Gábor T. Rittersporn u. a. (Hg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures*, Frankfurt a. M. u. a. 2003, S. 239-253; von Saldern, *Öffentlichkeiten in Diktaturen*.

52 Vgl. Pollack, *Von der Volkskirche zur Minderheitskirche*, S. 288 f.

53 Vgl. v. a. Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Berlin 1997, v. a. S. 248-324 sowie 539-550.

ein bloßes Asyl. Vielmehr wurden die Oppositionsgruppen zum Teil erheblich religiös affiziert.

Die auffallend große Bedeutung religiöser Motive und kirchlicher Handlungsräume ähnelte durchaus der Bundesrepublik in der Phase des »moralischen Protests« der 1970er und 1980er Jahre.⁵⁴ In der DDR war dies jedoch das Ergebnis eines schwierigen und konfliktreichen Prozesses, in dem die Evangelische Kirche ihren Weg zwischen der Wahrung ihrer Selbständigkeit und der Anpassung an das »Leben im Sozialismus« finden musste.⁵⁵ Der anhaltende Mitgliederschwund war dabei nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig strahlte die Kirche zunehmend eine attraktive Dissidenz aus. Das Pfarrhaus stand nicht nur für ein religiöses Angebot, sondern für einen alternativen Lebensstil. Das Theologiestudium war daher nicht nur für religiös Interessierte interessant, sondern auch für Wehrdienstverweigerer, Bausoldaten usw.⁵⁶ Insbesondere in der Jugend wuchs in den 1980er Jahren ein politisch motiviertes Interesse an Religion und Kirche. Die Kirchen stabilisierten sich, die Zahl der Austritte ging zurück.⁵⁷ Erstmals gab es wieder mehr Taufen und eine höhere Beteiligung an der Christenlehre.⁵⁸ Interaktions- und gemeinschaftsbezogene Formen kirchlichen Wirkens wie Hauskreise, Ehepaarkreise, Selbsterfahrungsgruppen, Familien- und Gemeindetage, Kirchentage und Rüstzeiten erfuhren einen starken Bedeutungszuwachs.⁵⁹ Das soziale Prestige der Kirchen nahm wieder zu.

Gleichzeitig wurde das kirchliche Leben in der DDR systematisch überwacht. Zwar gingen die offenen Repressionen gegen die Kirche in den 1970er und 1980er Jahren zurück. Dafür intensivierte das SED-Regime seine verborgenen Überwachungs- und Zersetzungsmaßnahmen. In allen kirchlichen Oppositionsgruppen saßen informelle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, wie sich nach 1989/90 herausstellte. Das hatte einerseits konkrete machtpolitische Gründe, die sich mit Blick auf die tragende Rolle der Kirchen bei der friedlichen Revolution als nicht unberechtigt erweisen sollten. Andererseits lag die Verfolgung und Zurückdrängung von Kirche und Religion aber auch im ideologischen Selbstverständnis der SED begründet, wie Thomas Großbölting zusammenfasst: »Christlicher Glaube

54 Vgl. Nolte, *Vorreiter oder Verlierer*, S. 72.

55 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 235 f.

56 Vgl. ebd., S. 237.

57 Vgl. Neubert, *Die Reproduktion von Kirche in der DDR*, S. 8.

58 Vgl. hierzu mit konkreten Zahlen Pollack, *Von der Volkskirche zur Minderheitskirche*, S. 283-285.

59 Vgl. ebd.

galt als unmodern, überkommen und irrational.«⁶⁰ Er sollte höchstens im Privatbereich eine Restexistenz führen.

Religion als Privatsache

Mit der Überzeugung vom Bedeutungsverlust stand die SED nicht allein. Es war eine weit verbreitete Grundannahme der Säkularisierungstheorie, dass die Religion mit fortschreitender Modernisierung ins Private zurücktreten werde. Hierüber herrschte in Ost- und Westdeutschland lange Zeit Konsens, wenngleich sich mit der Diagnose unterschiedliche Hoffnungen oder Befürchtungen verbanden. Dass Religion in den Nachkriegsjahrzehnten stärker als zuvor ins Private abwanderte, daran zweifelte kaum ein Betrachter. »Sofern man unter ›Säkularisierung‹ eine Privatisierung und Intimisierung des Religiösen versteht, das Zurücktreten von Frömmigkeit ins Individuelle und Intime und den Verlust der Fähigkeit, Glaubensüberzeugungen im Alltag mitzuteilen, lässt sich der Trend der Säkularisierung im letzten halben Jahrhundert nicht bestreiten.«⁶¹ Mit der Privatisierung des Glaubens ging seit den 1970er Jahren eine Pluralisierung und Individualisierung des religiösen Feldes einher, das sich stark veränderte, aber keineswegs verschwand. Es entwickelten sich offene, plurale und nur noch lose an den Großkonfessionen orientierte Formen religiösen Lebens. Dieser Transformationsprozess kann als eine Verschiebung von den Kirchen zur Religion charakterisiert werden.⁶²

Die Privatisierung des Glaubens ist verschiedentlich als »Wiederkehr der Götter« beschrieben worden.⁶³ Dabei deutet der Plural den Synkretismus an. Statt des christlichen Gottes allein zogen nun weitaus mehr Glaubensangebote Aufmerksamkeit auf sich.⁶⁴ Vor allem in Formen fernöstlicher Spiritualität fanden viele Menschen Antworten auf ihre Fragen nach Sinnstiftung und Transzendenz.⁶⁵ Drei Einschränkungen müssen allerdings getroffen werden: *Erstens* gab es in der DDR kaum

60 Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 231.

61 Nolte, *Vorreiter oder Verlierer*, S. 60.

62 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 179-181.

63 Vgl. v. a. Friedrich Wilhelm Graf, *Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur*, München 2004. Kritisch hierzu: Gabriel, *Jenseits von Säkularisierung*, S. 13.

64 Vgl. hierzu etwa Pascal Eitler, »Orte der Kraft«. Körper, Gefühle und die religiöse Topologie des »New Age«, in: Frank Bösch/Lucian Hölscher (Hg.), *Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren*, Göttingen 2013, S. 176-198.

65 Vgl. Großbölting, *Der verlorene Himmel*, S. 181.

Formen außerkirchlicher Religiosität.⁶⁶ Auch in dieser Hinsicht blieb die ostdeutsche Gesellschaft traditioneller als die der Bundesrepublik.⁶⁷ *Zweitens* blieben die christlichen Kirchen trotz der Individualisierung des Glaubens zumeist der Hauptbezugspunkt der Menschen. Kirchenfreie Religiosität außerhalb der großen monotheistischen Traditionen und Strukturen hielt sich in Deutschland letztlich eher in Grenzen.⁶⁸ Vielmehr hatte die alternative Religiosität ihren Ort vielfach innerhalb der Kirchen.⁶⁹ *Drittens* trat auch die privatisierte Religiosität immer stärker in die Öffentlichkeit. Der Glaube bediente sich immer stärker moderner Formen der Popularisierung, die sich deutlich an der Popkultur orientierten.⁷⁰ Die Medien berichteten häufiger denn je in Text und Bild über die private Glaubenspraxis und machten sie damit wiederum öffentlich, so dass die pauschale These von einer »Privatisierung der Religion« nicht haltbar erscheint.⁷¹

Vielmehr lässt sich auch im kirchlich-religiösen Feld eine Tendenz zur Entgrenzung von Privatsphäre und Öffentlichkeit ausmachen.⁷² Religiöse Sinnstiftung trat expressiv nach außen, vor allem wenn sich hiermit ein Missionsgedanke verband.⁷³ Fernsehgottesdienste trugen die Religion wiederum in die Wohnzimmer und gewannen auf diese Weise Zugang zum privaten Raum der Bevölkerung. Diese Wechselwirkungen von Öffentlichkeit und Privatheit sind nicht gleichbleibend in der Struktur von Kirche und Religion angelegt, sondern das Ergebnis historischer Transformationsprozesse. Die Individualisierung und die Medialisierung der Gesellschaft bewirkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tiefgreifende Veränderungen im kirchlich-religiösen Feld. Umgekehrt wirkten die Kirchen aber auch stark in die Gesellschaft zurück und dynamisierten das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit, wie an den beiden folgenden Fallbeispielen aus Kreuzberg und Friedrichshain gezeigt werden soll.

66 Vgl. Pollack, Von der Volkskirche zur Minderheitskirche, S. 288 f.

67 Dies galt auch für das protestantische Milieu. Vgl. Graf, Die evangelischen Kirchen, S. 226-228.

68 Vgl. Nolte, Religion als zivilgesellschaftliche Ressource, S. 149.

69 Vgl. Gabriel, Jenseits von Säkularisierung, S. 14.

70 Vgl. Hubert Knoblauch, Die populäre Religion und die Transformation der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (2008) B 52, S. 3-8, hier S. 3.

71 Vgl. Bösch/Hölscher, Die Kirchen im öffentlichen Diskurs, S. 25 f.

72 Vgl. Knoblauch, Die populäre Religion, S. 6.

73 Dies gilt nicht nur für evangelikale Erweckungsgeschichten, sondern zum Teil auch für die linke Protestbewegung, die sich vor allem in den USA auch aus privaten Glaubenserfahrungen speiste. Vgl. Nolte, Religion als zivilgesellschaftliche Ressource, S. 134.

Kirche und Kiezöffentlichkeit in Kreuzberg

Berlin-Kreuzberg ist ein herausragendes Beispiel für die »Neuerfindung« der Evangelischen Kirche im Geiste der Zivilgesellschaft. So avancierten die evangelischen Kirchengemeinden im Kirchenkreis Kreuzberg¹ in den 1970er Jahren zu zentralen Akteuren und Impulsgebern der partizipativen und behutsamen Stadterneuerung, die sich letztlich gegen die Sanierungsziele des Staates durchsetzte. Dem ging ein diametraler Wandel des kirchlichen Selbstverständnisses voraus. Die Kreuzberger Kirchen waren ursprünglich als Trutzburgen inmitten des proletarisch geprägten Berliner Ostens entstanden.² Insbesondere Kaiserin Auguste Viktoria (1858-1921) hatte sich intensiv für die Errichtung neuer Kirchen eingesetzt, um mit einer flächendeckenden kirchlichen Infrastruktur die konservativen Verhältnisse in den Arbeitervierteln zu bewahren.³ Bis in die Architektur hinein repräsentierten die Kirchen die »Allianz von Thron und Altar«. Besonders deutlich wurde dies bei der 1888 fertiggestellten Heilig-Kreuz-Kirche in der Blücherstraße, deren mit einer Spitze bekrönte Kuppel im Volksmund auch »Pickelhaube« genannt wurde.⁴

Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg brachten große Herausforderungen für die Kirchen in Kreuzberg. Die Kirchengebäude waren nun oft viel zu groß. Gemeinden wie St. Thomas, die um die Jahrhundertwende noch über 100.000 Gemeindeglieder aufgewiesen hatten, schrumpften auf wenige tausend Mitglieder.⁵ Immer weniger Men-

- 1 Der Kirchenkreis Kreuzberg entstand 1975 und deckte sich weitgehend mit den Bezirksgrenzen. 1998 ging er zusammen mit den Kirchenkreisen Stadt I, Stadt III, Friedrichshain und Tiergarten-Friedrichswerder im neuen Kirchenkreis Berlin Stadtmitte auf.
- 2 Im späteren Bezirk Kreuzberg wurden in der Zeit der Urbanisierung folgende evangelische Kirchen eingeweiht: St. Jacobi-Kirche in der Oranienstraße (1845), St. Lukas-Kirche in der Bernburger Straße (1861), Christuskirche in der (heutigen) Stresemannstraße (1864), St. Thomas-Kirche am Mariannenplatz (1869), Kirche zum Heiligen Kreuz an der Blücherstraße (1888), Emmaus-Kirche am Lausitzer Platz (1893), St. Simeon-Kirche in der Wassertorstraße (1897), Martha-Kirche in der Glogauer Straße (1904), Tabor-Kirche in der Taborstraße (1905), Melanchton-Kirche am Planufer (1906), Passionskirche am Marheinekeplatz (1908), Ölberg-Kirche am Paul-Lincke-Ufer (1922). Zur Geschichte der Kirchen in Kreuzberg vgl. einführnd Marina Wesner, *Kreuzberg und seine Gotteshäuser. Kirchen, Moscheen, Synagogen, Tempel*, Berlin 2007.
- 3 Vgl. ebd., S. 17.
- 4 Zur Heilig-Kreuz-Kirche vgl. Georg Uehlein (Hg.), *Kreuz und Pickelhaube. Großstädtische Gesellschaft und Kirche zwischen 1850 und 1945 am Beispiel der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin*, Berlin 1995.
- 5 Vgl. Wesner, *Kreuzberg und seine Gotteshäuser*, S. 42.

schen beteiligten sich aktiv am Gemeindeleben. Die Stadtsanierung bzw. die Sanierungserwartung veränderten die Sozialstruktur in Kreuzberg nachhaltig, so dass die Kirchengemeinden gezwungen waren, hierauf zu reagieren. Aus persönlicher Betroffenheit heraus wurden sie zu kritischen Begleitern der Stadterneuerung und schufen neue Formen von Öffentlichkeit. Dabei ragten einige Kirchengemeinden wie die Martha-Gemeinde besonders heraus. Entscheidend war hierbei stets das Engagement der jeweiligen Pfarrer. Ein zentraler Akteur, der die Entwicklung Kreuzbergs von kirchlicher Seite wie kaum ein anderer mitgeprägt hat, war Pfarrer Klaus Duntze (1935-2016), dessen Wirken im Folgenden dargestellt werden soll. Er hat 1977 maßgeblich die »Strategien für Kreuzberg« angestoßen, auf die anschließend näher eingegangen wird. Die Hausbesetzungen der 1980er Jahre brachten neue Herausforderungen für die Kirche mit sich, wie abschließend am Beispiel der St. Thomas-Gemeinde gezeigt werden soll.

Pfarrer Klaus Duntze und die »Kirche als konstruktiver Störenfried«

Pfarrer Klaus Duntze war gleichzeitig ein zentraler Akteur und ein wichtiger Chronist des kirchlichen Engagements in Kreuzberg. Er hat die Entwicklungen nicht nur maßgeblich vorangetrieben, sondern auch eingehend untersucht und retrospektiv festgehalten.⁶ Geboren in Säckingen/Baden, studierte er Evangelische Theologie in Berlin, Göttingen und Heidelberg. 1966 übernahm Duntze seine erste Pfarrstelle an der Martha-Gemeinde in der Glogauer Straße im Südosten Kreuzbergs. Er gehörte zu einer jüngeren Generation von Pfarrern, die Mitte der

6 Diese Verschränkung von Akteurs- und Beobachterposition zieht sich durch die Quellen und die Literatur zum Thema. Die zentralen Untersuchungen zum kirchlichen Engagement in Kreuzberg stammen von Klaus Duntze selbst, der 1989 an der Theologischen Fakultät der Uni Heidelberg mit einer Arbeit zur Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen promoviert wurde, die im Rahmen eines Forschungsprojekts am Soziologischen Institut der TU Berlin entstanden war. Darin geht Duntze auch intensiv auf sein eigenes Wirken ein. Trotz der sprachlichen Distanzierung – Duntze spricht von sich durchweg in der dritten Person – ist die wissenschaftlich fundierte Studie somit gleichzeitig ein autobiographisches Ego-Dokument, das für das folgende Kapitel grundlegend ist. Vgl. Klaus Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen. Eine Untersuchung zum Verhältnis von kirchlicher Arbeit und Stadtentwicklung in Berlin (West) von 1968-1985 unter besonderer Berücksichtigung des Bezirks Kreuzberg, Frankfurt a. M. 1993.

1960er Jahre ihre Arbeit in Kreuzberg aufnahm. Von 1975 bis 1977 war er überdies Beauftragter des Kirchenkreises Kreuzberg für Fragen der Stadtveränderung und Gemeindeplanung, ehe er 1977 als Studienleiter an die Evangelische Akademie Berlin (West) wechselte, wo er den Schwerpunkt »Stadtbezogene kirchliche Arbeit« verantwortete.⁷

Mit dem Thema Stadt und Kirche kam Duntze bereits während des Besuchs des landeskirchlichen Predigerseminars in Berlin-Nikolassee in Berührung.⁸ Dessen Leiter Gerhard Koch (1912-1968), der Stadtbau als Gesellschaftsbau aus dem christlichen Glauben verstand und hierzu zahlreiche Seminare an der Evangelischen Akademie Berlin (West) veranstaltete, übte einen nachhaltigen theologischen Einfluss auf Duntze aus. Hinzu kamen die kritischen Schriften des amerikanischen Theologen Harvey Cox (geb. 1929)⁹ und der Ansatz des *community developments* aus den USA, der eine kirchliche Gemeinwesenarbeit in der Stadt vorsah und in Kreuzberg vor allem von Mitgliedern der Urban Renewal Mission aus Chicago bekannt gemacht wurde. Für die Adaption eines solchen Gemeinwesenansatzes schuf das Erprobungsgesetz der Evangelischen Landeskirche die notwendigen Freiräume, indem es temporäre Experimente innerhalb der kirchlichen Strukturen zuließ. Prägend waren enge persönliche Kontakte zu Architekten und Stadtplanern sowie der rege Austausch mit westdeutschen Gemeinden zu Fragen der Stadtentwicklung, vor allem auf Kirchentagen und Kirchenbautagen.¹⁰ Auf diese Weise rückte das Thema Stadt in den Mittelpunkt von Duntzes Interesse.

Von entscheidender Bedeutung war allerdings die persönliche Betroffenheit von Fragen des Stadtwandels. Als Pfarrer der Martha-Gemeinde in der Glogauer Straße wurde Duntze unmittelbar Zeuge der seit Ende der 1960er Jahre einsetzenden Sanierungsmaßnahmen im Kreuzberger Osten. Die damit einhergehende Auflösung der gewachsenen Sozialbeziehungen war nicht nur ein gesamtgesellschaftliches Problem, sondern stellte auch die Kirchengemeinde vor existenzielle Herausforderungen. So verlor die Martha-Gemeinde zwischen 1968 und 1983 nicht weniger als 53 Prozent ihrer Gemeindeglieder.¹¹ Die Ursachen hierfür lagen vor allem im deutlichen Sterbeüberschuss, im erheblichen Wegzug in die

7 Zu den (auto-)biographischen Informationen vgl. ebd. S. 5 f., Fußnote 5.

8 Zur Bedeutung des Predigerseminars von West-Berlin vgl. auch Werner Radatz/Friedrich Winter, *Geteilte Einheit. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg 1961 bis 1990*, Berlin 2000, S. 54.

9 Zentral: Harvey Cox, *The Secular City. Secularization and Urbanization in Theological Perspective*, Harmondsworth 1968.

10 Vgl. Duntze, *Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen*, S. 298-305.

11 Vgl. ebd., S. 446.

Neubaugebiete sowie in den vermehrten Kirchenaustritten der jüngeren Generation. Als Pfarrer vollzog Duntze immer weniger Amtshandlungen und verzeichnete immer weniger Gottesdienstbesuche. Übrig blieben fast nur noch die alten Menschen, die verstärkt auf kirchliche Unterstützung angewiesen waren. Durch die Entflechtung der Familienbeziehungen nahm die diakonische Arbeit einen immer größeren Stellenwert für die Kreuzberger Kirchengemeinden ein.¹²

Umso schwerer wog Ende der 1960er Jahre die geplante Schließung des Diakonissen-Krankenhauses Bethanien.¹³ Der Kirchenkreis bemühte sich vehement um eine Fortsetzung der diakonischen Nutzung des alten Krankenhauskomplexes am Mariannenplatz, dem bis dahin eine zentrale Rolle bei der Versorgung alter und kranker Menschen in Kreuzberg zugekommen war. Die Kreissynode im Oktober 1969 stand unter dem Motto »Kirche in der Stadt – Diakonie für Kreuzberg« und hob die Bedeutung der kirchlichen Altenarbeit in der sich wandelnden Stadt hervor. Im Kontext der Synode veröffentlichte Duntze in der Zeitschrift *Bauwelt* einen Text mit dem programmatischen Titel »Sanierung muß ihre Kriterien aus der Gegend selbst gewinnen«, in dem bereits weitreichende Vorstellungen für eine alternative Sanierungspraxis entwickelt wurden.¹⁴ Trotz verschiedener Nutzungskonzepte, die zunächst eine kirchliche, später eine kommunale Trägerschaft vorsahen, scheiterte jedoch der Kampf um den Erhalt als Krankenhaus.¹⁵ Durch die Stilllegung von Bethanien verloren die Kreuzberger Kirchengemeinden die zentrale Infrastruktur für ihre Krankenpflege.¹⁶

In diesem Scheitern lag jedoch auch eine Chance. Das vergebliche Ringen um Bethanien initiierte einige wichtige Lernprozesse. *Erstens* schärfte es die Aufmerksamkeit der Kirchen gegenüber der bisherigen Stadterneuerung und ihren Folgekosten. Im Gegensatz hierzu propagierten sie nunmehr eine alternative, partizipative Stadterneuerung. *Zweitens* machten die Kirchenvertreter wertvolle Erfahrungen im Umgang mit

¹² Vgl. ebd., S. 287 f. u. 302.

¹³ Das Diakonissen-Krankenhaus Bethanien am Mariannenplatz war 1845 bis 1847 entstanden und damit eines der ältesten Gebäude Kreuzbergs. Vgl. Spode, Das Krankenhaus der Diakonissen-Anstalt Bethanien zu Berlin.

¹⁴ Klaus Duntze, Sanierung muß ihre Kriterien aus der Gegend selbst gewinnen, in: *Bauwelt* 60 (1969) H. 41.

¹⁵ Das Land Berlin kaufte daraufhin das Gebäude und stellte es unter Denkmalschutz. Zum Streit um die Nutzung von Bethanien vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 95-101 u. 121.

¹⁶ Zuvor hatten die meisten Kreuzberger Kirchengemeinden bereits ihre eigenen Diakoniestationen zur häuslichen Krankenpflege aufgeben müssen. Vgl. Petra Heidebrecht, Die St. Thomas-Gemeinde zu Berlin 1860 bis 1969, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 15-98, hier S. 79.

den Behörden auf Senats- und Bezirksebene, die sich später bezahlt machen sollten.¹⁷ So beanspruchten sie als öffentliche Körperschaft Einsicht in die Planungsakten der Verwaltung. Auf diese Weise gewannen die Kirchengemeinden *drittens* ein neues Selbstbewusstsein als kritische Öffentlichkeit. Im gesellschaftlichen Kontext der Studentenbewegung und der Forderung nach der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Strukturen in der Ära Brandt wandelte sich die Evangelische Provinzialkirche West-Berlins nicht nur aus politisch-administrativen Gründen, sondern auch aufgrund der konkreten urbanen Herausforderungen vor Ort zur »Stadtkirche«.¹⁸

Der Wandel des kirchlichen Selbstverständnisses ist niedergelegt in Klaus Duntzes Buch »Der Geist, der Städte baut«.¹⁹ 1972 erschienen, bündelt es die Erfahrungen mit der bisherigen Sanierungspraxis in Kreuzberg und leitet hieraus den Auftrag an die Kirche ab, eine kritische Öffentlichkeit zu bilden. Nach Duntzes theologischem Selbstverständnis »konvergiert die Frage nach dem Geist, der Städte baut, mit der Frage nach dem Geist des in der Welt wirkenden Gottes«.²⁰ Auf dieser Grundlage wird der Theologe zum kritischen Urbanisten. Duntze unterzieht die Stadterneuerung der Nachkriegszeit einer grundsätzlichen Kritik. Das funktionale Denken der Aufklärung sei im architektonischen Funktionalismus der Moderne zu einer reinen Zweckrationalität verkommen. So fresse »das Neue das Alte unter dem Vorhaben der Sanierung, der Heilung.«²¹ Damit werde jedoch eine gewachsene »Subkultur« zerstört, die Duntze in seinem Buch eingehend beschreibt.

Aus seiner Augenzeugenschaft als Pfarrer entwickelt er ein differenziertes Soziogramm von Kreuzberg SO 36. Dabei geht er qualitativ-beschreibend vor, ohne in Sozialromantik zu verfallen. Die Bewohner des Stadtteils seien zum größten Teil ungenügenden Wohnverhältnissen ausgeliefert. »Die Verhältnisse im Quartier sind weder ideal noch ro-

17 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 303.

18 Zu den Strukturreformen im westlichen Teil der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg, der nunmehr Provinzialkirche bzw. -synode Berlin (West) genannt wurde, vgl. Radatz/Winter, Geteilte Einheit, S. 65.

19 Klaus Duntze, Der Geist, der Städte baut. Planquadrat, Wohnbereich, Heimat, Stuttgart 1972.

20 Ebd., S. 9.

21 Ebd., S. 11. So hieß es in einem Antwortschreiben des Bezirksamts Kreuzberg, das Duntze 1973 erhielt: »Wir verstehen die Sanierung als Stadterneuerung im Sinne von Heilung, wir haben die Bausünden der ersten industriellen Revolution und der Gründerjahre zu heilen.« Zitiert in: Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 152.

mantisch noch pittoresk. Sie sind und bleiben fatal.«²² In diesem Abhängigkeits- und Unsicherheitszustand sei aber dennoch eine deutliche Identifikation mit der Gegend zu beobachten.²³ Duntze beschreibt die engen Familienbindungen, die oft über mehrere Generationen hinweg das Rückgrat des Quartiers bilden würden. Darüber hinaus gebe es gewachsene Nachbarschaftsbeziehungen, die im Treppenhaus, im Hof, auf der Straße und in den vielen kleinen Kneipen ihre sozialen Räume vorfänden. Diese Räume seien die kleinste Einheit einer Quartiersöffentlichkeit, aber zugleich auch deren Voraussetzung. »Diese Quartiersöffentlichkeit lebt von der vielfach genutzten, der belebten Straße. Sie wiederum ist es, die der Straße ihr Leben verleiht.«²⁴ Dieser wechselseitige Zusammenhang mache es so schwierig, eine solche Quartiersöffentlichkeit zu planen und durch bauliche Maßnahmen zu erzeugen.²⁵

Duntze hebt den Wert der städtischen Öffentlichkeit hervor. Dabei bezieht er sich ausdrücklich auf Jane Jacobs und Hans Paul Bahrtd.²⁶ Zugleich problematisiert er jedoch, dass die beschriebene Quartiersöffentlichkeit aus der Not der Verhältnisse entstanden sei. Sie sei keine kritische Öffentlichkeit, sondern entlaste vielmehr das gesellschaftliche System. Sie könne daher nicht als Modell für die Basis einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit dienen, denn »sie schafft nichts, sie stabilisiert nur ein bedrücktes und angepasstes Leben.«²⁷ Die beschriebene Subkultur sichere die Unterprivilegierten ab. Genau deshalb müsse die Umsiedlung verheerende Folgen haben.²⁸ Die Bewohner ließen sich nur allzu leicht zum Wegzug überreden und verstünden nicht, dass Wohnen mehr brauche als nur Wohnraum. »Daher werden bedenkenlos andere Vorteile wie: billiges Wohnen, lebensfreundliche Infrastruktur, Verwandtschaft und Nachbarschaft, Nähe zum Arbeitsplatz, Vertrautheit mit der Umwelt usw. aufgegeben. Sie treten dann als Probleme nach dem Umzug mit aller Schärfe hervor.«²⁹

Hieraus leitet Duntze seine zentrale These ab, dass jede Sanierung im bislang üblichen Stil das städtische und soziale Beziehungsgeflecht zerreißen und die beschriebene Subkultur zerstören würde. Damit aber schaffe die Sanierung erst die Probleme, die zu beseitigen sie vorgibt: »Slum und

22 Duntze, *Der Geist, der Städte baut*, S. 45.

23 Siehe ebd., S. 24.

24 Ebd., S. 33.

25 Siehe ebd., S. 29-34.

26 Jane Jacobs, *The Death and Life of Great American Cities*, New York 1961; Bahrtd, *Die moderne Großstadt*.

27 Duntze, *Der Geist, der Städte baut*, S. 34.

28 Siehe ebd., S. 37.

29 Siehe ebd., S. 44.

wurzellose Bevölkerung«. ³⁰ Die Kriterien für eine Sanierung müssten stattdessen aus der Gegend selbst gewonnen werden – auf Grundlage einer Analyse der existierenden Subkultur. Stadterneuerung sei die Erneuerung der Gesellschaft *mitsamt* ihrem städtischen Lebensumfeld. ³¹ Duntze fordert also Respekt vor den gewachsenen städtebaulichen Strukturen und sozialen Beziehungen und entwickelt somit frühzeitig einen Grundzug der behutsamen Stadterneuerung, der nicht zuletzt durch das Verständnis für lokale Gemeinschafts- und Solidaritätsstrukturen geprägt ist.

Der Kirche komme hierbei die Rolle eines »konstruktiven Störenfrieds« zu. Sie dürfe nicht nur Erfüllungsgehilfe des Staates bzw. Sanitäter der Sanierung sein. ³² Vielmehr gehe es darum, »das Miteinander von Kirche und Gesellschaft aufs neue in eine kritische Spannung zu bringen«. ³³ Gegen die zu erwartenden Widerstände der Bevölkerung und der Verwaltung müsse die Öffentlichkeit neu begründet werden. In Anknüpfung an Habermas formuliert Duntze eine linke Kulturkritik. ³⁴ So setzt er den Strukturwandel der Öffentlichkeit in der Gesellschaft mit dem in der Kirche in Beziehung. Am Schicksal des christlichen Sonntags sei der Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit als christlich bestimmter Öffentlichkeit abzulesen. Daher plädiert er dafür, den Gottesdienst wieder ins Zentrum zu rücken, da sich hier die Gemeinde als öffentliches Feld verdichte. ³⁵ Die Kirche müsse öffentlich sein, denn »in der Frage nach der Öffentlichkeit konvergiert die Schicksalsfrage der Gesellschaft mit der des christlichen Glaubens: ein verinnerlichter Glaube, eine privatisierte Religiosität, die nur Befriedigung religiöser Bedürfnisse und Entlastung zur Perfektionierung der Zweckrationalität ist, hat das Wesen des christlichen Glaubens an den Subjektivismus verraten, anstatt dessen Widerpart zu sein.« ³⁶ Duntze formuliert auf diese Weise einen weitreichenden kritischen Öffentlichkeitsanspruch der Kirche gegenüber dem Staat, der Stadt und dem Individuum. ³⁷ Dabei misst er der kirchlichen Öffentlichkeit eine Vorbildfunktion für die gesamte Gesellschaft bei.

³⁰ Ebd., S. 45.

³¹ Siehe ebd., S. 45 f.

³² Siehe ebd., S. 122-124.

³³ Ebd., S. 125.

³⁴ Vgl. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit.

³⁵ Siehe Duntze, *Der Geist, der Städte baut*, S. 162 f.

³⁶ Ebd., S. 163.

³⁷ Zum neu formulierten Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren vgl. Bösch/Hölscher, *Die Kirchen im öffentlichen Diskurs*, S. 24.

Das Programm, das Duntze in seinem Buch entfaltete, setzte er zunächst in seiner eigenen Kirchengemeinde um. Anders als zuvor geplant, wurde die Martha-Kirche, die 1904 auf einem Hinterhof in der Glogauer Straße errichtet worden war, nicht abgerissen, sondern umgebaut.³⁸ Der für die geschrumpfte Gemeinde inzwischen viel zu große Kirchenraum wurde 1970/71 durch eine Zwischendecke geteilt, so dass im Untergeschoss ein neuer Multifunktionsaal entstand, der für Konzerte, Ausstellungen und Versammlungen genutzt werden konnte.³⁹ Die Martha-Kirche wurde eine Art Stadtteilzentrum und bot auch außerkirchlichen Verwendungen einen öffentlichen Raum.⁴⁰ So fand in der Kirche 1974 die Jahrestagung des Bundes Deutscher Architekten (BDA) statt, die sich bezeichnenderweise mit dem Thema »Milieu« befasste. Während im neu entstandenen Gemeindesaal die Referate vorgetragen wurden, wurde im Kirchenraum eine Ausstellung zum laufenden Prozess der Stadterneuerung in Kreuzberg gezeigt. Dies bescherte der Martha-Kirche eine überregionale Aufmerksamkeit. Die sanierte Hinterhofkirche wurde zum Symbol für den neuen Ansatz einer alternativen Stadterneuerung.

Doch Duntze wollte noch mehr für den Stadtteil erreichen. In Zusammenarbeit mit Architekten und Stadtplanern, aufgeschlossenen Vertretern der Verwaltung und Hochschullehrern und Studierenden der Berliner Universitäten arbeitete er an Konzepten für eine alternative Sanierung von Kreuzberg SO 36. Anfang 1975 wurde er zum Beauftragten des Kirchenkreises Kreuzberg für Stadtveränderung und Gemeindeplanung ernannt und befasste sich nunmehr hauptamtlich mit Fragen der Stadterneuerung.⁴¹ Aufbauend auf den Erfahrungen im Zusammenhang mit der angestrebten Weiternutzung von Bethanien verfolgte er die Idee eines städtebaulichen Wettbewerbs, der die Bewohner des Stadtteils aktivieren sollte. So kam das Verfahren »Strategien für Kreuzberg« zustande, das ohne das Engagement der Evangelischen Kirche in Kreuzberg undenkbar gewesen wäre und den Bezirk nachhaltig veränderte.⁴²

38 Zur Martha-Kirche vgl. einführend Wesner, Kreuzberg und seine Gotteshäuser, S. 56-61.

39 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 123f. Nach dem Weggang von Duntze 1977 verschob sich der Schwerpunkt der Gemeindegemeinschaft. Die Martha-Kirche wurde eine explizite Frauen-Kirche. 1978 wurde auch ein Frauencafé in Martha eröffnet.

40 Zur öffentlichen Nutzung des Kirchenraums vgl. Bösch/Hölscher, Die Kirchen im öffentlichen Diskurs, S. 25.

41 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 206.

42 Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 24.

»Strategien für Kreuzberg«

1975 wurde zum internationalen Denkmalschutzjahr erklärt – ein klares Anzeichen dafür, dass die architektonische Nachkriegsmoderne in eine ideelle Krise geraten war und der überkommenen städtebaulichen Struktur wieder ein größerer Wert beigemessen wurde. Dies bot für Duntze den Anlass, die Idee eines städtebaulichen Wettbewerbs in Kreuzberg voranzubringen. Auf einer Werkbundtagung im ehemaligen Diakonissen-Krankenhaus Bethanien hielt er 1975 einen Vortrag »Zum Wohnwert alter Stadtquartiere«, auf dem er den wirkungsvollen Begriff der »Kreuzberger Mischung« einführte, um die besondere Funktionsmischung in den Kreuzberger Häuserblöcken zu charakterisieren.⁴³ Die Idee eines städtebaulichen Wettbewerbs im Rahmen des Denkmalschutzjahrs scheiterte jedoch vorerst. Doch bot sich schon bald der nächste Anlass, um den Wettbewerb zu lancieren. 1977 sollte der Evangelische Kirchentag in West-Berlin stattfinden, was eine große öffentliche und überregionale Resonanz für das Anliegen versprach.⁴⁴ Duntze wurde zum Kirchentagsbeauftragten des Kirchenkreises Kreuzberg ernannt und versuchte, das Wasser des Kirchentages auf die Mühlen der Stadterneuerung zu lenken.⁴⁵

Zunächst warb er um die Unterstützung der Landeskirche. Dabei erleichterte die Verbindung der Wettbewerbsidee mit dem anstehenden Kirchentag es der Kirchenleitung und dem Konsistorium, sich mit dem Projekt zu identifizieren. 1975/76 folgten intensive Vorgespräche mit dem Kirchentagspräsidium und der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen. Der Erfolg war ungeahnt und umstritten. Der Senat von Berlin, vertreten durch den Senator für Bau- und Wohnungswesen Harry Ristock (1928-1992), zog den geplanten Wettbewerb an sich, übernahm die gesamte Finanzierung und die Verwertung der Ergebnisse.⁴⁶ Nicht mehr die Kirche, sondern der Senat wurde zum Auslober des Wettbewerbs. Das bedeutete zugleich, dass die intendierte breite Partizipation der Kreuzberger Bevölkerung gegenüber der Senatsverwaltung mühsam durchgesetzt werden musste. Auch konnte der Zeitplan, der eine Präsentation der Wettbewerbsergebnisse auf dem Kirchentag vom

43 Vgl. Duntze, *Der Luisenstädtische Kanal*, S. 330. Zur Begriffsgeschichte der »Kreuzberger Mischung« siehe S. 166 im vorliegenden Buch.

44 Zur öffentlichen Bedeutung der Kirchentage vgl. Mittmann, *Kirche im performativen Wandel*, S. 139.

45 Vgl. Duntze, *Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen*, S. 307.

46 Vgl. ebd., S. 307-313.

8.-12. Juni 1977 vorsah, nicht mehr eingehalten werden.⁴⁷ Der Wettbewerb nahm jedoch an Fahrt auf.

Am 3. März 1977 wurden die »Strategien für Kreuzberg« öffentlich ausgeschrieben. Die großen Tageszeitungen druckten den Wettbewerbsaufruf ab. Etwa 6000 Exemplare der 40-seitigen Wettbewerbsbroschüre wurden verteilt und waren rasch vergriffen.⁴⁸ Alle Bewohner wurden aufgefordert, bis zum 13. Mai 1977 ihre Vorschläge zur sozialen, baulichen, kulturellen und politischen Erneuerung des Stadtteils rund um den Görlitzer Bahnhof einzureichen. Die Bürgerbeteiligung hatte dabei eine doppelte Dimension. Einerseits richtete sich der Aufruf an alle Bürger »von der Putzfrau bis zum Bundespräsidenten«.⁴⁹ Andererseits wurde eine Wettbewerbsjury eingerichtet, in der sowohl Mieter, Gewerbetreibende, Jugendliche, Ausländer, Arbeitnehmer, Senioren als auch eine »Kinderlobby« vertreten sein sollten. Hierfür schrieb der Kreuzberger Bezirksbürgermeister Rudi Pietschker (1917-1999) insgesamt 130 Bürger an, deren Namen u. a. aus der Kartei der Kreuzberger Volkshochschule entnommen wurden.⁵⁰ 70 von ihnen folgten der Einladung und wählten unter sich die Vertreter für die Planungskommission, wie die Wettbewerbsjury genannt wurde. Gemeinsam mit den Vertretern der so genannten Initiativgruppen, zu denen auch die Kirchengemeinden zählten, formierten sie einen Block von 22 Bürgervertretern in der Planungskommission. Hinzu kamen noch acht Verwaltungsvertreter aus den involvierten Behörden auf Senats- und Bezirksebene. Drei Sprecher standen der Planungskommission vor: Der Gastwirt Gunter Nausedat für die Bürger, Peter Augner für das Bezirksamt Kreuzberg und schließlich Pfarrer Klaus Duntze für die Initiativgruppen.⁵¹

Die Planungskommission stand für Bürgerbeteiligung in einer experimentellen Form. Dabei blieben Konflikte nicht aus. So bestand die Verwaltungsseite darauf, die Wettbewerbsbeiträge vertraulich zu behandeln und fachlich vorzuprüfen. Die Bürgerseite hingegen beharrte auf größtmögliche Transparenz und forderte, die Einsendungen mit nach Hause nehmen zu dürfen. Viel schwerwiegender erwiesen sich jedoch zwei Nachrichten, die in die Arbeit der Projektkommission »hineinplatzten«: Zum

47 Hinzu kam, dass Duntze Anfang 1977 als Studienleiter mit dem Schwerpunkt »Stadtbezogene kirchliche Arbeit« an die Evangelische Akademie Berlin (West) wechselte, allerdings unter der Voraussetzung, dass er seine Mitarbeit an den »Strategien für Kreuzberg« fortsetzen konnte. Vgl. ebd., S. 238.

48 Siehe: Der Senat von Berlin, Strategien für Kreuzberg, Berlin 1977.

49 Vgl. Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 35.

50 Vgl. ebd., S. 34.

51 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 315.

einen wurde bekannt, dass die Bundesregierung beabsichtigte, unabhängig vom laufenden Wettbewerb des Landes Berlin 70 Mio. DM aus dem so genannten Zukunfts-Investitionsprogramm (ZIP) im Sanierungsgebiet auszugeben. Das führte zu großem Misstrauen, weil viele Bürger dadurch den Mitbestimmungsprozess konterkariert sahen und befürchteten, dass die Bundesmittel zum Abriss der Hinterhäuser verwendet werden würden.⁵² Zum anderen wurden durch den Bezirk mitten im Verfahren sowohl die alte Pumpstation als auch die alte Feuerwache in der Reichenberger Straße abgerissen, obwohl hierzu im Wettbewerb Nutzungskonzepte eingereicht worden waren und ein Verfahren beim Oberverwaltungsgericht anhängig war.⁵³ Dies erschütterte das Vertrauen in den Wettbewerbsprozess erheblich. Erzürnte Bürger vermuteten, dass es sich bei den »Strategien für Kreuzberg« lediglich um »Sandkastenspiele für Bürger« handle. Mehrere Bürgervereine verließen (zwischenzeitlich) die Planungskommission und gründeten gemeinsamen mit den Initiativgruppen einen »Stammtisch«, um sich ohne die Behördenvertreter treffen und beraten zu können. Die »Strategien« standen vor dem Aus.

Der Senat fürchtete jedoch um sein Ansehen angesichts des umfangreich beworbenen Prestigeprojekts und gab den Forderungen der Bürgervereine nach mehr Transparenz und Mitbestimmung nach. Die Projektkommission nahm wieder ihre Arbeit auf. Nachdem auf dem Kirchentag lediglich eine erste Zwischenbilanz vorgenommen werden konnte, indem in der Martha-Kirche eine Ausstellung gezeigt und vier thematische Workshops veranstaltet wurden,⁵⁴ stellte die Projektkommission der Öffentlichkeit am 17. August 1977 die Ergebnisse der ersten Wettbewerbsstufe vor. Insgesamt waren 129 Wettbewerbsbeiträge eingereicht worden, davon 70 Prozent aus Berlin, darunter ein Drittel aus Kreuzberg, weitere 20 Prozent aus der Bundesrepublik und 10 Prozent aus dem Ausland.⁵⁵ Hiervon schlug die Projektkommission dem Senat elf Arbeiten in ihrem ganzen Umfang und vier Beiträge in Teilaspekten zur Umsetzung vor.⁵⁶ Die prämierten Vorschläge umfassten u. a. ein Aus-

52 Vgl. Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 35.

53 Zur Räumung und zum Abriss der Pumpstation (12.5.77) und der Feuerwache (14.6.77) in der Reichenberger Straße als Wendepunkt in der Stadterneuerungspolitik von Kreuzberg vgl. MacDougall, *In the Shadow of the Wall*, S. 169.

54 Die Workshops befassten sich mit den folgenden Themen: 1.) Das Verfahren und der Stand des Projektes, 2.) »Kreuzberger Mischung«, 3.) Soziale Neuordnung, 4.) Quartiersöffentlichkeit. Vgl. Duntze, *Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen*, S. 318.

55 Vgl. Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 35.

56 Vgl. Duntze, *Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen*, S. 321-325.

bildungsprojekt für arbeitslose Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, die zu Sanierungsfacharbeitern ausgebildet werden sollten, Maßnahmen zur Sanierung von Altbauten in Eigeninitiative, ein Sozialzentrum sowie die Umwandlung des Görlitzer Bahnhofs in einen Stadtteilpark mit Schwimmbad. Hinzu kamen Vorschläge zur Gründung eines Bürgervereins, zur Herausgabe einer Stadtteilzeitung sowie zum Umbau einer Straßenkreuzung zum Marktplatz und Quartierstreff.⁵⁷ An den letztgenannten Vorschlägen wird deutlich, dass die Wettbewerbsbeiträge zu großen Teilen auf eine kritische Stadtteilöffentlichkeit abzielten.

In der Tat zeigten die Vorschläge zur Herausbildung einer Stadtteilöffentlichkeit die nachhaltigste Wirkung. Aus dem »Stammtisch« der Bürgervertreter entwickelte sich die Bürgerinitiative SO 36, die seit Dezember 1977 den *Südost-Express* herausgab und somit den Vorschlag einer Stadtteilzeitung aufgriff.⁵⁸ Ein Jahr später gründete sich der Verein SO 36, der die Arbeit der Planungskommission fortsetzte. Zudem wurde 1978 der so genannte ZIP-Ausschuss eingerichtet, in dem Bürger und Verwaltung gemeinsam über die Vergabe und Verwendung der Mittel aus dem oben beschriebenen Zukunfts-Investitionsprogramm der Bundesregierung berieten.⁵⁹ Hieraus ging 1982 der Stadtteilausschuss SO 36 hervor.⁶⁰ Die »Strategien für Kreuzberg« schufen somit neue Formate einer stadtteilbezogenen Öffentlichkeit und setzten die Mitbestimmung der Bürger als Standard durch.

Darüber hinaus zeitigten die »Strategien« einige längerfristige Folgen: Die Bürgerinitiative SO 36 führte 1979 die ersten »Instandbesetzungen« privater Mietshäuser in Kreuzberg durch und löste dadurch eine Welle von Hausbesetzungen in ganz West-Berlin aus.⁶¹ Die Internationale Bauausstellung 1984/87 knüpfte explizit an die »Strategien für Kreuzberg« an, führte mehrere Projekte des Wettbewerbs weiter und definierte die Mitbestimmung der Sanierungsbetroffenen als eines der Essentials der behutsamen Stadterneuerung.⁶² Die Arbeit in der Planungskommission und im ZIP-Ausschuss legte einen wichtigen Grundstein für die Alternative Liste (AL) in West-Berlin, die 1979 im »Haus der Kirche« gegründet wurde und zwei Jahre später mit dem parteilosen Drogisten Werner Or-

57 Zu den prämierten Vorschlägen im Einzelnen: Der Senat von Berlin, *Strategien für Kreuzberg*, 2. Auflage, Berlin 1979.

58 Zum *Südost-Express* siehe auch S. 114-116.

59 Vgl. Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 43.

60 Dem Stadtteilausschuss SO 36 stand bis 1985 Klaus Duntze vor.

61 Zu den »Instandbesetzungen« vgl. Reinhild Kreis, *Heimwerken als Protest*.

62 Vgl. Günter Schlusche, *Die Internationale Bauausstellung Berlin. Eine Bilanz*, Berlin 1997.

lowsky (1928-2016) bereits den Kreuzberger Baustadtrat stellen konnte.⁶³ Im Widerstand gegen zentralistische Planungs- und Entwicklungsziele entwickelte sich in Kreuzberg eine lokale Identität: »SO 36 wurde als das ›kleine gallische Dorf‹ berühmt und berüchtigt.«⁶⁴ Allerdings entstand hieraus keine »Volksbewegung«: Große Teile der Bevölkerung, v. a. die ausländischen Mitbewohner in Kreuzberg, nahmen das fremdartig erscheinende Projekt gar nicht wahr.⁶⁵ Das breite zivilgesellschaftliche Engagement von Kirchenvertretern, Architekten, Stadtplanern, Studenten, Verwaltungsmitarbeitern und einigen Gewerbetreibenden blieb bei aller Partizipation ein Minderheitenprojekt, dessen großer Einfluss und überregionale Strahlkraft sich nicht zuletzt der enormen öffentlichen Präsenz verdankten.

Die Kreuzberger Kirchengemeinden hatten die beschriebenen Entwicklungen entscheidend vorangetrieben. Im Zuge der immer stärkeren Politisierung der Stadterneuerung änderte sich um 1980 herum allerdings die Rolle der Kirche. Aus dem Motor wurde mehr und mehr ein Mediator. Kirchenvertreter nahmen vermittelnde Positionen in Ausschüssen ein, weil ihnen am ehesten zugetraut wurde, ohne Eigeninteresse und nach dem Konsensprinzip zu handeln. Im Berliner Häuserkampf von 1980/81 übernahmen Pfarrer und Gemeinden Patenschaften für besetzte Häuser und agierten als Berater, autorisierte Vermittler, Unterstützer oder später auch als Träger für legalisierte Häuser.⁶⁶ Der Leiter des Kirchenkreises Kreuzberg, Superintendent Gustav Roth, übte eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen den kirchlichen und kommunalen Instanzen auf der einen Seite und der Besetzerszene auf der anderen Seite aus.⁶⁷ Die Kreissynode protestierte gegen einzelne Häuserräumungen und rief zu Spenden auf. Zugleich forderte sie jedoch zum Gewaltverzicht auf und erklärte diesen zur Voraussetzung der kirchlichen Unterstützung.⁶⁸

63 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 81 u. 315.

64 Klaus Duntze, Die Luisenstadt, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 200-205, S. 203.

65 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 326.

66 Zur Rolle der Kirche bei den Berliner Hausbesetzungen vgl. Radatz/Winter, Geteilte Einheit, S. 70f.

67 So wurde Superintendent Gustav Roth durch den Berliner Innensenator Heinrich Lummer sogar über anstehende Räumungen informiert, woraufhin dieser sich jedoch weigerte, den »Postboten« zu spielen.

68 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 64.

Die vermittelnde Position der Kirche brachte sie jedoch mehr und mehr in eine schwierige Lage. Das offene Eintreten der Kirchenleitung für »berechtigte Anliegen der Instandbesetzer« verärgerte die Polizei und den Regierenden Bürgermeister.⁶⁹ Gleichzeitig regte sich auch innerhalb der Kirche Widerstand gegen linke Pfarrer wie Klaus Duntze und den »besetzerfreundlichen« Kurs der Kreuzberger Kirchenleitung. Viele Gemeindeglieder forderten die Konzentration auf das »Eigentliche«, und einzelne Gemeinden wie die Emmaus-Gemeinde zogen sich komplett aus der Stadtteilarbeit zurück. Anfang der 1980er Jahre erstarkten auch in der Kirche die konservativen Kräfte, die kritisches soziales Engagement von Kirchenvertretern in der linken Ecke verorteten. Als im Februar 1981 zwei Pfarrer der Kreuzberger Passionsgemeinde in einem besetzten Haus in der Mittenwalder Straße übernachteten, um als »Schutzschild« gegen eine drohende Räumung zu fungieren, war für viele Kirchenmitglieder eine Grenze überschritten.⁷⁰ Der Häuserkampf führte zu einer Politisierung der Kirchengemeinden und stellte sie vor eine Zerreißprobe.

Dies spitzte sich Anfang der 1980er Jahre zu, war aber nicht neu. Eine erste Zerreißprobe gab es schon im Zusammenhang mit der Besetzung der Heilig-Kreuz-Kirche am 2. Oktober 1974, die zu erheblichen Erschütterungen der Evangelischen Kirche West-Berlins führte. Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe wollten durch die Kirchenbesetzung auf den Hungerstreik der in Berlin-Moabit inhaftierten Terroristen aufmerksam machen und die Kirche veranlassen, sich für deren Belange einzusetzen. Der Pfarrer und die Gemeinde der Heilig-Kreuz-Kirche verzichteten auf eine polizeiliche Räumung. Nach Gesprächen mit Pfarrern und Kirchenleitung wurde die Besetzung zwei Tage später freiwillig beendet. Im Gegenzug besuchte der West-Berliner Bischof Kurt Scharf (1902-1990) am 23. Oktober 1974 die Gefangenen in Moabit. Dies war in der kirchlichen wie in der politischen Öffentlichkeit sehr umstritten und wurde insbesondere von den Zeitungen des Springer-Verlags sowie von der konservativen »Evangelischen Aktion Berlin« scharf kritisiert. Nach der Ermordung von Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann (1910-1974) am 10. November 1974 wurden zwei kirchliche Mitarbeiter der Evangelischen Kirche Berlins verhaftet und Bischof Scharf vorgeworfen, in die Vorgänge verwickelt zu sein. Obwohl sich die Vorwürfe als unbegründet herausstellten, löste dies große Irritationen aus, die zur Zeit der Hausbesetzungen Anfang der 1980er Jahre wieder aufbrachen.⁷¹

69 Vgl. ebd., S. 62.

70 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 244-259.

71 Vgl. Radatz/Winter, Geteilte Einheit, S. 59-62.

St. Thomas im Häuserkampf

Das Konfliktpotential der Hausbesetzerfrage zeigt sich insbesondere am Beispiel der Kreuzberger St. Thomas-Gemeinde. Die 1980er Jahre brachten ganz neue Herausforderungen für die Kirche am Mariannenplatz.⁷² Die Gemeinde hatte in den Jahrzehnten nach dem Krieg dramatische personelle Einbrüche erfahren: Direkt an der Sektorengrenze gelegen, verlor sie durch den Mauerbau einen Teil ihrer Mitglieder.⁷³ Von 1968 bis 1983 schrumpfte die Gemeinde dann noch einmal um zwei Drittel von 12.450 auf 4348 Personen.⁷⁴ Die riesige Thomaskirche – zu ihrer Einweihung 1869 mit über 3000 Plätzen die größte Kirche Berlins – war für die geteilte und geschrumpfte Gemeinde nunmehr viel zu groß.⁷⁵ Im Gegensatz zur linken Martha-Gemeinde reagierte die eher konservative Thomas-Gemeinde bis Mitte der 1970er Jahre mit einer sehr traditionellen Gemeindegemeinschaft auf die Herausforderungen der Entkirchlichung. Zu den Aktivitäten gehörten ein Nähkreis, ein Singkreis, ein Mütterkreis, ein Jugendkreis, ein Kinderkreis und ein Kirchenchor. Die Gemeinde »im hintersten Winkel« von Kreuzberg blieb somit stark auf sich selbst konzentriert.⁷⁶

Durch die Hausbesetzungen rückte St. Thomas jedoch in den Brennpunkt des Geschehens. Schon die Besetzung des leerstehenden Lehrschwesterwohnhauses des ehemaligen Diakonissen-Krankenhauses Bethanien 1971 hatte viel Aufmerksamkeit auf den Mariannenplatz gelenkt. Das Georg-von-Rauch-Haus, wie das besetzte Gebäude gleich neben der Thomaskirche fortan genannt wurde, und der gleichnamige Rauch-Haus-Song der Band »Ton Steine Scherben« machten das von der Sanierung besonders betroffene Gebiet überregional bekannt.⁷⁷ Mitte der 1970er Jahre veränderte sich dann auch innerhalb der Thomasgemeinde einiges. 1975/76 kamen mit Pfarrerin Verena Janzen (geb. 1944) und Pfarrer Ludwig Bultmann⁷⁸ zwei junge Seelsorger in die Gemeinde,

72 Zur St. Thomas-Kirche vgl. einführend Wesner, Kreuzberg und seine Gotteshäuser, S. 42-48.

73 Dabei handelte es um etwa 10% der Gemeindeglieder. Vgl. Heidebrecht, Die St. Thomas-Gemeinde, S. 78.

74 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 446.

75 Vgl. Wesner, Kreuzberg und seine Gotteshäuser, S. 48

76 Vgl. Heidebrecht, Die St. Thomas-Gemeinde, S. 78-81.

77 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 131-133.

78 Die Lebensdaten von Ludwig Bultmann konnten ebenso wenig ermittelt werden wie ein mögliches Verwandtschaftsverhältnis zum Theologen Rudolf Bultmann (1884-1976).

die durch die Studentenbewegung und kirchenreformerische Ansätze geprägt waren.⁷⁹ Sie interessierten sich für die Stadtsanierung und die ausländische Bevölkerung im Nordosten Kreuzbergs und verlagerten die Gemeindegliederarbeit auf den Stadtteil. So beteiligte sich die Gemeinde an der Mietergruppe Mariannenplatz-Nord und unterstützte die Einrichtung eines Mieterladens in der Mariannenstraße. Das traditionelle Gemeindegliederblatt, der *Thomasbote*, wurde seit Ende der 1970er Jahre mehr und mehr zum Stadtteilblatt, das nicht nur Berichte aus dem Gemeindeleben enthielt, sondern auch über wichtige Ereignisse des Stadtteils informierte, über den Leerstand ganzer Häuser berichtete und die Instandbesetzungen kommentierte.⁸⁰

Die Neuorientierung der Gemeindegliederarbeit auf den Stadtteil führte jedoch zu einer großen Zerrissenheit in der Gemeinde. Viele Gemeindeglieder legten weiterhin Wert auf die bürgerlichen Traditionen und ihre lange Zugehörigkeit zur Thomasgemeinde. »Die Gemeinde bewahrte im Herzen liebevoll-verbissen das alte Kreuzberg.«⁸¹ Hieraus entwickelte sich ein Konflikt mit den beiden Pfarrern. Der Gemeindegliederkirchenrat warf Bultmann und Janzen mangelnde Kirchlichkeit und Frömmigkeit vor. Nach schweren Auseinandersetzungen verließen beide 1980/81 die Kirchengemeinde.⁸² 1982 folgte mit Manfred Bahmann (1930-2017) indes ein Pfarrer, der die Gemeinde noch in viel stärkerem Maße polarisieren sollte. Aufgewachsen in Dresden und Berlin, hatte er in den USA studiert und promoviert und war geprägt von der lateinamerikanischen Befreiungstheologie. So erinnert sich Bahmanns spätere Pfarrerskollegin an St. Thomas, Irmela Mukurarinda: »Wie eine Lokomotive unter Vollampf rammte er durch die verschreckt blinzelnde Gemeinde, weckte das schläfrige Kirchenvolk, wurde entweder bejubelt oder rigoros abgelehnt. [...] Bahmann wurde kiezbekannt.«⁸³ Er interpretierte die Bibel im Hinblick auf die Problemlagen im Kiez und schlug sich kompromisslos auf die Seite der Besetzer.

Den Höhepunkt dieser Auseinandersetzung brachte der 18. Juni 1983. An diesem Tag demonstrierten tausende linke Kreuzberger am Kott-

79 Vgl. Heidebrecht, *Die St. Thomas-Gemeinde*, S. 81.

80 Vgl. Christian Müller, »Arme habt ihr allezeit bei euch« – die Herausforderung durch die Armut in den 125 Jahren der St. Thomas-Gemeinde, in: *Kirchengemeinde St. Thomas* (Hg.), *125 Jahre St. Thomas-Kirche*, Berlin 1994, S. 139-180, hier S. 172 f.

81 Irmela Mukurarinda, *Auf der Suche nach St. Thomas 1977-1990*, in: *Kirchengemeinde St. Thomas* (Hg.), *125 Jahre St. Thomas-Kirche*, Berlin 1994, S. 183-190, hier S. 184.

82 Vgl. Müller, »Arme habt ihr allezeit bei euch«, S. 172.

83 Mukurarinda, *Auf der Suche nach St. Thomas*, S. 186.

busser Tor gegen die »Konservative Aktion«, eine rechte Gruppierung, die am Vortag Blumen an türkische Mitbewohner verteilt hatte, um sie zum Verlassen der Bundesrepublik aufzufordern. Im Anschluss an die Protestdemonstration ließ die Polizei den Ort der Abschlusskundgebung räumen. Es kam zu gewaltsamen Straßenschlachten. Die Demonstranten wurden vom Kottbusser Tor zum Mariannenplatz getrieben, wo das dortige Straßenfest ebenfalls mit Polizeigewalt aufgelöst wurde.⁸⁴ Während des Polizeieinsatzes wurde das so genannte »Besetz(A)-Eck« in der Oranienstraße 198 gleich mitgeräumt, obwohl das seit 1980 besetzte Haus am Heinrichplatz eigentlich über den neuen Sanierungsträger StattBau legalisiert werden sollte.⁸⁵ Daraufhin flohen etwa 50 Besetzer zur nahen Thomaskirche, um dort um Asyl zu bitten. Pfarrer Bahmann wollte verhindern, dass sich die exmittierten Besetzer weiter an den Krawallen beteiligten, und bot ihnen an, dass sie die erste Nacht in der Kirche oder im Gemeindezentrum schlafen könnten, wenn sie sich aus den Unruhen heraushalten würden. Die Besetzer, unter ihnen zahlreiche obdachlose Punks, hielten sich daran und übernachteten im Gemeindezentrum der Thomaskirche.⁸⁶

Aus der versprochenen Nacht im Kirchenasyl wurden insgesamt neun Wochen. Nach drei Tagen im Gemeindezentrum bezogen die Besetzer eine Zeltstadt, die mit Unterstützung des Jugendamts eilends neben der Kirche errichtet worden war und über Toiletten, Strom- und Wasserversorgung verfügte. Die Polizei räumte das Lager nicht, weil sie irrtümlich davon ausging, die Zelte stünden auf Kirchengrund. Die Besetzer taufte die Zeltstadt nach dem umstrittenen Berliner Innensenator Heinrich Lummer (1932-2019) bald darauf »Lummer-Reisen '83« und kamen fortan regelmäßig zum Gottesdienst, wozu sie zum Teil ihre Hunde mitbrachten. Das stieß auf sehr unterschiedliche Resonanz: Einige Gemeindeglieder äußerten Kritik, dass sich die Kirche mit »Lumpen« und »Chaoten« abgebe. Andere dagegen erkannten an, dass die christliche Botschaft ins Leben umgesetzt werde.⁸⁷ Die Gemeinde war uneins über den Umgang mit den Zeltbewohnern.

84 Vgl. Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 67.

85 Der *Südost-Express* sah hierin eine Kompensationshandlung, weil die Polizei nichts gegen die vielen Steinwerfer ausrichten konnte. Siehe *Südost-Express* 7-8/1983, S. 22.

86 Vgl. Manfred K. Bahmann, St. Thomas im Berliner Häuserkampf, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 191-195, hier S. 192.

87 Vgl. ebd., S. 192-194.

Am 1. August 1983 veranstaltete Pfarrer Bahmann eine Diskussionsveranstaltung in der Thomaskirche, für die er 2000 Einladungen an die Gemeindeglieder verschickt hatte. Gemeinsam mit Vertretern des Senats und des Bezirks sollten Gemeindeglieder und Zeltbewohner miteinander ins Gespräch kommen und Lösungswege für eine Rückkehr der Besetzer in die Oranienstraße gefunden werden. Auf der Versammlung entstand ein bekanntes Foto, das eine Gemeindevertreterin im Gespräch mit einer Besetzerin zeigt (Abb. 16). Der Kontrast zwischen den beiden Frauen, die sich nicht namentlich identifizieren lassen, könnte kaum größer sein. Während die Frau von der Gemeinde eine gepflegte weiße Sommerbekleidung trägt, erscheint die junge Besetzerin in einem schwarzen T-Shirt mit einem auffälligen Irokesenschnitt. Mit gleichsam selbstbewusster und distanzierter Körperhaltung hört sie zu, wie die Gemeindevertreterin mit ausladenden Armbewegungen für ihre Position wirbt. Im Hintergrund des Kirchenraums sind die übrigen Podiumsteilnehmer zu sehen, die amüsiert bis gelangweilt das Gespräch der beiden Frauen verfolgen (ganz rechts Baustadtrat Werner Orlowsky).

Das Foto stammt von dem Schweizer Fotografen Hans-Peter Siffert (geb. 1954) und erschien zunächst im Zürcher *Tagesanzeiger Magazin*.⁸⁸ Siffert war 1983 gemeinsam mit den Journalisten Rudolf Schilling (geb. 1940) zu Recherchezwecken nach Kreuzberg gekommen, um über die behutsame Stadterneuerung zu schreiben. Zwanzig Jahre später charakterisierte Schilling in einer Festschrift für Hardt-Walther Hämer das Foto als »Bild einer symbolischen Situation für Hämers eigenes Wollen und für seine Methode der Stadterneuerung: Ein Foto prägt das Beiwort ›behutsam‹, es geht nur miteinander, die Konflikte müssen auf den Tisch, nur der Dialog führt weiter, aus den Gegnerschaften müssen Lerngemeinschaften werden, die gemeinsam Wege finden.«⁸⁹ Für Schilling verkörpert das Bild damit den Leitgedanken der behutsamen Stadterneuerung.

Zu einem ganz anderen Urteil gelangte seinerzeit der *Südosst-Express*. In dem Bericht über die Veranstaltung, der ebenfalls ein ähnliches Foto der beiden Frauen zeigte, hieß es: »Der Versuch eines Dialoges zwischen Gemeinde und Besetzern scheiterte mangels Masse. Statt Bürgern kamen

88 *Tagesanzeiger Magazin*, 3. September 1983. Ein Jahr später wurde das Foto abgebildet in: Idee, Prozess, Ergebnis. Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Martin-Gropius-Bau zum Berichtsjahr 1984 der Internationalen Bauausstellung Berlin 1987, 15.9.-16.12.1984, hg. v. Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1984, S. 98.

89 Rudolf Schilling, Behutsame Stadterneuerung, in: Manfred Sack (Hg.), Stadt im Kopf: Hardt-Walther Hämer, Berlin 2002, S. 179-215, hier S. 179.



Abb. 16: Eine Hausbesetzerin im Gespräch mit einer Gemeindevertreterin in der St. Thomas-Kirche (1983), Foto: Hans-Peter Siffert

die Politiker und nutzten die Gelegenheit, ihr Verständnis von Bürger-nähe zu zeigen: Nicht zuhören, sondern vollquatschen.«⁹⁰ Der *Südpst-Express* sparte nicht mit Kritik an den sozialdemokratischen Stadträten, die in der Diskussion die wenigen gekommenen Gemeindeglieder nicht zu Wort kommen lassen hätten. So sei es bei dem Unbehagen gegenüber Bahmanns »Nächstenliebe« geblieben. In der Tat beschloss der Gemeindegkirchenrat, dem Pfarrer als Konsequenz der Zeltstadt-Aktion die Geschäftsführung der Gemeinde zu entziehen.⁹¹ Bahmann befand jedoch später, dass sich der Einsatz trotzdem gelohnt habe, da die Besetzer am 27. August 1983 wieder in das »Besetz(A)-Eck« zurückkehren konnten.⁹² Der Senat hatte dem großen öffentlichen Druck nachgegeben, den die breite Berichterstattung über die Zeltstadt ausgelöst hatte, und eingewilligt, dass die neu gegründete StattBau GmbH als Treuhänder für den Senat die besetzten Häuser in der Gegend verwalten und zusammen

⁹⁰ Südpst-Express 9/1983, S. 14.

⁹¹ Drei Jahre später verließ Manfred Bahmann die Gemeinde wieder. Vgl. Bahmann, St. Thomas im Berliner Häuserkampf, S. 195.

⁹² Siehe Südpst-Express 9/1983, S. 14.

mit den Besetzern instandsetzen sollte.⁹³ Auf diese Weise kam es nicht zuletzt durch den öffentlichen Einsatz der Thomas-Kirche zu einer Legalisierung der besetzten Häuser und damit zu einer Befriedung des Häuserkampfes.

Die sozialen Spannungen in Kreuzberg blieben allerdings bestehen und verschärften sich im Laufe der 1980er Jahre eher noch. Vor allem die verbreitete Arbeits- und Obdachlosigkeit von Jugendlichen galt als großes Problem und führte zu einer Vielzahl von kirchlichen Initiativen. So richtete die St. Thomas-Gemeinde zusammen mit der benachbarten katholischen St. Michael-Gemeinde 1986 das »Café Krause« ein, das Arbeits- und Obdachlosen als Anlaufstelle diente und den Gemeindepunkt von St. Thomas auf die Armenarbeit verschob.⁹⁴ Klaus Duntze versuchte seit 1982, einen zweiten Wettbewerb »Strategien für Kreuzberg« zu initiieren, der diesmal den Schwerpunkt auf die Revitalisierung des Gewerbes legen sollte, um die Ursachen der prekären ökonomischen Situation in Kreuzberg anzupacken. Das Verfahren erwies sich jedoch als schwierig. Der Senat setzte eher auf ein Gutachterverfahren anstelle einer abermaligen öffentlichen Ausschreibung. Nach der Abgeordnetenhauswahl vom März 1985 verlor der Senat schließlich endgültig das Interesse an den »Strategien II«, die ergebnislos im Sande verliefen.⁹⁵ Der Erfolg des ersten Wettbewerbs von 1977 ließ sich nicht mehr wiederholen. Klaus Duntze urteilte selbst: »Die Erfahrungen aus den ›Strategien für Kreuzberg‹ waren zwar nützlich für die Konzeption des Projektes gewesen, aber die Rahmenbedingungen ließen sich ebenso wenig reproduzieren wie die politische Situation von 1977 – man steigt nicht zweimal in denselben Fluss.«⁹⁶

Am 1. Mai 1987 entluden sich die sozialen Spannungen in Kreuzberg auf eruptive Weise. Die Plünderungen während der Maikrawalle zeigten, dass hinter den Ereignissen auch ökonomische Gründe steckten. Der Kirchenkreis Kreuzberg rief zum Gewaltverzicht auf und versuchte, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. So forderten die Kreuzberger Gemeinden vom Berliner Innensenator, nicht mit Polizeieinsätzen, sondern mit Gesprächen über die sozialen Ursachen der Gewaltausbrüche den Frieden im Stadtteil wiederherzustellen. Die Pfarrer und Mitarbeiter der evangelischen und katholischen Gemeinden in SO 36 trafen sich monatelang zu Krisensitzungen, um Gespräche mit den Autonomen,

93 Vgl. Bahmann, St. Thomas im Berliner Häuserkampf, S. 194.

94 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 276f.

95 Vgl. Verein SO 36, »... außer man tut es!«, S. 64f.

96 Ebd.

der Polizei und Politikern der verschiedenen Parteien zu organisieren und öffentliche »Kiezpalaver« zwischen den Kreuzberger Bürgern vorzubereiten. Durch ihr eindeutiges Engagement, das auch die Absage aller kirchlichen Feierlichkeiten im Rahmen der 750-Jahr-Feier einschloss, genossen die Kreuzberger Kirchengemeinden ein hohes Ansehen in der damaligen »Kiezöffentlichkeit« und nahmen noch einmal eine Vorreiterrolle in sozialpolitischen Fragen ein.⁹⁷ Doch handelte es sich hierbei lediglich um einen letzten Höhepunkt kirchlichen Engagements für die Stadt. Nicht zuletzt der anhaltende Verlust der Mitgliederzahlen, der durch das öffentliche gesellschaftliche Engagement der Kirchengemeinden nicht aufgefangen werden konnte, führte spätestens Ende der 1980er Jahre zu einer stärkeren Konzentration auf die innere Gemeindefarbeit.

Die Evangelische Kirche in Kreuzberg hat sich in den 1970er/80er Jahren als »Kiezkirche« wiedererfunden. Sie hat die Grundlagen einer neuen Quartiersöffentlichkeit geschaffen und auf diese Weise in gewisser Hinsicht den »Kiez« erfunden. Im Laufe der 1980er Jahre hat sich diese »Kiezöffentlichkeit« jedoch mehr und mehr von der Kirche gelöst und verselbständigt. Die Kreuzberger Kirchengemeinden blieben zwar ein wichtiger Akteur in der Kreuzberger Stadtentwicklung, waren aber nur noch ein »Anbieter« unter vielen, der allerdings über ein besonderes gesellschaftliches Ansehen verfügte. In der politisierten Atmosphäre des West-Berliner Häuserkampfes übernahmen die Kirchen eine vermittelnde Position, die zu starken inneren Zerreißproben führte. Die meisten Kirchengemeinden zogen sich daraufhin aus der Stadterneuerungspolitik zurück. Der Sozialprotestantismus hatte die Aufmerksamkeit auf die Probleme der Stadt gelenkt, folgte in den 1990er Jahren jedoch zunehmend globaleren Themen wie der Flüchtlings- und Asylpolitik. Klaus Duntze, der 1991 selber als Pfarrer an die Thomaskirche wechselte, zog schließlich eine nüchterne Bilanz, indem er feststellte: »Das stadtbezogene Engagement der Berliner Kirche ist weitgehend eingeschlafen.«⁹⁸

97 Vgl. Reinhard Herbolte, St. Michael und St. Thomas – Stationen ökumenischer Zusammenarbeit, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 196-199, hier S. 197.

98 Die Traditionslinie der Ortsgemeinde. Ein Pfarrer im Ruhestand über seine Mitwirkung bei der Berliner Stadtentwicklung, Klaus Duntze im Gespräch mit Ralf Bei der Kellen, Deutschlandradio Kultur, 25.5.2013: http://www.deutschlandradiokultur.de/die-traditionslinie-der-ortsgemeinde.1278.de.html?dram:article_id=247864 (14.4.2016).

Kirche als Ersatzöffentlichkeit in Friedrichshain

Die Geschichte der Evangelischen Kirche in Friedrichshain verlief lange Zeit ganz ähnlich wie in Kreuzberg. Auch hier entstanden seit Mitte des 19. Jahrhunderts zahlreiche neue Kirchenbauten, die das »Bündnis von Thron und Altar« symbolisierten.¹ Der 1890 gegründete Evangelische Kirchenbau-Verein, der unter dem Protektorat von Kaiserin Auguste Viktoria stand, war in dieser Gegend besonders aktiv. Der spätere Bezirk Friedrichshain erhielt während des Kaiserreichs ein flächendeckendes Netz von hoch aufragenden evangelischen Kirchen, die zur baulich-infrastrukturellen Erschließung des proletarischen Berliner Ostens beitragen sollten. Vor allem aber sollten sie als konservative Trutzburgen zum Schutz vor der Sozialdemokratie dienen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten sich die Bedingungen fundamental um. Die staatstragende Rolle der Kirche wich im Osten einer dezidierten Kirchenfeindschaft des Staates. Religion galt im Staatssozialismus nur noch als Privatsache. Gleichwohl wurden viele Kirchen in Friedrichshain rasch wieder aufgebaut. Ein beeindruckendes Zeugnis für den Wiederaufbau ist die 1949 nach Plänen von Otto Bartning (1883-1959) als Notkirche neu errichtete Ev. Offenbarungs-Kirche in der Simplonstraße.² 1969/1970 vollzog auch die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg die Teilung der Stadt, indem die Landeskirche in zwei Regionalsynoden aufgeteilt und anschließend die Gemeinden und Kirchenkreise neustrukturiert wurden. Dabei glichen sich jedoch viele Probleme der Evangelischen Kirchengemeinden in Friedrichshain und Kreuzberg. Zu den systemübergreifenden Herausforderungen gehörten eine massive Entkirchlichung, die sich auf beiden Seiten der Spree durch einen deutlichen Rückgang der Gemeindeglieder und der kirchlichen Amtshandlungen bemerkbar machte, und ein zum Teil radikaler städtebaulicher Wandel, dessen soziale Folgen die Gemeinden unmittelbar

1 Im späteren Bezirk Friedrichshain wurden in der Zeit der Urbanisierung folgende evangelische Kirchen eingeweiht: St. Markus-Kirche in der Weberstraße (1855), St. Andreaskirche auf dem Stralauer Platz (1856), St. Bartholomäus-Kirche am Königstor (1858), Samariterkirche in der Samariterstraße (1894), Auferstehungskirche in der Friedenstraße (1895), Lazaruskirche in der Grünberger Straße (1907), Pfingstkirche am Petersburger Platz (1908), Zwingli-Kirche am Rudolfplatz (1908) und die Galiläa-Kirche in der Rigaer Straße (1911). Zu den Kirchen in Friedrichshain vgl. grundlegend Jan Feustel, Turmkreuze über Hinterhäusern. Kirchen im Bezirk Friedrichshain, Berlin 1999.

2 Vgl. ebd., S. 115-124.

betrafen.³ Beide Kirchenkreise reagierten hierauf seit den 1970er Jahren mit einer besonderen Hinwendung auf die Probleme im Kiez. Die sozialdiakonische Arbeit wurde zentral.

In Friedrichshain entwickelte sich ein besonderer Schwerpunkt auf der Arbeit mit unangepassten Jugendlichen. In den alten Mietskasernen des Berliner Ostens lebte bis weit in die 1970er und 1980er Jahre ein proletarisches Milieu fort, das sich in die offizielle Jugendpolitik der SED kaum einbinden ließ.⁴ Auf Plätzen wie dem Kotikowplatz (heute Petersburger Platz) trafen sich so genannte »Platzcliquen«, die in den Augen der kommunalen Behörden ein ständiges Problem darstellten, da sie sich den Angeboten der FDJ verweigerten und dies in ihrer Kleidung und in ihrem Alkoholkonsum auch öffentlich zum Ausdruck brachten.⁵ Während die Behörden hierauf mit scharfen Erziehungs- und Disziplinierungsmaßnahmen reagierten, öffnete sich die Evangelische Kirche für diese Jugendlichen. Im Kirchenkreis Friedrichshain gab es seit 1978 den ersten Sozialdiakon, der sich um die gesellschaftliche Integration der unangepassten Jugendlichen bemühte. Einige Pfarrer in Friedrichshain gingen noch einen Schritt weiter und betrieben eine »Offene Arbeit«, die nicht nur offen für Atheisten war und kein festgelegtes Konzept verfolgte, sondern sich dezidiert gegen das Erziehungsmonopol des Staates richtete.⁶

Die sozialdiakonische Jugendarbeit der Friedrichshainer Kirchengemeinden stellte für die SED eine doppelte Provokation dar: Sie zeigte zum einen die Integrationsprobleme des Staates auf und bedeutete in ihren Augen zum anderen eine Kompetenzüberschreitung der Kirche.⁷ Das größte Problem war jedoch, dass aus der kirchlichen Jugendarbeit in Friedrichshain die wichtigste nichtstaatliche und massenwirksamste öffentliche Großveranstaltung im Ost-Berlin der 1980er Jahre hervorging. Die so genannten Bluesmessen, die 1979 in der Friedrichshainer Samariterkirche ihren Ausgangspunkt nahmen, entwickelten sich zu einer einzigartigen Ersatzöffentlichkeit in der DDR und sollen daher im Mittelpunkt des folgenden Kapitels stehen. Zu den Bluesmessen liegen

3 Zur Entkirchlichung in Ost-Berlin vgl. Radatz/Winter, *Geteilte Einheit*, S. 119 u. 150-153.

4 Vgl. Marc-Dietrich Ohse, *Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974)*, Berlin 2003.

5 Zur Bedeutung nonkonformer Jugendmode in der DDR vgl. Rebecca Menzel, *Jeans in der DDR. Vom tieferen Sinn einer Freizeithose*, Berlin 2004. Zum Alkoholkonsum vgl. Thomas Kochan, *Blauer Würger. So trank die DDR*, Berlin 2011.

6 Besonders einflussreich war die offene Jugendarbeit von Pfarrer Gerhard Cyrus in der Galiläa-Gemeinde. Vgl. Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 296f.

7 Vgl. ebd., S. 443.

bereits einige Darstellungen vor, die hauptsächlich von den ehemaligen Beteiligten selbst stammen.⁸ Dabei stehen vor allem ihr oppositioneller Charakter und die staatlichen und kirchlichen Einhebungsversuche bzw. die Blues-Musik im Vordergrund.⁹ Im Folgenden liegt die Perspektive jedoch stärker auf dem Charakter der Bluesmessen als lokale Ersatzöffentlichkeit in der SED-Diktatur. Hierfür werden die Bluesmessen zunächst kurz vorgestellt, ehe die Frage der durch sie konstituierten Öffentlichkeit diskutiert wird. Abschließend richtet sich der Blick auf weitere öffentliche Aktivitäten der Friedrichshainer Samaritergemeinde im Zusammenhang der kirchlichen Friedensarbeit bis hin zur friedlichen Revolution von 1989/90.

Pfarrer Rainer Eppelmann und die Bluesmessen

Die Anfangsgeschichte der Bluesmessen beginnt mit einer folgenreichen Begegnung.¹⁰ Im Frühjahr 1979 stand der ehemalige Bausoldat und Bluesmusiker Günter Holwas (1950-2014) vor der Wohnungstür von Pfarrer Rainer Eppelmann (geb. 1943) und bot ihm an, in seiner Kirche für einen karitativen Zweck Bluesmusik zu spielen. Eppelmann war nach Wehrdienstverweigerung und Haftstrafe selbst Bausoldat gewesen, bevor er Theologie studierte und 1975 Pfarrer an der Samaritergemeinde im Nordosten Friedrichshains wurde. Zugleich war

- 8 Siehe v. a. die Autobiographien von Rainer Eppelmann: Rainer Eppelmann, *Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland*, Köln 1993, S. 146-169; Ders., *Gottes doppelte Spur. Vom Staatsfeind zum Parlamentarier*, Holzgerlingen 2007, S. 100-111; sehr informativ aus Perspektive des damaligen Probstes der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg: Friedrich Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen. Ein Insider-Bericht über sieben Jahre Lernprozess*, in: Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hg.), *Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*, Berlin 2004, S. 154-172.
- 9 Grundlegend für die folgende Darstellung ist die materialreiche Dokumentation von Dirk Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979-1986. Eine Jugendveranstaltung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in ihrer Zeit*, Berlin 2008; zur Rolle der Blues-Musik vgl. auch die anderen Beiträge in Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hg.), *Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*, Berlin 2004.
- 10 Die Anfangsgeschichte der Bluesmessen ist bereits oft erzählt worden, wobei sich die Erzählperspektive von Rainer Eppelmann zu einem immer wiederkehrenden Narrativ entwickelt hat: siehe Eppelmann, *Fremd im eigenen Haus*, S. 146f. Aus Perspektive von Holwas vgl. Thomas Kochan, *Berlin, Toronto, Wernsdorf. Günter »Holly« Holwas – hart, aber herzlich*, in: Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hg.), *Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*, Berlin 2004, S. 203-210.

Eppelmann auch Kreisjugendpfarrer in Friedrichshain.¹¹ Gemeinsam mit seinem Pfarrkollegen Heinz-Otto Seidenschnur (geb. 1950) von der benachbarten Auferstehungs-Gemeinde ging er auf das Angebot ein – unter der Bedingung, dass es sich bei dem Konzert um einen Gottesdienst handeln würde. Rasch wurde eine kurze Liturgie vorbereitet. Günter Holwas, genannt »Holly«, und sein Freund »Plant« sollten einige Blues-Titel spielen, die durch einige Bibelverse zum Thema »Liebe« eingerahmt wurden. Am 1. Juni 1979 war es so weit. Nachdem der Gemeindegemeinderat seine Zustimmung gegeben hatte, fand die erste Bluesmesse in der Friedrichshainer Samariterkirche in der gleichnamigen Samariterstraße statt.¹²

Die Veranstaltung erwies sich als unerwarteter Erfolg, sie zog ungewöhnliche Gäste an und bot den Pfarrern eine unvergleichliche Chance: So kamen zu der ersten Bluesmesse etwa 250 Besucher, während zu den gewöhnlichen Sonntagsgottesdiensten in der Samariterkirche in der Regel nicht mehr als 30 bis 50 Menschen erschienen.¹³ Dabei handelte es sich hauptsächlich um junge Männer mit langen Haaren und proletarischem Hintergrund, die offenbar noch nie in einer Kirche gewesen waren und Rotwein und Zigaretten mit in den Gottesdienst nahmen.¹⁴ Eppelmann sah darin jedoch keine Provokation, sondern eine einzigartige Chance, um die kirchenfremden Jugendlichen an die Kirche heranzuführen. Neben dem missionarischen Potential begriff er die Veranstaltung zudem als Möglichkeit, den Jugendlichen im sozialdiakonischen Sinne Selbstvertrauen zu verleihen.¹⁵ Also wurde die Veranstaltung wiederholt und erhielt beim zweiten Mal den Namen »Bluesmesse«.¹⁶ Diesmal bereiteten Eppelmann und seine Kollegen den Gottesdienst weitaus gründlicher vor und richteten ihn stärker auf die Jugendlichen aus.¹⁷ So erinnert Eppelmann sich:

11 Zur Biographie Rainer Eppelmans vgl. knapp: <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=738> (14.4.2016).

12 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 55-66.

13 Siehe Eppelmann, *Gottes doppelte Spur*, S. 100.

14 Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 154. Später differenzierte sich das Publikum der Bluesmessen und schloss ein breiteres Besucherspektrum ein. Von Beginn an saßen auch Kirchenvertreter und Informanten in den Bänken. Günter Holwas begrüßte in Anlehnung an Elwood von den »Blues Brothers« auch alle diejenigen, »die aus dienstlichen Gründen hier sind«. Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 106.

15 Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 160.

16 Der Name stammt von dem Friedrichshainer Sozialdiakon Bernd Schröder. Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

17 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 67-87.

»Meine Idee war: Bei den Bluesmessen gehen wir einen neuen Weg. Wir wählen uns nicht einen schlaun Bibelvers und übersetzen den in die heutige Zeit, sondern wir fragen: Was bewegt die jungen Leute? Welche Hoffnungen haben die, welchen Frust? Und dann schauen wir in dieses dicke, gute Buch und suchen nach Antworten und Inspirationen.«¹⁸

Angeregt durch die »Politischen Nachtgebete« in der Bundesrepublik und einzelne Jugendgottesdienste und »Offene Werkstätten« in der DDR¹⁹ entwickelten die Bluesmessen bald einen festen Ablauf. Auf die Begrüßung und spezielle Ansagen durch die Pfarrer folgten Gebete und Spielszenen, dann der Verkündigungsteil mit einer kurzen Predigt, daraufhin das Schlussgebet und die Fürbitten und schließlich die Verabschiedung mit Segensworten und Aufrufen zur Kollekte.²⁰ Dazwischen trat mehrfach Holwas mit seiner Band auf und spielte hauptsächlich schwarze Blues-Musik, »weil im Blues dieses Auf und Ab des Lebens, die Freude und die Trauer, der Hass und die Hoffnung zum Ausdruck kommen.«²¹ In der Tat war der Südstaaten-Blues als emotionales Ausdrucksmittel sehr geeignet²² – nicht nur weil die Situation in der DDR als Analogie zur Unterdrückung der schwarzen Sklaven in Amerika interpretiert wurde, sondern auch, weil die Blues-Musik in der DDR seit den 1970er Jahren über eine breite und treue Fangemeinde verfügte, wie Michael Rauhut schreibt:

»Die Blueser waren die ostdeutsche Variante der Blumenkinder. Sie folgten den Leitbildern der Hippiebewegung, dem Geist von Woodstock und formierten die vitalste und dauerhafteste Jugendkultur in der DDR. Während der Westen die Mythen der Flower-Power längst

18 Zitiert in: Teufelszeug im Gotteshaus. Gespräch mit Rainer Eppelmann, in: Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hg.), *Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*, Berlin 2004, S. 173-180, hier S. 173 f.

19 Hierzu zählten etwa die »Beat-Messe« von 1973 in Weißwasser, der »Bibel Blues Beat« von 1979 in der Schlosskirche Bernburg sowie die offenen Werkstattwochenenden »June 1978« und »June 1979« in Rudolstadt, auf denen es neben Basaren, Ausstellungen, Nachtgottesdiensten, Lesungen auch Folk-Blues-Konzerte gab. Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 57 f.; Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 297 u. 441 f.

20 Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 156 f.

21 Holwas zitiert in: Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 156. Zunächst spielte auf den Bluesmessen ausschließlich Hollys Bluesband, später auch Stefan Diestelmann, Freygang, Georg K., Gurkensalat, Infarkt, Jonathan Blues Band, Monokel und das Trio Träger-Lied. Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 156.

22 Vgl. Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 442.

entsorgt hatte, hielten sie die Ideale von Love & Peace & Vollrausch als Gegenentwurf zur Spießigkeit und Enge bis in die 80er Jahre hoch.«²³

Der Ansturm auf die Bluesmessen wurde immer größer. Die Besucherzahlen verdoppelten sich von Veranstaltung zu Veranstaltung. Zur ersten Bluesmesse kamen 250 Teilnehmer, zur zweiten 450 und zur dritten bereits 1200 Teilnehmer.²⁴ Bald reisten Jugendliche aus der gesamten DDR nach Friedrichshain, um die Bluesmessen zu erleben. Dies brachte einige Herausforderungen für die Veranstalter mit sich, die dem Besucheransturm kaum mehr gewachsen waren. Zur logistischen Unterstützung der Bluesmessen wurde daher eine »Infogruppe« eingerichtet, die aus etwa 50 Personen bestand und ganz bewusst Jugendliche aus den so genannten Platzgruppen einband.²⁵ Auf diese Weise erhielt die »Problemjugend« des Kiezes ein sinnvolles Betätigungsfeld und neues Selbstvertrauen. Hinzu kam, dass die Jugendlichen in die Themenfindung für die Bluesmessen einbezogen wurden.²⁶ Die jugendlichen Mitglieder der »Infogruppe« verfügten nicht zuletzt über besonderen Respekt unter ihresgleichen und setzten unter den Besuchern durch, dass in den Kirchen nicht mehr getrunken und geraucht wurde. Hierfür wurde eigens eine so genannte »Schnappsgarderobe« geschaffen, an der die Besucher ihre Flaschen hinterlegen konnten.²⁷ Das konnte freilich nicht verhindern, dass die Besucher der Bluesmessen mit ihrer Sprache und Erscheinung eine große Herausforderung für die Kirchengemeinde der Samariterkirche darstellten, wie Eppelmann sich erinnert:

»Die meisten Kirchgänger waren älter als fünfzig Jahre, liebe Menschen, die entscheidend mit dazu beitrugen, dass es Gemeindehaus und Kirche noch gab. Sie bezahlten pünktlich ihre Kirchensteuer. Und nun mussten sie auf einmal erleben, dass in ihre heilige Kirche massenhaft Jugendliche kamen, vor denen sie auf der Straße Angst hatten,

23 Michael Rauhut, »Am Fenster«. Rockmusik und Jugendkultur in der DDR, in: Rock! Jugend und Musik in Deutschland. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, hg. v. der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 71-77, hier S. 75.

24 Vgl. Winter, Die Ostberliner Bluesmessen, S. 169.

25 Die Mitglieder der »Infogruppe« sollten ganz bewusst nicht »Ordner« genannt werden, um sich von der FDJ abzugrenzen. Vgl. Moldt, Zwischen Haß und Hoffnung, S. 101 f.

26 Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

27 Vgl. Winter, Die Ostberliner Bluesmessen, S. 158 u. 164.

die im Gotteshaus rauchten und tranken, bis wir uns mit unserer Bitte, das nicht zu tun, endlich durchgesetzt hatten.«²⁸

Zu dem generationellen Befremden kamen auch theologische Bedenken hinzu. Nicht alle Kollegen und Gemeindemitglieder hielten diese Form des Gottesdienstes für angemessen. Probleme bereitete zudem der katholisch anmutende Name der Bluesmessen. Letztlich unterstützte der Gemeindegemeinderat der Samariterkirche Eppelmann jedoch, weil eine Mehrheit des Gremiums von der Wichtigkeit der Bluesmessen überzeugt war.²⁹ Mindestens ebenso groß war die Herausforderung für die Anwohner des Samariterviertels. Die Veranstaltungen führten regelmäßig zu riesigen Menschaufmärschen, die von den engen Straßen rund um die Samariterkirche kaum aufgenommen werden konnten. Der Autoverkehr kam zwischenzeitlich fast zum Erliegen, und die übliche Ruhe in dem tristen Wohnviertel war dahin. Ein Zeitzeuge erinnert sich an den Ausnahmezustand im Kiez:

»Schon in den Nachmittagsstunden umlagerten Hunderte Freaks den Kiez, Lebensmittelgeschäfte, die naheliegende Kaufhalle und besetzten die ohnehin schon raren Kneipenplätze. Bürger, die sich wie gewohnt mit ihren Wochenendalkoholika versorgen wollten, mussten zusehen, wie diese vor ihrer Nase von langhaarigen Gammlern weggekauft und vor den Eingangstüren der Geschäfte unkultiviert ausgesoffen wurden. Was sie davon abbekamen, waren Urinpfüten in ihren Hausfluren. [...] Etliches Leergut landete nicht bei den einschlägigen Annahmestellen, sondern zerbrach auf dem Straßenpflaster.«³⁰

Erstaunlicherweise führten die chaotischen Begleitumstände der Bluesmessen jedoch kaum zu Beschwerden der Bevölkerung. Die wenigen überlieferten Eingaben dürften zum Gutteil von den kommunalen Behörden lanciert worden sein.³¹ Denn für die Behörden und Organe von Staat und Partei stellten die Bluesmessen die weitaus größte Herausforderung dar. Dabei nahmen die Verantwortlichen weniger an der Musik Anstoß als an der Ansammlung eines staatsfernen jungen Publikums, das

²⁸ Eppelmann, Gottes doppelte Spur, S. 102.

²⁹ Vgl. Moldt, Zwischen Haß und Hoffnung, S. 152. Rainer Eppelmann führt die mehrheitliche Unterstützung durch den Gemeindegemeinderat auch auf seine »Personalpolitik« zurück, mit der es ihm gelungen sei, über Jahre mehrere Vertraute in den Gemeindegemeinderat einzubinden. Siehe Eppelmann, Gottes doppelte Spur, S. 110.

³⁰ Zitiert in: Moldt, Zwischen Haß und Hoffnung, S. 179.

³¹ Es gelang den Behörden gleichwohl nicht, den »Volkszorn« gegenüber den Bluesmessen zu entfachen. Vgl. ebd., S. 180 f.

unkontrolliert zu einer öffentlichen Großveranstaltung zusammenkam. Da die Bluesmessen allerdings in eine Zeit der diplomatischen Entspannung zwischen Kirche und Staat fielen, mochte sich die SED nicht dazu durchringen, die Veranstaltungen mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht zu verbieten.³² Das Staat-Kirche-Gespräch vom 6. März 1978 hatte gerade erst eine Art »Burgfrieden« gesichert und bildete somit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Bluesmessen überhaupt so weit entfalten konnten.³³

Erst nach einem Jahr entschloss sich das Ministerium für Staatssicherheit zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die Bluesmessen. Die Stasi eröffnete den »Operativen Vorgang Blues« gegen Pfarrer Eppelmann³⁴ und infiltrierte den Vorbereitungskreis der Bluesmessen mit mehreren Informanten, die über jedes Detail der Veranstaltungen berichteten.³⁵ Fingierte Schreiben dienten zur Desinformation der Besucher und zielten auf die Zersetzung innerhalb der kirchlichen Gremien ab.³⁶ Schließlich wurde auf die sechste Bluesmesse am 13. Juni 1980 ein Sabotageakt verübt, indem während der Veranstaltung stinkende Buttersäure verschüttet wurde.³⁷ Die genannten Maßnahmen konnten den Bluesmessen jedoch nicht Einhalt gebieten. Daher intensivierten die kommunalen und staatlichen Behörden den Druck auf die Kirchenleitung. Immer wieder wurden die Verantwortlichen ins Bezirksamt Friedrichshain zitiert. Dabei ging es im Kern stets um den öffentlichen Charakter der Bluesmessen.

32 Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 165.

33 Allerdings wurden die Vereinbarungen von 1978 durch die SED auch immer wieder dazu genutzt, um hinsichtlich der Bluesmessen Druck auf die Kirchenvertreter aufzubauen und sie auf den gegenseitigen »Frieden« zu verpflichten. Vgl. Rainer Eckert, *Grundelemente der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Widerstand, Opposition und Repression*, in: Dirk Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979-1986. Eine Jugendveranstaltung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in ihrer Zeit*, Berlin 2008, S. 9-30, hier S. 24. Zum ambivalenten Charakter des Staat-Kirche-Gespräch vom 6. März 1978 vgl. auch Neubert, *Die Reproduktion von Kirche in der DDR*, S. 5.

34 Siehe Eppelmann, *Fremd im eigenen Haus*, S. 145 f.

35 Die beobachtende Herrschaftsperspektive des MfS bietet heute die detailliertesten Einblicke in den Ablauf der Bluesmessen. Ein Schlüsseldokument in diesem Sinne bildet der Bericht zum Besuch der Bluesmesse am Freitag, den 13.6.1980 in der Samariterkirche von der MfS-Informantin »Conni«, BStU MfS AOP 8695/91, Bl. 48 f., wiedergegeben in: Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 413-416.

36 So streute die Stasi Gerüchte um Eppelmanns innerkirchliche Ambitionen und fingierte ein Schreiben, das forderte: »Wir brauchen keinen schönen Mann, wir brauchen Bischof Eppelmann!«. Zitiert in: Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 167.

37 Dabei ist ungeklärt, ob dies tatsächlich auf Veranlassung der MfS-Führung geschah. Vgl. ebd., S. 147.

Die Bluesmessen als Ersatzöffentlichkeit

Gemäß der gültigen Veranstaltungsordnung der DDR mussten alle öffentlichen Veranstaltungen angemeldet werden. Für sämtliche Konzerte war die Konzert- und Gastspieldirektion der DDR zuständig. Die einzigen öffentlichen Veranstaltungen, die in der DDR nicht angemeldet werden mussten, waren Gottesdienste, die in der Verantwortung des jeweiligen Pfarrers lagen.³⁸ Ein reines Blueskonzert wäre also anmeldungspflichtig gewesen, ein Gottesdienst mit Bluesmusik dagegen nicht.³⁹ Genau hier setzte die Kritik der kommunalen und staatlichen Behörden ein. Sie stellten wiederholt in Frage, dass es sich bei den Bluesmessen wirklich um Gottesdienste handelte. Die Veranstalter der Bluesmessen hielten jedoch dagegen. Eppelmann erklärte, dass allein die Kirche entscheiden könne, was ein Gottesdienst sei.⁴⁰ Auch für die Kirchenleitung war hier eine prinzipielle Frage berührt. Der Bischof und das Konsistorium wollten an dem Gottesdienst-Privileg festhalten und gaben den Veranstaltern der Bluesmesse Rückendeckung. Auch die Kreis- und die Landessynode stellten sich hinter die Veranstaltung.⁴¹ Auf diese Weise setzten die Kirchenleitung und die maßgeblichen innerkirchlichen Gremien ein klares Zeichen gegenüber dem Staat, dass sie gewillt waren, die Bluesmessen direkt mit zu verantworten.⁴²

Wichtig war insbesondere die Unterstützung durch zwei maßgebliche Personen in der internen Kirchenordnung. Die Superintendentin Ingrid Laudien (1934-2009), die als erste Frau dem Kirchenkreis Friedrichshain vorstand, verteidigte das Engagement Eppelmans und seiner Mitstreiter gegenüber dem Rat des Stadtbezirks.⁴³ Mit Unverständnis mussten die kommunalen Behörden zur Kenntnis nehmen, dass sie für sich eine klare Weisungsbefugnis gegenüber den Pfarrern ihres Kirchenkreises zurückwies.⁴⁴ Im Gegensatz zu den partei-staatlichen Strukturen gab es eine innerkirchliche Demokratie und eine Diskussionskultur, die dem hierarchischen Denken der Behörden weitgehend fremd blieb.⁴⁵ Also be-

38 Vgl. Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 443.

39 Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 154.

40 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 78 ff.

41 Vgl. ebd., S. 95.

42 Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 162.

43 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 42 u. 88.

44 Vgl. Evelyn Schulz, *Gegenwartshistorische Analyse zur Rolle von einzelnen Kirchengemeinden im Kirchenkreis Friedrichshain in der Zeit von 1980 bis 1989*, unveröff. MS Berlin 1993, S. 16.

45 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 40. Eppelmann spricht gar von der Kirche in der DDR als »Schule der Demokratie«. Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

mühten sie die nächsthöhere Ebene der Kirchenleitung. Doch auch der Generalsuperintendent des Sprengels Berlin, Hartmut Grünbaum (1930-1983), verteidigte die Bluesmessen. Er gestand zwar ein, persönlich kein Freund dieser Veranstaltungen zu sein, stellte aber fest, dass es sich hierbei um einen anmeldungsfreien Gottesdienst handele.⁴⁶ Kritisch wurde die Situation erst, als sich der Ost-Berliner Bischof Albrecht Schönherr (1911-2009) bereit erklärte, genau zu definieren, was ein Gottesdienst sei. Dies hätte den Behörden erlaubt zu überprüfen, ob bei Veranstaltungen wie den Bluesmessen tatsächlich alle Merkmale eines Gottesdienstes erfüllt seien. Der Bischof ließ sich jedoch durch den Widerstand der kirchlichen Berliner Jugendmitarbeiter davon abhalten.⁴⁷ Die Kirchenleitung bewahrte auf diese Weise den Freiraum für die Bluesmessen.

Unter dem Schutzmantel des Gottesdienstes entstand ein nicht kontrollierter kommunikativer Raum. Es wäre jedoch verfehlt, in den Bluesmessen nur eine theologisch getarnte Konzertveranstaltung zu sehen.⁴⁸ Denn neben der Musik gewannen die Inhalte der Bluesmessen rasch an Bedeutung. Die Wortbeiträge thematisierten in allgemeinverständlicher Sprache unverblümt die Militarisierung und Disziplinierung in der DDR-Gesellschaft, die verlogene Darstellung der DDR-Wirklichkeit, die Angst, die eigene Meinung zu sagen, die Frustration durch Mauer und Grenze, die beruflichen Behinderungen der jungen Generation, den Wehrunterricht an den Schulen sowie die Umweltbelastungen in der DDR.⁴⁹ In beispielloser Offenheit wurden hier die Probleme der Jugendlichen angesprochen. Sowohl die Bibel als auch der Blues erlaubten eine mehrfache Textauslegung. Die Geschichten des Alten und des Neuen Testaments sowie die Lieder von der Unterdrückung im Süden der USA wurden in die Gegenwart der DDR transferiert. Hinzu kamen kritische Sketche und Spielszenen, die Methoden des »Theaters der Unterdrückten« aus Brasilien adaptierten und die Jugendlichen unmittelbar ansprechen sollten. So traten in einem szenischen Spiel im »Angsthasenland« Darsteller mit angeklebten Langohren auf, die sich mitten unter die Besucher mischten und die allgegenwärtigen Informanten aufs Korn

46 Bericht über die Blues-Messe am Freitag, den 25. April 1980 in der Samariterkirche von Generalsuperintendent Hartmut Grünbaum, Stiftung Aufarbeitung, Bestand Rainer Eppelmann, wiedergegeben in: Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 397-401. Vgl. hierzu auch Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 443.

47 Siehe Eppelmann, *Gottes doppelte Spur*, S. 107.

48 Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 59.

49 Vgl. Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 442 f.

nahmen.⁵⁰ Die Sketche der Bluesmessen dienten auf diese Weise der performativen Angstbewältigung.

Das Publikum reagierte auf die Wortbeiträge und Spielszenen mit großer Anteilnahme. Pfiffe, Buh-Rufe und Beifall folgten auf jede kritische Einlassung. Für Eppelmann hatte das etwas »Unerhörtes« und »Befreiendes«. Er beschreibt die Bluesmessen als »die erste DDR-Großveranstaltung, in der für tausende von Menschen hörbar war, was die Leute tatsächlich dachten, hofften, wünschten, was sie ärgerte, wovor sie Angst hatten und was sie auf keinen Fall wollten.«⁵¹ Zum ersten Mal sagten und hörten sie öffentlich, was sie sonst nur dachten oder durch ihre Kleidung zum Ausdruck brachten.⁵² Die Bluesmessen bildeten somit eine Ersatzöffentlichkeit, in der die Veranstalter und mehrere Tausend Jugendliche einen kommunikativen Raum schufen, in dem die Situation in der DDR öffentlich verhandelt wurde. Das Besondere war, dass dies nicht nur einmal geschah, sondern regelmäßig. Die Bluesmessen etablierten sich somit als eine institutionalisierte Form einer kritischen und unkontrollierten kommunikativen Öffentlichkeit in der Diktatur, die einen solchen Raum ansonsten nicht zuließ.

Die Bluesmessen waren ein Schritt von der privaten zur öffentlichen Staatskritik. Doch es ging nicht nur um große gesellschaftliche Fragen, denn zugleich rückten die Bluesmessen das Private in den Mittelpunkt, indem die individuellen Ängste und Hoffnungen der Jugendlichen öffentlich thematisiert wurden. Es ging um die Stellung des Einzelnen in der DDR-Gesellschaft. Dieser duale Charakter war durch die gottesdienstliche Struktur der Bluesmessen angelegt, die einerseits eine Gemeinde bildete und andererseits jeden Einzelnen ansprach. Dasselbe galt auch für die Bluesmusik, die gemeinschaftlich konsumiert wurde, aber zugleich eine radikale Subjektivität zum Ausdruck brachte. Im Blues standen die individuellen Gefühle im Mittelpunkt. Formuliert wurde gerade nicht das Aufgehen in der Gemeinschaft der Kirche, sondern das Recht auf die Entfaltung des persönlichen Glücks. Die Bluesmessen dienten somit als Resonanzverstärker für private Gefühle und individuelle Wünsche, die in den 1980er Jahren in der DDR immer offener verhandelt wurden.⁵³

50 Das MfS hat die Dialoge der Spielszene zum »Angsthasenland« mitgeschrieben. Sie werden teilweise wiedergegeben in: Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 157-159.

51 Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

52 Ebd.

53 Vgl. Katherine Pence/Paul Betts, Introduction, in: Dies. (Hg.), *Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics*, Ann Arbor 2008, S. 1-34.

Die Bluesmessen gingen jedoch noch einen Schritt weiter. Sie artikulierten nicht nur öffentlich den angestauten Frust der Jugendlichen und ihren Anspruch auf privates Glück, sondern thematisierten umgekehrt auf gleichsam autopoietische Weise die Öffentlichkeit im Staatssozialismus. So setzten sich die Bluesmessen spielerisch mit der doppelten Medienöffentlichkeit in der DDR auseinander.⁵⁴ Spielszenen karikierten den unterschiedlichen Sprachgebrauch von Ost- und Westmedien.⁵⁵ Besonders deutlich wurde dies, wenn sich die zitierten Meldungen auf dieselben Ereignisse bezogen, zum Beispiel auf das Rockkonzert vom 7. Oktober 1977 auf dem Berliner Alexanderplatz, bei dem es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei gekommen war. In einer Spielszene auf der vierten Bluesmesse am 29. Februar 1980 wurde hierauf Bezug genommen, als ein Darsteller die offizielle DDR-Lesart der besagten Vorgänge vortrug: »Jugendliche Rowdys stören auf dem Alexanderplatz den Festtag unserer Republik«, während ein anderer Darsteller die Lesart der westlichen Medien wiedergab: »Jugendliche Opposition protestiert am 7. Oktober in Ostberlin.«⁵⁶ DDR-Bürger nahmen einen solchen Vergleich allabendlich vor.⁵⁷ Aber eine öffentliche Synopse der beiden Medienöffentlichkeiten war in dieser Form ungewöhnlich.

Die westlichen Medien spielten für die Bluesmessen noch in einer anderen Hinsicht eine wichtige Rolle. Auf den Rat von Robert Havemann (1910-1982) bediente sich Eppelmann der westlichen Medien als der wichtigsten Ersatzöffentlichkeit in der DDR,⁵⁸ um auf die kleine Ersatzöffentlichkeit der Bluesmessen aufmerksam zu machen.⁵⁹ Entgegen mancher Widerstände im Gemeindegemeinderat stand für Eppelmann fest: »Da die Medien in der DDR zensiert wurden und wir keine Chance hatten, über sie an die Öffentlichkeit zu treten, mussten wir zwangsläufig den Umweg über den Westen wählen.«⁶⁰ Diese indirekte »Öffentlichkeitsarbeit« über die westlichen Medien verfolgte einen doppelten Zweck: Zum einen diente sie dem Schutz der Veranstaltungen, denn je bekannter die Bluesmessen in Ost und West wurden, desto weniger

54 Zur doppelten Medienöffentlichkeit vgl. Axel Schildt, *Zwei Staaten – eine Rundfunk- und Fernsehnation*, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 58-71.

55 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 104.

56 Zitiert in: ebd.

57 Vgl. Hochmuth, *Feindbild und Leitbild*, S. 275-277.

58 Vgl. hierzu umfassend Kuschel, *Schwarz Hörer, Schwarzseher und heimliche Leser*.

59 Siehe Eppelmann, *Teufelszeug im Gotteshaus*, S. 179

60 Eppelmann, *Gottes doppelte Spur*, S. 110.

konnten sie mit Gewalt aufgelöst werden. Zum anderen verstärkte die westliche Berichterstattung die Werbung für die Bluesmessen, für die zuvor nur über Aushänge und Mundpropaganda geworben worden war.⁶¹

Tatsächlich kamen immer mehr Menschen zu den Bluesmessen. Die Veranstaltungen in der Samariterkirche wurden zu einem überregionalen Ereignis, zu dem immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene aus den anderen Bezirken der DDR anreisten, oft indem sie nach Ost-Berlin trampften, ohne ein Quartier in der Hauptstadt zu haben.⁶² Zur fünften Bluesmesse am 25. April 1980 kamen etwa 1400 Menschen. Das waren deutlich mehr, als in der Samariterkirche Platz hatten. Etwa 500 Personen mussten draußen bleiben und blockierten enttäuscht den Straßenraum.⁶³ Für die Veranstalter war klar, dass es so nicht weitergehen konnte, sollte den Behörden nicht der Vorwand gegeben werden, die Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen zu untersagen. Also wurden die Bluesmessen von nun an im Schichtbetrieb sowohl in der Samariterkirche als auch in der Auferstehungskirche abgehalten. Mitglieder der Infogruppe geleiteten diejenigen, die nicht mehr in die Samariterkirche passten, über drei Kilometer durch den öffentlichen Stadtraum bis hin zur Friedenstraße. Die Bluesmusiker spielten zunächst in der Samariterkirche, um dann direkt im Anschluss zur Auferstehungskirche zu eilen. Aber auch das erwies sich nicht als praktikabel.⁶⁴ Auf der achten Bluesmesse am 12. September 1980 wurde der Ansturm so groß, dass die Teilnehmer das gemauerte Vorgartengeländer der Samariterkirche eindrückten. Zwar wurde dabei niemand verletzt und der Zaun ein paar Tage darauf durch einige Jugendliche der »Offenen Arbeit« in Eigeninitiative wieder aufgemauert.⁶⁵ Aber die Veranstalter fühlten sich endgültig überfordert. Eppelmann suchte nach einem Ausweg:

»Der organisatorische Aufwand für die Bluesmessen überstieg schließlich die Kräfte der wenigen hauptamtlichen Kirchenmitarbeiter und ihrer etwa vierzig jugendlichen Helfer. Auf Vorschlag meiner Frau bat ich die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg um Unterstützung. Sie sagte Hilfe zu unter der Bedingung, handfest über die Inhalte mit-sprechen zu dürfen. Das erwies sich als Pferdefuß, denn nun griff die

61 Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

62 Ebd.

63 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 114.

64 Siehe Eppelmann, *Gottes doppelte Spur*, S. 103.

65 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 177-180.

Kirchenleitung in die Themen- und Terminplanung ein, wenn diese ihrer Auffassung nach zu viel Sprengstoff enthielt.«⁶⁶

Eppelmann deutet hier an, dass die organisatorische Einbeziehung der Kirchenleitung ein zweischneidiges Schwert war. Sie sicherte zwar den Fortbestand der Bluesmessen, veränderte aber auch deren inhaltliches Profil. So gelang es einerseits, mit der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg einen Ausweichort zu finden, der über ein weitläufiges Freigelände verfügte, auf dem sich die Teilnehmer bereits lange im Vorfeld der Veranstaltung versammeln konnten.⁶⁷ 1983 konnten so bis zu 7000 Menschen an den Bluesmessen teilnehmen, die nun an manchen Tagen bis zu viermal nacheinander in der Erlöserkirche stattfanden. Andererseits verloren die Inhalte der Bluesmessen an politischer Brisanz. Die Kirchenleitung, die bislang nur ihre schützende Hand über die Bluesmessen gehalten hatte, griff nunmehr aktiv in die Inhalte ein und ließ sich die Texte vorab vorlegen. Dabei zielten die Eingriffe nicht nur auf die Vulgärsprache der früheren Bluesmessen, sondern auch auf Themen wie die politischen Entwicklungen in Polen, die keinesfalls angesprochen werden sollten.

Bei den Initiatoren der Bluesmessen überwiegt heute vielfach die Enttäuschung über die weitere Entwicklung der Veranstaltung. Der Kirchenleitung wird vorgeworfen, sie habe die Ergebnisse des Staat-Kirche-Gesprächs von 1978 nicht aufs Spiel setzen wollen und der geplanten Ausrichtung des Kirchentages 1987 in Ost-Berlin alles andere untergeordnet.⁶⁸ Hierfür seien letztlich auch die Bluesmessen »geopfert« worden, die 1986 nach 20 Veranstaltungen mit 48 Durchläufen und insgesamt etwa 50.000 Besuchern relativ sang- und klanglos ausliefen, nachdem zuletzt immer weniger Teilnehmer in die Erlöserkirche gekommen waren. Dirk Moldt kommt zu dem Schluss, dass die Zersetzungstaktik der Stasi letztlich erfolgreich gewesen sei.⁶⁹ Doch müssen weitere Faktoren für das Ende der Bluesmessen berücksichtigt werden: Zum einen hatte die Bluesmusik den Zenit ihrer Beliebtheit überschritten. Nunmehr war unter den unangepassten Jugendlichen in der DDR eher Punk angesagt, und beide Musikstile vertrugen sich nicht sonderlich gut.⁷⁰ Zum ande-

66 Eppelmann, *Gottes doppelte Spur*, S. 108.

67 Siehe Eppelmann, *Teufelszeug im Gotteshaus*, S. 174.

68 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 389.

69 Vgl. ebd., S. 33 u. 387-389.

70 Zwar trat bei einer Bluesmesse 1983 auch einmal eine Punk-Band auf, doch blieb dies eher eine Episode. Laut Wolfgang Müller handelte es sich bei dem Punk-Konzert um einen nicht angemeldeten Auftritt der »Toten Hosen«, der von dem Engländer Mark Reeder (geb. 1958) organisiert worden und das erste Konzert einer

ren hatten sich in Friedrichshain inzwischen andere Ausdrucksformen des öffentlichen Protests entwickelt.⁷¹ Die Bluesmessen hatten ihre Vorreiterrolle als Ersatzöffentlichkeit verloren.

Die Samariterkirche als Friedenskirche

Die Evangelische Kirche bildete im Verlaufe der 1980er Jahre den Ausgangspunkt und ein wichtiges Dach für neue öffentliche Protestformen in der DDR. Hierbei spielte die Samariterkirche in Friedrichshain weiterhin eine herausragende Rolle. Am 25. Januar 1982 veröffentlichte Eppelmann zusammen mit Robert Havemann den »Berliner Appell«. Unter dem Leitmotto »Frieden schaffen ohne Waffen« forderten sie zusammen mit 80 Erstunterzeichnern der Berliner Friedensbewegung und der kirchlichen Jugendarbeit eine Lösung der Friedensfrage, die sie mit der deutschen und europäischen Frage verknüpften.⁷² Der Appell richtete sich dezidiert an die deutsch-deutsche Öffentlichkeit und wurde im Wortlaut in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht.⁷³ Eppelmann wurde daraufhin verhaftet, doch war er inzwischen so prominent, dass er bereits drei Tage später freigelassen wurde. Die Einbeziehung der westlichen Medien hatte sich erneut als sinnvoller Schutz für öffentliche Protestaktionen erwiesen.⁷⁴

In der Folge des »Berliner Appells« entstand an der Samariterkirche ein Friedenskreis. Für Eppelmann war dies »die logische inhaltliche Weiterführung der Bluesmessen«.⁷⁵ Die Friedenskreise boten eine neue Möglichkeit, um sich zu versammeln. Zum Teil trafen sich hier dieselben Besucher wie zuvor bei den Bluesmessen, von denen einige wegen der »Sprechverbote« der Kirchenleitung zunehmend enttäuscht waren.

West-Punk-Band in der DDR gewesen sei. Vgl. Müller, *Subkultur Westberlin*, S. 83. Zur Punk-Musik in der DDR vgl. einleitend Roland Galenza, *Zwischen »Plan« und »Planlos«*. Punk in Deutschland, in: *Rock! Jugend und Musik in Deutschland*. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, hg. v. der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 97-103.

71 Vgl. Winter, *Die Ostberliner Bluesmessen*, S. 170.

72 Vgl. Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 408 f.

73 *Frankfurter Rundschau*, 9. Februar 1982.

74 Allerdings wurde Eppelmann im Nachgang des »Berliner Appells« von der Kirchenleitung diszipliniert und zur Zurückhaltung aufgefordert. Vgl. Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 411.

75 Eppelmann, *Teufelszeug im Gotteshaus*, S. 180.

Die kritische Öffentlichkeit zog weiter.⁷⁶ Der Friedenskreis organisierte regelmäßig Veranstaltungen während der Friedensdekaden und ging Friedenspartnerschaften mit Kirchengemeinden in NATO-Ländern ein, etwa mit der St. Salvatorus-Gemeinde in Geesthacht (Bundesrepublik), mit der Ev.-Luth. Amot-Gemeinde in Rena (Norwegen) und mit der Trinity Lutheran Church New Jersey (USA). Gegenseitig nahmen sich die Gemeinden ein Friedensversprechen ab und vereinbarten, sich gegenseitig zu besuchen – was in den ersten Jahren freilich eher einseitig bleiben musste.⁷⁷

1984 beteiligten sich die westlichen Partnergemeinden auch an der Festwoche zum 90-jährigen Bestehen der Samaritergemeinde. Vom 20. bis zum 28. Oktober 1984 gab es ein umfangreiches Festprogramm, das unter anderem eine Festpredigt von Bischof Gottfried Forck (1923-1996) und einen Jugendgottesdienst mit Gospel, Blues und Spirituals umfasste. Für die Veranstaltungen der Festwoche warb ein Plakat, das zuvor die staatliche Druckgenehmigung zu durchlaufen hatte. Der erste Entwurf mit dem Symbol »Schwerter zu Pflugscharen« war vom zuständigen Rat für Inneres und dem Sekretariat für Kirchenfragen beim Rat des Stadtbezirks Friedrichshain abgelehnt worden.⁷⁸ Auf der Vorderseite des gedruckten Plakats prangte schließlich jedoch ein Foto, das nicht minder provokativ war (Abb. 17).⁷⁹ Es zeigte die Samariterkirche im Jahre 1896, als sie noch allein auf weiter Flur stand.⁸⁰ 88 Jahre später barg das historische Foto eine besondere Symbolik: Es demonstrierte nicht nur, dass die Kirche als Erstes da gewesen war, sondern stand zugleich dafür, dass die Kirche trotz aller Widrigkeiten immer noch da stand und inmitten der DDR-Hauptstadt über dem Friedrichshainer Häusermeer thronte. Die Samariterkirche präsentierte sich als Trutzburg des friedlichen Widerstands.⁸¹

76 Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

77 Siehe Schulz, *Gegenwartshistorische Analyse zur Rolle von einzelnen Kirchengemeinden*, S. 84.

78 Siehe ebd., S. 89 f.

79 Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

80 Die Kirche war zwei Jahre zuvor unter anderem zum Zwecke der Terrainerschließung auf dem damals noch unbebauten Gebiet nördlich der Großen Frankfurter Straße errichtet worden. Vgl. Feustel, *Turmkreuze über Hinterhäusern*, S. 52.

81 Dazu passte auch der umseitige Hinweis auf Pfarrer Wilhelm Harnisch (1887-1960), der von 1931 bis 1953 Pfarrer an der Samariterkirche war und sich über drei politische Systeme hinweg durch sein Engagement für Erwerbslose und politisch Verfolgte auszeichnete. Als Mitglied der Bekennenden Kirche musste er im Nationalsozialismus über 60 Verhöre erdulden. Vgl. Lorraine Bluche/Dirk Moldt, *Das Samariterviertel*, in: Martin Düspohl (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 62-73, hier S. 70-72.



Abb. 17: Plakat der Festwoche zum 90-jährigen Bestehen der Samariterkirche (1984)

Die Samaritergemeinde wandte sich Mitte der 1980er Jahre noch in anderer Hinsicht dem eigenen Kiez zu. Eigenverantwortlich bemühte sich die Gemeinde um die Verschönerung des öffentlichen Straßenraums und pflanzte hierfür Bäume in der grauen Samariterstraße. Dem war ein jahrelanger Kampf mit dem Bezirksamt vorausgegangen, das der Aktion schließlich nur unter der Bedingung zustimmte, dass sich die Ost-CDU mitbeteiligen würde. So konnte es schließlich offiziell heißen, die CDU habe die Bäume unter Mitwirkung der Kirchengemeinde gepflanzt. Die Blockpartei half, den Schein zu wahren. Als aber die Gemeinde in einer

anderen Aktion den ganzen Straßenmüll der Samariterstraße aufsammlte und die Müllsäcke demonstrativ auf dem Kirchengelände ausstellte, schritt der Stadtbezirk umgehend ein.⁸² Solche Aktionen, die die Umweltbelastungen in der DDR hervorhoben, bildeten für die Behörden immer dann ein Problem, wenn sie sich gezielt an die Öffentlichkeit richteten.⁸³ Genau das aber war das Ziel des Arbeitskreises Ökologie, der als Untergruppe des Friedenskreises an der Samariterkirche entstanden war und 1987 in dessen Informationsblatt *aktuell* auf sich aufmerksam machte. Die fünfseitige Broschüre trug zwar den Vermerk: »nur zum innerkirchlichen Gebrauch«, war aber gleichwohl als Gegenöffentlichkeit zur offiziellen Presse gedacht.⁸⁴

Die Samariterkirche entwickelte sich zusehends zu einem Zentrum der kritischen Öffentlichkeit. 1986 fand in der Kirche unter dem Titel »wort und werk« eine erste große Gesamtschau ostdeutscher Alternativkunst statt.⁸⁵ Im Jahr darauf folgten unter anderem ein Alt-Berliner Abend, auf dem Lutz Rathenow (geb. 1952) und Harald Hauswald (geb. 1954) ihren ungeschminkten Band »Berliner Ansichten« vorstellten, und eine kritische »Woyzeck«-Aufführung des Hoftheaters Prenzlauer Berg sowie Liederabende des oppositionellen Künstlers Stephan Krawczyk (geb. 1955).⁸⁶ Doch stand die Samariterkirche nicht allein im Zentrum der kirchlichen Ersatzöffentlichkeit in Friedrichshain. So wurden 1982 in der Bartholomäus-Gemeinde auf Initiative des Physikers Bernd Kanter eine Friedensbibliothek und ein Anti-Kriegsmuseum eingerichtet, die mit Wanderausstellungen auf sich aufmerksam machten und bis 1989 ohne staatliche Bevormundung auskamen.⁸⁷ In der Pfingstkirche am Kotikowplatz entstand aus der »Offenen Jugendarbeit« die Gruppe »Kirche von Unten« (KvU), die im Juni 1987 einen »Kirchentag von Unten« durchführte, der parallel zum offiziellen Kirchentag in Ost-Berlin stattfand und weit über Friedrichshain hinaus ausstrahlte.⁸⁸

82 Gespräch mit Rainer Eppelmann (22.4.2015).

83 Vgl. Julia Elizabeth Ault, *Saving East Germany's Nature. The Struggle between Socialist Environmentalism and Independent Activism, 1968-1990*, Diss.: University of North Carolina, Chapel Hill 2015.

84 Abgedruckt in Schulz, *Gegenwartshistorische Analyse zur Rolle von einzelnen Kirchengemeinden*, S. 147.

85 Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 26.

86 Siehe Schulz, *Gegenwartshistorische Analyse zur Rolle von einzelnen Kirchengemeinden*, S. 144.

87 Vgl. Dietlinde Peters, *Das Barnimviertel*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 36-45, hier S. 45.

88 Vgl. Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, S. 685-690.

Für all diese Formen oppositioneller Öffentlichkeit in Ost-Berlin besaßen die Bluesmessen eine »Türöffner-Funktion«.⁸⁹ Mit ihnen hatte sich ein kommunikativer Raum gebildet, der in den 1980er Jahren von immer weiteren Initiativen ausgefüllt wurde. Junge Menschen in Basisgruppen, die einst die Bluesmessen besucht hatten, reklamierten die Kirche als öffentlichen Raum, in dem das freie Wort und der friedfertige Diskurs eingeübt werden konnten.⁹⁰ Dieser öffentliche Raum diente als Ersatz für die mediale Öffentlichkeit, die in der DDR von Staat und Partei besetzt gehalten wurden. Es erscheint daher gerechtfertigt, von den Bluesmessen und den auf sie folgenden kirchlichen Initiativen als Ersatzöffentlichkeit zu sprechen. Dabei führten die Bluesmessen *nicht* unmittelbar zur friedlichen Revolution von 1989. Das Format der Veranstaltung hatte sich bereits 1986 überlebt. Die Bluesmessen hatten jedoch den Kirchenraum als Raum für öffentlichen Protest etabliert, der für die Opposition am Ende der DDR einen wichtigen Handlungsrahmen bot. Sie führten mit dazu, dass sich in den Ost-Berliner Altbaugebieten eine oppositionelle Szene bildete und zusammenfand, die beim Zusammenbruch der SED-Herrschaft eine zentrale Rolle spielte. Einige der hier entstandenen Strukturen sollten sich auch nach dem Mauerfall noch als wirkmächtig erweisen. So gehörte die »Kirche von Unten« im Frühjahr 1990 zu den Mitinitiatoren der Hausbesetzungen in der Mainzer Straße.⁹¹ Darüber hinaus verlieh die quantitativ stets überschaubare oppositionelle Szene den Ost-Berliner Altbauquartieren eine Aura nonkonformer Urbanität, die nach 1990 zu den symbolischen Grundlagen der Gentrifizierung in Friedrichshain und Prenzlauer Berg gehörte. Die Ästhetik des Widerstands hatte die Altbauten schick gemacht, lange bevor sie saniert wurden.

89 Vgl. Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung*, S. 390.

90 Vgl. ebd., S. 386; Eckert, *Grundelemente der kommunistischen Diktatur in Deutschland*, S. 28.

91 Siehe hierzu ausführlich S. 317-326.

Zwischenfazit II

In der Evangelischen Kirche in Friedrichshain und Kreuzberg überwogen lange Zeit die Gemeinsamkeiten. Entstanden im Kontext der Hochurbanisierung um 1900, dienten die Kirchen zunächst als konservative Inseln inmitten des proletarischen Berliner Ostens und waren steinerner Ausdruck der »Allianz von Thron und Altar«. Nach 1945 veränderte sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat grundlegend, wenn auch im Osten in weit deutlicherem Maße als im Westen. Die evangelischen Kirchengemeinden in Friedrichshain und Kreuzberg nahmen nunmehr eine weitaus staatskritischere Position ein. Zugleich standen sie vor ähnlichen Herausforderungen. Diese bezogen sich sowohl auf den innerkirchlichen Bereich, der durch eine massive Entkirchlichung geprägt war, als auch auf das städtische Umfeld, das von tiefgreifenden sozialen Transformationsprozessen durchzogen wurde. Die Kirchen reagierten auf diese Herausforderungen, indem sie auf Grundlage einer human orientierten, kritischen Theologie den Schwerpunkt auf die diakonische Arbeit im Stadtteil legten. Im Zentrum dieser Gemeinwesenarbeit standen diejenigen, die in den Transformationsprozessen sozial desintegriert wurden, vor allem Jugendliche und alte Leute. Die Kirche, die selber randständig geworden war, kümmerte sich verstärkt um die Menschen am Rande der Gesellschaft.

Da das soziale Engagement der Kirchen ihre ökonomischen Ressourcen und ihren politischen Einfluss deutlich überstieg, besann sich die Evangelische Kirche in Ost und West auf ihren speziellen Öffentlichkeitsauftrag. Sie erfand sich als Agent der Zivilgesellschaft neu und schuf Räume einer kritischen Öffentlichkeit, die sich gegen die Gestaltungsansprüche der jeweiligen kommunalen und staatlichen Akteure richtete. Hierfür herrschten in Friedrichshain und Kreuzberg sehr verschiedene Bedingungen. Während in Friedrichshain in zähem Ringen mit den Organen der SED-Diktatur nur unter dem Dach der Kirche eine begrenzte kritische Öffentlichkeit entstehen konnte, da die Kirche die einzige unabhängige gesellschaftliche Institution in der DDR war, gelang es der Evangelischen Kirche in Kreuzberg, viel stärker in die gesamte städtische Gesellschaft zu wirken und eine kritische *Kiezöffentlichkeit* anzustoßen, die schließlich einen maßgeblichen Einfluss auf die Stadtentwicklung errang. Diese Kiezöffentlichkeit ging über eine Gegenöffentlichkeit hinaus, denn zum einen wurde sie in Kreuzberg selber hegemonial und zum anderen band sie nicht zuletzt auf Initiative der Kirche meist auch die staatlichen Stellen mit ein. In Friedrichshain entwickelte sich durch das

ZWISCHENFAZIT II

Engagement der Kirche dagegen eine kritische *Ersatzöffentlichkeit*, die als Alternative zur staatlich kontrollierten Versammlungs- und Medienöffentlichkeit auf lange Sicht wichtige Voraussetzungen für die friedliche Revolution von 1989 schuf, indem sie kommunikative Freiräume für oppositionelle Aktivitäten bot.

Die kirchlichen Öffentlichkeiten in Friedrichshain und Kreuzberg fokussierten auf verschiedene Themen von unterschiedlicher gesellschaftlicher Tragweite. Die Kreuzberger Kiezöffentlichkeit befasste sich vor allem mit der *Stadt*, wenngleich deren Erneuerung nicht selten im Zusammenhang mit grundsätzlichen gesamtgesellschaftlichen Fragen gesehen wurde. Dagegen richtete sich die kirchliche Ersatzöffentlichkeit in Friedrichshain vor allem gegen den *Staat*, wobei die Initiativen der Kirche notgedrungen meist einen eher lokalen Radius besaßen und auf konkrete Maßnahmen vor Ort abzielten. Die Herausbildung der kirchlichen Öffentlichkeiten folgte in Ost und West zudem anderen Konjunkturen. Während die Hochzeit des kirchlichen Engagements für die Stadtentwicklung in Kreuzberg bereits in den 1970er Jahren lag und die Evangelische Kirche hier später eher eine vermittelnde Rolle im West-Berliner Häuserkampf einnahm, fand die kritische Öffentlichkeit unter dem Dach der Kirche in Friedrichshain ihren Höhepunkt erst in den 1980er Jahren. Beiden Öffentlichkeiten ist jedoch gemein, dass sie Transformationsprozesse anstießen, die sich im späteren Verlauf ein Stück weit von ihren kirchlichen Ursprüngen loslösten und breitere gesellschaftliche Kreise erfassten. In beiden Stadtteilen stieß das kritische Wirken der evangelischen Kirchen, das stets vom Engagement einzelner Pfarrer abhing, zudem auf innerkirchliche Widerstände und führte nicht zwangsläufig zu einer Trendwende im Prozess der Entkirchlichung. Insofern ging der öffentliche Bedeutungsgewinn der Kirche durchaus mit einer fortschreitenden Säkularisierung einher, zumal wenn man hierunter eine stärkere Öffnung der Kirche gegenüber der Welt versteht.

Bemerkenswert ist schließlich, dass sich zwischen den dargestellten Kirchengemeinden in Friedrichshain und Kreuzberg kaum Verflechtungen ausmachen lassen. Der Mauerbau hatte die Gemeinden getrennt, auch wenn die Verbindungen zunächst oft noch demonstrativ aufrechterhalten wurden. Sie verfügten üblicherweise über Partnergemeinden im anderen Deutschland, aber meist nicht direkt auf der anderen Seite der Mauer. Es lässt sich feststellen, dass die neuen kirchlichen Öffentlichkeiten in Friedrichshain und Kreuzberg die Grenze meist nicht überschritten, sondern weitestgehend auf ihren Teil der Stadt begrenzt blieben. Das lag nicht zuletzt daran, dass sich die Themenfelder der kirchlichen Öffentlichkeiten in den 1970er und 1980er Jahren in sehr verschiedene

ZWISCHENFAZIT II

Richtungen entwickelt hatten. Es machte einen Unterschied, ob sich Kirchenvertreter innerhalb einer demokratisch verfassten Gesellschaft um mehr Mitbestimmung und Behutsamkeit bei der Stadterneuerung bemühten, oder ob sie im Schutzraum der Kirche die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung gewährten und damit das herrschende Gesellschaftssystem herausforderten. So überwog nach dem Mauerfall zwar zunächst die Euphorie über die wiedergewonnene Einheit, doch wuchsen die Kirchengemeinden, die 1961 geteilt worden waren, in der Folgezeit nicht zusammen. Knapp drei Jahrzehnte der Trennung wogen oft schwerer als die lange gemeinsame Vorgeschichte.¹

1 So verblieben die östlichen Teile der St. Thomas-Gemeinde bei St. Petri-Marien. Am deutlichsten wird die Entfremdung jedoch am Beispiel der katholischen St. Michael-Gemeinde, die 1961 ebenfalls zwischen Kreuzberg und Mitte getrennt worden war. Aufgrund der Unvereinbarkeit im geistlichen und weltlichen Gemeindestil scheiterte die Fusion von St. Michael nach der Wende. Beide Gemeinden schlossen sich schließlich anderen katholischen Gemeinden an: St. Michael (Ost) der Gemeinde St. Hedwig im Ostteil der Stadt; St. Michael (West) der Gemeinde St. Marien-Liebfrauen in Kreuzberg. Vgl. Duntze, *Der Luisenstädtische Kanal*, S. 298 f.; Wesner, *Kreuzberg und seine Gotteshäuser*, S. 109.

III. Vergnügen

Vergnügen als konstitutives Feld von Öffentlichkeit und Privatheit

Als Hans Rothfels (1891-1976) im Jahre 1953 den Begriff der Zeitgeschichte als Epoche der Mitlebenden und deren wissenschaftliche Behandlung definierte, hatte er gewiss nicht das Vergnügen im Sinn.¹ Der Gründungsfigur der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung ging es vielmehr um das persönliche Betroffensein von den großen politischen Umwälzungen eines universalen Zeitalters, das für ihn im Jahre 1917 begonnen hatte.² Wenn wir Zeitgeschichte hingegen mit Thomas Lindenberger gleichsam als Epoche der Mithörenden und Mitsehenden verstehen, dann müssen wir auch die Vergnügungskultur in den Blick nehmen.³ Denn im audiovisuellen Zeitalter, das etwa zeitgleich mit Rothfels' Epochenzäsur einsetzte, dienten die neuen Massenmedien nicht nur der Vermittlung und Verstärkung politischer Ereignisse und Entwicklungen, sondern vor allem auch der Unterhaltung und dem Vergnügen.

In der Tat erinnern viele Zeitgenossen die jüngere Vergangenheit nicht zuletzt als Lebensgeschichte ihrer eigenen popkulturellen Sozialisation. Der verbreitete Retro-Trend seit den 1990er Jahren ist insofern mehr als nur eine geschickte Vermarktungsstrategie zur Wiederverwertung früherer Moden und Ausdrucksformen.⁴ Er reagiert auch darauf, dass viele Menschen ihre »Zeitheimat«⁵ nicht allein an politischen Erfahrungen oder sozialen Errungenschaften festmachen, sondern auch an lebenslang prägenden Unterhaltungsangeboten und ihrer popkulturellen Sozialisation.⁶ Dies gilt in besonderem Maße für die zweite Hälfte des 20. Jahr-

1 Das nachfolgende Kapitel basiert in Teilen auf: Hanno Hochmuth, Vergnügen in der Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (2012) B 1-3, S. 33-38.

2 Vgl. Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953) H. 1, S. 1-8.

3 Vgl. Thomas Lindenberger, *Vergangenes Hören und Sehen. Zeitgeschichte und ihre Herausforderung durch die audiovisuellen Medien*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004) H. 1, S. 72-85, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4586>.

4 Vgl. Simon Reynolds, *Retromania. Pop Culture's Addiction to its Own Past*, London 2011.

5 Von der »Zeitheimat« hat zuerst der Schriftsteller W.G. Sebald gesprochen, um ein Gefühl zeitlicher Zugehörigkeit zum Ausdruck zu bringen. Heinz Bude hat den Gedanken aufgegriffen und definiert »Zeitheimat« als Ausdruck eines »Generationsgefühls, das in Ansehung von unbewegten und bewegten Bildern evoziert wird«. Zitiert in: Ulrike Jureit, *Generationenforschung*, Göttingen 2006, S. 7.

6 Grundlegend zur Popgeschichte vgl. Alexa Geisthövel/Bodo Mrozek (Hg.), *Popgeschichte. Band 1: Konzepte und Methoden*, Bielefeld 2014.

hunderts, in der die moderne Massen- und Vergnügungskultur ihren endgültigen Durchbruch errang und den Alltag der meisten Menschen nachhaltig prägte. Nachdem sich die zeithistorische Forschung aus guten Gründen zunächst vorrangig mit den Schattenseiten der deutschen Geschichte beschäftigt hat, wird inzwischen auch das Vergnügen, das zuvor eher in anderen Disziplinen wie der Kulturanthropologie, der Medien- und Literaturwissenschaft und den Cultural Studies untersucht wurde, als Forschungsgegenstand erschlossen.⁷ Eine Zeitgeschichte des Vergnügens darf jedoch nicht mit apologetischer Schönfärberei verwechselt werden; Vergnügen war vielmehr ebenso den Herrschaftsstrukturen unterworfen, wie es zu deren Veränderung beitragen konnte.

Die Frage nach dem Vergnügen in der Zeitgeschichte ist jedoch mit einigen Schwierigkeiten verbunden. So handelt es sich beim Begriff »Vergnügen« zunächst einmal um eine affektive subjektive Rezeptionshaltung, also um einen eher flüchtigen Moment, dem mit den gängigen geschichtswissenschaftlichen Methoden nur schwer beizukommen ist.⁸ Vergnügen ist insofern ein aktiver Prozess, der am besten in der reflexiven Verbform »sich vergnügen« zum Ausdruck kommt. Dies gilt gleichermaßen für ein ganzes semantisches Feld von verwandten Begriffen, die alle mehr oder weniger das Gleiche meinen können: unterhalten, feiern, amüsieren, entspannen. Das Problem an diesen Tätigkeits- und Gefühlsumschreibungen ist jedoch, dass sie auf den ersten Blick eine anthropologische Unveränderlichkeit suggerieren. Eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung des Vergnügens muss jedoch vor allem nach dem Wandel des Vergnügens fragen. Das Vergnügen muss historisiert werden.

Ergänzend zum Begriff des Vergnügens soll daher im Folgenden auch von »Vergnügungskultur« die Rede sein, um so den jeweiligen historischen Ort des Vergnügens genauer zu bestimmen. Doch auch im Hinblick auf den Begriff »Vergnügungskultur« gibt es mehrere Bezeichnungen, die häufig synonym gebraucht werden.⁹ Dies gilt etwa für den Begriff »Freizeitkultur«. Er betont den Aspekt der Freizeit und damit eine wichtige Voraussetzung, um sich jenseits der Arbeitswelt zu vergnügen, klammert jedoch aus, dass Vergnügen für viele Anbieter der modernen

7 Für die kulturanthropologische Forschung vgl. v. a. Kaspar Maase, *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970*, Frankfurt a. M. 1997. Einführend zu den Cultural Studies vgl. Jan Engelmann (Hg.), *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader*, Frankfurt a. M./New York 1999.

8 Vgl. Richard Dyer, *Only Entertainment*, London/New York 2002², S. 1-9.

9 Zum Begriffsfeld vgl. Hans-Otto Hügel (Hg.), *Handbuch Populäre Kultur. Begriffe, Theorien und Diskussionen*, Stuttgart/Weimar 2003, v. a. S. 23-90.

Unterhaltungsindustrie auch Arbeit und Broterwerb bedeutet. Der Begriff »Massenkultur« akzentuiert die enorme Verbreitung der Vergnügungsangebote im 20. Jahrhundert, schleppt jedoch in gewisser Hinsicht immer noch den »Schund«-Diskurs mit sich, den die bürgerlichen Eliten zur Delegitimierung der »Massendemokratie« führten.¹⁰ »Populärkultur« wird meist ähnlich verwendet und bezeichnet nach Kaspar Maase die »verbreitete und im Gegensatz zur Hochkultur eingeordnete kommerzielle Kunst und Unterhaltung«. ¹¹ In dieser Abgrenzung zur so genannten »ernsthaften« Kunst liegt allerdings das Problem, dass »Populärkultur« genau wie der Begriff »Unterhaltung« eine binäre Kategorie darstellt, die den konstruierten, bürgerlichen Gegensatz von »U- und E-Kultur« ungewollt perpetuiert. Demgegenüber ist »Vergnügungskultur« ein offenerer Begriff, der zudem nicht nur die leichter fassbare Angebotsseite betont, sondern auch die Praktiken und die Rezeption des Vergnügens in den Blick nimmt.

Vergnügungskultur wird hier als die Summe dessen verstanden, was zu einer bestimmten Zeit als Vergnügen angeboten, praktiziert und wahrgenommen wurde. Dabei zielte die Vergnügungskultur meist auf kommerziellen Erfolg und richtete sich an ein breites Publikum, das sich die unterhaltsamen Angebote auf eigensinnige Weise aneignete. Vergnügungskultur war und ist in der Regel öffentlich zugänglich, umfassend verfügbar und häufig Gegenstand politischer Vereinnahmung, Kontrolle oder Ablehnung.¹² Im Folgenden sollen nun einige Perspektiven auf die öffentliche, private und politische Dimension des Vergnügens im

10 Vgl. Kaspar Maase, Was macht Populärkultur politisch?, Wiesbaden 2010, S. 79-III.

11 Ebd., S. 79.

12 Diese Definition basiert auf Tobias Becker/Johanna Niedbalski, Die Metropole der tausend Freuden. Stadt und Vergnügungskultur um 1900, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 7-20, hier S. 13-15. Den Herausgebern und Autoren des zitierten Bandes geht es um die konsequente Verräumlichung des Vergnügens im Sinne des *spatial turn*. So werden einzelne Orte, Räume und Schauplätze des metropolitanen Vergnügens in den Blick genommen, mit anderen Stadtvierteln, Städten oder Metropolen verglichen und auf Transferbeziehungen untersucht. Paul Nolte definiert Vergnügungskultur als »Handlungsfelder und Institutionen, die sich in der modernen Großstadt am Ende des 19. Jahrhunderts herausbildeten und verdichteten mit dem primären Zweck der Unterhaltung, der Belustigung, des Vergnügens ihrer Kunden bzw. ihres Publikums; häufig oder sogar typischerweise in kommerziellen Formen«. Paul Nolte, Verdoppelte Modernität. Metropolen und Netzwerke der Vergnügungskultur um 1900, in: Ders. (Hg.), Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte, Inszenierungen, Netzwerke (1880-1930), Köln u. a. 2016, S. 1-II, hier S. 4.

20. Jahrhundert diskutiert werden, da es sich bei der Vergnügungskultur um ein konstitutives Feld von Öffentlichkeit und Privatheit handelt.

Öffentliches Vergnügen

Die moderne Vergnügungskultur entstand um 1900. Neben ältere Orte des Vergnügens wie Wirtshäuser, Sommergärten und Theater traten nun neue Angebote wie Tanzpaläste, Vergnügungsparks und vor allem das Kino.¹³ Während der »langen Jahrhundertwende«¹⁴ von der Gründerzeit bis in die Weimarer Republik erlebte das Vergnügen eine beispiellose Expansion. Dabei handelte es sich in erster Linie um ein urbanes Vergnügen, denn die moderne Vergnügungskultur entstand zunächst in den Großstädten und verwandelte diese mitunter erst in Metropolen. Die beiden zentralen Voraussetzungen hierfür waren die Urbanisierung sowie die Ausdehnung und Abtrennung der Freizeit von der Arbeitszeit, die eine neuartige Unterhaltungsindustrie entstehen ließen. Die Geschichte des Vergnügens liefert insofern auch einen Beitrag zur Geschichte der Arbeit.¹⁵

Das urbane Vergnügen war um die Jahrhundertwende zumeist ein *öffentliches* Vergnügen, denn wer die vielfältigen neuen Unterhaltungsangebote genießen wollte, musste sich in der Regel heraus aus dem privaten Bereich und hinein in den öffentlichen Raum der Stadt begeben.¹⁶ Zu den öffentlichen Vergnügungsorten zählten etwa Kneipen und Biergärten, Straßen- und Hoffeste, Konzert- und Sportveranstaltungen, Paraden und Straßenumzüge sowie Rummelplätze und Vergnügungsparks. Die moderne Vergnügungskultur war jedoch nicht nur ein Resultat der rasanten Verstädterung um 1900, sondern griff die Erfahrungen der Bewohner auf und thematisierte öffentlich das neuartige Leben in der Großstadt, das für die vielen Zugezogenen ungewohnt war und sie vor große Herausforderungen stellte. Durch diese »Re-Inszenierung der

13 Vgl. Karl Christian Führer, Auf dem Weg zur »Massenkultur«? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift* 262 (1996), S. 739-781.

14 Vgl. August Nitschke u. a. (Hg.), *Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880-1930*, 2 Bde., Reinbek bei Hamburg 1990; Paul Nolte, 1900. Das Ende des 19. Jahrhunderts und der Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 47 (1996), S. 281-300.

15 Vgl. Uebel, *Viel Vergnügen*, S. 7.

16 Vgl. ebd., S. 7-9.

Großstadterfahrung«¹⁷ trug die großstädtische Vergnügungskultur zur »inneren Urbanisierung« bei.¹⁸

Ein sozialhistorisch bedeutsamer Aspekt der modernen Vergnügungskultur, der sich um die Jahrhundertwende herauszubilden begann, war das egalisierende Potential des modernen großstädtischen Vergnügens. Die Vergnügungsorte stellten einen öffentlichen Raum dar, in dem verschiedene soziale Schichten relativ konfliktfrei zusammenkommen konnten. Dies galt nicht nur für die einschlägigen innerstädtischen Vergnügungsviertel wie die Berliner Friedrichstraße, die sowohl Touristen als auch Besucher aus der ganzen Stadt anzogen, sondern auch für ganz gewöhnliche Wohnbezirke, in denen die sonstige soziale Segregation durch schichtenübergreifende Vergnügungsangebote punktuell überwunden wurde. Dieses »Kiezvergnügen« in der Metropole, zu dem vor allem Kneipen, Theater und Kinos gehörten, konnte somit ein Raum der sozialen Begegnung sein und sozialintegrativ wirken.¹⁹ Auf der anderen Seite gab es jedoch auch Vergnügungsorte, die die sozialen Trennlinien abbildeten und reproduzierten.²⁰ Pierre Bourdieu hat prägnant hervorgehoben, dass beim Konsum von Unterhaltungsangeboten ganz besonders auf die »feinen Unterschiede« geachtet wurde.²¹ Dass das Vergnügen umgekehrt aber auch zur Nivellierung sozialer Ungleichheit und zur Integration vieler Minderheiten und Migranten beigetragen hat, ist dagegen eine neu formulierte Erkenntnis der Metropolenforschung.²² Die moderne Vergnügungskultur diente also sowohl der Distinktion als auch der sozialen Integration.²³

Beim öffentlichen Vergnügen um die Jahrhundertwende handelte es sich in vielen Fällen um Freilichtvergnügen. Hierzu zählten die zahlreichen Sportveranstaltungen unter freiem Himmel, die vielen Bier- und Sommergärten sowie die regelmäßigen Hof- und Straßenfeste. Ein gro-

17 Nolte, Verdoppelte Modernität, S. 8.

18 Das Konzept der »inneren Urbanisierung« geht zurück auf Gottfried Korff, Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berliner Notizen zur »inneren« Urbanisierung, in: Theodor Kohlmann/Hermann Bausinger (Hg.), Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung, Berlin 1985, S. 343-361.

19 Siehe hierzu ausführlich S. 260-274.

20 Vgl. Hochmuth/Niedbalski, Kiezvergnügen in der Metropole.

21 Vgl. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M. 1982.

22 Vgl. Peter Jelavich, Wie »jüdisch« war das Theater im Berlin der Jahrhundertwende?, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 87-104.

23 Vgl. Paul Nolte, Ausblick, in: Daniel Morat u. a., Weltstadtvergnügen. Berlin 1880-1930, Göttingen 2016, S. 235 f.

ßer Teil dieser Vergnügungen hat im Laufe des 20. Jahrhunderts jedoch seinen Charakter gewandelt oder ist gänzlich verschwunden. Das gilt etwa für die traditionellen Volksfeste oder für die klassischen Vergnügungsparks in den Großstädten, die zur Jahrhundertmitte in eine große Krise gerieten und als Themen- und Erlebnisparks auf dem Lande wiedererfunden wurden.²⁴ Dies verweist auf den anhaltenden Trend zur Erlebnisorientierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von dem nicht nur etablierte Vergnügungsorte wie das Kino (Lasershows) oder das Fußballstadion (Fankultur) erfasst wurden, sondern auch vormals streng bürgerliche Bildungsinstitutionen wie das Museum (Lange Nacht der Museen) oder das Symphonieorchester (Klassik Open Air), die sich der modernen Eventkultur geöffnet haben und damit selbst öffentliche Orte des populären Vergnügens geworden sind.²⁵

Privates Vergnügen

Der wichtigste Trend in der Zeitgeschichte der Vergnügungskultur war die zunehmende Verhäuslichung des Vergnügens zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hierzu trugen vor allem das Radio und das Fernsehen, aber auch die neuen privaten Abspielmöglichkeiten für unterschiedliche Ton- und Bildträger bei.²⁶ Damit expandierte das Vergnügen ins Private und fand seinen Raum in den eigenen vier Wänden. Das private Vergnügen war dabei nicht nur den neuen audiovisuellen Massenmedien, der Ausdehnung der Freizeit und der gestiegenen Kaufkraft geschuldet, sondern auch dem urbanisierten Leben in der Großstadt. Denn erst die Stadt bot die Voraussetzung zu einer Entfaltung von Öffentlichkeit und Privatheit auch im Bereich des Vergnügens.²⁷ Umgekehrt wirkte der private Konsum der Massenmedien auch zurück auf das Land. An der »inneren Urbanisierung« der Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte im Verlaufe des 20. Jahrhunderts hatte das private Ver-

24 Vgl. Sacha Szabo (Hg.), *Kultur des Vergnügens. Kirmes und Freizeitparks – Schau-
steller und Fahrgeschäfte. Facetten nicht-alltäglicher Orte*, Bielefeld 2009.

25 Vgl. Winfried Gebhardt, *Gemeinschaften ohne Gemeinschaft. Über situative
Event-Vergemeinschaftung*, in: Ronald Hitzler/Anne Honer/Michaela Pfaden-
hauer (Hg.), *Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische
Erkundungen*, Wiesbaden 2008, S. 202-213.

26 Vgl. Bodo Mrozek, *Verhaltenslehren des Vergnügens. Zur Zeitgeschichte der Party*,
in: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 9 (2015) H. 4, S. 20-30.

27 Vgl. Bahrdt, *Die moderne Großstadt*.

gnügen einen großen Anteil, indem es auch auf dem Land die Trennung von öffentlichem Raum und Privatsphäre beförderte.²⁸

Die Kehrseite der zunehmenden Verhäuslichung des Vergnügens war der partielle Niedergang öffentlicher Vergnügungsorte. Das markanteste Beispiel hierfür ist das Kinosterben, das in der Bundesrepublik zu dem Zeitpunkt einsetzte, als das Fernsehen seit etwa 1957 seinen Siegeszug durch die deutschen Wohnzimmer antrat.²⁹ Nur in Berlin wurde der Niedergang des Kinos ein wenig aufgehalten, weil die West-Berliner Grenzkinos in der Zeit vor dem Mauerbau 1961 ein wichtiges Schaufenster der Systemkonkurrenz bildeten.³⁰ Zu der Gesamt-Berliner »Verflechtungsgesellschaft«³¹ gehörten in besonderer Weise öffentliche Vergnügungsorte wie das Kino, die von den Zuschauern auf private Weise angeeignet wurden. Die West-Berliner Grenzkinos verbanden somit sowohl den Osten und den Westen als auch Öffentlichkeit und Privatheit. Erst der Bau der Berliner Mauer hielt die ostdeutschen Besucher aus den West-Berliner Kinos fern, womit schlagartig deren ökonomische Basis wegbrach. Noch im Laufe des Jahres 1961 schlossen die meisten West-Berliner Grenzkinos.³²

An die Stelle der Kinos trat nun mehr und mehr das Fernsehen. Dabei galt auch für das Fernsehen wie zuvor schon für das Radio, dass die neuen audiovisuellen Massenmedien zunächst als publizistische Medien konzipiert worden waren, die in erster Linie der Information und kulturellen Bildung und Hebung der Bevölkerung dienen sollten.³³ Genutzt wurden die neuen Medien jedoch vor allem zur Unterhaltung, die für die Mehrzahl der Radio- und Fernsehkonsumenten von Beginn an die Hauptsache darstellte.³⁴ Die Mediengeschichte der Bundesrepublik

28 Zur Konfiguration der industriellen Vorstadt durch die »Massenkultur« vgl. Wolfgang Maderthaner/Lutz Musner, Die Logik der Transgression. Masse, Kultur und Politik im Wiener Fin-de-Siècle, in: Roman Horak u. a. (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne, Bd. 1, Wien 2000, S. 97-168, hier S. 99 f.

29 Vgl. Axel Schildt, Der Beginn des Fernsehzeitalters. Ein neues Massenmedium setzt sich durch, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 477-492.

30 Vgl. Lemke, Vor der Mauer, S. 483-509.

31 Ebd., S. 20.

32 Vgl. Hochmuth, Eine Brücke zwischen Ost und West, S. 200.

33 Vgl. Simone Barck/Christoph Classen/Thomas Heimann, The Fettered Media. Controlling Public Debate, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience, New York u. a. 1999, S. 213-230, hier S. 223.

34 Vgl. Michael Meyen, Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren, Münster 2001; Wolfgang Mühl-Benninghaus, Unterhaltung als Eigensinn. Eine ostdeutsche Mediengeschichte, Frankfurt a. M. 2012.

und letztlich auch der DDR lässt sich mithin als sukzessive Reaktion der Programmverantwortlichen auf den vorherrschenden Publikumsgeschmack beschreiben.³⁵ Beschleunigt durch die Einführung des dualen Rundfunksystems in der Bundesrepublik im Jahre 1984 passten sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dem Wunsch nach Unterhaltung in hohem Maße an. Auch in dieser Hinsicht vollzog sich also eine starke Privatisierung des Vergnügens.

Deutlich wird hieran die Macht der Konsumenten. Dies gilt nicht nur für das Radio und das Fernsehen, sondern auf noch direktere und unmittelbare Weise für die neuen Tonträger der zweiten Jahrhunderthälfte. Die Platzierung in den Charts und die hieraus abgeleiteten Erfolgsaussichten beim Publikum entschieden darüber, was überhaupt produziert wurde.³⁶ Zu Hause wiederum führten neue Abspiel- und Aufnahmegeräte wie Tonbandgeräte, Kassettenrekorder und Walkmans zu einer immer stärkeren Selbstbestimmung der Musikkonsumenten, die nun entscheiden konnten, was sie wann, wo und in welcher Zusammenstellung hören wollten. Mehrere Generationen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs machten auf diese Weise ihre eigenen, nachhaltig prägenden popkulturellen Erfahrungen. Mit dem privaten Vergnügen verbanden sich wiederum neue, stärker öffentlich angelegte Vergnügungsangebote wie Diskos und Rockkonzerte, für die in der Bundesrepublik ein differenzierter Markt entstand, über den nicht zuletzt auch die jugendlichen Konsumenten mit ihrer gestiegenen Kaufkraft entscheiden konnten. Als Kunden gewannen sie eine Macht, die sie bislang nicht besessen hatten. Der neue Massenkonsum von Vergnügungsangeboten hatte insofern auch einen demokratischen Aspekt.³⁷

Politisches Vergnügen

Das Vergnügen im 20. Jahrhundert besaß in mehrfacher Hinsicht eine politische Dimension. Bei der modernen Vergnügungskultur handelt es sich um mehr als nur um ein vopolitisches Konsumphänomen.³⁸ So

35 Vgl. etwa Knut Hickethier, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, unter Mitarbeit von Peter Hoff, Stuttgart/Weimar 1998; Meyen, *Denver Clan und Neues Deutschland*.

36 Vgl. Klaus Nathaus, *Turning Values into Revenue. The Markets and the Field of Popular Music in the US, the UK and West Germany (1940s to 1980s)*, in: *Historical Social Research* 36 (2011) H. 3, S. 136-162.

37 Vgl. Kaspar Maase, *Populärkultur*, S. III.

38 Vgl. Detlef Siegfried, *Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006.

wurde in den Cultural Studies hervorgehoben, dass das populäre Vergnügen für die Konsumenten durchaus einen politischen Charakter besitzt, wenn es in einem widerspenstigen Verhältnis zur hegemonialen Ordnung steht.³⁹ Tatsächlich war das private Vergnügen an Jazz und Rock in der Nachkriegszeit durchaus politisch. Vor allem der Tanz zu den heißen Rhythmen des Rock' n' Roll durchbrach die vorherrschenden Normen von *race*, *class* und *gender* und diente damit der politischen Emanzipation proletarischer Jugendlicher von einer gesellschaftlichen Werteordnung, die trotz des politischen Systemgegensatzes in Ost und West gleichermaßen noch stark in der Vorkriegszeit verwurzelt war.⁴⁰

Die politischen und pädagogischen Eliten der Bundesrepublik und der DDR reagierten auf die neuartige Vergnügungskultur der Nachkriegsjugend zunächst mit den gleichen Ressentiments und bekämpften das populäre Vergnügen als »Schund und Schmutz«, weil es nicht den traditionellen bildungs- wie kleinbürgerlichen Vorstellungen von Kultur und gehobener Unterhaltung entsprach. In der DDR wurden die westlich orientierten juvenilen Vergnügungen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zudem als »ideologische Diversion des Klassenfeindes«⁴¹ gebrandmarkt und somit doppelt politisch aufgeladen.⁴² Dies verweist auf einen Grundzug der Vergnügungskultur im 20. Jahrhundert, der vielfach die Grundlage für deren quellenmäßige Überlieferung bildete: Das Vergnügen wurde stark politisiert, und zwar sowohl durch die rechte als auch durch die linke Kulturkritik. Während das konservative Establishment die populäre Vergnügungskultur bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus als Beleg für die fehlende Reife der breiten Masse und damit als Argument gegen deren politische Partizipation anführte,⁴³ versuchte die linke Kulturkritik im Kontext der Frankfurter Schule zu zeigen, dass die Vergnügungsangebote der modernen kapitalistischen Kulturindustrie

39 Vgl. Rainer Winter, Spielräume des Vergnügens und der Interpretation. Cultural Studies und die kritische Analyse des Populären, in: Jan Engelmann (Hg.), Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader, Frankfurt a.M./New York 1999, S. 35-48, hier S. 41.

40 Vgl. Poiger, Jazz, Rock, and Rebels.

41 Zitiert in: Gunther Holzweissig, Massenmedien in der DDR, in: Jürgen Wilke (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 573-601, hier S. 589.

42 Vgl. Dorothee Wierling, Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 404-425.

43 Vgl. Kaspar Maase, Populärkultur, S. 79-111.

das Bewusstsein und das unabhängige Denken der Konsumenten manipulieren.⁴⁴

In der Tat dienten Vergnügungsangebote im 20. Jahrhundert auch zur politischen Manipulation der Massen. Dies zeigt sich besonders deutlich in der gezielten Indienstnahme unterhaltsamer Genres für Propagandazwecke im Nationalsozialismus.⁴⁵ Im Kalten Krieg wurden Informationsprogramme mit Unterhaltungsangeboten gemischt, um möglichst viele Konsumenten auf der anderen Seite zu erreichen.⁴⁶ Die politische Dimension des Vergnügens in der Zeitgeschichte ging jedoch weit über diesen Aspekt hinaus und vereinte verschiedene Facetten. So konnte das Vergnügen in der DDR sowohl affirmativ als auch subversiv sein.⁴⁷ Es sollte weder ausschließlich als ein Instrument der Manipulation verstanden werden noch allein als Gegenwelt zur Diktatur, welche die Zwänge und Enge der DDR überlebbar werden ließ. Das Vergnügen in der DDR muss vielmehr als integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens begriffen werden.⁴⁸ So gab es staatliche Vergnügungen wie etwa die FDGB-Urlaubsreisen,⁴⁹ die die Bürger für den Staat und die Partei einnehmen sollten, ebenso wie vermeintlich unpolitische Vergnügungen, die einen Freiraum von den vielfältigen Zumutungen der SED bildeten. Zu diesen eskapistischen Vergnügungen in der DDR gehörte neben dem

44 Vgl. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a. M. 1988³³.

45 Vgl. etwa Patrick Merziger, *Nationalsozialistische Satire und »Deutscher Humor«. Politische Bedeutung und Öffentlichkeit populärer Unterhaltung 1931-1945*, Stuttgart 2010.

46 Eine besonders wichtige Rolle im medialen Wettstreit der Systeme spielte der Rundfunk im Amerikanischen Sektor (RIAS). Vgl. hierzu Bernd Stoeber, *Radio mit kalkuliertem Risiko. Der RIAS als US-Sender für die DDR 1946-1961*, in: Klaus Arnold/Christoph Classen (Hg.), *Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR*, Berlin 2004, S. 209-228. Allgemein zur Rolle der Massenmedien in der Systemkonfrontation vgl. Thomas Lindenberger, *Geteilte Welt, geteilter Himmel? Der Kalte Krieg und die Massenmedien in gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive*, in: Klaus Arnold/Christoph Classen (Hg.), *Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR*, Berlin 2004, S. 27-44, sowie die Beiträge in: Thomas Lindenberger (Hg.), *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Köln u. a. 2006.

47 Vgl. Ulrike Häußler/Marcus Merkel, *Wie in der DDR gefeiert, gelacht und gespielt wurde*, in: Dies. (Hg.), *Vergnügen in der DDR*, Berlin 2009, S. 14-18.

48 Vgl. Stefan Zahlmann, *Vergnügen in der DDR. Oder: Unvereinbarkeit als Möglichkeit*, in: Ulrike Häußler/Marcus Merkel (Hg.), *Vergnügen in der DDR*, Berlin 2009, S. 9-13, hier S. 11.

49 Vgl. Andreas Stirn, *Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlaubschiffe 1953-1990*, Berlin 2010.

häufigen Genuss von alkoholischen Getränken⁵⁰ vor allem der Empfang der westlichen Radio- und Fernsehprogramme.⁵¹ Dabei sollte der weit verbreitete Westfernsehkonsum weder als bloße Realitätsflucht noch als widerständiges Verhalten und Ursache für das Scheitern der DDR interpretiert werden.⁵² Der zunächst eher unpolitische Konsum der westlichen Medien konnte trotz seiner starken Politisierung durchaus auch systemstabilisierend wirken.⁵³ Aus demselben Grund importierte das DDR-Fernsehen in den 1980er Jahren auch immer mehr westliche Unterhaltungssendungen.⁵⁴ Im Zweifelsfall sollten die DDR-Bürger den Westen lieber im Fernsehen erleben, als in den Westen ausreisen.

Doch der Empfang westlicher Programme blieb weiterhin ein Politikum. Anhand westlicher Unterhaltungsangebote wurde der Unterschied zwischen Öffentlichkeit und Privatheit in der DDR schon früh erlernt.⁵⁵ Bereits in der Schule achteten Kinder darauf, was sie vom privaten Fernsehkonsum nach außen dringen ließen. Keinesfalls sollten die Lehrer erfahren, dass das Westfernsehen bei ihnen zu Hause nicht unbekannt war. Also schärften viele Eltern ihren Kindern von Beginn an ein, über

50 Vgl. Kochan, *Blauer Würger*.

51 Vgl. Kuschel, *Schwarz Hörer, Schwarzseher und heimliche Leser*; Axel Schildt, *Zwei Staaten – eine Rundfunk- und Fernsehnation*, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 58-71.

52 Vgl. Hanno Hochmuth, *Feindbild und Leitbild. Westfernsehen in der DDR*, in: Martin Aust/Daniel Schönpflug (Hg.), *Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M./New York 2007, S. 271-292.

53 So gab es während der 1980er Jahre im Bezirk Dresden, wo bekanntlich kaum Westfernsehen empfangen werden konnte, mehr Ausreisearträge als überall sonst in der DDR. Stefan Wolle schließt daraus im Umkehrschluss, dass die Möglichkeit zur allabendlichen »geistigen Ausreise« in den übrigen Teilen der DDR durchaus zur inneren Stabilisierung beigetragen haben könnte. Vgl. Stefan Wolle, *Der Traum vom Westen. Wahrnehmungen der bundesdeutschen Gesellschaft in der DDR*, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 195-212, hier S. 200. Zu diesem Aspekt vgl. auch Michael Meyen, *Geistige Grenzgänger. Medien und die deutsche Teilung. Ein Beitrag zur Kommunikationsgeschichte der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte*, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 1 (1999), S. 192-231; Ders., *Kollektive Ausreise? Zur Reichweite ost- und westdeutscher Fernsehprogramme in der DDR*, in: *Publizistik* 47 (2002) H. 2, S. 200-232.

54 Vgl. Wolfgang Mühl-Benninghaus, *Medienpolitische Probleme*, in: Heide Riedel (Hg.), *»Mit uns zieht die neue Zeit ...«. 40 Jahre DDR-Medien*, Berlin 1993, S. 9-20; Franca Wolff, *Glasnost erst kurz vor Sendeschluss. Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985-1989/90)*, Köln 2003, S. 118.

55 Vgl. Dorothee Wierling, *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie*, Berlin 2002, S. 148 f.

die allabendlichen Fernseherfahrungen in der Öffentlichkeit besser Stillschweigen zu wahren, denn schon eine offenherzige Antwort auf die scheinbar harmlose Frage nach der Gestalt des Sandmännchens oder des Sekundensignals der Fernsehuhren erlaubte den Lehrern Rückschlüsse über die mediale Orientierung der Eltern und konnte einige Probleme nach sich ziehen.⁵⁶

Auch in der Bundesrepublik wurden populäre Vergnügungen zunächst noch vielfach politisiert. Jedoch wichen hier die alten anti-amerikanischen Reflexe gegenüber der »westlichen« Vergnügungskultur zunehmend einem offeneren Verhältnis. Neben der politischen Westintegration trug hierzu ebenso die marktwirtschaftliche Entdeckung der jugendlichen Konsumenten als zahlungskräftige und somit ernstzunehmende Käuferschicht populärer Vergnügungsangebote bei. Zudem wurde das deviante Verhalten juveniler Delinquenten, das sich vielfach mit populären Vergnügungen verband, seit den 1960er Jahren zunehmend als alterstypische und lediglich vorübergehende Erscheinung psychologisiert, entkriminalisiert und damit entpolitisiert.⁵⁷ Auf diese Weise wurden die proletarischen Bevölkerungsschichten und ihr Verständnis von populärem Vergnügen gesellschaftlich integriert. Geschmacksunterschiede und Klassengegensätze lösten sich in dem Maße auf, wie bürgerliche Eliten nunmehr begannen, sich selbst auf spielerische Weise populären Vergnügungsangeboten zu öffnen. Insofern trug die Vergnügungskultur in der Bundesrepublik zur breiten Akzeptanz der westlichen Nachkriegsordnung bei.⁵⁸

Seit den 1970er Jahren erfuhr die Vergnügungskultur einen zweiten Boom, der auf den sozio-ökonomischen Boom der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte folgte.⁵⁹ Trotz oder gerade aufgrund der vielfältigen neuen Krisenwahrnehmungen und Enttäuschungen erlebte die Vergnügungskultur – ähnlich wie der Tourismus und der Massenkonsum⁶⁰ – in den darauffolgenden Jahrzehnten eine Expansionsphase, die von der Diversifizierung und Digitalisierung des Vergnügens geprägt war. Dieser Trend hält bis heute an. Das Privatfernsehen, Multimedia und das Internet bilden nicht nur das Ende der »Gutenberg-Galaxis«, sondern stehen

56 Vgl. Kuschel, Schwarzahörer, Schwarzseher und heimliche Leser, S. 9.

57 Vgl. Poiger, Jazz, Rock, and Rebels.

58 Vgl. Kaspar Maase, BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992.

59 Vgl. Konrad H. Jarausch (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

60 Vgl. Sina Fabian, Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970-1990, Göttingen 2016.

zunehmend auch für die tendenzielle Auflösung des Unterschiedes von (immer zahlreicheren) Anbietern und Konsumenten, deren Alltag und Freizeitverhalten sich fundamental verschoben haben.

Der Wandel der Vergnügungskultur im 20. Jahrhundert hat das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit im urbanen Kontext erheblich beeinflusst. Dies soll im Folgenden exemplarisch in einigen ausgewählten Fallstudien untersucht werden, die lediglich einen Ausschnitt der großstädtischen Vergnügungskultur in Friedrichshain und Kreuzberg darstellen. Anhand der Kneipen der Fruchtstraße wird zunächst das traditionelle »Kiezvergnügen« im Berliner Osten während der ersten Jahrhunderthälfte dargestellt, das sich mit der anschließend thematisierten Diversifizierung der Kneipenkultur in Kreuzberg seit den 1960er Jahren deutlich wandelte. Auch die Festkulturen in Kreuzberg und Friedrichshain schlugen in der Nachkriegszeit sehr unterschiedliche Wege ein, was am Beispiel des Kreuzberger Chamissoplatzfestes und des ND-Pressesests im Volkspark Friedrichshain gezeigt werden soll. Die folgenden Fallbeispiele nehmen Bezug auf Straßen und Orte, die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurden, da die urbane Topographie des Vergnügens untrennbar mit den beschriebenen öffentlichen und privaten Räumen in Friedrichshain und Kreuzberg verbunden ist.

Kiezvergnügen: Die Kneipen der Fruchtstraße

Wer sich um 1900 in Berlin amüsieren wollte, musste hierfür nicht unbedingt in die Friedrichstraße fahren. Auch abseits der einschlägigen Vergnügungsviertel in der Berliner Innenstadt gab es ein vielfältiges Unterhaltungsangebot, das sich direkt vor Ort an die Bewohner der kleinbürgerlich-proletarischen Viertel richtete. Dieses »Kiezvergnügen«¹ war ein wesentlicher Bestandteil der Metropolenkultur während der »langen Jahrhundertwende«² von der Gründerzeit bis in die Weimarer Republik. Es prägte die Freizeitgestaltung und das Verständnis von Unterhaltung und Kultur der Masse der Berliner Bevölkerung. Doch war das moderne urbane Vergnügen keine reine »Massenkultur«, denn so wie das Leben in der Mietskaserne war auch die Vergnügungskultur nicht allein von großstädtischer Anonymität gekennzeichnet. Viele Vergnügungseinrichtungen in den Quartieren der einfachen Leute besaßen einen nachbarschaftlich-familiären Charakter und orientierten sich deutlich an den Vorlieben und Bedürfnissen der spezifischen sozial-moralischen Milieus im jeweiligen »Kiez«.³

Dabei gab es zum einen Vergnügungsorte, die das gesamte soziale Spektrum der Bewohner des jeweiligen Viertels in seiner sozialen Heterogenität repräsentierten. Insbesondere Großkinos und Varietés waren Orte der sozialen Begegnung und damit Orte eines lokalen, schichtenübergreifenden Massenvergnügens. Zum anderen gehörten zum Kiezvergnügen auch Vergnügungstätten, welche die sozialen Unterschiede abbildeten und reproduzierten. Hierzu gehörten die meisten Kneipen

1 Die folgende Darstellung zum »Kiezvergnügen« basiert auf einem gemeinsamen Forschungsvorhaben mit Johanna Niedbalski. Vgl. Hanno Hochmuth/Johanna Niedbalski, Kiezvergnügen in der Metropole. Zur sozialen Topographie des Vergnügens im Berliner Osten, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 105-136; Johanna Niedbalski/Hanno Hochmuth, Kiez und Kneipe. Gastgewerbe und Vergnügungskultur im Berliner Osten um 1900, in: Paul Nolte (Hg.), Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte, Inszenierungen, Netzwerke (1880-1930), Köln u. a. 2016, S. 135-160.

2 Vgl. Nolte, 1900. Das Ende des 19. Jahrhunderts und der Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Perspektive.

3 Im Folgenden wird der Begriff »Kiez« in seiner modernen Bedeutung verwendet (siehe S. 166 im vorliegenden Buch), da er in besonderem Maße auch die nachbarschaftliche Dimension zum Ausdruck bringt und überdies im norddeutschen Raum auch synonym für Vergnügungsviertel steht. Der Begriff des »Kiezvergnügens« ist kein zeitgenössischer Ausdruck, sondern ein Kunstwort.

und »Flohkinos« im Kiez. An diesen Orten blieben die einzelnen Schichten weitgehend unter sich, wobei sich die sozialen Unterschiede der Besucher auch auf die Rezeptionshaltung und die Aneignungsformen des jeweiligen Vergnügens auswirken konnten. Beide Tendenzen, sowohl die soziale Inklusion durch das lokale Massenvergnügen als auch die soziale Segregation der Bevölkerung an den Vergnügungsorten, existierten in den Berliner Mietskasernenvierteln bis in die 1930er Jahre hinein parallel und zeitgleich.⁴

Als Teil des Metropolenvergnügens⁵ um 1900 umfasste das Kiezvergnügen auf lokaler Ebene ein ausgesprochen differenziertes Angebot: Hierzu gehörten Restaurants, Cafés und Kneipen, Tanzlokale und Biergärten, Kinos und Theater, Varietés und Konzerte, Zirkusse und Rummelplätze, Straßenumzüge und Hoffeste, Vereins- und Familienfeiern sowie seit Mitte der 1920er Jahre auch das Radio. Die Mehrzahl dieser Vergnügungen war gekennzeichnet durch eine kommerzielle Ausrichtung und eine starke Multifunktionalität. Charakteristisch hierfür war das Gastgewerbe im Kiez, das in seinem sozialen Profil und in seiner vielfältigen Nutzung im Folgenden näher untersucht werden soll.

Die Kneipen-Enqueten der SAG-Vergnügungskommission

Die Kneipen bildeten den zentralen Bestandteil eines urbanen Kiezvergnügens, das es um 1900 in ähnlicher Form in vielen Großstadtquartieren gab. Während die Kneipenkultur anderer Viertel jedoch nur sehr bruchstückhaft überliefert ist und kaum erforscht wurde,⁶ ist das Gastgewerbe des Stralauer Viertels besonders gut dokumentiert. Das liegt vor allem an den zeitgenössischen Untersuchungen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG), die mit ihren ethnographischen Studien einen einzigartigen Quellenfundus zur Alltagsgeschichte des Berliner Ostens hinterlassen hat.⁷ Das Ziel der SAG war es, christlich-evangelikale Maßstäbe des Zusammenlebens zu verbreiten und die ungebildeten Arbeiterinnen und Arbeiter des Berliner Ostens zu kultivieren,

4 Vgl. Hochmuth/Niedbalski, Kiezvergnügen.

5 Vgl. Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), *Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900*, Bielefeld 2011; Paul Nolte (Hg.), *Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte, Inszenierungen, Netzwerke (1880-1930)*, Köln u. a. 2016; Daniel Morat u. a., *Weltstadtvergnügen. Berlin 1880-1930*, Göttingen 2016.

6 Eine Ausnahme bildet Lothar Uebel, *Viel Vergnügen. Die Geschichte der Vergnügungsstätten rund um den Kreuzberg und die Hasenheide*, Berlin 1985.

7 Zur SAG siehe auch S. 123-128.

indem vor allem den jugendlichen proletarischen Bewohnern Angebote gemacht wurden, die ein »sittliches Gemeinschaftsleben« erstrebten. Um die jungen Proletarier erfolgreich abwerben zu können, ließ sich der evangelische Pfarrer Friedrich Sigmund-Schultze (1885-1969) direkt vor Ort nieder und erkundete mit seiner SAG auf empirische Weise das Leben im Stralauer Viertel.⁸ Hierfür wurden mehrere Kommissionen gebildet, die sich jeweils mit wichtigen Lebensbereichen der ansässigen Bevölkerung befassten. Die so genannte »Vergnügungskommission« der SAG sollte das Freizeitverhalten der Arbeiter im Stralauer Viertel erkunden. Hierfür entwarf Friedrich Sigmund-Schultze ein umfangreiches Untersuchungskonzept, das das gesamte Panorama des zeitgenössischen großstädtischen Vergnügens umfasste:

*Konzept der Vergnügungskommission der SAG (vermutlich Ende der 1920er Jahre)*⁹

»A. Lokale

gesellige Lokale: Cafés mit und ohne Musik, Cafés mit Tanz, Cafés mit Kabarett, Kneipen, Weinlokale mit Kabarett (Dielen), Tanzlokale
verborgene Lokale: Animierkneipen, homosexuelle Cafés und Tanzlokale, Kokainhöhlen

B. Kino- und Theateraufführungen

Kino, Kino mit Bühnenschau, Revue, Varieté und Kabarett, Cirkus, Theater (Rose-, Residenz- und Wallnertheater), Konzerte, sonstige Vorführungen: Sport usw.

C. Rummelplätze

D. Feste und Feiern

Familienfeste: Taufe, Konfirmation, Verlobung, Hochzeit, Begräbnis, Jugendweihe, Geburtstage, Weihnachten, Sylvester
Vereinsfeste: politische (Reichsbanner, Rotfront, Parteifeste), Sparverein, Kegelklub, Gesangsverein, Theaterverein, Turnverein, Schwimmverein, Geselligkeitsverein

8 Vergleichbare »Settlements« waren um 1900 auch in den Industriestädten Großbritanniens und der USA verbreitet und bildeten einen Versuch, die räumliche Segregation zu überwinden, durch Bildungsarbeit soziale Spannungen abzubauen und den Klassenkampf durch praktische Nächstenliebe zu überwinden. Eine wichtige Strategie hierbei bildete das »Slumming«, das gezielte Verkleiden, um derart getarnt in die sozialen »Tiefen« der Stadt absteigen zu können. Vgl. Seth Koven, *Slumming. Sexual and Social Politics in Victorian London*, Princeton/London 2004.

9 EZA 626/II 20/4: Konzept der Vergnügungskommission. Leider ist das Dokument nicht datiert. Es kann aber vermutet werden, dass es in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre entstand, da auch das Radio als eigener Punkt aufgeführt wird.

Hoffeste (Erntefest), Laubenfeste
Ausflüge, Partien (Herrenpartien), Badepartien, Zoo, Kreuzberg,
Tempelhofer Feld
Stralauer Fischzug usw.
Kirchliche Feste (vgl. mit Kirchenkommission)
Gelegenheitsfeste, einzelne Tage, Hausbau, Geschäftsabschluß

E. Die Strasse

Fliegende Händler: Lebensmittel (Eis, Würstchen, Waffeln usw.),
Nepp (Wahrsagen, Horoskope, Zauberer, Spielzeug usw.)
Anpreisungen, Reklame, Anzeigen für Vergnügungen usw.

F. Der Hof

Musik: Rezitationen (Cabarettcharakter; mit und ohne Musik), Ge-
sang, Instrumente: Orgel, Harmonium, Ziehharmonika (Bandonion),
Mundharmonika, Geige, Cello, Gitarre, Mandoline, Harfe, Horn,
Jazz, Ein-Mann-Orchester; einzelne und mehrere
Ausrufer: Händler, Handwerker, politische und andere Ankündigungen
Vorfürungen: Tierstimmenimitator, sportliche Vorfürungen: Akro-
batik, Expandor usw.

G. Radio

mit der Post sich in Verbindung setzen

H. Wettannahmen/Rennen

I. Konfitüreläden

K. Das Kind und sein Vergnügen

Strassenspiel (Verwechselt, verwechselt das Bäumelein, Ostseedünen,
Sandspielen zwischen den Steinen usw.) mit Schulen in Verbindung
setzen, durch Aufsätze etwas erfahren.«

Bemerkenswert sind die wissenschaftliche Programmatik und der Me-
thodenmix, mit dem die Untersuchung erfolgen sollte: Zunächst sollte
das Material gesammelt, dann nach statistischen und soziologischen
Gesichtspunkten geordnet und schließlich um qualitative Milieuschilderungen ergänzt werden. Die Vergnügungskommission konnte diese ehrgeizige Konzeption nicht vollständig umsetzen. Es entstanden jedoch einige detaillierte Teilstudien zu ausgewählten Bereichen des Vergnügens im Osten Berlins, die eine einzigartige ethnographische Quelle darstellen. Dabei unterlag der Blick der bürgerlichen Beobachter einer stark paternalistischen Perspektive, wie Jens Wietschorke betont. So »[...] verhinderte die Präventions- und Verbesserungsstrategie der SAG und die damit verbundene kulturkritische Ablehnung der proletarischen Lebenswelten gerade ein wirklich existenziell berührtes und fasziniertes Nachvollziehen des Alltags im Osten. Es handelte sich sozusagen um eine

Leidenschaft für den ›Nächsten‹ ohne die Faszination des ›Anderen‹. Der ›therapeutische Blick‹ revidierte dabei in gewisser Weise den ›ethnographischen Blick‹.¹⁰ Allerdings haben die evangelikalen Ethnographen der SAG auch äußerst genau hingesehen und ihre Eindrücke vom Berliner Osten mit wissenschaftlicher Akribie festgehalten. Die Ergebnisse sind daher nicht nur wissenschaftshistorisch für die Geschichte der Stadt- und Sozialforschung interessant,¹¹ sondern bei aller gebotenen Quellenkritik auch singuläre Dokumente zur Sozial- und Kulturgeschichte Berlins.

Das gilt vor allem für die detaillierten Kneipenqueten, welche die SAG-Vergnügungskommission im Stralauer Viertel durchführte.¹² Da die SAG in der Fruchtstraße 62/63 ihren Sitz hatte, ist diese Straße besonders gut dokumentiert.¹³ Im Winter 1924/25 suchten mehrere proletarisch verkleidete Theologiestudenten im Auftrag von Friedrich Siegmund-Schultze nacheinander jedes Lokal der Fruchtstraße auf und hielten ihre Eindrücke in handschriftlich überlieferten Notizen fest. Anschließend werteten sie ihre Beobachtungen statistisch aus und kartierten die Straße genau (Abb. 18).¹⁴ Die Berichte enthalten neben Angaben zur Größe der Kneipe, zur jeweiligen Biermarke und zum Preis der alkoholfreien Getränke auch Notizen zur Art des Lokals und den jeweiligen Besuchern.¹⁵

- 10 Jens Wietschorke, Stadt- und Sozialforschung in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost, in: Heinz-Elmar Tenorth u. a. (Hg.), Friedrich Siegmund-Schultze. Ein Leben für Kirche, Wissenschaft und soziale Arbeit, Stuttgart 2007, S. 51-67, hier S. 65.
- 11 Dieses Erkenntnisinteresse dominiert die jüngere Forschung zur SAG von Rolf Lindner und Jens Wietschorke.
- 12 Die Kneipenqueten der SAG gehören zum Nachlass von Friedrich Siegmund-Schultze und befinden sich heute im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin: EZA 626/II 29/7.
- 13 Zur Geschichte der Friedrichshainer Fruchtstraße siehe ausführlich S. 119-145.
- 14 Dabei hatten sie sich als einfache Arbeiter verkleidet, was um 1900 eine weit verbreitete Methode war, um unauffällig in die fremde Welt der Anderen (meist der Armen) einzudringen. Hans Ostwald führte etwa bei seinen Wanderungen mehrere Kostüme mit sich, um sich je nach Anlass maskieren zu können: Ralf Thies, Ethnograph des dunklen Berlin. Hans Ostwald und die »Großstadt-Dokumente« (1904-1908), Köln u. a. 2006, S. 49. Vgl. auch Rolf Lindner, Ganz Unten. Ein Kapitel aus der Geschichte der Stadtforschung, in: Werner Michael Schwartz/Margarethe Szeless/Lisa Wögenstein (Hg.), Ganz Unten. Die Entdeckung des Elends Wien, Berlin, London, Paris, New York, Ausstellungskatalog der gleichnamigen Ausstellung, Wien Museum Karlsplatz vom 14. Juni bis zum 28. Oktober 2007, Wien 2007, S. 19-25.
- 15 Beide Studien zur Fruchtstraße in: EZA 626/II 29/7. Leider enthält nur eine der beiden Kneipenstudien zur Fruchtstraße nähere Angaben zum Gegenstand der Untersuchung und zum Verfasser: Die Kneipen an der Fruchtstraße 1925. Eine Übersicht über die Kneipen der Fruchtstraße, Madaistraße und der Straße »Am

DIE KNEIPEN-ENQUETEN DER SAG-VERGNÜGUNGSKOMMISSION

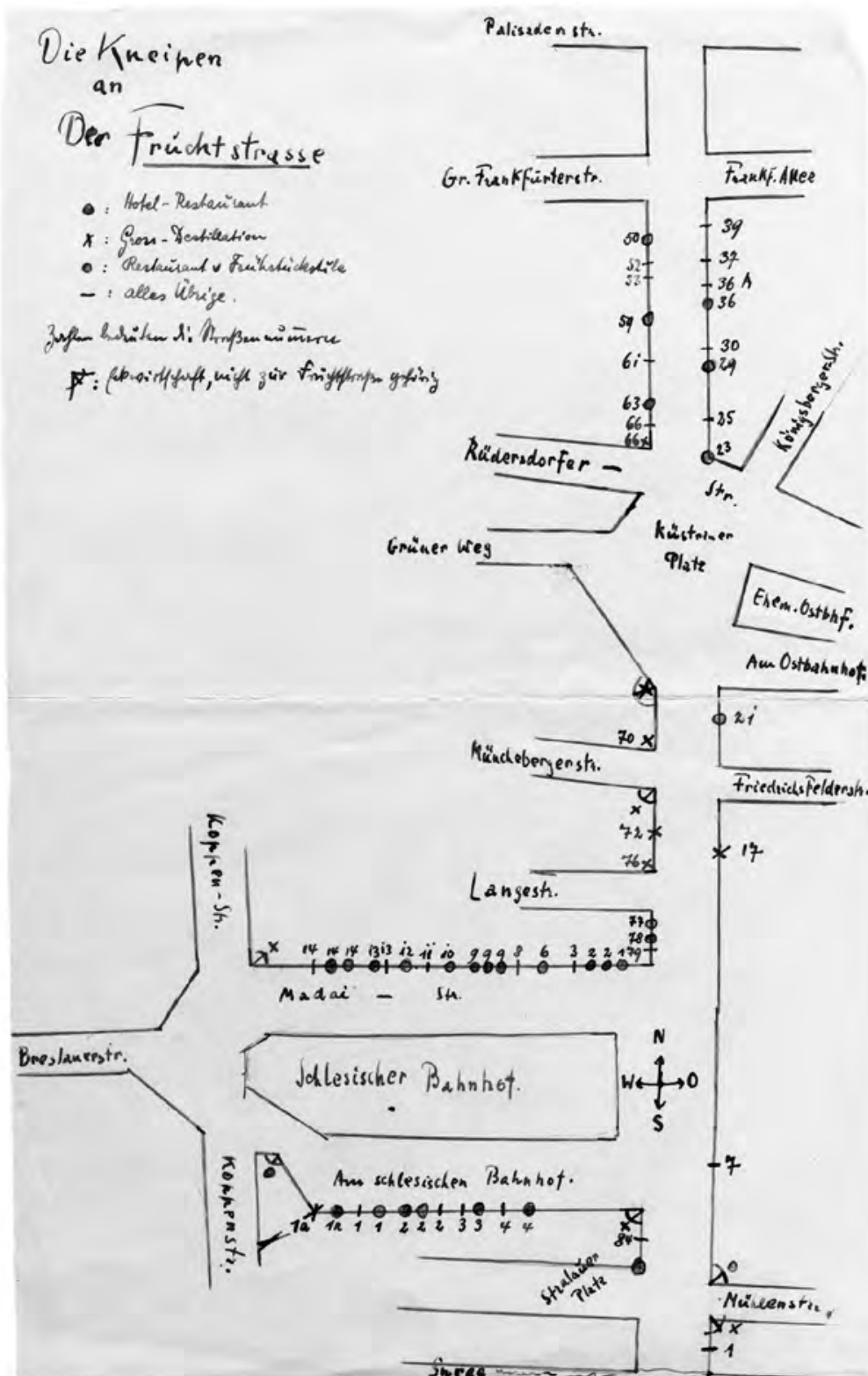


Abb. 18: Die Kneipen der Fruchtstraße (1924/25), handschriftliche Karte der SAG-Vergnügungskommission

Auf diese Weise geben sie Zeugnis von der sozialen Topographie der Kneipen des Stralauer Viertels.

Die soziale Topographie der Kneipen des Stralauer Viertels

Zahllose Eckkneipen und andere gastronomische Einrichtungen prägten das Berliner Stadtbild um die Jahrhundertwende.¹⁶ Auf der knapp einen Kilometer langen Fruchtstraße gab es zwischen der Großen Frankfurter Straße und der Mühlenstraße nicht weniger als 32 Lokale, die von der SAG-Kneipen-Enquete erfasst wurden. Zählt man die Adressbucheinträge des Jahres 1925, kommt man auf 1.327 Mietparteien, die in der Fruchtstraße lebten. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von drei Personen dürften in der Fruchtstraße insgesamt etwa 4.000 Menschen gewohnt haben, die vielen Schlafgänger nicht mit eingerechnet.¹⁷ Auf ein Lokal kamen somit ungefähr 125 Bewohner.¹⁸ Dabei variierte die Kapazität der einzelnen Kneipen erheblich. Im Durchschnitt zählten die Studenten nicht mehr als 25 Stühle pro Kneipe, während alle Kneipen der Fruchtstraße zusammen 796 Sitzplätze aufwiesen. Davon wich der tatsächlich festgestellte Besuch, den die Studenten in ihrer Enquete ebenfalls notierten, recht erheblich ab. Insgesamt zählten sie am Abend ihrer sechsstündigen Expedition durch die Fruchtstraße 294 Gäste, die sich

Schles. Bahnhof« mit Plan, Beschreibung und Statistik von Hans Rücker, stud. theol., Heilbronn a. N.

- 16 In Berlin kamen 1905 auf 100 Familien ungefähr vier Kneipen. Vgl. Manfred Hübner, *Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914*, Berlin 1988, S. 108 f.
- 17 Im Bezirk Friedrichshain wurden bei der 1925 durchgeführten Volkszählung 108.900 Haushalte gezählt, in denen insgesamt etwa 330.000 Menschen lebten. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Haushaltsgröße von drei Personen. Siehe Mielitz, *Eine soziale Studie über den Osten Berlins*, S. 18-28.
- 18 Dieser Wert lag deutlich oberhalb des Friedrichshainer Durchschnitts von 209 Einwohnern je Kneipe, der sich für das Jahr 1924 ergibt, wenn man die ca. 330.000 Einwohner Friedrichshains durch die 1574 Schankwirtschaften mit voller oder beschränkter Konzession zum Alkoholausschank teilt. Darüber hinaus gab es 54 Schankstätten für alkoholfreie Getränke, worunter auch die Kaffeeklappen der SAG gefallen sein dürften, sowie 291 zum Kleinhandel mit Spirituosen zugelassene Verkaufsstellen. In ganz Groß-Berlin gab es 1924 eine Kneipendichte von 246 Einwohnern je Schankwirtschaften. Siehe Dr. jur. Jason, *Kino-Theater und andere Vergnügungsstätten. Ein statistischer Überblick*, in: *Reichsfilmblatt* Nr. 28, 11.7.1925, S. 13-14. Andere Zahlen werden dagegen angegeben bei Manfred Hübner, *Zwischen Alkohol und Abstinenz*, S. 108. Er spricht von einem Alt-Berliner Durchschnitt von 129 Einwohnern je Kneipe, der allerdings für 1907 errechnet wurde. Hier finden sich auch Vergleichszahlen zu anderen deutschen Städten.

relativ gleichmäßig auf die einzelnen Kneipen verteilt. Auf jedes Lokal entfielen durchschnittlich neun Gäste, wobei es erstaunlicherweise kaum einen Unterschied machte, ob die Studenten das Lokal gleich um sechs Uhr abends oder erst um Mitternacht besuchten.

Aufschlussreich sind vor allem die Hinweise zur sozialen Zusammensetzung der Gäste.¹⁹ In acht von insgesamt 16 näher klassifizierten Lokalen verkehrten demzufolge ausschließlich Proletarier bzw. Erwerbslose. Demgegenüber wurden nur zwei Lokale als dezidiert bürgerlich charakterisiert. Besonders bemerkenswert ist schließlich die Zahl von sechs Lokalen, die sowohl von Mittelständlern als auch von Proletariern besucht wurden. Diese soziale Mischung entsprach genau dem Sozialprofil der Fruchtstraße.²⁰

Vom Lokaltypus her lassen sich die untersuchten Kneipen nicht eindeutig einer sozialen Schicht zuordnen. Beim häufigsten Lokaltypus, den so genannten »Restaurants und Frühstücksstuben«, handelte es sich sowohl um reine Proletarierkneipen als auch um solche mit einem gemischten Publikum. Dasselbe galt auch für die acht »Groß-Destillationen«, die sich weder in ihrem Sortiment noch in ihrer Kapazität von den gewöhnlichen Kneipen unterschieden. Lediglich die beiden bürgerlichen Lokale, die jeweils in exponierter Lage in Eckhäusern am Küstriner Platz bzw. an der Mühlenstraße lagen, wiesen als »Restaurant-Casino mit Billard« beziehungsweise als »Restaurant, Bier- und Weinstube« einen besonderen Charakter auf. Ihr Besuch diente wohl auch der sozialen Distinktion, während andere Kneipen offenbar stärker sozial durchmischt waren.

Häufig trugen die Kneipen den Namen der Biermarke, die jeweils exklusiv ausgeschenkt wurde. Dies diente der Werbung für das jeweilige Produkt, verdeutlichte aber auch die Abhängigkeit der Wirte von den Berliner Großbrauereien, denn diese stellten in der Regel das gesamte Mobiliar sowie die kostspielige Zapfanlage.²¹ Während die Wirte häufig wechselten, blieben die Kneipen meist bestehen. Lediglich während

19 Die Studenten der SAG-Vergnügungskommission trafen ihre Urteile zum Sozialprofil der jeweiligen Vergnügungsorte aus bildungsbürgerlicher Perspektive gewissermaßen von oben herab. Umso mehr muss daher erstaunen, dass die Studenten nicht alle inneren Differenzen nivellierten, die sie im Berliner Osten vorfanden, sondern vielmehr systematisch festhielten. Auf diese Weise hinterließ die SAG ein ernstzunehmendes und differenziertes Bild von der sozialen Mischung und Segregation der Bevölkerung der Fruchtstraße und der dortigen Kneipen.

20 Zum Sozialprofil der Fruchtstraße siehe S. 120.

21 Siehe Magnus Hirschfeld, *Die Gurgel Berlins* (Großstadtdokumente 41), Berlin/Leipzig, o. J. [ca. 1907/8], S. 37-38. Siehe hierzu auch die Ausstellungstafeln »Gebräut und geöffnet« zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain (1999), FHXB Archiv des Museums Friedrichshain-Kreuzberg.

des Ersten Weltkriegs schloss ein großer Teil der Kneipen des Stralauer Viertels, und das Mobiliar wurde in den Großbrauereien eingelagert. Während die großen Bierpaläste den Krieg und die Inflationszeit nicht überstanden und in Großkinos umgewandelt wurden oder Bürohäusern wichen, erholten sich die kleineren Kneipen wieder und konnten an die Vorkriegszeit anknüpfen.²²

Den größten Zuspruch genossen die untergärigen Biersorten nach bayerisch-böhmischer Brauart, auf die sich die meisten Berliner Brauereien seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert spezialisiert hatten. Im Gegensatz zum traditionellen obergärigen Weißbier ließ sich das Pils leichter zapfen, schneller trinken und besser in Flaschen abfüllen.²³ In der Fruchtstraße dominierten die untergärigen Biermarken der Großbrauereien, die ihre Brauanlagen und Kellergewölbe ganz in der Nähe in den lehmigen Hängen des aufsteigenden Barnim-Plateaus errichtet hatten.²⁴ Am meisten verbreitet waren das Patzenhofer aus der Landsberger Allee, das Löwenbräu-Böhmische Brauhaus aus der Friedenstraße sowie das Engelhardt-Bier von der nahe gelegenen Halbinsel Stralau.²⁵

Einige Kneipen wiesen allerdings ein breiteres Sortiment an alkoholischen Getränken auf. Hierzu zählten die drei Animierkneipen, die sich in der Fruchtstraße befanden.²⁶ In den Berichten der SAG finden sich vor allem Schilderungen über die »Eldorado-Diele« in der Fruchtstraße 52, in der »zwei ältere weibliche Angestellte um Zigaretten und Likör betteln und sehr aufdringlich sind«, um die Gäste zu einem größtmöglichen Getränkekonsum zu animieren.²⁷ In dieser Wein- und Bierstube beob-

22 Vgl. Regina Hübner/Manfred Hübner, *Trink, Brüderlein, trink. Illustrierte Kultur- und Sozialgeschichte deutscher Trinkgewohnheiten*, Leipzig 2004, S. 194; Frank Freudenberg, *Bier-Metropole Berlin. Biergeschichte, Brauereien und Kneipen der Hauptstadt*, Nürnberg 1996.

23 Siehe Gustav Stresemann, *Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde*, Leipzig 1900, S. 1-4; Feustel, *Gebraut und gesoffen*, S. 96-98; Theodor Constantin, *Alt-Berliner Kneipen*, Berlin 1989, S. 16.

24 Dasselbe galt für die zahlreichen Kreuzberger Brauereien, die an den Hängen der Teltow-Hochebene entstanden, weil die Lehmböden optimale Bedingungen zur Errichtung der ausgedehnten Brau- und Lagerkeller boten. Vgl. Uebel, *Am Berg gebaut*, S. 9.

25 Vgl. Feustel, *Gebraut und gesoffen*, S. 96-98.

26 Ähnlich wie die bürgerlichen Lokale lagen auch die Animierkneipen jeweils in der Nähe der beiden großen Magistralen Mühlenstraße und Große Frankfurter Straße. Durch diese verkehrsgünstige Lage gewannen die Animierkneipen mutmaßlich eine größere Attraktivität für Besucher aus den bürgerlicheren Stadtteilen.

27 EZA 626/II 29/7: *Die Kneipen an der Fruchtstraße 1925*. Bei den Animierkneipen handelte es sich meist um Lokale, in denen auch Wein und Likör ausgeschenkt wurde, da sich hiermit der größere Profit erzielen ließ.

achteten die Studenten der SAG bei ihrem Besuch vier »Mittelständler«, von denen einer die große Summe von 90 Reichsmark ausgab, aber auch drei jugendliche Proletarier, die offenbar auf der Suche nach ersten sexuellen Erfahrungen waren. Dieser Befund passt zu dem Bild, das Hans Ostwald (1873-1940), der »Ethnograph des dunklen Berlins«,²⁸ im Jahre 1928 von den Berliner Animierkneipen entwarf: »Nicht nur in Kleinbürgerkreisen gab es Männer, die ab und zu in solche Lokale einkehrten. Alle Kreise, alle Klassen, alle Berufe stellten ihren Teil der Besucher von Animierkneipen.«²⁹ Es gab also offenbar einen gleitenden Übergang dieser Lokale entlang der gesellschaftlichen Schichtung. Hier fanden halböffentlich jene »lustvollen körperlichen Vermischungsprozesse« statt, durch welche soziale Distanzen aufgehoben wurden.³⁰

Die Animierkneipen waren damit Teil des demokratischen Wesens der städtischen Massenvergnügungen.³¹ Gleichwohl blieben auch hier soziale Unterschiede bestehen. In das so genannte Weinzimmer, in das sich die Kellnerinnen schließlich mit ihren Kunden zurückziehen konnten, drangen zumeist nur finanzkräftigere bürgerliche Gäste vor. Arbeiter konnten es sich dagegen in der Regel nur auf den obligatorischen Sofas im vorderen Gastraum bequem machen; und auch das meist nur an ihrem Zahltag.³² Doch auch für sie verband sich der Alkoholgenuss mit sexuellen Freuden. Darin lag das schichtenübergreifende Vergnügen, das die Animierkneipen trotz räumlicher Segregation boten. Jedoch beschränkten sich die sexuellen Dienstleistungen nicht nur auf die Animierkneipen. Der Schlesische Bahnhof wurde auch »Drei-Groschen-Bahnhof« genannt, weil dort und in den umliegenden Kneipen schon sehr preiswert Bekanntschaften gemacht werden konnten. Das ganze Stralauer Viertel galt als Zentrum der Prostitution.³³

28 Vgl. Thies, Ethnograph.

29 Hans Ostwald, *Das galante Berlin*, Berlin-Grunewald, o.J. (1928), o.S. Zu den Animierkneipen siehe auch Hirschfeld, *Die Gurgel*, S. 42-46.

30 So Ulrich Linse, »Animierkneipen« um 1900. Arbeitersexualität und bürgerliche Sittenreform, in: Dagmar Kift (Hg.), *Kirmes, Kneipe, Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850-1904)*, Paderborn 1992, S. 83-118.

31 Ebd., S. 105, sowie auch Paul Thiel, *Lokal-Termin in Alt-Berlin. Ein Streifzug durch Kneipen, Kaffeehäuser und Gartenrestaurants*, Berlin 1988, S. 94.

32 Dabei übernahmen die Arbeiter gleichwohl das herablassende männliche Überlegenheitsgefühl der bürgerlichen Kunden, die die Kellnerinnen als moralisch und sozial tiefer stehend betrachteten. Vgl. Linse, *Animierkneipen*, S. 96-100 sowie 117.

33 Siehe Willy Proeger (alias »Weka«), *Stätten der Berliner Prostitution. Von den Elends-Absteigequartieren am Schlesischen Bahnhof und Alexanderplatz zur Luxus-Prostitution der Friedrichstraße und des Kurfürstendamms. Eine Reportage*, Berlin 1930.

Die Funktionen der Kneipen

Die Kneipen der Fruchtstraße erfüllten eine Vielzahl von Funktionen. Diese Multifunktionalität war nicht spezifisch für den Berliner Osten, sondern galt für Kneipen ganz allgemein. So schreibt Ueli Gyr der Kneipe folgende Hauptfunktionen zu: *erstens* als Ort für die Aufnahme und Stabilisierung eigener Sozialkontakte und Sozialbeziehungen, *zweitens* als Ort für freizeitleiche Entspannung und Ablenkung und *drittens* als Ort identifikativer und therapeutischer Gruppen- und Selbstorientierung.³⁴ Diese Charakteristika lassen sich für die Fruchtstraße jedoch spezifizieren: Angesichts der besonders beengten Wohnverhältnisse im Berliner Osten dienten die Kneipen als »erweitertes Wohnzimmer« und Zufluchtsort vor der tristen Realität. Deutlich wird dies etwa in Werner Sombarts (1863-1941) Beschreibung der Berliner Mietskaserne:

»[...] hier hört Heimlichkeit und Heimischsein auf; hier, wo des Sommers durch die offenen Fenster – denn in den Räumen, in denen zugleich gekocht, gewaschen und gebügelt wird, ist es bei geschlossenen Fenstern nicht auszuhalten – der ganze Klatsch, der ganze Zank, alles Klappern, Schwirren, Surren, Summen der Näh- und Schuhmachermaschinen, alles Kindergeschrei, alles Tosen der Maschinerie der Fabrik im Hofraum, aller Dunst und Duft der 40 oder 50 Küchen mit ihrem Talggeruch und ihrer Ranzigkeit eindringt, wo keine Tür geöffnet werden kann, ohne daß neugierige, neidische oder schadenfrohe Blicke eindringen, hier muß das Heim als Hölle, die Kneipe oder das Bordell als Himmel erscheinen [...].«³⁵

Die Vermengung von Kneipe und Bordell in Sombarts Kritik an der Mietskaserne deutet schon an, dass die Kneipen vor allem den männlichen Bewohnern als Refugium zur Verfügung standen. Dies zeigen auch die Untersuchungen der SAG. So bildeten erwachsene Männer den größten Anteil der Besucher, die die Studenten bei ihrer abendlichen Erhebung in den Kneipen der Fruchtstraße antrafen. Erwachsene Frauen machten dagegen nur 18 Prozent aus. Sie mussten neben ihrer Arbeit auch noch den Haushalt und die Kinder versorgen, während die Männer die Kneipen besuchten, um der häuslichen Enge zu entfliehen.³⁶ Darüber hinaus ermittelte die SAG einen Anteil von 12 Prozent minderjähriger

34 Vgl. Ueli Gyr, Kneipen als städtische Soziotope. Zur Bedeutung und Erforschung von Kneipenkulturen, in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde XLV/94 (1991), S. 97-116, hier S. 101.

35 Werner Sombart, Das Proletariat, Frankfurt a.M. 1906, S. 29 f.

36 Vgl. Beier, Leben in der Mietskaserne, S. 251.

Gäste sowie insgesamt 17 betrunkene Personen beiderlei Geschlechts. Vor dem Hintergrund der angestrebten christlich-evangelikalen Missions- und Sozialarbeit dürften diese Befunde die Mitarbeiter der SAG am stärksten zur Sorge veranlasst haben.

Die Kneipen der Fruchtstraße dienten zudem als Anlaufstation für die zahlreichen Migranten, die sich im Stralauer Viertel aufhielten oder niederließen. Dies galt nicht nur für die vielen jungen Männer und Frauen aus den preußischen Ostprovinzen, die in Berlin ihr bescheidenes Glück als Fabrikarbeiter oder als Dienstmädchen suchten.³⁷ Am Schlesischen Bahnhof traf auch ein Großteil der polnischen Zuwanderer ein, von denen sich viele gleich in der Nähe ansiedelten, wie die Namen in den Adressbüchern verraten.³⁸ Daneben gab es im Viertel um den Schlesischen Bahnhof auch eine chinesische Kolonie, die auch das »Gelbe Quartier« genannt wurde.³⁹ Für viele Menschen, insbesondere für jüdische Emigranten aus Osteuropa, war der Schlesische Bahnhof dagegen nur eine Durchgangsstation auf dem Weg nach Amerika; er galt seit den 1880er Jahren als der »Auswandererbahnhof« schlechthin, und die umliegenden Kneipen dienten als Wartesaal.⁴⁰ Hier warteten auf die Reisenden häufig Nepper, Kofferschlepper und Bauernfänger. Zahlreiche Kleinkriminelle bevölkerten die Kneipen des Stralauer Viertels, die als das Zentrum der organisierten Kriminalität galten.⁴¹

In der politisierten Atmosphäre des Kaiserreichs und der Weimarer Republik waren die Kneipen nicht zuletzt wichtige politische Versammlungsorte. Das galt vor allem für die Arbeiterbewegung, die sich seit der Zeit des Sozialistengesetzes in Gasthäusern organisierte.⁴² In der Kneipe vereinigten sich traditionelle Formen volkstümlicher Freizeitgestaltung mit modernen Formen politischer Organisation.⁴³ Die Arbeiterbewegung fand im Wirtshaus ein dringend benötigtes Zuhause. Auch zahlreiche Vereine und Organisationen, die mit der Sozialdemokratie verbunden waren, hingen stark vom Wirtshaus ab.⁴⁴ Andere Kneipen

37 Zu den Dienstmädchen vgl. Hitzer, Im Netz der Liebe.

38 Vgl. Gröschner, »Heute prima rote Rüben«, S. 130.

39 Vgl. Yu-Dembski, Chinesen in Berlin, S. 20-26.

40 Vgl. Demps, Der Schlesische Bahnhof in Berlin.

41 Zur organisierten Kriminalität im Stralauer Viertel siehe S. 122 f.

42 Vgl. James S. Roberts, Wirtshaus und Politik in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Gerhard Huck (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 123-139.

43 Vgl. ebd. S. 124.

44 Vgl. ebd. S. 129. Deshalb wandte sich die Mehrheit der Sozialdemokratie auch von der radikalen Anti-Alkohol-Bewegung ab. Die Aufgabe des Alkohols hätte den Verlust des zentralen Versammlungsortes bedeutet.

dienten wiederum als Versammlungsorte für das rechte politische Spektrum. Ende 1929 gab es ein gutes Dutzend Verkehrs- und Sturmlokale der NSDAP in Friedrichshain; 1932 wurde bereits die doppelte Anzahl gezählt, darunter der »Alte Fritz« am Stralauer Tor, das »Stadtwappen« in der Koppenstraße/Ecke Breslauer Straße oder das berühmte »Keglerheim« in der Petersburger Straße.⁴⁵ Für die Wirte bedeutete der politische Gebrauch der Kneipen eine kontinuierliche Einnahmequelle, was bei den linken Kneipen auch politische Konsequenzen nach sich ziehen konnte. So wurden im Kaiserreich über zahlreiche Kneipen so genannte Militärverbote verhängt. In ihnen durfte sich kein Armeeinghöriger aufhalten.⁴⁶ Dies betraf im Berliner Osten vor allem die Zahlstellen des sozialdemokratischen Wahlvereins, in denen der *Vorwärts* und andere sozialdemokratische Blätter auslagen. Solche Parteilokale wurden regelmäßig von verdeckten polizeilichen Ermittlern besucht, die ihre Eindrücke festhielten.⁴⁷ Zwar hatten die abgehörten Gespräche oft keinen unmittelbaren politischen Gehalt.⁴⁸ Gleichwohl waren die Kneipen ein zentraler Ort der politischen Sozialisation.

Die Kneipen und Festsäle des Stralauer Viertels waren also multifunktionale Etablissements. Sie bildeten einen zentralen öffentlichen Raum. Dabei stand eine Funktion stets im Mittelpunkt: Unabhängig von ihrer sozialen, nationalen oder politischen Prägung waren sie vor allem Orte des Vergnügens. Wie aus den Kneipenstudien der SAG hervorgeht, dienten sie dem Rausch, der Lustbefriedigung und der Realitätsflucht. Um in der großen Konkurrenz bestehen zu können, mussten die Gastwirte ihr Vergnügungsangebot an die Bedürfnisse des überwiegend lokalen Publikums anpassen und ihre Lokale dem sozialen Spektrum der Gegend öffnen. Dabei hatten bestimmte soziale Grenzlinien durchaus Bestand. Zugleich gab es jedoch eine ganze Reihe von Kneipen, die einen sozial inklusiven Charakter besaßen und Orte eines sozial durchlässigen, schichtenübergreifenden Vergnügens waren. Die große Kneipendichte

45 Vgl. Podewin, Als Friedrichshain vor 80 Jahren umbenannt wurde, S. 86.

46 Vgl. Dobler, Von anderen Ufern, S. 20.

47 Überliefert im Landesarchiv Berlin: LArch A Pr. Br. Rep. 030 Tit. 94 Nr. 13502. Für Hamburg vgl. Richard J. Evans, Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892-1914, Reinbek bei Hamburg 1989; Frank Bösch, Zeitungsberichte im Alltagsgespräch: Mediennutzung, Medienwirkung und Kommunikation im Kaiserreich, in: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 49 (2004), S. 319-336.

48 Nur bei etwa einem Viertel bis einem Drittel der besuchten Kneipen notierten die Vigilanzbeamten politische Gespräche im weitesten Sinne. Vgl. Armin Owzar, Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Konfliktmanagement im Alltag des wilhelminischen Obrigkeitsstaats, Konstanz 2006, S. 335.

trug mit dazu bei, dass an diesem Vergnügen fast jeder teilhaben konnte, wobei der Kneipenbesuch klar männlich codiert war. Die Kneipen boten den schnellsten und einfachsten Weg, sich ein wenig zu amüsieren. Damit bildeten sie die Basiseinheit der Vergnügungstopographie im Berliner Osten.

Ergänzt wurden die Kneipen der Fruchtstraße durch ein dichtes Ensemble weiterer Vergnügungsorte. So gab es im Stralauer Viertel mehrere große Festsäle, die zu politischen Großveranstaltungen genutzt und nach dem Ersten Weltkrieg vielfach zu Großkinos umgebaut wurden.⁴⁹ Hinzu kamen eine ganze Reihe etablierter Lichtspieltheater und kleinerer Kinos, die hauptsächlich entlang der Großen Frankfurter Straße lagen.⁵⁰ Dort befand sich auch das traditionelle Rose-Theater, das mit seinen volkstümlichen Klassikerinszenierungen und seinem großen Sommergarten einen stadtweit bekannten Ort der Vergnügungskultur des Berliner Ostens markierte. 1929 trat mit der »Plaza« im umgebauten Ostbahnhof am Küstriner Platz das angeblich größte Volksvarieté der Welt hinzu, das bis zu 3000 Zuschauern »das größte Programm bei den kleinsten Preisen in höchster Vollendung« versprach.⁵¹ Es diente zugleich als beliebter Veranstaltungsort der Berliner Arbeiterbewegung und später als Operntheater, ehe die neuen nationalsozialistischen Machthaber 1933 die Spielleitung und das Programm »arisierten« und die »Plaza« 1938 als Groß-Varieté der NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude nutzten, in dem Stars wie Paul Lincke (1866-1946), Claire Waldoff (1884-1957) oder der junge Peter Frankenfeld (1913-1979) auftraten. Im September 1944 wurde der Spielbetrieb eingestellt. Kurz darauf ging die »Plaza« in den Straßenkämpfen am Küstriner Platz in Flammen auf.⁵²

Mit dem Kriegsende endete auch das vielfältige Kiezvergnügen im Berliner Osten, das bis 1945 quer zu sämtlichen Regimewechseln und politischen Zäsuren eine beachtliche Kontinuität aufgewiesen hatte. Nur ein paar Kneipen konnten in der Ruinenlandschaft des Stralauer Viertels an ihre Vorkriegsexistenz anknüpfen. Trotz Zwangsverstaatlichung, Heimvergnügen und Flächensanierung hatten einige von ihnen bis zum Ende der DDR Bestand. Dabei wurden die meisten Kneipen im Bezirk Friedrichshain weiterhin privatwirtschaftlich geführt. Im Gegensatz zur Diversifizierung der Kreuzberger Kneipenkultur behielten sie zumeist ihr traditionelles »Alt-Berliner« Gepräge. Genau das machte sie für Besucher

49 Vgl. Niedbalski/Hochmuth, Kiez und Kneipe, S. 151.

50 Vgl. hierzu detailliert Esther Sabelus/Jens Wietschorke, Die Welt im Licht. Kino im Berliner Osten 1900-1930, Berlin 2015.

51 Vgl. Hochmuth/Niedbalski, Kiezvergnügen, S. 127-134.

52 Vgl. Uebel, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher, S. 31-56.

aus West-Berlin mitunter besonders attraktiv. So zog die gutbürgerliche Küche der Kneipe »Pamela« in der Rother-/Ecke Lehmbruckstraße im Friedrichshainer Rudolfskiez zahlreiche West-Berliner Korrespondenten an, die bei Eisbein, Molle und Korn den uralten Vorkriegscharme des Lokals schätzten.⁵³ Im Osten schien ein Teil Alt-Berlins konserviert.

Die etwa 150 verbliebenen Friedrichshainer Kneipen behielten einige traditionelle Funktionen bei.⁵⁴ Der legendäre »Feuermelder« in der Krossener Straße 24, dem Torsten Schulz mit seinem Roman »Boxhagener Platz« ein literarisches Denkmal gesetzt hat, diente auch nach 1945 weiterhin als Lokal, in dem die Händler vom Wochenmarkt auf dem Boxhagener Platz ihre Pause machten und sich aufwärmten.⁵⁵ Ähnliches galt für die »Glühlampe« in der Rudolfstraße, in die die Arbeiter aus dem Glühlampenwerk VEB NARVA zum Schichtwechsel gingen. Außerdem nutzten Skat-Clubs und Fußballvereine weiterhin die Vereinszimmer der Kneipen, in denen nach wie vor auch viele Familienfeiern stattfanden. In diesem Sinne knüpften die Friedrichshainer Kneipen im Staatssozialismus an die traditionellen Funktionen an, die schon die Kneipen der alten Fruchtstraße besessen hatten. Dagegen entwickelte sich in Kreuzberg seit den 1960er Jahren ein vollkommen neues Kneipen-Spektrum, das im Mittelpunkt des folgenden Kapitels stehen wird.

53 Gespräch mit Martin Wiebel (9.10.2015). Wiebel (geb. 1943) ist in der Friedrichshainer Rotherstraße aufgewachsen und zog nach einer erfolgreichen Karriere als Dramaturg beim WDR 1998 wieder in den Rudolfskiez zurück, wo er den Kulturraum Zwinglikirche e. V. begründete, der sich u. a. der Geschichte des Kiezes widmet. Vgl. hierzu v. a. Martin Wiebel, *East Side Story. Biographie eines Stadtteils*, Berlin 2004.

54 Vgl. Pachmann, *Stadtbezirk Friedrichshain*, S. 59.

55 Vgl. Abramowski, *Boxhagen*, S. 44-47; Podewin, *Marx und Engels grüßen aus Friedrichshain*, S. 259.

Die Diversifizierung der Kreuzberger Kneipenkultur

Die Vergnügungskultur in Kreuzberg unterschied sich bis Mitte des 20. Jahrhunderts kaum von der in Friedrichshain.¹ Auch Kreuzberg war geprägt von zahllosen Kneipen. An manchen Straßenkreuzungen fand sich an jeder Ecke eine Gastwirtschaft, was diesen den Namen »Eckkneipe« einbrachte. Alle diese Kneipen hatten einen sehr lokalen Bezug und meist ein festes Stammpublikum, das aus der unmittelbaren Umgebung stammte. Ähnlich wie in Friedrichshain gab es jedoch auch in Kreuzberg ein paar Vergnügungsorte, die eine überregionale Ausstrahlung besaßen. Hierzu gehörte bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das »Tivoli« am Kreuzberg mit seiner Kreisbahn, der Tivoli-Brauerei und den ausgedehnten Biergärten, die 1891 von der Schultheiss-Brauerei übernommen wurden.² Hinzu kam die Bockbrauerei am Tempelhofer Berg, die sich aufgrund der günstigen Bodenverhältnisse ebenfalls an den Hanglagen des Teltow-Plateaus niedergelassen hatte und zum Bockbier Würstchen reichte, die daher den Namen Bockwurst erhielten.³ Überregional bekannt war schließlich auch die »Neue Welt« an der Hasenheide mit einem großen Festsaal und einem überaus populären Sommergarten, die für zahlreiche Feste und Konzertveranstaltungen genutzt wurden.⁴ Bereits seit dem 19. Jahrhundert galt die Gegend um den Kreuzberg in Berlin als wichtiges, schichtenübergreifendes Vergnügungszentrum. Dies war auch ausschlaggebend dafür, dass der neu gebildete Bezirk 1920/21 den Namen Kreuzberg erhielt.⁵ Der arme Bezirk sollte ein wenig vom Glanz seiner Vergnügungseinrichtungen profitieren.

In der Weimarer Republik änderte sich in der Kreuzberger Vergnügungskultur zunächst wenig. An die Stelle der populären Kaiserparaden auf der Belle-Alliance-Straße (heute Mehringdamm) traten allerdings die politischen Straßenumzüge der konkurrierenden Parteien. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten verwandelten sich viele Kneipen, die zuvor als Sturmlokale der SA gedient hatten, in Folterkeller und »wilde Konzentrationslager«.⁶ In anderen Kneipen formierte sich dage-

1 Zur Vergnügungskultur im westlichen Kreuzberg immer noch maßgeblich: Lothar Uebel, *Viel Vergnügen. Die Geschichte der Vergnügungsstätten rund um den Kreuzberg und die Hasenheide*, Berlin 1985.

2 Mit einem jährlichen Absatz von 709.000 Hektolitern im Jahr 1898 war die Schultheiss-Brauerei am Kreuzberg die größte Brauerei Deutschlands. Vgl. ebd., S. 26.

3 Vgl. ebd., S. 32.

4 Vgl. Uebel, *Die Neue Welt an der Hasenheide*.

5 Vgl. Abramowski, *Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain*, S. 6.

6 Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 50.

gen der konspirative Widerstand.⁷ Dessen ungeachtet blieben die meisten Kreuzberger Kneipen traditionelle Orte des alltäglichen Vergnügens, in denen in einem Alt-Berliner Interieur Bier und Korn ausgeschenkt und Buletten gereicht wurden. Dies änderte sich erst in der Nachkriegszeit, als sich das Spektrum der Kreuzberger Kneipen deutlich erweiterte. Ausschlaggebend hierfür waren sowohl die »Frontstadtlage«, die West-Berlin 1949 die Aufhebung der nächtlichen Sperrstunde bescherte,⁸ als auch die Entwicklung Kreuzbergs zum Zentrum des linksalternativen Milieus. Die neuen Kreuzberger Gegenöffentlichkeiten eroberten die Kneipen des Bezirks. Und umgekehrt trugen die Kneipen maßgeblich zum »Mythos Kreuzberg« in der überregionalen Öffentlichkeit bei.

Der »Leierkasten« und die Kreuzberger Bohème

Am Anfang stand der Kreuzberger Kunstskandal. Ende November 1960 bereitete der Künstler Friedrich Schröder-Sonnenstern (1892-1982) mit einigen Maler-Kollegen eine Bilderausstellung im Rathaus Kreuzberg vor. Die Bezirksverordneten der CDU hielten Schröder-Sonnensterns Akt-Bilder jedoch für pornographisch und ließen sie kurzerhand abhängen. Aus Protest verließen auch die anderen Künstler das Rathaus, und die Ausstellung drohte gänzlich zu scheitern. Doch dann bot der Trödelhändler und Maler-Poet Kurt Mühlenhaupt (1921-2006) an, einen Teil der Bilder in seiner Kneipe in der Zossener-/Ecke Baruther Straße zu zeigen. Auf diese Weise wurde der »Leierkasten« zur Künstlerkneipe.⁹ Das bescherte Mühlenaupts Kneipe einen unerwarteten Erfolg, wie sich der Kreuzberger Dichter und Stammgast Gerhard Kerfin (1935-2016) erinnert: »Schon nach kaum ein, zwei Jahren wurde diese Schänke zum beliebten, berühmten, deutschlandweit bekanntesten Künstler- und Bohème-Lokal.«¹⁰

7 Vgl. Uebel, Viel Vergnüen, S. 59-65.

8 Die Sperrstunde in den drei West-Sektoren wurde am 20. Juni 1949 auf Beschluss des Alliierten Kontrollrats aufgehoben, um das darniederliegende Gaststättengewerbe zu fördern und West-Berlin im Systemwettstreit einen Standortvorteil zu verschaffen. Zuvor war die Sperrstunde im Sowjetischen Sektor sukzessive bis auf 24 Uhr verschoben worden. Dem wollten der Amerikanische und der Französische Stadtkommandant nicht nachstehen. Gegen die Bedenken der Briten hoben sie die Sperrstunde in West-Berlin gänzlich auf. Vgl. Rott, Die Insel, S. 53 f.

9 Gespräch mit Hugo Hoffmann (9.5.2015). Hoffmann (geb. 1947) war einer der wichtigsten Mitarbeiter von Kurt Mühlenhaupt und Stammgast im »Leierkasten«.

10 Gerhard Kerfin, Bohème, Begriff und Entwicklung, in: Neuenburger Nachrichten. Kleine Zeitschrift für Kiez und Kultur, Nr. 8, 1. April 2015, S. 10-12, hier S. 10.

Mühlenhaupt hatte den »Leierkasten« erst kurz zuvor aufgemacht, nachdem er die Kneipe im Februar 1960 von der Neuköllner Bierbrauerei Löwen-Böhmisch für sein bevorzugtes Mal-Modell »Rosi« (Rosemarie Kendziora) gepachtet hatte,¹¹ die das Lokal zusammen mit einer Freundin betrieb und im Nebenraum sexuelle Dienste anbot.¹² Zuvor hieß die Kneipe »Bei Paule« und war eine typische Berliner Eckkneipe mit drei Räumen, in der vor allem Drucker aus den gegenüberliegenden Gewerbehöfen verkehrten und nach bestandenen Gesellenprüfungen ihre sogenannten Gautsch-Feiern veranstalteten.¹³ Als »Leierkasten« bekam die Kneipe einen ganz anderen Charakter, was auch an dem Interieur lag, das Mühlenhaupt aus seiner nahe gelegenen Trödelhandlung in der Blücherstraße 11 mitbrachte. So stand in der Kneipe eine originale Bacigalupo-Drehorgel, die in der Schönhauser Allee hergestellt worden war und dem »Leierkasten« zu seinem Namen verhalf. Zur Inneneinrichtung gehörten zudem ein Klavier, eine Musik-Box und einige ausgesessene Sofas, die sich bei den Stammgästen des Lokals großer Beliebtheit erfreuten. An den Wänden befanden sich meist kreuz und quer Bilder von Kurt und Willi Mühlenhaupt sowie von Schröder-Sonnenstern.¹⁴ Die künstlerische Gestaltung setzte sich auch an der Außenfassade der Kneipe fort, an der Verse von Paul Scheerbarth (1863-1915) und Peter Hille (1854-1904) zu lesen waren. Dabei war das Haus, in dem sich der »Leierkasten« befand, zur Hälfte eine Ruine: Das Dach und die oberen Stockwerke waren schwer bombengeschädigt und ohne Fenster.¹⁵ Nur der erste Stock wurde noch von Künstlern und Kellnern bewohnt. Das hatte für die Kneipe den Vorteil, dass durch die regelmäßigen Musikvorstellungen keine Nachbarschaft gestört werden konnte.¹⁶

Zu den Stammgästen im »Leierkasten« gehörten Journalisten wie Hellmut Kotschenreuther, Künstler wie der Maler Artur Märchen (1932-2002) und »Kiez-Originale« wie der Orgelbauer Oskar Huth (1918-1991), der fast jeden Abend die Gäste mit seinen Geschichten und Klaviereinla-

11 Siehe Gerhard Kerfin, Der Kreuzberger Leierkasten, in: Neuenburger Nachrichten. Kleine Zeitschrift für Kiez und Kultur, Nr. 8, 1. April 2015, S. 1-6.

12 So die Erinnerungen von Peter O. Chotjewitz, zitiert in: Dobler, Von anderen Ufern, S. 266.

13 Gespräch mit Hugo Hoffmann (9.5.2015).

14 Zur Beschreibung des »Leierkasten« siehe Chris Frey, Erinnerungen an die Kreuzberger Künstlerkneipe Leierkasten, in: Neuenburger Nachrichten. Kleine Zeitschrift für Kiez und Kultur, Nr. 8, 1. April 2015, S. 7-8; Kerfin, Der Kreuzberger Leierkasten, S. 3.

15 Siehe ebd., S. 1.

16 Siehe Frey, Erinnerungen an die Kreuzberger Künstlerkneipe Leierkasten, S. 7.

gen unterhielt.¹⁷ Großer Beliebtheit erfreuten sich auch die regelmäßigen Stummfilmaufführungen. Selbst Filmstars wie die in die USA emigrierte Schauspielerin Brigitte Horney (1911-1988) besuchten das Lokal und erstanden für nicht wenig Geld Bilder von Kurt Mühlenhaupt.¹⁸ Der »Leierkasten« wurde eine regelrechte Touristenattraktion und zum wichtigsten Vorläufer der späteren Kreuzberger Kneipenszene.¹⁹ Das Lokal war jedoch nicht nur ein Ort des öffentlichen Vergnügens, sondern schuf auch eine eigene Kiez- und Kneipen-Öffentlichkeit. So gab Mühlenhaupt seit 1963 seine so genannten *Biertrinkerblätter aus dem Leierkasten* heraus, die Texte und Zeichnungen seiner Gäste und Freunde enthielten. Die dritte Ausgabe, in der der Kreuzberger Autor Karl-Heinz Herwig (1932-1990) in seinem Gedicht »Fräulein Jesus« die Geschlechtlichkeit Gottes in der menschlichen Vorstellung satirisch aufgegriffen hatte, wurde wegen des Vorwurfs der Gotteslästerung polizeilich beschlagnahmt und musste letztlich eingestampft werden. Insgesamt wurden nur fünf Ausgaben der Biertrinkerblätter produziert.²⁰ Gleichwohl bildeten sie einen wichtigen Vorläufer vieler späterer Kneipen-Postillen in Kreuzberg.²¹

Kurt Mühlenhaupt hatte einen Trend gesetzt. Es folgten viele so genannte »Sperrmüllkneipen«, die nach dem Muster des »Leierkastens« aus Kunst und Trödel bestanden.²² In Kreuzberg eröffnete mit der »Kleinen Weltlaterne« in der Kohlfurter Straße im September 1961 eine zweite wichtige Künstlerkneipe.²³ Deren Betreiberin Hertha Fiedler war erst kurz vor dem Mauerbau aus Karl-Marx-Stadt nach West-Berlin gekommen und wollte in einem Kreuzberger Lokal, das sie von den Eltern Günter Pfitzmanns übernommen hatte, eigentlich eine Rotlicht-Kneipe aufmachen. Doch als ein benachbarter Künstler nach einer Ausstellungsmöglichkeit suchte, bot sie ihm ihr Lokal an. So wurde auch die »Kleine Weltlaterne« eher zufällig zur Künstlerkneipe und Hertha Fiedler zur

17 Berliner Morgenpost, 19. Oktober 1980, S. 11.

18 Siehe Kerfin, Der Kreuzberger Leierkasten, S. 4.

19 Vgl. Uebel, Viel Vergnügen, S. 66.

20 Vgl. Schwartzkopff-Lorenz, Kurt Mühlenhaupt, S. 160 f.; Kerfin, Der Kreuzberger Leierkasten, S. 5.

21 Hierzu gehören etwa die »Kreuzberger Chronik«, die seit 1998 von Hans W. Korfmann herausgegeben wird, sowie die Zeitung »Kiez und Kneipe«, die seit 2004 erscheint.

22 Gespräch mit Hugo Hoffmann (9.5.2015). Zur Sperrmüllleinrichtung linker Szenekneipen in den 1970er und 80er Jahren vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 576.

23 Siehe Kerfin, Der Kreuzberger Leierkasten, S. 3.

»Künstlermutter«.²⁴ Im Gegensatz zum »Leierkasten« gab sich die »Kleine Weltlaterne« betont bürgerlich. Hertha Fiedler veranstaltete Lesungen und versammelte Teile der West-Berliner Literatur-Szene um sich. Hierzu gehörten die Schriftsteller Nicolas Born (1937-1979) und F. C. Delius (geb. 1943), aber auch die so genannten »Blödelbarden« Ingo Insterburg (geb. 1934) und Karl Dall (1941-2020).²⁵

Der »Leierkasten« und die »Kleine Weltlaterne« bildeten die Prototypen der West-Berliner Künstlerkneipen, die inmitten der alten Arbeiterbezirke lagen, aber von bürgerlichen Gästen lebten. Dabei war die Mischung zwischen Künstlern und Kunden zumindest anfangs recht ausgewogen, zumal die Unterschiede ohnehin fließend waren. In den Künstlerkneipen kam die so genannte »Kreuzberger Bohème« zusammen, die im Gegensatz zur abstrakten Kunst der Charlottenburger Szene betont auf einen kritischen Realismus setzte.²⁶ Den Anfang machten 1959 die Galerie »Zinke« in der Oranienstraße, in der Schriftsteller wie Günter Grass (1927-2015), Johannes Bobrowski (1917-1965) und Hermann Kant (1926-2016) lasen, sowie die Kreuzberger Bildermärkte, die Kurt Mühlenhaupt in der Blücherstraße veranstaltete und rasch Volksfestcharakter annahm.²⁷ Kreuzberg galt bald als »Berliner Montmartre«. Es begann die Arbeit am »Mythos Kreuzberg«, wie ihn Barbara Lang beschrieben hat: »In der Tat etablierte sich in den sechziger Jahren in Kreuzberg ein soziales Milieu, das einen unorthodoxen Kunst- und Kulturbetrieb hervorbrachte und sich auch lebensweltlich unkonventionell und anti-bürgerlich gab.«²⁸ Robert Wolfgang Schnells (1916-1986) zeitgenössischer Roman »Geisterbahn« gab diese Szene eindrücklich wieder und setzte ihr ein literarisches Denkmal.²⁹ Doch schon bald entwickelte sich die Kreuzberger Kunstszene in andere Richtungen weiter: Das ehemalige Diakonissen-Krankenhaus Bethanien wurde 1975 zum Künstlerhaus umgewandelt, und am Chamissoplatz entstand ein neues Zentrum unangepasster Kunst.³⁰

24 Gespräch mit Hugo Hoffmann (9.5.2015).

25 Siehe Kerfin, *Bohème*, S. 11.

26 Vgl. Schwartzkopff-Lorenz, Kurt Mühlenhaupt, S. 39.

27 Vgl. ebd., S. 36; Kerfin, *Bohème*, S. 12.

28 Lang, *Mythos Kreuzberg*, S. 114.

29 Robert Wolfgang Schnell, *Geisterbahn – Kreuzberger Ballade*, Darmstadt 1973.

30 Gespräch mit Hugo Hoffmann (9.5.2015). Um in das neu geschaffene Kunsthaus Bethanien hineinzukommen, gründeten Hugo Hoffmann und Gerhard Kerfin 1975 auf Anregung von Kurt Mühlenhaupt den Kreuzberger Künstlerkreis. Siehe Kerfin, *Bohème*, S. 11. Zur Kunstszene am Chamissoplatz siehe S. 149-154 im vorliegenden Buch.

Die Künstlerkneipen waren nur ein Übergangsphänomen, das allerdings eine wichtige Rolle bei der Transformation der Kreuzberger Kneipe spielte. Hoch verschuldet gab Kurt Mühlenhaupt den »Leierkasten« zum Jahreswechsel 1966/67 auf.³¹ Danach übernahm Peter Böhm die Kneipe und verwandelte sie in ein Szene-Lokal für junge Studenten.³² Der »Leierkasten« diente fortan als Jazz-Kneipe, in der sich das *Who is Who* der linksradikalen Szene traf, darunter auch die Terroristen Andreas Baader (1943-1977) und Thorwald Proll (geb. 1941) sowie der Anarchist Peter Paul Zahl (1944-2011),³³ der mit seinem Schelmenroman »Die Glücklichen« das linke Kreuzberger Milieu beschrieb.³⁴ Bis zu seinem Abriss im Oktober 1980 spielten zahlreiche Jazz-Bands und Dixieland-Gruppen im »Leierkasten«.³⁵ Als Musikkneipe nahm das Lokal einen festen Platz in der Kreuzberger Vergnügungskultur ein und trug zum Ruf des Bezirks als West-Berliner »Partymeile« bei. So nimmt es nicht wunder, dass auch die »Gebrüder Blattschuss« im »Leierkasten« auftraten,³⁶ die wie keine andere Band den »Mythos Kreuzberg« verbreiteten.

»Kreuzberger Nächte sind lang«
Das Lied zum Mythos Kreuzberg

Am 23. Oktober 1978 hatten die »Gebrüder Blattschuss« ihren ersten Auftritt in der ZDF-Hitparade. Mit ihrem Gassenhauer »Kreuzberger Nächte« erreichten sie Platz 2 der deutschen Single-Charts, in denen sie insgesamt 24 Wochen lang verblieben. Das war nicht nur der Durchbruch der »Gebrüder Blattschuss«, sondern veränderte auch nachhaltig den Ruf Kreuzbergs als Vergnügungsviertel mit seinen zahlreichen Kneipen, die keiner Sperrstunde unterlagen. Das Lied stammte von Beppo Pohlmann (geb. 1951), der die Berliner Musikgruppe 1976 zusammen mit Jürgen von der Lippe (geb. 1948), Hans Werner Olm (geb. 1955) und drei

31 1979 zog auch die »Kleine Weltlaterne« weiter in die Nestorstraße nach Wilmersdorf. An der alten Stelle in der Kohlfurter Straße befindet sich heute ein griechisches Restaurant mit dem Namen »Kreuzberger Weltlaterne«. Zur zweiten Generation der Kreuzberger Bohème- und Künstlerkneipen zählten seit Mitte der 1970er Jahre vor allem die »Nulpe« in der Großbeerenstraße/Ecke Hornstraße sowie das »Yorckschlösschen« in der Yorckstraße, das bis heute existiert. Siehe Kerfin, Bohème, S. 12.

32 Siehe Kerfin, Der Kreuzberger Leierkasten, S. 5.

33 Gespräch mit Hugo Hoffmann (9.5.2015).

34 Peter Paul Zahl, Die Glücklichen. Schelmenroman, Berlin 1979.

35 Siehe Berliner Morgenpost, 19. Oktober 1980, S. 11.

36 Siehe Frey, Erinnerungen an die Kreuzberger Künstlerkneipe Leierkasten, S. 7.

weiteren Mitstreitern gegründet hatte.³⁷ Pohlmann hatte die erste Version der »Kreuzberger Nächte« schon 1974 geschrieben.³⁸ Die bekanntere zweite Version stammt indes von 1978:

Gebrüder Blattschuss: »Kreuzberger Nächte« (1978)³⁹

Ich sitz schon seit 'ner Stunde ziemlich dumm
allein an einem Kneipentisch herum.
Ich trinke schnell, obwohl ich's nicht vertrag.
Weil ich weder volle noch leere Gläser mag.
Da plötzlich setzen sich sechs Mann zu mir,
und bestellen lautstark: »Bring 'Se mal drei Bier!«
Ich seh' schon doppelt und das aus gutem Grund,
denn in Eckkneipen geht es nun mal rund.

Kreuzberger Nächte sind lang
Kreuzberger Nächte sind lang
Erst fang 'se ganz langsam an
Aber dann
Aber dann

Jetzt fragt mich doch so'n Typ, ob ich studier.
Ich sag: »Ja, Wirtschaftspolitik, drum sitz ich hier.«
Da sagt er, daß er von der Zeitung wär,
und da wär er der Lokalredakteur.
Ein Rentner ruft: »Ihr solltet Euch was schäm'n.«
Ein anderer meint, das läge alles am System.
»Das ist so krank wie meine Leber«, sag ich barsch.
Die zwölf Semester war'n doch nicht so ganz umsonst.

Refrain

Und wie immer erscheint dann diese Frau.
Und bei der sind auch nicht nur die Augen blau.
Ich sag: »Verschwinde, liebe Sünde, rasch von mir.
In diesem Lied bleibt's ausnahmsweise mal beim Bier.«

37 1982/83 lösten sich die »Gebrüder Blattschuss« auf. Seit 1988 führt Beppo Pohlmann die Gruppe mit dem Musiker Kalle Ricken als Duo weiter. Siehe <http://www.beppo-pohlmann.de> (15.4.2016).

38 Gespräch mit Beppo Pohlmann (6.5.2015).

39 Den Liedtext in der bekannteren zweiten Version und den Live-Auftritt der Gebrüder Blattschuss in der ZDF-Hitparade am 30.10.1978 gibt es unter: <https://www.youtube.com/watch?v=hKaIehw4ItY> (15.4.2016).

Frühmorgens wach ich auf, sechzehn Uhr zehn.
Die ganze Welt scheint sich um mich zu dreh'n.
Nur im Magen fühle ich mich nicht so recht.
Eins von den dreißig Bierchen gestern war wohl schlecht.

Refrain (drei mal)

Das Lied ist eine Momentaufnahme der Transformation der Kreuzberger Kneipenkultur. Es treten noch die schimpfenden Alten auf, die die Arbeiterkneipen des proletarischen Berliner Ostens bevölkert hatten. Zugleich sind da aber auch schon die Langzeitstudenten, die ihre fragwürdigen Zukunftsaussichten mit einem ausgeprägten Alkoholkonsum verdrängen und pauschal das »System« für alles verantwortlich machen. Und schließlich taucht bereits der Lokaljournalist auf, der auf der Suche nach der neuen Szene ist. All das hat Pohlmann nach eigenem Bekunden selbst so erlebt. Als Germanistikstudent wohnte er für 60,- DM in einer Ein-Zimmer-Wohnung im Hinterhaus der Liegnitzer Straße 16, wo so wie er fast alle jungen Bewohner aus Osnabrück gekommen waren.⁴⁰ Gemeinsam gingen sie regelmäßig in die benachbarte »Uhrenkneipe«, die sich in der Liegnitzer/Ecke Reichenberger Straße befand.⁴¹ Die Kneipe wurde sowohl von Studenten als auch von Arbeitern aus den nahe gelegenen Fabriken aufgesucht, die es damals noch in Kreuzberg gab. Pohlmann schildert das Lokal als typische Berliner Eckkneipe, mit der einzigen Ausnahme, dass die »Uhrenkneipe« stets schon um Mitternacht schloss. Ausgerechnet dort ist das Lied »Kreuzberger Nächte« entstanden.⁴²

Das Lied war eigentlich nur als Parodie auf herkömmliche Stimmungslieder gedacht und wurde bei den Konzerten der »Gebrüder Blattschuss« höchstens als fünfte Zugabe gespielt. Als beim zweiten Album der Musikgruppe 1978 noch ein Lied fehlte, wurden die »Kreuzberger Nächte« eher zufällig der Platte hinzugefügt. Seine spätere Popularität errang das Lied aber weder über den Verkauf des Albums noch durch die zahlreichen Live-Auftritte der »Gebrüder Blattschuss«, sondern erst durch das Radio, nachdem der SFB die »Kreuzberger Nächte« in die »heavy rotation« genommen hatte. Erst daraufhin wurden 5000 Singles mit dem Lied produziert, nicht

40 Diese Form der »Kettenmigration« war typisch für den Zuzug junger Menschen nach West-Berlin.

41 Die Kneipe hieß eigentlich »Alt Berlin«, wurde aber gemeinhin »Uhrenkneipe« genannt, weil sie mit alten Standuhren vollgestellt war, die der Kneipier Martin Bonnet gesammelt hatte. Die Kneipe existierte bis 2012, bis an der Stelle ein Carloft gebaut wurde, in dem die Autos mit in die Wohnung genommen werden können. Vgl. <http://www.beppo-pohlmann.de/liegnitzerstrasse.htm> (15.4.2016).

42 Gespräch mit Beppo Pohlmann (6.5.2015).

zuletzt für die Musikboxen, wodurch die »Kreuzberger Nächte« in den Kneipen ankamen, die in dem Lied besungen wurden. Nach nur wenigen Wochen waren in West-Berlin bereits 20.000 Platten (EPs) verkauft. Das qualifizierte das Lied für die ZDF-Hitparade, deren erste Anfrage die Band noch ablehnte. Doch nachdem das ZDF eine Gage von insgesamt 3000 DM angeboten hatte, traten die »Gebrüder Blattschuss« nun auch im Fernsehen auf und errangen auf diese Weise bundesweit Bekanntheit. Von den »Kreuzberger Nächten« wurden schließlich über 800.000 Singles verkauft, und Pohlmanns Schicksal als Musiker war »besiegelt«. ⁴³

Das Lied hatte einen nachhaltigen Einfluss auf das Image von Kreuzberg in Westdeutschland. Der Bezirk stand in der öffentlichen Wahrnehmung nunmehr nicht allein für die Türken und Hausbesetzungen, sondern auch für seine Kneipen. Doch auch in der DDR war das Lied über die westlichen Medien wohlbekannt, wie Pohlmann nach 1990 bei seinen zahlreichen Auftritten im Osten feststellen konnte, wo die Menschen das Lied textsicher mitsingen konnten. ⁴⁴ Allerdings wurde es im Osten auf andere Weise interpretiert: Die »Kreuzberger Nächte« wurden in der DDR als Freiheitslied über ein ungezügelt Leben ohne Gängelung und Überwachung wahrgenommen und prägten die Vorstellung von Kreuzberg als »Wildem Westen« von West-Berlin. Ganz anders war dagegen die Reaktion in Kreuzberg selbst, wo Pohlmann vor allem auf Ablehnung stieß. ⁴⁵ Linke Studenten kritisierten, dass Kreuzberg durch das Lied kommerzialisiert worden sei, und warfen den »Gebrüdern Blattschuss« vor, Kreuzberg an die Kapitalisten verkauft zu haben. Pohlmann gesteht, sich hierüber gar keine Gedanken gemacht zu haben, jedoch erkennt er in der linken Kritik an seinem Lied vor allem Vorbehalte gegenüber der Massenkultur sowie ein eigentümlich elitäres Besitzstandsdenken. Das Lied habe einfach nicht dem exklusiven Kreuzberg-Bewusstsein der linken Szene entsprochen, so Pohlmann, weil plötzlich *alle* ein Bild von Kreuzberg hatten. ⁴⁶

In der Tat dürfte das Lied in einem nicht geringen Maße dazu beigetragen haben, dass Kreuzberg weit über die Grenzen von Berlin hinaus bekannt wurde. Die »Kreuzberger Nächte« verstärkten den »Mythos Kreuzberg«, ⁴⁷ indem sie öffentlich das Bild von einem hedonistischen

43 Pohlmann kann nach eigenen Angaben bis heute von den Tantiemen seines Liedes leben, auch wenn er es zwischenzeitlich kaum mehr hören konnte. Gespräch mit Beppo Pohlmann (6.5.2015).

44 Vor 1989 war Pohlmann nur zwei Mal in Ost-Berlin. Er begründet dies damit, dass er sich für den Osten nicht interessiert und die DDR nie infragegestellt habe. Gespräch mit Beppo Pohlmann (6.5.2015).

45 Pohlmann zog bereits 1978 weiter nach Berlin-Wilmersdorf.

46 Gespräch mit Beppo Pohlmann (6.5.2015).

47 Vgl. Lang, Mythos Kreuzberg, S. 116.

Vergnügungsviertel zeichneten, das Kreuzberg mit seiner ungewöhnlich hohen Kneipendichte in Teilen auch tatsächlich war. Insofern stehen die »Kreuzberger Nächte« der »Gebrüder Blattschuss« nicht nur für die erfolgreiche Arbeit am Mythos, sondern bilden auch ein Zeitdokument der Kreuzberger Vergnügungskultur, die sich Mitte der 1970er Jahre deutlich im Umbruch befand. Parallel zum sozioökonomischen und demographischen Wandel des alten Arbeiterbezirks schwanden in Kreuzberg auch die traditionellen alten Arbeiterkneipen bzw. wurden von neuen Milieus entdeckt und erobert. Hierzu zählten vor allem die vielen jungen Studenten, die sich in den Kreuzberger Mietskasernen niederließen. Eine Zeit lang besuchten die unterschiedlichen Gäste noch dieselben Lokale und generierten somit eine eigentümliche schichten- und generationenübergreifende Kneipenöffentlichkeit. Doch spätestens Ende der 1970er Jahre differenzierte sich die Kreuzberger Kneipenszene zunehmend in verschiedene Teilöffentlichkeiten aus. Neben die traditionellen Alt-Berliner Kneipen, die bis heute eine Restexistenz führen, traten studentische Szenekneipen,⁴⁸ Punk-Kneipen,⁴⁹ Schwulen- und Lesbenkneipen⁵⁰ und schließlich auch linksalternative Kneipenkollektive, von denen im Folgenden die Rede sein wird.

»In einem breiten Spectrum«
Das linke Kneipenkollektiv im MehringHof

»In einem breiten Spectrum« – so lautet die vergnügliche Hymne, die »Pille Palle und die Ötterpötter« auf die linke Alternativbewegung geschrieben haben. Die 1978 gegründete Kreuzberger Band um Michael Stein (1952-2007) und Jochen Staadt (geb. 1950) besingt in dem Lied nicht nur die Breite des linksalternativen Spektrums und den drohenden Verlust der alten Ideale, sondern auch den Ort, wo die linken Ideale unter starkem Alkoholeinfluss reifen konnten: im Kneipenkollektiv »Spectrum« im Kreuzberger MehringHof.⁵¹ Von 1980 bis 1984 bildete das »Spectrum« den

48 Vgl. hierzu mit zeitgenössischen Fotos: Hans-Werner Klünner, Berlin und seine Kneipen, Berlin 1981, S. 76-79; Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 572-583.

49 Vgl. Müller, Subkultur Westberlin, S. 101f.

50 Vgl. hierzu v. a. Dobler, Von anderen Ufern, S. 269-291. Zur jüngeren Entwicklung der schwul-lesbischen Kneipen und Klubs in Kreuzberg nach 1990 vgl. Holger Brühns/Jürgen Frohmaier (Hg.), Olfen. Reise ins internationale Freundschaftslager, Berlin 2010.

51 Zum MehringHof siehe Elisabeth Bolda/Rainer Nitsche/Jochen Staadt (Hg.), Der Mehringhof. Ein unmöglicher Betrieb, Berlin 1988. Hier wird auf S. 100 auch der

gleichermaßen öffentlichen wie geselligen Kern des größten und prominentesten alternativen Selbstverwaltungsprojekts in Kreuzberg und avancierte in den Jahren 1981/82 zum wichtigsten Treffpunkt der West-Berliner Hausbesetzerbewegung. Als selbstverwaltetes Kneipenkollektiv entsprach das »Spectrum« dem gesellschaftspolitischen Anspruch des MehringHofs, doch stieß es bald an die praktischen Grenzen der formulierten Ideale. 1984 löste sich das Kneipenkollektiv auf, nachdem es zum Opfer des eigenen Erfolgs geworden war. Am Beispiel des »Spectrums« lassen sich daher gut der Wandel der Kreuzberger Kneipenszene und der gesellschaftliche Laborcharakter des Bezirks beschreiben.

Gegründet wurde das »Spectrum« bereits 1975 in Schöneberg.⁵² Vier Kellner aus dem Lokal »Liliom« hatten ihre Arbeit verloren, nachdem das Lokal aufgrund einer deutlichen Preiserhöhung von seinen Stammgästen boykottiert wurde. Daraufhin entschlossen sie sich, eine eigene Kneipe aufzumachen und pachteten ein Lokal der Berliner Kindl-Brauerei in der Koberger Straße. Die Kneipe wurde »Spectrum« genannt und von vornherein auf kollektiver Basis geführt. »Repressionsfreies Arbeiten« stand im Mittelpunkt; die Überschüsse sollten in politische Aktivitäten fließen.⁵³ Doch zunächst schrieb die Kneipe nur rote Zahlen: Die Buchhaltung erfolgte aus dem Schuhkarton, und die Steuer musste vom Finanzamt geschätzt werden.⁵⁴ Zum Stammpublikum des alten »Spectrums« gehörte die Schöneberger Sponti- und Anarchoszene. Das Kneipenkollektiv war eng mit der »Roten Hilfe« verwoben und bot das Hinterzimmer der Kneipe für konspirative Treffen an.⁵⁵ Schon bald erwiesen sich die Räumlichkeiten als zu klein. Das »Spectrum« suchte nach einer größeren Lokalität, zumal das Kneipenkollektiv immer wieder in Streit mit den Nachbarn geriet.

1979 erreichte das »Spectrum« eine Anfrage der Schule für Erwachsenenbildung (SfE), die ein eigenes Schulgebäude kaufen wollte, wo

Liedtext von »In einem breiten Spectrum« wiedergegeben. Die Band »Pille Palle und die Ötterpötter« hat noch heute ihren Proberaum im MehringHof.

52 Siehe hierzu und im Folgenden die Selbstdarstellung von »Hansi« und »Paul« in: Bolda u. a., Der Mehringhof, S. 98 f.

53 Ebd., S. 99.

54 Das Kneipenkollektiv musste viel »Lehrgeld« bezahlen, auch weil sämtliche Getränkelieferungen über Rechnungen gekauft wurden und anders als üblich nichts schwarz beschafft wurde. Siehe ebd.

55 Die 1975 gegründete Rote Hilfe stand der KPD/ML nahe und diente in den 1970er/80er Jahren zur Unterstützung linker Aktivisten, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten mit deutschen Rechtsorganen in Konflikt geraten waren. Vgl. hierzu Helmut Pollähne, Rote Hilfe(n). Hilfe für die RAF und/oder gegen die Justiz?, in: Volker Friedrich Drecktrah (Hg.), Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des »Deutschen Herbstes«, München 2010, S. 139-170.

Erwachsene selbstbestimmt das Abitur nachholen konnten. Hierfür suchte die SfE noch Mitstreiter, die bereit waren, ein Fabrikgebäude in der Kreuzberger Gneisenaustraße 2a zu erwerben, das die H. Berthold AG verkaufen wollte. Der gründerzeitliche Gewerbehof, in dem fast einhundert Jahre lang Fotosatzmaschinen hergestellt worden waren, war mit 5000 Quadratmetern so groß und teuer, dass die SfE das Grundstück nur mit mehreren Partnern erwerben konnte, die gemeinsam die Mehringhof-Grundstücksverwaltung GmbH bildeten. Zu den sieben Gründungsmitgliedern gehörten neben der SfE der linke Selbsthilfefonds Netzwerk e. V., der Stattbuch-Verlag, der Verlag Ästhetik und Kommunikation, das Kollektiv Mixed Media, der Gesundheitsladen und schließlich auch das »Spectrum«.⁵⁶ Gegen den Widerstand der regierenden Kreuzberger SPD, die nicht zuletzt um die Sicherheit des schräg gegenüber liegenden Bezirksamts fürchtete und den Verkauf des Gewerbehofs mit allen Mitteln zu verhindern suchte, wurde der Kaufvertrag mit der H. Berthold AG im Dezember 1979 unterzeichnet. Für 1,75 Mio. DM erwarb das linke Projektconsortium den MehringHof, wie das ehemalige Fabrikgelände fortan genannt wurde.⁵⁷ Im April 1980 zogen dann die ersten Projekte ein, darunter auch das »Spectrum«.

Mit dem Kauf des MehringHofs beschränkten die linken Aktivisten einen ungewöhnlichen Weg: Anders als noch kurz zuvor bei der UFA-Fabrik in Tempelhof wurde der MehringHof nicht besetzt, sondern nach den Gesetzen des bürgerlichen Rechts erworben. Hierfür mussten die sieben Gründungsmitglieder ein Eigenkapital in Höhe von 50.000 bis 100.000 DM aufbringen, das durch Gründungsdarlehen von Sympathisanten ergänzt wurde.⁵⁸ Die Darlehen sollten aus den Mieteinnahmen des MehringHofs zurückgezahlt werden, wo neben den Hauptgesellschaftern noch etwa 25 bis 30 weitere Projekte eigene Räumlichkeiten anmieten konnten – darunter von 1981 bis 1983 auch die Berliner Geschichtswerkstatt.⁵⁹ Damit keines der Gründungsmitglieder sich mit seinen Renditen zurückziehen konnte, sollte der Mieterverein, in dem alle Projekte vertreten waren, Zug um Zug zum Hauptgesell-

⁵⁶ Siehe Bolda u. a., *Der Mehringhof*, S. 7.

⁵⁷ Siehe ebd., S. 10. Der Eingang zum MehringHof lag zwar in der Gneisenaustraße. Der angrenzende Mehringdamm, der nach dem Berliner Sozialdemokraten Franz Mehring (1846-1919) benannt ist, bot dem Projektconsortium jedoch die positiveren Anknüpfungspunkte als der preußische General August Neidhardt von Gneisenau (1760-1831).

⁵⁸ Siehe Bolda u. a., *Der Mehringhof*, S. 21.

⁵⁹ Zur Berliner Geschichtswerkstatt siehe S. 155-162.

schafter der MehringHof GmbH werden. Die alternative Ökonomie des MehringHofs zielte auf die Vergesellschaftung des Eigentums.⁶⁰

Der Mieterverein diente zugleich der Selbstverwaltung des MehringHofs. Das Plenum, das hierfür alle 14 Tage zusammentrat, wachte über die Rückzahlung der Kredite, die (oft mangelnde) Beteiligung an der Selbstverwaltung und die Einhaltung der Putzpläne. Zudem entschied es über die Aufnahme neuer Mieter. Zu den maßgeblichen Kriterien hierfür gehörte, dass die Projekte kollektiv verwaltet wurden, dass sie keine Profite erwirtschafteten und dass sie unabhängig von Staat, Kirchen oder Verbänden waren.⁶¹ Der letzte Punkt war den MehringHof-Aktivisten ganz besonders wichtig, denn sie verwiesen mit einigem Stolz auf ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Im Gegensatz zu vielen linken Projekten hätten sie es nicht nötig, bei den Behörden zu »antichambrieren«, um Räumlichkeiten und Fördermittel zu erhalten.⁶² Zu den »Segnungen« des Privateigentums gehörte, dass der MehringHof einen speziellen, staatlich kaum kontrollierbaren Schutzraum für linksalternative Aktivisten bot,⁶³ die privatem Eigentum ansonsten nur wenig Respekt zollten. Ironischerweise galt dies nicht zuletzt für die Hausbesetzerbewegung, die in den privaten Räumen des MehringHofs ungestört ihre Versammlungen abhalten konnte und nach Räumungen Asyl fand.⁶⁴

Das 350 Quadratmeter große »Spectrum« war der wichtigste Versammlungsort im MehringHof. Die multifunktionale Kneipe diente als Musiklokal, Biertempel und politischer Treffpunkt.⁶⁵ Im Erdgeschoss des ersten Gewerbehofes gelegen, nahm die Kneipe zugleich eine Art *Gatekeeper*-Funktion wahr. Hier musste jeder vorbei, der in den MehringHof wollte; hier versackten die Aktivisten vom MehringHof nach getaner Arbeit und planten die nächsten Aktionen. Die kollektive Selbstverwaltung wurde auch in der Kneipe praktiziert. Einmal pro Woche traf sich das 14-köpfige Kneipenkollektiv zum Plenum, um die Thekenschichten einzuteilen. Das Kollektiv einigte sich auf einen Einheitslohn von 1200 DM und hielt daran fest, obwohl die Kneipe einen enormen Umsatz

60 Siehe Mehringhof, Die Broschüre, Berlin 1983, S. 13.

61 Ebd., S. 8.

62 Siehe Bolda u. a., Der Mehringhof, S. 34.

63 Trotzdem wurde auch der MehringHof im Laufe der 1980er Jahre mehrfach polizeilich durchsucht. Am folgenschwersten erwies sich die Durchsuchung des Büros der Volkszählungsgegner am 1. Mai 1987, die den Auslöser für die Kreuzberger Maikrawalle am selben Tag bildete.

64 So fanden auch 1990 die Besetzer aus der Mainzer Straße nach der Räumung Unterschlupf im MehringHof. Siehe Broschüre zum MehringHof, Berlin 1999.

65 Zur Multifunktionalität der linksalternativen Kneipen allgemein vgl. Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 575.

machte – an einem normalen Tag wurden im »Spectrum« 400 Liter Bier, sechs Kisten Weizenbier und vier Kisten Wein ausgeschenkt.⁶⁶ So ergaben sich deutliche Überschüsse, die in legale wie illegale linke Projekte flossen. Die Einnahmen finanzierten Solidaritätsaktionen in Nicaragua und kamen diversen linken Aktivisten zugute.⁶⁷ Das »Spectrum« erwies sich als Goldader für das linksalternative Milieu.

Der Erfolg der Kneipe brachte jedoch auch Probleme mit sich. Bereits im Juni 1980 hieß es im Protokoll des Mehringhof-Plenums: »Problem Spectrum: die Kneipe ist zu voll, Kontakte zwischen Mehringhof-Gruppen werden so schwierig; ebenso schwierig ist es, die Kneipe leer zu kriegen. [...] Die nächste Mieterversammlung machen wir im Spectrum, damit die Gäste auch mitkriegen, dass die Kneipe nicht nur Abfüllstation ist.«⁶⁸ Das »Spectrum« sollte ein politischer Ort der linken Gegenöffentlichkeit sein, avancierte jedoch mehr und mehr zu einem »alternativen Hofbräuhaus«, wie sich Johann Georg Schabach (1948-2020) aus dem Kneipenkollektiv erinnert.⁶⁹ Den Wirten erschien die riesige Kneipe oft nicht mehr beherrschbar. Wenn sie auf ihre 15-minütige Pause bestanden und in dieser Zeit kein Bier ausschenkten, fürchteten sie, dass ihnen der Laden um die Ohren flog. Die Mitglieder des Kneipenkollektivs sahen sich zusehends überfordert:

»Nicht dass wir nicht viel arbeiten wollten, aber es war dann irgendwann nur noch Stress, wo Du dann eigentlich froh warst, wenn Du nachts um drei die Tür zumachen konntest. Du warst auch schon total angespannt, wenn Du die Tür aufmachtest und da standen die schon vor, sei es Sfe'ler oder Punks mit Plastiktüten voll Bier, die sich dann hinten aufwärmen wollten im Winter. Denen hast Du dann gesagt, hier könnt ihr bleiben, aber macht doch nicht immer so'n Dreck, oder fegt das mal weg und dann sagten die, klaro Alter wird gemacht, seh'n wir doch auch so, und dann fegst Du doch wieder die Kotze weg.«⁷⁰

Hier zeichnet sich deutlich der Generationswechsel im linksalternativen Milieu Anfang der 1980er Jahre ab. Die Mitglieder des Kneipenkollektivs waren noch mehrheitlich als »Hippies« oder »'68er« sozialisiert und

66 Siehe Bolda u. a., Der Mehringhof, S. 107.

67 Gespräch mit Johann Georg Schabach (8.5.2015). »Hansi« Schabach (geb. 1948) gehörte von 1980 bis 1984 zum Kneipenkollektiv des »Spectrum« und betrieb von 1998 bis 2006 das »Matto« am Chamissoplatz.

68 Zitiert in: Mehringhof, Die Broschüre, S. 19.

69 Gespräch mit Johann Georg Schabach (8.5.2015).

70 Zitiert in: Bolda u. a., Der Mehringhof, S. 106.

fühlten sich zunehmend hilflos im Umgang mit den neuen Leuten »in der Hausbesetzerzeit und dieser Punkära«.71 Hinzu kamen mehr und mehr Touristen, die den MehringHof aufsuchten und schon damals den Argwohn der linken Kreuzberger Aktivisten auf sich zogen.72 Und schließlich fremdelten die Mitglieder des Kneipenkollektivs mit einigen der anderen Projekte im MehringHof, die ihnen zu arriviert und zu sozialdemokratisch erschienen.73 Nach einigem personellen Wechsel löste sich das Kneipenkollektiv 1984 auf. Das restliche Geld floss in ein Hausprojekt in Nicaragua, wohin sich mehrere Betreiber für einige Zeit zurückzogen.74 Der Erfolg des »Spectrums« hatte das Kollektiv eingeholt und gezeigt, dass viel Vergnügen auch viel Arbeit macht. Dabei paarte sich die menschliche Überforderung mit einer traditionell linken Kritik gegenüber unpolitischem Konsum. Das Kollektiv zog hieraus die Konsequenzen und kapitulierte vor der Kommerzialisierung der linksalternativen Kreuzberger Vergnügungskultur.

In Kreuzberg gab es jedoch auch weiterhin zahlreiche Kneipenkollektive.75 Im MehringHof öffnete an gleicher Stelle das »Ex-Spectrum« (kurz »Ex« genannt), das parallel von 15 Tresengruppen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen und Wohnprojekten geführt wurde.76 Zudem gab es mit dem »Schlemihl« in der Arndtstraße 25 und dem »Godot« in der Willibald-Alexis-Straße 40 allein im Umfeld des Chamissoplatzes zwei weitere Kneipenkollektive.77 Diese Lokale einte nicht nur der Anspruch auf eine nicht-hierarchische Führung, sondern auch der Versuch, die traditionelle Abhängigkeit von den Berliner Großbrauereien zu durchbrechen.

71 Ebd., S. 105.

72 Siehe ebd., S. 24 u. 112.

73 Die Kritik des Kneipenkollektivs galt vor allem dem Netzwerk Selbsthilfe e. V., das seit Anfang der 1980er Jahre Stadtrundfahrten durch das alternative Leben Berlins organisierte.

74 Gespräch mit Johann Georg Schabach (8.5.2015).

75 Erste Kneipenkollektive in Kreuzberg gab es schon 1968. Hierzu gehörte v. a. die »Schwarze Rose« in der Reichenberger Straße 47, die sich dezidiert gegen »pseudo-linke« Kneipen wie die »Kleine Weltlaterne« oder den »Leierkasten« richtete. Siehe Bolda u. a., *Der Mehringhof*, S. 106 f.

76 2001 schloss jedoch auch das »Ex«, nachdem es über zwei Jahre nur noch Verluste gemacht hatte. Der Sprecher des Kollektivs vermutete seinerzeit, Tresenkräfte würden »Freunde schon mal ausgiebig mit Freibier bewirten«, und er wolle nicht ausschließen, »dass sich der eine oder andere auch mal in der Kasse bedient«. Siehe *Berliner Zeitung* vom 5. Januar 2001. Seit 2004 befindet sich an der gleichen Stelle das »Clash«, das ebenfalls kollektiv bewirtschaftet wird.

77 Im »Schlemihl« befindet sich heute die »Haifischbar«, auf das »Godot« folgte die inzwischen geschlossene »Bebob Bar«. Seit 2016 trägt wiederum das ehemalige »Bistro Chamisso« in der Willibald-Alexis-Str. 25, das in den 1980ern Jahren Kultstatus besaß, den Namen »Peter Schlemihl« und knüpft damit an die Tradition an.

Anstelle von Berliner Kindl importierten die alternativen Kneipenkollektive das Bier etwa direkt aus Franken.⁷⁸ Auf eigene Faust wurden zudem ganze LKW-Ladungen mit Pfälzer Wein nach Kreuzberg gebracht und damit das »Bier-Monopol« in der Berliner Kneipe gebrochen.⁷⁹ Auch kulinarisch entwickelten sich die Kreuzberger Kneipenkollektive weiter. So betrieben italienische Spontis in der Kreuzbergstraße 71 gemeinsam die »Osteria Nr. 1«, die als erste italienische Gaststätte in Kreuzberg gilt und seit 1979 als erster Vertriebsort der *taz* diente.⁸⁰ Ende der 1980er Jahre eröffneten schließlich die ersten schwul-lesbischen Kneipenkollektive wie das »Café Anal« in der Muskauer Straße 193.⁸¹ Damit differenzierte sich das Spektrum der kollektiv geführten Kneipen immer weiter aus.

Der Typus des Alt-Berliner Lokals bestand auch in Kreuzberg fort. Nach wie vor blieb die traditionelle Form der Kneipenbewirtschaftung, die aus einem selbständigen Wirt und mehreren Angestellten besteht, auch hier stets der Standard.⁸² Allerdings entwickelte sich die Kreuzberger Kneipenszene seit den 1960er Jahren sehr dynamisch weiter. Mit den Bohème-Kneipen kam ein neuer Typus hinzu, der Mobiliar aus dem Sperrmüll salonfähig machte. Dies wurde in den 1970er Jahren von zahlreichen neuen Studentenkneipen übernommen, die den Ruf des Kreuzberger Nachtlebens nachhaltig prägten. Doch die Kreuzberger Kneipen sollten nicht einfach nur Vergnügungstempel sein, sondern als politische Orte dienen. Das alternative Milieu konzipierte die Kneipe als Raum einer linken Gegenöffentlichkeit und praktizierte neue egalitäre Bewirtschaftungsformen. Mit den Kneipenkollektiven war ein Teil der Kreuzberger Kneipen schließlich kollektivistischer als die traditionellen Privatwirtschaften im staatssozialistischen Ostteil der Stadt.

78 Gespräch mit Johann Georg Schabach (8.5.2015).

79 Gespräch mit Gabriele Klahr (10.12.2015), die Mitte der 1980er Jahre zum Kneipenkollektiv des »Godot« gehörte.

80 Zur Frühgeschichte der *tageszeitung* (*taz*) siehe die Material- und Dokumentensammlung zum zehnjährigen Erscheinen der alternativen Zeitung: Mathias Bröckers (Hg.), *Die taz. Das Buch. Aktuelle Ewigkeitswerte aus zehn Jahren tageszeitung*, Frankfurt a. M. 1989.

81 Vgl. Wolfgang Müller, Lokalrunde, in: Holger Brühns/Jürgen Frohmaier (Hg.), *Olfen. Reise ins internationale Freundschaftslager*, Berlin 2010, S. 22-31, 104-114 und 182-186, hier S. 112 f.

82 Die Zahlen der verschiedenen Kneipen und Kneipentypen in Kreuzberg lassen sich kaum ermitteln. Vergleichbare Zahlen liegen nur für ganz West-Berlin vor. Hier gab es 1980 etwa 5500 Bierlokale. Vgl. Klünner, *Berlin und seine Kneipen*, S. 66. Sven Reichardt spricht von 214 linken Szenekneipen in West-Berlin. Vgl. Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 579.

Festkultur zwischen Ost und West

Die meisten Menschen in Friedrichshain und Kreuzberg besaßen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein nur ein geringes Einkommen und verfügten über wenig Freizeit. Vor 1918 war für die Masse der Beschäftigten noch der Zehn-Stunden-Arbeitstag die Regel, und Urlaub gab es allenfalls für zwei Wochen im Jahr. In der Zwischenkriegszeit hatten die vielen Arbeitslosen kaum das Geld für kostspielige Vergnügungen. Einem durchschnittlichen großstädtischen Arbeiterhaushalt standen in den Jahren 1927/28 monatlich nur 5,68 Reichsmark für Information, Bildung, kulturelle Bedürfnisse und gesellige Aktivitäten aller Familienmitglieder zur Verfügung.¹ Und doch – oder gerade deshalb – war der Berliner Osten traditionell ein Ort des Vergnügens. Soziale Not und das Bedürfnis nach Zerstreuung standen in einem direkten Zusammenhang.² Dabei erschöpfte sich das großstädtische Vergnügen nicht allein in der systemstabilisierenden Funktion, die ihm in der Denktradition der linken Kulturkritik häufig beigemessen wurde. Vielmehr brachten die Großstadtbewohner ihre eigenen Vergnügungen hervor – nicht selten im Konflikt mit kommunalen und staatlichen Autoritäten. Zudem setzten die großstädtischen Vergnügungsangebote zahlreiche Menschen in Lohn und Brot. Das moderne Vergnügen generierte also neue Arbeit und diente den einfachen Menschen als Emanzipationsraum.³

Kneipen, Kinos und Theater waren die wichtigsten Orte dieses »Kiezvergnügens«.⁴ Ergänzt wurden diese permanenten Vergnügungsorte jedoch durch temporäre Vergnügungen. Dies waren neben den zahlreichen Rummeln und Zirkussen, die durch die Metropole tourten, vor allem die Feste, die einen wesentlichen Bestandteil des Kiezvergnügens darstellten und das Jahr strukturierten. Die Bandbreite der Feste war groß: Es gab auch in den vermeintlich anonymen Berliner Mietskasernen regelmäßig Hoffeste mit einem teilöffentlichen Charakter, an denen sich alle Mieter eines Hauses beteiligten. Auf lokaler Ebene mobilisierten zahlreiche Straßen- und Stadtteilstädte den gesamten Kiez. Darüber hinaus gab es schließlich einige Feste, die Besucher aus ganz Berlin anlockten. Das mit Abstand

1 Diese Berechnungen gehen auf Erhebungen des Statistischen Reichsamts von 1927/28 zurück. Vgl. Karl Christian Führer, *Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930-1960*, Hamburg 2008, S. 42.

2 Vgl. Uebel, *Viel Vergnügen*, S. 8.

3 Vgl. Maase, *Grenzenloses Vergnügen*, v. a. S. 58-63.

4 Vgl. Hochmuth/Niedbalski, *Kiezvergnügen in der Metropole*.

populärste Berliner Volksfest war der Stralauer Fischzug, dessen Tradition bis in das 16. Jahrhundert zurückreichte.⁵

Im 19. Jahrhundert zog der Stralauer Fischzug Zehntausende Berliner auf die kleine Halbinsel, die damals noch vor den Toren der Stadt lag und 1920 ein Teil von Friedrichshain wurde. Nachdem der Fischzug im Nationalsozialismus politisch stark instrumentalisiert worden war,⁶ wurde er unter sozialistischen Vorzeichen in Ost-Berlin wiederbelebt, wie im Folgenden gezeigt werden soll.⁷ Die propagierte sozialistische Volkskunst stand jedoch in einem ständigen Spannungsverhältnis mit dem traditionellen Volksfestcharakter des Stralauer Fischzugs, so dass das Fest 1963 eingestellt und seine Funktion vom ND-Pressfest übernommen wurde. Am Beispiel des Pressefests soll gezeigt werden, wie den privaten Vergnügungsbedürfnissen der Ost-Berliner in den 1970er und 80er Jahren immer mehr Platz eingeräumt wurde, während sich der politische Anspruch des Fests immer stärker ritualisierte. Mit einem ganz anderen politischen Anspruch wurden in Kreuzberg zum selben Zeitraum schließlich mehrere neue Straßenfeste ins Leben gerufen. Doch auch diese Feste unterlagen den Dynamiken der Vergnügungskultur, wie abschließend am Beispiel des Chamissoplatzfests gezeigt werden soll, das in den 1980er Jahren eines der wichtigsten alternativen Kreuzberger Straßenfeste war.

Traditionelle Festkultur: Der Stralauer Fischzug

Der Stralauer Fischzug geht auf das Jahr 1574 zurück. Damals bestimmte Kurfürst Johann Georg (1525-1598) den Bartholomäustag am 24. August zum Ende der Schonzeit für den Fischfang in der Spree. Die Eröffnung

5 Zur wechsellvollen Geschichte des Stralauer Fischzugs allgemein vgl. Hans-Jürgen Wesener, Der Stralauer Fischzug im Spiegel der Jahrhunderte, in: Berlinische Monatsschrift 2 (1993) H. 8, S. 25-30.

6 Zum Stralauer Fischzug während des Nationalsozialismus vgl. Hans-Jürgen Wesener, Der Stralauer Fischzug im Zeichen dirigistischer Kulturpolitik. Wiederbelebungsvorhaben des alten Berliner Volksfests im Dritten Reich und im real existierenden Sozialismus, in: Luisenstädtischer Bildungsverein (Hg.), Streifzüge durch die Berliner Kulturgeschichte. Von Bräuchen und Missbräuchen, Festen und Feiern, Gewohnungen und Gewohnheiten, Berlin 1993, S. 35-45.

7 Zur Geschichte des Stralauer Fischzugs in der DDR vgl. insbesondere die einschlägigen Arbeiten von Cornelia Kühn. Vgl. Cornelia Kühn, Sozialistische Folklore? Der Stralauer Fischzug in Berlin zwischen 1954 und 1962, in: Deutschland Archiv 44 (2011) H. 4, S. 561-569; sowie Dominik Kleinen/Cornelia Kühn, Heimatfest und Freundschaftsfeier. Die Inszenierung von Heimatgeschichte in Berliner Volksfesten der 1950er- und 1960er-Jahre, in: Zeitschrift für Volkskunde 108 (2012) H. 2, S. 215-245.

der neuen Fischereisaison bis Ostern war mit einem festen Ritual verknüpft: Der erste Fang ging immer an den Rat der Stadt Berlin und an den Dorfpfarrer von Stralau, und erst den letzten Fang durften die Stralauer Fischer behalten. Im Gegenzug gab es vom Rat der Stadt eine halbe Tonne Bier und ein einfaches Essen.⁸ Hieraus entwickelte sich im Laufe der Jahrhunderte ein lokales Volksfest, das Ende des 18. Jahrhunderts auch die Aufmerksamkeit des preußischen Herrscherhauses auf sich zog. Seine Blütezeit erlebte der Stralauer Fischzug im Vormärz, nicht zuletzt durch die populären Beschreibungen Adolf Glasbrenners (1810–1876).⁹ So lockte das Volksfest im Jahr 1841 mehr als 50.000 Besucher an, die sich auf der Halbinsel vor den Toren der Stadt bei Picknick, Bier und Schnaps ausgiebig vergnügten.¹⁰ Trotz starker Polizei- und Militärpräsenz kam es dabei immer wieder zu Schlägereien, Verwüstungen und Sittenverstößen. Dies führte dazu, dass das Fischerfest 1873 vom Stralauer Amtsvorsteher verboten wurde. Zugleich hatte sich durch die Industrialisierung der Charakter der Halbinsel Stralau gewandelt. Aus der Sommerfrische im Grünen war ein Fabrikdorf geworden.¹¹

In den 1920er Jahren bemühte sich der »Verein zur Erhaltung des historischen Fischzuges von Stralau e. V.«, das Volksfest wieder aufleben zu lassen. Erstmals fand so 1923 ein historischer Festzug nach Stralau statt.¹² Hieran knüpften auch die nationalsozialistischen Machthaber an, die den Stralauer Fischzug seit 1935 für ihre propagandistischen Zwecke nutzten.¹³ Die Reichshauptstadt brauchte aus Reputationsgründen ein traditionsreiches Volksfest, auf dem die nationalsozialistische Volksgemeinschaft inszeniert werden konnte. Auf dem Stralauer Fischzug sollten die Arbeitskraft, der Leistungswillen und die Wehrbereitschaft der Deutschen beschworen werden. So fanden 1936 im Rahmen des Volksfestes Gefechtsübungen an beiden Ufern der Spree statt. Zugleich diente der Stralauer Fischzug auch als Unterhaltungsprogramm im Kontext der Olympischen Spiele von 1936.¹⁴ In einem historischen Festumzug mit 40 Wagen und 50 Marschgruppen wurden die Feierlichkeiten zur 700-Jahr-Feier Berlins vorweggenommen, allerdings unter Ausblendung der slawischen Zeit.¹⁵ Im anschließenden Jubiläumsjahr 1937 nahmen sogar 4200 Akteure am Festumzug teil, von de-

8 Vgl. Wesener, *Der Stralauer Fischzug im Spiegel der Jahrhunderte*, S. 25–27.

9 Vgl. Kleinen/Kühn, *Heimatfest und Freundschaftsfeier*, S. 220.

10 Vgl. Wesener, *Der Stralauer Fischzug im Spiegel der Jahrhunderte*, S. 27 f.

11 Vgl. ebd., S. 29.

12 Vgl. Kleinen/Kühn, *Heimatfest und Freundschaftsfeier*, S. 221.

13 Organisiert wurde das Fest durch das Institut für deutsche Wirtschaftspropaganda. Vgl. ebd., S. 221.

14 Vgl. Wesener, *Der Stralauer Fischzug im Spiegel der Jahrhunderte*, S. 30.

15 Zur 700-Jahr-Feier Berlins vgl. Thijs, *Drei Jubiläen, eine Stadt*.

nen mehr als die Hälfte die Zeit des Dritten Reiches darstellten. Während des Krieges wurde der Stralauer Fischzug schließlich eingestellt.¹⁶

Die Wiederbelebung des Stralauer Fischzugs erfolgte 1954 im Kontext der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz. Durch das traditionsreiche Volksfest wollte der Magistrat von Ost-Berlin an die Einheit der gesamten Stadt appellieren und zugleich seinen kulturellen Überlegenheitsanspruch demonstrieren. Im Vergleich zur »westlichen Unterhaltungsindustrie« sollte die DDR als Staat mit kulturvoller Unterhaltung unter eifriger Beteiligung der »Werk tätigen« präsentiert werden. Die Kulturverantwortlichen des Magistrats setzten ganz auf die deutsche Volkskunst und deuteten das Fest unter Verwendung traditioneller Folklore ideologisch um. Auf dem Stralauer Fischzug wurden nun Trachtenschauen, Volkstänze und Handwerksvorführungen gezeigt.¹⁷

Auch der ebenfalls wiederbelebte historische Festumzug passte in das zeitgenössische Kulturkonzept der SED.¹⁸ So stellte der Umzug, der am 22. August 1954 vom Strausberger Platz bis nach Stralau führte, die gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus im Sinne der marxistischen Geschichtstheorie dar. Die Herolde zu Beginn machten mit ihren Fanfaren nicht nur auf den Umzug aufmerksam, sondern verdeutlichten auch das Feudalsystem, das in Gestalt der Fischereiabgaben am Anfang des Stralauer Fischzuges gestanden hatte. In Kostümen der Komischen Oper repräsentierten die 400 Teilnehmer des Festumzuges anschließend die entscheidenden historischen Stationen auf dem Weg zum Sozialismus: den Aufenthalt von Karl Marx in Stralau 1837, die Berliner Revolutionäre von 1848, die streikenden Arbeiter der Stralauer Glashütte und die Spartakuskämpfer der Novemberrevolution. Den krönenden Abschluss bildeten die Schauwagen der Friedrichshainer Betriebe, die von den Erregenschaften des Sozialismus künden sollten.¹⁹

Als der Zug in Stralau ankam, warteten dort bereits Tausende Besucher aus Ost- und West-Berlin. Doch die Versorgungsstände öffneten erst um 15 Uhr, und schon um 17 Uhr waren alle Getränke und Speisen ausverkauft.²⁰ Auch der angekündigte Fährverkehr nach Treptow und zur Insel der Jugend funktionierte nicht, so dass es schwierig war, auf die Halbinsel

16 Vgl. Wesener, *Der Stralauer Fischzug im Zeichen dirigistischer Kulturpolitik*, S. 41.

17 Vgl. Kühn, *Sozialistische Folklore*, S. 561-569.

18 Vgl. ebd.

19 Im Folgejahr weigerten sich einige der Teilnehmerinnen jedoch, Arbeiterinnen zu spielen, da sie lieber in historischen Kleidern auftreten wollten. Bericht über den Stralauer Fischzug 1955, 1.9.1955, LArch C Rep. 135-01 Nr. 357, Bd. 1, Bl. 1-24, hier 18 f.

20 Vgl. Kühn, *Sozialistische Folklore*, S. 565.

zu gelangen.²¹ Obwohl letztlich über 200.000 Menschen das zweiwöchige Fest besuchten, übergab der Magistrat angesichts der Eröffnungspleite die Verantwortung für die Durchführung des Stralauer Fischzuges fortan an den Rat des Stadtbezirkes Friedrichshain.²² Doch auch der Bezirk war mit der Organisation des Volksfestes in den Folgejahren oft überfordert. Die Organisatoren der Kulturabteilung des Stadtbezirks Friedrichshain standen bei der Festgestaltung vor erheblichen Schwierigkeiten, wie Cornelia Kühn pointiert zusammenfasst: »Sie mussten den kulturpolitischen Richtlinien und dem Erwartungsdruck der Besucher gerecht werden sowie dem Desinteresse der Massenorganisationen und der Überlastung der Betriebe und der (Betriebs-)Kulturgruppen begegnen.«²³ Durch den kulturpolitischen Wandel der späten 1950er Jahre gingen die Erwartungen nur noch weiter auseinander. Im Kontext des »Bitterfelder Weges« wurde der Stralauer Fischzug 1958 erstmals als »sozialistisches Kulturfest« bezeichnet.²⁴ An die Stelle der sozialistischen Folklore traten nunmehr Agitationstafeln,²⁵ und statt des Festumzuges gab es einen Festkorso auf der Spree, auf dem Friedrichshainer Betriebe ihre Produktionsergebnisse präsentierten.²⁶

Gleichzeitig gab es am Eingang des Festgeländes jedes Jahr auch einen Rummelplatz mit Karussells, Buden und zahlreichen Imbissständen, die Aale und saure Gurken verkauften. Die Schausteller erfreuten sich in den Augen der Verantwortlichen des Bezirkes eines viel zu großen Zuspruchs, während es jedes Jahr erneut schwierig war, die Betriebsensembles für das Festprogramm zu motivieren. 1959 hieß es in einer internen Auswertung, es gebe zu viele Schaustellerbuden und zu viel »Rummelcharakter«, wodurch der positive Eindruck der Kulturveranstaltungen zerstört werde.²⁷ Hinzu kamen jedes Jahr Klagen über deviante Jugendliche, die das Fest durch »rowdyhaftes« Benehmen stören würden.²⁸ In der Logik des Kalten Krieges

21 Siehe Berliner Zeitung, 24. August 1954.

22 Vgl. Wesener, *Der Stralauer Fischzug im Zeichen dirigistischer Kulturpolitik*, S. 43.

23 Kühn, *Sozialistische Folklore*, S. 566.

24 Vgl. ebd. Zum »Bitterfelder Weg« vgl. Simone Barck, *Bitterfelder Nachlese. Ein Kulturpalast, seine Konferenzen und Wirkungen*, Berlin 2007.

25 Einige davon sind abgebildet in einem Fotoalbum zum Stralauer Fischzug 1957, FHXB Alben zur Geschichte des Bezirks Friedrichshain.

26 Vgl. Kleinen/Kühn, *Heimatfest und Freundschaftsfeier*, S. 227.

27 Vorlage an das Büro der Kreisleitung Friedrichshain vom Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, 17.10.1959: Auswertung des Stralauer Fischzuges 1959 und die Vorschläge für die weitere Entwicklung zum soz. Volksfest im Rahmen des Siebenjahrplanes LArch C Rep. 121 – Magistrat von Berlin, Abt. Kultur, Nr. 1095 Stralauer Fischzug, 1955-1956, Bl. 2-8.

28 Vgl. Kühn, *Sozialistische Folklore*, S. 568.

vermuteten die Festverantwortlichen in diesen Jugendlichen stets West-Berliner Provokateure, dabei war das altbekannte Problem zu einem guten Teil hausgemacht. Die jugendlichen Besucher fanden auf dem Stralauer Fischzug immer weniger passende Angebote, denn für den Rat des Stadtbezirks stand fest: »Konzessionen an den sogenannten Publikumsgeschmack werden nicht geduldet«. ²⁹ Ein unpolitisches Vergnügen war in der ostdeutschen »Erziehungsdiktatur« der 1950er/60er Jahre nicht vorgesehen.

Letztlich scheiterte der Stralauer Fischzug am dauerhaften Widerspruch zwischen den kulturpolitischen Richtlinien und den Vergnügungswünschen der Festbesucher. ³⁰ Trotz einiger Experimente am Format, mehrfachen Terminverschiebungen und einer Verdreifachung der Ausgaben gelang es den Festverantwortlichen nicht, die eigenen Ansprüche mit den Erwartungen des Publikums in Einklang zu bringen. ³¹ Dies führte zu Enttäuschungen auf beiden Seiten: Die beabsichtigte Ideologisierung des Stralauer Fischzugs funktionierte nicht und verstärkte das Desinteresse am Fest, das Jahr für Jahr immer weniger Besucher anzog. ³² Nach dem Mauerbau galt die exponierte Lage der Halbinsel nahe der Spreegrenze zudem als Sicherheitsrisiko. So fand im September 1962 der letzte Stralauer Fischzug statt. An seine Stelle trat fortan das wenige Jahre zuvor ins Leben gerufene Pressefest des *Neuen Deutschland*. ³³

Sozialistische Festkultur: Das ND-Pressesfest

Das Pressefest des *Neuen Deutschland* (kurz ND-Pressesfest genannt) wurde seit 1958 veranstaltet und war über drei Jahrzehnte hinweg das größte

²⁹ Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, Abt. Kultur, Konzeption zum Stralauer Fischzug 1959, 13.3.1959, LArch C Rep. 135-15, Nr. 52, Bl. 15.

³⁰ Vgl. Kühn, Sozialistische Folklore, S. 568.

³¹ Vgl. Wesener, Der Stralauer Fischzug im Zeichen dirigistischer Kulturpolitik, S. 44.

³² Vgl. die Tabelle zur Zuschauerentwicklung des Stralauer Fischzugs bei Kühn, Sozialistische Folklore.

³³ So hieß es in einem Dokument zur zukünftigen Planung und Entwicklung der kulturellen Massennarbeit des Stadtbezirkes Friedrichshain vom Dezember 1961. »Der Stralauer Fischzug ist nicht mehr durchzuführen. Der traditionelle Kerngedanke, die künstlerische Selbstbetätigung, verbunden mit unmittelbarer politischer Aussage, kann auch von anderen Volksfesten verwirklicht werden. Diese Volksfeste sollen an den inzwischen zur Tradition gewordenen Feiertagen, am 1. Mai, 8. Mai, 7. Oktober und außerdem zum ND Pressesfest im Juni jeden Jahres sowie zum Pressefest des Friedrichshainers Anfang September, im Volkspark Friedrichshain stattfinden.« Rat d. Stadtbezirks Friedrichshain, Abt. Kultur, Vorlage für das Büro der Kreisleitung der SED, 20.12.1961, LArch C Rep. 135-1, Nr. 362, Bd. 6, Bl. 1-5, hier 1f.

Volksfest in Ost-Berlin.³⁴ Es wurde vom publizistischen »Zentralorgan der SED« ausgerichtet und sollte die Verbundenheit der Partei mit allen Werktätigen zum Ausdruck bringen, indem es die Journalisten des ND mit ihren Lesern zusammenführte.³⁵ Hatten beim Stralauer Fischzug unliebsame Elemente der traditionellen großstädtischen Festkultur immer noch eine Restexistenz geführt und den erhofften sozialistischen Charakter des Volksfestes unterminiert, bot das ND-Pressesfest die Chance zu einem Neuanfang ohne solche Traditionsbestände. Passend dazu wurde das erste ND-Pressesfest am 29. Juni 1958 auf der Stalinallee veranstaltet.³⁶ Die neue sozialistische Vorzeigestraße bot den angemessenen Rahmen für das neue sozialistische Volksfest.

Das ND-Pressesfest sollte »ein großes Fest der Kultur, des Sports, des Tanzes, der Freude und des Humors sein«.³⁷ Zahlreiche Volkstanzensembles traten auf, Radsportler fuhren Rennen um den Strausberger Platz, Kinder konnten in einem eigens eingerichteten Pressesfest-Kindergarten abgegeben werden und zum Abschluss lockte ein Riesenfeuerwerk über der Stalinallee. Die »Mischung aus Volksfest und politischer Kundgebung«³⁸ erwies sich als großer Erfolg: 300.000 Berliner kamen zu mehr als 200 Veranstaltungen auf 30 verschiedenen Plätzen. Das *Neue Deutschland* bewertete das Pressesfest als »Durchbruch zur Erhöhung der Popularität und Autorität der führenden Zeitung unserer Partei«,³⁹ und die *Berliner Zeitung* betrachtete die internationale Großkundgebung mit Otto Grotewohl als den Höhepunkt des Festes, das auch im Folgejahr mit einer klar politischen Ausrichtung wiederholt wurde.⁴⁰ Dieses Mal traten Armee-Ensembles aus der UdSSR, der Tschechoslowakei, Polen und der DDR auf, der Siebenjahrplan wurde in Bildern inszeniert und die Bezirke der DDR gestalteten eine große Freiluftausstellung unter dem Motto »Der Sozialismus siegt«.⁴¹

34 Zum ND-Pressesfest gibt es bislang kaum wissenschaftliche Literatur, was angesichts der Bedeutung des Volksfestes verwundert. Knappe Hinweise auf das Fest enthält lediglich Ciesla/Külow, *Zwischen den Zeilen*, S. 129-131.

35 Stefan Sommer, *Lexikon des Alltags der DDR*, Berlin 1999, S. 239. Zum ND siehe auch S. 136-141 im vorliegenden Buch.

36 Burghard Ciesla und Dirk Külow datieren das erste ND-Pressesfest falsch auf den 1. Juni 1958. Vgl. Ciesla/Külow, *Zwischen den Zeilen*, S. 129. Den Anlass für das erste ND-Pressesfest bildete der 110. Jahrestag des Erscheinens der von Karl Marx begründeten und geleiteten *Neuen Rheinischen Zeitung*. Siehe *Neues Deutschland*, 3. Juli 1958, S. 2.

37 *Neues Deutschland*, 10. Mai 1958, S. 3.

38 Ciesla/Külow, *Zwischen den Zeilen*, S. 130.

39 *Neues Deutschland*, 3. Juli 1958, S. 2.

40 *Berliner Zeitung*, 1. Juli 1958, S. 6.

41 Siehe *Neues Deutschland*, 4. Juni 1959, S. 8.

Die Stalinallee erwies sich auf längere Sicht als ungeeignet für die Vorbereitung und Ausrichtung einer solchen großen Festveranstaltung. So wurde das ND-Pressesfest 1961 in den nahe gelegenen Volkspark Friedrichshain verlegt, »um den Berlinern und allen anderen Gästen im weiten Grün Stunden echter Erholung, Freude und Entspannung zu bereiten«. ⁴² Die 50 Hektar große Parkanlage bot mit ihren zahlreichen Freiflächen weitaus mehr Platz für die Ausrichtung des Volksfestes, das von nun an jedes Jahr im Volkspark Friedrichshain veranstaltet und auf zwei Tage ausgedehnt wurde. ⁴³ Im Hain befand sich seit 1950 eine große Freilichtbühne mit 2000 Plätzen, die für Konzerte und Versammlungen im Rahmen des Pressesfests genutzt werden konnte. ⁴⁴ Zudem bot der 1840 eingeweihte Volkspark zahlreiche Anknüpfungspunkte an die Geschichte der Arbeiterbewegung. Gleich neben dem Friedhof der Märzgefallenen und der Opfer der Novemberrevolution knüpfte die SED auf dem ND-Pressesfest an die proletarischen Traditionen Berlins an und demonstrierte ihre Verbundenheit mit der Arbeiterklasse.

Auf dem Pressesfest warb das *Neue Deutschland* um die Gunst seiner Leser und der Bevölkerung. Im zentral gelegenen Pressezentrum gewährten die Zeitungsmacher einen »Blick hinter die Kulissen der ›schwarzen Kunst‹«. ⁴⁵ Eine Ausstellung zeigte einen Fernschreiber, das funktionstüchtige Modell einer modernen Rotationsmaschine und einen Tiegeldruckautomaten. Nebenan beantworteten Redakteure und Korrespondenten des ND, unter ihnen Chefredakteur Hermann Axen (1916-1992), die Fragen interessierter Besucher. ⁴⁶ Darüber hinaus versammelten sich im Pressezentrum die Vertreter von befreundeten sozialistischen Tageszeitungen aus aller Welt – von der *Prawda* aus Moskau bis zur *l'Humanité* aus Paris. Auf diese Weise wurde die Welt in die Stadt geholt. Doch nicht nur die internationale Solidarität wurde beschworen. Das ND-Pressesfest besaß bis zum Mauerbau auch noch einen gesamtdeutschen Anspruch. So bilanzierte das ND im Juni 1961: »Kopf an Kopf lauschten Tausende von Berlinern aus beiden Teilen der Stadt den Darbietungen auf 20 Bühnen und Plätzen während des IV. ND-Pressesfests im Volkspark am Friedrichshain.« ⁴⁷

42 Neues Deutschland, 18. Mai 1961, S. 8.

43 Nur zweimal – 1979 und 1984 – fiel das ND-Pressesfest aus, weil zur selben Zeit das Nationale Jugendfestival der FDJ veranstaltet wurde. Vgl. Ciesla/Külow, Zwischen den Zeilen, S. 131.

44 Vgl. Lischke, Der Volkspark Friedrichshain, S. 56; Sabine Molter, Friedrichshain und Prenzlauer Berg. Rund um den Volkspark Friedrichshain, Berlin 1991. Zum Volkspark Friedrichshain siehe auch S. 49 im vorliegenden Buch.

45 Berliner Zeitung, 5. Juni 1961, S. 1.

46 Siehe ebd.

47 Neues Deutschland, 5. Juni 1961, S. 1.

Trotz des Mauerbaus wurde das ND-Pressesfest in den Folgejahren immer größer und bedeutender, zumal es nun gänzlich die Funktion des Stralauer Fischzugs übernahm und einen überregionalen Charakter beanspruchte.⁴⁸ Der Rundfunk und das Fernsehen der DDR übertrugen live vom Pressesfest, das die gesamte Breite der Kultur in der DDR repräsentieren sollte:

»Da waren die Künstler von Oper, Bühne, Film und Varieté, die Volkskunstensembles und die Sportler, ohne die kein Pressesfest zu denken ist. Da waren die Armeeorchester aus Volkspolen und der ČSSR, das der zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte und das des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR. Junge und alte Talente standen auf den Bühnen und kündeten von den Erfolgen auf dem Bitterfelder Weg, von der Gemeinschaft zwischen Berufs- und Laienkünstlern und vom sozialistischen Lebensgefühl, das Tausende neue schöpferische Kräfte geweckt hat.«⁴⁹

Als sozialistisches Volksfest sollte das ND-Pressesfest zu Beginn der 1960er Jahre nicht in erster Linie dem Vergnügen dienen, sondern kulturvolle Unterhaltung bieten. Im Sinne des zitierten »Bitterfelder Weges«⁵⁰ war dabei wichtig, dass das Kulturprogramm nicht ausschließlich von professionellen Künstlern bestritten wurde, sondern dass sich eine Vielzahl von Laienkünstlern aus den Betrieben und aus den Streitkräften an der Gestaltung des Festes beteiligte. Auch beim ND-Pressesfest sollte die Kluft zwischen Kunst und Leben aufgehoben werden. Die Besucher sollten das Programm nicht nur konsumieren, sondern aktiv daran teilhaben.

Das Programm des Pressesfests wurde indes immer unübersichtlicher. Das ND wurde nicht müde, auf die zahlreichen Wahlmöglichkeiten hinzuweisen, und hob in den Tagen vor dem jeweiligen Pressesfest die sogenannten »Knüller« im Festprogramm hervor. Über diese Vorabberichte und die ausführlichen Veranstaltungsinformationen an den eigentlichen Festtagen lässt sich das Programm des ND-Pressesfests gut rekonstruieren (Abb. 19).

Einerseits gab es Programmpunkte, die sich über drei Jahrzehnte hinweg kaum veränderten und einen festen Bestandteil des ND-Pressesfests bildeten: Neben dem Pressezentrum am großen Schwanenteich waren

48 Rat d. Stadtbezirks Friedrichshain, Abt. Kultur, Vorlage für das Büro der Kreisleitung der SED, 20.12.1961, LArch C Rep. 135-1, Nr. 362, Bd. 6, Bl. 1-5, hier 1f.

49 Neues Deutschland, 18. Juni 1963, S. 8.

50 Der 1959 verkündete »Bitterfelder Weg« sollte Werktätigen den Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen, indem Arbeiter selbst »zur Feder griffen« und Künstler die Arbeit in den volkseigenen Betrieben zu ihrem Gegenstand wählten. Vgl. Barck, Bitterfelder Nachlese.

dies vor allem die verschiedenen Angebote des Breitensports. Radrennen, Laufwettbewerbe, Turnübungen, Amateurboxkämpfe und Großschachturniere mobilisierten die Bevölkerung und propagierten ein gesundes Leben. Mal- und Bastelstraßen hielten die Kinder bei Laune, während sich die Eltern die Modenschauen Berliner Konfektionsbetriebe am Märchenbrunnen anschauten. Prominente Schriftsteller gaben Lesungen und signierten Bücher. Die SED informierte über aktuelle Kampagnen und warb für die Freiheitskämpfe des ANC, der PLO oder der Sandinisten in Nicaragua. Im Zeichen der internationalen Solidarität stand schließlich auch die große Tombola des ND-Pressefestes, die sich bei den Besuchern jedes Jahr großer Beliebtheit erfreute – nicht zuletzt weil es hier einen PKW Trabant zu gewinnen gab.

Andererseits wies das Programm des Pressefestes aber auch einen deutlichen Wandel auf. So wurde der Präsentation von Militärtechnik von Jahr zu Jahr ein immer größerer Raum geschenkt. Die Nationale Volksarmee (NVA) zeigte ihre neuesten Waffen und ließ Kinder in Panzerwagen steigen, die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) lud zu Schießübungen ein und die Volkspolizei stellte die Fähigkeiten ihrer Polizeihunde unter Beweis. Dabei dienten die Militärübungen nicht nur der Nachwuchsrekrutierung und der Demonstration von Wehrbereitschaft, sondern auch der Unterhaltung. Dies galt insbesondere für die jüngeren Besucher des Pressefestes, die aus einer Mischung aus Schaulust und Faszination in Scharen zu den Militärvorführungen strömten. Damit lagen die Vorführungen ganz im Trend der stärkeren Unterhaltungsorientierung, die das Pressefest seit den 1970er Jahren kennzeichnete.

Aus dem sozialistischen Volksfest wurde mehr und mehr ein temporärer Vergnügungspark. So versprach das ND 1971: »Das Programm hält für die ganze Familie Attraktionen und Überraschungen in Fülle bereit, Entspannung und Vergnügen sind Trumpf auf dem großen Volksfest des ›Neuen Deutschland‹ und der Berliner.«⁵¹ Zwar gab es auf dem Pressfest weiterhin politische Programmpunkte wie eine Ausstellung zur Vorbereitung des VIII. Parteitags der SED, doch wurde den Interessen und Bedürfnissen der Festbesucher inzwischen immer stärker Rechnung getragen. Auf den Bühnen wurde mehr Tanz- und Unterhaltungsmusik gespielt, ein Weinrestaurant am Märchenbrunnen versprach französische Lebensart, eine Oldtimer-Parade zog die Technikbegeisterten an und ein Bücher- und Plattenbasar des Centrum Warenhauses bot die Möglichkeit, begehrte Literatur und Musik zu erwerben.⁵² Die Veranstalter des

⁵¹ Berliner Zeitung, 8. Juni 1971, S. 8.

⁵² Siehe Neues Deutschland, 9. Juni 1971, S. 8.

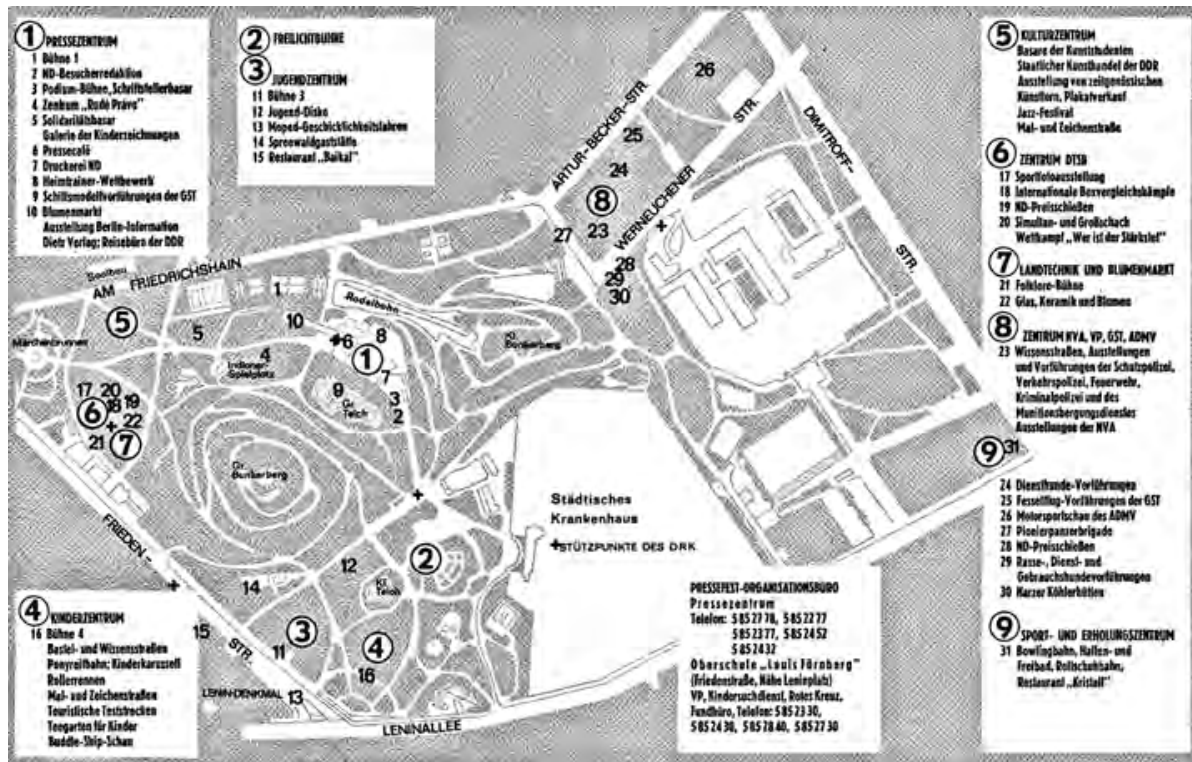


Abb. 19: Lageplan des ND-Pressefests (1981), Neues Deutschland, 16. Juni 1981

Pressefests erkannten die Konsumwünsche der Besucher in zunehmendem Maße an und versuchten, sie durch vielfältige Konsumangebote zu befriedigen, die immer offener beworben wurden:

»[...] allein an den Verkaufsständen für Bücher, Schallplatten, Sportartikel, Spielzeug, Getränke, Imbiß, Naschereien, Blumen, Souvenirs und vieles andere sind rund 1000 Frauen und Männer vom Handel auf ihre Gäste vorbereitet. Übrigens, im vergangenen Jahr wurden so viele Bockwürste verkauft, daß sie aneinandergereiht eine Kette vom Pressezentrum bis zur Spitze des Fernsehturms ergeben hätten. Aber natürlich geht es nicht nur um die beliebte Berliner Wurst. Spezialitäten von Geflügel und Fisch sowie Gegrilltes werden angeboten. Der erzgebirgische Meiler, die Harzer Köhler-Hütten und auch die Spreewälder Folklore-gaststätte haben sich gut vorbereitet. Es sind außerdem über tausend zusätzliche Gaststättenplätze geschaffen worden. An jeder größeren Bühne befindet sich ein Versorgungszentrum, in dem Erfrischungen und Imbiß zu haben sind. Man kann sich also in aller Gemütsruhe den vielen bunten Programmen hingeben.«⁵³

53 Neues Deutschland, 4. Juni 1977, S. 8.

Beim ND-Pressesfest in der Hauptstadt sollte es keinen Mangel geben. Der Ausbau der Gastronomie beschränkte sich dabei nicht allein auf die zwei Junitage des Pressesfests. Der Volkspark Friedrichshain wurde ein Ort des permanenten Vergnügens. Hierfür wurde die Parkanlage von 1969 bis 1973 aufwendig umgestaltet. Am großen Schwanenteich entstand ein Freizeitzentrum mit Kegelbahn, Tischtennis, Minigolf und Schachfeld.⁵⁴ Zudem wurden erstmals zwei dauerhafte Biergärten im Hain geschaffen: Die »Harzer Köhlerhütte« und das »Spreewaldhaus« etablierten sich als zentrale Biertempel Ost-Berlins, wo es – so die gängige Meinung – die besten »Goldbroiler« der Hauptstadt gab.⁵⁵ Zugleich warben sie für zwei beliebte Urlaubsregionen in der DDR. Der ausgiebige Konsum sollte somit das Heimatbewusstsein stärken. Der Wandel des ND-Pressesfests und der Ausbau des Volksparks Friedrichshain zum Ort des Vergnügens stehen insofern beispielhaft für die neue Konsumpolitik in der Ära Honecker, die mit Zugeständnissen an den Publikumsgeschmack die Loyalität der eigenen Bevölkerung gewinnen wollte.⁵⁶

Ein weiteres Resultat der staatlichen Vergnügungspolitik im Volkspark Friedrichshain war das Sport- und Erholungszentrum (SEZ), das als »Geschenk an die Berliner Bevölkerung« vor den Volkskammerwahlen am 14. Juni 1981 durch ein schwedisches Architektenteam errichtet wurde.⁵⁷ Es bot ein spektakuläres Wellenbad, eine Sauna, ein Solarium, eine Bowlingbahn, eine Turnhalle, mehrere Fitnessräume und eine Rollschuhbahn, die im Winter zur Eislaufhalle umfunktioniert wurde.⁵⁸ Die Kombination aus Sportstätte, Spaßbad und Gaststättenkomplex lockte täglich bis zu 15.000 Besucher an.⁵⁹ Durch die Fernsehsendung »Medizin nach Noten« war das SEZ weit über Ost-Berlin hinaus bekannt.⁶⁰ Es kamen

54 Dabei handelt es sich um das heutige Café »Schönbrunn« in der Parkmitte zwischen den beiden Bergen.

55 Vgl. Lischke, *Der Volkspark Friedrichshain*, S. 61. Zur Bedeutung des Brathähnchens, das in der DDR »Goldbroiler« genannt wurde, vgl. Patrice Poutrus, *Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR*, Köln u. a. 2002.

56 Vgl. André Steiner, *Die DDR-Volkswirtschaft am Ende*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 113-129, hier S. 114.

57 Vgl. Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), *Denkmale in Berlin*, S. 45; Moldt, *Friedrichshain*, S. 24.

58 Vgl. Pachmann, *Stadtbezirk Friedrichshain*, S. 45-49. Zum SEZ siehe auch die Materialien aus dem Archiv FHXB Bestand Kurt Bothe sowie Alben zur Geschichte des Bezirks Friedrichshain.

59 Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 24.

60 In der Sendung »Medizin nach Noten« des DDR-Fernsehens wurden in den 1980er Jahren Aerobic-Übungen nach westlichem Vorbild gezeigt.

Besucher aus der ganzen DDR, um sich das Sonderbauvorhaben für die Hauptstadt anzuschauen.⁶¹ 1987 wurde das SEZ erstmals in das ND-Pressfest miteinbezogen. Dabei wurden nicht nur die weitläufigen Außenanlagen mit ihren Minigolfplätzen und Klettergerüsten genutzt, sondern auch das Schwimmbad, wo ein Wettangeln aufblasbarer Schwimmtiere veranstaltet wurde. Auf diese Weise sollte 25 Jahre nach seiner Einstellung der traditionelle Stralauer Fischzug wiederbelebt werden.⁶²

Die Anekdote verdeutlicht die Wiederkehr des Historischen, die 1987 ihren Höhepunkt erreichte. Das ND-Pressfest stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der 750-Jahr-Feier Berlins.⁶³ In zahlreichen Buden wurde ein historisches Marktleben inszeniert; das Restaurantzelt »Zum Pinselheinrich« sollte an den Berliner Grafiker und Maler Heinrich Zille (1858-1929) und sein Alt-Berliner Milieu erinnern; historische Turnübungen und Ruderwettkämpfe luden ein zu einer Reise in die Vergangenheit, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Das Gleiche galt auch für das Unterhaltungsprogramm: Anstelle der gewohnten Militärkapellen des Warschauer Pakts traten nun Formationen wie »Rockhaus« und »Formel I« sowie die britische Gruppe »Equals« auf, während auf anderen Bühnen Dixieland, Bluegrass und Skifflemusik gespielt wurde. Das FDJ-Zentrum bot ein Programm von Rock und Pop über Mode bis hin zu Skateboard-Sportlern; und die Hochseiltruppe Traber zeigte gewagte Artistik mit dem Motorrad in luftiger Höhe.⁶⁴ Es herrschte ein regelrechter Überbietungswettbewerb, denn noch nie war das Angebot auf dem ND-Pressfest mit 5800 Berufs- und Laienkünstlern und 800 Stunden Programm auf 47 Bühnen, Podien und Plätzen so umfangreich gewesen wie 1987. Die *Berliner Zeitung* versprach »nonstop Aktion« und machte damit deutlich, aus welcher Richtung der Wind inzwischen wehte.⁶⁵

Die neuartige Mischung aus historisierender Folklore und westlicher Unterhaltung verfehlte nicht ihre Wirkung. Mit offiziell 460.000 Besuchern verzeichnete das ND-Pressfest von 1987 einen neuen Besucherrekord.⁶⁶ Wie in jedem Jahr wurden die hohen Besucherzahlen im

61 In der Nähe des SEZ sollte zudem noch ein Haus der Jugend mit Gaststätten, Diskotheken, Lese- und Konzertsälen und einem Jugendhotel entstehen. Aus Kostengründen wurde der Bau auf der so genannten Drachenwiese an der Werneuchener Straße direkt neben dem Volkspark Friedrichshain jedoch 1988 gestoppt. Vgl. hierzu Moldt, Friedrichshain, S. 24.

62 Siehe *Berliner Zeitung*, 20. April 1987, S. 8.

63 Siehe *Neues Deutschland*, 21. Mai 1987, S. 8. Vgl. hierzu Thijs, *Drei Geschichten, eine Stadt*.

64 Siehe *Berliner Zeitung*, 15. Juni 1987, S. 8.

65 Siehe *Berliner Zeitung*, 12. Juni 1987, S. 12.

66 Siehe *Neues Deutschland*, 15. Juni 1987, S. 1.

ND als Ausdruck der Verbundenheit der Bevölkerung mit der Partei der Arbeiterklasse interpretiert. Doch auch wenn viele Darbietungen auf dem Pressefest als Leistungen des Sozialismus angepriesen wurden, dominierten bei deren Rezeption eher lebensweltliche und vorpolitische Zugänge und Aneignungsweisen.⁶⁷ Im Laufe der 30-jährigen Geschichte des ND-Pressefests mussten die Veranstalter sukzessive anerkennen, dass die Mehrheit der Festbesucher vor allem am Vergnügen interessiert war. Obwohl das ND-Pressefest als sozialistisches Volksfest ins Leben gerufen worden war, das einen Gegenentwurf zum traditionellen Rummelcharakter Berliner Volksfeste darstellen sollte, entwickelte es sich seit den 1970er Jahren zunehmend zu einer kommerzialisierten Unterhaltungs- und Konsumveranstaltung. Politische Propaganda und sozialistische Solidarität blieben zwar weiterhin wichtige Bestandteile des Pressefests, doch wurde dem Vergnügen immer mehr Raum gewährt, indem zahllose Zugeständnisse an westliche Unterhaltungsstandards gemacht wurden.

Zugleich kehrten die Traditionen zurück. Das Pressefest knüpfte nicht nur verstärkt an die Geschichte der Berliner Arbeiter- und Vergnügungskultur an, sondern feierte sich auch zunehmend selbst. Zum 30. ND-Pressefest am 3./4. Juni 1989, das zugleich das letzte in dieser Form sein sollte, startete das ND einen Aufruf an seine Leser und bat um persönliche Erinnerungsstücke aus drei Jahrzehnten ND-Pressefest.⁶⁸ Wie schon bei den Leserfoto-Wettbewerben in den drei Vorjahren sollten die Leser durch neue Partizipationsangebote stärker an die Partei und ihre Zeitung gebunden werden. Neu war hingegen, dass diese Kampagnen nicht mehr in die Zukunft wiesen, sondern in die Vergangenheit. Die eigene Tradition war ein Wert an sich geworden und versprach inzwischen mehr Orientierung als der erlahmte Glaube an den Fortschritt. Das ND-Pressefest kam damit letztlich da an, wo der Stralauer Fischzug aufgehört hatte: Das traditionelle Vergnügen und das Vergnügen an der Tradition lösten das sozialistische Volksfest ab.

Alternative Festkultur: Das Chamissoplatzfest

Auch im Westteil der Stadt wurde nach 1945 die traditionelle Festkultur wiederbelebt. Volksfeste wie die Steglitzer Heimatwoche oder die Maientage in der Hasenheide knüpften an ältere Traditionen an und sollten

⁶⁷ Vgl. von Saldern, *Öffentlichkeiten in Diktaturen*, S. 460.

⁶⁸ Siehe *Neues Deutschland*, 24. Mai 1989, S. 8.

den Berlinern in Zeiten des Wiederaufbaus Vergnügen bereiten.⁶⁹ Dies galt auch für die Kreuzberger Festtage, die seit 1949 im Viktoriapark veranstaltet wurden. Das Volksfest bot Varietévorführungen, Folklore, Gesangsdarbietungen, Tanzgruppen sowie sportliche Darstellungen und zog Zehntausende Berliner an. Das lag nicht zuletzt daran, dass auf den Kreuzberger Festtagen auch Lebensmittel ohne Lebensmittelkarten gekauft werden konnten. Stände mit Fleisch, Kaffee und Kakao erfreuten sich in der Nachkriegszeit großer Beliebtheit.⁷⁰ Die Lust am Vergnügen verknüpfte sich mit existenziellen Bedürfnissen.

In West-Berlin gab es ebenfalls politische Feste, die ein Teil der Systemkonkurrenz in der geteilten Hauptstadt waren. Das deutsch-amerikanische Volksfest an der Clayallee (seit 1961) oder das deutsch-französische Volksfest auf dem Festplatz Tegel (seit 1963) sollten die Verbundenheit mit den West-Alliierten zum Ausdruck bringen und begründeten neue Traditionen in der West-Berliner Festkultur.⁷¹ Hierzu gehörten auch Pressefeste der großen Tageszeitungen. Eine Sonderrolle nahm dabei das Pressefest der *Wahrheit* ein, das für die Zeitung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) warb.⁷² Die Zeitung sowie das Fest wurden großzügig von der Ost-Berliner Schwesterpartei alimentiert, da die *Wahrheit* als Vorposten der SED im Westteil der Stadt dienen sollte.⁷³ So traten in den 1970er und 80er Jahren prominente DDR-Bands wie die »Puhdys« oder »Karat« beim Pressefest der *Wahrheit* in der »Neuen Welt« auf.⁷⁴ Damit knüpfte das Politfest der SEW an die traditionelle Vergnügungskultur in der Hasenheide an, die bereits im 19. Jahrhundert ein zentraler Ort der großstädtischen Vergnügungstopographie gewesen war.⁷⁵ Wie das ND-Pressefest im Ostteil der Stadt fand das Pressefest der *Wahrheit* im Grünen statt. Von der hohen Popularität des zentra-

69 Zur Steglitzer Heimatwoche vgl. Kleinen/Kühn, Heimatfest und Freundschaftsfeier, S. 227-234.

70 Broschüre zu den 37. Kreuzberger Festlichen Tagen 1985, S. 6, Archiv der Tempelhofer Vorstadt.

71 Vgl. Kleinen/Kühn, Heimatfest und Freundschaftsfeier, S. 234-241.

72 Vgl. Detlef Krenz, Die »Wahrheit« – Parteizeitung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin, in: Kreuzberg Museum (Hg.), Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1967-1988, Berlin 2006, S. 179 f.

73 Zur SEW vgl. Thomas Klein, SEW – die Westberliner Einheitssozialisten. Eine »ostdeutsche« Partei als Stachel im Fleische der »Frontstadt«?, Berlin 2009.

74 Zuvor hatte das Pressefest der *Wahrheit* auf dem Gelände des Reichsbahnausbesserungswerks in Berlin-Tempelhof stattgefunden. Vgl. Detlef Krenz, Der Fotograf der Wahrheit, in: Kreuzberg Museum (Hg.), Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1967-1988, Berlin 2006, S. 45-48, hier S. 47.

75 Zur Neuen Welt vgl. Lothar Uebel, Die Neue Welt an der Hasenheide. Über hundert Jahre Vergnügen und Politik, Berlin 1994.

listischen Ost-Berliner Pressefests blieb das SEW-Fest im Konzert der vielstimmigen West-Berliner Festkultur jedoch weit entfernt.

Um 1970 herum entstanden in Kreuzberg einige neue Feste, die anstelle übergreifender politischer Fragen die lokale Stadtteilpolitik in den Mittelpunkt stellten. Das Ziel dieser Straßenfeste war die Generierung einer stadtteilbezogenen Öffentlichkeit vor dem Hintergrund des Sanierungsgeschehens. So fanden die ersten derartigen Feste auch im östlichen Kreuzberg (SO 36) statt, wo die Bewohner als Erste Erfahrungen mit der Sanierung machten. Im Sommer 1969 veranstaltete die Emmaus-Gemeinde ein Straßenfest unter dem Motto »Viele reden über Kreuzberg – wir leben hier«, auf dem Anstecknadeln mit der Aufschrift »I like 36« als positives Identifikationszeichen verkauft wurden.⁷⁶ Am 1. Mai 1972 folgte das erste große Straßenfest auf dem Mariannenplatz, auf dem die Besetzung des ehemaligen Schwesternwohnheims der Diakonissenanstalt Bethanien mit dem »Rauchhaussong« der Band »Ton Steine Scherben« gefeiert wurde.

Vergleichbare alternative Stadtteilstefte gelangten erst später ins westliche Kreuzberg (SW 61), da hier die Sanierung erst später einsetzte. Dieser unmittelbare Zusammenhang zwischen städtebaulicher Veränderung und stadtteilbezogener Festkultur lässt sich auch beim Chamissoplatzfest beobachten. Das erste Mieterfest auf dem Chamissoplatz wurde am 14. August 1977 veranstaltet, als die formale Festlegung als Sanierungsgebiet unmittelbar bevorstand.⁷⁷ Das Fest wurde durch den Planungsbeauftragten des Kreuzberger Bezirksamts ausgerichtet und sollte als Auftakt zur Erörterung der Sanierung am Chamissoplatz dienen. Hierfür warb der Bezirk mit mehreren Infoständen zum Sanierungsgeschehen, auf denen Planungsmodelle ausgestellt wurden.⁷⁸ Vor dem Hintergrund der konfliktreichen Stadterneuerung in SO 36 wollten die Behörden mehr Transparenz zeigen. Doch auch am Chamissoplatz reagierten die Anwohner besorgt und hängten zahlreiche Transparente mit mietenpolitischen Forderungen in ihre Fenster.⁷⁹

Im darauffolgenden Jahr trat der neu gegründete Mieterrat Chamissoplatz erstmals selbst als Veranstalter des Straßenfestes auf, das von nun an regelmäßig im August stattfand. Damit ging die Initiative für das Fest

76 Vgl. Duntze, Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen, S. 122.

77 Siehe auch S. 147f.

78 Vgl. Bremer u. a., Kreuzberg Chamissoplatz, S. 50.

79 Gespräch mit Uwe Hübsch (18.11.2015). Uwe Hübsch (geb. 1956) hat seit Mitte der 1970er Jahre das Sanierungsgeschehen in Kreuzberg als Bezirksverordneter bzw. Bürgerdeputierter der SPD sowie als Mitglied des Mieterrats Chamissoplatz aktiv begleitet.

von den kommunalen Behörden auf die gewählte Betroffenenvertretung über, die ein Gutteil ihrer öffentlichen Zuwendungen für das Chamissoplatzfest verwendete und zahlreiche linke Initiativen dazu einlud. So beteiligten sich neben dem Mieterrat selbst auch die SPD, die SEW und später die AL an der Ausrichtung des Festes. Daneben waren die Evangelische Passionsgemeinde und einige Einrichtungen aus dem MehringHof, darunter die Berliner Geschichtswerkstatt, sowie linke Antiquariate und Buchläden mit Ständen auf dem Chamissoplatzfest vertreten.⁸⁰ Das Fest erstreckte sich T-förmig zwischen der Kloedenstraße und dem Bolzplatz in der Willibald-Alexis-Straße bis hinunter zur Arndtstraße. Auf zwei Bühnen fanden abwechselnd Diskussionen zu Sanierungsfragen und Musikvorführungen von Künstlern unterschiedlicher Herkunft statt. Hinzu kamen Kabarettaufführungen aus der alternativen Komikerszene. Das Ziel des »Politfestes«⁸¹ war es, das soziale Miteinander der Mieter zu stärken und eine linke Gegenöffentlichkeit zu schaffen.⁸² »Alles fand mit einem politischen Bezug statt«, wie sich eine ehemalige Mitveranstalterin erinnert.⁸³

Der politische Charakter des Chamissoplatzfestes wurde noch stärker, als das Fest am 15. August 1981 zum Schauplatz des Berliner Häuserkampfes wurde. Während nachmittags auf dem Chamissoplatz etwa 1500 Menschen feierten, durchsuchte die Polizei nur 200 Meter entfernt das Besetzercafé Crautscho in der Willibald-Alexis-Straße 42, das als Zentrale des unmittelbar bevorstehenden TUWAT-Kongresses der linksalternativen Szene diente,⁸⁴ und räumte eine frisch besetzte Wohnung in der Willibald-Alexis-Straße 10. Der Polizeieinsatz, der zu vier Festnahmen führte, sprach sich rasch auf dem nahen Chamissoplatzfest herum. Daraufhin zogen einige Dutzend Festteilnehmer spontan zur Polizeiwache in der Friesenstraße, um die Freilassung der festgenommenen Besetzer zu verlangen. Die Polizei reagierte hierauf mit einem massiven Einsatz

80 Gespräch mit Uwe Hübsch (18.11.2015).

81 Gespräch mit Werner Tammen (12.5.2015).

82 Vgl. Dittmar, Eine »Insel« im Großstadtmeer Berlin, S. 218.

83 Gespräch mit Barbara Rolfes-Poneß (9.10.2015), die seit 1978 im Mieterrat Chamissoplatz engagiert war und das Fest mitorganisiert hat.

84 Der TUWAT-Kongress (sprich: tue etwas), der vom 25. August 1981 für vier Wochen in West-Berlin stattfand, sollte an das TUNIX-Treffen der West-Berliner Spontiszene im Januar 1978 anknüpfen, das als »Geburtsstunde« der westdeutschen Alternativbewegung gilt. Dabei trafen sich die Politfraktionen, Emanzipationsinitiativen und Splittergruppen der linken deutschen Gegenöffentlichkeit, um u. a. mit Michel Foucault über zukünftige alternative politische Modelle zu diskutieren. Der Titel des Kongresses in der Technischen Universität Berlin rekurrierte auf das Recht auf Faulheit, das 1887 von Karl Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue propagiert worden war. Vgl. Müller, Subkultur Westberlin, S. 77; Friedrichs, Mapping Kreuzberg, S. 96-98.

und drängte die Demonstranten zum Chamissoplatz zurück. Nach der Errichtung einer Barrikade an der Kloedenstraße löste die Polizei das Chamissoplatzfest am Abend unter Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas auf. Den Schlusspunkt des Polizeieinsatzes bildete die nächtliche Erstürmung und Räumung der Kneipe »Heidelberger Krug«, in die sich zahlreiche Festveranstalter und -besucher zurückgezogen hatten.⁸⁵

Am darauffolgenden Tag verurteilten der Mieterrat Chamissoplatz, die SPD Kreuzberg, die Galerie am Chamissoplatz, die Evangelische Passionsgemeinde und die SEW Kreuzberg den Polizeieinsatz in einer gemeinsamen Erklärung und sprachen von einer gezielten Provokation durch die Innenverwaltung, die die Eskalation des Festes durch die Durchsuchungen und Räumungen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Festgelände bewusst herbeigeführt habe.⁸⁶ Im *Südwest-Express*, der 1981 nach dem Vorbild des *Südost-Express* gegründeten Stadtteilzeitung für das westliche Kreuzberg, betonten die Festveranstalter die eigene Friedfertigkeit, indem sie auf das gewaltfreie Selbstverständnis des Mieterrats verwiesen:

»Wir machen dieses Fest unter anderem, um den Bürgern im Sanierungsgebiet einige angenehme Stunden zu machen. Darüber hinaus wollten wir sie über die anstehenden Sanierungsmaßnahmen informieren, nachbarschaftliche Kontakte knüpfen, das Verständnis zwischen deutschen und ausländischen Bürgern fördern, Konflikte zwischen unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen entschärfen, auf Mißstände aufmerksam machen und Möglichkeiten erschließen, um diese gemeinsam zu lösen. Aus dieser Zielstellung allein geht schon hervor, dass wir mit Gewalt nichts am Hut haben.«⁸⁷

Die Veranstalter wiesen jede Verantwortung für die Eskalation des Fests zurück und protestierten energisch gegen den Polizeieinsatz, der ihnen vollkommen unverhältnismäßig erschien. Auf einer Diskussionsveranstaltung in der Passionskirche entlud sich am 21. August 1981 der gesammelte Unmut.⁸⁸ Neben Bausenator Ulrich Rastemborski (1940-1994), Baustadtrat Werner Orlowsky (1928-2016) und Pfarrer Klaus Duntze (geb. 1935) stellte sich auch der neue CDU-Innensenator Heinrich Lummer (geb. 1932) den etwa 1100 Zuhörern. Mit seinem uneinsichtigen und unnachgiebigen Auftreten begründete er bereits hier seinen Ruf als Hardliner, der ihn im Laufe des Herbstes 1981 zur umstrittenen Reizfigur

85 Zur Chronologie der Ereignisse am 15. August 1981 siehe Extrablatt des *Südwest-Express*, August 1981, S. 3.

86 Abgedruckt im Extrablatt des *Südwest-Express*, August 1981, S. 4.

87 Ebd., S. 2.

88 Ebd., S. 10.

für die West-Berliner Alternativszene machte. So zeigte sich Lummer, der noch 1980 im »Heidelberger Krug« um Kreuzberger Wählerstimmen gekämpft hatte, weitgehend unbeeindruckt von den Schuldzuweisungen der Festveranstalter, die in einem Auftritt von Hans-Wilhelm Kruse gipfelten, dem Polizisten eine 15 cm lange Kopfplatzwunde und schwere Prellungen am ganzen Körper zugefügt hatten, als er am Abend des Festes auf dem Heimweg zufällig in den Polizeieinsatz geraten war.⁸⁹ Nun stand er schwer gezeichnet mit einem großen Kopfverband vor dem Innensenator und klagte Lummer für die ihm zugefügten Verletzungen an.

Der Streit um die Eskalation der Veranstaltung ist bedeutsam, weil die öffentlichen Debatten den Ruf des Chamissoplatzfestes als Politfest manifestierten. Dies galt nicht nur für das oben zitierte stadtteilpolitische Selbstverständnis der Festveranstalter; in den Augen des Mieterrats nahm in Gestalt des Innensensors offenbar auch der politische Gegner das Fest so ernst, dass er es mit Polizeigewalt auflösen ließ. Der Polizeieinsatz ließ dem Fest eine Bedeutsamkeit zukommen, die es vorher gar nicht besessen hatte. So wurde das Fest in den Folgejahren immer größer. 1983 versprach ein Plakat des Karikaturisten Klaus Stuttmann (geb. 1949) vollmundig: »Musik für Jung und Alt, Tanz, Spiele, Theater, Informationen, gutes Essen und Trinken und vieles mehr«.⁹⁰ Auf dem Programm standen politisches Kabarett und vier Rockbands auf Bühne I, eine Liedermacherin und vier Jazzbands auf Bühne II, ein Fußballturnier und Bauchladentheater auf dem Bolzplatz, ein Kinderkino und Ton-Dia-Shows zur Entwicklung des Sanierungsgebiets Chamissoplatz und zur Friedenssicherung in der Backstube, eine Ausstellung zum Jugendalltag in Kreuzberg 1933 in der Galerie am Chamissoplatz und Filmvorführungen des Arbeiterfilm-Klassikers »Kuhle Wampe« (1932) im Arbeitslosenladen.⁹¹ Zahlreiche Imbissstände dienten der Bewirtung. Das Biermonopol behielt der Mieterladen sich selbst vor. 30 Pfennig von jedem Bier, das einheitlich für 2,80 DM verkauft wurde, sollten zum Bau eines Jugendzentrums mit Gemeinschaftssaal in San Rafael del Sur in Nicaragua verwendet werden.⁹² Das alkoholische Vergnügen diente der internationalen Solidarität.

89 Dabei hatte Kruse noch am frühen Abend als Ehrengast des Regierenden Bürgermeisters an der Eröffnung der Preußenausstellung im Gropiusbau teilgenommen, an der der Architekt mitgewirkt hatte. Siehe Extrablatt des Südwest-Express, August 1981, S. 3 f. mit einem Foto des Verletzten.

90 Plakat zum Chamissoplatzfest am 1.7.1983, Archiv der Tempelhofer Vorstadt.

91 Programmübersicht zum Chamissoplatzfest 1983, Archiv der Tempelhofer Vorstadt. Zur Galerie am Chamissoplatz siehe S. 149-154.

92 Programmübersicht zum Chamissoplatzfest am 13.7.1985, Archiv der Tempelhofer Vorstadt.

Doch nicht alle hielten sich an das Biermonopol der Veranstalter. Fliegende Händler mischten sich unter die Stände und verkauften ihre Getränke auf eigene Faust. Unmut erregten zudem Händler, die unter Nennung falscher Aktivitäten Stände anmieteten, z. B. Kunsthandwerker, die kaum Selbstgemachtes verkauften.⁹³ Galt die Kritik zunächst nur einzelnen »schwarzen Schafen«, wurde sie jedoch zunehmend grundsätzlich. Lothar Uebel, der das Fest mit ins Leben gerufen hatte, prangerte die Kommerzialisierung des gesamten Festes an. In einem Brief an seine Freunde vom Mieterrat klagte er 1984:

»Was hat dieses Fest noch mit dem Chamissokiez zu tun? Könnte es nicht überall stattfinden? [...] Warum Plakate auf U-Bahnhöfen in anderen Bezirken, Anzeigen in Programmzeitschriften u. ä., wenn das Ergebnis ist, dass der Platz platzt und viele – besonders die älteren Kiezbewohner – eher Reißaus nehmen als teilzunehmen? Wo sollen sich ›normale Leute‹ in all dem Lärm wohl fühlen bei einer Molle? [...] Ein Stand neben dem anderen, die meisten aus reinem Kommerzgesichtspunkt, wengleich möglicherweise ›alternativ‹. KURZ: Der Chamissoplatz einmal im Jahr als ›alternative‹ Oktoberfestwiese? Gibt es keine Initiativen und Ideen von unten mehr oder werden sie totgequetscht zwischen Kebab-Buden, Schmuck-, Aufkleber-Händlern und SEW-Parteisonnenschirmen?«⁹⁴

In der geäußerten Kritik kommt deutlich die Sorge vor der drohenden Kommerzialisierung des Chamissoplatzfestes zum Vorschein, die den öffentlichen Charakter der Veranstaltung gefährde. Anstelle der Kiezöffentlichkeit der alten und »normalen« Leute würden durch die breite Bewerbung und zunehmende Professionalisierung des Fests viel zu viele Menschen aus ganz Berlin angezogen. Die Klage über die Kommerzialisierung der Alternativkultur gipfelt in dem Vorwurf, das Fest verkomme zu einem alternativen Oktoberfest. Wie in ähnlichen Debatten der gleichen Zeit dient das traditionelle bayerische Fest, das auch in Berlin regelmäßig gefeiert wurde,⁹⁵ als Symbol für ein vermeintlich vollkommen unpolitisches Vergnügen, das allein privaten Interessen folge. Genau dies sollte das Chamissoplatzfest in den Augen seiner besorgten Kritiker nicht sein.

Der Mieterrat griff die Kritik an der Kommerzialisierung auf. 1986 wurde das Fest ausschließlich im Innenbereich des Platzes ausgerichtet, es gab nur noch eine Bühne, die Zahl der Stände wurde auf 25 reduziert,

93 Gespräch mit Uwe Hübsch (18.II.2015).

94 Schreiben von Lothar Uebel an den Mieterrat Chamissoplatz, 14.7.1984, Archiv der Tempelhofer Vorstadt.

95 Vgl. Uebel, Neue Welt, S. 60.

und mit Ausnahme der direkt am Platz befindlichen Gewerbetreibenden wurden keine kommerzielle Stände zugelassen.⁹⁶ Zu den Standbedingungen gehörte die Auslage der Festzeitung, in der es um die Aufhebung der Mietpreisbindung und die geplante Umgestaltung des Chamissoplatzes ging, und die strikte Einhaltung des Bier-, Wein- und Grillmonopols der Veranstalter, wohingegen der Schnapsverkauf grundsätzlich unerwünscht war.⁹⁷ Doch die Vorsätze hielten nicht lange vor. Bereits 1987 fand das Fest im Rahmen der zweiwöchigen Kulturtag am Chamissoplatz vom 27. August bis zum 13. September 1987 statt, die vom Wasserturm e. V. veranstaltet wurden.⁹⁸ Das erklärte Ziel der Organisatoren war der »Wiederaufbau einer eigenen Kultur in Kreuzberg«.⁹⁹ Hiermit war eine »Gegen-Kultur« im Sinne einer politischen Gegenöffentlichkeit gemeint, die durch das linke Kiezfest geschaffen werden sollte. Protest und Vergnügen sollten kein Widerspruch mehr sein. So hieß es in der Einladung zum Fest: »Nur wer feste feiern kann, kann auch erfolgreich kämpfen!«¹⁰⁰

Das Angebot an Speisen, Getränken und Kunsthandwerk drängte die Infostände damit aber mehr und mehr in den Hintergrund. Die kommerziellen Angebote, die eigentlich zur Refinanzierung des Festes gedacht waren, führten zu immer stärkeren Differenzen unter den Veranstaltern.¹⁰¹ Hinzu kamen Widerstände gegen das Musikprogramm. Die Punkbands, die auf dem Fest auftraten, waren einigen Mitgliedern des Mieterrats viel zu laut.¹⁰² Vor allem aber sahen sie das Chamissoplatzfest nicht mehr von der Community getragen.¹⁰³ So erinnert sich Uwe Hübsch vom Mieterrat, dass die Leute, die das Fest organisierten, immer weniger geworden seien, aber die Anspruchshaltung der Besucher immer weiter gestiegen sei. Der Mieterrat sei nur noch als Dienstleister gesehen worden, der alles mache. Während die Mieterschaft beim Auf- und Ab-

96 Infoblatt des Mieterrats Chamissoplatz, 21.7.1986, Archiv der Tempelhofer Vorstadt.

97 Protokoll vom 28.7.1986 der Festvorbereitungssitzung des Mieterrats am 17.7.1986, Archiv der Tempelhofer Vorstadt.

98 Der Wasserturm e. V. wurde 1984 als Jugendkulturzentrum im ehemaligen Wasserturm in der Fidicinstraße/Ecke Kopischstraße gegründet und trat seit seiner Gründung als Mitveranstalter des Chamissoplatzfestes auf. Da die Mitarbeiter Beschäftigte des Bezirksamts Kreuzberg waren, entfielen somit die Anmeldegebühren für das Fest. Gespräch mit Uwe Hübsch (18.11.2015).

99 Broschüre zu den Kulturtagen am Chamissoplatz 1987, Archiv der Tempelhofer Vorstadt.

100 Ebd., S. 19.

101 Vgl. Bremer u. a., Kreuzberg Chamissoplatz, S. 50.

102 Gespräch mit Uwe Hübsch (18.11.2015).

103 Gespräch mit Barbara Rolfes-Poneß (9.10.2015).

bau des Fests anfangs noch richtig mitgemacht habe, habe der Mieterrat später die Straßen alleine saubermachen müssen, als die anderen bereits in der Kneipe gesessen hätten.¹⁰⁴

Nach einigem Auf und Ab fand sich Ende der 1990er Jahre niemand mehr bereit, das Chamissoplatzfest auszurichten, zumal die Funktion des Festes längst auf das benachbarte Bergmannstraßenfest übergegangen war. Das populäre Jazzfest wird seit 1994 jedes Jahr im Juni in der westlichen Hälfte der Bergmannstraße veranstaltet und zieht mit drei Bühnen und zahllosen Ständen regelmäßig über 300.000 Besucher an. Auf dem Chamissoplatz findet gleichzeitig zum Bergmannstraßenfest die Veranstaltung »Kreuzberg kocht!« statt, bei der Kreuzberger Spitzenköche kulinarische Proben ihrer Kochkunst anbieten und teure Weine ausschenken. Beide Veranstaltungen stehen paradigmatisch für die zunehmende Eventisierung der öffentlichen Vergnügungskultur und werden von ihren Kritikern als deutliche Anzeichen der Gentrifizierung Kreuzbergs betrachtet. Dies zeigt auch die aktuelle Debatte um die Ausrichtung des »MyFests«, das seit 2003 jedes Jahr am 1. Mai im östlichen Kreuzberg veranstaltet wird.¹⁰⁵ Die breite Kritik an der Kommerzialisierung und den Besuchermassen des Festes, das in den Augen vieler Kritiker zu seinen politischen Wurzeln zurückkehren sollte, erinnern stark an die Konflikte um das Chamissoplatzfest in den 1980er Jahren.

In der Tat liegen die Ursprünge der gegenwärtigen Kreuzberger Eventkultur in den alternativen Straßenfesten. Deren konsequenter politischer Anspruch ist zwar weitgehend gescheitert, die Protestkultur und die Wiederentdeckung des öffentlichen Raumes für die Vergnügungskultur hatten aber nachhaltige Folgen für die neue Urbanität in Kreuzberg. Dass dieser konfliktreiche Prozess an die oben beschriebene Wiederentdeckung der Mietskaserne erinnert, ist kein Zufall, denn die alternative Festkultur stand in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit der Sanierungsfrage. Feste wie das Chamissoplatzfest propagierten die behutsame Stadterneuerung und erfanden hierfür eine neue Kiezöffentlichkeit, die sich inzwischen weit von ihren alternativen Ursprüngen entfernt hat, aber für viele Menschen gerade die Attraktivität des Bezirks ausmacht.

104 Gespräch mit Uwe Hübsch (18.II.2015).

105 Siehe Berliner Zeitung, 11. April 2016, S. 9.

Zwischenfazit III

Ausgehend von den Urbanisierungsprozessen um die »lange Jahrhundertwende« etablierte sich im Berliner Osten eine vielfältige Vergnügungskultur. Sie bot nicht nur temporäre Gegenräume zum mühsamen Arbeitsalltag, sondern diente auch der Re-Inszenierung der Großstadterfahrung. In der ersten Jahrhunderthälfte glich sich die Vergnügungskultur in Friedrichshain und Kreuzberg weitgehend. Zumeist privatwirtschaftlich organisiert, folgte sie privaten Bedürfnissen und schuf gleichzeitig öffentliche Räume von großer Anziehungskraft. Das machte sie so interessant für Versuche, eine politische Öffentlichkeit zu schaffen. Diese Politisierungsversuche, das zeigen die Beispiele aus Ost und West, scheiterten jedoch häufig an traditionellen Bedürfnissen und lokalen Ausprägungen des Großstadtvergnügens, die auch in der zweiten Jahrhunderthälfte eine beachtliche Persistenz aufwiesen, oder an Tendenzen einer Kommerzialisierung des Vergnügens, die den politischen Zielen der Veranstalter zuwiderliefen. Die Vergnügungskultur, so scheint es, besaß über die Systemgrenzen hinweg eine Eigengesetzlichkeit, die sich den politischen Steuerungsversuchen der Veranstalter entzog. Das zeigt sich sowohl bei den sozialistischen Volksfesten in Friedrichshain als auch bei der alternativen Kneipen- und Festkultur in Kreuzberg. Private Bedürfnisse behielten im öffentlichen Vergnügen meist die Oberhand.

Zugleich entwickelten sich nach 1945 neue Formen des Vergnügens und der Geselligkeit, für die es in Kreuzberg größere gesellschaftliche Freiräume gab. Zwar glich sich die Kritik bürgerlicher Kommentatoren und staatlicher Funktionäre an der neuartigen Popkultur in Ost und West zunächst noch, doch hielt die kapitalismus- und kulturkritische Politisierung des »bloßen« Vergnügens im Osten länger an, da sie dort bis in die 1970er Jahre der Logik der Systemkonkurrenz folgte. Die Vergnügungskultur in Friedrichshain blieb, abgesehen von den Versuchen einer Überführung in sozialistische Inhalte und Organisationsformen, in vielem traditioneller geprägt. In Kreuzberg differenzierte sich das Angebot großstädtischer Vergnügungen dagegen stärker aus, was sich insbesondere am Beispiel der Kneipen zeigen lässt. Dieser ungleiche Wandel in Ost und West ist jedoch nicht nur auf die unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse zurückzuführen, sondern auch auf die verschiedenen Rahmenbedingungen und Strukturen von Öffentlichkeit. So zielten die alternativen Kneipenkollektive und stadtteilpolitischen Feste in Kreuzberg auf die Etablierung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, wobei die linken Vergnügungsangebote den an sie gerichteten politischen Ansprü-

chen oft nicht im erwarteten Maße genügen konnten. Stattdessen trug die alternative Vergnügungskultur maßgeblich zur neuen Urbanität und Wiederbelebung des öffentlichen Raumes in Kreuzberg bei.

In Friedrichshain konzentrierte sich das Vergnügen stärker auf das Private. Der Transfer der neuen Vergnügungsangebote aus dem Westen war nicht ohne weiteres möglich, zumal sowohl Kneipen als auch Feste stark ortsgebunden waren. Weitaus stärkere Verflechtungen ergaben sich hingegen im Bereich der audiovisuellen Massenmedien, die nicht zuletzt aufgrund des technologischen Fortschritts und ihrer wachsenden Verbreitung einen gemeinsamen kommunikativen Raum bildeten, der die Grenze überschritt. Angesichts der starken Politisierung westlicher Medien in der DDR handelte es sich hierbei zumeist um ein privates Vergnügen, über das nur in gesellschaftlichen Nahbereichen kommuniziert wurde, weshalb sich die mediale Verflechtung historisch nur schwer rekonstruieren lässt. Da sie regional kaum spezifisch war und sich einem stadtgeschichtlichen Zugriff somit weitgehend entzieht, bildete die massenmediale Öffentlichkeit zwischen Ost und West keinen Schwerpunkt dieser Studie.¹ Doch lässt sich zumindest konstatieren, dass die mediale Verflechtung aufgrund der buchstäblich höheren Strahlkraft der westlichen Vergnügungsangebote größtenteils asymmetrisch war. Während etwa die westlichen Musikstile in Friedrichshain aufmerksam verfolgt wurden, ignorierte die Kreuzberger Subkultur der 1980er Jahre den Osten fast komplett.² Die Geschichte der Vergnügungskultur in Friedrichshain und Kreuzberg steht somit beispielhaft für die asymmetrische Parallel- und Verflechtungsgeschichte von Ost- und Westdeutschland.

1 Vgl. jedoch ausführlich zum Westfernsehkonsument in Ost-Berlin: Hanno Hochmuth, Politisiertes Vergnügen. Zum Konflikt um das Westfernsehen an Schulen in der DDR, in: Ulrike Häußler/Marcus Merkel (Hg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 287-303.

2 Vgl. hierzu etwa Christian Semler, 1968 im Westen – was ging uns die DDR an?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 53 (2003) B. 45, S. 3-5. Paradigmatisch ist auch die Antwort des West-Berliner Musikers Blixa Bargeld (geb. 1959), der in einem zeitgenössischen Interview Mitte der 1980er Jahre gestand, er sei noch nie im Osten der Stadt gewesen. Das Interview ist nachzusehen im Dokumentarfilm »B-Movie: Lust & Sound in West-Berlin 1979-1989«, Bundesrepublik Deutschland 2015, 92 min, Buch und Regie: Jörg A. Hoppe, Klaus Maeck, Heiko Lange.

Ausblick: Friedrichshain und Kreuzberg in der Transformation seit 1989/90

Als in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 die Berliner Mauer fiel, drangen die Menschen auch über die Oberbaumbrücke. Die historische Verbindung zwischen Friedrichshain und Kreuzberg wurde schlagartig zu einem neuen Ort der Begegnung von Ost und West. Zuvor hatte die Grenzübergangsstelle auf der kriegsbeschädigten Oberbaumbrücke nur West-Berliner Fußgängern für den »kleinen Grenzverkehr« offengestanden.¹ Nun öffnete sich hier wie an den meisten anderen innerstädtischen Grenzkontrollpunkten die Mauer, die die Stadt und die beiden Bezirke 28 Jahre lang getrennt hatte. Spontan spielte gegen Mitternacht auf der Brücke ein schnell formiertes Orchester Dvořáks Sinfonie »Aus der Neuen Welt«.²

In den Folgemonaten erkundeten die Friedrichshainer diese neue Welt auf der anderen Seite der Spree. Doch nicht nur das: Sie erlebten auch, wie sich ihre eigene Lebenswelt von Grund auf veränderte. Kaum etwas illustriert diesen radikalen Prozess so anschaulich wie der Funktions- und Gestaltwandel der Berliner Mauer selbst. Gleich neben der Oberbaumbrücke bemalten im Frühjahr nach dem Mauerfall 118 Künstler aus 21 Ländern ein 1316 Meter langes Stück der Hinterlandmauer entlang der Mühlenstraße. Die Kunstwerke thematisierten den historischen Wandel, der sich gerade unter den Augen der Künstler und Betrachter vollzog. Die Bilder tauchten die Ostseite der Mauer, die bislang grau und weiß gewesen war, in Farbe. Nun war die Ostseite ebenso bunt wie die Westseite der Berliner Mauer. Während sie ansonsten fast überall verschwand, blieb der künstlerisch gestaltete Abschnitt an der Spree erhalten.³ Aus der tödlichen Grenzanlage wurde die East Side Gallery.

Dieser Wandel von Farbe und Funktion steht sinnbildlich für den gesamten gesellschaftlichen Umwälzungsprozess im Osten. Alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens wur-

1 Vgl. Christiane Borgelt/Regina Jost, Mauerübergänge Berlin. Transit, Grenzverkehr, Flucht, Berlin 2010, S. 29.

2 Vgl. Martin Düspohl/Detlef Krenz/Ulrike Treziak, Die Spreegrenze, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), Kleine Friedrichshaingeschichte, Berlin 2013, S. 146-155, hier S. 154.

3 Vgl. Gerhard Sälter, Das Verschwinden der Berliner Mauer, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 353-362.

den nach westlichem Vorbild gleichsam übermalt. An die Stelle punktueller Transfers von West nach Ost, wie sie in diesem Buch beschrieben wurden, trat nach 1989/90 eine umfassende Transformation. Dieser Prozess, der insbesondere von den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften begleitet und umfangreich untersucht worden ist,⁴ lässt sich fassen als »schlagartige Änderung der institutionellen Rahmenbedingungen, die im Fall der postsozialistischen Transformationen als die Etablierung der Basisinstitutionen von Marktwirtschaft, Demokratie, Rechts- und Wohlfahrtsstaat bestimmt werden können«.⁵

Der Transformationsprozess im Zuge der deutschen Wiedervereinigung betraf Berlin in besonderem Maße. Hermann Rudolph, der diesen Wandel über Jahre für den *Tagesspiegel* begleitet hat, bringt es auf den Punkt: »Berlin ist die verschärfte Version der Einheit.«⁶ Hier musste das Zusammenwachsen auf dem engsten Raum einer vormals geteilten und nunmehr wiedervereinigten Stadt gelingen. Wenn eine Steigerungsform dieser gesellschaftlichen Herausforderung denkbar ist, dann war dies die Transformation der beiden unmittelbar benachbarten Stadtbezirke Friedrichshain und Kreuzberg nach 1989/90. Beide Bezirke waren lange Zeit Teil des armen Berliner Ostens gewesen, hatten sich jedoch in den Jahrzehnten der Teilung auseinanderentwickelt. Nun war das Ende der historischen Versuchsanordnung gekommen. Friedrichshain und Kreuzberg erfuhren eine radikale Annäherung.

Dies bedeutete auch eine Annäherung an Radikalität, wie im Folgenden am Beispiel der Besetzung und Räumung der Mainzer Straße in Friedrichshain gezeigt wird. Die Ereignisse vom Frühjahr bis zum Herbst 1990 markierten einen ersten Höhepunkt im konfliktreichen Nachvollzug westlicher Entwicklungen, in diesem Fall der Hausbesetzerbewegung und ihrer öffentlichen Protestformen. Die Konsequenzen aus der Räumung der Mainzer Straße verdeutlichen aber auch, dass viele Transformationen im Osten auf den Westen zurückschlugen. Nach der

4 Dagegen gibt es bislang nur wenige historische Arbeiten zur gesellschaftlichen Transformation in Ostdeutschland, wie Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker jüngst konstatiert haben. Vgl. Hoffmann/Schwartz/Wentker, *Die DDR als Chance*, S. 60. Eine Ausnahme bildet Gerhard A. Ritter, *Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006.

5 Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener, *Transformation und Transformationsforschung*, in: Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener (Hg.), *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden 2015, S. II-27, hier S. 17.

6 Hermann Rudolph, *Die Einheit in Berlin. Eine Fallstudie*, in: Martin Sabrow/Alexander Koch (Hg.), *Experiment Einheit. Zeithistorische Essays*, Göttingen 2015, S. 123-134, hier S. 123.

Räumung der Mainzer Straße scheiterte nicht nur die rot-grüne West-Berliner Senatskoalition kurz vor den ersten gemeinsamen Abgeordnetenhauswahlen. Vielmehr leitete das gewaltsame Ende der Besetzung der Mainzer Straße auch das Ende der Hausbesetzerbewegung im Westteil der Stadt ein. So kann auch für Kreuzberg von Kotransformationen gesprochen werden.⁷

Wie anschließend gezeigt wird, hatten beide Bezirke im Laufe der 1990er Jahre erhebliche Schwierigkeiten im Transformationsprozess und waren gleichermaßen geprägt von Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Bevölkerungsrückgang. Seit der Bezirksfusion von 2001 setzte mit der weitgehenden Sanierung der Altbauquartiere jedoch eine Trendwende ein, deren soziale Folgeerscheinungen wiederum vielfach kritisch diskutiert werden. Die Sorge um die zunehmende Gentrifizierung Friedrichshains und Kreuzbergs geht einher mit dem Kampf um den Erhalt öffentlicher Räume, die vor einer zunehmenden Privatisierung bewahrt werden sollen. So wird am Beispiel der Kontroversen um das Spreeufer abschließend gezeigt, dass die Frage von Öffentlichkeit und Privatheit auch heute noch von großer Relevanz in Friedrichshain und Kreuzberg ist.

Radikale Aufholprozesse: Die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße

In der Besetzung und Räumung der Mainzer Straße⁸ kulminierten 1990 einige der in diesem Buch beschriebenen Entwicklungen und Erfahrungen in Friedrichshain und Kreuzberg: Die Besetzung leerstehender Häuser angesichts großer Wohnraumknappheit, das stadtpolitische Engagement der Kirche, das Streben nach einer alternativen Öffentlichkeit sowie der erstaunlich kontinuierliche Aneignungswille einer lokal geprägten Protestkultur, der sich mit einer besonders ausgeprägten Handlungsmacht und einer grundsätzlichen Geringschätzung privaten Eigentums verband. Und doch markierte der viel beschworene »kurze

7 Zu den Kotransformationen des Westens nach 1990 vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Frankfurt a. M. 2014, S. 277-305.

8 Zur Besetzung und Räumung der Mainzer Straße weiterhin grundlegend: Susan Arndt u. a. (Hg.), *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz*, Berlin 1992. Das Buch ist eine umfangreiche Dokumentation, in der zwar die Sympathie für die Besetzer deutlich wird, aber alle beteiligten Akteure zu Wort kommen, also Besetzer, Anwohner, Vermittler und die Polizei.

Sommer der Anarchie« eine außergewöhnliche historische Situation, in der sich die alte Ordnung der SED-Diktatur bereits aufgelöst, die neue Ordnung des vereinigten Deutschlands und Berlins aber noch nicht etabliert hatte. Ost-Berlin galt vielen Hausbesetzern als rechtsfreier Raum und gesellschaftliches Experimentierfeld.⁹

Erste Hausbesetzungen hatte es in Ost-Berlin schon vor dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft gegeben. So war bereits im Sommer 1989 ein ganzes Haus in der Schönhauser Allee 20/21 besetzt worden.¹⁰ In ihrer Agonie schritt die DDR-Staatmacht nicht mehr dagegen ein. Damit ging das bislang meist stille Schwarzwohnen in öffentliche Hausbesetzungen über.¹¹ 1990 stieg die Zahl der besetzten Häuser in Ost-Berlin auf rund 130 an.¹² Davon lagen etwa je 20 Häuser in Mitte und Prenzlauer Berg und etwa 90 Häuser in Friedrichshain, das zur Hochburg der Hausbesetzerbewegung in Ost-Berlin wurde.¹³ Eine wichtige Rolle spielte hierbei die »Kirche von Unten«, die aus dem Umfeld der Bluesmessen hervorgegangen war und den massiven Leerstand von Wohnungen in Ost-Berlin anprangerte. Im April 1990 veröffentlichten die ostdeutschen Kirchenaktivisten einen Aufruf in der westdeutschen Autonomen-Zeitschrift *Interim*, in dem sie auf leerstehende Wohnungen im Ostteil hinwiesen.¹⁴ Der Aufruf wandte sich dezidiert an potentielle Besetzer aus dem Westen und beantwortete etwaige Skrupel rhetorisch: »Warum nicht? Wenn dort [im Osten, d. Verf.] wirklich genug Besetzungsmöglichkeiten für alle da sind, wenn dort eher ein Mangel an besetzungswilligen Menschen ist, wenn dort vielleicht eine weitere Wohnraumzerstörung nach westlichem Vorbild ver/behindert werden kann?«¹⁵ Auf der Demonstration zum 1. Mai 1990 wurden in Kreuzberg schließlich konkrete Listen mit leerstehenden Häusern herumgereicht. Ganz oben stand die Mainzer Straße in Friedrichshain.

Die Hälfte der Mainzer Straße stand leer. Fast die gesamte westliche Straßenhälfte war in den vergangenen Jahren entmietet worden, denn die

- 9 Vgl. A. G. Grauwaacke (Hg.), *Autonome in Bewegung*. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin 2008, S. 256.
- 10 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Historische Streiflichter zu Wohnungsnot und Mieterwiderstand in Berlin*, in: Susan Arndt u. a. (Hg.), *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz*, Berlin 1992, S. 231-259, hier S. 256.
- 11 Zum Schwarzwohnen in Friedrichshain siehe S. 173-176.
- 12 Vgl. Grashoff, *Schwarzwohnen*, S. 173.
- 13 Vgl. Häußermann/Kapghan, *Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt*, S. 117f. Das erste besetzte Haus in Friedrichshain war in der Schreinerstraße 47, von März bis April 1990 folgten gleich acht Häuser in der Kreuzziger Straße.
- 14 Vgl. Grauwaacke, *Autonome in Bewegung*, S. 252.
- 15 Zitiert in Arndt u. a. (Hg.), *Berlin Mainzer Straße*, S. 32.



Abb. 20: Karte der besetzten Häuser in der Mainzer Straße im Jahr 1990. Die durchgestrichenen Häuser wurden später geräumt.

maroden Altbauten der Straße sollten ähnlich wie zuvor 1987 bis 1989 die Häuser in der benachbarten Colbestraße abgerissen und durch moderne Plattenbauten ersetzt werden. Am 29. November 1989 verhängte das DDR-Bauministerium der Modrow-Regierung einen Abrisstopp für die Mainzer Straße. Die auffälligen Gründerzeithäuser blieben allerdings leer und verwahrlosten, bis im Mai 1990 schlagartig etwa 250 Menschen in die Mainzer Straße zogen und insgesamt zwölf Häuser besetzten (Abb. 20).¹⁶ Die meisten von ihnen kamen tatsächlich aus dem Westen, viele von ihnen aus Kreuzberg. Sie waren die ersten West-Berliner, die in den Ostteil zogen.¹⁷

In der Mainzer Straße gestalteten die Besetzer einen kompletten Häuserzug von zehn zusammenhängenden Häusern nach ihren Vorstellungen.¹⁸ Verschiedene Gruppierungen der linksalternativen Szene bezogen jeweils ein eigenes Haus. So gab es ein Sponti-Haus, ein Frauen- und Lesbenhaus und einen »Tuntentower«, wo sich die Schwulenkneipe »Forellenhof«

¹⁶ Vgl. ebd., S. 30 f.

¹⁷ Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt, S. 117 f.

¹⁸ Es handelte sich um die Häuser Nr. 2 bis 11 sowie um die gegenüberliegenden Häuser Nr. 22 und 24, die allerdings nur teilweise besetzt waren.

befand. Darüber hinaus gab es eine »Volxküche«, das Theatercafé »Nervensäge«, eine HipHop-Punk-Disco, das linke Antiquariat »Max Hoelz« und – damals noch etwas Besonderes – einen »Späti«, in dem sich die Besetzer auch noch nach Ladenschluss mit Bier und Lebensmitteln versorgen konnten.¹⁹ Zunächst mussten die Besetzer jedoch die maroden Wohnungen instand setzen, womit sie im Sommer 1990 nicht allzu weit kamen. Die gelebte Utopie erschien vielen wichtiger als die mühevoll Instandsetzung.²⁰ Die Mainzer Straße entwickelte sich zu einer Art Schaltzentrale der neuen Ost-Berliner Hausbesetzerszene, die sich zu einem »Bündnis der besetzten Häuser« zusammenschloss, dem Ende Juli 1990 bereits 81 Häuser angehörten.²¹ Zudem bildete sich in der Mainzer Straße eine Öffentlichkeitsgruppe, die die Interessen der Besetzer nach außen vertreten und mit den Anwohnern Kontakt aufnehmen sollte.²²

Zunächst stießen die Besetzer auf wenig Widerstand. Die Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV), die später in die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) umgewandelt wurde, duldet die Besetzung ihrer Häuser und ergriff keine gerichtlichen oder außergerichtlichen Maßnahmen.²³ Seit Ende Mai 1990 führte die KWV sogar Verhandlungen mit den Besetzern.²⁴ Auch der SPD-Politiker Helios Mendiburu (geb. 1936), der am 1. Juni 1990 sein Amt als erster frei gewählter Bezirksbürgermeister von Friedrichshain angetreten hatte, tolerierte die Besetzungen, obwohl er deren Illegalität immer betonte. Ihn störte die antiautoritäre Haltung der Besetzer, die dennoch öffentliche Gelder zur Sanierung verlangten.²⁵ Dem Bezirk fehlte allerdings auch die Handhabe, um gegen die Besetzer vorzugehen. Die Volkspolizei besaß weder die Autorität noch die Erfahrung im Umgang mit den Besetzern und wurde von diesen kaum ernst genommen. Und auch der neu gewählte Ost-Berliner Magistrat um Tino Schwierzina (1927-2009) schritt nicht gegen die Besetzer der Mainzer Straße ein. Er entschloss sich lediglich zur Übernahme der so genannten »Berliner Linie«, die seit 1981 in West-Berlin praktiziert wurde. So sollten nach dem 24. Juli 1990 keine neuen Besetzungen mehr geduldet werden, sofern seitens des Vermieters Umbaupläne vorlagen und Strafanzeige

19 »Späti« steht für Spätverkaufsstelle. Zu den einzelnen Hausprojekten vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 172 f.

20 Vgl. Grauacke, Autonome in Bewegung, S. 254.

21 Vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 173.

22 Vgl. Arndt u. a. (Hg.), Berlin Mainzer Straße, S. 86.

23 Vgl. ebd., S. 32 f.

24 Vgl. Grauacke, Autonome in Bewegung, S. 253.

25 Vgl. Arndt u. a. (Hg.), Berlin Mainzer Straße, S. 163.

gestellt wurde. Da die Mainzer Straße jedoch vor dem Stichtag besetzt worden war, fiel sie nicht unter diese Regelung.²⁶

Bald mehrten sich jedoch die Konflikte in der Mainzer Straße. Dies betraf *erstens* die Anwohner auf der anderen Straßenseite, die schon seit Langem in der Gegend wohnten und sich nun über »unzumutbare Wohnbedingungen« und Lärmbelästigungen beschwerten.²⁷ Darüber hinaus fühlten sich viele Anwohner von den Transparenten insbesondere am »Turrentower« sittlich-moralisch belästigt. Nicht die Verletzung des Privateigentums, sondern die unbekannte und provokante Besetzung des öffentlichen Raumes verstörte die alteingesessenen Anwohner. Hinzu kam, dass viele Ost-Berliner nicht verstehen konnten, warum sie selbst seit Jahren auf die Zuweisung einer neuen Wohnung warten mussten, während sich die Besetzer einfach nahmen, was sie wollten. Hier traf die DDR-Sozialisation der Anwohner auf den »westlichen« Anarchismus der Besetzer. Bald übernahmen die Anwohner jedoch auch etablierte westliche Sozialisierungsformen und schlossen sich zur Bürgerinitiative Mainzer Straße (später Bürgerkomitee des WB 47) zusammen. Den ganzen Sommer bestürmte die Bürgerinitiative die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung mit Briefen, in denen sie die Räumung der besetzten Häuser forderte.²⁸

Zweitens kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit Neonazis, die immer wieder besetzte Häuser in Friedrichshain überfielen. Die Autonomen revanchierten sich mit einem Angriff auf die Nazi-Hochburg in der Lichtenberger Weitlingstraße 122. Im Machtvakuum des Jahres 1990 trugen Rechte und Linke in Friedrichshain bürgerkriegsähnliche Straßen- und Häuserkämpfe aus, die an die Spätphase der Weimarer Republik erinnerten. Eine Spätfolge dieser Gewalteskalation war der Mord an dem Linksaktivisten Silvio Meier, der am 21. November 1992 auf dem U-Bahnhof Samariterstraße von Neonazis erstochen wurde. Nachdem zu Pfingsten 1990 vor den Augen der Volkspolizei einige Dutzend Neonazis die Mainzer Straße überfallen hatten, verbarrikierten die Besetzer die Häuser mit Stacheldraht, Fensterläden und Falltüren. Nicht aus Angst vor einer Räumung, sondern wegen der Neonazi-Angriffe verwandelte sich die Mainzer Straße in eine Festung, was das Misstrauen der Anwohner noch weiter schürte.²⁹

Drittens gestaltete sich auch das Zusammenleben zwischen den Besetzern schwierig, wie Udo Grashoff bilanziert: »Die Hausbesetzerwelle in

²⁶ Vgl. ebd., S. 39.

²⁷ Vgl. ebd., S. 36 f.

²⁸ Vgl. Grauwacke, *Autonome in Bewegung*, S. 258.

²⁹ Vgl. ebd., S. 256.

Berlin war als euphorisches Miteinander von Ost- und Westdeutschen gestartet. Man hatte die gleichen Ideale – aber fundamental verschiedene Lebenserfahrungen, was auch innerhalb der Häuser bald zu Konflikten führte.«³⁰ Viele ostdeutsche Besetzer hatten Probleme mit der größeren Gewaltbereitschaft und Kompromisslosigkeit der West-Besetzer, denen sie wiederholt eine Kolonialherren-Attitüde vorwarfen, wenn diese versuchten, die Richtung vorzugeben.³¹ Auch im Bereich der linken Hausbesetzerbewegung wich die anfängliche Sympathie und Solidarität also rasch einem Gefühl kultureller Überfremdung. West-Besetzer wiederum irritierte der »naive Glaube an die Gutmütigkeit des Staates«, mit dem viele Ost-Besetzer Verhandlungen zur Legalisierung der Besetzungen anstrebten.³²

Letztlich setzten sich unter den Besetzern der Mainzer Straße die Hardliner durch, die kaum Bereitschaft zu Verhandlungen zeigten. Flugblätter kündigten »eine Million Sachschaden pro Räumung« an und schreckten die Behörden auf.³³ Die Verhandlungen wurden auch durch die anhaltende Rechtsunsicherheit erschwert, denn gemäß Einigungsvertrag sollten bis zum 13. Oktober 1990 Eigentumsansprüche abgewartet und keine Fakten geschaffen werden.³⁴ In einer anderen Hinsicht erstarkte jedoch die Autorität des Staates: Am 3. Oktober 1990 ging die Polizeigewalt im Ostteil der Stadt auf die West-Berliner Polizei unter ihrem Präsidenten Georg Schertz (geb. 1935) über. Statt verunsicherter und schlecht ausgerüsteter Volkspolizisten konnten in Friedrichshain nun auch West-Beamte eingesetzt werden, die im Häuserkampf erprobt waren. Formal unterstand die Polizei im Osten zwar noch dem Innenstadtrat Thomas Krüger (geb. 1959), doch waren die Kompetenzen bereits im so genannten »MagiSenat« gebündelt, zu dem der Ost-Berliner Magistrat unter Schwierzina und der West-Berliner Senat unter Walter Momper (geb. 1945) zusammenkamen. Im Dezember 1990 sollten schließlich die ersten gemeinsamen Wahlen zu einem Gesamt-Berliner Senat stattfinden. Und der Wahlkampf warf seine Schatten bereits voraus.³⁵

Unter diesen Umständen entwickelten die Ereignisse, die am 14. November 1990 zur Räumung der Mainzer Straße führten, eine besondere

30 Grashoff, Schwarzwohnen, S. 173.

31 Vgl. Grauwaacke, Autonome in Bewegung, S. 252.

32 Zitiert in Arndt u. a. (Hg.), Berlin Mainzer Straße, S. 77.

33 Ebd., S. 165.

34 Vgl. Tilman Harlander, Wohnungspolitik, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Bundesrepublik Deutschland 1989-1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. II), Baden-Baden 2007, S. 1033-1068, hier S. 1053.

35 Vgl. Rudolph, Die Einheit in Berlin, S. 131.

Dynamik.³⁶ Den Auslöser bildete am Montag, dem 12. November, die polizeiliche Räumung zweier besetzter Häuser in der Lichtenberger Pfarrstraße 112 und der Prenzlauer Berger Cotheniusstraße 16. Beide Häuser waren nach dem 24. Juli besetzt worden, also erst nach jenem Datum, ab welchem gemäß der »Ost-Berliner Linie« keine Neubesetzungen mehr zugelassen werden sollten. Für beide Häuser lagen zudem Räumungsbegehren der zuständigen Wohnungsbaugesellschaften vor. Als die Nachricht von der Räumung über das autonome Radio 100 verbreitet wurde, entschlossen sich etwa 50 Besetzer aus der Mainzer Straße zu einer spontanen Solidaritätsdemo auf der Frankfurter Allee, die sie stadtauswärts blockierten. Daraufhin wurden die Demonstranten von der Polizei in die Mainzer Straße zurückgedrängt. Hier kam es zu heftigen Straßenkämpfen, bei denen die Besetzer Barrikaden errichteten und ein Straßenbahnwagen in Flammen aufging. Die Polizei reagierte hierauf mit Wasserwerfern und Tränengas. Trotz wiederholter Vermittlungsversuche von Helios Mendiburu, Bärbel Bohley (1945-2010), Renate Künast (geb. 1955) und anderen Politikern und Bürgerrechtlern dauerten die Auseinandersetzungen bis weit nach Mitternacht an, bis sich die Polizei aus der Mainzer Straße zurückzog.

Am folgenden Dienstag herrschte die Ruhe vor dem Sturm. Die Besetzer hoben mit einem Bagger tiefe Verteidigungsgräben in der Straße aus, die Vermittler hielten Pressekonferenzen ab, die Opposition forderte die sofortige Räumung und der »MagiSenat« kam zu einer Sondersitzung zusammen, während die beiden Bürgermeister Momper und Schwierzina auf Staatsbesuch in Moskau weilten. Am Mittwochmorgen um 6.30 Uhr begann die Berliner Polizei, die von Einsatzkräften aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen unterstützt wurde, schließlich mit der Erstürmung der Mainzer Straße. 3000 Beamte drangen gleichzeitig von Norden und Süden in die Straße vor. Sondereinsatzkommandos eroberten die Hausdächer, um von dort in die besetzten Wohnungen zu gelangen. Die Besetzer leisteten erbitterten Widerstand und beschossen die Polizisten mit Leuchtspurnmunition und Molotow-Cocktails. Nach zweieinhalb Stunden waren die Kämpfe, die von beiden Seiten mit nie dagewesener Härte geführt wurden, vorüber. Die Mainzer Straße war vollständig von den Besetzern geräumt und blieb bis auf Weiteres gesperrt.³⁷

36 Zur Chronologie der Ereignisse vgl. im Folgenden Arndt u. a. (Hg.), Berlin Mainzer Straße, S. 10-29.

37 Eine spontane Protestdemo mit 10.000 Teilnehmern konnte am Abend nicht mehr bis zur Mainzer Straße vordringen und wurde am Frankfurter Tor aufgelöst. Vgl. ebd., S. 27.

Die Polizei bilanzierte 75 verletzte Beamte und 417 Festnahmen.³⁸ Noch in der darauffolgenden Nacht nahm die Polizei eine erste interne Auswertung vor, bei der 300 festgenommene Personen statistisch erfasst wurden.³⁹ Demnach kamen 159 Personen aus West-Berlin, 52 aus Ost-Berlin und 78 aus dem übrigen Bundesgebiet, wobei eine Differenzierung zwischen alten und neuen Bundesländern aus Zeitgründen noch nicht möglich war. Deutlich wurde das Übergewicht der Besetzer aus dem Westen. Für Walter Momper war die Sache klar. Zurück aus Moskau, konstatierte er in seiner Pressekonferenz am Nachmittag des 14. November: »Dies sind Leute, die aus Kreuzberg Randallexport betreiben.«⁴⁰ Auch die *Frankfurter Rundschau* schrieb von einem »Stellvertreterkrieg«, den West-Beamte gegen West-Besetzer im Osten Berlins ausgetragen hätten.⁴¹ Für das Zusammenwachsen von Friedrichshain und Kreuzberg bildeten die Ereignisse eine schwere Hypothek.

In den Folgetagen tauschten die Beteiligten gegenseitig Anschuldigungen aus.⁴² Die Besetzer sprachen von einer gezielten Provokation und wiesen die Aussage zurück, dass die Besetzer der Mainzer Straße nicht verhandlungsbereit gewesen seien. Tatsächlich sei die Räumung der Straße schon lange im Voraus geplant gewesen.⁴³ Zahlreiche Anwohner der Mainzer Straße beschwerten sich beim Magistrat über die vorherige Untätigkeit der Behörden und begrüßten den Polizeieinsatz »als Befreiung aus der Willkür der Besetzer«.⁴⁴ Der Regierende Bürgermeister unterstellte den Besetzern »Tötungsbereitschaft«.⁴⁵ Die Berliner Polizei sprach von »Bürgerkrieg« und warf den Besetzern vor, Gehwegplatten von den Dächern auf die Beamten geworfen und Molotow-Cocktails mit 20 Litern Brennstoff präpariert zu haben.⁴⁶ Die Berliner Polizeigewerkschaft hielt Innensenator Pätzold das Scheitern seiner bisherigen

38 Vgl. Moldt, Friedrichshain, S. 29.

39 Dir VB S III, Betr.: Einsatz 14./15.II.1990, Auswertungsergebnis, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

40 Presseerklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Walter Momper vom 14.II.1990, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

41 Frankfurter Rundschau, 15. November 1990.

42 So auch dokumentiert in der Berliner Zeitung, 19. November 1990.

43 Infoblatt des Info-Büros Mainzer Straße und andere besetzte Häuser vom 24.II.1990, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

44 Brief von 18 Mietern aus der Mainzer Straße an den Ost-Berliner Oberbürgermeister Schwierzina vom 19.II.1990, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

45 Presseerklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Walter Momper vom 14.II.1990, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

46 EA 5/1, Betr.: Auswertung von Erfahrungen anlässlich gewalttätiger Aktionen bei Häuserräumungen in Berlin, 17.I.1991, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

Deeskalationsstrategie vor und verlangte seinen Rücktritt.⁴⁷ Die beteiligte Bereitschaftspolizei aus Nordrhein-Westfalen beschwerte sich bei den Berliner Kollegen wegen unzureichender Vorbereitung, fehlender Abstimmung und mangelhafter Ortskenntnisse.⁴⁸ Die Alternative Liste schließlich warf dem Koalitionspartner von der SPD vor, über die Entscheidung zur Räumung der Mainzer Straße nicht informiert worden zu sein. Zwei Tage nach der Räumung kündigte die AL-Fraktionschefin Künast schließlich die Koalition mit der SPD auf.

Walter Momper weist den Vorwurf der AL noch heute entschieden zurück.⁴⁹ Der Koalitionspartner habe von der beabsichtigten Räumung durchaus Bescheid gewusst und sei an der entsprechenden Senatsentscheidung beteiligt gewesen. Der Senat habe sich die Zustände in der Mainzer Straße nicht mehr länger gefallen lassen können und sei angesichts der Straßensperrungen und ausgehobenen Gräben in der Pflicht gewesen, die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen. Für die SPD habe es in dieser Situation nichts zu gewinnen gegeben. Wie schon beim West-Berliner Häuserkampf von 1981 sei sie eingeklemmt gewesen zwischen den »gezielten Provokationen der Chaoten auf der einen Seite und dem Sicherheitsbedürfnis der Berliner auf der anderen Seite«.⁵⁰ Walter Momper hat die Räumung der Mainzer Straße nach eigenem Bekunden trotzdem nie bereut, obwohl sie ihn das Amt des Regierenden Bürgermeisters kostete und das erste rot-grüne Experiment auf Berliner Landesebene beendete.⁵¹

Die Räumung der Mainzer Straße hinterließ viele Menschen traumatisiert. Zahlreiche Polizisten litten unter den extremen Gewalterfahrungen, ohne dass ihnen psychologische Hilfe angeboten wurde.⁵² Die meisten

47 Info Nr. 18/1990, Betr.: Der große Bluff oder die wundersame Wandlung des Erich Pätzold (Trauerspiel in mehreren Teilen), 15.11.1990, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

48 Bereitschaftspolizei NW – Abt. I – SI – 1553, Protokoll über die Einsatznachbesprechung des Einsatzes in Berlin vom 13.-20.11.1990 anlässlich der Hausräumungen im Bereich Mainzer Straße, 14.1.1991, Polizeihistorische Sammlung Berlin.

49 Gespräch mit Walter Momper (4.1.2016).

50 Ebd.

51 Bei den Abgeordnetenhauswahlen im Dezember 1990 setzte sich überraschend die CDU als stärkste Partei durch. Die SPD wurde daraufhin Juniorpartner in einer Großen Koalition unter Eberhard Diepgen (geb. 1941).

52 Gespräch mit Hartmut Moldenhauer (2.12.2015). Moldenhauer (geb. 1942) war im November 1990 als leitender Beamter in der Landespolizeidirektion tätig und betreut heute ehrenamtlich die Polizeihistorische Sammlung Berlin. Er verweist auf einen Beamten, der versuchte, seine Erlebnisse in einem Modellbau-Diorama des Straßenkampfes zu verarbeiten. Das Modell ist abgebildet in: Das Ende der Anarchie – 20 Jahre danach, Sonderdruck des Förderkreises Polizeihistorische Samm-

Besetzer wiederum vermieden zukünftig vergleichbare Konfrontationen mit der Staatsmacht. So markierte die Räumung der Mainzer Straße sowohl einen radikalen Transformationsprozess nach westlichem Vorbild als auch das schlagartige Ende der Hausbesetzerwelle in Ost-Berlin. Sie war zugleich Höhepunkt und Endpunkt der West-Berliner Hausbesetzerbewegung, die Kreuzberg in den 1980er Jahren maßgeblich geprägt hatte. Die nunmehr vereinigte Besetzerszene blieb nach der Räumung der Mainzer Straße lange wie gelähmt und wagte nicht zuletzt wegen der gefestigten Staatsgewalt kaum mehr neue Besetzungen.⁵³ Beide Seiten arbeiteten fortan stärker an Verhandlungslösungen. Zwar gibt es nördlich der Frankfurter Allee bis heute wiederholt Auseinandersetzungen um besetzte Häuser, doch sind die meisten von ihnen inzwischen legalisiert. Die Häuser in der Mainzer Straße indes wurden nach ihrer Räumung im Herbst 1990 zügig saniert. Sie sollten nicht den Anlass für neuerliche Besetzungen bieten. Dabei bildete die rasche Sanierung der Mainzer Straße allerdings eher die Ausnahme im Bezirk, denn es sollte nach 1990 noch einige Jahre dauern, bis die Sanierung in Friedrichshain richtig in Gang kam.

Bevölkerungsentwicklung und Strukturwandel

Nach der Wiedervereinigung der Stadt herrschten in Berlin zunächst hohe Erwartungen. Viele Luftschlösser wurden gebaut. Doch »die Euphorie des Anfangs wandelte sich immer mehr zu einem Schock«, wie der langjährige *Tagesspiegel*-Redakteur Hermann Rudolph konstatiert.⁵⁴ Berlin geriet wie die neuen Bundesländer in eine tiefe Transformationskrise.⁵⁵ Davon war auch Friedrichshain in besonderem Maße betroffen. Dies ließ sich deutlich ablesen im starken Bevölkerungsverlust. So nahm die Einwohnerzahl Friedrichshains von 1990 bis 1999 um sieben Prozent ab; statt 107.844 lebten nur noch 100.345 Menschen in dem Bezirk.⁵⁶ Die Gründe für diesen Schwund lagen in einem dramatischen Geburtenrückgang, der wie in ganz Ostdeutschland zu einem deutlichen Sterbe-

lung Berlin e. V., Berlin 2010, S. 4. Es war öffentlich zu sehen in der Ausstellung »Alltag Einheit« im Deutschen Historischen Museum, 26.5.2015-29.2.2016.

53 Vgl. Grauwasche, *Autonome in Bewegung*, S. 261.

54 Rudolph, *Die Einheit in Berlin*, S. 127.

55 Vgl. einfürend hierzu Andreas Rödder, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009, S. 304-310.

56 Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 8.

überschuss führte,⁵⁷ sowie in anhaltenden Fortzugsüberschüssen.⁵⁸ Beide Entwicklungen betrafen nicht Friedrichshain allein, sondern ganz Berlin, das während der 1990er Jahre wie viele mitteleuropäische Großstädte einen Sterbeüberschuss aufwies und durch die nunmehr mögliche Suburbanisierung große Wanderungsverluste ins Umland hinnehmen musste, die bei weitem nicht durch Gewinne aus dem Bundesgebiet ausgeglichen werden konnten.⁵⁹

Gleichzeitig erlebte Friedrichshain einen sprunghaften Anstieg der Erwerbslosigkeit. So betrug die Arbeitslosenquote 1999 nicht weniger als 20,8 Prozent.⁶⁰ Dies lag vor allem an dem radikalen wirtschaftlichen Strukturwandel, den der Bezirk in den 1990er Jahren erfuhr. Bis in die 1980er Jahre war Friedrichshain noch weitgehend ein traditioneller Arbeiterbezirk gewesen. Das änderte sich nun schlagartig durch die Abwicklung der großen Friedrichshainer Industriebetriebe wie des Glühlampenwerks NARVA oder der Vergaser- und Filterfabrik in der Frankfurter Allee.⁶¹ Damit brach die bisherige ökonomische Struktur des Bezirks weitgehend zusammen. Friedrichshain stand dabei stellvertretend für den Einbruch der gesamten ostdeutschen Wirtschaft, der in den unproduktiven Strukturen und einer überkommenen Beschäftigungsstruktur begründet lag, die sich gegenüber der westdeutschen und zunehmend globalen Konkurrenz als unterlegen erwiesen.⁶² Hinzu kam die umstrittene Privatisierungs- und Stilllegungspraxis der Treuhandanstalt, die den radikalen Strukturwandel auch in Friedrichshain beschleunigte.⁶³

Ein Ergebnis des Strukturwandels war die nachholende Tertiarisierung Friedrichshains. Dies zeigte sich unter anderem in der Verzehnfachung der Gewerbetreibenden im Bezirk.⁶⁴ Straßen wie die Simon-Dach-Straße verwandelten sich von einfachen Wohnstraßen buchstäblich über Nacht in kleingewerbliche Kneipenzeilen, nicht ohne den Unmut vieler

57 So gingen in Ostdeutschland die Geburtenzahlen gegenüber den 1980er Jahren um die Hälfte zurück. Vgl. Ritter, *Der Preis der Einheit*, S. 141.

58 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 62.

59 So betrugen die Wanderungsverluste Berlins in den Jahren 1991 bis 1998 mehr als 106.000 Einwohner, während die Wanderungsgewinne aus dem Bundesgebiet in derselben Zeit nur 11.000 Einwohner ausmachten. Vgl. Häußermann/Kapphan, *Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt*, S. 93.

60 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 64.

61 Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 12.

62 Vgl. Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, S. 309.

63 Vgl. Kerima Bouali, *Gentrifizierung in Friedrichshainer Altbauquartieren*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 32-35, hier S. 32.

64 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 63.

Bewohner auf sich zu ziehen.⁶⁵ Am Bahnhof Frankfurter Allee entstand mit dem Ringcenter 1995 eine der ersten Shopping Malls in Ost-Berlin, was eine neuartige Konzentration des Konsumgewerbes einleitete, die wegweisend für viele folgende Einkaufszentren in ganz Berlin war. Der Strukturwandel zeigte sich auch in der Konversion ehemaliger Industrieanlagen. So wurde das alte Stralauer Industriegebiet mit den Glaswerken an der Rummelsburger Bucht zum städtebaulichen Experimentierfeld. Im Zuge der Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele im Jahr 2000 sollte hier das Olympische Dorf entstehen. Nach dem Scheitern der Bewerbung 1994 wurden die Pläne in die Wasserstadt Stralau mit 450 Wohnungen umgewandelt.⁶⁶ Bis dahin bewegte sich auf der Halbinsel jedoch wenig, weil viele Eigentümer auf die Aufwertung ihrer Grundstücke spekulierten.⁶⁷

Hinzu kamen in Friedrichshain wie in ganz Ostdeutschland ungeklärte Eigentumsverhältnisse. Durch den im Einigungsvertrag festgelegten Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung« dauerte es mitunter viele Jahre, bis Immobilien an ihre rechtmäßigen Vorbesitzer bzw. deren Nachkommen rückübertragen wurden.⁶⁸ Dies erwies sich vielerorts als Investitionshemmnis,⁶⁹ das auch in Friedrichshain den Sanierungsprozess behinderte. Durch die Rückübertragung an die Alteigentümer und die Privatisierung des ehemaligen Volkseigentums erlebte der Bezirk eine doppelte Privatisierung, die nicht wenige alteingesessene Friedrichshainer befremdete und insbesondere von der PDS öffentlich kritisiert wurde. Dabei ging die Ablehnung der neuen Zustände oft mit einer Verklärung der DDR-Verhältnisse einher.⁷⁰

65 Vgl. Dirk Moldt, Boxhagen und Friedrichsberg, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 74-84, hier S. 83.

66 Die Wasserstadt Stralau wurde auf der EXPO 2000 in Hannover als Beispiel für eine nachhaltige Stadtentwicklung vorgestellt. Vgl. *Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg*, S. 63.

67 Vgl. Moldt, *Friedrichshain*, S. 29.

68 Vgl. Harlander, *Wohnungspolitik*, S. 1054.

69 Vgl. Rödder, *Deutschland einig Vaterland*, S. 327.

70 Deutlich wird dies etwa in der kritischen Einschätzung des Lokalhistorikers Wanja Abramowski zur Nachwendezeit in Friedrichshain: »Erst der ungeliebte Einfall der Westberliner Hausbesetzer-Szene in die Mainzer Straße im Jahre 1990 eröffnete massive soziale, kulturelle und mentale Verdrängungsprozesse im gesamten Stadtquartier. Kurioserweise waren diese Hausbesetzer die ersten Vollstrecker der DM-Kapital-Herrschaft um den Boxhagener Platz. Nach den Hausbesetzern kamen die Hausbesitzer, gefolgt von neuen Laden- und Kneipenbesitzern aus Gegenden westlich von Spree und Elbe. Das ursprüngliche Kneipen-, Laden- und Firmen-Milieu ist bis zur Jahrhundertwende 2000 nahezu komplett eliminiert worden. Der öffentliche Stadtraum wurde durch fragwürdige Gestaltungsvorgänge neu ge-

Doch auch in Kreuzberg wurde die Zeit nach 1990 vielfach als Krise empfunden. Der Westbezirk stand in mancher Hinsicht vor ähnlichen Herausforderungen und zeigte vergleichbare Entwicklungen. Auch in Kreuzberg vollzog sich zwischen 1990 und 1999 ein Bevölkerungsrückgang von 153.915 auf 148.246 Einwohner. Er verlief mit 3,7 Prozent nicht ganz so dramatisch wie in Friedrichshain, schrieb aber eine bereits seit langem anhaltende Tendenz fort.⁷¹ Die Erwerbslosigkeit erreichte auch in Kreuzberg bislang unbekannte Ausmaße.⁷² 1999 waren in Kreuzberg 18.659 Personen arbeitslos gemeldet – nach Neukölln der höchste Wert von ganz Berlin.⁷³ Mit 37,4 Prozent war die ausländische Bevölkerung des Bezirks überproportional von der Arbeitslosigkeit betroffen.⁷⁴ Viele türkische Arbeitnehmer verloren in den 1990er Jahren ihre Jobs, weil diese nunmehr mit ostdeutschen Arbeitskräften besetzt wurden oder im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels wegfielen.⁷⁵ Denn auch in Kreuzberg schlossen mehrere große Industriebetriebe oder verlagerten wie die DeTeWe ihre Produktion. Hatte insbesondere Kreuzberg während der Teilung vielfach als »verlängerte Werkbank« westdeutscher Großunternehmen gedient, die auf diese Weise starke steuerliche Vergünstigungen geltend machen konnten,⁷⁶ so war der Bezirk nun in besonderem Maße von der Deindustrialisierung betroffen. Viele ausländische Arbeitnehmer gingen daraufhin in die Selbstständigkeit und eröffneten kleine Geschäfte.⁷⁷ Ebenso wie Friedrichshain erlebte auch Kreuzberg einen Tertiarisierungsschub, doch konnten die neuen Dienstleistungsbetriebe den Wegfall der industriellen Arbeitsplätze kaum kompensieren.⁷⁸ Das

ordnet, besser chaotisiert, einschließlich der nunmehrigen ›Denkmal-Anlage Boxhagener Platz. Am stärksten machte sich jedoch der durch einen Austausch seiner Bewohner erzeugte Mentalitätswandel bemerkbar. Während man sich andernorts zusammenschließt, findet hier eine Atomisierung von Leben statt. Wohnsituation und Bewohner-Identität sind in eine Schiefelage geraten. Armenhaus und Yuppie-Meile, ruhig-billige Kleinwohnungen, Szene-Kneipengasse und Hundekot sind die Eckpfeiler eines Spannungsbogens, der die Krise des Stadtraumes am Anfang des 21. Jahrhunderts beherrscht.« Abramowski, Boxhagen, S. 48.

71 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 62.

72 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 149-154.

73 Vgl. Statistisches Jahrbuch Berlin 2000, S. 259.

74 Ebd. Der Bevölkerungsanteil betrug 1999 dagegen 33,0 %.

75 Dies wird eindrucksvoll dokumentiert in Can Candans Film »Duvarlar / Mauern / Walls«, Deutschland 2000.

76 Vgl. Ralf Ahrens, Teure Wohnheiten. Berlinförderung und Bundeshilfe für West-Berlin seit dem Mauerbau, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 102 (2015), S. 283-299.

77 Vgl. Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 149-154.

78 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 64.

hatte einschneidende Folgen für die Sozialstruktur des Bezirks, der durch den anhaltenden Wegzug von Mittelschichten von einer starken sozialen Segregation geprägt war. Es entstanden neue soziale Brennpunkte wie etwa am Kottbusser Tor, das sich zum Zentrum der Berliner Drogenszene entwickelte.

Einen deutlichen Unterschied zwischen Friedrichshain und Kreuzberg markierte der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der 1990 in Kreuzberg noch 22-mal so hoch war wie in Friedrichshain. Doch auch in dieser Hinsicht näherten sich die Bezirke etwas an, da immer mehr Menschen mit ausländischem Pass nach Friedrichshain zogen.⁷⁹ Die meisten von ihnen kamen jedoch nicht aus der Türkei, sondern aus Ost- und Südosteuropa.⁸⁰ Beide Bezirke gehörten in den 1990er Jahren zu den einkommensschwächsten Berliner Bezirken.⁸¹ Damit knüpften sie zunächst an historisch gewachsene sozialräumliche Ordnungsmuster an.⁸² Der alte Berliner Osten bildete noch einmal – wie schon hundert Jahre zuvor – das Armenhaus der Stadt.

Bezirksfusion und Gentrifizierung

Nach langen Debatten beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin mit der Verfassungsänderung vom 3. April 1998 (Artikel 99a) und dem Gebietsreformgesetz vom 10. Juni 1998 die Verringerung der Anzahl der Berliner Verwaltungsbezirke. Die bisherigen 23 Bezirke sollten zu zwölf Bezirken fusionieren. Friedrichshain und Kreuzberg sollten nunmehr einen gemeinsamen Verwaltungsbezirk bilden. Neben dem neuen Bezirk Mitte, der aus den früheren Bezirken Mitte (alt), Tiergarten und Wedding geschaffen wurde, war Friedrichshain-Kreuzberg, wie der Bezirk nunmehr hieß, der einzige neue Stadtbezirk, der sich aus einem früheren Ost- und einem früheren Westbezirk zusammensetzte. Die Reform trat am 1. Januar 2001 in Kraft.⁸³ Im neuen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg lebten nunmehr 251.769 Einwohner auf einer Bezirksfläche von 2016 ha.⁸⁴

79 2001 betrug der Ausländeranteil in Kreuzberg 32,6 % und in Friedrichshain 8,3 %. Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 13 f.

80 Vgl. Statistisches Jahrbuch Berlin 2000, S. 56.

81 Vgl. Bouali, Gentrifizierung in Friedrichshainer Altbauquartieren, S. 33.

82 Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt, S. 25.

83 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 11.

84 Daraus ergab sich eine Einwohnerdichte von 124,9 Einwohnern/ha, womit Friedrichshain-Kreuzberg der mit Abstand am dichtesten besiedelte Berliner Bezirk war. Vgl. ebd., S. 14.

Für die Fusion sprachen die vergleichbare Größe und die soziostrukturellen Ähnlichkeiten der beiden Bezirke. Viele Bewohner empfanden die Zusammenlegung jedoch als »Zwangsehe«.⁸⁵ Bereits zuvor hatte sich das Zusammenwachsen von Friedrichshain und Kreuzberg alles andere als reibungslos gestaltet. Das begann schon bei der verkehrstechnischen Verknüpfung der beiden Bezirke: Die Oberbaumbrücke als einzige Verbindung zwischen Friedrichshain und Kreuzberg konnte am 9. November 1994 zum 5. Jahrestag des Mauerfalls nur gegen den Widerstand vieler Bewohner für den Autoverkehr geöffnet werden. Bürgerinitiativen auf beiden Seiten der Spree befürchteten eine neue Verkehrsbelastung und eine Verdrängung der Bevölkerung. Im Sommer 1992 war die Brücke sogar für einen Monat besetzt worden, doch der Senat setzte sich schließlich durch.⁸⁶ Schwierigkeiten bereitete auch das politische Zusammenwachsen. In der gemeinsamen Bezirksverordnetenversammlung (BVV) fühlten sich die Vertreter aus Friedrichshain oft marginalisiert und von Kreuzberg bevormundet. Im alten Westbezirk beargwöhnten dagegen viele, dass die Sanierungsmittel nun stärker in den Ostteil flossen und folglich im Westen fehlten. Kolonisierungsvorwürfe im Osten trafen auf Neidgefühle im Westen. Die Konflikte zwischen Friedrichshain und Kreuzberg glichen somit in vielerlei Hinsicht den allgemeinen Schwierigkeiten im Prozess der deutschen Einheit.

Unterdessen vollzog sich seit etwa der Jahrtausendwende ein deutlicher Wandel, in dessen Zuge sich auch die Unterschiedlichkeit der Bezirke relativierte.⁸⁷ Der demographische Trend kehrte sich spürbar um. Der fusionierte Bezirk wies seit 2001 sowohl Geburten- als auch Zuzugsüberschüsse auf.⁸⁸ Inzwischen leben wieder 276.996 Menschen im Bezirk, davon 151.827 im Ortsteil Kreuzberg und 125.169 im Ortsteil Friedrichshain.⁸⁹ Die Gründe für diese Entwicklung liegen zum einen in dem gesamtstädtischen Aufschwung, den Berlin seit Ende der Krise der 1990er Jahre erfährt; Friedrichshain und Kreuzberg profitieren in besonderem Maße von der gestiegenen Attraktivität der Bundeshauptstadt. Zum anderen lässt sich der demographische Wandel auf den

85 Vgl. Düspohl, *Kleine Kreuzberggeschichte*, S. 156.

86 Vgl. Clemens Villinger, *Der Abriss der Berliner Mauer in der öffentlichen Auseinandersetzung nach 1989*, Masterarbeit: Humboldt-Universität zu Berlin 2012, S. 81-89.

87 Vgl. Rudolph, *Die Einheit in Berlin*, S. 134.

88 Siehe Statistisches Jahrbuch Berlin 2014, S. 45.

89 Siehe Statistischer Bericht des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, *Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 30. Juni 2015*, S. 27.

weitgehenden Abschluss der Sanierung in Friedrichshain und Kreuzberg zurückführen.

Nach Kreuzberger Vorbild wurden auch in Friedrichshain mehrere Sanierungsgebiete festgelegt, um dem hohen Sanierungsbedarf von fast 67.000 Wohnungen und über 5000 Gewerbeeinheiten zu begegnen.⁹⁰ So setzte der Senat 1993/94 drei Sanierungsgebiete in Friedrichshain fest: das Samariterviertel, das Gebiet Traveplatz-Ostkreuz und das Gebiet Warschauer Straße.⁹¹ Steuervergünstigungen schufen Investitionsanreize für die Eigentümer, die die Häuser häufig gerade erst zurückerhalten hatten. Gleichzeitig sollten Mietobergrenzen und Belegungsbindungen Verdrängungsprozesse durch bauliche Aufwertungsmaßnahmen abschwächen, so dass die bisherige Bevölkerung in den Gebieten wohnen bleiben können sollte. 2002 fiel jedoch das Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramm weg; 2006 wurden die Mietobergrenzen nach der Sanierung abgeschafft. Als die drei Sanierungsgebiete zwischen 2006 und 2008 aus der Sanierung entlassen wurden, hatte sich die Bevölkerung schließlich weitgehend ausgetauscht. Zwar weisen die vielen kleinen Wohnungen in Friedrichshain strukturell eine hohe Fluktuation auf, doch betrug der demographische Wandel innerhalb von nur 15 Jahren nicht weniger als 85 Prozent. Damit ging ein starker sozialer Wandel einher: Lag das Durchschnittseinkommen in den Sanierungsgebieten vor der Sanierung noch deutlich unterhalb des Berliner Schnitts, so lag es aufgrund des Zuzugs von Besserverdienenden anschließend deutlich darüber.⁹² Nach Abschluss der Sanierung gab es in den Sanierungsgebieten kaum noch Alte, Alleinerziehende oder Arbeitslose. Die drei prekären »A«, die die Friedrichshainer Altbauquartiere zuvor geprägt hatten, waren weitgehend verschwunden.

Dieser rasche soziale Wandel stieß in Friedrichshain ebenso wie in Kreuzberg auf viel Kritik. Dabei etablierte sich in der öffentlichen Debatte der sozialwissenschaftliche Begriff der Gentrification bzw. Gentrifizierung, unter dem in der Geographie und Soziologie der »quartiersbezogene Austausch von statusniederen durch statushöhere Bevölkerungsgruppen infolge immobilienwirtschaftlicher Wertsteigerungsstrategien oder politisch initiiertes Aufwertungsmaßnahmen« verstanden wird.⁹³ Gentrifizierung hat sich als politisches Schlagwort

90 Vgl. Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 61.

91 Zur Sanierung in Friedrichshain vgl. im Folgenden Bouali, Gentrifizierung in Friedrichshainer Altbauquartieren, S. 32-35.

92 Vgl. ebd., S. 34.

93 Andrej Holm, Zeitschleife Kreuzberg. Gentrification im langen Schatten der »Behutsamen Stadterneuerung«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contem-

durchgesetzt, um den raschen Bevölkerungsaustausch infolge baulicher Veränderungen auf den Punkt zu bringen. Doch ist der häufig polemisch und pauschal erhobene Befund differenziert zu betrachten, denn die Gentrifizierungsprozesse treten in Friedrichshain und Kreuzberg nicht überall gleichermaßen auf, sondern beschränken sich fast ausschließlich auf die sanierten Altbaugebiete, wobei sie nicht allein auf der vorangegangenen Sanierung beruhen.⁹⁴

Für die Gentrifizierung in Friedrichshain und Kreuzberg gibt es mehrere Erklärungsansätze: Insbesondere für Kreuzberg wird häufig auf die Rückgewinnung der historisch gewachsenen Zentrumsfunktion verwiesen.⁹⁵ Nach der teilungsbedingten Randlage rückte Kreuzberg gewissermaßen wieder aus dem Schatten der Mauer heraus. Ganz abgesehen von grundsätzlichen Zweifeln gegenüber einem solchen Geo-Determinismus⁹⁶ kann dieses Argument jedoch nicht erklären, warum die Gentrifizierung in Kreuzberg zunächst kaum stattfand.⁹⁷ Andrej Holm spricht im Gegensatz zur dynamischen Gentrifizierung in Prenzlauer Berg und Friedrichshain vielmehr von einer »verspäteten Aufwertung« in Kreuzberg und verweist in diesem Zusammenhang vor allem auf politische Faktoren.⁹⁸ Der Hauptgrund für die Gentrifizierung in Kreuzberg liege im Auslaufen der Förderprogramme und der damit verbundenen Aufhebung von Kappungsgrenzen. »Die durch die ›Behutsame Stadterneuerung‹ lange Zeit erfolgreich gedämpfte Mietentwicklung in Kreuzberg wird von vielen Investoren heute vor allem als Ertragslücke angesehen, die nun geschlossen werden könne.«⁹⁹ Die Gründe für den Wegzug der früheren Bevölkerung liegen jedoch nicht nur in erheblichen Mietsteigerungen, sondern auch in hohen Abfindungszahlungen, einer stärkeren Wahlfreiheit hinsichtlich des Wohnorts oder in einer gefühlten

porary History II (2014) H. 2, S. 300-311, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2014/id=5105>.

94 Zur ungleichen Gentrifizierung in den Berliner Innenstadtbezirken vgl. Andrej Holm, Berlin's Gentrification Mainstream, in: Matthias Bernt/Britta Grell/Andrej Holm (Hg.), The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism, Bielefeld 2013, S. 171-187; Bouali, Gentrifizierung in Friedrichshainer Altbauquartieren, S. 34.

95 So etwa in der ausführlichen Einleitung zum Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, S. 61.

96 Vgl. hierzu die Kritik an materialistisch-essentialistischen Erklärungsansätzen bei Stephan Günzel, Topologie und städtischer Raum, in: Der Architekt 3/2008, S. 8-10.

97 So Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 149.

98 Vgl. Holm, Zeitschleife Kreuzberg, S. 303 f.

99 Ebd., S. 311.

Entfremdung gegenüber dem Wohnumfeld.¹⁰⁰ Letzteres verweist auf die Bedeutung kultureller Push- und Pull-Faktoren bei der Gentrifizierung. Die Altbauquartiere in Friedrichshain und Kreuzberg erfuhren nicht nur eine bauliche Instandsetzung, sondern auch eine deutliche symbolische Aufwertung, die der ökonomischen Aufwertung häufig voranging und neue Bewohner in die Bezirke lockte. So sind für Barbara Lang die stadtkulturellen Diskurse maßgebend für die »tatsächlichen sozio-ökonomischen Wandelprozesse. Sie reden der Gentrifizierung das Wort und schreiben Veränderungen herbei.«¹⁰¹

Dieser kulturelle Wandel setzte nicht erst 1989/90 ein, sondern begann mit der Neubewertung der gründerzeitlichen Altbausubstanz, die sich in Kreuzberg bereits in den 1970er Jahren zeigte und sich seit den 1980er Jahren auch in Friedrichshain feststellen ließ. Die maroden Altbauten boten den Freiraum für die Verwirklichung privater Lebensentwürfe und bildeten Ausgangspunkte für die Entstehung neuer Öffentlichkeiten von hoher Mobilisierungskraft. Die Hausbesetzer im Westen und Schwarzwohner im Osten waren jene »Pioniere« im Sinne der Gentrifizierungstheorie, die durch ihren Zuzug ein neues soziales Milieu schufen, das zur Aufwertung des Viertels führte, ehe sie von wohlhabenderen Bewohnern verdrängt (oder selber wohlhabend) wurden.¹⁰² Dieser Prozess liegt zum Teil quer zur Epochenzäsur von 1989/90. Während die Pionierphase bereits vor der Wende einsetzte, erfolgte die Verdrängung der »Pioniere« durch die neuen urbanen Eliten erst im Zuge der weitgehenden Sanierung. Die Veränderungsprozesse resultieren also nicht allein aus dem Strukturwandel der Transformationszeit, sondern verweisen auf längerfristige Prozesse der Auflösung und Neudefinierung sozialer Milieus und mit ihnen einhergehender, bevölkerungsspezifischer Wohn- und Lebensformen. Insofern hat die Gentrifizierung in Friedrichshain und Kreuzberg bereits eine lange Vorgeschichte.

Der Streit um die Privatisierung des Spreeufers

Es waren die »Pioniere« der Gentrifizierung, die nach dem Mauerfall den ehemaligen Todesstreifen zwischen Friedrichshain und Kreuzberg erschlossen. Den Anfang machten bereits im Frühjahr 1990 linksalterna-tive »Rollheimer« mit ihren Wagenburgen, die sich an der Mühlen-

¹⁰⁰ Vgl. Häußermann/Kapphan, Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt, S. 197f.

¹⁰¹ Lang, Mythos Kreuzberg, S. 36.

¹⁰² Vgl. Grashoff, Schwarzwohnen, S. 180.

straße zwischen Spree und Hinterlandmauer niederließen. Die ehemalige Grenze bot hierfür einen geradezu metaphorischen und zeitweilig kaum kontrollierten Schwellenraum.¹⁰³ Später folgten Strandbars, Clubs und Zirkusprojekte, die sich die Brachflächen kreativ aneigneten. Hierzu gehörten unter anderem die populären Clubs »Maria«, »Oststrand« und »Bar 25«, der Jugendtreff »Yaam« und der Zirkus »Cabuwazi«.¹⁰⁴ Das frühere Sperrgebiet wurde zu einem öffentlich zugänglichen Raum und zu einem neuen Zentrum der alternativen Vergnügungskultur, in dem sich viele Friedrichshainer und Kreuzberger begegneten. Die Voraussetzung hierfür war nicht nur der Mauerfall, sondern auch die Deindustrialisierung auf beiden Seiten der Spree, die die Uferzonen zunächst ökonomisch uninteressant erscheinen ließ.

Der Senat von Berlin wollte jedoch den oben beschriebenen Strukturwandel bewältigen und verfolgte angesichts der hohen Verschuldung der Stadt eine weitgehend neoliberale Standort- und Privatisierungspolitik. Dabei setzte er stark auf Zukunftsindustrien wie die Kreativwirtschaft und Medienunternehmen. Nach dem Vorbild der Londoner Docklands und der Hamburger Hafencity sollten die Uferzonen und Hafenanlagen der oberen Spree zwischen Jannowitz- und Elsenbrücke in »prime real estates« umgewandelt werden.¹⁰⁵ Mit teils erheblichen Subventionen gelang es dem Senat, größere Medienunternehmen an die Spree zu locken. So zog Universal-Music 2002 in das ehemalige Eierkühlhaus neben der Oberbaumbrücke; 2004 folgte MTV in eine Lagerhalle am Osthafen.¹⁰⁶ Ausschlaggebend für den Umzug der Unternehmen war nicht zuletzt die kreative Zwischennutzung der Uferzonen, vor allem die alternative Kreuzberger Szene und die elektronische Musiksubkultur der Nachwendzeit. Die Medienunternehmen wollten sich den Geist und die Authentizität der Subkultur nutzbar machen und als Marke verwerten.¹⁰⁷

103 Vgl. Jonathan Bach, *The Berlin Wall after the Berlin Wall. Site into sight*, in: *Memory Studies* 9 (2016) H. 1, S. 48-62, hier S. 56. 1996 wurden die Wagenburgen schließlich geräumt.

104 Vgl. Düspohl u. a., *Die Spreegrenze*, S. 155.

105 Vgl. Albert Scharenberg/Ingo Bader, *Berlin's waterfront site struggle*, in: *City* 13 (2009) H. 2-3, S. 325-335, hier S. 327.

106 Vgl. Martin Wiebel, *Das Quartier Rudolfplatz. Berlins Upper East Side*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 101-115, hier S. 113f. Des Weiteren kann auch das *Neue Deutschland*, das von 1995 bis 2005 aufgrund von Rechtsstreitigkeiten seine Redaktionsräume in ein altes Verwaltungsgebäude am Osthafen verlegte, zu den Medienunternehmen an der Spree gezählt werden (siehe auch S. 136-145). Vgl. Uebel, *Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher*, S. 77.

107 Vgl. Scharenberg/Bader, *Berlin's waterfront site struggle*, S. 330.

Zunächst kamen allerdings nur wenige Investitionsprojekte über die Planungsphase hinaus, da es in Berlin keinerlei Bedarf an zusätzlichen Büroflächen gab. Um die Spreeufer indes weiter zu erschließen, schlossen sich 2001 sechs Investoren zur Standortentwicklungsgesellschaft Mediaspree GmbH zusammen.¹⁰⁸ 2004 gründeten zwanzig Investoren, Grundstückseigentümer sowie Senats-, Bezirks- und IHK-Vertreter den Verein Regionalmanagement mediaspree e. V.¹⁰⁹ Auf dem 3,7 km langen und 180 ha großen Areal sollten auf beiden Seiten der Spree zahlreiche Neubauten für Wohnen und Kultur, Dienstleistungen und Handel sowie Hotellerie und Gastronomie entstehen. »Mediaspree« sollte als »Ankerpunkt« für Zukunftsindustrien dienen und bis zu 40.000 Arbeitsplätze schaffen.¹¹⁰ In Erwartung der strukturfördernden Effekte verkaufte der Berliner Senat viele Landesliegenschaften entlang der Spree an private Investoren.

Als »Mediaspree« mit seinen Entwicklungsplänen an die Öffentlichkeit trat, regte sich jedoch rasch Protest in Friedrichshain und Kreuzberg. Luftbildvisualisierungen, die zahlreiche neue Hochhäuser entlang der Spree zeigten, provozierten einen öffentlichen Aufschrei.¹¹¹ Die versprochene Aufwertung der umliegenden Wohnquartiere wurde von vielen Anwohnern nicht als Segen betrachtet, sondern löste Ängste vor einer raschen Gentrifizierung der Gegend aus.¹¹² Die Clubbetreiber entlang der Spree befürchteten, im Zuge der Neubebauung vertrieben zu werden, mithin also das klassische Schicksal der »Gentrifizierungspioniere« zu erleiden. Im Kern ging es bei den Protesten jedoch um die Privatisierung des öffentlichen Raums. Die Kritik zielte dabei auf drei Ebenen auf den Verlust von Öffentlichkeit: *Erstens* wurde moniert, dass die Entscheidungsfindung für die Bebauung des Spreeareals im Zuge der neuartigen Public-Private-Partnership jenseits öffentlicher Kontrolle erfolgt war.¹¹³ *Zweitens* wurde kritisiert, dass das Land immer weitere öffentliche Liegenschaften veräußerte. Und *drittens* wurde befürchtet, dass durch die Privatisierung die öffentliche Zugänglichkeit der Uferwege gefährdet werde.

Unter dem Motto »Mediaspree versenken!« bildete sich im Herbst 2006 ein Initiativkreis gegen die geplante Bebauung der Spreeufers. Die Aktivisten aus dem Umfeld des alternativen Christopher Street

108 Siehe Tagesspiegel, 17. November 2001.

109 Vgl. Düspohl u. a., Die Spreegrenze, S. 155.

110 Zu »Mediaspree« vgl. v. a. Jan Dohnke, Spree Riverbanks for Everyone! What remains of »Sink Mediaspree«?, in: Matthias Bernt/Britta Grell/Andrej Holm (Hg.), The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism, Bielefeld 2013, S. 261-274.

111 Vgl. Düspohl u. a., Die Spreegrenze, S. 156.

112 Vgl. Dohnke, Spree Riverbanks for Everyone, S. 263.

113 Vgl. Scharenberg/Bader, Berlin's waterfront site struggle, S. 329.

Day (CSD)¹¹⁴ starteten im Oktober 2007 ein Bürgerbegehren auf Bezirksebene, das ein »Spreeufer für alle!« forderte.¹¹⁵ Damit nutzte der Initiativkreis ein neues Instrument direkter Demokratie, das erst im Jahr zuvor durch den rot-roten Senat eingeführt worden war. Das Bürgerbegehren stellte drei konkrete Forderungen: *Erstens* sollten auf einem 50 Meter breiten Uferstreifen keine Neubauten entlang der Spree entstehen, *zweitens* sollten keine Neubauten die historische Berliner Traufhöhe von 22 Metern überragen und *drittens* sollte es keine zusätzliche Autoverbindung über die Spree geben.¹¹⁶ Innerhalb von fünf Monaten konnte der Initiativkreis in Friedrichshain-Kreuzberg 16.500 Unterschriften sammeln.¹¹⁷ Die anschließenden Verhandlungsrunden mit dem Bezirk führten zu keinem Ergebnis, so dass für den 13. Juli 2008 ein Bürgerentscheid angesetzt wurde, bei dem die wahlberechtigte Bevölkerung von Friedrichshain-Kreuzberg zwischen den Vorschlägen des Initiativkreises und einer Kompromissvariante des Bezirks wählen konnte.

Das Ergebnis des Bürgerentscheids war ein überraschend deutlicher Erfolg für den Initiativkreis »Mediaspree versenken!«. 87 Prozent der 35.000 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Vorschläge des Initiativkreises, wobei mit einer Wahlbeteiligung von 19,1 Prozent das notwendige Quorum von 15 Prozent erreicht wurde.¹¹⁸ Es war den Aktivisten gelungen, für ihr Anliegen eine relativ breite Unterstützung zu gewinnen und viele Menschen für den Bürgerentscheid zu mobilisieren. Hierfür lassen sich vor allem drei Gründe benennen: Die Ziele des Initiativkreises vereinten *erstens* ein breites gesellschaftliches Spektrum, das von linksradikalen Aktivisten über kreative Unternehmer bis hin zu Teilen der alternativen Mittelklasse reichte.¹¹⁹ Dabei variierten die Motive von klassischen NIMBY-Positionen,¹²⁰ die einschneidende bauliche Veränderungen vor der eigenen Haustür ablehnten, bis zu einem grundsätzlichen

114 Der alternative Christopher Street Day hatte sich als Alternative für den eigentlichen Christopher Street Day gebildet, der vielen Mitgliedern der linken Schwulenbewegung inzwischen zu kommerziell erschien.

115 Das Bürgerbegehren richtete sich an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, da dieser formal für die baulichen Angelegenheiten zuständig war.

116 Siehe Infobroschüre »Spreeufer für alle!« des »Initiativkreis Mediaspree versenken!« AG Spreeufer, o. D.; online unter: <https://ms-versenken.org> (22.3.2016).

117 Das waren mehr als dreimal so viele Unterschriften wie erforderlich. Siehe Tagesspiegel, 20. März 2008.

118 Das waren fast 30.000 der 180.000 Wahlberechtigten. Zum Ergebnis des Bürgerentscheids siehe Tagesspiegel, 14. Juli 2008.

119 Vgl. Scharenberg/Bader, Berlin's waterfront site struggle, S. 332 f.

120 NIMBY steht in der Stadtsoziologie für das so genannte St.-Florians-Prinzip »not in my backyard«. Vgl. ebd.

Unbehagen an der Stadtentwicklungspolitik des Senats.¹²¹ *Zweitens* waren die drei Forderungen des Initiativkreises sehr konkret und konzentrierten sich auf übersichtliche Ziele.¹²² *Drittens* entwickelten die Initiatoren ironische Protestformen, die kreativ an Kreuzberger Sponti-Traditionen anknüpften und eine breite Öffentlichkeit ansprachen. So begleiteten und bejubelten Aktivisten mit Schlauch- und Tretbooten eine Schifffahrt von »Mediaspree«-Investoren, welche daraufhin vorzeitig abgebrochen wurde.¹²³ Zudem veranstaltete der Initiativkreis eine eigene Spreeparade, platzierte originelle Kinowerbungen und verbreitete auf Postern, Aufklebern, T-Shirts, Tassen und Jutebeuteln ein markantes Logo, das in ikonographischer Anlehnung an den Untergang der Titanic das Ziel von »Mediaspree versenken!« visualisierte (Abb. 21).¹²⁴

Das Ergebnis des Bürgerentscheids war politisch nicht bindend. So sprachen sich die FDP und die Berliner Industrie- und Handelskammer dafür aus, das Referendum zu ignorieren. Dies konnten sich die Grünen, die in Friedrichshain-Kreuzberg regierten, jedoch nicht leisten, wenn sie ihre Wählerschaft nicht verprellen wollten.¹²⁵ Also richtete der Bezirk im Oktober 2008 einen Sonderausschuss Spreeraum ein, dem neun Bezirksverordnete aller Fraktionen (3 Grüne, 2 Linke, 2 SPD, 1 FDP, 1 CDU) sowie vier Bürgerdeputierte des Initiativkreises angehörten, um die Umsetzung des Bürgerentscheids im Detail zu erörtern. Nach 15 Monaten verließen die Aktivisten jedoch den Ausschuss, als sich herausstellte, dass sich ihre Forderungen kaum durchsetzen ließen.¹²⁶ Der Bezirk befürchtete Entschädigungszahlungen in Höhe von 165 Mio. Euro, da die meisten Investoren bereits über Baurecht verfügten.¹²⁷ Der Senat drohte mehrfach, dem Bezirk die Planungshoheit zu entziehen, falls die dort geplante Entwicklung »gesamtstädtischen Interessen« zuwiderlaufe.¹²⁸ Die Investoren schließlich verwiesen auf ihre gültigen Bebauungspläne und warfen den Initiatoren des Bürgerentscheids den Missbrauch partizipativer Demokratie für egoistische Motive vor.¹²⁹ Der Konflikt zwischen »Kiez« und »Kapital« schien unlösbar.¹³⁰

121 Vgl. Dohnke, Spree Riverbanks for Everyone, S. 267.

122 Scharenberg/Bader sprechen von einer Single Issue-Bewegung. Vgl. Scharenberg/Bader, Berlin's waterfront site struggle, S. 332 f.

123 Siehe Tagesspiegel, 2. Juli 2008.

124 Vgl. Dohnke, Spree Riverbanks for Everyone, S. 266 f.

125 Siehe Tagesspiegel, 14. Juli 2008.

126 Vgl. Dohnke, Spree Riverbanks for Everyone, S. 271.

127 Die Initiative ging dagegen von 40 Mio. Euro aus. Vgl. ebd., S. 268.

128 Siehe Tagesspiegel, 28. Februar 2009.

129 Vgl. Dohnke, Spree Riverbanks for Everyone, S. 268 f.

130 So Arno Orzessek in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 2. September 2008.



Abb. 21: Logo des Initiativkreises
»Mediaspree versenken!«

Der Initiativkreis konnte lediglich einige Teilerfolge erreichen, die allesamt Landesliegenschaften betrafen: An ein paar Stellen wurde der öffentliche Raum vergrößert, ein Hochhaus an der Elsenbrücke wurde von den Plänen entfernt und die Brommybrücke sollte lediglich als Steg für Fußgänger und Radfahrer wiedererrichtet werden.¹³¹ Die großen Bauvorhaben an der Spree ließen sich jedoch nicht mehr aufhalten. Das prominenteste und zugleich umstrittenste Projekt war die Veranstaltungsarena der amerikanischen Anschutz Entertainment Group, die im Oktober 2008 unter dem Namen O2-World eröffnet wurde. Mehr als 1200 Demonstranten protestierten bei der Einweihung der Mehrzweckhalle in der Mühlenstraße.¹³² Dabei richtete sich die Kritik nicht zuletzt dagegen, dass vor der O2-World ein 45 Meter langes Teilstück der erhaltenen Berliner Mauer abgetragen und versetzt wurde, damit die Halle über einen exklusiven Schiffsanleger verfügen konnte. Zum ersten Mal wurde damit ein Teilstück der East Side Gallery privaten Interessen geopfert.

Fünf Jahre später setzte sich die Geschichte fort. Im März 2013 sollten weitere Abschnitte der East Side Gallery abgetragen werden, um die Baustellenzufahrt für ein privates Hochhausprojekt zu gewährleisten. Direkt neben der Mauer wollte der Investor Maik Uwe Hinkel (geb. 1963) ein 60 Meter hohes Penthouse mit 13 Etagen errichten, für das er seit 2005 Baurecht besaß.¹³³ Als die Bagger die ersten Mauerelemente entfernen

¹³¹ Zur Bilanz siehe Infobroschüre »Spreeufer für alle!«, S. 14 f.

¹³² Siehe Süddeutsche Zeitung, 4. Oktober 2008.

¹³³ Die East Side Gallery wurde erst 2006 im Gesamtkonzept des Berliner Senats zur Erinnerung an die Berliner Mauer als Ausdruck für die euphorische Freude über

wollten, entbrannte neuerlicher Protest. Wieder bildete sich eine Bürgerinitiative, deren Name ihr Programm war: Der Initiative »East Side Gallery retten« gehörten einige enttäuschte Aktivisten von »Mediaspree versenken!« an. Darüber hinaus reichte die Liste der Protestler von Vergnügungsstätten wie dem »Sage Club«, »Kater Holzig«, »Tresor« und »Lido« bis zur Clubcommission.¹³⁴ Deren Sprecher Sascha Disselkamp (geb. 1964) skandalisierte das geplante Bauvorhaben: »Hier sind Menschen gestorben. An der Stelle jetzt Luxuswohnungen hinzustellen ist so, als würde man eine Tankstelle auf die Museumsinsel bauen.«¹³⁵ Der grüne Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz (geb. 1948), fügte hinzu: »Die East Side Gallery verliert ihre Weite und wirkt vor den Neubauten nur noch wie ein Gartenzaun.«¹³⁶ Doch ging es bei den Protesten offenkundig nicht nur um die Zerstörung eines Kulturguts, sondern ebenso um die Frage des Stadtumbaus und seiner sozialen Folgen, wie Jonathan Bach zusammenfasst: »This combination of legacy and left politics allowed the East Side Gallery to become metonymically linked with anti-gentrification sentiment in Berlin.«¹³⁷

Am 17. März 2013 versammelten sich an der East Side Gallery etwa 10.000 Menschen, um gegen die Abrissarbeiten zu protestieren, die einstweilen unterbrochen worden waren. In ironischer Umkehrung der revolutionären Forderung »Die Mauer muss weg« wurde nunmehr der Slogan »Die Mauer muss bleiben« skandiert.¹³⁸ Den bizarren Höhepunkt der Großdemonstration bildete schließlich ein Auftritt von David Hasselhoff (geb. 1952), der unter dem Jubel der Demonstranten wie einst am Silvesterabend 1989 am Brandenburger Tor seinen Wende-Hit »I've been Looking for Freedom« sang. Verwundert stellte der *Tagesspiegel* fest, wie »ein von linken Kreisen sonst eher müde belächelter Serienstar aus den USA zur Galionsfigur des alternativen Kiezprotestes gegen Großinvestoren an der Mediaspree« wurde (Abb. 22).¹³⁹

Die linke Stadtteilpolitik war eine erstaunliche Verbindung mit der lokalen und globalen Vergnügungskultur eingegangen, um für den Vorrang von öffentlichen gegenüber privaten Interessen zu demonstrieren. Doch auch der öffentlichkeitswirksame Protest der vereinten Friedrichshain-

die Überwindung der Mauer und deren »ästhetische Aneignung« gewertet und als besonders schützenswertes zeitgeschichtliches Dokument unter Denkmalschutz gestellt. Vgl. Düspohl u. a., *Die Spreegrenze*, S. 154.

134 Siehe *Tagesspiegel*, 24. Februar 2013.

135 Zitiert im *Tagesspiegel*, 5. März 2013.

136 Zitiert im *Tagesspiegel*, 18. März 2013.

137 Bach, *The Berlin Wall after the Berlin Wall*, S. 57.

138 Vgl. ebd.

139 Siehe *Tagesspiegel*, 18. März 2013.



Abb. 22: Auftritt von David Hasselhoff an der East Side Gallery (2013),
Foto: Scott Krause

Kreuzberger Aktivisten konnte den Mauerdurchbruch nicht aufhalten. Nach vierwöchigen Verhandlungen rückten am 26. März 2013 um 5 Uhr morgens im Schutze der Dunkelheit und von 250 Polizisten die Bagger an und stellten die Baustellenzufahrt her.¹⁴⁰ Pikanterweise berichtete der *SPIEGEL* kaum zwei Wochen später, dass der Investor Maik Uwe Hinkel in den 1980er Jahren mutmaßlich als Informant für die Stasi und den KGB tätig gewesen sei.¹⁴¹ Damit erhielt die hitzige Debatte um den Erhalt der Berliner Mauer eine weitere unerwartete Wendung, freilich ohne dass das Bauvorhaben an der East Side Gallery gestoppt worden wäre.

Inzwischen ist das geplante Penthouse an der Mauer fertiggestellt. Gegenüber prangt ein Mercedes-Stern an der neuen Vertriebszentrale des Autokonzerns, und auch die O2-World ist in Mercedes-Benz-Arena umbenannt worden. Die Privatisierung des Spreeareals ist trotz der öffentlichen Proteste weitgehend abgeschlossen, und die East Side Gallery ist trotz der Lücken zu einem zentralen Besuchermagnet der immer weiter wachsenden Touristenströme geworden.¹⁴² Damit steht

¹⁴⁰ Siehe Tagesspiegel, 28. März 2013.

¹⁴¹ Siehe DER SPIEGEL, 8. April 2013.

¹⁴² Vgl. Hanno Hochmuth, HisTourismus, Public History und Berlin-Tourismus, in: Christoph Kühberger/Andreas Pudlat (Hg.), *Vergangenheitsbewirtschaftung. Public History zwischen Wirtschaft und Wissenschaft*, Innsbruck 2012, S. 173-182, hier S. 181.

die East Side Gallery erneut symbolhaft für die allgemeine Entwicklung in Friedrichshain und Kreuzberg. War sie 1990 Sinnbild für die radikale Transformation des Ostteils nach westlichem Vorbild, so ist sie heute ein Symbol für die wachsende Touristifizierung Friedrichshain-Kreuzbergs. Die vielfache Umwandlung von Gewerbehöfen zu Hostels und von Wohnungen zu »FeWos« wird von kritischen Beobachtern als letzte Stufe der Gentrifizierung betrachtet.¹⁴³ Dabei hat die Aufwertung von Friedrichshain und Kreuzberg ihre Licht- und Schattenseiten: Die Lebens- und Wohnverhältnisse in Friedrichshain und Kreuzberg haben sich in den vergangenen 25 Jahren deutlich verbessert und einen in dieser Gegend bislang nicht da gewesenen Standard erreicht, wovon nicht zuletzt auch viele frühere Aktivisten profitieren. Doch angesichts exponentiell gestiegener Mieten ist die Teilhabe an dieser Entwicklung für viele Menschen schwierig geworden. Friedrichshain und Kreuzberg gehören bei Neuvermietungen inzwischen zu den teuersten Wohnlagen der Stadt. Damit hat sich die sozialräumliche Ordnung umgekehrt, die Berlin mehr als 150 Jahre geprägt hat. Der arme Berliner Osten ist heute kaum mehr wiederzuerkennen.

143 Vgl. hierzu polemisch Peter Laudenbach, *Die elfte Plage. Wie Berlin-Touristen die Stadt zum Erlebnispark machen*, Berlin 2013.

Zusammenfassung

2017 liegt der Mauerfall bereits ebenso lange zurück, wie die Berliner Mauer Bestand hatte. Damit verschieben sich die Maßstäbe der historischen Betrachtung. Die Zeit der Teilung von Ost- und West-Berlin erscheint mehr und mehr als Episode in einem »Jahrhundert der Extreme«. Das gilt auch für die fast einhundertjährige Geschichte von Friedrichshain und Kreuzberg, die zunächst von extremen Wohnbedingungen, dann von einer extremen Kriegszerstörung und Wohnungsnot und schließlich von einem extremen Systemgegensatz gekennzeichnet war. Doch spiegeln sich in Friedrichshain und Kreuzberg nicht einfach nur die großen Linien des 20. Jahrhunderts. Vielmehr liegen einige Entwicklungen quer zu den erwartbaren Zäsuren: Weit mehr Kontinuitäten als angenommen ragten in die Zeit der Teilung hinein, die wiederum neue Entwicklungen hervorbrachte, die sich erst unter den ungebremsen Marktdynamiken nach 1989/90 voll entfalteten. Bisweilen erscheint der beschleunigte Wandel der letzten 25 Jahre sogar radikaler als die Entwicklung in den Jahrzehnten davor, vor allem im Hinblick auf die Umkehrung traditioneller sozialräumlicher Ordnungen vom armen Arbeiterbezirk zum teuren Altbauviertel. Diese erstaunliche Entwicklung, so das wichtigste Ergebnis dieser Untersuchung, geht in ihren Ursprüngen auf den Wandel von Öffentlichkeit und Privatheit in Friedrichshain und Kreuzberg während der politischen Teilung zurück. Im Folgenden sollen nun die zentralen Befunde dieser Studie thesenartig zusammengefasst werden, bevor abschließend einige knappe methodische Reflexionen zu den konzeptionellen Ausgangspunkten zurückführen.

Erstens: Die Zeitgeschichte von Öffentlichkeit und Privatheit in Friedrichshain und Kreuzberg ist keine Verfallsgeschichte. Bürgerinitiativen und Kiezfeste stehen ebenso wie alternative Wohnformen für eine fortschreitende Expansion und Verschränkung von Öffentlichkeit und Privatheit. Dabei resultierten die Dynamiken von Öffentlichkeit und Privatheit zum Teil aus den Stadtentwicklungsprozessen, die vor allem in den Altbaugebieten die nötigen Freiräume für die Entstehung neuer öffentlicher wie privater Räume schufen. Zum Teil waren die Dynamiken von Öffentlichkeit und Privatheit aber auch ursächlich für die Stadtentwicklung in Friedrichshain und Kreuzberg, wie sich etwa am politischen Engagement der Evangelischen Kirche zeigte. Öffentlichkeit und Privatheit gingen vor allem seit den 1970er Jahren neue Wechselverhältnisse ein. So entstanden in Kreuzberg mit dem *Südost-Express* und anderen Stadtteilzeitungen neuartige Öffentlichkeiten zum Schutze der

ZUSAMMENFASSUNG

gewonnenen privaten Freiräume, während in Friedrichshain Bluesmes- sen die privaten Sorgen und Nöte von Jugendlichen öffentlich artikulier- ten. Umgekehrt bildeten grenzübergreifende mediale Öffentlichkeiten neue Möglichkeiten des Rückzugs ins Private. Auf diese Weise verlor die Binarität von Öffentlichkeit und Privatheit an Trennschärfe. Es entstanden uneindeutige Überlappungszonen, wie sie für die Moderne kennzeichnend sind. Friedrichshain und Kreuzberg verfolgten dabei jedoch unterschiedliche Pfade. Die verschiedenen Ausformungen und Aneignungen von Öffentlichkeit und Privatheit stehen insofern für multiple Modernen.¹

Zweitens: In Kreuzberg galten aufgrund der demokratischen Verfasst- heit von West-Berlin wesentlich freiere Bedingungen zur Entfaltung von Öffentlichkeit und Privatheit als im staatssozialistischen Ostteil der Stadt. Zahlreiche neue Formen von Öffentlichkeit und Privatheit rich- teten sich in Kreuzberg jedoch gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und propagierten alternative politische Vorstellungen und Lebensentwürfe, die sich seit den 1970er Jahren verstärkt auf den konkre- ten Stadtraum bezogen. So entstanden in Form von Stadtteilzeitungen, linken Galerien, Ausstellungen, Geschichtswerkstätten, Kneipenkollekti- ven und Kiezfesten dezidiert linke »Gegenöffentlichkeiten«, die sich als Alternative zur »bürgerlichen Öffentlichkeit« der herrschenden gesell- schaftlichen Ordnung verstanden. In Kreuzberg errangen diese Gegen- öffentlichkeiten tendenziell eine kulturelle Hegemonie, was sich etwa in der erfolgreichen Prägung und Besetzung der stadtteilspezifischen Agen- da und Sprache zeigte. In anderer Hinsicht scheiterten die politischen Ansprüche der Gegenöffentlichkeiten jedoch oft an nachlassendem En- gagement, schwieriger Konsensbildung sowie an der Persistenz privater Interessen und individueller Bedürfnisse.

Drittens: In Friedrichshain herrschten aufgrund der SED-Diktatur und ihrer staatlich kontrollierten Medienöffentlichkeit deutlich einge- schränkte Bedingungen für die Entfaltung einer unabhängigen Öffent- lichkeit, was zu einem verstärkten Rückzug ins Private führte. Doch unterlagen auch die Angebote der staatlichen Propagandaöffentlichkeit gegenläufigen Dynamiken, die sich dem politischen Gestaltungswillen der SED entzogen und sich etwa im Falle des ND-Pressefests in immer stärkeren Konzessionen an die privaten Unterhaltungs- und Konsumbe- dürfnisse der Bevölkerung niederschlugen. Daneben entwickelten sich alternative Formen von Öffentlichkeit, die zum Teil substituierenden

1 Vgl. Konrad H. Jarausch, *Out of Ashes. A New History of Europe in the 20th Cen- tury*, Princeton 2015.

ZUSAMMENFASSUNG

Charakter annahmen: Filme wie »Die Legende von Paul und Paula« nutzten partielle künstlerische Freiräume und thematisierten öffentlich das Streben nach privatem Glück vor dem Hintergrund des Stadtwandels in Friedrichshain; Eingaben der Bevölkerung an die staatlichen und kommunalen Behörden induzierten eine Art Ersatzöffentlichkeit und klagten die Erfüllung politischer Versprechen und privater Bedürfnisse ein; die Bluesmessen in der Samariterkirche schufen schließlich eine punktuelle Gegenöffentlichkeit, in der unter anderem die doppelte Medienöffentlichkeit problematisiert wurde. Diese Formen von Öffentlichkeit waren in der Regel jedoch nur in eng umgrenzten gesellschaftlichen Nahbereichen möglich. Das galt auch für die Entfaltung alternativer Lebens- und Wohnformen im Privaten, die wie im Falle des Schwarzwohnens nur geduldet wurden, solange sie weitgehend still erfolgten.

Viertens: Die Ausprägungen und Vorstellungen von Öffentlichkeit und Privatheit unterlagen allerdings nicht nur den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern waren ebenso abhängig von den lokalen Strukturen in Friedrichshain und Kreuzberg. Diese wiesen zahlreiche gemeinsame Traditionsbestände auf, die von der städtebaulichen Struktur über die Kirchengemeinden bis hin zur Kneipen- und Festkultur reichten. Hinzu kamen gemeinsame Herausforderungen wie die anhaltende Wohnraumknappheit angesichts des Verfalls und der Zerstörung der gründerzeitlichen Altbausubstanz, denen sich beide Bezirke unabhängig von ihrer politischen Verfasstheit gleichermaßen stellen mussten. Dies führte dazu, dass sich Friedrichshain und Kreuzberg trotz der Teilung der Stadt und der gesamtgesellschaftlichen Systemkonkurrenz in städtebaulichen Fragen nur begrenzt auseinanderentwickelten und die jeweiligen Strategien zur Lösung der lokalen Probleme gegenseitig wahrgenommen wurden.

Fünftens: Das vorherrschende Problem in Friedrichshain und Kreuzberg war in der gesamten Nachkriegszeit bis über die Wiedervereinigung von 1990 hinaus die Lösung der Wohnungsfrage. Dabei glichen sich die städtebaulichen Leitbilder in Ost und West, die bis in die 1970er Jahre die Beseitigung der verschlissenen Altbausubstanz vorsahen, an deren Stelle moderne Wohnsiedlungen entstehen sollten. Dieser Wohnungsbau wurde sowohl in Ost- als auch in West-Berlin fast vollständig mit öffentlichen Mitteln finanziert bzw. gefördert, da die Wohnungsfrage seit der Weimarer Republik als öffentliche Aufgabe verstanden wurde und sich beide deutschen Nachkriegsstaaten daran messen lassen mussten. In der Praxis zog sich die geplante Sanierung der beiden Altbaubezirke jedoch lange hin und wies bald soziale Folgeproblematiken auf, die sich unter anderem im massenhaften Leerstand bei gleichzeitiger Wohn-

raumknappheit zeigten. Hierauf wurde in Kreuzberg mit zahlreichen Hausbesetzungen reagiert, während in Friedrichshain viele leerstehende Wohnungen schwarz bezogen wurden. Gemein ist den beiden Formen der nichtgesetzlichen Wohnrauman eignung, dass in den baulichen Strukturen der traditionellen Berliner Mietskasernen, die zuvor nur begrenzt Privatheit zugelassen hatten, mit Wohngemeinschaften und Kommunen neue private Wohn- und Lebensformen entstanden. Während diese Freiräume in Friedrichshain zumeist individuell und weitgehend im Privaten erstritten und verhandelt wurden, waren die Hausbesetzungen in Kreuzberg ein öffentliches Thema von hoher politischer Brisanz, das viele unterschiedliche gesellschaftliche Akteure mobilisierte.

Sechstens: Ein zentraler Akteur im Prozess der Stadtentwicklung von Kreuzberg war die Evangelische Kirche, die sich im Geiste der Zivilgesellschaft neu »erfand«. An die Stelle der historischen Verbindung von Thron und Altar rückte seit den 1960er Jahren ein verstärktes kritisches Engagement innerhalb der Gesellschaft, das ältere sozialprotestantische Traditionen aufgriff und Antworten auf konkrete Problemlagen in der Gemeinde zu geben versuchte. Dies gilt auch für Teile der Evangelischen Kirche in Friedrichshain, wobei sich hier die Kritik weniger auf die Stadt bezog, sondern gegen den Staat richtete, in dem nur noch die Kirche unabhängige zivilgesellschaftliche Strukturen bewahren konnte. Im Zuge der massiven Entkirchlichung randständig geworden, widmete sich die Evangelische Kirche in West und Ost verstärkt Menschen am Rande der Gesellschaft, die von der Sanierung betroffen waren bzw. kaum noch Zukunftserwartungen an das Leben in der DDR richteten. Dabei verband sich die sozialdiakonische Arbeit mit einem kritischen Öffentlichkeitsanspruch, der gegenüber kommunalen, staatlichen bzw. partei-staatlichen Entscheidungsträgern behauptet wurde. In Kreuzberg stimulierte die Kirchenöffentlichkeit eine neue Kiezöffentlichkeit, in Friedrichshain bildete sie das Dach für eine regimekritische Ersatzöffentlichkeit. Damit stieß die Kirche wichtige Transformationsprozesse an, die im Westen zu einer Abkehr von der bisherigen Sanierungspolitik beitrugen und im Osten den Weg zur friedlichen Überwindung der SED-Diktatur bahnten.

Siebtens: Eine besonders wirkmächtige Sphäre von Öffentlichkeit und Privatheit markierte die großstädtische Vergnügungskultur in Friedrichshain und Kreuzberg, die in der zweiten Jahrhunderthälfte von einem tiefgreifenden Wandel geprägt war. Zahlreiche Formen des öffentlichen Kiezvergnügens der langen Jahrhundertwende gerieten in eine Krise, die sich etwa im Niedergang von Eckkneipen, Flohkinos und traditionellen Volksfesten zeigte. Dagegen verlagerte sich das Vergnügen durch den raschen Kaufkraft- und Freizeitgewinn der Bevölkerung und den damit

ZUSAMMENFASSUNG

einhergehenden technischen Fortschritt stärker in die Privatsphäre. Dies bildete die Voraussetzung dafür, dass der Osten über die elektronischen Massenmedien auch nach 1961 mit dem Westen verbunden blieb. Die unterhaltsamen westlichen Radio- und Fernsehprogramme konstituierten eine verflochtene Vergnügungskultur, die den DDR-Bürgern zugleich eine Ersatzöffentlichkeit bot und den Rückzug ins Private verstärkte. Auch in Kreuzberg drängte die Vergnügungskultur nach dem Krieg zunächst ins Private, ehe in den 1970er Jahren neue Formen des öffentlichen Vergnügens aufkamen. Hierzu gehörten neben der mythisch überhöhten Kreuzberger Kneipenszene, die sich stark diversifizierte, vor allem neue Stadtteilstädte, die einen dezidiert politischen Anspruch besaßen und eine kritische Gegenöffentlichkeit bilden sollten. Doch gerieten die linken Utopien, die in Form von Kneipenkollektiven und Kiezfesten verwirklicht werden sollten, immer wieder in Konflikt mit den privaten Konsum- und Unterhaltungsbedürfnissen der Besucher. Die Vergnügungskultur besaß eine Eigengesetzlichkeit, die sich den politischen Steuerungsversuchen der Veranstalter oft ebenso entzog wie Einhebungsversuchen der Behörden. So war es weniger das politische Programm als die neuartige Ästhetik des Widerstands in der alternativen Vergnügungskultur, die maßgeblich zur neuen Urbanität und Wiederbelebung des öffentlichen Raumes in Kreuzberg beitrug.

Achtens: Kreuzberg entwickelte sich in den 1970er und 1980er Jahren zu einem gesellschaftlichen Experimentierfeld, in dem neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe und selbstbestimmter Lebensführung erprobt werden konnten. Die Individualisierung in Kreuzberg ging mit neuen Wahlmöglichkeiten und Spielräumen einher. Der West-Berliner Bezirk kann daher zugespitzt als Laboratorium der Liberalisierung charakterisiert werden, das viele kritische Potentiale aus der Bundesrepublik aufnahm und wiederum stark auf die Bundesrepublik zurückwirkte.² Kreuzberg bot hierfür zwei nur scheinbar widersprüchliche Voraussetzungen: Zum einen gewährte der Bezirk jene großstädtische Anonymität und unvollständige soziale Integration, die viele zugezogene junge Menschen aus Westdeutschland in West-Berlin suchten, um den sozialen Normen und nicht zuletzt dem Wehrdienst in der Bundesrepublik zu entfliehen. Zum anderen erlaubte die geographische und gesellschaftliche Randlage des »gallischen Dorfs« Kreuzberg neue Formen der Gemeinschaft

2 Zur Liberalisierung der Bundesrepublik vgl. Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49; Konrad H. Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004.

in Gestalt eines ebenso alternativen wie hedonistischen Zusammenlebens, für das es genügend Freiräume gab, weil weite Teile des Bezirks als ökonomisch uninteressant galten und von den Behörden lange Zeit vernachlässigt wurden. Die marode Bausubstanz der gründerzeitlichen Altbauquartiere bot die Nischen für soziale Experimente einer postfordistischen Lebensweise. Dies galt in Ansätzen auch für Friedrichshain, wo sich in den 1980er Jahren ebenfalls einige nonkonforme Subkulturen bildeten, die das SED-Regime weitgehend ablehnten, aber aufgrund der eingeschränkten Öffentlichkeit bis zum Ende der DDR kaum miteinander vernetzt waren.

Neuntens: Der Erhalt der baulichen Voraussetzungen für die neuen Wohn- und Lebensformen bildete in Kreuzberg ein zentrales Motiv für die Abkehr von Planungsutopien in Form großflächiger Modernisierungsvorhaben und raumgreifender Verkehrsprojekte. Damit einher ging eine deutliche Aufwertung des Historischen, die sich sowohl in der Neubewertung der Altbausubstanz als auch in der positiven Neuerfindung und exponentiellen Verbreitung des heute ubiquitären »Kiez«-Begriffs zeigte. Diese Entwicklung war konservativ und progressiv zugleich und vereinte eine Allianz unterschiedlichster Akteure, die von Denkmalpflegern über Kirchenvertreter bis hin zu linken Hausbesetzern reichte. Um den eigenen »Kiez« zu erhalten, wurden neue Formen von Mitbestimmung erprobt und zahlreiche lokalgeschichtliche Studien angestoßen. Ein zentrales Ergebnis war das Konzept der »Behutsamen Stadterneuerung«, das weit über Kreuzberg hinaus ausstrahlte. Umgekehrt war die Entwicklung in Kreuzberg Teil eines breiten gesamtgesellschaftlichen Wandels seit den 1970er Jahren, der von einem »Ende der Zuversicht« in den Jahren »nach dem Boom« geprägt war³ und mit einem tiefgreifenden geschichtskulturellen Wandel korrespondierte. Die Rückbesinnung auf die gebrochene Vergangenheit versprach zunehmend mehr Orientierung als der Glaube an den ungebrochenen Fortschritt. Dies lässt sich ebenfalls für die DDR feststellen. So kam es in den 1980er Jahren auch in Friedrichshain zu einer Neubewertung der Altbausubstanz, die nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen im Zuge der »komplexen Rekonstruktion« wiederhergestellt wurde, anstatt, wie lange geplant, industriell vorgefertigten Plattenbauten zu weichen. Hier zeigte sich somit bereits vor dem Mauerfall eine Konvergenz der städtebaulichen Vorstellungen in Friedrichshain und Kreuzberg. Den alten Berliner Mietskasernen, die

3 Vgl. Konrad H. Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

ZUSAMMENFASSUNG

zuvor jahrzehntelang Gegenstand sozialpolitischer und städtebaulicher Kritik gewesen waren, wurde nunmehr eine besondere historische Authentizität zugesprochen.⁴

Zehntens: Die Neubewertung der Altbausubstanz bildet eine wichtige historische Grundlage für die heutige Gentrifizierung in Friedrichshain und Kreuzberg. Dieser Prozess der städtebaulichen und sozialen Aufwertung geht in seinen Anfängen auf die Zeit vor 1989/90 zurück. Kreuzberger Studenten und Hausbesetzer und Friedrichshainer Schwarzwohner bildeten die »Pioniere« der Gentrifizierung, die neue Lebensformen in alten Gebäuden erprobten und somit eine neue, postfordistische Urbanität schufen. Auf diese symbolische Aufwertung folgte in den Jahrzehnten nach 1989/90 eine ökonomische Aufwertung der zwischenzeitlich weitgehend sanierten Altbausubstanz, wobei die ehemaligen Hausbesetzer oftmals selber zu Hausbesitzern wurden oder durch zahlungskräftigere urbane Eliten verdrängt wurden. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich der sozialräumliche Charakter des mittlerweile fusionierten Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg fundamental gewandelt. Die sozialen Kosten dieser Aufwertung stehen heute im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte, die um Fragen von Gentrifizierung, Privatisierung und Touristifizierung kreist und von einer sehr spezifischen und traditionsreichen lokalen Protestkultur getragen wird, die selbst stark zur aktuellen Attraktivität des Bezirks beigetragen hat, indem sie alternative Formen von Öffentlichkeit und Privatheit hervorgebracht hat. Die vorliegende Untersuchung der historischen Ursprünge dieser ambivalenten Entwicklung versteht sich insofern auch als ein Beitrag zur Problemgeschichte unserer Gegenwart.⁵

Das Ziel dieser Studie war es, durch den Vergleich von Öffentlichkeit und Privatheit in Friedrichshain und Kreuzberg einen Beitrag zu einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte zu leisten, die nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Zeitgeschichtsschreibung darstellt.⁶ Anhand der beiden benachbarten Bezirke, die über vier Jahrzehnte unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angehörten, sollte im kleinen Maßstab nach Gemeinsamkeiten, Unterschieden und Verflech-

4 Vgl. Martin Sabrow/Achim Saupe, Historische Authentizität. Zur Kartierung eines Forschungsfeldes, in: Dies. (Hg.), Historische Authentizität, Göttingen 2016, S. 7-28, hier S. 21-24.

5 Vgl. Hans Günter Hockerts, Einführung, in: Ders. (Hg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. VII-XV, hier VIII.

6 Vgl. Stefanie Eisenhuth/Hanno Hochmuth/Konrad H. Jarausch, Alles andere als ausgeforscht. Aktuelle Erweiterungen der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv, 11.1.2016, www.bpb.de/218370.

tungen zwischen Ost und West gefragt werden. Der besondere Reiz des Vergleichs von Friedrichshain und Kreuzberg besteht in der einzigartigen historischen Konstellation, die ihm zugrunde liegt: Die gemeinsame Vorgeschichte, die zwischenzeitliche Teilung und die letztlich Vereinigung der beiden Bezirke bilden eine historische Versuchsanordnung, die das komplexe Geschehen der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte in einem überschaubaren Raum verdichtet.

Dabei bleibt festzuhalten, dass West-Berlin ebenso wenig mit der Bundesrepublik gleichgesetzt werden kann wie Ost-Berlin mit der restlichen DDR. Friedrichshain und Kreuzberg waren weder »typisch« noch »atypisch« für die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte. Sie sind keine austauschbaren Fallbeispiele für allgemeine historische Strukturen und Prozesse. Vielmehr markieren die beiden Bezirke der geteilten »Frontstadt« einen historischen Sonderfall, in dem sich zugleich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie in einem Brennglas bündelten. Die Geschichte von Friedrichshain und Kreuzberg erlaubt daher einen Blick auf das Allgemeine im Besonderen und verbindet somit Stadtgeschichte und Zeitgeschichte.

Mit der Frage nach Öffentlichkeit und Privatheit gerieten parallele Entwicklungen der Teilungsgeschichte Friedrichshains und Kreuzbergs in den Blick, so dass sich der Ost-West-Vergleich nicht in einer bloßen Kontrastgeschichte von Diktatur und Demokratie erschöpfte, sondern neben elementaren Unterschieden auch zahlreiche Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden konnten. Dagegen war die Frage nach den historischen Verflechtungen oft schwer zu beantworten. So konnten anhand der ausgewählten Fallbeispiele insgesamt weniger Verflechtungen zwischen Friedrichshain und Kreuzberg identifiziert werden als ursprünglich angenommen. Dieser Befund muss ernst genommen werden, gilt es doch zu vermeiden, durch einen einseitigen Fokus auf die verbindenden Aspekte die historischen Verflechtungen gleichsam herbeizuschreiben. Anstelle konkreter Verflechtungen blieb es in der vorliegenden Studie daher vielfach bei Plausibilitätsannahmen kultureller Transfers und der ihnen innewohnenden Asymmetrien zwischen Ost und West.

Auf zwei sinnvolle Perspektiverweiterungen des Verflechtungsansatzes sei abschließend hingewiesen: Zum einen wird Verflechtung in Studien zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte zumeist als kompensatorische und tendenziell friedvolle Überwindung einer anormalen Teilung verstanden. Tatsächlich waren Friedrichshain und Kreuzberg jedoch nicht nur durch den friedlichen Austausch von Kunst, Kultur, Medien, Lebensstilen und städtebaulichen Leitbildern miteinander verbunden, sondern paradoxerweise auch durch die monströse Grenze, die die bei-

ZUSAMMENFASSUNG

den Bezirke gewaltsam trennte und zugleich verklammerte. Die Symbole der Teilung bildeten insofern selbst ein Element der »Verflechtung in der Abgrenzung«.⁷ So wurde der westliche Brückenkopf der Oberbaumbrücke regelmäßig für Demonstrationen der Einheit mit den Brüdern und Schwestern im Osten genutzt. Es ist daher kein Zufall, dass die Oberbaumbrücke heute das gemeinsame Wappen von Friedrichshain-Kreuzberg schmückt.

Zum anderen machten die historischen Verflechtungsbeziehungen nicht an den Bezirksgrenzen halt. Friedrichshain und Kreuzberg waren in vielfacher Hinsicht in den gesamtstädtischen und gesamtgesellschaftlichen Kontext der Systemkonkurrenz eingebunden. Das gilt insbesondere für die grenzübergreifenden audiovisuellen Medienöffentlichkeiten zwischen Ost und West, die sich einem stadtdogmatischen Zugriff weitgehend entziehen. Die Frage nach den deutsch-deutschen Verflechtungen darf dabei nicht den Blick auf die transnationalen Verflechtungen verstellen. Die Kreuzberger Subkultur der 1970er/80er Jahre war personell und musikalisch eng mit ihren westeuropäischen Vorbildern verknüpft und ignorierte größtenteils das andere Berlin jenseits der Mauer. Von zentraler Bedeutung war in Kreuzberg schließlich die transnationale Verflechtung über die Migration von Menschen aus der Türkei, die nach dem Mauerbau weitgehend an die Stelle der innerdeutschen Verflechtungsbeziehungen trat. Die vielfältigen migrantischen Alltagspraxen und Erfahrungswelten haben den Westbezirk nachhaltiger geprägt als sein östliches Gegenüber, in dem Migrationsprozesse keine vergleichbare Rolle spielten. So war Kreuzberg insgesamt stärker mit der weiten Welt verflochten als mit Friedrichshain auf der anderen Seite der Spree.

7 Vgl. Arnd Bauerkämper, Verflechtung in der Abgrenzung, in: Ulrich Mählert (Hg.), Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 71-78, hier S. 77.

Anhang

Ungedruckte Quellen

Landesarchiv Berlin (LArch):

LArch A Pr. Br. Rep. 030 Tit. 94
LArch C Rep. 121
LArch C Rep. 135-01
LArch C Rep. 135-10 II
LArch C Rep. 135-15
LArch F Rep. 290 64-87

Evangelisches Zentralarchiv in Berlin (EZA):

EZA 626 II 20/4
EZA 626 II 20/13
EZA 626/II 29/7
EZA 626 II 30/1-6

Archiv des Museums Friedrichshain-Kreuzberg (FHXB):

FHXB Lfd. Nr. 41, Östliche Wrangelstraße, Blöcke 130/131 (Haberkerblöcke)
Planung, Sanierung, Bewohnerbeteiligung (1978-1982)
FHXB Alben zur Geschichte des Bezirks Friedrichshain
FHXB Bestand Kurt Bothe
FHXB Fotoserie Horst Luedeking (1971)
FHXB Fotoserie Lucas Nagel (2002)
FHXB Materialien zu den Grenzkinos in Kreuzberg
FHXB Tonbänder von Klaus Duntze zur Stadterneuerung in Kreuzberg
FHXB Unterlagen des Vereins SO 36
Evelyn Schulz, Gegenwartshistorische Analyse zur Rolle von einzelnen Kirchengemeinden im Kirchenkreis Friedrichshain in der Zeit von 1980 bis 1989, unveröff. MS, Berlin 1993.
Ausstellungstafeln »Gebraut und gesoffen« zur gleichnamigen Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain (1999).

Archiv der Tempelhofer Vorstadt (Privatarchiv Lothar Uebel):

Broschüre zu den 37. Kreuzberger Festlichen Tagen 1985
Plakate und Programmübersichten zum Chamissoplatzfest (1983-1987)
Korrespondenz, Infoblätter und Protokolle des Mieterrats Chamissoplatz (1984-1986)
Broschüre zu den Kulturtagen am Chamissoplatz 1987
Materialien zur Kneipe »Leierkasten« in der Zossener Straße

Polizeihistorische Sammlung Berlin:

- Einsatzprotokolle und Auswertungsergebnisse der Berliner Polizei zur Räumung der Mainzer Straße am 14.11.1990
Nachbereitungsprotokolle der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen
Presseerklärungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin
Infoblätter der Berliner Polizeigewerkschaft
Infoblätter des Info-Büros Mainzer Straße
Briefe von Mietern an den Ost-Berliner Oberbürgermeister
»Das Ende der Anarchie«. 20 Jahre danach, Sonderdruck des Förderkreises
Polizeihistorische Sammlung Berlin e. V., Berlin 2010

Gedruckte Quellen

- Altmann, Katharina u. a. (Hg.), Die Luisenstadt. Ein Heimatbuch, Berlin u. a. 1927.
Berger, Joachim, Kreuzberger Wanderbuch. Wege ins widerborstige Berlin, Berlin 1984.
Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Landgang in Berlin. Stadtgeschichte an Landwehrkanal und Spree, Berlin 1987.
Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Neue Passagen. Stadtgeschichte am Landwehrkanal, Berlin 1996.
Berliner Kulturrat e. V. (Hg.), 750 Jahre Berlin. Guter (Kultur)Rat ist gar nicht so teuer, Berlin 1984.
Berthold, Erika, Die Kommune 1 Ost, in: Ute Kätzel (Hg.), Die 68erinnen. Portrait einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002, S. 221-237.
Bolda, Elisabeth/Rainer Nitsche/Jochen Staadt (Hg.), Der Mehringhof. Ein unmöglicher Betrieb, Berlin 1988.
Braun, Adolf, Berliner Wohnungsverhältnisse. Denkschrift der Berliner-Arbeiter-Sanitätskommission, Berlin 1893.
Bröckers, Mathias (Hg.), Die taz. Das Buch. Aktuelle Ewigkeitswerte aus zehn Jahren tageszeitung, Frankfurt a. M. 1989.
Broschüre zum Mehringhof (o. Verf.), Berlin 1999.
Brust, Waldemar, Koppenstraße 60. Eine Berliner Kindheit in der Weimarer Zeit. Episoden aus dem Berlin der 20er und 30er Jahre, Berlin (Ost) 1987.
Bücher, Karl, Die Wohnungsenquête in der Stadt Basel vom 1. bis zum 19. Februar 1889, Basel 1891.
Der Senat von Berlin, Strategien für Kreuzberg, Berlin 1977.
Der Senat von Berlin, Strategien für Kreuzberg, 2. Auflage, Berlin 1979.
Duntze, Klaus, Sanierung muß ihre Kriterien aus der Gegend selbst gewinnen, in: Bauwelt 60 (1969) H. 41.
Duntze, Klaus, Der Geist, der Städte baut. Planquadrat, Wohnbereich, Heimat, Stuttgart 1972.

GEDRUCKTE QUELLEN

- Düspohl, Martin, Die »Kreuzberger Heimatausstellung«. Bildungsarbeit im stadtgeschichtlichen Museum, Diplomarbeit: Freie Universität Berlin 1983.
- Düspohl, Martin, Archiv »Kreuzberg-Museum für Stadtentwicklung und Sozialgeschichte«, in: Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (Hg.), Berliner Heimatmuseen. Zwölf Wege in die Stadtgeschichte, Berlin 1989, S. 14-21.
- Eppelmann, Rainer, Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993.
- Eppelmann, Rainer, Gottes doppelte Spur. Vom Staatsfeind zum Parlamentarier, Holzgerlingen 2007.
- Frey, Chris, Erinnerungen an die Kreuzberger Künstlerkneipe Leierkasten, in: Neuenburger Nachrichten. Kleine Zeitschrift für Kiez und Kultur, Nr. 8, 1. April 2015, S. 7-8.
- Gensch, W./H. Liesigk/H. Michaelis, Der Berliner Osten, Berlin 1930.
- Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 34 vom 19.10.1979.
- Hegemann, Werner, 1930. Das steinerne Berlin. Geschichte der größten Mietskasernenstadt der Welt, Braunschweig 1992⁴ (original 1930).
- Hessel, Franz, Ein Flaneur in Berlin, Berlin 1984 (original 1929).
- Hirschfeld, Magnus, Die Gurgel Berlins (Großstadtdokumente 41), Berlin/Leipzig, o. J. (ca. 1907/8).
- Hoffmann, Hugo/Kunstamt Kreuzberg (Hg.), Die unmögliche Art Bücher zu machen. 25 Jahre Atelier-Handpresse, Katalog zur Ausstellung im Kreuzbergmuseum vom 15. Februar bis zum 13. April 1998, Berlin 1998.
- Idee, Prozess, Ergebnis. Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Martin-Gropius-Bau zum Berichtsjahr 1984 der Internationalen Bauausstellung Berlin 1987, 15.9.-16.12.1984, hg. v. Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin 1984.
- Jason, o. A., Kino-Theater und andere Vergnügungsstätten. Ein statistischer Überblick, in: Reichsfilmblatt Nr. 28, 11.7.1925, S. 13-14.
- Karwelat, Jürgen, Passagen. Geschichte am Landwehrkanal, Berlin 1984.
- Kerfin, Gerhard, Bohème, Begriff und Entwicklung, in: Neuenburger Nachrichten. Kleine Zeitschrift für Kiez und Kultur, Nr. 8, 1. April 2015, S. 10-12.
- Kerfin, Gerhard, Der Kreuzberger Leierkasten, in: Neuenburger Nachrichten. Kleine Zeitschrift für Kiez und Kultur, Nr. 8, 1. April 2015, S. 1-6.
- Kirchhoff, Fritz, Rund um das Schlesische Tor. Ein Spaziergang vor sechzig Jahren, in: Katharina Altmann u. a. (Hg.), Die Luisenstadt. Ein Heimatbuch, Berlin u. a. 1927, S. 68-72.
- Klünner, Hans-Werner, Berlin und seine Kneipen, Berlin 1981.
- Korfmann, Hans W., Geld hat mich nie interessiert. Portrait des Galeristen Werner Tammen, in: Kreuzberger Chronik, Ausgabe 144, Februar 2013, <http://www.kreuzberger-chronik.de/chroniken/2013/februar/mensch.html>.
- Korfmann, Hans W., Ich mach's auch umsonst. Portrait des Künstlers Ernst Volland, in: Kreuzberger Chronik, Ausgabe 145, März 2013, <http://www.kreuzberger-chronik.de/chroniken/2013/maerz/mensch.html>.
- Korfmann, Hans W., Wir haben nichts verdient, wie haben alle nur überlebt.

- Portrait des Schauspielers Uwe Müller, in: Kreuzberger Chronik, Ausgabe 146, April 2013, <http://www.kreuzberger-chronik.de/chroniken/2013/april/mensch.html>.
- Krolow, Wolfgang, Kinder in Kreuzberg, Text: Erika Runge, Berlin 1979².
- Krolow, Wolfgang, Instandbesetzer Bilderbuch, mit einem Vorwort von Peter-Paul Zahl, Berlin 1981².
- Krolow, Wolfgang/Werner Orłowsky/Rolf Hosfeld/Peter-Paul Zahl, Seiltänze. Ein Fotobuch aus Kreuzberg, Berlin 1982.
- Kunstamt Kreuzberg/Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e. V./Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz (Hg.), Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, Katalog zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 29. September 1983 im Kunstamt Kreuzberg und zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 10. September 1983 in der Galerie am Chamissoplatz, Berlin 1983.
- Mehringhof, Die Broschüre, Berlin 1983.
- Meier, Helmut/Walter Schmidt (Hg.), Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker, Berlin (Ost) 1988.
- Mielitz, Paul, Eine soziale Studie über den Osten Berlins. Ein Rundfunkvortrag von Bürgermeister P. Mielitz, in: Heimatkalender für den Bezirk Friedrichshain 1932, Berlin 1932, S. 18-28.
- Ostwald, Hans, Das galante Berlin, Berlin-Grunewald, o. J. (1928).
- Proeger, Willy (alias »Weka«), Stätten der Berliner Prostitution. Von den Elends-Absteigequartieren am Schlesischen Bahnhof und Alexanderplatz zur Luxus-Prostitution der Friedrichstraße und des Kurfürstendamms. Eine Reportage, Berlin 1930.
- Rasche, Klaus, Gedanken zur Gründerzeitarchitektur, in: Architektur der DDR 11/1979, S. 701.
- Schnell, Robert Wolfgang, Geisterbahn – Kreuzberger Ballade, Darmstadt 1973.
- Schwabe, H., Die königliche Haupt- und Residenzstadt Berlin in ihren Bevölkerungs-, Berufs- und Wohnungsverhältnissen. Resultate der Volkszählung und Volksbeschreibung vom 1.12.1871, Berlin 1874.
- Sombart, Werner, Das Proletariat, Frankfurt a. M. 1906.
- Statistisches Jahrbuch Berlin 2000, hg. v. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam 2000.
- Statistisches Jahrbuch Berlin 2014, hg. v. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Potsdam 2014.
- Stave, John, Stube und Küche. Erlebtes und Erlesenes, Berlin (Ost) 1987.
- Stimmann, Hans, Stadterneuerung in Ost-Berlin. Vom »sozialistischen Neuaufbau« zur »komplexen Rekonstruktion«, Berlin 1985.
- Stresemann, Gustav, Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde, Leipzig 1900.
- Tebbe, Krista/Werner Tammen, Vorwort, in: Kunstamt Kreuzberg/Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e. V./Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz (Hg.), Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert

ONLINE-RESSOURCEN

- sich, Katalog zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 29. September 1983 im Kunstamt Kreuzberg und zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 10. September 1983 in der Galerie am Chamissoplatz, Berlin 1983, S. 7.
- Teufelszeug im Gotteshaus. Gespräch mit Rainer Eppelmann, in: Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hg.), Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin 2004, S. 173-180.
- Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1908. Im Auftrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, bearbeitet von Albert Kohn, Berlin 1909.
- Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1909. Im Auftrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, bearbeitet von Albert Kohn, Berlin 1910.
- Zahl, Peter-Paul, Die Glücklichen. Schelmenroman, Berlin 1979.

Zeitungen und Zeitschriften

Berliner Morgenpost
Berliner Zeitung
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Der Freitag
Kreuzberger Chronik
Neues Deutschland
Neue Zeit
Der SPIEGEL
Südost-Express
Südwest-Express
die tageszeitung (taz)
Die ZEIT

Online-Ressourcen

- <http://berlin-besetzt.de> (Webseite zu Hausbesetzungen in Berlin)
- <https://pressegeschichte.docupedia.de/wiki> (Begleitmaterialien zum DDR-Pressportal)
- <http://www.beppo-pohlmann.de> (Homepage des Sängers Beppo Pohlmann)
- <http://www.berghain.de> (Homepage des Clubs »Berghain«)
- <https://kommunismusgeschichte.de> (Online-Lexikon »Wer war wer in der DDR«)
- <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html> (Ergebnisse der Bundestagswahlen)
- http://www.deutschlandradiokultur.de/die-traditionslinie-der-ortsgemeinde.1278.de.html?dram:article_id=247864 (Interview mit Pfarrer Klaus Duntze)

- <http://www.dwds.de> (Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache)
- <http://www.fhxb-museum.de> (Homepage des FHXB Museums Friedrichshain-Kreuzberg)
- <http://www.histomapberlin.de> (Historisches Kartenmaterial zu Berlin)
- <http://www.moana.de/FilmeDeutsch/DCh/DChIv.html> (Homepage des Filmemachers Rudolf Thome)
- <https://ms-versenken.org> (Homepage des Initiativkreises »Mediaspree versenken!«)
- <https://www.museum-digital.de> (Museum Digital, u. a. mit Beständen des FHXB Museums Friedrichshain-Kreuzberg)
- <https://www.ostel.eu> (Homepage des Hostels »Ostel«)
- <https://www.slub-dresden.de/sammlungen/deutsche-fotothek/fotografen/borchert> (Webseite der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden zum Werk des Fotografen Christian Borchert)
- <https://www.youtube.com/watch?v=hKaIehw4ItY> (Auftritt der »Gebrüder Blattschuss« in der ZDF-Hitparade)
- <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse> (DDR-Pressportal)
- <https://digital.zlb.de/viewer/cms/141> (Berliner Adressbücher)

Filme und Fernsehsendungen

- »B-Movie: Lust & Sound in West-Berlin 1979-1989«, Bundesrepublik Deutschland 2015, 92 min, Buch und Regie: Jörg A. Hoppe, Klaus Maeck, Heiko Lange.
- »Berlin Chamissoplatz«, Bundesrepublik Deutschland 1980, 112 min, Regie: Rudolf Thome, Drehbuch: Rudolf Thome und Jochen Brunow.
- »Die Kinder aus No. 67 oder: Heil Hitler, ich hätt gern n' paar Pferdeäpfel«, Bundesrepublik Deutschland 1980, 103 min, Regie und Drehbuch: Usch Barthelmeß-Weller/Werner Meyer.
- »Die Legende von Paul und Paula«, DDR 1973, 105 min, Regie: Heiner Carow, Drehbuch: Ulrich Plenzdorf.
- »Kiez-Geschichten«, 7-teilige Serie des Fernsehens der DDR, Erstausstrahlung am 23. Oktober 1987, Regie: Jens-Peter Proll, Drehbuch: Rolf Gumlich.

FORSCHUNGLITERATUR

Zeitzeugengespräche

Martin Düspohl (4.6.2014)
Rainer Eppelmann (22.4.2015)
Hugo Hoffmann (9.5.2015)
Uwe Hübsch (18.11.2015)
Christa Jancik (23.5.2014)
Gabriele Klahr (10.12.2015)
Susanne Köstering (5.6.2014)
Thomas Lindenberger (3.6.2014)
Hartmut Moldenhauer (2.12.2015)
Dirk Moldt (13.8.2014)
Walter Momper (4.1.2016)
Beppo Pohlmann (6.5.2015)
Barbara Rolfes-Poneß (9.10.2015)
Johann Georg Schabach (8.5.2015)
Werner Tammen (12.5.2015)
Martin Wiebel (9.10.2015)
Jörg Zintgraf (4.6.2014)

Forschungsliteratur

A. G. Grauwacke (Hg.), *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*, Berlin 2008.

Abramowski, Wanja, *Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain von Berlin bis 1920*, Berlin 2000.

Abramowski, Wanja, *Boxhagen – zwischen Aufruhr und Langeweile. Eine Stadtteilgeschichte*, Berlin 2003.

Ahbe, Thomas, »Ostalgie« als eine Laien-Praxis in Ostdeutschland. Ursachen, psychische und politische Dimensionen, in: Heiner Timmermann (Hg.), *Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre*, Berlin 2001, S. 781-802.

Ahrens, Ralf, *Teure Gewohnheiten. Berlinförderung und Bundeshilfe für West-Berlin seit dem Mauerbau*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 102 (2015), S. 283-299.

Ansorg, Leonore/Renate Hürtgen, *The Myth of Female Emancipation. Contradictions in Women's Lives*, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Dictatorship as Experience. Towards a Socio-cultural History of the GDR*, New York 1999, S. 163-176.

Arndt, Melanie, *Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948-1961*, Köln u. a. 2009.

Arndt, Susan u. a. (Hg.), *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz*, Berlin 1992.

- Arnold, Angela, Bruchstücke. Trümmerbahn und Trümmerfrauen, Berlin 1999.
- Asmus, Gesine (Hg.), Hinterhof, Keller und Mansarde. Einblicke in das Berliner Wohnungselend 1901-1920. Die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, Reinbek bei Hamburg 1982.
- Ault, Julia Elizabeth, Saving East Germany's Nature. The Struggle between Socialist Environmentalism and Independent Activism, 1968-1990, Diss.: University of North Carolina, Chapel Hill 2015.
- Bach, Jonathan, The Berlin Wall after the Berlin Wall. Site into sight, in: *Memory Studies* 9 (2016) H. 1, S. 48-62.
- Bahmann, Manfred K., St. Thomas im Berliner Häuserkampf, in: *Kirchengemeinde St. Thomas* (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 191-195.
- Bahrtdt, Hans Paul, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Opladen 1998 (original 1961).
- Bahrtdt, Hans Paul, Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft, Hamburg 1968.
- Barck, Simone/Christoph Classen/Thomas Heimann, The Fettered Media. Controlling Public Debate, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Dictatorship as Experience*, New York u. a. 1999, S. 213-230.
- Barck, Simone, Bitterfelder Nachlese. Ein Kulturpalast, seine Konferenzen und Wirkungen, Berlin 2007.
- Barclay, David E., Kein neuer Mythos. Das letzte Jahrzehnt West-Berlins, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (2015) B. 46, S. 37-42.
- Bärthel, Hilmar, Wasser für Berlin. Die Geschichte der Wasserversorgung, Berlin 1997.
- Bärthel, Hilmar, Geklärt! 125 Jahre Berliner Stadtentwässerung, Berlin 2003.
- Bärthel, Hilmar, Anlagen und Bauten der Gasversorgung sowie der Stadtentwässerung, in: *Berlin und seine Bauten*, Teil X, Bd. A (2): Stadttechnik, Petersberg 2006, S. 21-37 u. 111-121.
- Bauerkämper, Arnd, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.
- Bauerkämper, Arnd, Verflechtung in der Abgrenzung, in: Ulrich Mähler (Hg.), *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, S. 71-78.
- Baumgarten, Michael/Ruth Freydank (Hg.), *Das Rose-Theater. Ein Volkstheater im Berliner Osten 1906-1944*, Berlin 1991.
- Becker, Tobias/Johanna Niedbalski, Die Metropole der tausend Freuden. Stadt und Vergnügungskultur um 1900, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), *Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900*, Bielefeld 2011, S. 7-20.
- Beier, Rosmarie, Leben in der Mietskaserne. Zum Alltag Berliner Unterschichtenfamilien in den Jahren 1900 bis 1920, in: Gesine Asmus (Hg.), *Hinterhof, Keller und Mansarde. Einblicke in das Berliner Wohnungselend 1901-1920. Die Wohnungs-Enquete der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker*, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 244-270.

- Bender, Peter, Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München 1996.
- Bergler, Andrea/Monica Geyler, »150 Jahre Adalbertstraße« (in Berlin Kreuzberg). Eine topographische Geschichtsausstellung, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2 (1992), S. 26-29.
- Berking, Helmuth/Martina Löw (Hg.), Die Eigenlogik der Städte, Frankfurt a.M. 2008.
- Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain-Kreuzberg, hg. v. Hans-Jürgen Mende/Kurt Wernicke, Berlin 2003.
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen, Berlin 1991.
- Bernhardt, Christoph (Hg.), Informationen zur modernen Stadtgeschichte 42 (2012) H. 2: Urbanisierung im 20. Jahrhundert.
- Betts, Paul, Within Walls. Private Life in the German Democratic Republic, Oxford 2010.
- Bispinck, Henrik/Katharina Hochmuth (Hg.), Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Berlin 2014.
- Blaschke, Olaf, Das 19. Jahrhundert. Ein zweites Konfessionelles Zeitalter?, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000) H. 1, S. 38-75.
- Blask, Falk (Hg.), Geteilte Nachbarschaft. Erkundungen im ehemaligen Grenzgebiet Treptow und Neukölln, Berlin 1999.
- Bluche, Lorraine/Dirk Moldt, Das Samariterviertel, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), Kleine Friedrichshaingeschichte, Berlin 2013, S. 62-73.
- Bobbio, Norberto, The Great Dichotomy: Public/Private, in: Ders., Democracy and Dictatorship. The Nature and Limits of State Power, Minneapolis 1989, S. 1-21.
- Boberg, Jochen u. a. (Hg.), Exerzierfeld der Moderne. Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert, München 1984.
- Borgelt, Christiane/Regina Jost, Mauerübergänge Berlin. Transit, Grenzverkehr, Flucht, Berlin 2010.
- Bösch, Frank, Zeitungsberichte im Alltagsgespräch: Mediennutzung, Medienwirkung und Kommunikation im Kaiserreich, in: Publizistik. Vierteljahrshefte für Kommunikationsforschung 49 (2004), S. 319-336.
- Bösch, Frank, Energy Diplomacy. Germany, the Soviet Union and the Oil Crisis, in: Historical Social Research 39 (2014) H. 4, S. 165-185.
- Bösch, Frank (Hg.), Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000, Göttingen 2015.
- Bösch Frank/Lucian Hölscher, Die Kirchen im öffentlichen Diskurs, in: Dies. (Hg.), Kirche – Medien – Öffentlichkeit. Transformationen kirchlicher Selbst- und Fremddeutungen seit 1945, Göttingen 2009, S. 7-32
- Bösch, Frank/Lucian Hölscher, Jenseits der Kirche. Raum und Religion in der Moderne, in: Dies. (Hg.), Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren, Göttingen 2013, S. 7-29.
- Bouali, Kerima, Gentrifizierung in Friedrichshainer Altbauquartieren, in: Mar-

- tin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 32-35.
- Bouali, Kerima/Maren Schulze, *Bewegte Zeiten. Friedrichshain zwischen 1920 und heute*, Berlin 2000.
- Bourdieu, Pierre, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a. M. 1982.
- Bourdieu, Pierre, *Physischer, sozialer und angeigneter physischer Raum*, in: Martin Wentz (Hg.), *Stadt-Räume*, Frankfurt a. M./New York 1991, S. 25-34.
- Braun, Jana/Artur Schneider, *Die Karl-Marx-Allee*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 89-100.
- Bremer, Alf u. a., *Kreuzberg Chamissoplatz. Geschichte eines Berliner Sanierungsgebietes*, Berlin 2007.
- Brückner, Eva, *Kaserne des 1. Garde-Dräger-Regiments. Mehringdamm 20-30*, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 431-448.
- Brühns, Holger/Jürgen Frohmaier (Hg.), *Olfen. Reise ins internationale Freundschaftslager*, Berlin 2010.
- Brunner, Detlev/Udo Grashoff/Andreas Koetzing (Hg.), *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2013.
- Buck, Hannsjörg F., *Mit hohem Anspruch gescheitert. Die Wohnungspolitik der DDR*, Münster 2004.
- Büttner, Maren, »Wer das Gestern versteht – kann das Morgen verändern!« *Deutsche Geschichtswerkstätten gestern und heute*, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.), *Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen*, Göttingen 2009, S. 112-120.
- Casanova, José, *Public Religions in the Modern World*, Chicago 1994.
- Casanova, José, *The Religious Situation in Europe*, in: Hans Joas/Klaus Wiegandt (Hg.), *Secularization and the World Religions*, Liverpool 2009, S. 206-228.
- Castillo, Greg, *The Nylon Curtain. Architectural Unification in Divided Berlin*, in: Philip Broadbent/Sabine Hake (Hg.), *Berlin Divided City, 1945-1989*, New York/Oxford 2010, S. 46-55.
- Ciesla, Burghard, *Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin*, Köln u. a. 2006.
- Ciesla, Burghard/Dirk Külow, *Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung »Neues Deutschland«*, Berlin 2009.
- Ciesla, Burghard, *Zur Geschichte des »Neuen Deutschland«*, in: *Presse in der DDR. Beiträge und Materialien*, hg. v. der Staatsbibliothek zu Berlin und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung, veröffentlicht am 29.3.2012, http://pressegeschichte.docupedia.de/wiki/Neues_Deutschland_Version_1.0_Burghard_Ciesla.
- Cobbers, Arnt, *Kleine Berlin-Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Berlin 2005.

- Conrad, Sebastian/Shalini Randeria, Einleitung. Geteilte Geschichte. Europa in einer postkolonialen Welt, in: Dies. (Hg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M. u. a. 2002, S. 7-49.
- Conrath-Scholl, Gabriele/Susanne Lange, »Einen Spiegel der Zeit schaffen«. August Sanders »Menschen des 20. Jahrhunderts«, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004) H. 1, S. 271-278, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2004/id=4436>.
- Constantin, Theodor, *Alt-Berliner Kneipen*, Berlin 1989.
- Cox, Harvey, *The Secular City. Secularization and Urbanization in Theological Perspective*, Harmondsworth 1968.
- Cronon, William J., *Nature's Metropolis. Chicago and the Great West*, New York 1991.
- Davis, Belinda, *Reconsidering Habermas, Gender and the Public Sphere. The Case of Wilhelmine Germany*, in: Geoff Eley (Hg.), *Society, Culture, and the State in Germany, 1870-1930*, Ann Arbor 1994, S. 397-426.
- Davis, Belinda, *The City as Theater of Protest. West Berlin and West Germany, 1962-1983*, in: Gyan Prakash/Kevin M. Kruse (Hg.), *The Spaces of the Modern City. Imaginaries, Politics and Everyday Life*, Princeton 2008, S. 247-274.
- Demps, Laurenz/Ingo Materna, *Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945*, Berlin (Ost) 1987.
- Demps, Laurenz, *Der Schlesische Bahnhof in Berlin. Ein Kapitel preußischer Eisenbahngeschichte*, Berlin 1991.
- Demps, Laurenz, *Der Ostbahnhof*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 127-134.
- Dittmar, Karin, *Eine »Insel« im Großstadtmeer Berlin: Der Chamissoplatz*, in: Ellen Röhner (Hg.), *Mit den Augen des Fremden. Adelbert von Chamisso – Dichter, Naturwissenschaftler, Weltreisender*, Berlin 2004, S. 209-223.
- Dobler, Jens, *Von anderen Ufern. Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Kreuzberg und Friedrichshain*, Berlin 2003.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.
- Dohnke, Jan, *Spree Riverbanks for Everyone! What remains of »Sink Mediaspree«?*, in: Matthias Bernt/Britta Grell/Andrej Holm (Hg.), *The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism*, Bielefeld 2013, S. 261-274.
- Duntze, Klaus, *Die Verantwortung der Kirche für das großstädtische Gemeinwesen. Eine Untersuchung zum Verhältnis von kirchlicher Arbeit und Stadtentwicklung in Berlin (West) von 1968 bis 1985 unter besonderer Berücksichtigung des Bezirks Kreuzberg*, Frankfurt a. M. u. a. 1992.
- Duntze, Klaus, *Die Luisenstadt*, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), *125 Jahre St. Thomas-Kirche*, Berlin 1994, S. 200-205.
- Duntze, Klaus, *Der Luisenstädtische Kanal*, Berlin 2011.
- Düspohl, Martin, *Kleine Kreuzberggeschichte*, Berlin 2009.

- Düspohl, Martin/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013.
- Düspohl, Martin/Detlef Krenz/Ulrike Treziak, *Die Spreegrenze*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 146-155.
- Dyer, Richard, *Only Entertainment*, London/New York 2002².
- Eckert, Rainer, *Grundelemente der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Widerstand, Opposition und Repression*, in: Dirk Moldt, *Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979-1986. Eine Jugendveranstaltung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in ihrer Zeit*, Berlin 2008, S. 9-30.
- Eisenhuth, Stefanie/Hanno Hochmuth/Martin Sabrow (Hg.), *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History II (2014) H. 2: West-Berlin*; <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2014>.
- Eisenhuth, Stefanie/Hanno Hochmuth/Konrad H. Jarausch, *Alles andere als ausgeforscht. Aktuelle Erweiterungen der DDR-Forschung*, in: *Deutschland Archiv*, 11.1.2016, <http://www.bpb.de/218370>.
- Eitler, Pascal, »Orte der Kraft«. *Körper, Gefühle und die religiöse Topologie des »New Age«*, in: Frank Bösch/Lucian Hölscher (Hg.), *Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren*, Göttingen 2013, S. 176-198.
- Engelmann, Jan (Hg.), *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader*, Frankfurt a. M./New York 1999.
- Engler, Wolfgang, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999.
- Evans, Richard J., *Death in Hamburg, Society and Politics in the Cholera Years 1830-1910*, London 1987.
- Evans, Richard J., *Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892-1914*, Reinbek bei Hamburg 1989.
- Fabian, Sina, *Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970-1990*, Göttingen 2016.
- Faulenbach, Bernd (Hg.), *Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte? Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten*, Essen 2005.
- Felsmann, Barbara/Annett Gröschner, *Durchgangszimmer Prenzlauer Berg. Eine Berliner Künstlersozialgeschichte in Selbstauskünften*, Berlin 1999.
- Feustel, Jan, *Raub und Mord im Kiez. Historische Friedrichshainer Kriminalfälle, Begleitmaterial zur Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain*, Berlin 1996.
- Feustel, Jan, *Gebraut und gesoffen. Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain*, in: *Berlinische Monatsschrift* 8 (1999) H. 3, S. 96-98.
- Feustel, Jan, *Turmkreuze über Hinterhäusern. Kirchen im Bezirk Friedrichshain*, Berlin 1999.
- Feustel, Jan, *Verschwundenes Friedrichshain. Bauten und Denkmale im Berliner Osten*, Berlin 2001.

- Fiebig, Karl-Heinz/Dieter Hoffmann-Axthelm/Eberhard Knödler-Bunte (Hg.), Kreuzberger Mischung. Die innerstädtische Verflechtung von Architektur, Kultur und Gewerbe, Katalog zur Ausstellung zum Berichtsjahr 1984 zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1987, 16.9.-28.10.1984, Berlin 1984.
- Fischer, Wolfram, Berlin. Die preußische Hauptstadt auf dem Weg zur Industriestadt, in: Industrie- und Handelskammer von Berlin (Hg.), Berlin und seine Wirtschaft, Berlin 1987, S. 59-78.
- Föllmer, Moritz, Individuality and Modernity in Berlin. Self and Society from Weimar to the Wall, Cambridge 2013.
- Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hg.), Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Bewegung! Stillstand. Aufbruch?, Hamburg 2004.
- Fraser, Nancy, Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy, in: Craig Calhoun (Hg.), Habermas and the Public Sphere, Cambridge/London 1992, S. 109-142.
- Freudenberg, Frank, Bier-Metropole Berlin. Biergeschichte, Brauereien und Kneipen der Hauptstadt, Nürnberg 1996.
- Friedrichs, Jan-Henrik, Mapping Kreuzberg. Karten als Quelle der Bewegungsgeschichte, in: WerkstattGeschichte 24 (2015) H. 70, S. 89-102.
- Fritzsche, Peter, Reading Berlin 1900, Cambridge, MA/London 1996.
- Führer, Karl Christian, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960, Stuttgart 1995.
- Führer, Karl Christian, Auf dem Weg zur »Massenkultur«? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 739-781.
- Führer, Karl Christian, Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930-1960, Hamburg 2008.
- Fulbrook, Mary, Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR, 1949-1989, Oxford 1995.
- Fulda, Daniel u. a. (Hg.), Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010.
- Funke, Ronald, Mediale Kirchenräume. Katholische und evangelische Fernseh-gottesdienste seit den 1950er Jahren, in: Frank Bösch/Lucian Hölscher (Hg.), Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren, Göttingen 2013, S. 201-238.
- Gabriel, Karl, Jenseits von Säkularisierung und Wiederkehr der Götter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (2008) B 52, S. 9-15.
- Galenza, Roland, Zwischen »Plan« und »Planlos«. Punk in Deutschland, in: Rock! Jugend und Musik in Deutschland. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, hg. v. der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 97-103.
- Gaus, Günter, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983.

- Gebhardt, Winfried, Gemeinschaften ohne Gemeinschaft. Über situative Event-Vergemeinschaftung, in: Ronald Hitzler/Anne Honer/Michaela Pfadenhauer (Hg.), Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen, Wiesbaden 2008, S. 202-213.
- Geiger, Theodor, Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, München 1963.
- Geist, Johann Friedrich/Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus, Bd. 2: 1862-1945. Eine dokumentarische Geschichte von »Meyer's Hof« in der Ackerstraße 132-133, der Entstehung der Berliner Mietshausquartiere und der Reichshauptstadt zwischen Gründung und Untergang, München 1984.
- Geisthövel, Alexa/Bodo Mrozek (Hg.), Popgeschichte. Band 1: Konzepte und Methoden, Bielefeld 2014.
- Gerhardt, Volker, Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins, München 2012.
- Gerischer, Andrea/Kerstin Jablonka, Geschichte von Orten im Wrangelkiez. Eine Ausstellung in Schaufenstern, Berlin 2008.
- Geulen, Christian, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 7 (2010), H. 1, S. 79-97, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Geulen-1-2010>.
- Geyer, Michael, Der Kalte Krieg, die Deutschen und die Angst. Die westdeutsche Opposition gegen Wiederbewaffnung und Kernwaffen, in: Klaus Naumann (Hg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 267-318.
- Gieseke, Jens, Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus – eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen 10 (2013) H. 2, S. 171-198, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2013/id=4493>.
- Goebel, Benedikt, Der Umbau Alt-Berlins zum modernen Stadtzentrum. Planungs-, Bau- und Besitzgeschichte des historischen Berliner Stadtkerns im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2003.
- Gößwald, Udo/Barbara Hoffmann (Hg.), Das Ende der Idylle? Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung in Britz vor und nach 1933, Berlin 2013.
- Graf, Friedrich Wilhelm, Die evangelischen Kirchen als kritische Institution und Brücke zwischen Ost und West, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999, S. 221-237.
- Graf, Friedrich Wilhelm, Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur, München 2004.
- Grashoff, Udo, Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR, Göttingen 2011.
- Gröschner, Annett (Hg.), Grenzgänger, Wunderheiler, Pflastersteine. Die Geschichte der Gleimstraße in Berlin, Berlin 1998.
- Gröschner, Annett, »Heute prima rote Rüben«. Auf der Fruchtstraße am 27. März 1952, in: Florian Ebner/Ursula Müller (Hg.), So weit kein Auge

- reicht. Berliner Panoramafotografien aus den Jahren 1949-1952. Aufgenommen vom Fotografen Tiedemann. Rekonstruiert und interpretiert von Arwed Messmer, Ausstellungskatalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Berlinischen Galerie vom 2. November 2008 bis 22. Februar 2009, Berlin 2008, S. 128-136.
- Gröschner, Annett/Arwed Messmer, Berlin, Fruchtstraße am 27. März 1952, Ostfildern 2012.
- Gröschner, Annett/Grischa Meyer, Das Fallbeil. Gladows Gang. Eine Berliner Blockadezeitung (Sonderheft Theater der Zeit), Berlin 1999.
- Großbölting, Thomas, Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013.
- Grotrian, Etta, Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren, in: Wolfgang Hardtwig/Alexander Schug (Hg.), History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt, Stuttgart 2009, S. 243-253.
- Grzywatz, Berthold, Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit. Eine historisch-statistische Untersuchung, Berlin 1988.
- Guhr, Daniela, Berlin Prenzlauer Berg – Straßen und Plätze. Mit der Geschichte leben, Berlin 1991.
- Günzel, Stephan, Topologie und städtischer Raum, in: Der Architekt 3/2008, S. 8-10.
- Gyr, Ueli, Kneipen als städtische Soziotope. Zur Bedeutung und Erforschung von Kneipenkulturen, in: Österreicherische Zeitschrift für Volkskunde XLV/94 (1991), S. 97-116.
- Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1992 (original 1962).
- Habermas, Jürgen, The Structural Transformation of the Public Sphere. An Inquiry into a Category of Bourgeois Society, Cambridge 1989 (englische Übersetzung).
- Hachtmann, Rüdiger, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997.
- Häder, Sonja, Schülerkindheit in Ost-Berlin. Sozialisation unter den Bedingungen der Diktatur (1945-1958), Köln u. a. 1998.
- Hagemann, Karen, Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990.
- Hämer, Hardt-Waltherr, Vorwort, in: Hans Stimmann, Stadterneuerung in Ost-Berlin. Vom »sozialistischen Neuaufbau« zur »komplexen Rekonstruktion«, Berlin 1985, S. 2.
- Hannemann, Christine, Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Wiesbaden 1995.
- Harlander, Tilman, Wohnungspolitik, in: Gerhard A. Ritter (Hg.), Bundesrepublik Deutschland 1989-1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung

- (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. II), Baden-Baden 2007, S. 1033-1068.
- Haspel, Jörg/Annemarie Jaeggi, Siedlungen der Berliner Moderne, München 2007.
- Haspel, Michael, Die evangelischen Kirchen in der DDR. Zur Institutionalisierung einer öffentlichen Sphäre zwischen System und Lebenswelt, in: Gábor T. Rittersporn u. a. (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures, Frankfurt a. M. u. a. 2003, S. 239-253.
- Häußer, Ulrike/Marcus Merkel (Hg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009.
- Häußer, Ulrike/Marcus Merkel, Wie in der DDR gefeiert, gelacht und gespielt wurde, in: Dies. (Hg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 14-18.
- Häußermann, Hartmut, Topographien der Macht. Der öffentliche Raum im Wandel der Gesellschaftssysteme im Zentrum Berlins, in: Andreas R. Hoffmann/Anna Veronika Wendland (Hg.), Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900-1939. Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallinn und Triest, Stuttgart 2002, S. 81-93.
- Häußermann, Hartmut/André Holm/Daniela Zunzer, Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg, Opladen 2002.
- Häußermann, Hartmut/Andreas Kapphan, Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen 2000.
- Häußermann, Hartmut/Walter Siebel, Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt a. M./New York 2004.
- Heidebrecht, Petra, Die St. Thomas-Gemeinde zu Berlin 1860 bis 1969, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 15-98.
- Heimann, Marina, Die Oberbaumbrücke im Wandel der Zeit, Berlin 2007.
- Heise, Joachim, Kirchenpolitik von SED und Staat. Versuch einer Annäherung, in: Günther Heydemann/Lothar Kettenacker (Hg.), Kirchen in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat, Göttingen 1993, S. 126-154.
- Herbert, Ulrich, Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49.
- Herbolte, Reinhard, St. Michael und St. Thomas – Stationen ökumenischer Zusammenarbeit, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 196-199.
- Herlyn, Ulfert, Vorwort zur Neuauflage von Hans Paul Bahrtdt, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Opladen 1998, S. 7-26.
- Hertle, Hans-Hermann/Maria Nooke u. a., Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2009.

- Hickethier, Knut, Geschichte des deutschen Fernsehens, unter Mitarbeit von Peter Hoff, Stuttgart/Weimar 1998.
- Hiller von Gaertringen, Katrin/Hans Georg Hiller von Gaertringen, Eine Geschichte der Berliner Museen in 227 Häusern, Berlin/München 2014.
- Hilpert, Dagmar, Wohlfahrtsstaat der Mittelschichten? Sozialpolitik und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1975), Göttingen 2012.
- Hilpert, Thilo, Hufeisensiedlung Britz 1926-1980. Ein alternativer Siedlungsbau der 20er Jahre als Studienobjekt, Berlin 1980.
- Hinrichs, Wilhelm, Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR. Verteilungskriterien und Zugangswege, Berlin 1992.
- Hitzer, Bettina, Im Netz der Liebe. Die protestantische Kirche und ihre Zuwanderer in der Metropole Berlin (1849-1914), Köln u. a. 2006.
- Hochmuth, Hanno, Feindbild und Leitbild. Westfernsehen in der DDR, in: Martin Aust/Daniel Schönplug (Hg.), Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 271-292.
- Hochmuth, Hanno, Politisiertes Vergnügen. Zum Konflikt um das Westfernsehen an Schulen in der DDR, in: Ulrike Häußer/Marcus Merkel (Hg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 287-303.
- Hochmuth, Hanno, HisTourismus, Public History und Berlin-Tourismus, in: Christoph Kühberger/Andreas Pudlat (Hg.), Vergangenheitsbewirtschaftung. Public History zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Innsbruck 2012, S. 173-182.
- Hochmuth, Hanno, Vergnügen in der Zeitgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012) B 1-3, S. 33-38.
- Hochmuth, Hanno, Eine Brücke zwischen Ost und West. Friedrichshain und Kreuzberg als Verflechtungsraum, in: Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Koetzing (Hg.), Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013, S. 195-208.
- Hochmuth, Hanno, Vom langen Wandel der Mietskaserne. Öffentlichkeit und Privatheit in Berlin-Kreuzberg, in: Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte/Annuaire suisse d'histoire économique et sociale 28 (2014), S. 239-258.
- Hochmuth, Hanno, Theorie und Alltag. Detlev Peukert und die Geschichtswerkstätten, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 31 (2015), S. 159-174.
- Hochmuth, Hanno, Vom alternativen Stadtrundgang zur kommerziellen Videobustour. Historische Authentizität im Berliner Geschichtstourismus, in: Christoph Bernhardt/Martin Sabrow/Achim Saupe (Hg.), Gebaute Geschichte. Historische Authentizität im Stadtraum, Göttingen 2017, S. 285-300.
- Hochmuth, Hanno, Contested Legacies. Cold War Memory Sites in Berlin, in: Konrad H. Jarausch/Andreas Etges/Christian Ostermann (Hg.), The Cold War. History, Memory, Representation, Berlin/Boston 2017, S. 283-299.

- Hochmuth, Hanno/Johanna Niedbalski, Kiezvergnügen in der Metropole. Zur sozialen Topographie des Vergnügens im Berliner Osten, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 105-136.
- Hochmuth, Katharina (Hg.), Krieg der Welten. Zur Geschichte des Kalten Krieges, Berlin 2017.
- Hockerts, Hans Günter, Einführung, in: Ders. (Hg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. VII-XV.
- Hodenberg, Christina von, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006.
- Hoffmann, Dierk/Michael Schwartz/Hermann Wentker, Die DDR als Chance. Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung, in: Ulrich Mählert (Hg.), Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 23-70.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter, Kreuzberger Ausschabung, in: Bauwelt 71 (1980), S. 29-33.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter, Geschichte und Eigenart der Kreuzberger Mischung, in: Karl-Heinz Fiebig/Dieter Hoffmann-Axthelm/Eberhard Knödler-Bunte (Hg.), Kreuzberger Mischung. Die innerstädtische Verflechtung von Architektur, Kultur und Gewerbe, Katalog zur Ausstellung zum Berichtsjahr 1984 zur Internationalen Bauausstellung Berlin 1987, 16.9.-28.10.1984, Berlin 1984, S. 9-20.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter, Straßenschlachtung. Geschichte, Abriß und gebrochenes Weiterleben der Admiralstraße, Berlin 1984.
- Holm, Andrej, Berlin's Gentrification Mainstream, in: Matthias Bernt/Britta Grell/Andrej Holm (Hg.), The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism, Bielefeld 2013, S. 171-187.
- Holm, Andrej, Zeitschleife Kreuzberg. Gentrification im langen Schatten der »Behutsamen Stadterneuerung«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History II (2014) H. 2, S. 300-311, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2014/id=5105>.
- Hölscher, Lucian, Öffentlichkeit, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. v. Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 413-467.
- Holzweissig, Gunther, Massenmedien in der DDR, in: Jürgen Wilke (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 573-601.
- Holzweissig, Gunther, Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln u. a. 2002.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. 1988¹³.
- Hübner, Manfred, Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914, Berlin 1988.
- Hübner, Peter, Arbeitszeit und Arbeitsbelastung Berliner Lehrerinnen und Lehrer, Berlin 1996.

- Hübner, Regina/Manfred Hübner, Trink, Brüderlein, trink. Illustrierte Kultur- und Sozialgeschichte deutscher Trinkgewohnheiten, Leipzig 2004.
- Hügel, Hans-Otto (Hg.), Handbuch Populäre Kultur. Begriffe, Theorien und Diskussionen, Stuttgart/Weimar 2003.
- Imhof, Kurt, »Öffentlichkeit« als historische Kategorie und als Kategorie der Historie, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46 (1996), S. 3-25.
- Jacobs, Jane, The Death and Life of Great American Cities, New York 1961.
- Jaeggi, Annemarie, Die Berliner Hufeisensiedlung von Bruno Taut. Architektur im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft, in: Dies./Klaus Gereon Beuckes (Hg.), Festschrift für Johannes Langner, Münster 1997, S. 273-296.
- Jarausch, Konrad H., Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004.
- Jarausch, Konrad H., »Die Teile als Ganzes erkennen«. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1 (2004) H. 1, S. 10-30, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4538>.
- Jarausch, Konrad H. (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.
- Jarausch, Konrad H., Checkpoint Charlie, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 181-195.
- Jarausch, Konrad H., Out of Ashes. A New History of Europe in the 20th Century, Princeton 2015.
- Jelavich, Peter, Wie »jüdisch« war das Theater im Berlin der Jahrhundertwende?, in: Tobias Becker/Anna Littmann/Johanna Niedbalski (Hg.), Die tausend Freuden der Metropole. Vergnügungskultur um 1900, Bielefeld 2011, S. 87-104.
- Jessen, Ralph, Polizei, Wohlfahrt und die Anfänge des modernen Sozialstaats in Preußen während des Kaiserreichs, in: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 157-180.
- Jilek, Agneta, Dokumentarische Fotografie und visuelle Soziologie. Christian Borcherts »Familienporträts« aus der DDR der 1980er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013) H. 2, S. 321-330, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Jilek-2-2013>.
- Jureit, Ulrike, Generationenforschung, Göttingen 2006.
- Kaak, Heinrich, Kreuzberg (Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke Bd. 2), Berlin 1988.
- Kaelble, Hartmut, Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt? In: H-Soz-u-Kult: 8.2.2005, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-02-002>.
- Kielmansegg, Peter Graf, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.
- Klein, Thomas, »Frieden und Gerechtigkeit!«, Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln u. a. 2007.

- Klein, Thomas, SEW – die Westberliner Einheitssozialisten. Eine »ostdeutsche« Partei als Stachel im Fleische der »Frontstadt«?, Berlin 2009.
- Kleinen, Dominik/Cornelia Kühn, Heimatfest und Freundschaftsfeier. Die Inszenierung von Heimatgeschichte in Berliner Volksfesten der 1950er- und 1960er-Jahre, in: Zeitschrift für Volkskunde 108 (2012) H. 2, S. 215-245.
- Kleßmann, Christoph (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, Berlin 1999.
- Kleßmann, Christoph, Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 55 (2005) H. 18-19, S. 3-11.
- Kleßmann, Christoph/Peter Lautzas (Hg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Schwalbach 2006.
- Kneip, Danuta, Berufliche Diskriminierung und politische Dissidenz in der Honecker-DDR, Köln 2009.
- Knoblauch, Hubert, Die populäre Religion und die Transformation der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (2008) B 52, S. 3-8.
- Knoll, Thorsten, Berliner Markthallen, Berlin 1994.
- Kochan, Thomas, Berlin, Toronto, Wernsdorf. Günter »Holly« Holwas – hart, aber herzlich, in: Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hg.), Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin 2004, S. 203-210.
- Kochan, Thomas, Blauer Würger. So trank die DDR, Berlin 2011.
- Koelbl, Herlinde, Das deutsche Wohnzimmer, Luzern/Frankfurt a. M. 1980.
- Köhler, Thilo, Unser die Straße – unser der Sieg. Die Stalinallee, Berlin 1993.
- Koller, Barbara, »Gesundes Wohnen«. Ein Konstrukt zur Vermittlung bürgerlicher Werte und Verhaltensnormen und seine praktische Umsetzung in der Deutschschweiz 1880-1940, Zürich 1995.
- Koller, Barbara, Die Bedeutung der Wohnungsnetzen bei der Institutionalisierung der städtischen Wohnungsaufsicht in der Schweiz, in: Hansjörg Siegenthaler (Hg.), Wissenschaft und Wohlfahrt. Moderne Wissenschaft und ihre Träger in der Formation des schweizerischen Wohlfahrtsstaates während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Zürich 1997, S. 175-202.
- Kollmeier, Kathrin, Begriffsgeschichte und Historische Semantik, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29.10.2012, http://docupedia.de/zg/Begriffsgeschichte_und_Historische_Semantik_Version_2.0_Kathrin_Kollmeier.
- Kollmorgen, Raj/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagener, Transformation und Transformationsforschung, in: Dies. (Hg.), Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 11-27.
- Korff, Gottfried, Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berliner Notizen zur »inneren« Urbanisierung, in: Theodor Kohlmann/Hermann Bausinger (Hg.), Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung, Berlin 1985, S. 343-361.
- Koselleck, Reinhart, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1979.

- Koven, Seth, *Slumming. Sexual and Social Politics in Victorian London*, Princeton/London 2004.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, *Historische Streiflichter zu Wohnungsnot und Mieterwiderstand in Berlin*, in: Susan Arndt u. a. (Hg.), *Berlin Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz*, Berlin 1992, S. 231-259.
- Kramer, Nicole, *Ikone des Wiederaufbaus. Die »Trümmerfrau« in der bundesdeutschen Erinnerungskultur*, in: Jörg Arnold/Dietmar Süß/Malte Thießen (Hg.), *Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa*, Göttingen 2009, S. 259-276.
- Kreis, Reinhild, *Heimwerken als Protest. Instandbesetzer und Wohnungsbaupolitik in West-Berlin während der 1980er-Jahre*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 14 (2017) H. 1, S. 41-67, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2017/id=5449>.
- Krenz, Detlef, *Der Fotograf der Wahrheit*, in: Kreuzberg Museum (Hg.), *Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1967-1988*, Berlin 2006, S. 45-48.
- Krenz, Detlef, *Die »Wahrheit« – Parteizeitung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin*, in: Kreuzberg Museum (Hg.), *Jürgen Henschel – der Fotograf der Wahrheit. Bilder aus Kreuzberg 1967-1988*, Berlin 2006, S. 179-180.
- Krenz, Detlef, *Postamt O 17. Von der »Brief-Annahme-Expedition« zum Postzentrum am Ostbahnhof*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 135-136.
- Kroh, Peter/Frank Schumann, *Berlin nach dem Krieg. Unbekannte Bilddokumente*, Berlin 2010.
- Kuck, Dennis, *»Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat«? Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR*, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberg/Patrice G. Poutrus (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 271-281.
- Kühn, Cornelia, *Sozialistische Folklore? Der Stralauer Fischzug in Berlin zwischen 1954 und 1962*, in: *Deutschland Archiv* 44 (2011) H. 4, S. 561-569.
- Kuschel, Franziska, *Schwarzhörer, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien*, Göttingen 2016.
- Landesdenkmalamt Berlin (Hg.), *Denkmale in Berlin: Bezirk Friedrichshain*, Berlin 1996.
- Lang, Barbara, *Mythos Kreuzberg. Ethnographie eines Stadtteils (1961-1995)*, Frankfurt a. M. u. a. 1998.
- Langewiesche, Dieter, *Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innenstädtische Mobilität in Deutschland 1880-1914*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 64 (1977), S. 1-40.
- Lanwer, Agnes, *Das Berliner Zeitungsviertel – Mosse, Scherl, Ullstein*, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 183-206.

- Lanwer, Agnes, Die Marheineke-Markthalle. Marheinekeplatz, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 474-487.
- Lanwer, Agnes, Exportviertel Ritterstraße. Der »Ritterhof« – ein Gewerbehof. Ritterstraße 11, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 251-264.
- Laser, Kurt, *Der Friedhof der Märzgefallenen*, Berlin 2011.
- Laudenbach, Peter, *Die elfte Plage. Wie Berlin-Touristen die Stadt zum Erlebnispark machen*, Berlin 2013.
- Lemke, Michael (Hg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg*, Köln u. a. 2006.
- Lemke, Michael, *Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961*, Köln u. a. 2011.
- Lenz, Ilse, *Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland*, Wiesbaden 2010².
- Lindenberger, Thomas, *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914*, Bonn 1995.
- Lindenberger, Thomas, *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*, in: Ders. (Hg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln u. a. 1999, S. 13-44.
- Lindenberger, Thomas, *Geteilte Welt, geteilter Himmel? Der Kalte Krieg und die Massenmedien in gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive*, in: Klaus Arnold/Christoph Classen (Hg.), *Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR*, Berlin 2004, S. 27-44.
- Lindenberger, Thomas, *Vergangenes Hören und Sehen. Zeitgeschichte und ihre Herausforderung durch die audiovisuellen Medien*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1 (2004) H. 1, S. 72-85, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2004/id=4586>.
- Lindenberger, Thomas (Hg.), *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Köln u. a. 2006.
- Lindenberger, Thomas/Michael Wildt, *Radikale Pluralität. Geschichtswerkstätten als praktische Wissenschaftskritik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39 (1989), S. 393-411.
- Lindner, Rolf (Hg.), *»Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land«. Die Settlementbewegung in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik*, Berlin 1997.
- Lindner, Rolf, *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*, Frankfurt a. M./New York 2004.
- Lindner, Rolf, *Urban Anthropology*, in: Helmut Berking/Martina Löw (Hg.), *Die Wirklichkeit der Städte*, Baden-Baden 2005, S. 55-66.
- Lindner, Rolf, *Ganz Unten. Ein Kapitel aus der Geschichte der Stadtforschung*, in: Werner Michael Schwartz/Margarethe Szeless/Lisa Wögenstein (Hg.), *Ganz Unten. Die Entdeckung des Elends Wien, Berlin, London, Paris, New*

- York, Ausstellungskatalog der gleichnamigen Ausstellung, Wien Museum Karlsplatz vom 14. Juni bis zum 28. Oktober 2007, Wien 2007, S. 19-25.
- Linse, Ulrich, »Animierkneipen« um 1900. Arbeitersexualität und bürgerliche Sittenreform, in: Dagmar Kift (Hg.), *Kirmes, Kneipe, Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850-1904)*, Paderborn 1992, S. 83-118.
- Lischke, Ralph-Jürgen, Der Volkspark Friedrichshain, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 46-61.
- Luckmann, Thomas, *Die unsichtbare Religion*, Frankfurt a. M. 2005.
- Ludwig, Andreas, *Materielle Kultur, Version: 1.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 30.5.2011, http://docupedia.de/zg/Materielle_Kultur?oldid=84634.
- Maase, Kaspar, *BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.
- Maase, Kaspar, *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970*, Frankfurt a. M. 1997.
- Maase, Kaspar, *Was macht Populärkultur politisch?*, Wiesbaden 2010.
- MacDougall, Carla, *In the Shadow of the Wall. Urban Space and Everyday life in Berlin Kreuzberg*, in: Timothy Brown/Lorena Anton (Hg.), *Between the Avant-Garde and the Everyday. Subversive Politics in Europe from 1957 to the Present*, New York/Oxford 2011, S. 154-173.
- Maderthaler, Wolfgang/Lutz Musner, *Die Logik der Transgression. Masse, Kultur und Politik im Wiener Fin-de-Siècle*, in: Roman Horak u. a. (Hg.), *Metropole Wien. Texturen der Moderne*, Bd. 1, Wien 2000, S. 97-168.
- Matschenz, Andreas (Bearb.), *Stadtpläne von Berlin. Geschichte vermessen*, Berlin 2006.
- Matzerath, Horst, *Urbanisierung in Preußen 1815-1914*, Stuttgart 1985.
- Menzel, Rebecca, *Jeans in der DDR. Vom tieferen Sinn einer Freizeithose*, Berlin 2004.
- Mergel, Thomas, *Das Kaiserreich als Migrationsgesellschaft*, in: Sven Oliver Müller (Hg.), *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, S. 374-391.
- Mergel, Thomas, *Zweifach am Rande. Die Dissidenten vom Prenzlauer Berg*, in: Martin Sabrow (Hg.), *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung* 2009, Potsdam 2010, S. 107-117.
- Merkel, Ina, *Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation. Briefe an das DDR-Fernsehen*, Köln u. a. 1998.
- Merziger, Patrick, *Nationalsozialistische Satire und »Deutscher Humor«. Politische Bedeutung und Öffentlichkeit populärer Unterhaltung 1931-1945*, Stuttgart 2010.
- Meyen, Michael, *Geistige Grenzgänger. Medien und die deutsche Teilung. Ein Beitrag zur Kommunikationsgeschichte der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte*, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 1 (1999), S. 192-231.
- Meyen, Michael, *Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren*, Münster 2001.

- Meyen, Michael, Kollektive Ausreise? Zur Reichweite ost- und westdeutscher Fernsehprogramme in der DDR, in: *Publizistik* 47 (2002) H. 2, S. 200-230.
- Meyen, Michael, Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR, Berlin 2003.
- Meyer-Kronthaler, Jürgen/Klaus Kurpjuweit, Berliner U-Bahn – In Fahrt seit hundert Jahren, Berlin 2001.
- Middell, Matthias, Kulturtransfer und Historische Komparatistik. Thesen zu ihrem Verhältnis, in: *Comparativ* 10 (2000) H. 1, S. 7-41.
- Mitscherlich, Alexander, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965.
- Mittmann, Thomas, Kirche im performativen Wandel. Die Entwicklung der Katholikentage und der Evangelischen Kirchentage in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frank Bösch/Lucian Hölscher (Hg.), *Jenseits der Kirche. Die Öffnung religiöser Räume seit den 1950er Jahren*, Göttingen 2013, S. 107-148.
- Mohr, Walter, Ausgangspunkt Chaos. Neubeginn in Friedrichshain, Begleitmaterial zur Ausstellung im Heimatmuseum Friedrichshain, Berlin 1995.
- Moldt, Dirk, Zwischen Haß und Hoffnung. Die Blues-Messen 1979-1986. Eine Jugendveranstaltung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in ihrer Zeit, Berlin 2008.
- Moldt, Dirk, Boxhagen und Friedrichsberg, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 74-84.
- Moldt, Dirk, Das Viertel um den heutigen Ostbahnhof, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 137-145.
- Moldt, Dirk, Friedrichshain – mehr als ein Bezirk?, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 9-31.
- Moldt, Dirk, *Kleine Prenzlauer Berg-Geschichte*, Berlin 2015.
- Möller, Heino R., *Innenräume/Außenwelten. Studien zur Darstellung der bürgerlichen Privatheit in Kunst und Warenwerbung*, Gießen 1981.
- Möller, Horst, Demokratie und Diktatur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007) B. 3, S. 3-7.
- Molter, Sabine, *Friedrichshain und Prenzlauer Berg. Rund um den Volkspark Friedrichshain*, Berlin 1991.
- Morat, Daniel u. a., *Weltstadtvergnügen. Berlin 1880-1930*, Göttingen 2016.
- Mrozek, Bodo, Verhaltenslehren des Vergnügens. Zur Zeitgeschichte der Party, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 9 (2015) H. 4, S. 20-30.
- Mühl-Benninghaus, Wolfgang, Medienpolitische Probleme, in: Heide Riedel (Hg.), *»Mit uns zieht die neue Zeit ...«. 40 Jahre DDR-Medien*, Berlin 1993, S. 9-20.
- Mühl-Benninghaus, Wolfgang, *Unterhaltung als Eigensinn. Eine ostdeutsche Mediengeschichte*, Frankfurt a. M. 2012.
- Mukurarinda, Irmela, Auf der Suche nach St. Thomas 1977-1990, in: *Kirchengemeinde St. Thomas* (Hg.), *125 Jahre St. Thomas-Kirche*, Berlin 1994, S. 183-190.

- Müller, Christian, »Arme habt ihr allezeit bei euch« – die Herausforderung durch die Armut in den 125 Jahren der St. Thomas-Gemeinde, in: Kirchengemeinde St. Thomas (Hg.), 125 Jahre St. Thomas-Kirche, Berlin 1994, S. 139-180.
- Müller, Olaf/Detlef Pollack/Gert Pickel, The Religious Landscape in Germany. Secularizing West – Secularized East, in: Detlef Pollack/Gert Pickel (Hg.), Social Significance of Religion in the Enlarged Europe. Secularization, Individualization and Pluralization, Abingdon 2012, S. 95-120.
- Müller, Wolfgang, Lokalrunde, in: Holger Brühns/Jürgen Frohmaier (Hg.), Olfen. Reise ins internationale Freundschaftslager, Berlin 2010, S. 22-31, 104-114 und 182-186.
- Müller, Wolfgang, Subkultur Westberlin 1979-1989. Freizeit, Hamburg 2013.
- Mulvey, Laura, Visual and other Pleasures, Bloomington 1989.
- Nathaus, Klaus, Turning Values into Revenue. The Markets and the Field of Popular Music in the US, the UK and West Germany (1940s to 1980s), in: Historical Social Research 36 (2011) H. 3, S. 136-162.
- Negt, Oskar/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt a. M. 1972.
- Neidhardt, Friedhelm, Öffentlichkeit, öffentliche Bewegungen, soziale Bewegungen, in: Ders. (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Bewegungen, soziale Bewegungen, Opladen 1994, S. 7-41.
- Neubert, Ehrhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997.
- Neubert, Ehrhart, Die »Reproduktion von Kirche in der DDR«. Ein bilanzierender Rückblick, in: Gerbergasse 18, 18 (2013) H. 4, S. 3-8.
- Nicolaus, Herbert /Alexander Obeth, Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße, Berlin 1997.
- Niedbalski, Johanna/Hanno Hochmuth, Kiez und Kneipe. Gastgewerbe und Vergnügungskultur im Berliner Osten um 1900, in: Paul Nolte (Hg.), Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte, Inszenierungen, Netzwerke (1880-1930), Köln u. a. 2016, S. 135-160.
- Nitschke, August u. a. (Hg.), Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880-1930, 2 Bde., Reinbek bei Hamburg 1990.
- Nolte, Paul, 1900. Das Ende des 19. Jahrhunderts und der Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47 (1996), S. 281-300.
- Nolte, Paul, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
- Nolte, Paul, Öffentlichkeit und Privatheit. Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Merkur 60 (2006), S. 499-512.
- Nolte, Paul, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012.
- Nolte, Paul, Religion als zivilgesellschaftliche Ressource. Integration und Konflikt seit den 1950er-Jahren – das Beispiel Bundesrepublik, in: Edmund Arens

- u. a. (Hg.), *Integration durch Religion? Geschichtliche Befunde, gesellschaftliche Analysen, rechtliche Perspektiven*, Zürich 2014, S. 133-153.
- Nolte, Paul, *Vorreiter oder Verlierer? Das religiös-kirchliche Feld in den Umbrüchen der westdeutschen Zivilgesellschaft seit den 1960er Jahren*, in: Traugott Jähnichen/Wilhelm Damberg (Hg.), *Neue Soziale Bewegungen als Herausforderung sozialkritischen Handelns*, Stuttgart 2015, S. 49-72.
- Nolte, Paul (Hg.), *Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte, Inszenierungen, Netzwerke (1880-1930)*, Köln u. a. 2016.
- Nolte, Paul, *Verdoppelte Modernität. Metropolen und Netzwerke der Vergnügungskultur um 1900*, in: Ders. (Hg.), *Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte, Inszenierungen, Netzwerke (1880-1930)*, Köln u. a. 2016, S. 1-11.
- Nolte, Paul, *Ausblick*, in: Daniel Morat u. a., *Weltstadtvergnügen. Berlin 1880-1930*, Göttingen 2016, S. 231-241.
- Oberle, Clara, *From Warfare to Welfare. Postwar Homelessness, Dislocation, and the Birth of the Welfare State in Europe: The Case of Berlin 1945-1949*, in: *Hygiea Internationalis: Journal for the History of Public Health* 9 (2010), S. 279-310.
- Ohse, Marc-Dietrich, *Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974)*, Berlin 2003.
- Oswald, Ingrid/Viktor Voronkov, *Licht an, Licht aus! »Öffentlichkeit« in der (post-)sowjetischen Gesellschaft*, in: Gábor T. Rittersporn u. a. (Hg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures*, Frankfurt a. M. u. a. 2003, S. 37-61.
- Owzar, Armin, *Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Konfliktmanagement im Alltag des wilhelminischen Obrigkeitsstaats*, Konstanz 2006.
- Pachmann, Heiner, *Stadtbezirk Friedrichshain*, Berlin (Ost) 1988.
- Paul, Gerhard, *Visual History, Version: 3.0*, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 13.3.2014, http://docupedia.de/zg/Visual_History_Version_3.0_Gerhard_Paul?oldid=108511.
- Pence, Katherine/Paul Betts, *Introduction*, in: Dies. (Hg.), *Socialist Modern. East German Everyday Culture and Politics*, Ann Arbor 2008, S. 1-34.
- Perl, Sophie, *Berlin's Bezirksmuseen. Traces of Alternative History Work in Two Neighborhood Institutions*, Masterarbeit: Freie Universität Berlin 2012.
- Peters, Dietlinde, *Das Barnimviertel*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 36-45.
- Podewin, Norbert, *Marx und Engels grüßen aus ... Friedrichshain. Berliner Geschichte und Geschichten einer Traditionsgegend*, Berlin 2010.
- Podewin, Norbert, *Als Friedrichshain vor 80 Jahren umbenannt wurde*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 85-88.
- Poiger, Uta G., *Jazz, Rock, and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000.

- Pollack, Detlef, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart 1994.
- Pollack, Detlef, Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 271-294.
- Pollähne, Helmut, Rote Hilfe(n). Hilfe für die RAF und/oder gegen die Justiz?, in: Volker Friedrich Drecktrah (Hg.), Die RAF und die Justiz. Nachwirkungen des »Deutschen Herbstes«, München 2010, S. 139-170.
- Poutrus, Patrice, Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln u. a. 2002.
- Prost, Antoine, Grenzen und Zonen des Privaten, in: Philippe Ariès/Georges Duby (Hg.), Geschichte des privaten Lebens. Bd. 5: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 1993, S. 15-151.
- Radatz, Werner/Friedrich Winter, Geteilte Einheit. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg 1961 bis 1990, Berlin 2000.
- Rauhut, Michael/Thomas Kochan (Hg.), Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin 2004.
- Rauhut, Michael, »Am Fenster«. Rockmusik und Jugendkultur in der DDR, in: Rock! Jugend und Musik in Deutschland. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, hg. v. der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2005, S. 71-77.
- Rebiger, Bill, Das jüdische Berlin. Kultur, Religion und Alltag gestern und heute, Berlin 2007.
- Reichardt, Sven, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.
- Reinecke, Stefan, Ströbele. Die Biographie, Berlin 2016.
- Requate, Jörg, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstand historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 5-32.
- Reulecke, Jürgen, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1985.
- Reynolds, Simon, Retromania. Pop Culture's Addiction to its Own Past, London 2011.
- Ribbe, Wolfgang (Hg.), Geschichte Berlins, 2 Bde., Berlin 1987/1988.
- Ribbe, Wolfgang, James Hobrecht, in: Ders./Wolfgang Schäche (Hg.), Baumeister, Architekten, Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins, Berlin 1987.
- Ribbe, Wolfgang, Die Stalinallee als historisch-politischer Ort (1950-1955), in: Helmut Engel/Wolfgang Ribbe (Hg.), Karl-Marx-Allee. Magistrale in Berlin, Berlin 1996, S. 105-139.
- Ribbe, Wolfgang/Jürgen Schmäddeke, Kleine Berlin-Geschichte, Berlin 1994³.

- Ritter, Gerhard A., *Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006.
- Rittersporn, Gábor T./Jan C. Behrends/Malte Rolf, *Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Ein erster Blick aus komparativer Perspektive*, in: Gábor T. Rittersporn u. a. (Hg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures*, Frankfurt a. M. u. a. 2003, S. 7-21.
- Rittersporn, Gábor T./Jan C. Behrends/Malte Rolf, *Von Sphären, Räumen und Schichten. Gab es eine sowjetische Ordnung von Öffentlichkeit? Einige Überlegungen aus komparativer Perspektive*, in: Gábor T. Rittersporn u. a. (Hg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/The Public Sphere in Societies of the Soviet Type. Between the Great Show of the Party-State and Religious Countercultures*, Frankfurt a. M. u. a. 2003, S. 389-421.
- Roberts, James S., *Wirtshaus und Politik in der deutschen Arbeiterbewegung*, in: Gerhard Huck (Hg.), *Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland*, Wuppertal 1980, S. 123-139.
- Roberts, John Michael/Nick Crossley, *Introduction*, in: Dies. (Hg.), *After Habermas. New Perspectives on the Public Sphere*, Oxford 2004, S. 1-27.
- Rödder, Andreas, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.
- Roggenbuch, Frank, *Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau*, Berlin 2008.
- Röhner, Ellen/Erik Steffen (Hg.), *Stillstand und Bewegung. Menschen in Kreuzberg. Fotografien aus den 70ern und 80ern*, Berlin 2012.
- Roik-Bogner, Christine, *Der Anhalter Bahnhof. Askanischer Platz 6-7*, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse*, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 52-69.
- Rosenhaft, Eve, *Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933*, Cambridge 1983.
- Rothfels, Hans, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953) H. 1, S. 1-8.
- Rott, Wilfried, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990*, München 2009.
- Rudolph, Hermann, *Berlin – Wiedergeburt einer Stadt. Mauerfall, Ringen um die Hauptstadt, Aufstieg zur Metropole*, Berlin 2014.
- Rudolph, Hermann, *Die Einheit in Berlin. Eine Fallstudie*, in: Martin Sabrow/Alexander Koch (Hg.), *Experiment Einheit. Zeithistorische Essays*, Göttingen 2015, S. 123-134.
- Ryan Van Zee, Marynel, *Form and Reform. The Garden City of Hellerau-between Dresden between Company Town and Model Town*, in: Marcelo J. Borges/

- Susana B. Torres (Hg.), *Company Towns. Labor, Space, and Power Relations across Time and Continents*, New York 2012, S. 41-68.
- Sabelus, Esther/Jens Wietschorke, *Die Welt im Licht. Kino im Berliner Osten 1900-1930*, Berlin 2015.
- Sabrow, Martin (Hg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997.
- Sabrow, Martin/Achim Saupe, *Historische Authentizität. Zur Kartierung eines Forschungsfeldes*, in: Dies. (Hg.), *Historische Authentizität*, Göttingen 2016, S. 7-28.
- von Saldern, Adelheid, *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995.
- von Saldern, Adelheid, *Stadt und Öffentlichkeit in urbanisierten Gesellschaften. Neue Zugänge zu einem alten Thema*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 30 (2000) H. 2, S. 3-15.
- von Saldern, Adelheid, *Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland. Vergleichsaspekte, Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen*, Bonn 2003, S. 442-475.
- Sälter, Gerhard, *Das Verschwinden der Berliner Mauer*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 353-362.
- Scharenberg, Albert/Ingo Bader, *Berlin's waterfront site struggle*, in: *City 13* (2009) H. 2-3, S. 325-335.
- Scheffer, Edith, *Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain*, Oxford 2011.
- Schelsky, Helmut, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf 1957.
- Schildt, Axel, *Der Beginn des Fernsehzeitalters. Ein neues Massenmedium setzt sich durch*, in: Ders./Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 477-492.
- Schildt, Axel, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik Deutschland der 50er Jahre*, Hamburg 1995.
- Schildt, Axel, *Zwei Staaten – eine Rundfunk- und Fernsehnation*, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 58-71.
- Schilling, Rudolf, *Behutsame Stadterneuerung*, in: Manfred Sack (Hg.), *Stadt im Kopf: Hardt-Walther Hämer*, Berlin 2002, S. 179-215.
- Schindler-Reinisch, Susanne (Hg.), *Berlin-Central-Viehhof. Eine Stadt in der Stadt*, Berlin 1996.
- Schlögel, Karl, *Das Russische Berlin. Ostbahnhof Europas*, Berlin 2007.
- Schlusche, Günter, *Die Internationale Bauausstellung Berlin. Eine Bilanz*, Berlin 1997.
- Schlusche, Günter u. a. (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*, Berlin 2014.

- Schmidt, Hartwig, Haberkerns Hof. Berliner Mietskasernenbau 1872-1875, in: Gerd Peschken/Dieter Radicke/Tilman J. Heinisch (Hg.), Festschrift für Ernst Heinrich, dem Bauforscher, Baugeschichtler und Hochschullehrer zum 75. Geburtstag dargebracht, Berlin 1974, S. 75-III.
- Schnauber, Jens, Die Arisierung der Scala und Plaza. Varieté und Dresdner Bank in der NS-Zeit, Berlin 2002.
- Schon, Jenny (Hg.), Wo sich Gott und die Welt traf. West-Berlin. Zeitzeugen erinnern sich an die ersten Jahre nach dem Mauerbau, Vechta 2011.
- Schöne, Jens, Volksaufstand. Der 17. Juni 1953 in Berlin und der DDR, Berlin 2013.
- Schöttler, Peter, Die Geschichtswerkstatt e. V. Zu einem Versuch, basisdemokratische Geschichtsinitiativen und -forschungen zu vernetzen, in: Geschichte und Gesellschaft 10 (1984), S. 420-424.
- Schwartzkopff-Lorenz, Ulrike, Kurt Mühlenhaupt – eine Künstlermonographie, Dissertation: Freie Universität Berlin 2008.
- Semler, Christian, 1968 im Westen – was ging uns die DDR an?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 53 (2003) B. 45, S. 3-5.
- Sennett, Richard, The Fall of Public Man, New York 1977.
- Sichtermann, Barbara und Kai, Das ist unser Haus. Eine Geschichte der Hausbesetzung, Berlin 2017.
- Siedler, Wolf Jobst/Elisabeth Niggemeyer, Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum, Berlin 1964.
- Siegfried, Detlef, Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006.
- Siemens, Daniel, Horst Wessel – Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009.
- Silbereisen, Gabriele, Die ersten Warenhausgründungen der Firma Wertheim in der Luisenstadt. Oranienstraße 53/54, Moritzplatz, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 265-276.
- Simmel, Georg, Die Gross-Städte und das Geistesleben, in: Ders., Das Individuum und die Freiheit, Frankfurt a. M. 1993 (original 1903).
- Sommer, Stefan, Lexikon des Alltags der DDR, Berlin 1999.
- Specter, Matthew G., Habermas. An Intellectual Biography, Cambridge/New York 2010.
- Spode, Hasso, Das Krankenhaus der Diakonissen-Anstalt Bethanien zu Berlin. Mariannenplatz 1-3, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 301-325.
- Spode, Hasso, Die Amerika-Gedenkbibliothek. Blücherplatz 1, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 488-498.
- Spode, Hasso, Die Schultheiss-Brauerei auf dem Kreuzberg. Methfesselstraße 28-48, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Ge-

- schichtlandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 399-417.
- Spode, Hasso, Zur Sozial- und Siedlungsgeschichte Kreuzbergs, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), *Geschichtlandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg*, Berlin 1994, S. XI-XXIX.
- Stache, Christa (Bearb.), Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969). Begleitbuch zu einer Ausstellung des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin anlässlich seines 100. Geburtstags, Berlin 1985.
- Stahl, Heiner, Jugendladio im Kalten Ätherkrieg. Berlin als eine Klanglandschaft des Pop (1962-1973), Berlin 2010.
- van der Steen, Bart, Die internationalen Verbindungen der Hausbesetzerbewegung in den 70er und 80er Jahren, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.), *Deutsche Zeitgeschichte – transnational*, Göttingen 2015, S. 203-220.
- Steiner, André, Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 113-129.
- Sterblich, Ulrike, *Die halbe Stadt, die es nicht mehr gibt. Eine Kindheit in Berlin (West)*, Reinbek bei Hamburg 2012.
- Stiftung Stadtmuseum Berlin (Hg.), *Maler der Liebe. Kurt Mühlenhaupt zum 80. Geburtstag, Katalog zur Ausstellung vom 26. August bis 4. November 2001*, Berlin 2001.
- Stirn, Andreas, *Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe 1953-1990*, Berlin 2010.
- Stöver, Bernd, Radio mit kalkuliertem Risiko. Der RIAS als US-Sender für die DDR 1946-1961, in: Klaus Arnold/Christoph Classen (Hg.), *Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR*, Berlin 2004, S. 209-228.
- Stöver, Bernd, *Geschichte Berlins*, München 2010.
- Sub Opus 36 e. V. (Hg.), *SO 36-1978 bis heute*, Berlin 2016.
- Szabo, Sacha (Hg.), *Kultur des Vergnügens. Kirmes und Freizeitparks – Schausteller und Fahrgeschäfte. Facetten nicht-alltäglicher Orte*, Bielefeld 2009.
- Tammen, Werner/Lothar Uebel, Edelhirsch, Edelweiß und Ostpiraten. Wilde Cliques in Kreuzberg, in: Kunstamt Kreuzberg/Verein zur Erforschung und Darstellung der Geschichte Kreuzbergs e. V./Kulturverein in der Galerie am Chamissoplatz (Hg.), *Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, Katalog zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 29. September 1983 im Kunstamt Kreuzberg und zur Ausstellung vom 29. Mai bis zum 10. September 1983 in der Galerie am Chamissoplatz*, Berlin 1983, S. 78-85.
- Tebbe, Krista, *Kreuzberg – Prenzlauer Berg. Annähernd alles über Kultur*, Berlin 1990.
- Teuteberg, Hans J./Clemens Wischermann, *Wohnalltag in Deutschland 1850-1914. Bilder, Daten, Dokumente*, Münster 1985.
- Theiselmann, Christiane, *Stadtgeschichte neu erlebt. Die Berliner Heimatmuseen*, Berlin 1997.

- Ther, Philipp, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt a.M. 2014.
- Thiel, Paul, Lokal-Termin in Alt-Berlin. Ein Streifzug durch Kneipen, Kaffeehäuser und Gartenrestaurants, Berlin 1988.
- Thienel, Ingrid, Verstädterung, städtische Infrastruktur und Stadtplanung. Berlin zwischen 1850 und 1914, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte 4 (1977), S. 55-84.
- Thies, Ralf, Ethnograph des dunklen Berlin. Hans Ostwald und die »Großstadt-Dokumente« (1904-1908), Köln u. a. 2006.
- Thijs, Krijn, Drei Geschichten, eine Stadt. Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987, Köln u. a. 2008.
- Thijs, Krijn, West-Berliner Visionen für eine neue Mitte. Die Internationale Bauausstellung, der »Zentrale Bereich« und die »Geschichtslandschaft« an der Mauer (1981-1985), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11 (2014) H. 2, S. 235-261, <http://www.zeithistorischeforschungen.de/2-2014/id=5097>.
- Thörnig, Raimund, Mietskasernenbau in SO 36. Beispiel: »Haberkerens Hof«, in: Verein SO 36 (Hg.), »... außer man tut es!« Kreuzberg – abgeschrieben – auferstanden, Bd. 1, Berlin 1989, S. 10-11.
- Tomczak, Rüdiger, Zu Berlin Chamissoplatz (1980), in: Ulrich Kriest (Hg.), Formen der Liebe. Die Filme von Rudolf Thome, Marburg 2010, S. 119-122.
- Triebel, Armin, Orte der Verfolgung und Unterdrückung. Prinz-Albrecht-Straße, Wilhelmstraße, Hedemannstraße, in: Helmut Engel/Stefi Jersch-Wenzel/Wilhelm Treue (Hg.), Geschichtslandschaft Berlin. Orte und Ereignisse, Bd. 5: Kreuzberg, Berlin 1994, S. 117-152.
- Uebel, Lothar, Viel Vergnügen. Die Geschichte der Vergnügungsstätten rund um den Kreuzberg und die Hasenheide, Berlin 1985.
- Uebel, Lothar, Nostitzritze. Eine Straße in Kreuzberg. Sozialgeschichte(n), Berlin 1992.
- Uebel, Lothar, Am Berg gebaut. Über hundert Jahre Chamissokiez, Berlin 1994.
- Uebel, Lothar, Die Neue Welt an der Hasenheide. Über hundert Jahre Vergnügen und Politik, Berlin 1994.
- Uebel, Lothar, Spreewasser, Fabrikschlote und Dampfloks. Die Mühlenstraße am Friedrichshainer Spreeufer, Berlin 2009.
- Uebel, Lothar, Eisenbahner, Artisten und Zeitungsmacher. Zur Geschichte des ehemaligen Küstriner Bahnhofs, Berlin 2011.
- Uehlein, Georg (Hg.), Kreuz und Pickelhaube. Großstädtische Gesellschaft und Kirche zwischen 1850 und 1945 am Beispiel der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin, Berlin 1995.
- Urban, Florian, Berlin, DDR – neo-historisch. Geschichte aus Fertigteilen, Berlin 2007.
- Verein SO 36 (Hg.), »... außer man tut es!« Kreuzberg – abgeschrieben – auferstanden, Bd. 1, Berlin 1989.
- Villinger, Clemens, Der Abriss der Berliner Mauer in der öffentlichen Auseinandersetzung nach 1989, Masterarbeit: Humboldt-Universität zu Berlin 2012.

- Warnke, Stephanie, *Stein gegen Stein. Architektur und Medien im geteilten Berlin 1950-1970*, Frankfurt a. M./New York 2009.
- Warnke-De Nobili, Stephanie, *Jerusalem Straße/Ecke Kochstraße. Anmerkungen zur Lage von Axel Springers West-Berliner Verlagshochhaus*, in: Günter Schlusche u. a. (Hg.), *Stadtentwicklung im doppelten Berlin. Zeitgenossenschaften und Erinnerungsorte*, Berlin 2014, S. 16-23.
- Warren, Samuel D./Louis D. Brandeis, *Right to Privacy*, in: *Harvard Law Review* 4 (1890-1891) H. 5, S. 193-220.
- Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2. Halbband, Tübingen 1956⁴ (original 1921/22).
- Weintraub, Jeff, *The Theory and Politics of the Public/Private Distinction*, in: Jeff Weintraub/Krishan Kumar (Hg.), *Public and Private in Thought and Practice. Perspectives on a Grand Dichotomy*, Chicago/London 1997, S. 1-42.
- Wendelin, Manuel, *Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität einer normativen Kategorie der Moderne*, Köln 2011.
- Wenzel, Gisela, »Grabe, wo Du stehst«. *Zwei Jahrzehnte Berliner Geschichtswerkstatt*, in: *Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg* (Hg.), *Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Bewegung! Stillstand. Aufbruch?*, Hamburg 2004, S. 45-58.
- Werner, Michael/Bénédicte Zimmermann, *Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 607-636.
- Wesener, Hans-Jürgen, *Der Stralauer Fischzug im Spiegel der Jahrhunderte*, in: *Berlinische Monatsschrift* 2 (1993) H. 8, S. 25-30.
- Wesener, Hans-Jürgen, *Der Stralauer Fischzug im Zeichen dirigistischer Kulturpolitik. Wiederbelebungsversuche des alten Berliner Volksfests im Dritten Reich und im real existierenden Sozialismus*, in: *Luisenstädtischer Bildungsverein* (Hg.), *Streifzüge durch die Berliner Kulturgeschichte. Von Bräuchen und Missbräuchen, Festen und Feiern, Gewöhnungen und Gewohnheiten*, Berlin 1993, S. 35-45.
- Wesner, Marina, *Kreuzberg und seine Gotteshäuser. Kirchen, Moscheen, Synagogen, Tempel*, Berlin 2007.
- Wiebel, Martin, *East Side Story. Biographie eines Berliner Stadtteils*, Berlin 2004.
- Wiebel, Martin, *Das Quartier Rudolfplatz. Berlins Upper East Side*, in: Martin Düspohl/Dirk Moldt (Hg.), *Kleine Friedrichshaingeschichte*, Berlin 2013, S. 101-115.
- Wierling, Dorothee, *Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 404-425.
- Wierling, Dorothee, *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie*, Berlin 2002.
- Wietschorke, Jens, *Stadt- und Sozialforschung in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost*, in: Heinz-Elmar Tenorth u. a. (Hg.), *Friedrich Siegmund-*

- Schultze. Ein Leben für Kirche, Wissenschaft und soziale Arbeit, Stuttgart 2007, S. 51-67.
- Williamson, J. Franklin, Memory with ›no clear answers‹. Volkstrauertag, Opfer des Faschismus, and the Politics of Publicly Mourning the War Dead in Germany, 1945-1972, Dissertation: University of North Carolina, Chapel Hill 2013.
- Winter, Friedrich, Die Ostberliner Bluesmessen. Ein Insider-Bericht über sieben Jahre Lernprozess, in: Michael Rauhut/Thomas Kochan (Hg.), Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin 2004, S. 154-172.
- Winter, Rainer, Spielräume des Vergnügens und der Interpretation. Cultural Studies und die kritische Analyse des Populären, in: Jan Engelmann (Hg.), Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader, Frankfurt a.M./New York 1999, S. 35-48.
- Wirth, Louis, Urbanism As a Way of Life, in: American Journal of Sociology 44 (1938), S. 1-24.
- Wolff, Franca, Glasnost erst kurz vor Sendeschluss. Die letzten Jahre des DDR-Fernsehens (1985-1989/90), Köln 2003.
- Wolle, Stefan, Der Traum vom Westen. Wahrnehmungen der bundesdeutschen Gesellschaft in der DDR, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 195-212.
- Wüstenberg, Jenny, Vom alternativen Laden zum Dienstleistungsbetrieb. The Berliner Geschichtswerkstatt. A Case Study in Activist Memory Politics, in: German Studies Review 32 (2009), S. 590-618.
- Yu-Dembski, Dagmar, Chinesen in Berlin, Berlin 2007.
- Zahlmann, Stefan, Die Legende von Paul und Paula, in: Heinz B. Heller/Matthias Steinle (Hg.), Filmgenres – Komödie, Stuttgart 2005, S. 360-364.
- Zahlmann, Stefan, Vergnügen in der DDR. Oder: Unvereinbarkeit als Möglichkeit, in: Ulrike Häußler/Marcus Merkel (Hg.), Vergnügen in der DDR, Berlin 2009, S. 9-13.
- Zierenberg, Malte, Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939-1950, Göttingen 2008.
- Zimmering, Raina, Mythen in der Politik der DDR, Opladen 2000.
- Zimmermann, Clemens, Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung, Frankfurt a. M. 1996.

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Straubes Übersichtsplan von Berlin 1910 (Ausschnitt), Landesarchiv Berlin: <http://www.histomapberlin.de> (S. 100).
- Abb. 2: Kellerwohnung in der Sorauer Straße 27 (1908), Foto: Heinrich Lichte, Unsere Wohnungs-Enquete im Jahre 1908. Im Auftrag des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker, bearbeitet von Albert Kohn, Berlin 1909 (S. 107).
- Abb. 3: Bewohnerin der Sorauer Straße 13 (1971), Foto: Horst Luedeking, Archiv des FHXB Museums Friedrichshain-Kreuzberg (S. 110).
- Abb. 4: Bewohner der Sorauer Straße 13 (1971), Foto: Horst Luedeking, Archiv des FHXB Museums Friedrichshain-Kreuzberg (S. 110).
- Abb. 5: Bewohner der Sorauer Straße 13 (1971), Foto: Horst Luedeking, Archiv des FHXB Museums Friedrichshain-Kreuzberg (S. 111).
- Abb. 6: Straubes Übersichtsplan von Berlin 1910 (Ausschnitt), Landesarchiv Berlin: <http://www.histomapberlin.de> (S. 121).
- Abb. 7: Offene Wohnung am Küstriner Platz (1947), Foto: Otto Donath, Bundesarchiv BArch 183-M1129-322 (S. 130).
- Abb. 8: Fruchtstraße 65/66 (1952), Foto: Fritz Tiedemann, bearbeitet von Arwed Messmer (2008), mit freundlicher Genehmigung von Uwe Tiedemann, Arwed Messmer und der Berlinischen Galerie (S. 133).
- Abb. 9: Fruchtstraße 52, Ausschnitt (1952), Foto: Fritz Tiedemann, bearbeitet von Arwed Messmer (2008), mit freundlicher Genehmigung von Uwe Tiedemann, Arwed Messmer und der Berlinischen Galerie (S. 135).
- Abb. 10: Ansicht zur Neugestaltung der Straße der Pariser Kommune (1971), Neues Deutschland, 22. April 1971, S. 12, Staatsbibliothek zu Berlin, DDR-Presseportal: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse> (S. 140).
- Abb. 11: Galerie am Chamissoplatz (1980er Jahre), Foto: Werner Tammen (S. 151).
- Abb. 12: Karte der besetzten Häuser am Chamissoplatz im Jahr 1981, <http://berlin-besetzt.de> (S. 152).
- Abb. 13: Akrobatin in der Fidicinstraße (1988), Foto: Wolfgang Krolow (S. 153).
- Abb. 14: Worthäufigkeit des Begriffs »Kiez« in der *Berliner Zeitung* (1945-1990), Datengrundlage: DDR-Presseportal: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse>, Visualisierung: Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache: <http://www.dwds.de> (S. 180).
- Abb. 15: Worthäufigkeit des Begriffs »Kiez« in der Wochenzeitung *Die ZEIT* (1946-1990), Datengrundlage und Visualisierung: Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache: <http://www.dwds.de> (S. 183).
- Abb. 16: Eine Hausbesetzerin im Gespräch mit einer Gemeindevertreterin in der St. Thomas-Kirche (1983), Foto: Hans-Peter Siffert (S. 219).
- Abb. 17: Plakat der Festwoche zum 90-jährigen Bestehen der Samariterkirche (1984), Evangelische Galiläa-Samariter-Kirchengemeinde (S. 238).

ANHANG

- Abb. 18: Die Kneipen der Fruchtstraße, handschriftliche Karte der SAG-Verknüpfungskommission (1924/25), Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, EZA 626/II 29/7 (S. 265).
- Abb. 19: Lageplan des ND-Pressefests (1981), Neues Deutschland, 16. Juni 1981, S. 8, Staatsbibliothek zu Berlin, DDR-Pressportal: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse> (S. 301).
- Abb. 20: Karte der besetzten Häuser in der Mainzer Straße im Jahr 1990, <http://berlin-besetzt.de> (S. 319).
- Abb. 21: Logo des Initiativkreises »Mediaspree versenken!«, Wikimedia Commons, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Mediaspree_versenken_logo_msv.jpg (S. 339).
- Abb. 22: Auftritt von David Hasselhoff an der East Side Gallery (2013), Foto: Scott Krause (S. 341).

Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
ADS	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten
AGB	Amerika-Gedenkbibliothek
AL	Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
ANC	African National Congress
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BDA	Bund Deutscher Architekten
BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSD	Christopher Street Day
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG
DeTeWe	Deutsche Telephonwerke
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EZA	Evangelisches Zentralarchiv in Berlin
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FeWo	Ferienwohnung
FHXB	Museum Friedrichshain-Kreuzberg
GEWOBAG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GÜSt	Grenzübergangsstelle

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

HGL	Hausgemeinschaftsleitung
IBA	Internationale Bauausstellung
ICC	Internationales Congress Centrum
IHK	Industrie- und Handelskammer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KvU	Kirche von Unten
KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung
LArch	Landesarchiv Berlin
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
NARVA	»N« für Stickstoff, »Ar« für Argon und »Va« für Vakuum
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBI	Neue Berliner Illustrierte
ND	Neues Deutschland
NIMBY	»not in my backyard«
NKZ	Neues Kreuzberger Zentrum am Kottbusser Tor
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
O 17	ehem. Postzustellbezirk Ost 17
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
POS	Polytechnische Oberschule
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SA	Sturmabteilung
SAG	Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SEZ	Sport- und Erholungszentrum
SFB	Sender Freies Berlin
SfE	Schule für Erwachsenenbildung
SO 36	ehem. Postzustellbezirk Südost 36
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SW 61	ehem. Postzustellbezirk Südwest 61
taz	die tageszeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UFA	Universum Film AG
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VEB	Volkseigener Betrieb
WBF	Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZIP	Zukunfts-Investitionsprogramm der Bundesregierung
ZK	Zentralkomitee

Straßenregister

Bei historischen Straßennamen finden sich sämtliche Verweise auf die jeweilige Straße unter dem aktuellen Straßennamen.

- Ackerstraße 99
Adalbertstraße 161, 162
Admiralstraße 78
Alexanderplatz 9, 53, 62, 71, 138, 233
Alexandrinestraße 72
Am Ostbahnhof 272
Andreasstraße 54, 58
Arndtstraße 147, 289, 307
Arnimplatz 177
Askanischer Platz 68
- Badstraße 161
Baerwaldstraße 56
Baruther Straße 276
Belle-Alliance-Straße (siehe Mehringdamm)
Bergmannstraße 312
Bernburger Straße 201
Bersarinplatz 81, 177
Bethaniendamm 73
Blücherstraße 54, 201, 277, 279
Blumenstraße 54
Boddinstraße 62
Boxhagener Platz 274, 328
Breslauer Straße (siehe Am Ostbahnhof)
Bülowstraße 51
- Chamissoplatz 47, 146-157, 279, 288f, 304-312
Clayallee 305
Colbestraße 319
Cotheniusstraße 323
Cuvrystraße 68
- Dönhoffplatz 136
Dresdener Straße 57, 78
- Eisenbahnstraße 57
- Fidicinstraße 153, 155, 311
Frankfurter Allee 55, 70, 76, 177, 323, 326-328
Franz-Mehring-Platz 63, 121, 128-144, 267, 273
Friedenstraße 121, 222, 234, 268
- Friedrichstraße 68, 74, 251, 260
Friesenstraße 54, 307
Fruchtstraße (siehe Straße der Pariser Kommune)
- Glatzer Straße 65
Gleimstraße 37
Glogauer Straße 201, 202, 203, 208
Gneisenaustraße 51, 286
Goltzstraße 156, 160
Görlitzer Straße 99
Grenzallee 62
Gröbenufer (siehe May-Ayim-Ufer)
Großbeerenstraße 280
Große Frankfurter Straße (siehe Karl-Marx-Allee)
Grünberger Straße 222
- Hallesches Ufer 56
Hedemannstraße 64
Heinrich-Heine-Straße 74
Heinrichplatz 217
Hermannplatz 63, 66
Holzmarktstraße 49
Hornstraße 280
Husemannstraße 180
- Karl-Marx-Allee 9, 12, 39, 49, 58, 64, 70-72, 119, 121, 134f, 137, 141, 177, 237, 266, 268, 273, 297f
Katzbachstraße 60
Klausenerplatz 178
Kloedenstraße 307, 308
Koburger Straße 285
Kochstraße 59, 137
Kohlfurter Straße 278
Kopischstraße 311
Koppenstraße 125, 272
Kotikowplatz (siehe Petersburger Platz)
Kottbusser Ufer 65
Krautstraße 48
Kreutziger Straße 318
Kreuzbergstraße 60, 290
Krossener Straße 274

- Küstriner Platz (siehe Franz-Mehring-
Platz)
- Landsberger Allee 58, 268
Lange Straße 122
Lausitzer Platz 10, 201
Legiendamm 57
Lehmbruckstraße 274
Leninplatz (siehe Platz der Vereinten
Nationen)
Liegnitzer Straße 280
Lindenstraße 59, 65, 78, 80
Lobeckstraße 72
- Mainzer Straße 39, 44, 240, 287, 317-326
Marheinekeplatz 57, 201
Mariannenplatz 49, 201, 204, 215-217,
306
Mariannenstraße 216
Mauerstraße 136
May-Ayim-Ufer 74f
Mehringdamm 46, 78, 275, 286
Mehringplatz 78
Mittenwalder Straße 214
Moritzplatz 58
Mühlendamm 50
Mühlenstraße 73, 119, 121, 266-268, 315,
334, 339
Mühsamstraße 171
Muskauer Straße 290
- Naunynstraße 64, 161
Nestorstraße 280
Neuenburger Straße 149
Niederkirchnerstraße 64
Nostitzstraße 64
- Oranienstraße 72, 150, 166, 201, 217f,
279
- Palisadenstraße 119
Paul-Lincke-Ufer 201
Petersburger Platz 222f, 239
Petersburger Straße 64, 272
Pfarrstraße 323
Planufer 201
Platz der Vereinten Nationen 77
Potsdamer Platz 56
Prinz-Albrecht-Straße (siehe Nieder-
kirchnerstraße)
Prinzenstraße 72
- Pücklerstraße 57
Putbusser Straße 178
- Reichenberger Straße 114, 211, 282, 289
Revaler Straße 76
Rigaer Straße 222
Ritterstraße 57
Rotherstraße 274
Rudolfplatz 222
Rudolfstraße 274
- Saarbrücker Straße 136
Samariterstraße 169, 222, 225, 238f, 321
Schöneberger Straße 57
Schönhauser Allee 277, 318
Schreinerstraße 67, 318
Seestraße 62
Senefelderplatz 136
Simon-Dach-Straße 174, 327
Simplonstraße 222
Singerstraße 141
Sorauer Straße 98-118, 127
Stalinallee (siehe Karl-Marx-Allee)
Stralauer Allee 73
Stralauer Platz 58, 222
Straße der Pariser Kommune 31, 39, 77,
119-145, 260-274
Strausberger Platz 9, 71, 294, 297
Stresemannstraße 201
- Taborstraße 201
Tautenzienstraße 51
Traveplatz 332
- Warschauer Straße 141, 332
Wartenburgstraße 49
Wassertorstraße 72, 201
Weberstraße 222
Weidenweg 119
Weitlingstraße 321
Werneuchener Straße 303
Wilhelmstraße 78
Willibald-Alexis-Straße 148, 289, 307
Wühlichplatz 55
- Yorckstraße 51, 55, 280
- Zimmerstraße 136
Zossener Straße 276

Dank

Mein Dank gilt zunächst den beiden Betreuern meiner Dissertation: Paul Nolte für die Begeisterung für Stadtgeschichte, für den Impuls zur Beschäftigung mit Öffentlichkeit und Privatheit sowie für die kompetente und geduldige Betreuung; Konrad H. Jarausch für seine Anregungen zur integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte, für seine ebenso engagierte wie pragmatische Beratung sowie für seine großzügige Unterstützung in Berlin und Chapel Hill, ohne die diese Arbeit nie fertig geworden wäre. Mein Dank gilt auch Frank Bösch und Martin Sabrow sowie all meinen Kolleginnen und Kollegen am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam für ihre Unterstützung und ihr Verständnis.

Jens Brinkmann und Tilmann Siebeneichner sei für ihre fachliche Beratung und das genaue Lektorat im Laufe der Niederschrift ganz besonders gedankt. Wichtige Anregungen und Impulse verdanke ich außerdem Stefanie Eisenhuth, Alexander Geppert, Henning Holsten, Markus Klüppel, Scott Krause, Wolfgang Krolow, Cornelia Kühn, Dirk Moldt, Daniel Morat, Johanna Niedbalski, Werner Tammen, Krijn Thijs, Lothar Uebel und Thomas Werneke. Martin Düspohl, Erika Hausotter und Liudmila Budich danke ich stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen vom FHXB Museum Friedrichshain-Kreuzberg, die mich über viele Jahre großartig unterstützt haben. Zudem möchte ich mich bei all meinen Interviewpartnern für ihre freundliche Gesprächsbereitschaft bedanken. Johanna Heinecke, Julia Neumann und Stefan Zeppenfeld bin ich für ihre Hilfe in vielen Detailfragen dankbar. Bodo Mrozek am ZZF und Hajo Gevers beim Wallstein Verlag haben mich bei der Drucklegung wunderbar betreut.

Und schließlich danke ich Arno, Marianne, Katharina, Jonathan und Florian Hochmuth für die langjährige Unterstützung und Geduld. Euch ist dieses Buch gewidmet.

Berlin und Chapel Hill, im April 2017